Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

"Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis, die Hellige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Mißtrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit. Dieser Wirksamkeit bleibt mein Leben gewidmet; es ist mein Amt. Der Haß meiner Felnde darf als Bürgschaft gelten, daß ich dieses Amt bisher recht treu und ehrlich verwaltet. Ich werde mich jenes Hasses immer würdig zeigen"

Heinrich Heine (13.12.1797 - 17.2.1856), Vorrede zu "Französische Zustände" (1832)

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG



Nr. 32, Dezember 1997

Europäische Union und die Linke:

Huffschmid - Risse im Gebälk
Bieling/Steinhilber - Integrationstheorien
Boccara - Währungspolitik/Carchedi Italienische Linke/Cezanne - New Labour
Michelsen/Klöer/Fuhrmann/Holst Länderanalysen Schweden, Finnland,
Dänemark, Norwegen: Transformation des
Wohlfahrtsstaates?

Globalisierung und Dritte Welt

Linke

EU und die

Neelsen - Globalisierung und Entwicklung Pont - Volkspartizipation/Hiedl - Kuba Schmidt-Soltau - Entwicklungshilfe

Und: Düe - Automobilindustrie/Helms - Cyberspace/Domke - Klassentheorie und Geschlechterverhältnis/Braun - Reproduktionsarbeit/Schweicher - Postmoderne

Sowie: Berichte, Rezensionen

PapyRossa

Politik & Geschichte



Hermannus Pfeiffer

Der Kapitalismus frißt seine Kinder

180 Seiten, DM 28,-ISBN 3-89438-139-6

Über den Standort Deutschland. seine Gegner, seine glorreiche Zukunft und das drohende Desaster für den angehenden Globalisierungssieger.

Johannes Klotz/Ulrich Schneider Die selbsbewußte Nation und ihr Geschichtsbild

Geschichtslegenden der Neuen Rechten Mit Beiträgen von Ludwig Elm, Johannes Klotz, Reinhard Kühnl, Karl Heinz Roth, Ulrich Schneider, Gerd Ueberschär, Gerd Wiegel, Wolfgang Wippermann 180 Seiten, DM 28,-ISBN 3-89438-137-X

Wehrmachtsverbrechen

Dokumente aus sowjetischen Archiven Vorwort von Lew Besymenski Einleitung von Gert Meyer 340 Seiten, DM 36,-ISBN 3-89438-138-8

> Gesamtverzeichnis anfordern:

PapyRossa Verlag Petersbergstr. 4 50939 Köln Tel. 0221/44 85 45 Fax 0221/44 43 05

ZEITSCHRIFT **MARXISTISCHE** ERNEUERUNG

Vierteliahresschrift 8. Jahrgang Heft 32 (Dezember 1997)

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff

Prof. Dr. Ulrich Briefs

Prof. Dr. Dieter Boris

Prof. Dr. Frank Deppe

Prof. Dr. Werner Goldschmidt

Prof. Dr. Horst Heininger

Prof. Dr. Jörg Huffschmid

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling

Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch Dr. Reinhard Schweicher

8. Jahrgang

Dezember 1997

5 Editorial

Europäische Union und die Linke

Jörg Huffschmid

8 Risse im Gebälk

Die neoliberale Formierung Europas stößt auf Probleme

Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber

18 Zur Dynamik der europäischen Integration: Theorien und Projekte

Paul Boccara

31 Europäische Währungspolitik: ein Alternativ-Konzept zur Einheitswährung

Bruno Carchedi

45 Die italienische Linke und die EU-Integration

Jörg Cezanne

54 Alles neu macht der Mai?

New Labour, new unionism, new Britain

Kai Michelsen

63 Schweden - Wohlfahrtsstaat gerettet?

Sven Klöer

70 Finnland: Nykyaikaistaan Suomeksi

Nora Fuhrmann

79 Dänemark: Transformation des Wohlfahrtsstaates mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln

Hajo Holst

84 Norwegen - Modernisierung in Spendierhosen?

Globalisierung und Dritte Welt

John P. Neelsen

92 Globalisierung und Entwicklung

Raul Pont

110 Demokratie und Volkspartizipation in der öffentlichen Sphäre Erfahrungen mit der partizipativen Haushaltsgestaltung in Porto Alegre (1989-1996)

Peter Hiedl

120 Kuha - aktuelie Analysen

Inhalt

Kai Schmidt-Soltau

133 Entwicklungshilfe zwischen "nachhaltigen Konzeptionen" und absnrden Idealen

3

Elemente einer Kritik

Dietmar Düe

139 Abbau im Aufschwung?

Ein Ende der beschäftigungspolitischen Talfahrt in den deutschen Automobilbetrieben ist nicht in Sicht

Hans G Helms

149 Von der Lochkarte in den Cyberspace

Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Computerentwicklung

Monika Domke

162 Gedanken zur Marxismus-Diskussion an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Klassentheorie ohne Geschlechterverhältnis - Ein alter Hut (nicht nur) des 20. Jahrhunderts

Anneliese Braun

175 Neubewertung von "Reproduktionsarbeit - totale Warenwirtschaft oder gesellschaftliche Alternative?

Reinhard Schweicher

183 St. Werners wackere Attacke gegen Rädelsführer "der 'Postmoderne" und andere herrschaftsideologische Bösewichter

Anmerkungen und Fragen zu Werner Seppmann, Die "Postmoderne" als Realität und Ideologie, in: Z 31 (September 1997), S. 148ff.

Berichte, Diskussion, Kritik

Harald Wemer

201 Deutsch-Französischer Dialog

Pierre Zola

205 Actuel Marx: Marx International II"

Hans Wunderlich

209 Armut - Reichtum: Ursachen und Alternativen

Helmut Steiner

215 Georg Lukács-Archivveröffentlichungen

Anmerkung zu "Chvostismus und Dialektik"

220 Buchbesprechungen, Annotationen

Fin de Siècle (Hermann Klenner)

Der "Wilde Kapitalismus" und seine Alternativen (Uirich Dolata)

Die Folgen der Globalisierung (Jörg Goldberg)

Europa auf dem Prüfstand (Peter Strutynski)

Die Kehrseite der "modernen" Türkei (Henning Böke)

Weder Glut noch Asche (Bernd Hüttner)

Landwirtschaft Ost kontra Treuhandmodell (Eberhard Dähne)

Klimapolitik (Jörg Cezanne)

Das Großkapital, die Nazis und ein herrlich profitabler Zweiter Weltkrieg (Hans G Helms)

Zur 'Neuordnung Europas' nach faschistischer Rezeptur (Hans G Helms)

Franz Mehring (1846-1919), schreibender Revolutionär (Lorenz Knorr)

- 4 Impressum
- 30 Vorschau
- 264 Autorinnen und Autoren

Impressum

^{*}Z. Zeitschrift Marxistische Emeuerung^{*} wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteijährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54, Das Einzelheft kostet DM 18, Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne, kdf

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.10.1997

Editorial

In der Bundesrepublik hält der Trend des konservativen Gesellschaftsumbaus unter neoliberalen Vorzeichen (vgl. Z 31) unvermindert an. Bei anziehender Konjunktur wird auch 1998 die indnstrielle Reservearmee nicht ahgehaut, die Realeinkommen der Lohn- und Sozialahhängigen werden sinken und die Kapitalrenditen werden weiter nach ohen gehen. Die Deutsche Bank hat für das laufende Jahr einen Gewinnsprung in Rekordhöhe angekündigt. Die Polarisierung der Gesellschaft nimmt zu. Dennoch geht der herrschenden Klasse dieser Gesellschaftsumbau nicht rasch und nicht radikal genug voran. DIHT-Präsident Stihl beklagt, "daß die Sozialhilfe insgesamt zu hoch ist und die Arbeitslosenhilfe zu lange bezahlt wird. Der Zwang zur Arbeitsaufnahme besteht nur auf dem Papier." Sein Problem: "Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken, ohne daß die Sozialpolitiker aller Couleur aufschreien." (Wirtschaftswoche v. 2.10.1997) Neben den Knüppel der Massenarbeitslosigkeit und das Verlangen nach autoritäreren Gesellschaftsstrukturen - die vom BDI-Chef Henkel aufgeworfene Systemfrage findet im Lamento der Elite-Forschung. die Eliten wollten nicht führen, und der Klage konservativer Verfassungsexperten, "der Autoritätskern unserer Verfassung sei gewissermaßen ausgeweidet" (Hennis), ihr Echo - hat folglich auch die taktische Variante des Aufweichens sozialer Widerständigkeit zu treten. Bezüglich des auf dem CDU-Parteitag von Schäuble in die Diskussion gebrachten "Komhi-Lohns" spricht Stihl von einer "Krücke", weil hier der Staat noch eingeschaltet werden muß, und von der Taktik des trojanischen Pferdes, mit dem den Gewerkschaften und den Sozialpolitikern die Diskussion um Niedrigtarife aufgezwungen werden solle.

Konservativer Gesellschaftsumbau wird auch im Rahmen der europäischen Integrationskonzeption verfolgt, wie sie mit den Vereinharungen von Maastricht und Amsterdam festgelegt worden ist. Die Bundesrepuhlik spielt dabei die treihende Rolle. "Ein wichtiger Teil unserer Antwort auf die Globalisierung heißt Europäisierung" (Kohl auf dem CDU-Parteitag).

Die in früheren Studien von Reinhard Opitz glänzend analysierten Europastrategien des deutschen Großkapitals sind in ihren heutigen Varianten Teil der globalisierten Standortkonkurrenz. Es wäre ein Trugschluß zu glauben, sie hätten ihren expansiven Charakter verloren. Die Europaidee erweist sich dahei als Vehikel eines "hegemonialen Übernationalismus", um eine Formulierung von Manfred Kossok aufzugreifen. Es geht um die Schaffung einer in der Triadenkonkurrenz stahilen politischen und Wirtschaftsmacht unter bundesdeutscher Hegemonie. Die Maastricht-Kriterien sind dabei das Symbol für die Durchsetzung eines rigiden Austeritäts-Kurses im Innern der Beitritts-Kandidaten geworden. Ihre Durchsetzung zielt nicht nur auf die Verwohlfeilerung von Arheitskraft, sondern umfassender auf den Abhau von sozialstaatlichen Elementen und sozialpolitischen

Funktionen des Staates, die in der durch ökonomische Prosperität und die politische Wirkung der Systemkonkurrenz geprägten Nachkriegsperiode durchgesetzt wurden. Als Ergebnisse damaliger sozialer Kräftekonstellationen wie als seinerzeit bewußt geschaffene Institutionen zur gesellschaftspolitischen Beeinflussung der Klassenverhältnisse steben sie heute zur Disposition: times have changed. Doch ist dies ein Prozeß, der zunehmend Widerstand auslöst - in der Bundesrepublik, folgt man den verschiedenen Umfragen, zumindest sich latent aufbauend, in anderen westeuropäischen Ländern durchaus manifest geworden. Die Krise der italienischen Prodi-Regierung und die Neuthematisierung der Arbeitszeitverkürzung in Frankreich und Italien dürfen als jüngste Indizien betrachtet werden. Dennoch bleibt die Frage, ob sich hier ein neuer Zyklus sozialer Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe in Europa ankündigt, vorerst noch nicht zu beantworten. Im vorliegenden Heft geht es daher zuerst um eine Bestandsaufnahme des EU-Integrationsprozesses nach der Amsterdamer Konferenz auf europäischer Ebene und in einzelnen westeuropäischen Ländern. Es werden Beiträge aus und über Deutschland, Frankreich, Italien, England, Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen vorgestellt.

Der in Amsterdam beschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt ist, so die Sicht von Jörg Huffschmid, Ergebnis einer zusätzlichen Verschärfung des neoliberalen Stabilitätskurses in Europa. Dennoch zeichnen sich "Risse im Gebälk" der europäischen Integrations-Konstruktion ab - zunehmende soziale Konflikte, Abstriche bei der Währungsunion, machtpolitische Grenzen der EU-Expansion, vorläufiges Scheitern der europäischen politischen Union. Veränderungen des Integrationsprozesses sind insofern bei entsprechender Gegenwehr denkbar.

Im folgenden untersuchen Leo Bieling und Jochen Steinhilber, mit welchen theoretischen Konzeptionen in den Politikwissenschaften der Integrationsprozeß interpretiert wird. Der französische Marxist Panl Boccara entwickelt eine währungspolitische Alternative für Europa, die eine gemeinsame europäische Währung in Verbindung mit den nationalen Währungen vorsieht und Möglichkeiten für die Zurückdrängung der Dominanz der Finanzmärkte und für Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen schaffen soll. Bruno Carchedi skizziert die heutige Umbruchskrise in Italien und die Haltung der italienischen Linken zum Integrationsprozeß. Über die Vorhaben der Labour-Regierung und soziale Konflikte in Großbritannien berichtet Jörg Cezanne.

Vier Beiträge sind der Entwicklung in den skandinavischen Ländern Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen gewidmet (Michelsen, Klöer, Fuhrmann, Holst). Auf diese "Musterländer" sozialdemokratischer Pohitik und "wohlfahrtsstaatlicher Institutionen" wirken Weltmarktkonkurrenz, Neoliberalismus und EU-Integration in unterschiedlicher Weise. Finnland ist besonders vom Zusammenbruch der Sowjetunion betroffen. Die sozialdemokratischen Parteien befinden sich überall auf der Suche

nach einem "neuen Projekt", wobei Flexibilisierungsansätze eine wichtige Rolle spielen. Für die EU-Entwicklung insgesamt stellt sich die Frage, ob der Beitritt von Schweden und Finnland im Rahmen der EU neue Ansatzpunkte für eine Sozial- und Beschäftigungspolitik eröffnen kann, oder ob umgekehrt die neoliberal-monetaristische Integrationspolitik zur Erosinn der "universalistischen Wohlfahrtsstaaten" des Nordens (so die von den AutorInnen verwendete Typologie) führen wird.

Ein zweiter Schwerpunkt des vorliegenden Heftes ist Problemen der Dritten Welt gewidmet. Sie betreffen Auswirkungen der Globalisierung auf die "Peripherie" (John Neelsen), linke Kommunalpolitik in Lateinamerika (Pont), Probleme der Entwicklung des kubanischen Sozialismus (Peter Hiedl) und eine kritische Bewertung der Entwicklungspolitik (Kai Schmidt-Soltau).

Die "weiteren Beiträge" thematisieren verschiedene Aspekte der Gesellschaftsentwicklung: Beschäftigungsabbau bei steigender Produktivität und Produktion sowie Produktionsverlagerung der Automobilindustrie (Dietmar Düe); die expandierende Computerwelt (Cyberspace, Hans G Helms); Geschlechter- und Klassenverhältnisse (Monika Domke) und Neubewertung von "Reproduktionsarbeit" (Anneliese Braun). Reinhard Schweicher diskutiert Werner Seppmanns Beitrag zur "Postmoderne" aus Z 31 und empfiehlt einen dialektischeren Umgang mit der postmodernen Philosophie.

Die Berichte betreffen Tagungen in Frankreich und der Bundesrepublik sowie Archiv-Veröffentlichungen von und zu Georg Lukács (anknipfend an die Lukács-Veröffentlichung in Z 31). Schwerpunkte des Rezensionsteils sind gesellschaftstheoretische und historische Studien.

Die Herausgeber von Z (Forum marxistische Erneuerung e.V. und IMSF e.V.) freuen sich, daß Kai Michelsen, Politikwissenschaftler aus Marburg/Frankfurt/M., als neues Mitglied der Redaktion von Z gewonnen werden konnte.

Jörg Huffschmid

Risse im Gebälk

Die neoliberale Formierung Europas stößt auf Probleme

Wenn 1999 die Währungsunion komint, scheint ein weiteres Stück europäischer Formierung abgeschlossen und ein Plan verwirklicht, den ab Anfang der 80er Jahre die englische ond deutsche Regierung und ab Mitte der 80er Jahre die meisten Regierungen der EU-Mitgliedsländer verfolgt und zunächst in der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 und dann im Vertrag von Maastricht von 1991 festgeschrieben hatten: die Ausrichtung Europas am neoliberalen Konzept von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Vollendung des Binnenmarktes als Prozeß der reinen Marktdurchdringung und Deregulierung soll die Einführung der Währungsunion folgen, in der Wirtschaftspolitik auf den Kampf gegen die Inflation begrenzt und dies als Stabilitätspolitik bezeichnet wird. Im nächsten Jahrzehnt steht dann die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Länder an, die den Weg der Transformation von nicht funktionierenden sozialistischen zu funktionierenden kapitalistischen Ökonomien erfolgreich absolviert haben. Auch in dieser Hinsicht gibt es klare Vorgaben: Die Erweiterung wird als Angliederung erfolgen, als Beitritt zu einer allseits gefestigten EU. Die Beitrittskandidaten haben sich dem gesamten Regelwerk der EU zu unterwerfen, ohne Chancen, an seiner Gestaltung und gegebenenfalls Anpassung an ihre Bedürfnisse mitzuwirken. Das Endergebnis wird - so die Vorstellung - eine straff organisierte, disziplinierte und hierarchisch gegliederte europäische Großmacht sein, die hervorragende Positionen im Kampf um die Weltmärkte besetzt.

Aber es zeigen sich Risse im Gebälk der neoliberalen Konstruktion des europäischen Hauses. Nie war die europäische Integration in so vielen Ländern der EU so umstritten wie in den 90er Jahren. Die dänische Bevölkerung hat den Vertrag von Maastricht (VM) zunächst abgelehnt und nur nach dem Zugeständnis akzeptiert, bei wesentlichen Integrationsprojekten nicht mitmachen zu müssen. In Frankreich ist der Vertrag nur mit hauchdünner Mehrheit in einer Volksabstimmung bestätigt worden. Die norwegische Bevölkerung hat den bereits von der Regierung beschlossenen Beitritt zur EU in einer Volksabstimmung abgelehnt. In den letzten Jahren hat sich Protest und Widerstand gegen die wirtschaftspolitische Linie entwickelt, die im Namen europäischer Einigung verfolgt wird. In England und Frankreich sind Regierungen gewählt worden, die - in unterschiedlichem Ausmaß - die Akzente in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verändert haben. Die politische und die militärische Seite der europäischen Formierungskonzeption sind vorerst gescheitert. Auch wenn die Währungsunion nicht scheitert, zeigt sich schon jetzt, daß sie nicht das sein wird, was ihre wichtigsten Betreiber sich darunter vorgestellt hatten. In realistischer Analyse unterscheiden sich die Perspektiven für den Fortgang der europäischen Integration erhehlich von denen der Europastrategen in den Regierungen.

Im folgenden werden diese Risse in der vorherrschenden Strategie europäischer Formierung dargestellt und diskutiert. Sie liegen erstens in den Abstrichen, die bei der Währungsunion gegenüber den ursprünglichen Plänen gemacht werden mußten (I) sowie zweitens an den vor allem machtpolitischen Grenzen, auf die eine internationale Expansionsstrategie stößt, die das notwendige Gegenstück zur Austeritätspolitik nach innen ist (II). Drittens ist das Projekt einer schlagkräftigen europäischen politischen Union als machtpolitische Grundlage für internationale Expansion für absehbare Zeit gescheitert (III). Die sich unter diesen Umständen anbietende neue Konzentration auf die Potentiale der innereuropäischen Entwicklung kann einerseits die Gefahren weiterer Polarisierung und der Renationalisierung europäischer Politik und Wirtschaft hervorrufen. Sie bietet andererseits aher auch Ansatzpunkte zur Mobilisierung für einen grundsätzlichen Kurswechsel der Politik und für den Beginn eines umfassenden europäischen Reformprojektes.

I. Fortschritte und Ahstriche auf dem Weg zur neoliberalen Wirtschafts- und Währungsunion

Die Verträge von Maastricht und Amsterdam und inshesondere die Bestimmungen über die Wirtschafts- und Währungsunion schreiben das Klassenprojekt des Neoliberalismus fest und verleihen ihm supranationale Würde. Sie verdrängen reformpolitische Ambitionen und demontieren sozialpolitische Errungenschaften, die in den drei Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg in fast allen Ländern der heutigen EU durchgesetzt worden waren. Neoliberalismus reduziert Wirtschaft auf Marktprozesse und Wirtschaftspolitik auf Anti-Inflationspolitik, die unter dem Titel Stabilitätspolitik gepriesen wird, obwohl sie große soziale und ökologische Destahilisierungen bewirkt. Die im Zuge dieser Politik erzeugte Arbeitslosigkeit und soziale Verunsicherung erlauben überdies eine enorme Umverteilung der Volkseinkommen zugunsten der Gewinne. Daher ist in der neoliberalen Konzeption Arbeitslosigkeit nicht nur kein Übel, nicht nur unvermeidlich, sondern sogar erwünscht und notwendig - eben um die Arbeiter bescheiden zu machen und zu halten. Dieses Konzept ist in der EU erfolgreich umgesetzt worden.

Die neoliberale Strategie ist allerdings keine Besonderheit des Vertrages von Maastricht. Sie dominiert auch außerhalh Europas, vor allem in den USA, aher auch in vielen Entwicklungsländern. In Europa hat sie nicht erst mit dem Vertrag von Maastricht eingesetzt, sondern ah Mitte der 70er Jahre. Die durchschnittliche Rate der Arbeitslosigkeit hatte sich bereits zwischen 1975 (3,9%) und 1990 (7,7%) verdoppelt; sie stieg his 1997

(10,8%) noch einmal um gut 40%. Und die Inflationsrate, die 1975 bei 14,3% gelegen hatte, war bis 1990 (5,3%) auf weit unter die Hälfte dieses Wertes gesunken und fiel bis 1997 (2,1%) noch einmal auf weniger als die Hälfte. Für die Gesamtlinie der Politik in der EU kann der Vertrag von Maastricht also nicht verantwortlich gemacht werden.

Das heißt aber nicht, daß er nichts mit dieser Politik zu tun hat. Er ist ein wesentliches politisches und ideologisches Instrument, mit der sie in den 90er Jahren in der EU durchgesetzt worden ist. Die Bestimmungen im VM über die Zutrittsbedingungen zur Währungsumon (Konvergenzkriterien) haben das Tempo und den Umfang des Sozialabbaus in der EU weiter erböbt, und die Bestimmungen über die Art und Weise, wie die Währungsunion und die Europäische Zentralbank ab 1999 funktionieren sollen, zielen darauf, diesen Kurs auch für das Leben in der Währungsunion nach 1999 verbindlich zu machen. Als die Deutsche Bundesbank und die Bundesregierung im Jahre 1996 entdeckten, daß der VM noch Spielräume für Interpretationen ließ, die den Protagonisten des Neoliberalismus nicht gefielen, präsentierten sie neue Forderungen zur Beseitigung dieser Spielräume und setzten sich damit weitgehend - wenn auch nicht ganz - durch: Der in Amsterdam beschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt ist das Ergehnis dieser zusätzlichen Verschärfung des fundamentalistisch verengten Stahilitätskurses...

Dies ist aber nur die eine Seite. Auf der anderen Seite ist absebhar, daß die Währungsunion, wenn sie kommt, nicht das sein wird, was sich diejenigen darunter vorgestellt baben, die sie nach 1991 mit Macht vorangetrieben hatten. Es gibt mindestens vier Risse im glänzenden Gehäude der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion:

- Erstens wird es keine kleine Währungsunion mit Deutschland, Frankreich und wenigen absolut linientreuen kleineren Staaten geben. Dies sah das Kerneuropa-Konzept vor, das Wolfgang Schäuble im Herbst 1993 in aller Präzision umrissen hatte. Die Währungsunion wird vielmehr - vermutlich mit Ausnahme Griecbenlands - allen Ländern offensteben, die beitreten wollen. Es trägt nicht zu ihrer Attraktivität bei, daß einige Länder - Großbritannien, Dänemark, Schweden - gar nicht beitreten wollen. Eine Währungsunion von elf Ländern ist jedoch das Letzte, was die Deutsche Bundesbank und die Bundesregierung als Hauptträger des Stahilitätsfundamentalismus angestreht batten. Sie werden jedoch binnehmen müssen, daß die Konvergenzkriterien von der Mehrheit der EU-Mitglieder so interpretiert werden, wie sie im Vertrag stehen, und nicht so, wie die deutsche Zentralbank und die Bundesregierung sich das wünschen. Der im Vertragstext eingeräumte Spielraum bei der Entscheidung nber die Frage, welche Mitgliedsländer die Zutrittsbedingungen für die Währungsunion erfüllen, wird so genutzt werden, daß fast alle Länder Mitglied werden können. In einer großen Währungsunion besteht aber - trotz der garantierten institutionellen Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken und der personellen Unabhängigkeit ihrer jeweiligen Präsidenten - die Chance (in den Augen der neoliberalen Konzeption die Gefahr), daß einige Mitglieder des Europäischen Zentralbankrates (der aus den Präsidenten der nationalen Zentralbanken und einem fünfköpfigen Direktorium besteht) unter dem Druck der realen Probleme und sozialen Bewegungen in ihren Ländern zur Vernunft kommen und eine etwas weniger restriktive Geldpolitik betreiben als die Bundesbank dies gutheißt.

- Zweitens wird es keinen Automatismus bei den Strafen geben. Der in Amsterdam beschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt wird das Funktionieren der Währungsunion nach neoliberalen Maximen nicht wasserdicht garantieren. Denn die vom deutschen Finanzminister im vergangenen Dezember in Dublin geforderten automatischen Strafen gegen Defizitsünder wird es nicht geben. Die Verfahren zur Verhängung von Sanktionen sind zwar konkretisiert, gestrafft und beschleunigt worden, aber die Entscheidung bedarf in jedem Fall eines politischen Beschlusses mit Zweidrittelmehrheit. Ein solcher ist aber dann nicht wahrscheinlich, wenn mindestens ein Drittel der Mitgliedsländer nnter der Drohung solcher Strafen steht.

- Drittens wird in Zukunft die Beschäftigungspolitik eine größere Rolle in der EU spielen als bisher, trotz des erbitterten Widerstandes der Bundesrepublik. Die deutsche Regierung hatte im Vorfeld von Amsterdam versucht, die Frage der Massenarbeitslosigkeit und der Beschäftigung von der Tagesordnung des Amsterdamer Gipfels zu halten. Dies gelang ihr nicht. Sie konnte nicht verhindern, daß über diese Probleme debattiert und ein eigenes Kapitel über Beschäftigung in den Vertrag eingefügt wurde. Sie setzte sich andererseits insoweit durch, als in diesem Kapitel keine substantiellen beschäftigungspolitischen Maßnahmen und erst recht keine, die Geld kosten, vorgesehen sind. Immerhin mußte sie auch einem Sondergipfel der EU zur Beschäftigung am 20. und 21. November zustimmen. Nach wie vor dominiert in der EU zwar die neoliberale Doktrin, daß Arbeitslosigkeit im wesentlichen eine Folge inflexibler Arbeitsmärkte und damit von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften verschuldet sei und nur durch mehr Lohnzurückhaltung und Flexibilität bekämpft werden könne. Aber sie dominiert nicht mehr uneingeschränkt. Es ist absehbar, daß die Frage des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren auch auf offizieller Ebene stärker als bisber diskutiert wird und daß dabei auch mcbt mehr nur die üblichen neoliberalen Vereinfachungen und Floskeln angeboten werden können.

- Viertens sind in England und Frankreich die konservativen Regierungen abgewählt und durch sozialdemokratische ersetzt worden, die - in unterschiedlichem Maße - in ihrem Wahlprogramm deutliche Akzente gegen eine neoliberale Politik gesetzt und - anders als Chirac im Jahre 1994 - bislang diese Akzente nicht verleugnet haben. Die französischen Be-

Vgl. Europäische Wirtschaft Nr. 63, 1997, S. 215 und 257.

schlüsse zur Entlastung der nnteren Einkommen und höheren Besteuerung der großen Vermögen und multinationalen Konzerne sowie die Pläne zur Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen laufen dem marktradikalen Stabilitätsfundamentalismus diametral entgegen. Sie könnten, wenn sie auch nur halbwegs konsequent durchgehalten werden, den Beginn eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels markieren, der auch auf andere Länder - wie Italien, wo bereits ein ähnliches Projekt zur Arbeitszeitverkürzung im Gespräch ist - übergreift und das wirtschaftspolitische Gesamtklima in der EU beeinflußt. Die enge Kopplung neoliberaler Wirtschaftspolitik und europäischer Einigungspolitik wird jedenfalls zunehmend in Zweifel gezogen.

Dies alles bedeutet natürlich nicht das Ende des Neoliberalismus, nicht einmal das Ende seiner Vorherrschaft in Politik und Wissenschaft. Es bedeutet aber das Ende der quasi selbstverständlichen und imdiskutierten Vorherrschaft. Die Kritik wird lauter und die öffentliche Debatte über Alternativen zum Neoliberalismus ist eröffnet. Das Konzept einer kleinen, schlagkräftigen und unverfälschten Währungsunion ausschließlich im Interesse der großen international agierenden Konzerne ist damit vorerst gescheitert. Eine Rückkehr zu einer stromlinienförmigen Formierung der EU ist nicht zu erwarten. Eine nicht unbedingt auf neoliberalem Kurs liegende, pragmatisch agierende EU, die auch deutsche Politik in ein verbindliches europäisches Regelwerk einbindet - dies alles lag mit Sicherheit nicht in der Absicht der Deutschen Bundesbank und der Bundesregierung, als sie die Pläne für eine europäische Währungsunion forcierten. Dennoch ist diese Perspektive nicht auszuschließen, und die Bundesregierung scheint politisch nicht in der Lage zu sein, die von ihr selbst in den letzten Jahren unablässig angeheizte Dynamik hin zur Währungsunion aufzuhalten.

II. Probleme der internationalen Expansion

Neoliberalismus als Klassenprojekt zur Revision vorhergehender Reformen, zur Schwächung der Arbeiterbewegung und Umverteilung zugunsten der Profite bedarf, um ökonomisch funktionieren zu können, einer aggressiven internationalen Expansionsstrategie. Die Absatz- und Verwertungsmöglichkeiten, die wegen hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Masseneinkommen sowie geringerer Sozialleistungen im jeweiligen Inland ausfallen, müssen im Ausland eröffnet werden, durch Export von Waren, Kapital und Geld. Diese drei Möglichkeiten stehen jedoch in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander: In dem Maße, wie der Warenexport floriert, wird die Währung des exportierenden Landes aufwerten. Das entspricht den Interessen der kapitalexportierenden Unternehmen und GeldvermögensbesitzerInnen sowie der Banken, Wertpapierhäuser und anderer Finanzdienstleistungsunternehmen, deren Geschäft in der Anlage von und im Handel mit Finanzprodukten besteht. Es ist aber schlecht für die

Exportindustrie, weil es ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten schwächt. Dieser Nachteil kann nur durch verstärkte Kostensenkungen kompensiert werden. Sie werden einerseits unmittelbar in den Betrieben durch Rationalisierungen, Lohnsenkungen und Sozialabbau durchgesetzt. Andererseits müssen sie politisch flankiert werden: durch eine extrem restriktive Geldpolitik, die dafür sorgt, daß die Arbeitslosigkeit boch und die Bedingungen für die Lobnsenkungen günstig bleiben; und durch eine Steuerpolitik, die die Unternehmen entlastet. Beides schafft Spielraum für relative Preissenkungen. Wenn aufgrund einer solchen Politik die Preisentwicklung im Inland stärker hinter der im Ausland zurückbleibt als die Inlandswährung aufwertet, findet eine reale Abwertung statt und die Dynamik der Exporte bleibt erbalten. Eine solche Strategie kann die unterschiedlichen Interessen von Exportindustrie und Finanzinvestoren versöhnen, nämlich der ersten eine schwache und den letzteren eine starke Währung verschaffen. Sie kann daher als im Interesse des Gesamtkapitals liegend bezeichnet werden. Wieweit sie auch kleinen und mittleren Unternehmen nützt, bängt von dem Umfang ab, in dem diese unmittelbar vom Ausfall von Binnennachfrage betroffen sind bzw. auf der anderen Seite als Vorlieferanten ibrerseits vom Exportboom profitieren.

Diese strategische Gesamtkonzeption der permanenten realen Unterbewertung bei nominaler Aufwertung haben die deutsche Bundesregierung und vor allem die Deutsche Bundesbank in den 70er und 80er Jahren erfolgreich zu Lasten der europäischen Nachbarländer praktiziert. Das Resultat waren bobe deutsche Leistungsbilanzüberschüsse und hobe Defizite bei den Nachbarn. Letztere wurden, da Abwertungen erfolglos blieben, schließlich auf den gleichen Austeritätskurs gezwungen. Dies führte zur Zunahme der Arbeitslosigkeit auf breiter Front in Europa, es nivellierte die Inflationsraten - und untergrub damit gleichzeitig die Möglichkeiten, durch besonders restriktive Geldpolitik innereuropäische Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Auch wenn die deutsche Einheit und die enorme Umlenkung von Warenströmen in die ehemalige DDR (statt in den Export) nicht stattgefunden hätten und der enorme Kapitalbedarf der Bundesrepublik nicht eingetreten wäre, hätte die Weiterführung der deutschen Strategie zu Komplikationen geführt, weil die innereuropäische Exploitationsbasis geschrumpft war.

Es scheint, daß die wirtschaftspolitische Konzeption der EU diese deutsche Politik der Austerität nach innen und Expansion nach außen auf europäischer Ebene wiederbolen und sozusagen als Strategie im Interesse des europäischen Gesamtkapitals durchsetzen möchte. Diese Absicht ist nicht verwunderlich, weil die Politik der stabilen und starken DM für Deutschland funktioniert hat und deutsche Unternehmen und Regierungsvertreter maßgeblichen Einfluß auf die Formulierung europäischer Politik haben. Nach innen sind die Weichen hierfür bereits in der EU insgesamt gestellt: Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Lobnentwicklung ist weitgebend im Griff, die Sozialleistungen und Unternehmenssteuern sind in den

letzten zehn Jahren fast überall erheblich gesenkt worden. Oh die außereuropäische Expansion aber in gleichem Maße funktionieren wird wie die dentsche in den 70er und 80er Jahren, muß bezweiselt werden. Denn zum einen sind die ökonomischen Bedingungen hierfür, die erheblichen Unterschiede in der Preisentwicklung zwischen den Haupthandelsländern, nicht gegeben. Zum anderen sind auch die letztlich entscheidenden machtpolitischen Bedingungen nicht gegeben: Deutschland hatte auf Grund seiner Größe und des gesamten ökonomischen Potentials die Macht, die europäischen Nachbarländer zum Stillhalten gegenüher der deutschen Expansionspolitik zu zwingen. Eine vergleichbare Machtposition der EU gegenüher den nichteuropäischen Handelspartnern, insbesondere den USA und Japan, besteht nicht und es giht auch keine Aussicht, daß sie in absehbarer Zeit geschaffen werden könnte. Ein Versuch der EU, einen Gewinn von Weltmarktpositionen durch eine politische Abwertungsstrategie ahzusichern, würde von den USA und Japan - zu Recht - als Kriegserklärung aufgefaßt und mit gleichartigen Maßnahmen beantwortet werden. Das Ergehnis wäre eine erbebliche Verschärfung und Politisierung der internationalen Konkurrenz, ein Abwertungswettlauf mit unübersehbaren und unkalkulierbaren Folgen. Diese Strategie kann die EU am allerwenigsten durchhalten, weil ihr dazu die politische Statur fehlt. In diesem Zusammenhang müssen die Versuche gesehen und beurteilt werden, die EU jenseits einer marktradikalen Wirtschaftsunion zur Politischen Union weiterzuentwickeln, also eine Großmacht Europa zu schaffen.

III. Das Scheitern der Politischen Union

Das Projekt der Politischen Union zielt auf ein einheitliches Auftreten auf Drittmärkten, auf außenpolitisches Gewicht bei der Gestaltung der neuen Weltordnung und reicht bis zu einer neuen militärischen Rolle Europas. Zusammenarbeit auf innen- und außenpolitischen Gehieten giht es schon seit Beginn der 70er Jahre. In die EEA von 1986/7 sind Bestimmungen über eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) aufgenommen worden. Sie wurden im Vertrag über die Europäische Union erweitert und um Regelungen zur Zusammenarbeit auf den Gebieten Inneres und Justiz ergänzt. Letztere haben jedenfalls soweit Gestalt angenommen, daß eine europäische Polizei geschaffen wird, die jenseits parlamentarischer Kontrolle imd außerhalh des Gesetzes arbeiten soll. In der GASP ist hislang nichts dergleichen geschehen. Eine über Deklarationen und Symbolgesten hinausgehende europäische Außen- und Militärpolitik gibt es nicht. Alle Versuche, sie zu etablieren, scheiterten bislang an den nationalen Souveränitätsinteressen der großen Mitgliedsländer. Im VM war auch vorgesehen worden, daß die Westeuropäische Union - deren Existenz in der Zeit von 1955 bis 1989 faktisch ruhte - nicht nur wiederhelebt, sondern zum "verteidigungspolitischen Arm" der EU gemacht werden sollte - ein äußerst beunruhigender und gefährlicher Beschluß. Er steht

bislang jedoch nur auf dem Papier, von einer realen Umsetzung kaun keine Rede sein. Außer einigen Büroverlegungen - von Lissabon nach Brüssel - und einigen strategischen Spielen ist in der WEU bislang nichts geschehen. Auch die Regierungskonferenz 1996/7, die dieses Thema behandeln sollte, ist in dieser Frage nicht weitergekommen. Das außenpolitisch oder gar militärisch einheitlich und eigenständig agierende Europa ist nicht in Sicht. Aus friedenspolitischer Sicht ist dies zu begrüßen, aus der Sicht der europäischen politischen und wirtschaftlichen Expansionsinteressen ist es jedoch ein großes Defizit.

Auch bei der für eine schlagkräftige politische Formierung der EU erforderlichen Reform der Institutionen hat sich schon in und erst recht seit Maastricht - außer kosmetischen Korrekturen - nichts bewegt. Nach wie vor gilt bei wesentlichen Fragen das Prinzip der Einstimmigkeit bei den Abstimmungen im Ministerrat, und nach wie vor gibt es keine ordentliche parlamentarische Legitimation für die Arbeit der Kommission. Die Verhandlungen der letzten Regierungskonferenz und die Ergebnisse des Gipfeltreffens von Amsterdam belegen vielmehr, daß die nationalen Regierungen insbesondere der großen Länder England und Frankreich, aber auch Deutschland, nicht bereit sind, auf nationale Souveränitätsrechte zugunsten der EU zu verzichten. Diese Bereitschaft wird vor allem in Deutschland weiter abnehmen, wenn deutlich wird, daß die Europäische Gemeinschaft möglicherweise doch nicht ganz wie ein vergrößertes Deutschland funktionieren wird. Das Konzept einer politisch und militärisch schlagkräftigen Politischen Union, das zu Beginn dieses Jahrzehnts eine wichtige Rolle spielte, und das zur Abstützung einer wirksamen internationalen Expansionspolitik in der Tat erforderlich ist, ist auf absehbare Zeit gescheitert.

IV. Mögliche Entwicklungsperspektiven der EU

In dieser Situation einer nur mit Abstrichen gelungenen neoliberalen Formierung, enger internationaler Expansionsspielräume und gescheiterter Großmachtpläne der EU gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten der weiteren Entwicklung:

Erstens kann die EU versuchen, die deutsche Abwertungsstrategie trotz fehlender politischer Großmachtposition - deren Fehlen möglicherweise nicht erkannt wird - zu Lasten der anderen OECD-Länder zu betreiben. Das würde Wirtschaftskrieg mit großen Gewinnen für wenige und großen Opfern für die Mehrheit der Bevölkerung auf allen Seiten bedeuten.

Zweitens köunte sie versuchen, die internationale Expansion mehr in Länder außerhalb der OECD zu lenken, in Länder der Dritten Welt wie China oder Mexiko oder in die mittel- und osteuropäischen Länder. Die Zunahme des Entwicklungsländer-Anteils beim Handel und bei den ausländischen Direktinvestitionen deuten ebenso in diese Richtung wie die Absicht der EU, die Beziehungen zu den AKP-Ländern auf eine strenger kommer-

zielle Basis umzustellen. Allerdings dürfte das Expansionspotential auf mittlere Frist beschränkt und die Konkurrenz anch in diesen Ländern hart sein. Hinsichtlich der osteuropäischen Länder ist Deutschland überdies nicht unbedingt an einem einheitlichen Vorgehen der EU interessiert, weil dies den jetzt schon dominanten Einfluß deutscher Unternehmen und deutscher Politik bedrohen würde.

Z - Nr. 32 Dezember 1997

Drittens können die europäischen Unternehmen ihre innereuropäische Expansion forcieren. Das ist durchaus möglich, weil die EU insgesamt nicht stärker internationalisiert ist als die USA und Japan: In allen drei Blöcken wird ungefähr ein Zehntel der Produktion von Gütern und Dienstleistungen exportiert. Weniger als ein Zwanzigstel der Investitionen europäischer Unternehmen wird im außereuropäischen Ausland getätigt. Dieser Anteil wird sich angesichts der beschränkten Mittel zur Eroberung neuer Weltmarktanteile mittelfristig kaum erhöhen lassen. Es liegt also nahe, sich wieder mehr den innereuropäischen Entwicklungspotentialen zuzuwenden.

Dabei gibt es zwei mögliche Varianten: Wenn die restriktive Wirtschaftspolitik beibehalten wird und daher die Arbeitslosigkeit weiter unverändert hoch hleibt oder sogar steigt, heißt innereuropäische Expansion zwangsläufig vor allem weiter steigende Konzentration und Zentralisation. Die starken Kapitale expandieren auf Kosten der schwächeren, letztere werden übernommen oder liquidiert. An die Stelle des gesamtwirtschaftlichen Wachstums tritt eine schärfere Umverteilung von Einkommen und von Kapital. Hierfür spricht die in den letzten drei Jahren wieder rasant gestiegene Zahl der Fusionen und Übernahmen von Unternehmen. Dabei stehen nach wie vor nationale Prozesse im Vordergrund. In der Zeit von 1990-1995 fanden nach Angaben der EU² fast 71% aller erfaßten Fusionen und Übernahmen innerhalb eines Mitgliedslandes statt. In knapp 19% der Fälle handelte es sich um innergemeinschaftliche Fusionen und nur in knapp 11% waren Unternehmen aus Drittländern - davon 42% aus den USA - beteiligt. Von den 20 größten Fusionen mit Beteiligung von EU-Unternehmen im Jahre 1995 waren die Hälfte rein nationale und vier innergemeinschaftliche Vorgänge. An den sechs internationalen Verslechtungen waren fünfmal Unternehmen aus den USA beteiligt, einmal als Käufer, viermal als Kaufobjekte. Dieses seit zehn Jahren im wesentlichen unveränderte Muster der Konzentration spricht dafür, daß die Politik des Auf- und Ausbaus der Position auf den nationalen Heimatmärkten und innerhalb der EU der strategische Schwerpunkt europäischer Unternehmenspolitik ist. Diese Orientierung verschärft aber zwangsläufig die innereuropäische wirtschaftliche Polarisierung. Um sie nicht zu politischer Polarisierung werden zu lassen, ist Gegensteuerung durch Umverteilung zu Gunsten der schwächeren Länder und Regionen erforderlich. Die Bereitschaft der Mitgliedsländer hierfür ist jedoch gering und nimmt - wie die Diskussion um Nettozahlerpositionen und Finanzreform zeigt - weiter ah. Die

Perspektive dieser Variante innereuropäischer Expansion ist langfristig eine Renationalisierung der Politik insbesondere in den großen Mitgliedsländern. Dieser Weg wird bereits heute von der extremen Rechten in Frankreich, England und in Deutschland propagiert, in Deutschland überdies von Teilen der CSU und verdeckt auch von der bayerischen Landesregierung.

Die Alternative hierzu ist ein wirtschafts- und integrationspolitischer Kurswechsel in Richtung auf die Mobilisierung innereuropäischer Entwicklungsmöglichkeiten: Gesamtwirtschaftliche Politik für mehr Beschäftigung und Wachstum, europäische Strukturpolitik für ökologischen Umbau und europäische Sozialpolitik gegen soziale Unsicherheit, Verelendung und Ausgrenzung, kurz ein europäisches Reformprojekt, das die systematischen inneren Entwicklungsblockierungen kapitalistischer Ökonomien nicht durch hemmungs- und perspektivlose Weltmarktexpansion nach außen projiziert, sondern durch politisches Eingreifen angeht und jedenfalls für eine bestimmte Zeit überwindet. Eine solche Alternative ist keine Option, die das Kapital von sich aus ergreift. Sie ist aber auch nicht grundsätzlich unmöglich. Die Erfahrungen nach dem 2. Weltkrieg zeigen, daß es möglich ist, auf der Grundlage sozialen und politischen Drucks einen beschäftigungsorientierten Kurs durchzusetzen und damit eine Entwicklung in Gang zu bringen, in der weitere demokratische und soziale Reformen machbar werden.

Die Situation heute ist komplizierter als nach 1945, weil die Position des Kapitals ungleich stärker und die Anforderungen an ein tragfähiges Reformprojekt heute notwendigerweise größer sind. Daß sie dennoch nicht ausweglos ist, zeigen die Bewegungen der letzten Jahre. Der scheinbar unaufhaltsame Siegeszug des Neoliberalismus in Europa stößt auf Widerspruch, Gegenpositionen, Protestbewegungen. In Frankreich ist er ernsthaft gefährdet. Veränderungen des Weges, auf dem die europäische Einigung vorankommt, sind nicht nur abstrakt möglich, sie haben bereits begonnen. Ihr weiteres Vorankommen, die schließliche Überwindung von Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Ausgrenzung in Europa - das alles ist mit den ersten Anfängen von Gegenwehr noch nicht garantiert. Aber es ist möglich, und die Alternative ist der Mühe wert.

Vgl. Europäische Wirtschaft, Beiheft AS, Nr. 7/1996.

Zur Dynamik der europäischen Integration: Theorien und Projekte

Im Rückblick, 40 Jahre nach der Ratifizierung der Römischen Verträge, gleicht der europäische Integrationsprozeß einem fortwährenden Wechsel von Blütephasen und Depressionsperioden. Die sukzessive Weiterentwicklung der Integration über EGKS, EURATOM, EWG bis zur EG gab den "Supranationalisten" Auftrieb, die in den ökonomischen Verflechtungen bereits erste Ansätze einer übernationalen Einheit sahen. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954, die Römischen Verträge 1957 und die Politik des "leeren Stuhls" von de Gaulle 1965/66 markieren die zyklenhafte Entwicklung der europäischen Integration bis in die sechziger Jahre hinein. Die Lähmung, die nach der von de Gaulle ausgelösten Krise eintrat, bedeutete im weiteren Verlauf das Ende der "optimistischen" Integrationstheorien. Der Eurooptimismus machte auch in der Theorie einem nüchternen Realismus Platz (vgl. Bellers/Jäckel 1990, 298ff.). Zwar konnte die Stagnation, das "dark age" Europas, in den achtziger Jahren wieder überwunden werden. Der Integrationsschub, der durch die Einheitliche Europäische Akte und die Verträge von Maastricht ausgelöst wurde, sah sich aber bereits Anfang der neunziger Jahre mit einer "doppelten Post-Maastricht-Krise" (verursacht durch die wirtschaftliche Krise und den Legitimationsverlust der EU) konfrontiert, die bis heute anhält (vgl. Deppe/Felder 1993). Offensichtlich verfügt die Währungsunion, das derzeit zentrale europäische Projekt, über keine integrationspolitische Ausstrahlungskraft. Im Gegenteil: Die einheitliche Währung scheint das Bild einer wirtschaftspolitisch einseitigen und sozialpolitisch blinden EU nurmehr zu vervollständigen und die Legitimität der "Idee Europa" weiter zu untergraben.

Die grundlegenden integrationstheoretischen Debatten wurden zwischen 1945 und 1975 geführt. Seit Mitte der siebziger Jahre, als E. Haas, der Nestor des Neofunktionalismus, seinen Ansatz für zunehmend inadäquat hielt, um die realen Prozesse zu erfassen, ist es um die Integrationstheorie still geworden. "Weder vorher noch nachher (...) hat die internationale Integration bzw. Integrationstheorie eine vergleichbare Faszination auf die besten Köpfe der Forschergemeinschaft ausgeübt, eine so prominente Rolle in der Disziplin der internationalen Beziehungen gespielt, eine so dichte Abfolge von anspruchsvollen theoretischen Innovationen hervorgebracht und einen so intensiven und fruchtbaren Wettbewerb zwischen konkurrierenden Entwürfen und Modellen motiviert" (Bellers/Jäckel 1990, 292). Die theoretischen Grundlagen aktuellerer Analysen (Regimetheorie, Interdependenztheorie), sofern sie überhaupt in einem integrationstheore-

tischen Rahmen verortet werden, bezieben sich noch immer auf die älteren "klassischen" Theorieparadigmen. Hierbei konzentriert sich die jüngste Integrationsforschung allerdings mehr auf den Verbandlungsmodus und die Strukturen der Politikverflechtung im "Mehrebenensystem". Die eher fragmentarisch-diagnostischen Zustandsbeschreibungen unterscheiden sich von schlüssigen Integrationstheorien auch durch ihre Reichweite. Verglichen mit den frühen Ansätzen des Neofunktionalismus stellen sie nur sebr vorsichtige Frognosen über den weiteren Integrationsverlauf auf.

1. Paradigmen der Integration

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs rückten die Föderalisten den Nationalstaat ins Zentrum der Kritik. Er wurde nicht nur für die Destruktion durch zwei Weltkriege verantwortlich gemacht, sondern schien auch ungeeignet zu sein, das zerstörte Europa wiederaufzubanen und dauerhaften Frieden zu gewährleisten. Stattdessen sollte durch den aufgeklärten Willen der politischen Eliten und mit der breiten Zustimmung der europäischen Bevölkerung eine föderative Ordnung auf der Grundlage einer gemeinsamen europäischen Verfassung aufgebaut werden. Gemäß dem Credo "function follows form" stellt der Föderalismus die institutionell-formale Integration in den Vordergrund. Die letztlich friedensgefährdenden Einzelinteressen der Nationalstaaten können nur gebrochen werden, wenn diese in einem föderalen Gründungsakt übereinkommen, ihre Souveränität in wichtigen Punkten an gemeinschaftliche Institutionen zu übertragen. Die Mitgliedsstaaten besitzen dabei, vergleichbar mit den USA, weiterhin Teilsouveränitäten auf bestimmten Politikfeldern. Nur jene Aufgaben sind der supranationalen Ebene zu überantworten, die direkt der Friedenssicherung dienen oder die die Nationalstaaten nicht mehr selbst regulieren können (Prinzip der Subsidiarität).

Es zeigte sich jedoch schon sehr bald, daß sich die Nationalstaaten in der Nachkriegszeit konsolidieren und gerade im Bereich der "high politics" (Außen- und Sicherheitspolitik) keine Souveränität abgeben wollten. Nachdem die föderalistische Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1954 am Veto Frankreichs scheiterte, verlor der Ansatz viel an theoretischem und vor allem politischem Einfluß. Zwar gab es auch in jüngerer Zeit immer wieder Versuche, daran anzuknüpfen (z.B. in der Diskussion über eine europäische Verfassung 1985), letztlich scheint die Vision eines "großen Sprungs" zum Europäischen Staat derzeit jedoch illusionärer denn je.

Im Gegensatz zum Föderalismus plädiert der (Neo)-Funktionalismus für einen sukzessiven Übergang zur Supranationalität. Auf der Grundlage der Arbeiten Mitranys zum Funktionalismus, die sich weitgehend auf den Aufbau eines internationalen Friedenssystems beziehen (vgl. Mitrany 1975), entwickelte E. Haas Anfang der fünfziger Jahre ein Konzept, um die Vergemeinschaftungstendenzen in Westeuropa zu analysieren. Die Neofunk-

tionalisten gehen davon aus, daß durch Kooperation und Integration in einem "unpolitischen" Bereich (z.B. wirtschaftliche oder technische Integration) weitere Integrationsprozesse auf anderen (politischen) Feldern ausgelöst werden. Diese "Verästelungslogik" (Mitrany) oder "expansive logic of integration" (Haas) führt schließlich notwendig zur vollständigen Integration einer Region. Das dynamische Element dieser Theorie ist der "spill-over"-Effekt (Überlaufeffekt). Die Vergemeinschaftungsprinzipien in einem bereits integrierten Feld werden durch die Einsicht in funktionale Notwendigkeiten und durch Lernprozesse schrittweise auf andere Politikfelder übertragen (vgl. Haas 1958, 283ff.). Die Veränderung von Staatlichkeit geht somit nicht nur aus dem Handeln einzelner Subjekte hervor, sondern folgt dem Prinzip der "funktionalen Effizienz", die die zunehmende Vernetzung ökonomischer, politischer und sozialer Strukturen mit sich bringt. Daß sich supranationale Institutionen entwickeln, ist somit eine Folge von Anpassungsleistungen an gegebene "Sachzwänge" ("form follows function").

Bis zum integrationstheoretischen "black out" Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre war der Neofunktionalismus das vorherrschende Paradigma der Integrationsforschung, Die Entwicklung von der Montanunion bis zur EG konnte als erster Schritt für eine sukzessive Vergemeinschaftung im Sinne von Haas aufgefaßt werden. Doch die de Gaullesche Blockade, der "dramatical political factor" (Haas), zeigte die Grenzen dieser optimistischen und technokratischen Sichtweise auf. Die von den Neofunktionalisten vermutete "supranationale Ideologie" unterlag der harten Interessenpolitik des französischen Nationalstaates. Der Neofunktionalismus überschätzte die strukturellen Sachzwänge, die zu internationaler Kooperation führen sollten, und unterschätzte gleichzeitig die ökonomischen und nationalstaatlichen Machtinteressen: "Die 'Neofunktionalisten' haben eine von den konkreten gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen abstrahierende Modellkonstruktion entworfen, die ständig von der Wirklichkeit in Frage gestellt wurde. Sie sprachen von 'Sachzwängen' ohne die 'Sachen' beim Namen zu nennen und ohne die 'Zwänge' nach ihren Bewegungsgesetzen zu befragen. Sie sind nicht einmal auf den Gedanken gekommen, danach zu fragen, wer zu Lasten von wem von der Verflechtung profitiert, weil sie vun der unhewiesenen Voraussetzung ausgingen, daß dieser 'Zwang zur Anpassung' einen bei allen Beteiligten gleichmäßig wachsenden Wohlstand zur Folge hätte." (Ziebura 1973, 295)

In der Folgezeit wurde der Neofunktionalismus als "reine Doktrin" verabschiedet und mehrfach modifiziert und differenziert (vgl. Nye 1971). Haas selbst räumte ein, daß sich der spill-over-Effekt nicht automatisch einstelle, schloß aber weiterhin Rückschritte in der Integration aus (point of no return). Neuere Ansätze des Funktionalismus versuchen auf die Kritik am quasi-Automatismus des spill-overs zu reagieren, indem sie die funktionalen Zusammenhänge zwar weiter in den Mittelpunkt stellen, diese jedoch über interessengeleitete Nationalstaaten und andere Akteure vermitteln.

Die Möglichkeit von Rückschlägen ("spill-backs") und Krisen des Integrationsprozeses werden nun in die Analysen ebenso miteinbezogen, wie die Heterogenität der Entscheidungsstile (vgl. Zellentin 1992; vgl. Busch 1996). Neo-institutionalistische Ansätze sind ebenfalls von der funktionalistischen Schule beeinflußt. Die Dynamik der Integration geht hier nicht nur von einer immanenten Sachlogik aus, sondern auch von den supranationalen Organisationen, die die nationalstaatliche Politik koordinieren und formen, folglich also selhst zur Politikformulierung heitragen (vgl. als Überhlick Keohane 1989).

Letztlich änderte dies jedoch wenig daran, daß die staatszentrierten Ansätze den Neofunktionalismus, der die europäische Integration in ihrer Blütezeit begleitete, sowohl politisch als auch theoretisch zunehmend verdrängten. "Indem sie Falsifizierbarkeit einschließt, die als minimale Bedingung für jedes wissenschaftliche Unternehmen erforderlich ist, hat die Theorie ohne Zweifel an Plausihilität gewonnen, allerdings auf Kosten ihres Anspruchs, die wichtigsten kausalen Variahlen, d.h. die tiefere Dynamik regionaler Integration identifiziert zu haben. Dieser Revisionismus kostet den Neofunktionalismus seine theoretische Reputation als überzeugendste Erklärung der Prozesse und Triebkräfte des regionalen Wandels in Europa" (O'Neill 1996, 46).

Der direkte Ausdruck dafür, daß der Neofunktionalismus an Ausstrahlungskraft verloren hatte, war die (Re-)naissance realistisch inspirierter Konzeptionen. Der (liherale) Intergouvernementalismus gilt heute als das vorherrschende Paradigma in der europäischen Integrationsforschung. Im Gegensatz zum technokratischen Neofunktionalismus, der den *Tod der Politik" (Hoffmann) zur Voraussetzung hat, betont er die konstitutive Bedeutung der nationalstaatlichen Interessen für die europäische Integration. Integrationsfortschritte können nur dann erzielt werden, wenn die Interessen der wichtigsten Nationalstaaten - z.B. Deutschland und Prankreich miteinander kompatibel sind (vgl. Hoffmann 1966). Die supranationale Politikfindung vermittelt sich über "intergovernmental hargains", in denen versucht wird, die z.T. konträren nationalstaatlichen Interessen zusammenzufassen (z.B. in "package deals"). Die politische Initialzündung des Intergouvernementalismus in Westeuropa war der Luxemburger Kompromiß 1966, der die nationalstaatlichen Interessen deutlich hervorhob (Vetorecht). Während ältere Ansätze die gesellschaftliche Generierung dieser Interessen in eine "black box" verbannten, erweitern neuere Arbeiten den Intergouvernementalismus zumindest partiell um die innenpolitische Perspektive. Regionale Kooperation wird nicht mehr allein auf die bessere Bewältigung ökonomischer Interdependenzen zurückgeführt, sondern auch darauf, daß die Nationalstaaten ihre Handlungsfähigkeit nach innen vergrößern wollen, Außenpolitik gleichzeitig also unter dem Einfluß innenpolitischer Faktoren steht (vgl. Moravcsik 1993). Die Nationalstaaten "poolen" ihre Souveränität auf supranationaler Ebene, um die politische Steuerung gemeinsam auszuüben (vgl. Keohane/Hoffmann 1990).

2. Ein neuer Brückenschlag, aber wie?

Ohwohl sich die vorherrschenden Paradigmen des Neo-Funktionalismus und Intergouvernementalismus ausdifferenziert und angenähert haben, leben die jüngeren Diskussionen zum Teil noch immer von ihrem Widerstreit. Auf der einen Seite interpretiert der neuere Intergouvernementalismus die Maastrichter Verträge wie zuvor schon das Binnenmarkt-Projekt im wesentlichen als ein direktes Ergehnis der revitalisierten deutsch-französischen Beziehungen (vgl. Moravcsik 1991). Die Entwicklungen in der europäischen Sozialpolitik erscheinen demgegenüber nur als "Nebenschauplätze der Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion und als relativ unwichtiges Merkmal innerhalb des gesamten Komplexes der Maastricht-Reformen" (Lange 1993, 27). Auf der anderen Seite sehen die Neofunktionalisten die Währungsnnion als Ergebnis eines durch die supranationalen Institutionen geförderten, aber verspäteten "spill-overs" der Marktintegration, ohne die ausschlaggehenden ökonomischen und politischen Problemlagen und Kompromißstrukturen, infolge derer das Projekt Anfang der neunziger Jahre auf die Tagesordnung geriet, wirklich tiefgreifender erklären zu können.

Z - Nr. 32 Dezember 1997

Eigentlich ist diese schwelende und von Zeit zu Zeit aufbrechende Spannung recht verwunderlich, galt doch die dichotomische Perspektive, nach der die Integration entweder supranational oder intergouvernemental geprägt ist, bereits als üherwunden. Die Einsichten des Neo-Institutionalismus und liberalen Intergouvernementalismus schienen innerhalh des regimetheoretischen Ansatzes relativ kohärent zusammengefaßt. So arheitete dieser heraus, daß das Verhältnis zwischen der nationalen und supranationalen Regulation nicht schlicht als suhstitutiv, sondern (strukturell) als komplementär zu begreifen ist. Denn auch wenn die einzelnen Nationalstaaten formell Kompetenzen an die supranationale Ebene ahgehen, gewinnen sie - vermittelt über einen Prozeß der wechselseitigen Anpassung oftmals (je nach Bereich) neue, gemeinschaftlich koordinierte Gestaltungsoptionen (zum Überhlick der regimetheoretischen Diskussion vgl. Kohler-Koch 1989; Efinger u.a. 1990).

Ursprünglich entstand die Regimetheorie, die zweifelsohne stärker im neorealistischen Denken verankert ist, im Kontext der Debatten üher den "US-Decline" (vgl. Krasner 1983; Keohane 1984). Sie reflektiert dabei den Sachverhalt, daß auch nach der Erosion der alten hegemonialen Konstellation die maßgehlichen institutionellen Arrangements fortbestehen und sogar neue geschaffen werden. Dies impliziert nicht nur die Erkenntnis, daß das einst anarchische Staatensystem nunmehr hochgradig interdependent ist, sondern zudem auch wesentlich durch die relativ eigenständige Funktionsweise internationaler Regimes reguliert wird. Diese operieren auf der Grundlage von kooperativ vereinbarten und allgemein anerkannten Prinzipien (Grundsätzen), Normen (Verhaltensstandards), Regeln (spezifische Verhaltensvorschriften) und Entscheidungsverfahren (Formen der

praktischen Vereinhahrung und Umsetzung). Außerdem konzentrieren sie sich auf bestimmte Regelungsbereiche. So sind im globalen Maßstab das GATT bzw. die WTO, der IWF, die UNO und die OSZE einige der bekanntesten internationalen Regimes. Im Vergleich hierzu läßt sich die politische Kooperationsstruktur der Europäischen Union nur schwerlich als ein bestimmter Regime-Typ klassifizieren. Keohane/Hoffmann (1990, 281f.) betrachten denn auch die EU eher als einen Regime-Mix, d.h. als Set komplexer, sich üherlappender regulativer Netzwerke. Umstritten ist in dieser Diskussion allerdings, oh die in der institutionellen Struktur angelegten finanziellen und rechtlichen Ressourcentransfers zusammen mit den neu geschaffenen supranationalen Organanen bereits einen korporativen Akteur erzeugt haben (so Schneider/Werle 1989). Denn trotz der forcierten Integration seit Mitte der achtziger Jahre bleiben die eigenständigen Interessen und auch die neuen Kompetenzen und Tätigkeitsbereiche der supranationalen Institutionen vielfach begrenzt.

Auch innerhalb des synthetisch angelegten Ausatzes der Regimetheorie lebt der Konflikt zwischen der neofuktionalistischen und neoinstitutionalistischen Sicht einerseits und den intergouvernementalistischen Argumenten andererseits weiter fort. Je nach Stand und Perspektiven der europäischen Integration schlägt das Pendel unterschiedlich aus; in Zeiten der Krisenstimmung, wie gegenwärtig, setzen die Intergouvernementalisten in der Regel die Akzente. Daß die integrationstheoretische Diskussion derart stimmungsabhängig ist, liegt zum einen sicherlich in der Natur der Sache, ist zum anderen aber auch den Schwächen der vorherrschenden Paradigmen geschuldet, vor allem ihrem institutionalistisch verkürzten Zugriff auf den Integrationsprozeß. Diese Verkürzungen reproduzieren sich selbst noch in den Beiträgen zu einem "neuen Brückenschlag", den Neyer und Wolf (1996) nicht ohne Grund einklagen. So ist die Chiffre des "dynamischen Mehrebenensystems" (vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996), auf die sich die neueren Diksussionsbeiträge in der Regel beziehen, zwar sehr wohl in der Lage, die unterschiedlichen empirischen und theoretischen Untersuchungen zusammenzuführen und die komplexen Formen der Interessenvermittlung und Politikregulierung herauszuarbeiten, die nichtinstitutionellen materiellen Grundlagen, Triebkräfte und Dynamiken der Integration bleiben zumeist jedoch im Dunkeln.

In scharfem Kontrast zur institutionalistischen Perspektive stehen zweifelsohne die integrationstheoretischen Arbeiten in der Tradition des historischen Materialismus. Bereits Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre entstanden eine Reihe marxistischer Analysen der europäischen Integration (vgl. z.B. Mandel 1968; Poulantzas 1975; Deppe 1975). Auch wenn deren Hypothesen und politische Schlußfolgerungen durchaus sehr verschieden waren, kreisten die übergreifenden Fragen um die Strukturen und Dynamiken einer europäischen Kapitalverflechtung, um die damit korrespondierende (In-)Stabilität des Integrationsprozesses, aber auch um die Möglichkeiten einer sozialistischen Transformation (vgl. van der Pijl 1996:

288f.). Ähnlich wie die Debatten des Mainstreams erlahmte auch die marxistische Diskussion gegen Ende der siebziger Jahre und wurde erst im Kontext des Binnenmarkt-Projekts wieder aufgenommen. Neben der nachlassenden Integrationsdynamik dürfte sich auch demotivierend ausgewirkt baben, daß die Option eines "dritten Wegs" für Europa mehr und mehr verblasste.

24

Seit die integrationstheoretischen Fragestellungen dann gegen Ende der achtziger Jahre wieder aufgegriffen werden, erfolgt dies innerhalb einer dentlich erweiterten Perspektive (vgl. u.a. Deppe/Weiner 1991; Deppe/ Felder 1993). Zuvor batten die marxistischen Arbeiten die (neo-)realistischen Annahmen vielfach übernommen, dabei jedoch kritisch gewendet. So sahen sie den Integrationsprozeß primär als Resultat eines zwischenstaatlichen Interessenausgleichs, der aufgrund der strukturellen Spannungen des international orientierten (Monopol-)Kapitals allerdings prekär blieb. Die Probleme, Triebkräfte und Motive der Integration wurden auf diesem Wege recht eng und direkt auf die Struktur der gesellschaftlichen Kräfteverbältnisse und der diesen zugrunde liegenden Akkumulations- und Krisendynamik rückbezogen. In den neueren Arbeiten wird diese Argumentation nun keineswegs aufgegeben, jedoch sehr viel stärker als eine sozial, kulturell, politisch und institutionell vermittelte geseben. Der Portgang der Integration ist nunmehr umfassender eingebettet in eine komplexe Bedingungskonstellation, in der neben den Strukturen der Welt (un)ordnung und den gesellschaftlichen Klassenverbältnissen auch anderen Faktoren, z.B. ökologischen Problemen oder den Geschlechterbeziehungen, und der relativen Eigenständigkeit der europäischen Institutionen wie strategischen Richtungsentscheidungen (politischen Projekten) eine größere Bedeutung zukommt.

Die Optionen und Grenzen der Vergemeinschaftung nationaler Kompetenzen werden grundsätzlich durch den Widerspruch zwischen der formalen Gleichheit der Mitgliedstaaten und ihrer realen materiellen Ungleichbeit abgesteckt (vgl. Statz 1989, 27). Die Dynamiken, die sich dabei abzeichnen, erscheinen wesentlich als das Resultat der politischen Verhandlungs- und Bargainingprozesse. Von daber drängt sich nun eigentlich die Frage nach der wechselseitigen Ergänzung und Korrektur der institutionalistischen, regimetheoretischen und materialistischen Analysen auf. Allerdings erweist sich die Perspektive einer schlichten Erweiterung der unterschiedlichen Ansätze schnell als trügerisch. Offensichtlich entstammen die verschiedenen Konzeptionen konträren gesellschaftstheoretischen Perspektiven: Denn während die institutionalistischen und regimetheoretischen Analysen - ebenso übrigens auch die polit-ökonomischen Argumentationen in der Tradition der idealistischen und (neo-)realistischen Schule - eher Typen der "problem-solving" Theorie" (vgl. hierzu Cox 1995; ebenso Röttger 1996) repräsentieren, der es primär darum gebt, die bestehenden gesellschaftlichen Ordungsstrukturen zu erhalten, untersucht die kritische politische Ökonomie die Perspektiven ibrer Überwindung.

3. Die gramscianische Hegemonietheorie und die europäische Integration

Bieling/Steinhilber: Europäische Integration

Die kritische Analyse befaßt sich in diesem Sinne zunächst mit dem sozialen Charakter des Integrationsprozesses, d.h. den tragenden Machtbeziehungen und Herrschaftsstrukturen, einschließlich der darin eingelagerten Widersprüche und Krisen. Konzeptionell erschließt sich deren Reproduktion und Vermittlung über die gramscianische Hegemonietheorie. Dieser Ansatz, der von Cox, Gill, van der Pijl u.a. (zum Überblick vgl. Bieling/Deppe 1996) für die Analyse der Internationalen Beziehungen fruchtbar gemacht wurde, läßt sich auch auf die Untersuchung des europäischen Integrationsprozesses anwenden. Aufschlußreich ist er insofern, als er zum einen die sozialen, kulturellen und politisch-institutionellen Kämpfe, über die sich die kapitalistische Akkumulations- und Krisendynamik vermittelt, verstärkt in den Mittelpunkt rückt. Darüber hinaus bereitet die Hegemonietheorie, indem sie den spezifischen Charakter der zivilgesellschaftlichen wie politischen Konflikte und Kämpfe zu ergründen versucht, zum anderen die Voraussetzungen dafür, die regime- und verhandlungstheoretischen Erkenntmisse des europäischen Integrationsprozesses kritisch gegenzulesen.

Den Ausgangspunkt dieser Bemübungen bildet die Reformulierung der gramscianischen Hegemoniekonzeption durch Cox (1983, 172f.): "Hegemonie auf der internationalen Ebene ist (...) nicht nur eine Ordnung von Staaten. Es ist eine Ordnung innerhalb einer Weltökonomie mit einer dominanten Produktionsweise, die alle Länder durchdringt und zu anderen, untergeordneten Produktionsweisen führt. Es ist auch ein Komplex internationaler Sozialbeziehungen, der die sozialen Klassen unterschiedlicher Länder verbindet. Welthegemonie ist als soziale Struktur, als ökonomische Struktur und als politische Struktur zu beschreiben; sie kann nicht nur eines beinhalten, sondern muß alle drei umfassen. Weiter drückt sich die Weltökonomie in universellen Normen, Institutionen und Mechanismen aus, die generelle Regeln festlegen für das Verhalten von Staaten und für die sozialen Kräfte, die die nationalen Grenzen überschreiten - Regeln, die die dominante Produktionsweise unterstützen."

Dieses Verständnis von Hegemonie, das Cox in der Interpretation der Pax Britannica und Pax Americana gewann, läßt sich unseres Erachtens auch auf die europäische Integration übertragen (ausführlich dazu Bieling/Deppe 1996a). Auch hier ist erkennbar, daß sich seit Anfang der achtziger Jahre auf Grundlage einer spezifisch europäischen Konstellation ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen ein Block begemonialer Kräfte formiert hat. Die Formulierung und Durchsetzung der europäischen Akkumulations- und Regulationsstrategien erfolgt dabei nicht nur über die Androhung von Zwang und Repression, sondern auch über die konsensstiftenden Mechanismen der ideologischen Führung (die europäische Integration als Wettbewerbsfaktor) und der materiellen Unterstützung (z.B. die Strukturfonds), über die Protest- und Widerstandspotentiale kleingearbeitet und absorbiert werden. Neben den ökonomischen und sozialen Prozessen kommt auch der politisch-institutionellen Regulation der gesellschaftlichen Entwicklung und Modernisierung eine zentrale Bedeutung zu. Gerade im europäischen Maßstab ist es den hegemonialen Kräften gelungen, ihre Varianten der Wettbewerbs- und Modernisierungsregulation institutionell und rechtlich abzusichern. Analog zu den internationalen Institutionen gilt demzufolge auch für die Entstehung und die Funktionsweise des europäischen Regulierungskomplexes, daß er, der selber das Resultat einer hegemonialen Konstellation ist, die Regeln festlegt, die die hegemoniale Expansion erleichtern. Zugleich werden in diesem Prozeß die Normen der Regulation ideologisch legitimiert, die Eliten der Peripherie kooptiert sowie die Ideen und Motive gegen-hegemonialer Kräfte neutralisiert (vgl. Cox 1983, 172).

Das Netzwerk europäischer Regimes ist so betrachtet nicht nur ein Ergebnis komplizierter Kompromisse und Bargaining-Prozesse, sondern - dies zeigen insbesondere die Phasen forcierter Integration - es ist stets auch grundsätztlicher Ausdruck einer komplementären sozioökonomischen und zwischenstaatlichen Interessenstruktur. Offensichtlich haben die herrschenden sozialen und politischen Kräfte einen transnationalen (europäischen) hegemonialen Block geformt. Die darin eingelagerten Divergenzen, Widersprüche und Konflikte sind zwar keineswegs aufgehoben, in den achtziger Jahren erschienen sie jedoch als sekundär und traten hinter die übergreisende gemeinsame Zielsetzung einer marktgetriebenen Modernisierung Europas zurück. Der neoliberal-monetaristische Basiskonsens verallgemeinerte sich insbesondere über die Integrationsprojekte des EWS (1979), des Binnenmarktes (1986) und nunmehr der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) (1991). Dies bedeutet nun keineswegs, daß der hierdurch geschaffene vertragliche und institutionelle Rahmen alle wirtschafts- und sozialpolitischen Differenzen einebnet. Insoweit er jedoch die Bedingungen der "competitive austerity" und "competitive deregulation" konstitutionell verankert, begrenzt er die nationalen wie regionalen Gestaltungs- und Variationsmöglichkeiten.

4. Formwandel der neoliberalen Hegemonie in Europa

Die maßgeblichen sozialen und politischen Kräfte innerhalb des transnationalen hegemonialen Blocks entstammen zum einen dem weltmarktorientierten Geld- und Industriekapital (Banken, Versicherungen und TNK's) und zum anderen neoliberal-monetaristisch ausgerichteten Organisationen und Staatsapparaten (Parteien, Industrie- und Arbeitgeberverbände, Zentralbanken, Wirtschafts- und Finanzministerien etc.). Ihre propagandistischen Anliegen - die Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Privatisierungsphilosophien - gewannen in dem Maße an Konturen, wie es ihnen gelang, die sozialdemokratische Hegemonie ideologisch und praktisch auf-

zubrechen. Von struktureller Bedeutung war dabei, daß die korporatistischen Arrangements und sozialen Sicherungssysteme angesichts der niedrigen Wachstumsraten (BIP und Produktivität) und der steigenden Erwerbslosigkeit unter einen erhöhten Wettbewerbsdruck gerieten. Dies gab den neoliberalen Kräften auf der nationalen wie enropäischen Ebene die Chance, nicht nur die einzelnen Kriterien und Instrumente, sondern den Charakter der politischen Regulation insgesamt zu verändern.

Der Aufstieg und die Verallgemeinerung des Neoliberalismus vermittelte sich einerseits zunächst über die Kernländer Westeuropas, d.h. den Thatcherismus in Großbritannien (1979), die geistig-moralische Wende in Deutschland (1982) und den austeritätspolitischen U-turn nach dem Scheitern der französischen Linkskoalition (1983). Wenn zuvor bereits die sozialdemokratischen Regierungen einige Versatzstücke neoliberalen Denkens adaptiert hatten, so wurde die neoliberale Offensive fortan auf der Grundlage klarer programmatischer Zielsetzungen vorangetrieben. Der neue neoliberale Basiskonsens bildete andererseits zugleich die Grundlage für die Revitalisierung der europäischen Integration. Die Gründnig des EWS stand anfangs noch im Zeichen der Wechselkursberuhigung zwischen den westeuropäischen Währungen und der D-Mark, die als Weltwährung direkter von den Schwankungen des US-Dollars betroffen war. Zugleich erlaubte dieses System jedoch auch der dominanten Bundesbank, die Kriterien einer monetaristischen Geldpolitik zu europäisieren (vgl. Bonder u.a. 1992, 52f.). Die nachfolgenden Integrationsprojekte, nicht zuletzt das Binnenmarkt-Projekt, wurden hierdurch mit vorbereitet.

Gerade die Formulierung und Durchsetzung des Binnenmarkt-Projekts zeigt die gewachsene Bedeutung, die der politischen Repräsentanz auf europäischer Ebene zukommt. Zu erwähnen ist nicht nur die Initiativrolle der Kommission, insbesondere ihres Präsidenten Jacques Delors. Wichtiger scheint noch der Einfluß des European Round Table of Industrialists (ERT), der als informelles Koordinationszentrum des europäischen Finanz- und Industriekapitals die in der EEA festgeschriebenen Maßnahmen und Inhalte - vor allem die sog. "vier Freibeiten" - bereits zuvor konzeptionell ausarbeitete (vgl. Holman/van der Pijl 1992: 21f.). Die "Europborie", die von diesem riesigen Deregulierungsprogramm ausströmte, markiert den vorläufigen Höhepunkt der neoliberalen Hegemonie. Trotz aller Zweifel an der Zuverlässigkeit der verkündeten Wachstums-, Produktivitäts- und Beschäftigungseffekte (vgl. Cecchini 1988) stand diese Initiative in den Angen der Mehrheit für die Wohlstandseffekte der europäischen Integration.

Auch wenn die Resultate des gemeinsamen Marktes mittlerweile nüchterner gesehen werden, sind selbst noch die letzten Beitritte (Schweden, Finnland, Österreich) wesentlich durch die wettbewerbspolitische Relevanz des Binnenmarktes motiviert. Mit der angestrebten Währungsunion verbinden sich hingegen kaum positive Erwartungen. Vor dem Hintergrund wachsender sozialer Problemlagen - Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheiten - treten die disziplinierenden Aspekte der neoliberalen Politik (Workfare, Arheitszeitverdichtung, Austeritätspolitik) stärker hervor. Der "disciplinary constitutionalism" (Gill 1995) manifestiert sich in Europa zudem darin, daß vertraglich und institutionell Bedingungen festgeschrieben werden, über die die Geld- und teilweise auch die Fiskal- und Wirtschaftspolitik einer sog. "autonomen" Organisationen üherantwortet, d.h. dem Einfluß der Bevölkerung entzogen werden, um den Primat monetärer Stahilität auch zukünftig festzuschreiben.

Diese Ignoranz der Macht und die Verselbständigung der politischen Regulation stößt in der Bevölkerung jedoch zunehmend auf Widerstand. Die allgemeine skeptische bis ahlehnende Haltung gegenüber der WWU speist sich unter anderem aus dem sozialpolitischen Rückzug und der heschäftigungspolitischen Abstinenz, die mit ihr verhunden werden. Gegenwärtig scheint es, daß die neoliberalen Modernisierungsstrategien, auch wenn sie von sozialdemokratischen Parteien vermehrt akzeptiert werden, sich nicht mehr aufgrund ihrer attraktiven und erfolgreichen Resultate hehaupten können, sondern nur noch mangels wirklicher Alternativen. Noch treibt die "erschöpfte Gesellschaft" (van der Pijl 1997) im neoliberalen Fahrwasser weiter dahin und zehrt an ihren eigenen Reproduktionsgrundlagen. Dies erzeugt zweifelsohne Widerstandspotentiale. In welchem Ausmaß, in welchen Formen und mit welchem sozialen Gehalt und Charakter, ist keineswegs gewiß. Die historischen Erfahrungen zeigen, daß die zweite Phase der von Polanyi (1977) ausgemachten doppelten Bewegung, d.h. die gesellschaftliche Reaktion auf die destruktiven Effekte der entfesselten Marktlogik, durchaus sehr unterschiedlich aussehen kann. Nicht nur sozialdemokratische, auch autoritär-faschistische, aber auch sozialistische Varianten sind denkhar. Vieles wird vermutlich davon abhängen, ob es der Linken gelingt, auch im europäischen Rahmen wirklich alternative ausstrahlungsund mobilisierungsfähige Projekte zu formulieren.

Literatur

Bellers, J./Häckel, E. (1990): Theorien Internationaler Integration und Internationaler Organisationen, in: Rittberger, V. (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen, PVS-Sonderheft 21, Opladen, S. 286-309.

Bieling, H.-J./Deppe, F. (1996): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie; in: Das Argument 217, Jg. 38, Heft 5/6, S. 729-740.

Bieling, H.-J./Deppe, F. (1996a): Internationalisierung. Integration und politische Regulierung; in: Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen, S. 481-511.

Bonder, M. u.a. (1992): Deutschland in einer neuen Weitära. Die unbewältigte Herausforderung, Opladen.

Busch, K. (1996): Spill-over-Dynamik und Spill-back-Potential in der europäischen Währungsintegration - ein Beitrag zur Integrationstheorie, in: Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen, S. 281-311.

Cecchini, P. (1988): Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden.

Cox, R. W. (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method; in: Millenium: Journal of International Studies, vol. 12, no. 2, S. 162-175.

Cox, R. W. (1995): Critical Political Economy; in: Hettne, B. (ed.), International Political Economy. Understanding Global Disorder, London, S. 31-45.

Deppe, F. (Hrsg.) (1975): Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Hamburg.

Deppe P./Weiner, K.-P. (Hrsg.) (1991): Binnenmarkt '92. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg.

Deppe F./Felder, M. (1993): Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), FEG-Arbeitspapier Nr. 10, Marburg.

Efinger, M. u.a. (1990): Internationale Regime und Internationale Politik; in: Rittberger, V. (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen, PVS-Sonderheft 21, Opladen, S. 263-285.

Gill, S. (1995): Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism; in: Millenium: Journal of International Studies, vol. 24, no. 3, S. 399-423.

Haas, E. (1958): The Uniting of Europe, Stanford.

Holman, O./van der Pijl, K. (1992): Restrukturing the Ruling Class and European Unification, Working-Paper no. 28, Amsterdam.

Hoffmann, S. (1966): Obstinate or Obsolete?, The Fate of the Nation State and the Case of Western Europe, in: Daedalus, vol. 96., S. 865-885.

Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (Hrsg.) (1996): Europäische Integration, Opladen.

Keohane, R. O. (1984): After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton; New Jersey.

Keohane, R. O. (1989): International Institutions and and State Power, Essay in International Relations Theory, Boulder.

Keohane, R.O./Hoffmann, S. (1990): Conclusions: Community Politics and Institutional Change, in: Wallace, W. (ed.): The Dynamics of European Integration, London, S. 276-300.

Kohler-Koch, B. (Hrsg.) (1989): Regime in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden.

Krasner, Stephen D. (ed.) (1983): International Regimes, London.

Lange, P. (1993): Maastricht and the Social Protocol: Why did they do it?, Politics and Society, vol 21, no.1.

Mandel, E. (1968): Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt a.M.

Moravcsik, A. (1991): Negotiating the Single European Act, in: Keohane, R.O./Hoffmann, S. (eds.): The new European Community - Decisionmaking and Institutional Change, Boulder, S. 41-84.

Moravesik, A. (1993): Preferences and Power in the European Community, A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Journal of Common Market Studies, vol. 31, no. 4., S. 473-524.

Neyer, J./Wolf, D. (1996): Zusammenfügen was zusammengehört! Zur Notwendigkeit eines Brückenschlags zwischen alten und neuen Fragestellungen der Integrationsforschung; in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Ig. 3, Heft 2, S. 399-423.

Nye, J. (1971): Peace in Parts, Integration and Conflict in the Regional Organization, Lanham.

Polanyi, K. (1977): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (Org. 1944), Wien.

Poulantzas, N. (1975): Klassen im Kapitalismus heute, Hamburg.

Röttger, B. (1996): Hegemonie und Weltmarktmacht. Kritische Theorie global-kapitalistischer Regulation; in: Bieling, H.-J./Deppe, F./Röttger. B., Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration. Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, FEG-Arbeitspapier Nr. 15, Marburg, S. 5-44.

Scharpf, F. W. (1985): Die Politikverslechtungsfalle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, Heft 4, S. 323-356.

Schneider, V./Werle, R. (1989): Vom Regime zum korporativen Akteur. Zur institutionellen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft; in: Kohler-Koch, B. (Hrsg.), Regime in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 409-434.

Statz, A. (1989): Die Entwicklung der europäischen Integration - ein Problemaufriß; in: Deppe, F. (Hrsg.), 1992 - Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft, Köln, S. 13-38.

van der Pijl, K. (1996): Vordenker der Weltpolitik. Einführung in die Internationale Politik aus ideengeschichtlicher Perspektive, Opladen.

van der Pijl, K. (1997): The History of Class Struggle: From Original Accumulation to Neoliberalism; in: Monthly Review, no. 5, S. 28-44.

Zellentin, G. (1992): Der Funktionalismus - eine Strategie gesamteuropäischer Integration?, in: Kreile, M. (Hrsg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen, S. 62-77.

Ziebura, G.: Zusammenfassung: Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit, in: Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme. Schriften des Forschungsinstituts für Auswärtige Politik, Bd. 33, München, S. 295-311.

Vorschau

Z - Nr. 33

erscheint Anfang März 1998 mit dem Schwerpunktthema

"Kommunismus - Hundertfünfzig Jahre nach dem Kommunistischen Manifest"

mit Beiträgen von D. Boris, G. Fülberth, H. J. Krysmanski, Th. Kuczynski, D. Losurdo, H. Peters, A. Schaff, L. Sève, G. Stiehler, M. Zander

Außerdem Beiträge von G. Binus (Internationalisierung), H. Heininger, (Fordismus und SMK-Theorie), M. Domke (Klassen- und Geschlechterfrage II), M. Krätke (Politische Ökonomie von Marx), R. Hecker (internationale Marx-Rezeption), V. Oittinen/J. Heiskanen (Marxismus-Diskussion in Finnland) u.a.m.

非非非

Z - Nr. 34 erscheint Anfang Juni 1998 mit dem Schwerpunktthema Staatsverschuldung/Staatshaushalt, Öffentlicher Sektor, Beschäftigungssystem und -alternativen

Paul Boccara

Europäische Währungspolitik: ein Alternativ-Konzept zur Einheitswährung

Die ersten Maßnahmen der Linksregierung in Frankreich beinhalten wichtige Herausforderungen für die Kämpfe der Arbeiter und anderer Bevölkerungsgruppen.

Im Gegensatz zur kritischen Haltung, die Jospin während des Wahlkampfs dem europäischen Stabilitätspakt gegenüber eingenommen hatte, wich die französische Regierung in den EU-Beratungen von Amsterdam vor den Anforderungen des Finanzkapitals zurück. Die geplanten Vorstöße für beschäftigungspolitische und soziale Lösungen wurden hintan gestellt. Trotzdem gibt es weiterhin Handlungsspielräume. So kann sich die europäische Einheitswährung oder aber eine andere Lösung der Währungsfrage durchaus noch zu einem entscheidenden Kampffeld entwickeln.

In Amsterdam wurden zwei wichtige Entscheidungen getroffen, zwischen denen es einen eklatanten Widerspruch gibt: Der beschlossene Stabilitätspakt auf der einen Seite und das Kapitel zur Beschäftigungspolitik andererseits sind miteinander unvereinbar, wobei der Inhalt des letzteren ebenfalls nicht befriedigen kann.

Es gibt darüber hinaus immanente Widersprüche innerhalb dieser beiden Ansätze. Der Stabilitätspakt verschärft die restriktive Wirkung der Kriterien vnn Maastricht. Denn die Kürzung der Ausgaben im sozialen Bereich Bildung, Gesundheit, Wohnungsban, öffentliche Dienstleistungen - wirkt wachstumshemmend und befördert damit den Trend zu rückläufigen öffentlichen Einnahmen, was wiederum die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nnd der Sozialversicherungen erböht. Gut gezielte und effizient gesteuerte zusätzliche öffentliche Ausgaben würden dagegen mittelfristig eine weitaus nachhaltigere Senkung der Staatsverschuldung bewirken, selbst wenn es vorübergebend zu einer gewissen Erhöhung der Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten kommen sollte: Nur die Stimulierung des Wachstums bringt dauerhaft höhere Einnahmen.

Zum Beschäftigungsproblem brachte Amsterdam nur unverbindliche Empfehlungen. Es ist lediglich von einem höherem Beschäftigungsstand und nicht von Vollbeschäftigung die Rede, geschweige denn von Beschäftigungs- und Ausbildungsgarantien. Die französische Regierung hatte zusätzliche europäischen Ausgaben im Bereich der Infrastrukturversorgung gefordert. Die deutsche Delegation blockierte die dazu notwendige bessere Finanzausstattung des europäischen Haushalts.

Tatsächlich wäre zusätzliche Kreditaufnahme eine bessere Lösung, wenn diese un Rahmen von Geldschöpfung bei reduzierten Zinsbelastungen vor-

genommen würde: Das würde Arbeitsplätze schaffen und die Nachfrage in Europa stärken.

Dies steht aber im Widerspruch zu den Anforderungen der Einheitswährung, die mit ihrer Orientierung auf hohe Zinsen und Lohnabbau nur das Wachstum der Finanzmärkte fördert.

I. Widersprüche, Tabus und Konservatismus der Kritik an der Europäischen Währungsunion

Die Kritik der alternativen und linken Ökonomen an der Währungsunion ist vielfach durch Widersprüchlichkeit, Tabus, Konservatismus und fehlende Kreativität gekennzeichnet.

Widersprüche und Widersinnigkeiten

Einerseits wird durchaus gesehen, daß die Einstihrung des Euro negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben wird; andererseits aher wird gefordert, die Verwirklichung der Einheitswährung mit Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung oder gar zur Vollbeschäftigung zu verhinden. Man erklärt zwar, daß die Maastricht-Kriterien, insbesondere die Defizitbegrenzung von 3 Prozent, aufgegeben werden müßten im Interesse einer expansiven Haushaltspolitik auf europäischer Ebene. Aber die Einheitswährung selbst (oder aher ein Ersatz wie z.B. eine gemeinsame Außenwährung) wird nicht in Frage gestellt. Dies verweist auf andere widersprüchliche oder unsinnige Forderungen: Die Lohnzusatzkosten sollten gesenkt werden, da so angeblich höhere Beschäftigung erreicht werden könne. Meiner Ansicht nach sollten vielmehr die hohen Fremdkapitalkosten reduziert werden, welche hohe Renditen an den Finanzmärkten beinhalten und so das Wachstum der Finanzinvestitionen auf Kosten der Beschäftigung fördern. Es geht also vor allem darum, die Zinsen zu senken um eine Kreditexpansion im Interesse von mehr Beschäftigung und Ausbildung zu ermöglichen.

Tabus und vergessene Aspekte

In der Dehatte über die Einheitswährung wird vor allem übersehen, daß es beim Euro in erster Linie um die Stärkung der europäischen Finanzmärkte und die Mobilisierung von Finanzkapitalanlagen geht. In Wirklichkeit fördert die Politik der Inflationsbekämpfung die inflationäre Aufblähung der Finanzmärkte bei gleichzeitigem Reallohnabbau und einer Beschränkung der Kreditaufnahme für Realinvestitionen, was deflationär wirkt. Zwar wird die Unzulänglichkeit der Gesamtnachfrage als Ursache der Dauerarbeitslosigkeit erkannt, übersehen wird aber nicht nur der Druck der Finanzmärkte, sondern auch der Einfluß der Angebotsbedingungen auf eben jene Gesamtnachfrage. Denn es handelt sich nicht hloß um die Unzulänglichkeit der Massenkaufkraft als Folge der massiven Einsparung von le-

bendiger Arbeit. Es geht ebenso um die Unzulänglichkeit der Nachfrage nach Gütern des konstanten Kapitals (sei es fixes oder zirkulierendes Kapital) relativ zum erzeugten Mehrwert und damit um in diesen Gütern enthaltener Arbeit. Dies erklärt sich aus der hohen Produktivität bei der Herstellung dieser Güter in den modernen Industrien und noch mehr bei der Bereitstellung der explosionsartig zunehmenden Dienstleistungen,

Konservatismus in der Kritik

Während vorgegeben wird, den Monetarismus zu bekämpfen, bleiben viele kritische Autoren doch Gefangene von Vorstellungen, welche eine direkte Beziehung zwischen Lohn- und Sozialkosten einerseits und Inflation andererseits behaupten. Dies gilt selbst für jene, die in der gegenwärtigen deflationären Situation für Lohnerhöhungen plädieren. Übersehen wird die Bedeutung der Überakkumulation für die Inflation. Übersehen werden ebenfalls die Auswirkungen der beschränkten Nachfrage nach Kapitalgütern, eine Folge der neuen Technologien und der Informationsrevolution, die zu einer relativen Verbilligung der Produktion dieser Güter und Leistungen führen. Dies trägt ebenfalls zur Beschränkung der Gesamtnachfrage bei und befördert deflationäre Tendenzen. Auch wird in diesem Zusammenhang oft übersehen, daß die Ausdehnung der Finanzmärkte auf Kosten der produktiven Kreditvergabe erfolgt.

Heute wird vielfach unter dem Vorzeichen des Keynesianismus über die durch Arbeitseinkommen und öffentliche Ausgaben gespeiste Nachfrage diskutiert. Das ist aber ein sehr reduzierter Keynes. Dessen Analyse geht in Wirklichkeit viel weiter. So hat Keynes im Zusammenhang mit den öffentlichen Investitionen unterstrichen, daß diese nicht den einzelkapitalistischen Rentabilitätsgesichtspunkten unterliegen sollten.

Allerdings ist einzuräumen, daß staatliche Investitionen die Vergeudung öffentlicher Mittel begünstigen. Es müssen daher heute Kriterien der sozialen Effizienz entwickelt werden, die, dezentralisiert und basisnah, auch auf Unternehmen und auf die Kreditvergabe angewendet werden sollten. Eine einfache Ablehnung der einzelkapitalistischen Rentabilität als Maßstab reicht nicht aus. Angesichts der durch die Informationsrevolution hervorgerufenen Steigerung der Produktivität muß heute weit über die Vorstellungen von Beveridge und der Neo-Keynesianer zur Vollbeschäftigung hinausgegangen werden. Ich schlage daher die schrittweise Verwirklichung eines Systems der "Ausbildungs- und Beschäftigungssicherheit" vor.

Paul Boccara, Intervenir dans les gestions avec de nouveaux critères, Paris 1985

II. Die Herausforderungen der Informationsrevolution, das System der Ausbildungs- und Beschäftigungssicherheit und die neuen Kriterien sozialer Effizienz in den Unternehmen

Die Herausforderungen der Informationsrevolution

Während die industrielle Revolution Funktionen der Hand durch Werkzeugmaschinen ersetzte, ist das Merkmal der Informationsrevolution der Ersatz von Gehirnfunktionen bei der Informationsverarbeitung durch materielle Produkte wie Computer.

Die Informationsrevolution vollendet den Prozeß der Ablösung von Handarbeit. Sie erzeugt damit gewaltige Einspareffekte nicht nur von lebendiger Arbeit, sondern auch von materiellen Mitteln relativ zu den Produktionsergebnissen. Dies erklärt die Unzulänglichkeit der Gesamtnachfrage, eine der Ursachen des heutigen Wirtschaftskriegs.

Die Aktivitäten der Informationsverarbeitung (Forschung, Aus- und Weiterbildung, Datenbeschaffung) überwiegen in der Tendenz die industriellen Funktionen der Herstellung. Wenn ich ein industrielles Erzeugnis verkaufe, gebe ich dieses vollständig ab und der Preis muß die Reproduktionskosten ersetzen. Verkaufe ich aber eine Information, dann kann ich weiter über diese verfügen und sie verwerten. Der Produzent der Information kann deren Produktionskosten also aufteilen, ebenso wie bei der Forschung und Entwicklung, deren Ergebnisse vielfach angewendet werden können. Dies ist um so eher möglich, wie es ausreichend ausgebildete, beschäftigte und mit den notwendigen Geräten ausgerüstete Menschen gibt, die diese Informationen verwenden können. Daher die Notwendigkeit, so umfassend wie möglich auszubilden und zu beschäftigen.

Im gegenwärtigen System dagegen streben die Unternehmen danach, die Informationskosten monopolartig abzuwälzen und die Konkurrenz auszuschalten. Dabei nutzen sie die Finanzmärkte zur Kontrolle großer multinationaler Konzernzusammenhänge auf Kosten der Arbeitsplätze, wobei sie den Verwerfungen des Finanzsektors ausgesetzt sind.²

Dieser Druck anf die soziale Sicherheit der Menschen und die Anforderungen der Informationsverarbeitung an ihre Tätigkeiten treffen zusammen mit den Folgen demographischer Umwälzungen, nämlich der Langlebigkeit und der Alterung der Bevölkerungen. Es gebt dabei sowohl um die Verlängerung des Lebens als auch um den Geburtenrückgang, welcher in

den entwickelten Industrieländern dazu beiträgt, weibliche Arbeitskraft verfügbar zu machen.³

Aber auch in anderen Teilen der Welt zeigen sich, rascher als man bisher dachte, trotz hoben Bevölkerungswachstums zusätzlich zu der verschlechterten Lebensqualität Effekte sinkender Geburtenhäufigkeit.

Dies erfordert entweder die Durchsetzung von Alternativen zur gegenwärtigen Reproduktionsweise der Bevölkerung in quantitativer und qualitativer Hinsicht oder aber Lösungen, die die Sicherung von Beschäftigung, Ausbildung und kultureller Betätigung insbesondere für die Jugend, die Frauen und die älteren Arbeitnehmer gewährleisten.

Alles verweist also darauf, daß die konstruktive Gestaltung der kapitalistischen Märkte der Arbeit, der Güter und des Geldes erforderlich ist, sowohl auf lokaler Ebene wie im Weltmaßstab.

Für Ausbildungs- und Beschäftigungssicherheit

Man kann die spontane Regulierung der Wirtschaft durch Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsunsicherheit nur überwinden, wenn allen eine sinnvolle Arbeit und eine beschäftigungsorientierte Ausbildung garantiert wird. Das erfordert die Realisierung eines Systems der Ausbildungs- und Beschäftigungssicherheit.

Die "Überwindung" des Arbeitsmarktes bedeutet sowohl die Beseitigung der Arbeitslosigkeit als auch die Bereitschaft zu sinnvoller Flexibilität bei den Arbeitenden: die Funktion der "Reservearmee" der Arbeitslosen ist durch intensive Aus- und Weiterbildung zu ersetzen. Statt Jugendliche und Erwachsene, Frauen und ältere Erwerbstätige, Völker und Nationen gegeneinander zu betzen ist es möglich, im Rabmen von sozialen Kämpfen vor Ort Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsunsicherheit zu überwinden mit dem Kampfruf: "Unsicher Beschäftigte und Unterbeschäftigte aller Länder, vereinigt euch und kämpft".

Es geht also darum, die Arbeitslosigkeit abzuschaffen und ihre Anpassungsfunktion durch Aus- und Weiterbildung zu ersetzen, nicht um staatliche Beschäftigungsgarantien (wie in den Staatsverwaltungsgesellschaften, die sich sozialistisch nannten). Zur gleichen Zeit schafft ein breit angelegtes lebenslanges Lernen ein weites Feld von Nachfrage nach neuartigen und nahezu unbegrenzt ausdehnungsfähigen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Paul Boccara, Révolution informationnelle et débuts possibles d'un nouveau type de régulation dans uns système mixte ouvert. Mondes en développement, Tome 20, 1992, n° 79/80.

Michel Loriaux, Du vieillissement démographique à l'intégration des âges: La révolution de la géritude. Population, novembre-décembre 1995, n° 6.

Jean Claude Chesnais, La bombe démographique, un pétard mouillé. La Recherche, septembre 1995, volume 26.

[&]quot;Précarisables et précarisés de les pays, unissez-vous et intervenez". Precarizados del Mundo, Unios! - titre d'une interview que j'ai donnée au quotidien argentin "Pagina 12", publiée en octobre 1996.

Dies begünstigt ebenfalls den Einsatz von Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Produktivität.⁶

Kriterien sozialer Effizienz

Die reaktionäre Antwort auf die bestebenden Probleme ist die Privatisierung im globalen Maßstab. Dagegen muß eine Strategie der Renationalisierung eines neuen Typs gesetzt werden, die ebenso offen ist gegenüber der Arbeitermitverwaltung in dezentraler Form wie gegenüber Kooperationsbeziehungen auf nationaler und internationaler Ebene, global wie regional. Gemischte Eigentumsformen bei Übergewicht des öffentlichen und sozialen Einflusses sind angemessen.

Neben den einzelkapitalistischen Rentabilitätskriterien sollten Kriterien der sozialen Effizienz bei der Leitung der Unternehmen⁷ an Gewicht gewinnen. Diese Kriterien beinhalten:

- höhere Effizienz des eingesetzten materiellen und monetären Kapitals im Verhältnis zum produzierten Gesamtmehrwert (Profit + Lohnsumme + öffentliche Abgaben);
- soziale Effizienz, gemessen am für die lohnabbängige Bevölkerung verfügbaren Teil des Mebrwerts (die relative Einsparung von Kapital reduziert den für den Akkumulationsprozeß erforderlichen Profit);
- höhere Produktivität von Sachkapital und Arbeit;
- die Intensität und Qualität der Kooperations- und Austauschbeziehungen zwischen den Unternebmen, sowohl lokal wie global.

III. Hartnäckige Illusionen und übersehene Probleme der Einheitswährung⁸

Vereinigungsillusionen und die Endgültigkeit der Wechselkursfixierung

Die Fixierung der europäischen Wechselkurse als einmaliger Akt hat die Ausrichtung der neuen Einbeitswährung an der international stärksten Devise (der DM) zum Ziel und nicht die Geldwertstabilität. Begünstigt werden Finanzinvestitionen und die Attraktivität für Geldkapitalanlagen (in Konkurrenz zum Dollar als Anlagewährung) auf Kosten der Beschäftigung, die unter den hohen Zinsen leidet.

Nicht die Spekulation, das Wachstum der Finanzmärkte ist das Problem

Es ist durchaus möglich, daß es im Weltmaßstab zu verstärkten Spekulationswellen kommt, sowohl im Verhältnis Euro/Dollar als auch im Verhältnis zu anderen Währungen (darunter dem Yen und den asiatischen Währungen). Aber das Hauptproblem sind nicht die Spekulationsrisiken gegen die europäischen Währungen sondern das Wachstum der Finanzinvestitionen auf Kosten der Beschäftigung.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen würde die europäische Einheitswährung, auch wenn es nur eine Außenwährung wäre, vor allem das Wachstum der Finanzanlagen begünstigen. Sie würde notwendigerweise höhere Zinsen erforderlich machen, um im Verhaltnis zum Dollar attraktiver zu werden. Dies bätte wiederum negative Effekte auf die Beschäftigung.

IV. Drei Vorschläge für eine gemeinsame europäische Währung und ein Vorschlag globalen Charakters⁹

Eine gemeinsame Währung oder der neue ECU

Dieser hätte zwei Merkmale:

- 1) Ein ECU, dessen Wert sich wie bisber an einem Währungskorb bemißt, allerdings mit folgenden Unterschieden zur gegenwärtigen Situation:
- Die Zusammensetzung des Währungskorbs wird zu Lasten der DM-Zone revidiert;
- Der ECU erhält alle Geldfunktionen, bleibt also nicht bloß Rechnungseinheit wie bisher, sondern wird Zahlungs- und Reservemedium;
- Die Währungsparitäten sind fest bei engen Schwankungsbreiten, aber sie sind veränderbar.
- 2) Der ECU wird Referenzwährung: Sein Wert wird bestimmt auf der Grundlage eines bestimmten Währungskorbs im Jahre T und bei konstanter Kaufkraft der Sozialprodukte der europäischen Länder. Dies würde vor allem erlauben, die Inflation zu ermitteln.

Ein europäischer Währungsfonds

Dieser Fonds würde sich stark von dem bestebenden Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) unterscheiden und gliche eher dem Internationalen Währungsfonds, mit Ziehungsrechten der bestehenden europäischen Währungen und Auszahlung in der gemeinsamen Währung.

Paul Boccara, Pour une Sécurité d'emploi ou de formation. Issues, n° 47-48, 4ème trimestre 1995, 1er trimestre 1996.

Nouvelles approches des gestion d'entreprises, Paris 1995, J.-Cl. Louchart avec participation de P. Boccara, A. Dubourg, Marcel Lepetit, Cl. Quin.

⁸ Vgl. Paus Boccara, La monnaie unique contre l'emploi et le social. Economic et Politique, février-mars 1996.

Vgl. Paul Boccara, U.E.M. et monnaie unique, critique et propositions alternatives. Economie et Politique, mars 1997.

- 1) Die Einlagen erfolgen in den nationalen Währungen und nicht, wie beim EFWZ, in Gold und Dollar.
- 2) Gegenseitige Ziebungsrechte in nationalem Geld, auf der Grundlage von Beiträgen in der gemeinsamen Währung, ohne Rückzahlungsverpflichtung und Zinsen: Es gebt also um eine wirkliche Geldschöpfung.
- 3) Leitung: Es würde keine Zentralbank geben, sondern ein System der europäischen Notenbanken, einen gemeinsamen Währungsfonds und einen Rat für Währungsangelegenheiten, der vor allem aus den Vertretern der Mitgliedsstaaten bestehen sollte.

Die Bedingungen für Geldschöpfung, Auszahlung und Beteiligung

- 1) Die Geldschöpfung sollte nach Maßgabe der Bedürfnisse an Liquidität und Kredit vor allem zur Ausweitung der Beschäftigung erfolgen. Angestrebt ist ein Wachstumstyp, welcher eine bobe Beschäftigungsintensität und die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten (Ausbildung, Forschung und Entwicklung) ermöglicht bei möglichst intensiven Kooperationsbeziebungen zwischen den Betrieben.
- 2) Die an der gemeinsamen Währung beteiligten Notenbanken werden mit Ziehungsrechten nach Maßgabe der jeweiligen Beschäftigungs- und Wachstumsziele ausgestattet. Der jeweils unterschiedliche Stand von Arbeitslosigkeit, Ausbildung, Produktivität usw. der Länder würde berücksichtigt.
- 3) Die nationalen Notenbanken sollten die gemeinsame Währung und die Ziebungsrechte nutzen, um ein niedriges Zinsniveau zu fördern, d.h. sie würden den Banken und Finanzinstitutionen der Ziehungsländer günstige Refinanzierungsmöglichkeiten einräumen und so die Nachfrage nach Produkten jener Länder fördern, auf die gezogen worden ist. Ziel ist immer die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies würde den innereuropäischen Warenaustausch zwischen den Unternehmen begünstigen, da die Kredite vor allem dem Kauf von Investitionsgütern dienen würden.

Eine internationale Währungs- und Finanzordnung auf der Grundlage von gemeinsamem Weltgeld

Ein echtes gemeinsames Weltgeld kann auf der Grundlage der existierenden Sonderziehungsrechte (SZR) geschaffen werden. ECU und SZR sind historische Innovationen vom Ende des 20. Jahrhunderts, geschaffen in Abgrenzung gegen die Einführung von Einheitswährungen, die es bereits gab. So war z.B. nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 eine Einheitswährung geschaffen worden.

Dieses gemeinsame, auf der Grundlage der SZR geschaffene Weltgeld sollte von einem neuen Internationalen Währungsfonds verwaltet werden und neben den existierenden Währungen bestehen. Man sollte aber nicht nur eine weit größere Geldmenge als bisher schaffen, sondern ebenfalls Zuteilungs- und Verwendungskriterien im Sinne von mehr Beschäftigung und menschlicher Entwicklung festlegen.

V. Mehr gemeinsames und nationales Geld für mehr europäischen Handel, Beschäftigung, Ausbildung und intensivere Kooperationsbeziehungen

Monetarisierung der innereuropäischen Handelsbilanzüberschüsse und Verwendung der gemeinsamen Währung für mehr Nachfrage, Beschäftigung und Ausbildung

Die Angst vor wachsenden Handelsbilanzdesiziten zwischen den europäischen Ländern und den entsprechenden Abhängigkeitsverhältnissen, wie sie z.B. in den 80er Jahren zwischen Deutschland und Frankreich zum Nachteil Frankreichs bestanden, erklären zweiselsohne die gegenwärtige Beschränkung des gegenseitigen Warenaustauschs.

Die Schaffung einer gemeinsamen Währung und die Zuteilung von Liquidität an Defizitländer würde dagegen den innereuropäischen Handel fördern und Arbeitsplätze in Europa sichern. So könnte z.B. die Bank von Frankreich eine bestimmte Menge der gemeinsamen Währung zugeteilt bekommen und sie zur Refinanzierung französischer Geschäftsbanken benutzen. Die so refinanzierten Kredite wären um so billiger (bis hin zu negativen Zinsen), je beschäftigungsintensiver die damit finanzierten Investitionen sind. Es könnten auch z.B. durch Ziehung auf die DM französische Importe aus Deutschland finanziert werden, mit denen in Frankreich Arbeitsplätze geschaffen werden, wodurch gleichzeitig in Deutschland Wachstum und Beschäftigung gesichert würden.

Das gemeinsame Geld wäre nur im Rahmen Europas konvertibel und könnte nur dort verwendet werden. Die gemeinsame europäische Währung wäre also in gewissem Sinne von den internationalen Finanzmärkten abgeschnitten und könnte nur innereuropäisch investiv verwendet werden. Es wäre also im wesentlichen eine rein europäische Binnenwährung.

Geldmengenpolitik gegen Inflation und Deflation

Diese Schaffung einer gemeinsamen europäischen Binnenwährung könnte unter bestimmten Bedingungen inflationär wirken, wobei allerdings darauf zu achten wäre, daß die Inflationsraten niedrig bleiben.

Es ist aber ebenso darauf zu achten, daß keine deslationären Effekte auf Kosten von Wachstum und Beschäftigung auftreten. Eine reine Antiinslations- und Deregulierungspolitik im Interesse finanzieller Rentabilitätskriterien ist abzulehnen. Ein neuer Typ der Geldmengenregulierung sollte zwar eine begrenzte Rentabilität sichern, dabei aber das Gewicht dieses Kriteriums zugunsten sozialer Maßstäbe zurückdrängen.

40

Dies verweist auf die Notwendigkeit, im Rahmen von mehr Kooperationsbeziehungen die Kosten von Forschung und Entwicklung besser zu verteilen. Eine solche arbeitsteilige Kooperation würden auch die Einsparung von Sach- und Geldkapital ermöglichen. Dies vor allem desbalb, weil es nicht mehr notwendig wäre, große Unternehmenskomplexe zu kontrollieren, nm die bohen Entwicklungskosten über monopolistische Marktpositionen zu rentabilisieren.

Die Rolle eines gemeinsamen Weltgelds im Interesse von Beschäftigung und nachhaltiger Entwicklung gegen den Druck des Geldkapitals und der Finanzmärkte

Die gemeinsame europäische Währung könnte weiterhin eingesetzt werden, um Kredite und Importe europäischer Nachbarländer im Süden und im Osten zu finanzieren, denen Ziehungsrechte auf nationale europäische Währungen eingeräumt werden müßten.

Dies könnte ein Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen Weltgelds sein, welches im Rahmen eines wahrbaft internationalen Währungsfonds die Entwicklungszusammenarbeit fördern würde.

Es ist vor allem die Währungsspekulation, die es dem internationalen Geldkapital ermöglicht, Druck im Sinne von deflationären Wirtschaftspolitiken gegen Sozialausgaben und Beschäftigung auszuüben. Mit einem gemeinsamen Weltgeld, welches die Ziebung auf jede beliebige nationale Währung ermöglicht, gäbe es neue Geldschöpfungsmöglichkeiten, die den Einfluß des Spekulationskapitals begrenzen. Die Geldscböpfung sollte allerdings nicht inflationär verwendet werden sondern nur, um die Unterauslastung von Produktionskapazitäten, Unterbeschäftigung und Ausbildungsmängel zu bekämpfen.

Das gemeinsame Weltgeld würde sich insbesondere vom Dollar unterscheiden, welcher trotz seiner Weltgeltung eine nationale Währung ist. Daher ist er auch immer wieder Gegenstand spekulativer Attacken. Eine europäische Einheitswährung, die mit dem Dollar als Weltgeld rivalisiert, würde nur dazu beitragen, die internationalen Gegensätze und den Wirtschaftskrieg zu verschärfen.

Die Ereignisse der letzten Monate auf den asiatischen Geld- und Kapitalmärkten zeigen deutlich, was passieren kann, wenn sich einige Währungen am Dollar als dominierender Währung ausrichten. Sie machen deutlich, welche Risiken für Wachstum und Beschäftigung spekulativ motivierte Korrekturbewegungen mit sich bringen.

Der Orientierung der europäischen Währungen an der DM im Interesse von Kapitalanlagen und Finanzkontrollen entspricht die Ausrichtung der ostasiatischen Währungen am Dollar, ebenfalls im Interesse finanzieller Dominanz und Attraktivität. Diese Währungszusammenhänge können jedoch immer wieder unter dem Druck interner Gegensätze zerbrechen.

Dagegen sollte versucht werden, zu einer international abgestimmten Geldmengenpolitik zu kommen, welche sowohl die gemeinsame Währung als auch die nationalen Gelder betrifft. Ziel der Absprachen wäre - auf der Grundlage von sozialen Effizienzkriterien - die Förderung von besserer Ausbildung, von mehr Beschäftigung und internationaler Kooperation auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung. Dies würde den Übergang zu einem sinnvollen Wirtschaftswachstum erlauben, welches nicht auf Hegemoniebeziehungen und Wirtschaftskrieg, sondern auf Entwicklung der Menschen beruht.

Die Ablösung des Geldes vom Gold beinhaltet - gerade jetzt am Beginn der Informationsrevolution - eine gefährliche Ambivalenz.

Einerseits begünstigt die Demonetisierung des Goldes das Zurückdrängen der Goldspekulation im Interesse der Spekulation auf Wertpapiere. Die explosionsartige Zunahme von Wertpapieren aller Art und das rapide Wachstum der Finanzmärkte prägt die Situation mehr als jemals zuvor. Geld- 1md Kreditschöpfung befördern ebenfalls das Wachstum der Finanzmärkte, auch wenn es immer wieder zu Zusammenbrüchen und Pleiten kommt. Die Geld- und Kreditschöpfung stimuliert die ständige Erweiterung der Finanzsphäre, ohne daß die Verlängerung der Schuldenketten durch die Verpflichtung zur Einlösung in Gold begrenzt würde. Die klassische Korrekturfunktion des Goldes, die darin bestand, daß Goldpreissteigerungen und steigende Zinsen im Zuge von zusätzlichen Goldfunden gestoppt wurden, wirkt nicht mehr. Dies ist mit ein Grund für die beispiellose Ausdehnung der Finanzmärkte auf Kosten von Produktion und Beschäftigung.

Andererseits könnte ein gemeinsames Weltgeld - im Gegensatz zur heute vorherrschenden Währungsspekulation, welche durch die Einführung des Euro nur noch gesteigert würde - heute völlig anders reguliert werden als das klassische Weltgeld, welches eben das Gold war und in sehr begrenzter Weise auch noch ist. Schließlich war es die Goldwährung, durch welche die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals vermittelt wurden. Die Verwertungsrate des Kapitals könnte in dem Maße gesenkt werden, wie sich dessen Nützlichkeit von seinem Wert unterscheidet. Die damit verfügbar werdenden Mittel könnten im Interesse der Menschen und ihrer Entwicklung verwendet werden.

VI. Sofortmaßnahmen und die Terminfrage¹⁰

Viele kritische Debatten stellen heute den Inhalt und die Fristen der angestrebten europäischen Einheitswährung in Frage.

Vgi. Paul Boccara, Sur le report de l'Euro, son ajournement, le dépassement du traité de Maastricht. Economie et Politique, mars-avril 1997.

Ambivalente Wirkungen einer Verschiebung des Euro

Bei einer Verschiebung kann es sowohl um eine Verschärfung der Maastricht-Kriterien im Interesse begemonialer Positionen gehen als auch um eine Lockerung der Zwänge, die auf Beschäftigungspolitik und Sozialausgaben lasten.

Es gibt also zwei ganz gegensätzliche Positionen, die beide an einer Verschiebung interessiert sein könnten. Aber könnte nicht auch ein Konglomerat beider Positionen zu einer Verschiebung führen? Und könnte im Sinne der zweiten Position nicht Zeit gewonnen werden, um über die Verschiebung hinaus jene sozialen Kräfte zu mobilisieren, die eine Alternative durchzusetzen können?

Beschäftigungsförderung durch Kreditaufnahme und die Reform der Europäischen Investitionsbank nach den Beschlüssen von Amsterdam

Die deutsche Regierung hat eine von Frankreicb befürwortete Ausweitung des Haushalts der europäischen Union über böbere Beiträge der Mitgliedsländer blockiert. Man kann in der Tat darüber diskutieren, ob höbere Abführungen seitens der Mitgliedsländer an den europäischen Haushalt sinnvoll sind. Die Finanzierung von zusätzlichen Arbeitsplätzen über die öffentlichen Hausbalte kann zur Vergeudung von Mitteln und zu Ausgabenbeschränkungen an anderer Stelle führen.

Dagegen könnte die Finanzierung über Geldschöpfung in der gemeinsamen Währung, also über Kredite, wieder jenen Ländern (z.B. Deutschland) zugute kommen, auf die gezogen wird. Dies würde auch die Kontrolle der Auflagen hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Effizienz der verausgabten Fonds ermöglichen.

Die in Amsterdam vorgeschlagene Lösung, nämlich die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu stärken, verweist in der Tat auf eine Finanzierung durch Bankkredite. Allerdings ist anzumerken, das die EIB sich nur über die Finanzmärkte refinanzieren kann und somit den hoben, beschäftigungsfeindlichen Zinsen unterliegt. Die verfügbaren Erträge zur Vergabe besonders günstiger Kredite sind dagegen beschränkt. Die EIB müßte also reformiert werden. Dann könnte sie in der Tat im Mittelpunkt einer Struktur stehen, welche zinsgünstige Kredite zur Finanzierung von beschäftigungsintensiven Investitionen vergibt. Sie müßte in die Lage versetzt werden, im Rabmen einer gemeinsamen europäischen Währung Geldschöpfung zu betreiben.

Gemeinsame Aktionen für alternative Finanzierungformen von mehr Beschäftigung, Ausbildung und Kooperation in Europa

Schon heute können die Kämpfe und Reformen im nationalen Rahmen in folgenden Punkten gemeinsame Zielen verfolgen:

- Höhere Ausgaben im sozialen Bereich für die wirksame Entwicklung der Humanressourcen, ohne die Beschränkung der Konvergenzkriterien von Maastricht;
- Senkung der Zinsbelastung und zusätzliche mittel- bzw. langfristige Kredite zu Vorzugsbedingungen im Interesse von Investitionen zur Steigerung der Beschäftigung in quantitativer und qualitativer Hinsicht;
- Eine präventive Besteuerung von Finanzerträgen, insbesondere auf Finanzanlagen im Ausland;
- Kooperationsbeziehungen neuen Typs zwischen öffentlichen, halbstaatlichen imd privaten Finanzinstitutionen im Gegensatz zu ruinöser Konkurrenz und Privatisierungspolitik. Dies würde gleichzeitig innovative Formen der Zusammenarbeit mit Unternehmen der Produktion und der Dienstleistungen befördern;
- Beteiligung der Arbeiter, ihrer Verbände und Gewerkschaften und ihrer gewählten Repräsentanten an Finanzierungsentscheidungen und an den Entscheidungen über die Verwendung von finanziellen und nichtfinanziellen Unternehmensfonds im Sinne einer böheren sozialen Effizienz. Dies sollte im lokalen und regionalen Maßstab beginnen und sich darüber hinaus auf die nationale Ebene, auf die europäische Region und weltweit erstrecken.

Wachsende Risiken, die Beschleunigung des europäischen Prozesses, hartnäckige Illusionen und die Öffnung einer Alternative

Die Versammlung der Finanzminister vom 13. September 1997 in Luxemburg hat gezeigt, daß die Festlegung der Wechselkurse in Europa spekulativem Druck ausgesetzt sein wird. Dies könnte Einfluß baben auf die Beziehung zwischen der DM und den anderen Währungen und somit auf die Entscheidung über den Wert des Euro. Daher wurde der Termin der endgültigen Wechselkursfixierung auf den Zeitpunkt der Entscheidung über die Mitgliedschaft in der Währungsunion vorverlegt. Der faktische Verzicht der französischen Regierung auf Maßnahmen der Wechselkurskontrolle und ebenso auf die Erhöhung des europäischen Haushalts wurde damit offenbar. Luxemburg hat gezeigt, daß der Marsch in die Einheitswährung im Interesse der Finanzmärkte und der Durchsetzung von Hegemonialbeziehungen beschleunigt werden soll. Die von der sozialistischen Partei Frankreichs ebenso wie von der deutschen Sozialdemokratie gehegten Vorstellungen, beschäftigungspolitische Maßnahmen, so wie sie

auf der Europakonferenz im November 1997 diskutiert werden sollen seien mit der Einheitswährung vereinbar, haben sich als Illusion erwiesen

Die Erklärungen der französischen und deutschen Verantwortlichen zu den ernsten Folgen einer Verschiebung des Euro haben deutlich gemach worum es geht. In Deutschland wird gegen die Befürworter einer Verschiebung eingewandt, daß es im Interesse einer starken deutschen Postion besser wäre, die mit einer planmäßigen Verwirklichung der Währungsunion verbundenen Schwierigkeiten auf sich zu nehmen. In Frankreich schlagen die Kommunisten eine Volksabstimmung vor.

Aber unabhängig davon, ob es nun zu einer Verschiebung kommt oder nicht, wird angesichts zunehmender Widersprüche auf dem Weg zum Euro die Bereitschaft europäischer Wirtschaftswissenschaftler, Gewerkschafter und Vertreter politischer Parteien zunehmen, sich im Interesse von mehr Beschäftigung und einer wirklichen Zusammenarbeit intensiver abzustimmen. Auf den entsprechenden Treffen werden weiterhin Konzepte disktiert werden, welche Kompromissen mit den Zwängen der Einheitswährung und des internationalen Wirtschaftskriegs das Wort reden. Illusionen hinsichtlich der Rolle des Staates, den Möglichkeiten einer europäischen Regierung und einer bloß externen Einheitswährung werden eine Rolle spielen.

Diese Zusammenkünfte bieten aber auch die Gelegenheit, Alternativen im Sinne eines gemeinsamen Geldes zu formulieren, welches mit den nationalen Währungen verknüpft ist. Solche Alternativen sind notwendig zur Förderung von Aktionen gegen die Herrschaft der Finanzmärkte, für mehr Beschäftigung und die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, für gemeinsame Entwicklungsanstrengungen in Europa im Interesse einer Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und im Weltmaßstab.

Übersetzung: Jörg Goldberg

Bruno Carchedi

Die italienische Linke uud die EU-Integration

Die Situation in Italien weist heute im Vergleich zu der der wichtigsten europäischen Länder sowohl in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht als auch auf institutioneller Ebene, d.h. im Hinblick auf die Verfassungsorauch auf politischen Institutionen, zahlreiche - im allgemeinen negative gane und politischen Institutionen, zahlreiche der 80er Jahre abzeich-Besonderheiten auf, die sich vor allem seit Ende der 80er Jahre abzeich-

Der Wandel der politischen Szene

In erster Linie ist dabei das Verschwinden der wichtigsten Parteien, die das politische Leben Italiens und seine Institutionen mehr als vierzig Jahre lang bestimmt hatten, und das Entstehen neuer politischer Gruppierungen zu nennen. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und infolge eines jahrzehntelangen Prozesses politischer Angleichung verschwand die KPI und verwandelte sich in die Demokratische Partei der Linken (PDS). Dieser Namenswechsel signalisierte in aller Form und endgültig die Ahkehr der Führungsgruppe dieser Partei von ihrem früheren Bekeuntnis hin zu einer sozialdemokratischen und reformistischen Ideologie und ihre überzeugte und rückhaltlose Übernahme der liberalistischen Ideologie. Die linke Minderheit innerhalb der KPI weigerte sich, diesen Umschwung mitzuvollzichen, und gründete nach dem Zusammenschluß mit Democrazia Proletaria und mit anderen kleimeren Gruppierungen der alternativen Linken die Partei der Kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista), die, nicht in konservativer, sondern in innovativer Weise, an den Werten und der Ideologie der fortschrittlichsten Erfahrungen der kommunistischen und der Arbeiterbewegung anknüpft. Auch die PSI, die Italienische Sozialistische Partei, verschwand von der Bildfläche, hinweggefegt von Skandalen und von der Anklage, die gegen ihren Parteisekretär Craxi und alle wichtigen Parteiführer erhoben worden war, die dann wegen Korruption verurteilt wurden. Auch die Democrazia Christiana löste sich auf, ebenfalls tief in Korruptionsaffären und in die enge Verflechtung von Politik und Geschäftemacherei verstrickt.

Anders als im Fall der KPI fiel das Ende der DC auch mit ihrem Zerfall zusammen. Aus der Asche der früheren Partei erstanden in der Tat drei kleinere Parteien, nämlich CCD und CDU, die gegenwärtig dem rechten Lager (dem sogenannten "Freiheitspol") angehören, und die PPI, die sich dem Mitte-Links-Bündnis (der "Olivenbaum"-Koalition) angeschlossen hat, während der Großteil der sozialen Basis der früheren christdemokratischen Partei den neugegründeten Rechtsparteien - Forza Italia, Alleanza

auf der Europakonferenz im November 1997 diskutiert werden sollen, seien mit der Einheitswährung vereinbar, haben sich als Illusion erwiesen.

Die Erklärungen der französischen und deutschen Verantwortlichen zu den ernsten Folgen einer Verschiebung des Euro baben deutlich gemacht, worum es geht. In Deutschland wird gegen die Befürworter einer Verschiebung eingewandt, daß es im Interesse einer starken deutschen Position besser wäre, die mit einer planmäßigen Verwirklicbung der Währungsunion verbundenen Schwierigkeiten auf sich zu nehmen. In Frankreich schlagen die Kommunisten eine Volksabstimmung vor.

Aber unabhängig davon, ob es nun zu einer Verschiebung kommt oder nicht, wird angesichts zunehmender Widersprüche auf dem Weg zum Euro die Bereitschaft europäischer Wirtschaftswissenschaftler, Gewerkschafter und Vertreter politischer Parteien zunehmen, sich im Interesse von mehr Beschäftigung und einer wirklichen Zusammenarbeit intensiver abzustimmen. Auf den entsprechenden Treffen werden weiterhin Konzepte diskutiert werden, welche Kompromissen mit den Zwängen der Einheitswährung und des internationalen Wirtschaftskriegs das Wort reden. Illusionen hinsichtlich der Rolle des Staates, den Möglichkeiten einer europäischen Regierung und einer bloß externen Einheitswährung werden eine Rolle spielen.

Diese Zusammenkünfte bieten aber auch die Gelegenheit, Alternativen im Sinne eines gemeinsamen Geldes zu formulieren, welches mit den nationalen Wäbrungen verknüpft ist. Solche Alternativen sind notwendig zur Förderung von Aktionen gegen die Herrschaft der Finanzmärkte, für mehr Beschäftigung und die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, für gemeinsame Entwicklungsanstrengungen im Europa im Interesse einer Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und im Weltmaßstab.

Übersetzung: Jörg Goldberg

Bruno Carchedi

Die italienische Linke und die EU-Integration

Die Situation in Italien weist heute im Vergleich zu der der wichtigsten europäischen Länder sowohl in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht als auch auf institutioneller Ebene, d.h. im Hinblick auf die Verfassungsorgane und politischen Institutionen, zahlreiche - im allgemeinen negative - Besonderheiten auf, die sich vor allem seit Ende der 80er Jahre abzeichnen.

Der Wandel der politischen Szene

In erster Linie ist dabei das Verschwinden der wichtigsten Parteien, die das politische Leben Italiens umd seine Institutionen mehr als vierzig Jahre lang bestimmt hatten, und das Entstehen neuer politischer Gruppierungen zu nennen. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und infolge eines jahrzehntelangen Prozesses politischer Angleichung verschwand die KPI und verwandelte sich in die Demokratische Partei der Linken (PDS). Dieser Namenswechsel signalisierte in aller Porm und endgültig die Ahkehr der Führungsgruppe dieser Partei von ihrem früheren Bekenntnis hin zu einer sozialdemokratischen und reformistischen Ideologie und ihre überzeugte und rückhaltlose Übernahme der liberalistischen Ideologie. Die linke Minderheit innerhalh der KPI weigerte sich, diesen Umschwung mitzuvollziehen, und gründete nach dem Zusammenschluß mit Democrazia Proletaria und mit anderen kleineren Gruppierungen der alternativen Linken die Partei der Kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista), die, nicht in konservativer, sondern in innovativer Weise, an den Werten und der Ideologie der fortschrittlichsten Erfahrungen der kommunistischen und der Arbeiterbewegung anknüpft. Auch die PSI, die Italienische Sozialistische Partei, verschwand von der Bildfläche, hinweggefegt von Skandalen und von der Anklage, die gegen ihren Parteisekretär Craxi und alle wichtigen Parteiführer erhohen worden war, die dann wegen Korruption verurteilt wurden. Auch die Democrazia Christiana löste sich auf, ehenfalls tief in Korruptionsaffären und in die enge Verflechtung von Politik und Geschäftemacherei verstrickt.

Anders als im Fall der KPI fiel das Ende der DC auch mit ihrem Zerfall zusammen. Aus der Asche der früheren Partei erstanden in der Tat drei kleinere Parteien, nämlich CCD und CDU, die gegenwärtig dem rechten Lager (dem sogenannten "Freiheitspol") angehören, und die PPI, die sich dem Mitte-Links-Bündnis (der "Olivenhaum"-Koalition) angeschlossen hat, während der Großteil der sozialen Basis der früheren christdemokratischen Partei den neugegründeten Rechtsparteien - Forza Italia, Alleanza

Boccara: Währungspolitische Alternativen

Dies begünstigt ehenfalls den Einsatz von Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Produktivität.⁶

Kriterien sozialer Effizienz

Die reaktionäre Antwort auf die bestehenden Probleme ist die Privatisierung im globalen Maßstab. Dagegen muß eine Strategie der Renationalisierung eines neuen Typs gesetzt werden, die ebenso offen ist gegenüher der Arbeitermitverwaltung in dezentraler Form wie gegenüber Kooperationsbeziehungen auf nationaler und internationaler Ebene, global wie regional. Gemischte Eigentumsformen bei Übergewicht des öffentlichen und sozialen Einflusses sind angemessen.

Nehen den einzelkapitalistischen Rentahilitätskriterien sollten Kriterien der sozialen Effizienz hei der Leitung der Unternehmen⁷ an Gewicht gewinnen. Diese Kriterien beinhalten:

- höhere Effizienz des eingesetzten materiellen und monetären Kapitals im Verhältnis zum produzierten Gesamtmehrwert (Profit + Lohnsumme + öffentliche Abgaben);
- soziale Effizienz, gemessen am für die lohnabhängige Bevölkerung verfügbaren Teil des Mehrwerts (die relative Einsparung von Kapital reduziert den für den Akkumulationsprozeß erforderlichen Profit);
- höhere Produktivität von Sachkapital und Arbeit;
- die Intensität und Qualität der Kooperations- und Austauschbeziehungen zwischen den Unternehmen, sowohl lokal wie glohal.

III. Hartnäckige Illusionen und übersehene Probleme der Einheitswährung⁸

Vereinigungsillusionen und die Endgültigkeit der Wechselkursfixierung

Die Fixierung der europäischen Wechselkurse als einmaliger Akt hat die Ausrichtung der neuen Einheitswährung an der international stärksten Devise (der DM) zum Ziel und nicht die Geldwertstabilität. Begünstigt werden Finanzinvestitionen und die Attraktivität für Geldkapitalanlagen (in Konkurrenz zum Dollar als Anlagewährung) auf Kosten der Beschäftigung, die unter den hohen Zinsen leidet.

Nicht die Spekulation, das Wachstum der Finanzmärkte ist das Problem

Es ist durchaus möglich, daß es im Weltmaßstab zu verstärkten Spekulationswellen kommt, sowohl im Verhältnis Euro/Dollar als auch im Verhältnis zu anderen Währungen (darunter dem Yen und den asiatischen Währungen). Aber das Hauptproblem sind nicht die Spekulationsrisiken gegen die europäischen Währungen sondern das Wachstum der Finanzinvestitionen auf Kosten der Beschäftigung.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen würde die europäische Einheitswährung, auch wenn es nur eine Außenwährung wäre, vor allem das Wachstum der Finanzanlagen begünstigen. Sie würde notwendigerweise höhere Zinsen erforderlich machen, um im Verhältnis zum Dollar attraktiver zu werden. Dies hätte wiederum negative Effekte auf die Beschäftigung.

IV. Drei Vorschläge für eine gemeinsame europäische Währung und ein Vorschlag globalen Charakters⁹

Eine gemeinsame Währung oder der neue ECU

Dieser hätte zwei Merkmale:

- 1) Ein ECU, dessen Wert sich wie hisher an einem Währungskorh bemißt, allerdings mit folgenden Unterschieden zur gegenwärtigen Situation:
- Die Zusammensetzung des Währungskorbs wird zu Lasten der DM-Zone revidiert;
- Der ECU erhält alle Geldfunktionen, hleiht also nicht hloß Rechnungseinheit wie hisher, sondern wird Zahlungs- und Reservemedium;
- Die Währungsparitäten sind fest bei engen Schwankungsbreiten, aber sie sind veränderbar.
- 2) Der ECU wird Referenzwährung: Sein Wert wird hestimmt auf der Grundlage eines bestimmten Währungskorbs im Jahre T und bei konstanter Kaufkraft der Sozialprodukte der europäischen Länder. Dies würde vor allem erlauben, die Inflation zu ermitteln.

Ein europäischer Währungsfonds

Dieser Fonds würde sich stark von dem hestehenden Fonds für währungspolitische Zusammenarheit (EFWZ) unterscheiden und gliche eher dem Internationalen Währungsfonds, mit Ziehungsrechten der bestehenden europäischen Währungen und Auszahlung in der gemeinsamen Währung.

⁶ Paul Boccara, Pour une Sécurité d'emploi ou de formation. Issues, n° 47-48, 4ème trimestre 1995, 1er trimestre 1996.

Nouvelles approches des gestion d'entreprises, Paris 1995, J.-Cl. Louchart avec participation de P. Boccara, A. Dubourg, Marcel Lepetit, Cl. Quin.

⁸ Vgl. Paus Boccara, La monnaie unique contre l'emploi et le social. Economie et Politique, février-mars 1996.

⁹ Vgl. Paul Boccara, U.E.M. et monnale unique, critique et propositions alternatives. Economie et Politique, mars 1997.

- 1) Die Einlagen erfolgen in den nationalen Währungen und nicht, wie beim EFWZ, in Gold und Dollar.
- 2) Gegenseitige Ziebungsrechte in nationalem Geld, auf der Grundlage von Beiträgen in der gemeinsamen Währung, obne Rückzahlungsverpflichtung und Zinsen: Es geht also um eine wirkliche Geldschöpfung.
- 3) Leitung: Es würde keine Zentralbank geben, sondern ein System der europäischen Notenbanken, einen gemeinsamen Währungsfonds und einen Rat für Währungsangelegenheiten, der vor allem aus den Vertretern der Mitgliedsstaaten bestehen sollte.

Die Bedingungen für Geldschöpfung, Auszahlung und Beteiligung

- 1) Die Geldschöpfung sollte nach Maßgabe der Bedürfnisse an Liquidität und Kredit vor allem zur Ausweitung der Beschäftigung erfolgen. Angestrebt ist ein Wachstumstyp, welcher eine hohe Beschäftigungsintensität und die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten (Ausbildung, Forschung und Entwicklung) ermöglicht bei möglichst intensiven Kooperationsbeziebungen zwischen den Betrieben.
- 2) Die an der gemeinsamen Währung beteiligten Notenbanken werden mit Ziehungsrechten nach Maßgabe der jeweiligen Beschäftigungs- und Wachstumsziele ausgestattet. Der jeweils unterschiedliche Stand von Arbeitslosigkeit, Ausbildung, Produktivität usw. der Länder würde berücksichtigt.
- 3) Die nationalen Notenbanken sollten die gemeinsame Währung und die Ziebungsrechte nutzen, um ein niedriges Zinsniveau zu fördern, d.h. sie würden den Banken und Finanzinstitutionen der Ziehungsländer günstige Refinanzierungsmöglichkeiten einräumen und so die Nachfrage nach Produkten jener Länder fördern, auf die gezogen worden ist. Ziel ist unmer die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies würde den innereuropäischen Warenaustausch zwischen den Unternehmen begünstigen, da die Kredite vor allem dem Kauf von Investitionsgütern dienen würden.

Eine internationale Währungs- und Finanzordnung auf der Grundlage von gemeinsamem Weltgeld

Ein echtes gemeinsames Weltgeld kann auf der Grundlage der existierenden Sonderziehungsrechte (SZR) geschaffen werden. ECU und SZR sind historische Innovationen vom Ende des 20. Jahrhunderts, geschaffen in Abgrenzung gegen die Einführung von Einheitswährungen, die es bereits gab. So war z.B. nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 eine Einheitswährung geschaffen worden.

Dieses gemeinsame, auf der Grundlage der SZR geschaffene Weltgeld sollte von einem neuen Internationalen Währungsfonds verwaltet werden und neben den existierenden Währungen bestehen. Man sollte aber nicht nur eine weit größere Geldmenge als bisher schaffen, sondern ebenfalls Zuteilungs- und Verwendungskriterien im Sinne von mehr Beschäftigung und menschlicher Entwicklung festlegen.

V. Mehr gemeinsames und nationales Geld für mehr europäischen Handel, Beschäftigung, Ausbildung und intensivere Kooperationsbeziehungen

Monetarisierung der innereuropäischen Handelsbilanzüberschüsse und Verwendung der gemeinsamen Währung für mehr Nachfrage, Beschäftigung und Ausbildung

Die Angst vor wachsenden Handelsbilanzdefiziten zwischen den europäischen Ländern und den entsprechenden Abbängigkeitsverhältnissen, wie sie z.B. in den 80er Jabren zwischen Deutschland und Frankreich zum Nachteil Frankreichs bestanden, erklären zweifelsohne die gegenwärtige Beschränkung des gegenseitigen Warenaustauschs.

Die Schaffung einer gemeinsamen Währung und die Zuteilung von Liquidität an Defizitländer würde dagegen den innereuropäischen Handel fördern und Arbeitsplätze in Europa sichern. So könnte z.B. die Bank von Frankreich eine bestimmte Menge der gemeinsamen Währung zugeteilt bekommen und sie zur Refinanzierung französischer Geschäftsbanken benutzen. Die so refinanzierten Kredite wären um so billiger (bis hin zu negativen Zinsen), je beschäftigungsintensiver die damit finanzierten Investitionen sind. Es könnten auch z.B. durch Ziebung auf die DM französische Importe aus Deutschland finanziert werden, mit denen in Frankreich Arbeitsplätze geschaffen werden, wodurch gleichzeitig in Deutschland Wachstum und Beschäftigung gesichert würden.

Das gemeinsame Geld wäre nur im Rahmen Europas konvertibel und könnte nur dort verwendet werden. Die gemeinsame europäische Währung wäre also in gewissem Sinne von den internationalen Finanzmärkten abgeschnitten und könnte nur innereuropäisch investiv verwendet werden. Es wäre also im wesentlichen eine rein europäische Binnenwährung.

Geldmengenpolitik gegen Inflation und Deflation

Diese Schaffung einer gemeinsamen europäischen Binnenwährung könnte unter bestimmten Bedingungen inflationär wirken, wobei allerdings darauf zu achten wäre, daß die Inflationsraten niedrig bleiben.

Es ist aber ebenso darauf zu achten, daß keine deslationären Effekte auf Kosten von Wachstum und Beschäftigung auftreten. Eine reine Antiinslations- und Deregulierungspolitik im Interesse finanzieller Rentabilitätskriterien ist abzulehnen. Ein neuer Typ der Geldmengenregulierung sollte zwar eine begrenzte Rentabilität sichern, dabei aber das Gewicht dieses Kriteriums zugunsten sozialer Maßstäbe zurückdrängen.

40

Dies verweist auf die Notwendigkeit, im Rahmen von mehr Kooperationsbeziehungen die Kosten von Forschung und Entwicklung besser zu verteilen. Eine solche arbeitsteilige Kooperation würden auch die Einsparung von Sach- und Geldkapital ermöglichen. Dies vor allem deshalb, weil es nicht mehr notwendig wäre, große Unternehmenskomplexe zu kontrollieren, um die hohen Entwicklungskosten über monopolistische Marktpositionen zu rentabilisieren.

Die Rolle eines gemeinsamen Weltgelds im Interesse von Beschäftigung und nachhaltiger Entwicklung gegen den Druck des Geldkapitals und der Finanzmärkte

Die gemeinsame europäische Währung könnte weiterhin eingesetzt werden, um Kredite und Importe europäischer Nachbarländer im Süden und im Osten zu finanzieren, denen Ziehungsrechte auf nationale europäische Währungen eingeräumt werden müßten.

Dies könnte ein Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen Weltgelds sein, welches im Rahmen eines wahrhaft internationalen Währungsfonds die Entwicklungszusammenarbeit fördern würde.

Es ist vor allem die Währungsspekulation, die es dem internationalen Geldkapital ermöglicht, Druck im Sinne von deflationären Wirtschaftspolitiken gegen Sozialausgaben und Beschäftigung auszuüben. Mit einem gemeinsamen Weltgeld, welches die Ziehung auf jede beliebige nationale Währung ermöglicht, gäbe es neue Geldschöpfungsmöglichkeiten, die den Einfluß des Spekulationskapitals begrenzen. Die Geldschöpfung sollte allerdings nicht inflationär verwendet werden sondern nur, um die Unterauslastung von Produktionskapazitäten, Unterbeschäftigung und Ausbildungsmängel zu bekämpfen.

Das gemeinsame Weltgeld würde sich insbesondere vom Dollar unterscheiden, welcher trotz seiner Weltgeltung eine nationale Währung ist. Daher ist er auch immer wieder Gegenstand spekulativer Attacken. Eine europäische Einheitswährung, die mit dem Dollar als Weltgeld rivalisiert. würde nur dazu beitragen, die internationalen Gegensätze und den Wirtschaftskrieg zu verschärfen.

Die Ereiguisse der letzten Monate auf den asiatischen Geld- und Kapitalmärkten zeigen deutlich, was passieren kann, wenn sich einige Währungen am Dollar als dominierender Währung ausrichten. Sie machen deutlich, welche Risiken für Wachstum und Beschäftigung spekulativ motivierte Korrekturbewegungen mit sich bringen.

Der Orientierung der europäischen Währungen an der DM im Interesse von Kapitalanlagen und Fmanzkontrollen entspricht die Ausrichtung der ostasiatischen Währungen am Dollar, ebenfalls im Interesse finanzieller Dominanz und Attraktivität. Diese Währungszusammenhänge können jedoch immer wieder unter dem Druck interner Gegensätze zerbrechen.

Dagegen sollte versucht werden, zu einer international abgestimmten Geldmengenpolitik zu kommen, welche sowohl die gemeinsame Währung als auch die nationalen Gelder betrifft. Ziel der Absprachen wäre - auf der Grundlage von sozialen Effizienzkriterien - die Förderung von besserer Ausbildung, von mehr Beschäftigung und internationaler Kooperation auf dem Gehiet von Forschung und Entwicklung. Dies würde den Übergang zu einem sinnvollen Wirtschaftswachstum erlauben, welches nicht auf Hegemoniebeziehungen und Wirtschaftskrieg, sondern auf Entwicklung der Menschen beruht.

Die Ablösung des Geldes vom Gold beinhaltet - gerade jetzt am Beginn der Informationsrevolution - eine gefährliche Ambivalenz.

Einerseits begünstigt die Demonetisierung des Goldes das Zurückdrängen der Goldspekulation im Interesse der Spekulation auf Wertpapiere. Die explosionsartige Zunahme von Wertpapieren aller Art und das rapide Wachstum der Finanzmärkte prägt die Situation mehr als jemals zuvor. Geld- und Kreditschöpfung befördern ebenfalls das Wachstum der Finanzmärkte, auch wenn es immer wieder zu Zusammenbrüchen und Pleiten kommt. Die Geld- und Kreditschöpfung stimuliert die ständige Erweiterung der Fmanzsphäre, ohne daß die Verlängerung der Schuldenketten durch die Verpflichtung zur Einlösung in Gold begrenzt würde. Die klassische Korrekturfunktion des Goldes, die darin bestand, daß Goldpreissteigerungen und steigende Zinsen im Zuge von zusätzlichen Goldfunden gestoppt wurden, wirkt nicht mehr. Dies ist mit ein Grund für die beispiellose Ausdehnung der Finanzmärkte auf Kosten von Produktion und Beschäftigung.

Andererseits könnte ein gemeinsames Weltgeld - im Gegensatz zur heute vorherrschenden Währungsspekulation, welche durch die Einführung des Euro nur noch gesteigert würde - heute völlig anders reguliert werden als das klassische Weltgeld, welches eben das Gold war und in sehr begrenzter Weise auch noch ist. Schließlich war es die Goldwährung, durch welche die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals vermittelt wurden. Die Verwertungsrate des Kapitals könnte in dem Maße gesenkt werden, wie sich dessen Nützlichkeit von seinem Wert unterscheidet. Die damit verfüghar werdenden Mittel könnten im Interesse der Menschen und ihrer Entwicklung verwendet werden.

VI. Sofortmaßnahmen und die Terminfrage¹⁰

Viele kritische Debatten stellen heute den Inhalt und die Fristen der angestrebten europäischen Einheitswährung in Frage.

Vgi. Paul Boccara, Sur le report de l'Euro, son ajournement, le dépassement du traité de Masstricht. Economie et Politique, mars-avril 1997.

Ambivalente Wirkungen einer Verschiebung des Euro

Bei einer Verschiebung kann es sowohl um eine Verschärfung der Maastricht-Kriterien im Interesse begemonialer Positionen gehen als auch um eine Lockerung der Zwänge, die auf Beschäftigungspolitik und Sozialausgaben lasten.

Es gibt also zwei ganz gegensätzliche Positionen, die beide an einer Verschiebung interessiert sein könnten. Aber könnte nicht auch ein Konglomerat beider Positionen zu einer Verschiebung führen? Und könnte im Sinne der zweiten Position nicht Zeit gewonnen werden, um über die Verschiebung hinaus jene sozialen Kräfte zu mobilisieren, die eine Alternative durchzusetzen können?

Beschäftigungsförderung durch Kreditaufnahme und die Reform der Europäischen Investitionsbank nach den Beschlüssen von Amsterdam

Die deutsche Regierung hat eine von Frankreich befürwortete Ausweitung des Haushalts der europäischen Union über höhere Beiträge der Mitgliedsländer blockiert. Man kann in der Tat darüber diskutieren, ob höhere Abführungen seitens der Mitgliedsländer an den europäischen Haushalt sinnvoll sind. Die Finanzierung von zusätzlichen Arbeitsplätzen über die öffentlichen Haushalte kann zur Vergeudung von Mitteln und zu Ausgabenbeschränkungen an anderer Stelle führen.

Dagegen könnte die Finanzierung über Geldschöpfung in der gemeinsamen Währung, also über Kredite, wieder jenen Ländern (z.B. Deutschland) zugute kommen, auf die gezogen wird. Dies würde auch die Kontrolle der Auflagen hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Effizienz der verausgabten Fonds ermöglichen.

Die in Amsterdam vorgeschlagene Lösung, nämlich die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu stärken, verweist in der Tat auf eine Finanzierung durch Bankkredite. Allerdings ist anzumerken, das die EIB sich nur über die Finanzmärkte refinanzieren kann und somit den boben, beschäftigungsfeindlichen Zinsen unterliegt. Die verfügbaren Erträge zur Vergabe besonders günstiger Kredite sind dagegen beschränkt. Die EIB müßte also reformiert werden. Dann könnte sie in der Tat im Mittelpunkt einer Struktur stehen, welche zinsgünstige Kredite zur Finanzierung von beschäftigungsintensiven Investitionen vergibt. Sie müßte in die Lage versetzt werden, im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Währung Geldschöpfung zu betreiben.

Gemeinsame Aktionen für alternative Finanzierungformen von mehr Beschäftigung, Ausbildung und Kooperation in Europa

Schon heute können die Kämpfe und Reformen im nationalen Rahmen in folgenden Punkten gemeinsame Zielen verfolgen:

- . Höhere Ausgaben im sozialen Bereich für die wirksame Entwicklung der Humanressourcen, ohne die Beschränkung der Konvergenzkriterien von Maastricht;
- Senkung der Zinsbelastung und zusätzliche mittel- bzw. langfristige Kredite zu Vorzugsbedingungen im Interesse von Investitionen zur Steigerung der Beschäftigung in quantitativer und qualitativer Hinsicht;
- Eine präventive Besteuerung von Finanzerträgen, insbesondere auf Finanzanlagen im Ausland;
- Kooperationsbeziehungen neuen Typs zwischen öffentlichen, halbstaatlichen und privaten Finanzinstitutionen im Gegensatz zu ruinöser Konkurrenz und Privatisierungspolitik. Dies würde gleichzeitig innovative Formen
 der Zusammenarbeit mit Unternehmen der Produktion nnd der Dienstleistungen befördern;
- Beteiligung der Arbeiter, ihrer Verhände und Gewerkschaften und ihrer gewählten Repräsentanten an Finanzierungsentscheidungen und an den Entscheidungen üher die Verwendung von finanziellen und nichtfinanziellen Unternehmensfonds im Sinne einer höheren sozialen Effizienz. Dies sollte im lokalen und regionalen Maßstab heginnen und sich darüber hinaus auf die nationale Ebene, auf die europäische Region und weltweit erstrecken.

Wachsende Risiken, die Beschleunigung des europäischen Prozesses, hartnäckige Illusionen und die Öffnung einer Alternative

Die Versammlung der Finanzminister vom 13. September 1997 in Luxemburg hat gezeigt, daß die Festlegung der Wechselkurse in Europa spekulativem Druck ausgesetzt sein wird. Dies könnte Einfluß haben auf die Beziehung zwischen der DM und den anderen Währungen und somit auf die Entscheidung über den Wert des Euro. Daher wurde der Termin der endgültigen Wechselkursfixierung auf den Zeitpunkt der Entscheidung über die Mitgliedschaft in der Währungsunion vorverlegt. Der faktische Verzicht der französischen Regierung auf Maßnahmen der Wechselkurskontrolle und ebenso auf die Erhöhung des europäischen Haushalts wurde damit offenhar. Luxemburg hat gezeigt, daß der Marsch in die Einheitswährung im Interesse der Finanzmärkte und der Durchsetzung von Hegemonialbeziehungen beschleunigt werden soll. Die von der sozialistischen Partei Frankreichs ehenso wie von der deutschen Sozialdemokratie gehegten Vorstellungen, beschäftigungspolitische Maßnahmen, so wie sie

auf der Europakonferenz im November 1997 diskutiert werden sollen, seien mit der Einheitswährung vereinbar, haben sich als Illusion erwiesen.

Die Erklärungen der französischen und deutschen Verantwortlichen zu den ernsten Folgen einer Verschiebung des Euro haben deutlich gemacht, worum es geht. In Deutschland wird gegen die Befürworter einer Verschiebung eingewandt, daß es im Interesse einer starken deutschen Position besser wäre, die mit einer planmäßigen Verwirklicbung der Währungsunion verbundenen Schwierigkeiten auf sich zu nehmen. In Frankreich schlagen die Kommunisten eine Volksabstimmung vor.

Aber unabhängig davon, ob es nun zu einer Verschiebung kommt oder nicht, wird angesichts zunehmender Widersprüche auf dem Weg zum Euro die Bereitschaft europäischer Wirtschaftswissenschaftler, Gewerkschafter und Vertreter politischer Parteien zunehmen, sich im Interesse von mehr Beschäftigung und einer wirklichen Zusammenarbeit intensiver abzustimmen. Auf den entsprechenden Treffen werden weiterhin Konzepte diskutiert werden, welche Kompromissen mit den Zwängen der Einheitswährung und des internationalen Wirtschaftskriegs das Wort reden. Illusionen hinsichtlich der Rolle des Staates, den Möglichkeiten einer europäischen Regierung und einer bloß externen Einheitswährung werden eine Rolle spielen.

Diese Zusammenkünfte bieten aber auch die Gelegenbeit, Alternativen im Sinne eines gemeinsamen Geldes zu formulieren, welches mit den nationalen Währungen verknüpft ist. Solcbe Alternativen sind notwendig zur Förderung von Aktionen gegen die Herrschaft der Fmanzmärkte, für mehr Beschäftigung und die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, für gemeinsame Entwicklungsanstrengungen in Europa im Interesse einer Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und im Weltmaßstab.

Übersetzung: Jörg Goldberg

Bruno Carchedi

Die italienische Linke und die EU-Integration

Die Situation in Italien weist heute im Vergleich zu der der wichtigsten europäischen Länder sowohl in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht als auch auf institutioneller Ebene, d.h. im Hinblick auf die Verfassungsorgane und politischen Institutionen, zahlreiche - im allgemeinen negative - Besonderheiten auf, die sich vor allem seit Ende der 80er Jahre abzeichnen.

Der Wandel der politischen Szene

In erster Linie ist dabei das Verschwinden der wichtigsten Parteien, die das politische Leben Italiens und seine Institutionen mehr als vierzig Jahre lang bestimmt hatten, und das Entstehen neuer politischer Gruppierungen zu nennen. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und infolge eines jahrzehntelangen Prozesses politischer Angleichung verschwand die KPI und verwandelte sich in die Demokratische Partei der Linken (PDS). Dieser Namenswechsel signalisierte in aller Form und endgültig die Ahkehr der Führungsgruppe dieser Partei von ihrem früheren Bekenntnis hin zu einer sozialdemokratischen und reformistischen Ideologie und ihre überzeugte und rückhaltlose Übernahme der liberalistischen Ideologie. Die linke Minderheit innerhalh der KPI weigerte sich, diesen Umschwung mitzuvollziehen, und gründete nach dem Zusammenschluß mit Democrazia Proletaria und mit anderen kleineren Gruppierungen der alternativen Linken die Partei der Kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista), die, nicht in konservativer, sondern in innovativer Weise, an den Werten und der Ideologie der fortschrittlichsten Erfahrungen der kommunistischen und der Arbeiterbewegung anknüpft. Auch die PSI, die Italienische Sozialistische Partei, verschwand von der Bildfläche, hinweggefegt von Skandalen und von der Anklage, die gegen ihren Parteisekretär Craxi und alle wichtigen Parteiführer erhoben worden war, die dann wegen Korruption verurteilt wurden. Anch die Democrazia Christiana löste sich auf, ebenfalls tief in Korruptionsaffären und in die enge Verflechtung von Politik und Geschäftemacherei verstrickt.

Anders als im Fall der KPI fiel das Ende der DC auch mit ihrem Zerfall zusammen. Aus der Asche der früheren Partei erstanden in der Tat drei kleinere Parteien, nämlich CCD und CDU, die gegenwärtig dem rechten Lager (dem sogenannten "Freiheitspol") angehören, und die PPI, die sich dem Mitte-Links-Bündnis (der "Olivenbaum"-Koalition) angeschlossen hat, während der Großteil der sozialen Basis der früheren christdemokratischen Partei den neugegründeten Rechtsparteien - Porza Italia, Alleanza

Nazionale und Lega Nord - zur ihren Wahlerfolgen verholfen hat. Auch die in der Nachkriegszeit gegründete neofaschistische Partei MSI (Italienische Soziale Bewegung) verwandelte sich in eine neue rechte Partei, Alleanza Nazionale, die man annäherungsweise als "postfaschistisch" bezeichnen kann, da ihr ausdrückliches Bekenntnis zu den Grundlagen der parlamentarischen Demokratie bis heute nicht mit der geringsten Selbstkritik in bezug auf ihre offen faschistische Vergangenheit einhergeht. Eine Minderheit der alten MSI, die sich gegen die Änderung des Namens und der politischen Linie gewendet hatte, gründete die gegenwärtige MSI, eine kleine politische Gruppierung, die praktisch ohne Einfluß ist. Gleichzeitig formierten sich die neuen Rechtsparteien: Alleanza Nazionale, Forza Italia - das Polit-Unternehmen Berlusconis, eines Unternehmers, der Craxi politisch nahesteht und von diesem in den 80er Jahren gefördert, begünstigt und protegiert wurde - und schließlich die Lega Nord, die von Anfang an Rassismus und den Haß gegen Süditalien auf ihre Fahnen geschrieben hat und seit kurzem für die Sezession Norditaliens vom übrigen Italien eintritt.

Der Wandel des politischen Systems

Dieser stürmische Transformations- und Evolutionsprozeß der Parteienlandschaft ging Hand in Hand mit einer gleichzeitigen Veränderung und Evolution auf dem Gebiet der politischen Institutionen. Das bis dahin geltende Verhältniswahlrecht wurde per Volksentscheid, der auch von der PDS unterstützt worden war, durch ein neues Wahlrecht abgelöst, in dem üherwiegend Elemente des Mehrheitswahlrechts enthalten sind. Das Ziel war, die Parteienrepräsentanz zu "vereinfachen", d.h. eine Begrenzung der Zahl der im Parlament vertretenen Parteien zu erzwingen, und ein Zwei-Parteien-System (bipolarismo) herbeizuführen. Darüber hinaus arbeitet das Parlament gegenwärtig an einer negativ zu bewertenden Verfassungsänderung, deren Ziel es ist, ein Präsidialsystem einzuführen, das mittels einer direkten Beziehung zwischen dem gewählten "Führer" und dem "Volk" und einer möglichst weitgehenden Einengung der Rolle des Parlaments und der Parteien eine bessere "Regierbarkeit" gewährleisten soll selbstverständlich auf Kosten der repräsentativen Demokratie. Es handelt sich dabei nicht um eine förmliche Absage an die parlamentarische Demokratie, sondern vielmehr um ihre Umwandlung in eine plehiszitäre Demokratie, in der die Rolle der demokratischen Beteiligung, die von den Massenorganisationen - Gewerkschaften, Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft, usw. - wahrgenommen wird, ahgelöst und überlagert ist von der direkten Verhindung zwischen der charismatischen Figur des gewählten Führers und den Wählern, die sich darauf beschränken, in regelmäßigen Abständen ihren Konsens auszudrücken. Einen Konsens, der gerade infolge der Schwächung der Organismen demokratischer Mitgestaltung in Politik und Gesellschaft in noch stärkerem Maße als beute von den Medien manipuliert werden könnte.

Während das Interesse der Rechten am Zustandekommen derartiger Veränderungen nur allzu verständlich ist, bleibt es ein Rätsel, warum die PDS und die anderen Mitte-Links-Parteien diese Bestrebungen gutheißen, die auf den Abbau der Demokratie und der Teilnahme der Bürger und Werktätigen am öffentlichen Leben zielen. Denn wenn diese Tendenz weiter an Boden gewinnen sollte, würden ihr am Ende doch höchstwahrscheinlich auch die PDS und die Parteien der linken Mitte zum Opfer fallen.

Theoretisches Scheitern und Konsensfähigkeit des Neoliberalismus

Es ist bitter, feststellen zu müssen, daß Italien auch heute noch einen "Sonderfall" darstellt, wenn auch in einem anderen Sinn als früher. Während Italien sich nämlich in den 70er Jahren in Europa als das Land hervortat, in dem der Klassenkampf am heftigsten und die antikapitalistische Linke am stärksten war, ist Italien heute das Land, das den deutlichsten Rechtsdruck erlebt nnd in dem die Mobilisierung der Massen einen absoluten Tiefstand erreicht hat, ja niedriger ist als in den meisten anderen Ländern.

Wir stehen heute vor der theoretischen Krise des Neoliberalismus. Diese pseudowissenschaftliche Wirtschaftstheorie, die aus der Mottenkiste der reaktionären ökonomischen Propagandaschriften von Hayek und Konsorten stammt, ist in den letzten zwanzig Jahren in allen westlichen Ländern zum politischen und gesellschaftspolitischen Regierungsprogramm erhoben worden, mit dem erklärten Ziel - wie es hieß -, den Wirtschaftsaufschwung und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Aber weit davon entfernt, diese Ziele zu erreichen, ist es - abgesehen vnn konjunkturellen Schwankungen - überall dort, wo die neoliberalistischen Rezepte angewendet wurden, zu einer deutlichen Verschlechterung des Wirtschaftswachstums gekommen. Der Neoliberalismus ist also nicht nur vom sozialen Standpunkt aus gescheitert, da er die Erhöhung der Arbeitslosigkeit begünstigt und eine Zunahme der sozialen Unterschiede und der Marginalisierung herbeigeführt hat, sondern er hat auch vom Standpunkt des Kapitals aus versagt, da er überall die Tendenz zur Stagnation und zur Verlangsamung der Akkumulationsraten gefördert hat, selbst in Ländern wie den USA und Großbritannien, wo man die Tatsachen durch statistische Tricks zu kaschieren sucht.

Angesichts des theoretischen, wirtschaftlichen und sozialen Scheiterns des Neoliheralismus ist es in den letzten Jahren in Europa - in Frankreich, Deutschland, Belgien, Griechenland usw. - wiederholt zu eindrucksvollen sozialen Kämpfen der Massen gegen den Angriff auf die Arbeitsplätze und den Sozialstaat gekommen, und diese Kämpfe waren häufig von einem politischen Bewußtsein getragen, das - wenigstens zum Teil - über rein gewerkschaftliche Forderungen hinausging. Davon kann in Italien nicht die

Rede sein. Es ist nicht leicht zu versteben, warum Italien auch beute wieder einen Sonderfall darstelkt. Zur Erklärung genügt es nämlich nicht, die Verantwortung einzig darauf zurückzuführen, daß Italien von einer Koalition der linken Mitte regiert wird, die von außen von Rifondazione Comunista unterstützt wird, welche ihrerseits mit den Gewerkschaften "dialogisiert" und die wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu entschäffen sucht, daß also eine Situation entstanden ist, in der die Vermittlung zwischen den politischen und gesellschaftlichen Kräften an die Stelle des sozialen Konfliktes getreten ist.

In Italien - ebenso wie in anderen europäischen Ländern - wurde der Sieg des Neoliberalismus auf gesellschaftlicher, ideologischer und kultureller Ebene erst möglich aufgrund der bedeutenden strukturellen und gesellschaftlichen Veränderungen des Kapitalismus, auf die die verschiedenen Kräfte der Linken, reformistisch oder radikal, auf politischer oder gewerkschaftlicher Ebene, keine angemessene Gegenstrategie entwickeln konnten oder wollten. Aber mehr als anderswo in Europa fand und findet diese theoretische und ökonomische Krise des Neoliberalismus in Italien keine Entsprechung in einer vergleichbaren Krise der Werte und des Konsenses. Der Neoliberalismus ist nämlich nach wie vor sehr stark und mit seinen unsozialen und individualistischen Denkmustern nicht nur im Bewußtsein des Volkes, sondern auch in breiten Teilen der gemäßigten politischen und sozialen Linken fest verwurzelt. Zudem hat die dramatische Krise, die die politischen Organisationen der historischen wie auch der neuen italienischen Linken in den 80er Jahren durchmachten, einen gewaltigen Rückstand an theoretischer Ausarbeitung und infolgedessen an der Fähigkeit, mit den heutigen gesellschaftlichen Widersprüchen umzugehen, hinterlas-

Das hat dazu geführt, daß die verschiedenen Kräfte der Linken und ihre soziale Basis beute wie ein Boxer im Ring dastehen, der sich nach einem Hagel von gegnerischen Schlägen zwar noch auf den Beinen halten kann, aber keine klaren Reflexe mehr hat und zu keinem ordentlichen Gegenschlag mehr fähig ist.

Modernität des Kapitals: Mafia und Korruption

Die Folgen der neoliberalen Politik äußern sich nicht nur in dem Angriff auf die Beschäftigung, in immer unsicherer werdenden Arbeitsverhältnissen, im Abbau der Leistungen des Sozialstaates (Gesundheitswesen, Renten, Bildung und Ausbildung usw.), sondern auch in dem bereits in die Wege geleiteten Angriff auf die Verfassung, auf den schon hingewiesen wurde, und darüber hinaus in dem gravierenden, immer noch ungelösten Problem der Mafia und der Korruption. Dazu kommt als neues Problem das der Sezession. Sowohl das Problem von Mafia und Korrnption als auch das der Sezession deuten keineswegs auf einen Entwicklungsrückstand des italienischen Kapitalismus hin, sondern sind vielmehr Ausdruck der

Modernität dieser Entwicklung. Aber während das Problem Mafia und Korruption für die demokratischen Kräfte eine historische Herausforderung in neuen Formen darstellt, ist das Problem Sezession auf der politischen Szene Italiens ein absolutes Novum. Sich diesen Herausforderungen zu stellen, ist in erster Linie Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Vor allem für die Lohnabhängigen und für die Kräfte der alternativen Linken kommt es darauf an, den Einfluß der mit der Mafia verstrickteo Teile der italienischen Bourgeoisie zurückzudrängen, denn die Verbindungen zur Mafia und die Infiltration zahlreicher staatlicher Bereiche (Justiz, Polizei. Parlament, Regierungsparteien usw.) durch die organisierte Kriminalität waren seit jeher ein Instrument der sozialen Kontrolle und des Kampfes gegen die Arbeitnehmer, vor allem in Süditalien. Wichtig war es und ist es, das Phanomen unter Kontrolle zu halten, und zwar sowohl auf dem Wege des gerichtlichen Vergleichs als auch durch gezielte Strafverfolgung. In den letzten Jahren ist der Kampf gegen die Masia dank der Initiative bestimmter Bereiche der Justiz und auch unter dem Eindruck einiger aufsehenerregender Attentate auf hochrangige Repräsentanten des Staates verstärkt worden und hat auch einige eindeutige Erfolge erzielt. Ähnliches läßt sich auch für die illegale Verflechtung von Politik und Geschäftemacherei sagen, d.h. für die Korruption in großem Stil dank der Kungelei zwischen bestimmten Parteien (DC und PSI gestern, Forza Italia heute) und einigen Bereichen des italienischen Kapitalismus und des Staates.

Früher wären diese Bereiche der Justiz rasch unschädlich gemacht worden. im Guten oder im Bösen. Heute begen die Dinge anders, zumindest vorläufig. Das Vorgehen gegen Korruption und Mafia in den letzten Jahren kam nämlich zweifellos dem Ziel der Ablösung einer politischen Schicht von Christdemokraten und Sozialisten entgegen, die man nicht länger für fähig hielt, die Interessen des Kapitals politisch zu vertreten und die schwierige Phase des Übergangs zu einem politischen System und neuen Institutionen, der sogen. "Zweiten Republik", zu bewältigen. Und auch die nicht enden wollenden Schwierigkeiten, die Berlusconi und seine engsten Mitarbeiter mit der Justiz haben, steben wahrscheinlich in engem Zusammenhang damit, daß diese politische Kraft, ebenso wie andere Parteien der rechten Mitte, aufgrund ihrer plump anti-gewerkschaftlichen Haltung, ibrer politischen Unbedarftheit und der Unerfahrenbeit ihres Führungspersonals im Umgang mit Politik und Gewerkschaften gewiß nicht ideal ist, um eine komplexe kapitalistische Gesellschaft wie die italienische, die sich in einer Übergangsphase befindet, zu führen. Die italienische Unternehmerschaft sieht sich daher gezwungen, die "Olivenbaum"-Koalition als das kleinere Übel nicht allzusehr zu behindern, zumal die Wirtschafts- und Europapolitik der Mitte-Links-Koalition in ihrem Kern den Interessen des Großkapitals in jeder Hinsicht entgegenkommt.

Ein unbeteiligter Beobachter könnte nun annebmen, daß es im Interesse der Rechten liegt, jene Bereiche der Justiz unter Beschuß zu nehmen, die

im Kampf gegen die Großkriminalität und die Korruption großen Stils besonders aktiv sind, und daß umgekehrt die Linke, alle Kräfte der Linken, daran interessiert sein sollten, diesen Bereichen der Justiz Rückendeckung zu gehen. Dem ist nicht so. So unwahrscheinlich es auch klingen mag, so waren wichtige Teile der Mitte-Links-Koalition und vor allem die PDS immer äußerst halbherzig und zurückhaltend, wenn es darum ging, das Vorgehen der Staatsanwaltschaft von Palermo gegen die Mafia und den Kampf der Mailänder Staatsanwaltschaft (des sogenannten Pools der "Sauberen Hände") gegen die Korruption zu unterstützen. Nicht selten beteiligen sie sich sogar an den politischen Kampagnen der Rechten gegen diese Staatsanwälte. Und der Grund dafür liegt klar auf der Hand. Eindeutig für diese Teile der Staatsanwaltschaft Partei zu ergreifen und sie vor den blindwütigen Attacken der Rechtsparteien in Schutz zu nehmen, hieße, in einen offenen Konflikt zu Forza Italia, der wichtigsten Partei des rechten Pols, zu geraten und das prekäre Gleichgewicht aufs Spiel zu setzen, das so mühsam in dem Parlamentsausschuß (der sogenannten Bicamerale) zustande gekommen war, der die geplanten Verfassungsänderungen hin zum Präsidialsystem ausarbeiten und dem Parlament vorlegen soll. Und das ist das Letzte, was die gegenwärtige Führungsspitze der PDS will.

Und doch ist die Masia in Italien heute zweisellos gefährlicher als früher. Die engen Bande zwischen Masia und Democrazia Cristiana, die fast fünfzig Jahre lang die politische Szene Italiens prägten, sind in der Tat abgelöst worden von der Verbindung zwischen der Masia und Forza Italia und Fininvest (dem Konzern Berlusconis). Aber während die DC eine Partei der Mitte war, zu deren realistischen Zielen nicht die antidemokratische Umwälzung der Versassung gehörte, ist das vorrangige Ziel von Forza Italia und den anderen Parteien des rechten Pols der Übergang zu einem marktradikalen Präsidialsystem, der sogenannten Zweiten Republik. Wir haben es also heute mit einer Verslechtung von kriminellen Interessen und subversiven institutionellen Zielen (im Siune eines Umsturzes der Versassungsorgane) zu tun, die in der italienischen Geschichte beispiellos ist.

Modernität des Kapitals: der reaktionäre Separatismus

So wie die Mafia und die Korruption in Italien stärker ausgeprägt sind als in den anderen EU-Ländern, so ist auch der Plan der Sezession, der von einer erklärtermaßen rechten und reaktionären Kraft vorangetrieben wird, ein Phänomen, das in Italien schärfere Formen annimmt als in den übrigen Ländern der EU. In Italien ist es die Partei von Bossi, die Lega Nord, die das Ziel der Sezession verfolgt. Und auch in diesem Falt liegt es vor allem im Interesse der Arbeitnehmer und der alternativen Linken, diesem politischen Plan entgegenzutreten. Nicht nur weil die Lega Nord in ihrem wirtschafts- und gesellschaftspohtischen Programm einen weit radikaleren Marktfetischismus vertritt als der "Freiheitspol", und nicht nur, weil das

Programm der Lega Nord eine rassistische und gegen Süditalien gerichtete Politik enthält, sondern auch, weil der Plan einer Abtrennung Norditaliens vom übrigen Land bedeutet, die arbeitende Bevölkerung des Nordens von jener des ührigen Italien zu spalten. So ist es nur logisch, daß die Lega Nord und ihre vorläufig erst in Ansätzen vorhandene Gewerkschaft sich gegen Manteltarifverträge wenden und für höhere Löhne eintreten, allerdings nur für die Arbeitnehmer Norditaliens.

Um erfolgreich zu sein nnd die tatkräftige Unterstützung der Werktätigen zu finden, muß der Kampf gegen die Sezessionsbestrehungen sich allerdings der patriotischen und nationalistischen Rhetorik entledigen, die den rechten Pol, die Regierung und den derzeitigen Staatspräsidenten Scalfaro kennzeichnet. Es muß klar herausgearheitet werden, daß es sich um einen Kampf gegen eine reaktionäre Partei handelt, die an die Stelle der Identität als lasse und Solidarität der Arheitnehmer, die die historischen Grundlagen der Arbeiterbewegung hilden, eine neue regressive territoriale und ethnische (oder, besser gesagt, pseudoethnische) Identität und eine angehliche Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Lohnahhängigen und Unternehmern Norditaliens im Gegensatz zu Süditalien und der Regierung in Rom setzen und auf diesem Wege die Arheiterhewegung spalten will.

Unser unbeteiligter Beobachter könnte annehmen, daß es vor allem im Interesse der Linken, und zwar aller Kräfte der Linken, liegen müßte, den sezessionistischen Kräften mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten und auf die Worte und die politische Propaganda Taten folgen zu lassen. Aher auch hier liegt er wieder falsch. So unglaublich es erscheinen mag, es gibt nicht wenige Kommunen, in denen Vertreter der Lega Nord auch heute noch gemeinsam nicht nur mit den Parteien des rechten Pols, sondern auch mit denen der "Olivenhaum"-Koalition auf der Regierungsbank sitzen. Die Angst, ein paar Stadtratsposten zu verlieren, ist offensichtlich stärker als die "patriotischen Ideale" der einen und das Anliegen der Einheit der Lohnabhängigen für die anderen.

Erst in letzter Zeit scheinen endlich die Bedingungen für einen politischen und gewerkschaftlichen Widerstand heranzureifen. Mitte Septemher veranstalteten Rifondazione Comunista, Umweltschutzorganisationen, Autonome und Jugendzentren in Venedig eine eindrucksvolle Demonstration gegen die Lega Nord (der die PDS unentschuldigt fernblieh). Ende September fanden dann in Mailand und Venedig große Massenkundgebungen gegen die Sezessionsbestrebungen statt, die von den drei großen Gewerkschaftszentralen CGIL, CISL und UIL organisiert worden waren und denen Hunderte von Versammlungen am Arbeitsplatz vorausgegangen waren, wo das Prohlem der Sezession endlich als tödliche Gefahr für die Gewerkschafts- und Arheiterbewegung dargestellt wurde. Um die Bedeutung dieses Ereignisses zu erfassen, muß man sich vor Augen halten, daß die Gewerkschaft his dahin niemals ausdrücklich gegen die Lega Nord

Stellung bezogen batte, mit dem - für einen Außenstehenden paradoxen Ergebnis, daß es in Norditalien nicht wenige Gewerkschaftsmitglieder (anch der CGIL) gab, die gleichzeitig aktive Mitglieder oder Wähler der Lega waren. Erst als die Lega die Ansicht äußerte, eine landesweite Kampagne gegen die drei großen Gewerkschaftszentralen zu starten, die als wichtigste Elemente des nationalen Zusammenhalts erkannt wurden, saben sich die Gewerkschaftsführer veranlaßt, die Initiative zu ergreifen, alle opportunistischen Positionen aufzugeben und ihre Mitglieder zum Kampf gegen die Lega und das von ihr verbreitete Gedankengut aufzurufen, auch auf die Gefahr hin, daß manche Arbeiter der norditalienischen Fabriken ihre Mitgliedschaft im Gewerkschaftsbund aufkündigen.

Auf dem Weg zu einem neuen Internationalismus?

Vor diesem Hintergrund vielschichtiger innenpolitischer Probleme darf es nicht verwundern, daß die politische Aufmerksamkeit und die Europa-Debatte in Italien bisher nicht so lebbaft waren wie anderswo. Was Italien mit den anderen europäischen Ländern gemein hat, ist das Mißtrauen, mit dem die Öffentlichkeit - auch die linke - den Themen des europäischen Integrationsprozesses nach wie vor begegnet, nicht nur, weil die *Europa-Frage" traditionsgemäß ein Thema der Rechten ist und von einer Aura unerträglicher Europa-Rhetorik umgeben war, sondern auch, weil Europa immer dann als Argument herhalten mußte, wenn es galt, eine restriktive Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Kosten der Lohnabhängigen durchzusetzen. Hinzu kommt im Falle Italiens, daß die Kräfte der Linken zum Europagedanken nie eine eigenständige Position vertreten baben. Die gemäßigte Linke, die beute Regierungspartei ist, hat sich immer unkritisch zu den ökonomischen und institutionellen Zielen der EU bekannt und hat den Gründungsverträgen der Gemeinschaft und in jüngerer Zeit dem Inhalt des Maastricht-Vertrages und den darauffolgenden Vereinbarungen rückhaltlos zugestimmt.

Die alternative Linke dagegen bat sich insofern als subaltern erwiesen, als sie die Frage schlichtweg ignoriert, ihre konkrete Politik und Gewerkschaftsarbeit fast ausschließlich im nationalen Rahmen betrieben und ihren Internationalismus im wesentlichen auf das solidarische Engagement zugunsten der nationalen Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt beschränkt hat. Dabei ist ihr entgangen, daß der Aufbau Enropas in den antisozialen und antidemokratischen Pormen, in denen er sich seit den Römischen Verträgen vollzieht, für einen neuartigen Internationalismus, der sich auf die Solidarität, aber auch auf die Wahrung der materiellen Interessen der europäischen Arbeitnehmer gründet, einen besonders günstigen Nährboden abgeben köunte. Einen Internationalismus, der dazu bestimmt wäre, nicht nur für eine politisierte Avantgarde, sondern für die Massen zum Klassenbewußtsein zu werden.

Erst in jüngster Zeit wird sich die alternative Linke in Italien bewußt, daß es ein "Problem Europa" gibt und daß eine aktiv mitgestaltete Wiederhelebung des gesellschaftlichen und politischen Antagonismus in Italien auch bedeutet, in Westeuropa in derselben Richtung aktiv zu werden - und umgekehrt. Es setzt sich also endlich das Bewußtsein durch, daß die Europäische Union, die sich in zunehmendem Maße zu einem Gehilde von Staaten entwickelt, das in bezug auf die Märkte und die großen Marktdimensionen des kapitalistischen Großunternehmens wirklich integriert und mit wirklichen Regierungsorganen ausgestattet ist, auch ein Gebilde von Staaten ist, deren politische und kulturelle Entwicklungen immer stärker ineinandergreifen und sich immer weiter annähern.

Aber es setzt sich gleichzeitig die Erkenntnis durch, daß die Europäische Union auch die Antwort des europäischen Großkapitals - und seiner sowohl marktradikalen als auch sozialdemokratischen Repräsentanten auf die Herausforderungen ist, die die kapitalistische Glohalisierung für Westeuropa darstellt. Und daß es folglich notwendig ist, sich nicht darauf zu beschränken, die Massen zum Kampf gegen Maastricht und seine sozialen Folgen aufzurufen, sondern daß es darauf ankommt, die Leitlinien einer alternativen europäischen Architektur zu umreißen, die auf der Seite der arbeitenden Menschen steht. Denn das ist die notwendige Voraussetzung, um angemessene Orte und Instrumente der Politik zu entwickeln, die von ihren Dimensionen her geeignet sind, es mit dem im europäischen Rahmen agierenden Großkapital und der glohalisierten Großfinanz aufzunehmen, die notwendige Orte und Instrumente demokratischen Lebens und demokratischer Beteiligung auf supranationaler Ehene sind, Orte und Instrumente für eine linke Regierung, die stark genug sind, entsprechend den Erwartungen der Lohnabhängigen und der Mehrheit der Gesellschaft in die Wirtschaft einzugreifen.

Übersetzung: Christel DalBosco

Jörg Cezanne

Alles neu macht der Mai?

New Labour, new unionism, new Britain

"Mit New Labour's derzeitiger Politik werden die Armen ärmer und zahlreicber und die Reichen reicher und mächtiger werden. ArbeiterInnen und
Gewerkschaften werden noch mehr an Einfluß verlieren, während die
Unternebmer überbandnehmen. So sicher wie die Nacht auf den Tag folgt,
wird steigende Arbeitslosigkeit boben Zinsraten und reduzierten öffentlichen Ausgaben folgen. Es liegt an der Gewerkschaftsbewegung, besser
früher als später eine Regierung zu stoppen, die nur dem Namen nach Labour ist."

Mit dieser Einschätzung wartete im September des Jahres das Labour Left Briefing, die Monatszeitschrift der linken Opposition innerbalb der Labour-Party, auf. Die Labour-Linke steht dabei in scharfem Gegensatz zu dem öffentlichen Ansehen der populärsten Regierung seit Clement Attlees Labour-Nachkriegsregierung. Die Labour-Partei hatte am 1. Mai nicht nur einen erdrutschartigen Wahlsieg gelandet und die Konservative Partei zu einer zweitklassigen politischen Kraft degradiert. In Schottland und Wales verfügen die Konservativen über keinen einzigen Parlamentssitz mehr. In der Wahlnacht verloren gleich acht Minister ihre Parlamentssitze, prominentestes Opfer war der als Nachfolger von Partei- und Regierungschef John Major hochgehandelte rechte Verteidigungsminister Michael Portillo.

In geradezu atemberaubender Entschlossenheit ging die neue Regierung seit Mai daran, ihre Wahlversprechungen zu erfüllen. Mit einer Steuer auf die Gewinne der unter den Konservativen privatisierten Versorgungsunternehmen soll ein Arbeitsbeschaffungsprogramm unter dem Titel "Von Sozialhilfe zur Arbeit" finanziert werden. 250.000 jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren sowie 300.000 Langzeitarbeitslosen soll dies den Weg in die Erwerbsarbeit erleichtern. Die Klassenstärken in den Grundschulen sollen gesenkt werden, Mittel dafür werden durch die Streichung von Zuschüssen an Privatschulen freigemacht. Das desolate Gesundheitssystem soll durch die Abschaffung des unter den Konservativen eingeführten "internen Marktes" entbürokratisiert und dadurch eingesparte Mittel für die Verkürzung der teilweise exorbitant langen Wartelisten eingesetzt werden. Mit Volksabstimmungen in Schottland, Wales und London sollen dezentrale politische Einheiten geschaffen werden. Einnahmen aus der Ende 1994 eingeführten Lotterie sollen neben Kunst, Sport und Denkmalserbaltung auch für besondere Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen verwendet werden können. Die Regierung macht sich für ein internationales Abkommen zur Ächtung von Landminen stark und gibt den Blockade-Kurs in den Gremien der Europäischen Union auf. Dabei kommen ihr die

ökonomischen Rahmenbedingungen zugute. Im September sank die Zahl der arbeitslos Gemeldeten im 19. Monat hintereinander und erreichte einen seit 17 Jahren nicht erreichten Stand unterhalh von 1,5 Millionen. Nach dem Börsengang der größten ehemaligen Wohnungsbaugenossenschaften hahen viele Briten in diesem Jahr zusätzliche Einkünfte aus dem Verkauf von Aktien in durchschnittlicher Höhe von 5.000 Pfund erzielt. Dementsprechend hoch sind die Verkaufszahlen im Einzelhandel und in der Automobilbranche.

Heraufziehende Konflikte

Dennoch deutet alles darauf hin, daß die "Flitterwochen" der Regierung (seit Mai hat sich der Vorsprung Labours vor den Konservativen bei Meinungsumfragen noch vergrößert) nicht von Dauer sein werden. Das größte Problem von "New Lahour", wie die Blair'sche Umgründung der Lahour-Partei sich selbst bezeichnet, ist dabei die dramatische Lücke zwischen den gesellschaftlichen Erwartungen an die neue Regierung und dem, was New Labour politisch zu liefern bereit ist. Dieser Ahstand war bereits in der Wahlnacht deutlich geworden, ohne allerdings größere öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. In einer am Wahltag durchgeführten Umfrage sprach sich eine deutliche Mehrheit der WählerInnen für Einkommenssteuererhöhungen zur Finanzierung von Verbesserungen im Gesundheits-, Schul- und Sozialwesen aus. Dies widersprach zentral dem gehetsmühlenartig wiederholten Bekenntnis von New Labour und anderen Teilen der politischen Klasse, daß Steuererhöhungen von den WählerInnen nicht gewollt seien. Es entlarvt die zentrale Säule der gegenwärtigen Finanzpolitik der Regierung eher als Politikverweigerung denn als Umsetzung des Wählerwillens.

Künftige Konfliktlinien zeichnen sich besonders im sozialen Bereich ah, wo New Labour eine vollständige Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates angekündigt hat. "Das Undenkhare denken" ist die Aufgahe an den zuständigen Staatsekretär Frank Field, woraufhin denn auch Vorschläge wie die Privatisierung der staatlichen Rente oder Gehühren für die Konsultation eines Arztes als mögliche Maßnahmen in Regierungspapieren auftauchen. Die Bekämpfung der Armut soll nach Regierungsvorstellungen im wesentlichen ohne zusätzliche finanzielle Mittel erfolgen, Das Ausmaß des Prohlems, vor dem die neugebildete ministerielle Sonderarbeitsgruppe steht, ist immens: 5 Millionen leben in Haushalten ohne Einkommen aus Arbeit; 3 Millionen Menschen hausen in 1.300 heruntergekommenen öffentlichen Wohnquartieren mit verrottenden Wohnungen, z.T. flächendeckender Arbeitslosigkeit und allen Erscheinungen sozialer Verelendung; 150.000 Familien sind ohne festen Wohnsitz, und rund 100.000 Kinder in England und Wales allein hesuchen keinen Schulunterricht, weil sie als "disruptive pupils" (den Unterricht störende, aggressive SchülerInnen) der Schule verwiesen wurden. 1,7 Millionen Alleinerziebende - die böchste Zahl in Europa - sind zu 70 Prozent von staatlichen Transferleistungen abhängig.

Der politische Umgang mit den Alleinerziehenden (vor allem junge Frauen ohne Berufsausbildung) macht die soziale Philosophie von New Labour deutlich. So soll die noch von den Konservativen vorgesebene Kürzung von Sonderzuschüssen an Alleinerziehende (von der damaligen Labour-Opposition heftig bekämpft) durchgeführt werden. Gleichzeitig sollen Alleinerziehende unter dem Schlagwort "empowerment" (Befähigung) zu "einem Gespräch im Job-Centre geladen" werden, wie es euphemistisch heißt, um ihnen bei der Suche nach Arbeit behilflich zu sein. Das entscheidende Problem der Betreuung von Kleinkindern wird allerdings nur unzureichend in Angriff genommen. Elegant übergangen wird, daß die meisten Jobs, die für ungelernte Berufsanfängerinnen zugänglich sind, so schlecht bezahlt werden, daß sie unter dem Sozialhilfesatz liegen. Dem ganzen Ansatz unterliegt eine Sicht der sozialen Probleme, die von Begriffen wie "Kultur der Abhängigkeit", "Mißbranch von Sozialleistungen", "Ende des Wohlfahrtsstaates" und der "underclass"-Debatte (vgl. Herkommer 1996) geprägt ist. Nun ist nicht zu bestreiten, daß das Sozialsystem Fallen enthält, aus denen schwer herauskommt, wer einmal in sie hineingeraten ist, daß es zur Bevormundung neigt und eher Ruhigstellung und Hoffnungslosigkeit statt Befähigung und Ermutigung bewirkt. Im Ansatz von New Labour aber werden der globale Verdrängungswettbewerb zur sakrosankten Rahmenbedingung und die Bedürftigen zum eigentlichen Problem gemacht - als iene, die den arbeitenden Mittelschichten auf der Tasche liegen. Der Sozialstaat wird zum unzeitgemäßen Überbleibsel "alter" Politikansätze.

Nicht unähnlich diesem Vorgehen und noch konfliktträchtiger sind die Pläne des Bildungsministeriums für die Einführung von Studiengebühren. Eine jährliche Gebühr von 1.000 Pfund (rund 2.800 DM) für Vollzeit-StudentInnen soll die Mittel für die im Rahmen der Blair'schen Bildungsoffensive als notwendig erachteten 500.000 zusätzlichen Studienplätze bringen. Die Gebühren werden als Kredit gewährt und sind nach dem Studium einkommensabhängig über einen Zeitraum von maximal 23 Jahren zurückzuzahlen. Die Aufgabe des freien Zugangs zu Bildung wird noch durch die Umwandlung bisher gewährter Studienzuschüsse für StudentInnen aus einkommensschwachen Familien in ihrer sozialen Brutalität verstärkt. Diesen bleibt zwar die Studiengebühr erspart, dafür wird aber die bislang gewährte Ausbildungsförderung für StudentInnen aus Haushalten mit weniger als 16.000 Pfund Jahreseinkommen auf Kreditfinanzierung umgestellt. Die "ärmsten" StudentInnen werden so die Hochschule mit bis zu 40.000 DM Schulden verlassen.

Die Grundlinien der New Labour-Politik im sozialen Bereich lassen sich an zwei Punkten deutlich machen: Einerseits ist es die Versicherung, in den ersten beiden Jahren der neuen Regierung die noch von den Konservativen erstellte Finanzplanung einzuhalten und keine Einkommens-

steuererhöbung durchzuführen. Dies war nicht nur eine Wahlkampf-Konzession an "Mittel-England", wie die bereits zitierten Umfragen zu Steuererhöhungen belegen. Es ist auch eine willkürliche Strategie, die der neoliberalen Doktrin folgt, daß Staatsausgaben per se ökonomisch schädlich sind und der Sozialstaat an seinem Ende angekommen ist. Nicht die Feststellung, daß Armut nicht zu bekämpfen ist, indem mensch "Geld hinterber wirft", wie Peter Mandelson, Minister ohne Aufgabenbereich und Leiter der Sonderarbeitsgruppe zur Armutsbekämpfung linken Kritikern entgegenhielt, sondern die absurde Vorstellung, daß dies ohne jegliche Umverteilung geschehen könne, macht den zweiten Kernpunkt aus. Dieses Konzent bezeichnen die rechten Vordenker der Fabian-Society gelegentlich als "Niedrigkosten-Sozialismus". Dabei ist selbst nach herkömmlichen ökonomischen Kriterien Spielraum vorhanden: Mit einem Einkommenssteuer-Spitzensatz von nur 40 Prozent liegt Großbritannien in Europa am unteren Ende und selbst im globalen Vergleich mit den Tiger-Staaten und Schwellenländern in guter "Wettbewerbsposition". Aber: Umverteilung ist nicht gewollt.

Labour und die Gewerkschaften

Eine der zentralen Fragen der künstigen Entwicklung Großbritanniens dürfte die nach dem Verhältnis von Labour und den Gewerkschaften sein. Mit der Unterzeichnung der Europäischen Sozialcharta und der Rücknahme des Betätigungsverbots für die Gewerkschaften im Datenverarbeitungszentrum der Regierung GCHQ hat Blair symbolische Schritte zur Rehabilitierung der trade unions getan. Aber die Fakten sind eindeutig: kein einziges der Anti-Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Zeit soll zurückgenommen werden. Ausdrücklich bekennt sich New Labour zu einem "flexiblen Arbeitsmarkt". Zwei Projekte der Regierung werden die kommenden Monate bestimmen: die Einführung eines Mindestlohns und die Neuregelung der betrieblichen Anerkennung von Gewerkschaften. Der TUC fordert einen Stundenlohn von 4,42 Pfund (rund 12,- DM) als Minimum. Die Bedeutung könnnte nicht größer sein: nach Unterlagen des National Statistics Office verdienen 4,5 Millionen, ein knappes Finftel der Beschäftigen, weniger als diesen Satz. Eine unabhängige Kommission soll der Regierung einen Vorschlag unterbreiten. Schon jetzt aber ist klar, daß über die Geltung des Mindestlohns für unter 25-jährige eine politische Auseinandersetzung kaum zu vermeiden sein wird. Wichtige Berater von Tony Blair betrachten es als wesentliches Element eines flexiblen Arbeitsmarktes, die Beschäftigung von unter 25-jährigen weiterhin auch unterhalb des Mindestlohns zuzulassen. Eine gesetzliche Regelung der Zulassung von Gewerkschaften im Betrieb wäre in Großbritannien eine historische Neuerung. Die Plane der Regierung sehen vor, daß Gewerkschaften von der Unternehmerseite dann anzuerkennen sind, wenn 50 Prozent der Beschäftigten im Betrieb sich in einer Abstimmung dafür aussprechen.

Auch hier steckt der Teufel im Detail: Wie wird definiert, auf welcher Ebene abgestimmt wird? Konzernweit, im Betrieb, im Bereich? Ein weiterer Auseinandersetzungspunkt dürfte die Neuregelung des Kündigungsschutzes werden. Von den Konservativen war ein Zeitraum von zwei Jahren eingeführt worden, in dem es Unternehmen möglich ist, Arbeiter nnd Angestellte "unfairer" zu entlassen - eine Art zweijähriger Probezeit also. Die Abschaffung dieser Regelung ist allerdings vorerst auf die lange Bank geschoben.

Die britischen Gewerkschaften tun sich schwer mit der Umstellung. Das Vorgehen der Führung ist von großer Vorsicht gekennzeichnet. Nach Jahren der Einfluß- imd Mitgliederverluste - vom Höchststand 1979 mit 13 Millionen Mitgliedern sank die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder 1996 auf 7,2 Millionen - scheinen die Gewerkschaftsführer das brüchig gewordenen Verhältnis von New Labour und Gewerkschaften nicht belasten zu wollen. Dies zeigte sich auch auf dem jüngsten Labour-Parteitag im September, als die großen Gewerkschaften jegliche Abstimmungskonfrontation vermieden und alle Vorlagen der Führung - darunter so brisante wie jene über Studiengebühren, einen Ersatz der alternden Trident-Atomraketen oder über die Ablehnung der Re-Nationalisierung der (teil-)privatisierten britischen Eisenbahnen - passieren ließen, z.T. im direktem Bruch mit ihrem Mandat.

Die Gewerkschaftsführungen versuchen unter dem Schlagwort "new unionism" eine Art Sozialpartnerschaft auf medrigstem Niveau. Dies reflektiert die verschiedenen, z.T. dramatischen Veränderungen der industriellen Landschaft in Großbritannien. Das Anwachsen des Dienstleistungssektors insbesondere im "reichen" Südosten resultiert in einem Abschied von "alten" industriellen Kampfformen. So verzichten eine wachsende Zahl von Gewerkschaften grundsätzlich auf das Mittel des Streiks, und im vierten Jahr hintereinander stieg die Zahl der Unternehmer, die eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften pflegen auf nunmehr 43 Prozent aller Unternehmen mit anerkannten Gewerkschaften. Aber die politischen Rahmenbedigungen sind für Gewerkschaften und Unternehmen ungleich. Im Kern bleibt es so, daß geschwächte Gewerkschaften, ihres Einflußes auf die regierende Partei weitgehend beraubt, sich einer traditionell extrem gewerkschaftsfeindlichen Managerkaste als Verhandlungspartner andienen. Kämpfe wie die der Liverpooler Dockarbeiter, die seit zwei Jahren für ihre Wiedereinstellung kämpfen, nachdem sie von der Hafengesellschaft wegen eines Solidaritätsstreiks entlassen worden waren, geraten dabei immer mehr an den Rand des Geschehens. Um so signifikanter ist der Anstieg gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen im vergangenen Jahr. Sowohl TUC als auch die Arbeitsrechtsanwälte von Dibb Lupton erwarten zunehmende Unrube in den Betrieben für das kommende Jahr und eine wachsende Streikhereitschaft - allerdings auf historisch niedrigem Stand.

Aber noch weitreichendere Ereignisse warten auf die Gewerkschaften. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann die New Labour-Führung die or-

ganisatorische Verbindung mit den Gewerkschaften kappen wird. Noch sind die Gewerkschaften die wesentliche finanzielle Stütze der Partei - ihre Beiträge tragen zu 54 Prozent zu den Einnahmen bei (Fulton 1996). Dabei wurde allerdings ihr Stimmenanteil auf den Parteitagen und bei Vorstandswahlen - traditionell von der Führung der Einzelgewerkschaften en bloc ausgeführt - in den vergangenen Jahren erheblich zurückgestutzt. Mit dem Wahlsieg hat Tony Blair nun die Möglichkeit, die Parteienfinanzierung im Rahmen seines angestrebten konstitutionellen Wandels (s.u.) umzustellen. Unter Deniokratie-Gesichtspunkten wäre eine Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln sogar ein Fortschritt: Es würde das Ungleichgewicht zwischen Labour und Tories, die sich traditionell aus den Kriegskassen der Großunternehmen bedienen konnten, zumindest mildern. Für die Arbeiterbewegung aber würde sich die politische Landschaft Großbritanniens völlig neu gestalten. Im Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen des konstitutionellen Wandels wie der möglichen Einführung des Verhältniswahlrechts könnte sich die tiefgreifendste Veränderung des politischen Systems Großbritanniens seit der Gründung der Labour Partei 1906 ergeben. Vielleicht haben die Gewerkschaften gar nicht so viel zu verlieren, sondern vielmehr neue Möglichkeiten zu gewinnen. Michael Hindley, linker Europaparlamentarier der Labour Partei, hat schon einen Bericht über "Gewerkschaften und politische Finanzierung in Europa" in Auftrag gegeben. Und Ian Willmore, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Labour-Schattenkabinett, warnt: "Unter einer Labour-Regierung wird Großbritannien 'einen flexibleren Arbeitsmarkt als selbst die USA' hahen, wie die Öffentlichkeitsarbeit der Parteizentrale behauptet. Blair will die Verbindung von Gewerkschaften und Partei brechen. Im Austausch dafür bietet er Thatcherismus mit einem vagen menschlichen Antlitz. Das ist nicht Modernität, es ist ein fauler Handel." (Willmore 1997)

Veränderungen im politischen System?

Eine ungeahnte politische Dynamik könnte der von New Labour angestrebte konstitutionelle Wandel - von Verfassungsreform kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil Großbritannien gar keine Verfassung hat entfalten. In Volksentscheiden hat sich bereits eine überwältigende Mehrheit für ein schottisches Parlament und eine knappe für eine Walisische Versammlung ausgesprochen. Im November erhielten die BürgerInnen von London die Gelegenheit, über die (Wieder-)Einrichtung der von Margret Thatcher aufgelösten Körperschaft für Groß-London und die Direktwahl eines Oberbürgermeisters zu entscheiden. Weitere regionale Versammlungen etwa für den Nordwesten sind Programm, stehen aber weit unten auf der Prioritätenliste. Diese Dezentralisierung des unter den Konservativen zentralistisch geführten Vereinigten Königreichs soll durch eine Reform des Oberbauses ergänzt werden. Gewisse Reformen des zwar in

seinem Ansehen angeschlagenen, grundsätzlich aher unangefochtenen Königshauses werden ebenfalls unvermeidlich sein. Die größten Verwerfungen könnten sich aber aus der Einführung des Verbältniswahlrechts ergehen. Dieses soll erstmals bei den Wahlen für die schottischen und walisischen Regionalparlamente respektive Versammlungen 1999 angewendet werden. Nun dürfte die Regierung die Ergebnisse dieser Wahlen abwarten. hevor sie eine Entscheidung für die nationalen Parlamentswahlen trifft, und es ist nicht unbedingt zu erwarten, daß dies schon für die nächsten Wahlen im Jahr 2002 der Fall sein wird. Dennoch wären die Auswirkungen einer solchen Veränderung gravierend, was sich am Ergebnis der vergangenen Unterhauswahlen ablesen läßt. Ein landesweiter Stimmenanteil von 44% brachte Lahour 418 Unterhaussitze, 31% für die Konservativen ergaben 165 und 17% für die Liberalen hrachten diesen 51 Abgeordnete. 7% der abgegebenen Stimmen gingen an andere Parteien, vor allem in Wales, Schottland und Nord-Irland. Das Verhältniswahlrecht würde also tendenziell kleinere Parteien stärken und wahrscheinlich Koalitionsregierungen erforderlich machen. Eine mögliche Reaktion darauf könnte in der Zusammenführung von New Labour und der Liberalen Partei liegen. möglichweise unter Ausschluß der Labour-Linken.

Läßt sich so etwas wie ein New Labour-Projekt ausmachen? Ist Tony Blair gar der erste Regierungschef der zweiten Moderne? "Not really", würde die zur Untertreibung neigende englische Lady sagen. Ökonomischer Neoliberalismus, wenn auch mit weniger missionarischem Eifer als unter Thatcher. verbindet sich mit einer Staatsauffassung, in der Regulierung nicht tabu. aber der Selbstregulierung nachgeordnet ist. Eine fortlaufende Modernisierung, deren Ziel diffuse, christlich fundierte Gerechtigkeitsvorstellungen sind, die sich am ehesten mit einem allerdings konservativen Kommunitarismus in Deckung hringen lassen, soll Großbritannien "zu einem Leuchtfeuer für die Welt" machen. "Mitgefühl mit einer scharfen Kante" soll der Leitgedanke in einem neuen "Zeitalter des Gebens" werden. "Bildung, Bildung, Bildung" ist das Mittel, mit dem die Nation, die "niemals die größte sein kann und nicht mehr die mächtigste sein wird", "die beste" werden soll. (Alle Zitate aus Tony Blairs Parteitagsrede vom 30.9.97) Wem Verhältniswahlrecht, Sozialpartnerschaft, die Reduzierung, wenn auch nicht völlige Aufgabe erblicher politischer Ämter oder die Einrichtung von Regionalparlamenten bereits als Kennzeichen einer reflexiven Modernisierung ausreichen, dem dürften die Unterscheidungsmerkmale von erster und zweiter Moderne abhanden gekommen sein.

Formierung linker Gegenmacht?

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß unabhängig von New Labours Versuch der Kanalisierung das Wahlergebnis eine ganze Reihe anderer Aspekte hat - allen voran die beschriebene Lücke zwischen öffentlichen Erwartungen und New Labour-Programmatik. Vieles wird davon abhän-

gen, inwieweit es den Linkskräften in und außerhalb der Labour Partei gelingt, jenen Eindruck vom Wahltag, daß sich bier eine lange Zeit entmündigte Mehrheit der Bevölkerung auf der politischen Bühne zurückmeldet. in politische Bewegung umzusetzen. Das wird zunächst nicht einfach sein. weil auch viele Linke offensichtlich bereit sind, der neuen Regierung eine Schonfrist zu gewähren. Und es fehlt sowohl an einer überzeugenden politischen Alternative als auch an den politischen Organisationsformen, in denen eine solche Alternative entwickelt und politisch wirksam umgesetzt werden könnte. Verschiedene Erscheinungen geben allerdings Anlaß zu verhaltenem Optimismus. So signalisiert das bervorragende Abschneiden der Labour-Linken bei den Wahlen zur Nationalen Exekutive auf dem Parteitag im September - in scharfem Kontrast zu der ansonsten vollständigen Kontrolle des Parteitags durch die Parteiführung -, daß auch innerhalb der Labour-Partei das Unbehagen mit einer allzu rasanten Abkehr von Zielen und Traditionen der Arbeiterbewegung wächst. Das Wahlergebnis erlaubt den Linken, auf eine Zukunft innerhalb der Partei zu hoffen. Zum anderen bat das Refenderum in Schottland gezeigt, daß die Regierung, die im Wahlkampf die Kunst, "dem Volk auf's Maul zu schauen", zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Politik gemacht batte, für politischen Druck durchaus empfindlich ist. So kam sie schottischen Forderungen mit einer zunächst nicht gewollten, recht weitgehenden Abtretung politischer Kompetenzen nach. Und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß bei wachsender öffentlicher Auseinandersetzung die Differenzen innerbalb der Regierung zwischen "Blairites" und gemäßigten Kräften zunehmen werden. Die Grüne Partei befindet sich zwar politisch wie organisatorisch in einem desolaten Zustand. Von Interesse sind aber Bemühungen verschiedener kleinerer Gruppierungen aus Grünen und der aus der ehemaligen Kommunistischen Partei hervorgegangenen Demokratischen Linken (DL) unter Beteiligung einzelner Labour- oder Socialist Party (SP)-Mitglieder, eine grün-sozialistischen Sammlungsbewegung unter dem Namen Green Left zu bilden. Dies ist auch durchaus vor dem Hintergrund der Einführung des Verhältniswahlrechts interessant. In Schottland hatte sich eine Bündnisliste (die Scottish Socialist Alliance) bereits an den Unterhauswahlen beteiligt.

Daneben gibt es auf der Linken noch drei Parteiprojekte. Arthur Scargills Sozialistische Labour Partei (SLP) stellt dabei den Versuch dar, auf traditionell-sozialistischen Positionen und mit einem traditionell-autoritären Organisationsmodell die sozialistische Linke insbesondere aus der Labour-Partei und den Gewerkschaften zu sammeln. Bislang bat dieser Versuch keinen großen Erfolg gehabt, wenn auch nicht auszuschließen ist, daß zukünftige Entwicklungen innerhalb der Lahour Partei der SLP Zulauf bescheren könnten. Der Alleinvertretungsanspruch Scargills und seiner Partei macht allerdings eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen auf der Linken schwer. Als Reaktion auf Scargills Vorpreschen in der Organisationsfrage haben sich in der Sozialistischen Partei (SP) vor allem

Anhänger der aus der Labour Partei ausgeschlossenen, trotzkistisch-inspirierten Militant-Strömung zusammengefunden und sich mit ebenfalls geringem Erfolg an den Unterhauswahlen beteiligt. Die SP schwankt dabei zwischen Vorstellungen einer Avantgarde-Partei und dem Versuch der Zusammenführung eines weiteren linken Spektrums. Und schließlich ist die Socialist Workers Party (SWP), eine sektiererische trotzkistische Partei mit relativ starker Mitgliedschaft nicht zu vergessen, die allerdings nach Meinung eines politischen Beohachters "alles zerstört, was sie anrührt." Die Demokratische Linke (DL) hat sich aus der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung weitgehend verabschiedet und sieht ihre Rolle heute in der Moderation und Förderung des Dialogs aller Kräfte links der Liberalen. Für die Mehrheitsstimmung dürfte die Veränderung der Satzung auf der letzten Konferenz kennzeichnend sein: Die Bestimmung "Unsere Vision von Gesellschaft ist nicht mit Kapitalismus in Übereiustimmung zu hringen" wurde ersetzt durch "Unsere Vision von Gesellschaft unterscheidet sich vom Kapitalismus".

Inhaltlich entscheidend für die Formierung linker Gegenmacht dürften zwei Themenkomplexe werden. Zum einen, oh es den verschiedenen linken Gruppierungen gelingt, die politisch bewußtlose Hinnahme der Globalisierungstendenzen, des Standortwettbewerbs und der freien Markt-Rhetorik zu einem politischen Thema zu machen. Und zum zweiten und damit in engem Zusammenhang, oh es gelingt, über reine Abwehrkämpfe gegen die weitere Zerschlagung des Sozialstaates hinaus zu einem überzeugenden Alternativkonzept zu kommen. Die Wahlen vom 1. Mai hahen die lange verschlossene Tür für gesellschaftliche Veränderungen geöffnet. Der Kampf darum, das "knarrende und verrostete Tor" (Hilary Wainwright) ganz aufzustoßen, hat gerade erst begonnen.

Der Autor dankt Hilary Wainwright (Red Pepper) und Graham Bash (Labour Left Briefing) für Gesprächsbereitschaft, wertvolle Einsichten und Informationen.

Literatur

Lionel Fulton, Veränderte Beziehungen zwischen Labour und den britischen Gewerkschaften, WSI-Mitteilungen 12/1996, S. 792-794

Labour Left Briefing, Labour in name only, LLB September 1997

Sebastian Herkommer, Das Konzept der "underclass", in: Z 26 (Juni 1996), S. 76-87

Peter Mandelson, Labour's next steps: tackling social exclusion, Fabian Society Pamphlet 581, London 1997

Hilary Wainwright, Forcing open a creaky door, red pepper no 35, April 1997 Ian Willmore, New bible offers a rotten bargain, The Guardian 29.9.97

Kai Michelsen

Schweden - Wohlfahrtsstaat gerettet?

1. Turbulenzen in den 90er Jahren

Die 90er Jahre begannen für die Schweden mit einer schweren Rezession und einer bürgerlichen Regierungskoalition unter dem konservativen Ministerpräsidenten Bildt. Inzwischen hat sich die ökonomische Situation verbessert. Die Überschüsse in der Handelsbilanz sind beträchtlich angewachsen; nach ihrer schweren Krise zählen die schwedischen Banken inzwischen zu den profitabelsten West-Europas. Die Inflationsraten - ein zentrales Problem der beiden vorangegangenen Jahrzehnte - sind niedrig und die Erwerbseinkommen steigen. Für 1998 wird ein ausgeglichener Staatshaushalt angenommen. Ebenfalls erwartet wird eine schnelle Reduzierung der Staatsverschuldung (zu der allerdings auch ein Privatisierungsprogramm im Umfang von drei Prozent des BIP beitragen soll) (OECD 1997, 124; Statistika centralbyrån 1997a u. 1997b; McIvor 1997a).

Auch stellt die Sozialdemokratie (SAP) seit 1994 wieder die Regierung. Dennoch ist fraglich, ob Schweden an die Zeiten des alten sozialdemokratischen Erfolgsmodells anknüpfen wird. Bisher bat sich die konjunkturelle Belebung nicht in Beschäftigungszuwächse übertragen, und angesichts der Sparpolitik wurde schon hämisch gefragt, ob sich Schweden nicht in ein "Modell des wohlfahrtsstaatlichen Abbaus" verwandelt habe (Jungblut 1995).

Im Jahr 1990 waren 4,5 Millionen Menschen beschäftigt, 1996 ca. 500.000 weniger. Allein im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe mußte zwischen 1990 imd 1994 ein Beschäftigungrückgang von mehr als 20 Prozent auf 761.000 Erwerbstätige verzeichnet werden. Auch im öffentlichen Sektor kam es zu einem Stellenabbau. Der Beschäftigungsrückgang verteilte sich gleichmäßig auf einen Rückzug vom Arbeitsmarkt (die Zahl der Erwerbspersonen liegt 1996 um ca. 250.000 niedriger als 1990) und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, von der 1990 69.000 Menschen (1,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung) und 1996 trotz einer Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik 347.000 Personen (8,1 Prozent der Erwerbsbevölkerung) betroffen waren (Statistika centralbyrån 1997c). Nach Eurostat-Angaben (1997a) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (bei einem anderen Berechnungsverfahren) im Mai 1997 bei SchwedInnen nnter 25 Jahren bei 22,2 Prozent.

Wurde schon die bürgerliche Regierungskoalition zwischen 1991 und 1994 in ihrer Sparpolitik partiell von der SAP unterstützt, interpretierte der in den Wahlen 1994 erfolgreiche sozialdemokratische Ministerpräsident

Carlsson die Entscheidung der Wähler zugunsten der SAP als "Auftrag für einen strengen Sparkurs" (FR vom 20.9.1994). Gespart werden sollte nicht weniger, allenfalls sozial gerechter. Sein sozialdemokratischer Nachfolger Persson setzte den Kurs fort. So kam es un Anschluß an den Ausbruch der Krise zu einer langen Liste von Kürzungen und Zugangsbeschränkungen. Verschärft wurden die Ansprachsvoraussetzungen für Leistungen aufgrund arbeitsbedingter Schädigungen. Einkommensersatzleistungen bei Arbeitsunfällen und -schäden, un Krankheitsfall und bei Arbeitslosigkeit wurden gesenkt. Die Bemessung und Anpassung von Renten wurde zuungunsten der Empfänger verändert. Zu Kürzungen kam es auch beim Elternurlaub sowie beim Wohn- und Kindergeld. In der Krankenversicherung und der Rentenversicherung wurden Sozialheiträge für Lohn- und Gehaltsempfänger eingeführt (vgl. Köhler 1997, 27ff.; Petersson 1997, 51ff.).

Die Arbeitslosigkeit und die Kürzungen sozialer Leistungen haben große Teile der Bevölkerung hart getroffen. Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger ist von 515.285 (1990) anf 720.783 (1996) gestiegen, d.h. von 6 Prozent der schwedischen Bevölkerung auf 8,2 Prozent (Statistika centralbyrån 1997d). Auch für alleimerziehende Frauen hat sich die Lage verschlechtert. Unter ihnen hat sich der Anteil derer mit einem Einkommen unterhalb des Sozialhilfeniveaus zwischen 1992 und 1996 von 13 Prozent auf 27 Prozent mehr als verdoppelt (Pettersson 1996, 27).

2. Der schwedische Wohlfahrtsstaat: Abbau, Umbau, Modernisierung?

Mit der Arbeitslosigkeit und den Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Auf den Protest der Gewerkschaften stießen anch Gesetze zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit Kündigungs-Erleichterungen für die Unternehmen (auch im öffentlichen Sektor), mehr hefristeten Beschäftigungsverhältnissen und einer Aufweichung des "Last-In-first-out"-Prinzips (Schunter-Kleemann 1997, 39). Reformen des öffentlichen Sektors nach marktähnlichen Organisationsprinzipien und mit einer - vorsichtigen - Einbeziehung privater Anhieter bargen ebenfalls politischen Zündstoff.

Den Unmut von Teilen "traditioneller" sozialdemokratischer Wähler und der Parteilinken im Nacken und die Wahlen 1998 sowie für 1999 erwartete Überschüsse im Staatshaushalt vor Augen hat Ministerpräsident Persson das Ende der Kürzungen ausgerufen und "sieben fette Jahre" angekündigt (Altenbockum 1997). Im Unterschied zu zuvor angekündigten Steuersenkungen für niedrige imd mittlere Einkommen - Schweden liegt mit 55,2 Prozent des BIP an Steuern und Sozialabgaben 1996 in der EU an der Spitze (Eurostat 1997) - hat Persson auf dem SAP-Parteikongreß in Sundsvall 1997 angekündigt, daß Steuersenkungen im Vorfeld der Wablen 1998 eine geringe Rolle spielen würden. Stattdessen sollen bis 1999 für so-

zialstaatliche Leistungen und den öffentlichen Sektor insgesamt 16 Milliarden SEK zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen 20.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor gesichert werden, als Ziel gibt die Regierung eine Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 an. An zweiter Stelle der Prioritätenliste rangiert der Abbau der Staatsverschuldung (McIvor 1997b; FAZ vom 11.9.1997).

Der Umschwung in der sozialdemokratischen Parteiführung ist mit Vorsicht zu bewerten. In der SAP gehen die Auffassungen über die Zukunft des Sozialstaats auseinander. Konflikte gibt es um die Fragen, in welchem Ilmfang ökonomische Notwendigkeiten sozialpolitische Reformen verlangen und wie "Markt", "Staat" und "Zivilgesellschaft" aufeinander bezogen werden sollen (vgl. Feld 1997, 1108ff.). Bereits in den 80er Jahren begannen sich sozialdemokratische Positionen zu verschieben. "Ökonomische Notwendigkeiten" gewannen im Rahmen einer exportorientierten Wettbewerbsstrategie gegenüber sozialpolitischen und emanzipatorischen Zielsetzungen an Gewicht. Die öffentlichen Ausgaben sollten stabil gehalten werden, die Kredit- und Devisenmärkte wurden dereguliert. Die sozialdemokratischen Regierungen versuchten, die Tarifparteien zu einer an Wettbewerbsfähigkeit und Preisstabilität orientierten Lohnpolitik zu bewegen. Als die Preissteigerungen weiterhin boch ausfielen, bekam die Reichsbank Ende der 80er Jahre den Auftrag, den Wechselkurs der Krone gegenüber dem ECU stabil zu balten und ihre Geldpolitik mit Hilfe dieses "externen Ankers" nicht mehr an Vollbeschäftigungszielen auszurichten, sondern an der Preisstabilität."

Die Optimisten unter den Anhängern des schwedischen Sozialstaats führen ins Feld, daß er in der schwedischen Bevölkerung nach wie vor ein bohes Ansehen genießt und nicht in seinen Grundfesten in Frage gestellt oder durch Kürzungen in seiner Substanz angegriffen wird. Zum Beispiel vertritt Gisela Pettersson (1996, 277) die Auffassung, daß ein "Neues Modell Schweden" entstehen könnte, wenn es Persson gelänge, "gegen den Mainstream in Europa anzuschwimmen, d.b. die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschnldung abzubauen, obne dies auf Kosten der sozial Schwachen zu

Vermutlich zielen die Ankündigungen nicht nur auf die Revitalisierung des sozialpolitischen Images der SAP, sondern auch auf die Zufriedenheit der - überwiegend weiblichen -Beschäftigten im öffentlichen Sektor, die unter der Sparpolitik und dem Stellenabbau erheblich zu leiden hatten. Sie bilden bisher ein wichtiges Klientel der SAP. Seit den letzten Wahlen 1994 hat die Venstrepartiet, die ehemalige kommunistische Partei Schwedens, ihr Engagement im öffentlichen Sektor verstärkt und gegen die Kürzungen, Entlassungen, Restrukturierungen und Privatisierungen protestiert (vgl. Wörlund 1995, 286; Schwedisches Institut 1996a).

Eine kritische Betrachtung der sozialdemokratischen Politik der 80er Jahre findet sich bei Pontusson (1993) und Ryner (1994 u. 1997).

Zur Entwicklung der und den Auseinandersetzungen um die Tarifpolitik siehe Mesch (1992) und Kjellberg (1992).

Zur Diskussion um die Gründe und Notwendigkeiten dieses Schritts siehe Notermans (1993 u. 1994) und Moses (1994).

tun und ohne die Grundlagen der Wohlfahrtsstaats-Prinzipien zu verraten. Diese "Neue Modell Schweden" würde zwar weniger "generös" als bisher ausfallen, aber für das nächste Jahrtausend tauglich sein. 5

Aber es ist problematisch, die Veränderungen des schwedischen Wohlfahrtsstaates lediglich als "notwendige Einsparungen mit einem auf Modernisierung zielenden Umbau der jeweiligen sozialstaatlichen Insitutionen" (vgl. Köhler 1997, 30) zu fassen. Ob die aktuellen Maßnahmen sich langfristig als Modernisierung des "universalistischen Wohlfahrtsstaates" oder als eine Abkehr von seinen Prinzipien entpuppen werden, ist noch offen. Zum einen stellt sich die Frage nach den politischen Machtverhältnissen. Obwohl es in den Reichstagswahlen 1994 zu einem Linksrutsch kam, haben Arbeitgeber und die konservative Partei Moderata ihre Bemühungen um die Demontage des Wohlfahrtsstaates kontinuierlich verstärkt. Zusätzlich verlaufen die Konfliktlinien in verschiedenen Bereichen der politischen Auseinandersetzung nicht mehr nur zwischen den politischen Parteien und Parteienblöcken, sondern sie haben sich zunehmend in die Parteien hinein verlagert, insbesondere in die SAP als größte Partei.

Zweitens kann ein verringertes Leistungsniveau des universalistischen Wohlfahrtsstaates die Positionen seiner Kritiker stärken, wenn die soziale Absicherung und andere Leistungen als unzureichend empfunden werden und eine individuelle Risikovorsorge an Attraktivität gewinnt. Offen ist auch, wie sich der geplante Umbau der Rentenversicherung auswirken wird. Die einheitliche Grundrente und die erwerbseinkommensabhängige Zusatzrente sollen in einem Schema vereint werden, in dem sich die Rente aus einem Mindestrentensockel und einem nach dem Lebenseinkommen berechneten Betrag zusammensetzt. Die Finanzierung soll aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgaben in einer Höhe von jeweils 9,25 Prozent des Bruttoentgelts erfolgen. Von den zusammen 18,5 Prozent können die Versicherten zwei Prozent auf der Basis eigener Entscheidungen anlegen; erwartet wird, daß davon hauptsächlich der private Sektor profitiert. Den staatlichen Pensionsfonds soll gestattet werden, in größerem Umfang als bisher Aktien zu erwerben (Brown-Humes 1997; Köhler 1997).

Verschiedene Einschätzungen (von Gewerkschaftern, Politikern und aus dem Arbeitgeberlager) über die Zukunft des schwedischen Wohlfahrtsstaates und notwendige Umbaumaßnahmen finden sich u.a. in Petersson (1997).

Mit einer Veränderung der Bemessungsgrundlage - nicht mchr die besten fiinfzehn Jahre wie bisher, sondern der gesamte Erwerbstätigkeitszeitraum soll in der Berechnung der Rente zugrundegelegt werden - wird die Erwerbsarbeitszentriertheit des Sicherungssystems verstärkt. Benachteiligt werden Personengruppen, die über längere Zeiträume hinweg nicht erwerbstätig sind - z. B. in Phasen der Kindererziehung oder Arbeitslosigkeit es sei denn, Ausgleichsregelungen werden eingeführt, die jedoch als Ausnahmeregelungen im Gegensatz zu "universalistischen" Regelungen als sinzelne zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung werden können und dementsprechend leichter anzugreifen sind. Zweitens wird mit den zur Disposition stehenden zwei Prozent des individuellen Beitragsvolumens eine individuelle Komponente in das kollektive Sozialversicherungssystem eingeführt, ein Element der privaten Risikovorsorge wird in die öffentlichen Systeme eingebaut. Drittens wird das gesamte System - und über das System seine Mitglieder - in die "share-holder-community" integriert. Der Idee, Märkte demokratisch zu regulieren und zu kontrollieren, wandelt sich in den Versuch, vom Casino-Kapitalismus zu profitieren. Auch steigen mit der Kürzung der Einkommensersatzleistungen insgesamt die Anreize zu einer privaten Risikovorsorge. Zusammenfassend stellt sich die Frage, ob die Reform sich positiv auf die Zustimmung der Bevölkerung zum öffentlichen Rentenversicherungssystem und damit zum Wohlfahrtsstaat auswirkt, oder ob die Tür zu weiterreichenden Veränderungen aufgesto-Ben wird.

3. Schweden und die europäische Integration

Die schwedische Regierung entschied sich zu Beginn der 90er Jahre für den Beitritt zur EG/EU und wurde 1995 Mitglied, nachdem dies zuvor als mit der schwedischen Neutralitätspolitik unvereinbar gegolten hatte. Aus Sicht der Beitrittsbefürworter ging es weniger um den Zugang zum Binnenmarkt, der durch den Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) von 1992 gesichert war, sondern um Mitsprachemöglichkeiten auf der EU-Ebene. Zum einen tritt Schweden für die Erweiterung um ost- und mitteleuropäische Länder ein, insbesondere für die Aufnahme der baltischen Republiken, um die Ostsee-Region ökonomisch und politisch zu entwickeln und zu stabilisieren. Die schwedische Regierung hat außerdem angekündigt, auf der europäischen Ebene für eine "Union der Beschäftigung" sowie für Sozial- und Umweltschutzstandards einzutreten (vgl. Schwedisches Institut 1996b).

Politisch ist der Beitritt jedoch heikel. Die schwedische Bevölkerung stimmte in einem Referendum dem EU-Beitritt nur mit knapper Mehrheit zu. Die Anhänger der Sozialdemokratie sind in dieser Frage gespalten. Bei den Wahlen zum europäischen Parlament 1995 erzielte die SAP bei einer geringen Wahlbeteiligung von lediglich 41,4 Prozent mit 28,1 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für

In seiner Typologie von Wohlfahrtsstaaten charakterisiert Esping-Andersen (1990) den "universalistischen Wohlfahrtsstaat" durch folgende Punkte: ein für die gesamte Bevölkerung gleicher Zugang zu einheitlich regulierten und in der Regel steuerfinanzierten sozialstaatlichen Leistungen; ein hohes Niveau der sozialstaatlichen Leistungen; eine einkommensabhängige Komponente bei Einkommensersatzleistungen und ein hoher Beschäftigungsanteil des öffentlichen Sektors. Diese Merkmale sind wesentliche Bestandteile eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes. Das Arrangement fördert demnach eine breite Zustimmung - gerade auch in der neuen Mittelschicht - zu den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, stärkt sozialdemokratische Positionen und eröffnet politische Soielräume für eine partielle Zusammenarbeit mit bürgerlich-liberalen Parteien.

Männer im Jahre 1911. Gewinner waren die integrationskritischen Par. teien. Die Linkspartei konnte ihren Stimmenanteil gegenüber den Reichs. tagswahlen 1994 auf 12,9 Prozent verdoppeln, die Grünen mit 17,2 Prozent sogar mehr als verdreifachen. Daß die Thematik nicht nur für die SAP heikel ist, hat der Wahlkampf um die Reichstagsmandate 1994 gezeigt, als die Auseinandersetzung um die Mitgliedschaft von den bestimmenden Parteien ausgeklammert und auf die Zeit nach dem Wahlkampf verschoben wurde (Wörlund 1995). Es wundert nicht, daß die SAP angekündigt bat, vorerst nicht an der dritten Stufe auf dem Weg zur Währungsunion teil-, sondern zunächst nur eine Beobachterposition einzunehmen.

Die Kritiker des Beitritts - eine Mehrheit der Frauen, der Gewerkschaftsmitglieder und der Bevölkerung in Nordschweden - befürchten u.a. Nachteile für Frauen und einen Abbau von Sozial- und Umweltschutzstandards. Die Abneigung wurde auch durch den Zeitpunkt des Beitrittsgesuchs verstärkt: Er fiel mit der Wirtschaftskrise zusammen. Die Koppelung der Krone an den ECU und der Anstieg der Zinsen verschärfte vorübergehend die Rezession. Das sozialdemokratische Sparpaket zur Konsolidierung der öffentlichen Hausbalte erblickte als Konvergenzprogramm das Licht der Welt.

Die prognostizierte günstige wirtschaftliche Entwicklung kann dazu beitragen, die Kritik an der europäischen Integration zu verringern. Sie wird voraussichtlich die Position der schwedischen Sozialdemokratie bis zu den nächsten Wahlen festigen und innere Spannungen vorübergehend überbrücken. Auch wenn die sozialdemokratische Politik eher als eine Patt-Situation verschiedener Lager als durch eine einheitliche Linie gekennzeichnet scheint, verstärkt sie im Ergebnis in der europäischen Sozialdemokratie derzeit eher den "Jospin-" als den "Blair-Flügel". Über die Stabilität dieses Arrangements werden die Reichstagswahlen 1998 Aufschluß geben.

Literatur

Brown-Humes (1997): Overhaul to ease squeeze on funds, in: Financial Times vom 1. Juli

Burt, T. (1997); Further surgery for improving patient, in: Financial Times vom 1.7.1997 Clement, W./Mahon, R. (Hrsg.) (1994): Swedish Social Democracy. A Model in Transition, Toronto

Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton

Eurostat (1997): Schweden und Dänemark an der Spitze, Steuern und Sozialabgaben in der EU, Eurostat Pressemittellungen, europa,eu.int./en.comm/eurostat/compres/de/ 6097/6206097.de, 3.9.1997

Eurostat (1997a): EU-Arbeitslosenquote weiter bei 10,8%, in: Eurostat news release, Nr. 49, 1997, 9. Juli 1997

Feld, R. (1997): Von Schweden lernen..., in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1997, S. 1104-1112

Ferner, A./Hyman, R. (Hrsg.) (1992): Industrial Relations in the New Europe, Oxford/Cambridge

Gill, S. (1997): Globalization, Democratization and Multilateralism, Tokyo/New York/Paris

Jungblut, M. (1995): Schweden - wieder ein Modeilfall?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.11.1995 (Verlagsbeilage)

Kiellberg, A. (1992): Sweden: Can the Model Survive?, in: Ferner/Hyman 1992, S. 88-142 Köhler, P.A. (1997): Dänemark und Schweden: Der *skandinavische Wohlfahrtsstaat* auf Reformkurs, in: Sozialer Fortschritt 1-2/1997, S. 25-30

McIvor, G. (1997a): Streamlined survivors, in: Financial Times vom 1.7.1997

Michelsen: Schweden - Wohlfahrtsstaat gerettet?

McIvor, G. (1997b): Forecast budget surplus for 1999 to be spent on welfare. Sweden abandons tax cut plans, in: Financial Times vom 9.9.1997

Mesch, M. (1992): Wirtschafts- und Lohnpolitik in Schweden 1982-1991, in: Wirtschaft und Gesellschaft 4 (1992), S. 471-513

Moses, J.W. (1994): Abdication from National Policy Autonomy: What's Left to Leave?, in: Politics & Society 2 (1994), S. 125-148

Notermans, T. (1993): The Abdiction from National Policy Autonomy: Why the Macroeconomic Policy Regime Has Become So Unfavorable to Labor, in: Politics & Society 2 (1993), S. 133-167

Notermans, T. (1994): Social Democracy in Open Economies: A Reply to Jonathan Moses, in: Politics & Society 2 (1994), S. 149-164

OECD (1997): OECD-Wirtschaftsausblick 61, Juni 1997, S. 123-125

Pettersson (1996): Schweden und der Wohlfahrtsstaat. Ein Modell im Umbruch, in: WSI-Mitteilungen 4/1996, S. 273-277

Pettersson, G. (1997): Wohlfahrtsstaat ade? Das "Modell Schweden" im Umbau, Ham-

Pontusson, J. (1992): At the End of the Third Road. Swedisch Social Democracy in Crisis, in: Politics & Society 3 (1992), S. 305-332

Ryner, M. (1994): Economic Policy in the 1980s: "The Third Way", the Swedish Model and the Transition from Fordism to Post-Fordism, in: Clement/Mahon (1994), S. 245-284

Ryner, M (1997): Nordic Welfare Capitalism in the Emerging Global Political Economy, in: Gill (1997), S. 19-59

Schunter-Kleemann, S. (1997): Skeptikerinnen der Europäischen Union. Frauen in Norwegen und Schweden, in: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 95, 1997

Sozialpolitische Umschau (1997): Anteil von Teilzeit-Jobs im europäischen Vergleich, Nr. 321/1997 vom 14.7.1997

Statistika centralbyrån (1997a): National Account and Prices, www.scb.se/scbeng/swfig/ swfg9en.htm, 29.8.1997

Statistika Centralbyrån (1997b): Trade, www.scb.se/scbeng/swfig/swfg6en.htm, 29.8.1997 Statistika centralbyrån (1997c): Labour market, www.scb.se/scbeng/swfig/swfg8en.htm, 29.8.1997

Statistika centralbyrån (1997d): Social welfare, www.scb.se/scbeng/swfig/swfg10en.htm, 29.8.1997

Schwedisches Institut (Hrsg.) (1996a): Die politischen Parteien Schwedens, www.si.se/ deutsch/tatsachen/parteien.html, 28.8.1997

Schwedisches Institut (Hrsg.) (1996b): Schweden in der Europäischen Union, www.si.se/ deutsch/tatsachen/eut.html, 28.8.1997)

Wörlund, I. (1995): The Swedish Parliamentary Election of September 1994, in: Scaodinavian Political Studies (1995), Vol. 18, No. 4, S. 285-291

Finnland: Nykyaikaistaan Suomeksi¹

1. Vom "Japan des Nordens" zur "Lama": der großen Depression in Finnland

"(...) The future of the welfare state concerns all of us. Our Nordic welfare state society is beset by a crisis that threatens its survival. We must now ask ourselves whether we shall have to abandon the welfare state, or whether we can reform it to meet the needs of the 21st century" (Ahtisaari 1996: 1).

Diese Worte äußerte der finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari am 20. November 1996 vor den Vertretern des größten Unternehmerverbandes, der Konföderation der finnischen Industrie und Arbeitgeber, in Helsinki. Er hielt seine Rede nur sechs Jahre nach der schwersten Wirtschaftskrise der neueren finnischen Geschichte, die zahlreiche gesellschaftliche, ökonomische und pohitische Transformationsprozesse in Gang setzte. In diesen sechs Jahren veränderte der finnische Wohlfahrtsstaat sein "Gesicht" entscheidend.

Vorausgegangen war eine Entwicklung, die Finnland - im Vergleich mit dem skandinavischen Prototyp Schweden - erst sehr spät zum modernen industrialisierten nordischen Wohlfahrtsstaat werden ließ. Finnland hat(te) eine Außenseiterrolle. Die Nachbarmächte Schweden und Rußland bzw. die Sowjetunion² waren lange Zeit prägend für die finnische Entwicklung. Aus der besonderen Lage zwischen der Sowjetunion und dem Westen resultierte die "Finnlandisierung": die Isolation von der Weltpolitik ohne politische Anbindung an den "Westen" oder den "Osten", allerdings mit günstigen wirtschaftlichen Beziehungen zu beiden Blöcken. Der Assoziierungsvertrag mit der EFTA, das Clearing-Abkommen³ sowie der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Krosby 1981) mit der Sowjetunion stabilisierten die ökonomische Entwicklung des Landes.

Deutsch: Modernisieren auf Finnisch,

Aufgrund des anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums, der energiepolitischen Unabhängigkeit⁴ und steigenden Wohlstands kam es in den 70er und verstärkt in den 80er Jahren zu einer Befestigung und Ausweitung einer wohlfahrtsstaatlichen Sozialpolitik, die dem schwedischen Beispiel in großen Teilen folgte. Finnland erlebte eine nachholende ökonomische Modernisierung mit gegenüber den OECD-Staaten überdurchschnittlichen Wachstums- und Produktivitätszuwächsen sowie weit unterdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen (OECD 1995). Gerade die 80er Jahre sollten das sozialpolitisch und wirtschaftlich boomende Jahrzehnt sein: Finnland wurde zum "Japan des Nordens".

Diese prosperierende Epoche fand jedoch mit der schwersten Krise nach dem 2. Weltkrieg 1990 ihr Ende. Finnland versank in einer Depression, die die Ausmaße der Wirtschaftskrise der 30er Jahre weit überstieg. Die Weltwirtschaft entwickelte sich krisenhaft, der ehemals wichtigste Handelspartner, die Sowjetunion, existierte nicht mehr, und eine Krise der Staatsfinanzen erschütterte das Land. Die Arbeitslosigkeit stieg innerhalb von nur fünf Jahren von 3,4% auf annähernd 20%. Die Rezession der frühen 90er Jahre traf Finnland besonders hart. Die Hauptursachen lagen in der überhitzten Konjunktur der 80er Jahre und der damit verbundenen Zunahme des Leistungsbilanzdefizits. In vielen Bereichen der Exportindustrie waren Überkapazitäten entstanden, die Neuinvestitionen erheblich störten. Verschärfend kam hinzu, daß die wichtigsten Außenhandelspartner - wie die Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Großbritannien, die USA und Kanada - ebenfalls eine tiefgreifende Rezession erlebten. Au-Berdem erschütterte eine schwere Bankenkrise⁵ - ausgelöst durch den Absturz der Immobilienpreise - das Land, umd viele Privathaushalte gerieten in finanzielle Not. Die "Spekulationsblase" der 80er Jahre platzte wie ein Luftballon. Die Folge war eine exorbitante Zunahme der Arbeitslosigkeit. So sank die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum von 1990-1994 um etwa 447.000 Personen, was einer Abnahme von ca. 18% entsprach und einen Rückgang der Gesamtbeschäftigung um ca, ein Fünftel bedeutete. Die Finnmark verlor zwischen Mitte 1991 und Frühling 1993 etwa 30% ihres Werts im Vergleich zum ECU. Im selben Zeitraum fiel das Bruttoinlandprodukt um rund 13%. Damit erfuhr Finnland zu Beginn der 90er Jahre eine für ein Industrieland in Friedenszeiten in ihrer Schärfe in jungerer Zeit unbekannte wirtschaftliche Depression.

Finnland gehörte bis 1809 zum schwedischen Reich und nach dem schwedisch-russischen Krieg von 1808/09 bis 1917 zum zaristischen Rußland. Erst am 6. Dezember 1917 wurde die finnische Unabhängigkeit proklamiert (dazu: Alapuro 1988).

Das "Clearing" ist ein Abrechnungsverfahren, welches mittels Aufrechnung den Ausgleich von Verbindlichkeiten und Forderungen aus dem Austausch von Waren und Dienstleistungen zweier Länder reguliert. Sowjetische Lieferanten waren demnach verpflichtet, Ihre Exporterlöse (sogenannte Clearing-Rubel) aus dem Finnland-Geschäft (Öl-Gaslieferungen) auch in Finnland zu investieren.

Das Clearing-Abkommen mit der SU bescherte Finnland während der "Ölkrisen" in den 70er und 80er Jahren eine größere Unabhängigkeit von energiepreisabhängigen rezessiven Entwicklungen.

Im April 1992 konnte der Zusammenbruch vieler Banken nur mit Mühe durch das Eingreifen der nordischen Zentralbanken und der Deutschen Bundesbank verhindert werden. Nach der Abwertung der Finnmark kam es zu massiven Devisenabflüssen, die fast ein Drittel der Währungsreserven aufzehrten (FAZ v. 7./8.4.1992).

2. Die neoliberale "Schlankheitskur" nach den "fetten" Jahren

Der gerade erst erreichte wohlfahrtsstaatliche Standard Finnlands wurde in Frage gestellt, ein weiterer Aushau oder nur der Erhalt des Status quo erschien fraglich. Nehen Schweden begann Anfang der 90er Jahre auch in Finnland der Abbau und die Umstrukturierung des skandinavischen oder nordischen Wohlfahrtsstaatmodells. Der Antritt einer konservativen Regierungskoalition im März 1991 unter Premierminister Esko Aho läutete die Epoche des Umbaus ein. Die Sozialdemokratie erreichte bei der Reichstagswahl ihr schlechtestes Ergebnis nach 1928. Das hatte zur Konsequenz, daß erstmals nach 25 Jahren eine Regierung ohne sozialdemokratische Beteiligung gehildet wurde. Sie bestand aus der konservativen Zentrumspartei (KESK), der Sammlungspartei (KOK, Konservative), der Schwedischen Volkspartei (RKP, Liberale) sowie der Christlichen Volksunion (SDP). In dieser Phase wurde eine Koalition gebildet, die sich ausschließlich auf die konservativen und liberalen Kräfte Finnlands konzentrierte und die Sozialdemokratie (SDP) und den kommunistischen Linkshund (VAS) ausschloß - ein Zeichen dafür, daß der Neoliberalismus auch in Finnland auf fruchtbaren Boden gefallen war. Die neue Regierungskoalition trat mit der Ankündigung an, den finnischen Wohlfahrtsstaat "verschlanken" zu wollen. Das bedeutete vor allem eine Kostenreduktion im Sozialsystem, das im Vergleich zu den meisten OECD-Ländern weit ausgebaut war (OECD 1995: 51). 1991 verahschiedete die Regierung zwei Sparpakete, die außerordentlich restriktive Maßnahmen beeinhalteten. Die Einsparungen betrafen die staatliche Renten- und Arbeitslosenversicherung, die Zuweisungen an die Kommunen, das Kindergeld für das zweite Kind, Stipendien, Steuerabzugsmöglichkeiten für Familien, die Entwicklungshilfe und Suhventionen für die Landwirtschaft und Industrie. Auf der Einnahmenseite wurde eine Energie- und Umweltsteuer eingeführt, die Mineralölsteuer erhöht, die Krankenhausgebühren heraufgesetzt und die Altersgrenze für frühzeitige Pensionierung um fünf auf 60 Jahre angehoben. Den Sparmaßnahmen folgte die Privatisierung und Deregulierung der Geld- und Kapitalmärkte. Die finnische Markka wurde an das Europäische Währungssystem angebunden. Die schockartige Liberalisierung der Au-Benhandelsbeziehungen nach 1990 und der dadurch ausgelöste hohe Finanzdruck veranlaßte die Regierung zu einem weitreichenden Privatisierungsprogramm. Davon hetroffen waren hauptsächlich die staatlichen Großunternehmen.6

Die finnische Industriestruktur unterscheidet sich von der der anderen nordischen Partnerländer. Annähernd die Hälfte der Industrieunterneh-

men sind Kleinfirmen mit weniger als 20 Beschäftigten. Die ökonomische Macht liegt in der Hand von etwa 100 Unternehmen mit jeweils über 500 Beschäftigten. Im skandinavischen Vergleich ist die Unternehmenskonzentration in Finnland am größten. Dabei handelt es sich um Maschinenbau- und Hochtechnologiekonzerne, Unternehmen der Papier- und Holzindustrie und die großen Energieversorger. Die wichtigsten Sektoren der finnischen Industrie und insbesondere der Exportwirtschaft sind die Metallindustrie, der bochwertige Maschinenbau und die bolzverarbeitende Industrie.

Mit dem industriellen Strukturwandel der 90er Jahre, der in Finnland besonders radikal durchgeführt wurde, trat eine Tendenz zur Produktion hochtechnologischer Güter, besonders bei neuen Telekommunikationstechniken und verstärkt im Elektronikbereich, hinzu. Der Exportsektor fungiert als das Zugpferd der finnischen Ökonomie, die Weltmarktabhängigkeit ist enorm. Mit den Erlösen aus der exportorientierten Industrie steigt und fällt das sozialpolitische Engagement des Staates. Die Entwicklung des Exportsektors ist für die Zukunft des finnischen Wohlfahrtsstaates von ausschlaggebender Bedeutung. Der radikale Strukturwandel hatte verheerende Auswirkungen auf die Beschäftigung. Im primären Sektor gingen 19,3% der Arbeitsplätze verloren, betroffen waren besonders die Beschäftigten in der Forstwirtschaft. Das produzierende Gewerbe wurde mit 29% insgesamt am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Von 1990 bis 1994 gingen dort etwa 221.000 Stellnn verloren. Das Baugewerbe stand mit 44,4% an erster Stelle, im industriellen Bereich gingen 130.000 Stellen verloren. Der öffentliche Sektor blieb zu Beginn der Krise vom Stellenabbau verschont, was die höhere Arbeitslosigkeit der Männer bis 1994 erklärt. Später griff der Stellenabbau aber auch auf den öffentlichen Sektor über. Bis 1995 gingen in den finnischen Kommunen, dem größten öffentlichen Arbeitgeber, 50.000 Stellen verloren.

Die geschlechtsspezifische Arbeitslosigkeit glich sich auf diesem Wege wieder an, so daß die Arbeitslosenquote der Männer 1995 bei 17,6% und die der Frauen bei 16,7% lag. Das größte Problem stellt die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit dar. Beide lagen 1995 bei etwa 30%. Während die Jugendarbeitslosigkeit seit 1995 tendenziell rückläufig ist, nimmt die Langzeitarbeitslosigkeit, vor allem bei Personen mit geringer Oualifikation, weiterhin zu.

Die dramatische Wende auf dem Arbeitsmarkt setzte die finnische Gewerkschaften unter Druck. Im internationalen Vergleich besitzen sie mit 72% einen sehr hohen Organisationsgrad. Den durch die Krise und Mitgliederverluste geschwächten Gewerkschaften trat in dieser Situation ein gestärkter Arbeitgeberverband entgegen. Er erhielt massive Unterstützung durch die konservative Regierung. Im Sommer 1992 wurde ein dreijähriger Lohnstopp zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Regierung ausgehandelt, die Kaufkraft der privaten Haushalte sollte durch Reduzie-

Im Jahr 1993 gab das Parlament seine Zustimmung zu der geplanten Privatisierungswelle. 18 staatliche Großunternehmen aus dem Industrie- und Energiebereich wurden ganz oder teilweise privatisiert. Der Telekommunikationsbereich wurde 1994 dereguliert und die Privatisierung von Post und Bahn wird derzeit in Angriff genommen.

rung der Wohnkosten erhalten werden. Ein letzter Rettungsversuch von gewerkschaftlicher Seite, das System der zentralisierten Verhandlungen zu erhalten. In einer konzertierten Aktion 1993 wurden die zentralisierten tripartistischen Tarifverhandlungen, eine der wichtigsten Stützen des finnischen Wohlfahrtsstaatsmodells, abgeschaft und ein neues Konzept von dezentralisierten Verhandlungen auf Betriebsebene eingeführt. Der Vorteil, den sich Unternebmer und Regierung davon versprachen, lag in der Schwächung der Verhandlungsposition der gewerkschaftlichen Dachorganisationen, der Senkung des Lohnniveaus und dem Abbau von Mitbestimmungsrechten und sozialen Standards der Belegschaft. Der politische und soziale Konsens, die ökonomische Entwicklung zu fördern und das erwirtschaftete Produkt gerecht umzuverteilen, ein Hauptmerkmal der "finnischen Variante" des nordischen Modells, war gebrochen. Die korporatistischen Strukturen in sozial- und wirtschaftspolitischen Politikbereichen wurden ad absurdum geführt.

3. Die ökonomische und politische "Wende" 1994/95

Die Staatsverschuldung wuchs als Resultat der explosionsartig gestiegenen Arbeitslosigkeit weiter an. Die Maßnahmen der Regierung Aho konnten diese Tendenz nicht stoppen. Die Kosten der sozialen Sicherung stiegen zwischen 1990 und 1994 um etwa 50 Mrd. Fim, davon wurden ca. 20-30 Mrd. allein für die Arbeitslosenunterstützung aufgewandt. Die Auswirkungen traten an vielen Stellen zutage. Sie äußerten sich auch in der steigenden Zahl von Sozialbilfeempfängern. Im Zeitraum von 1989 bis 1993 stieg deren Zahl von 5% auf über 10% und verharrt seitdem auf diesem Niveau (Uusitalo 1995: 6). Ende 1993 gingen die Bilder von tausenden hungernden Menschen um die Welt, die beim Roten Kreuz in Helsinki für eine Mahlzeit anstanden. Diese extremen Formen der Armut oder "new poverty" in Finnland verschwanden nach 1994 wieder, ohne daß das Problem wirklich gelöst worden wäre. Das universalistische Grundprinzip, die staatliche Verpflichtung auf eine existenzsichernde Grundversorgung jeden Bürgers, geriet dadurch mehr und mehr zur Farce.

1994 stellte sich die ökonomische "Wende" ein. Das Bruttoinlandprodukt wuchs um 4,4% und setzte 1995 mit 4,2% weiterhin Maßstäbe im europäischen Vergleich. 1996 lag das Wachstum bei 3,6% und auch für 1997 und 1998 werden Werte zwischen 3,5% und 4,5% prognostiziert. Die ökonomische Flaute bis 1993 wurde durch eine exportorientierte Erbolung ersetzt. Ein neuer Exportboom wurde entfacht. So erreichte die Höbe der Ausfuhren im Jahr 1995 150% des Niveaus von 1990 (OECD 1996: 3). Mit der ökonomischen Erbolung kam es zu Veränderungen in der politischen Landschaft. Die unpopuläre Spar- und Klientelpolitik der konservativen Regierung erhielt einen empfindlichen Dämpfer. Obwohl die Zentrumspartei unter Esko Aho viele Probleme der Krise nicht allein zu verantworten hatte (die Sparbeschlüsse wurden mit den Stimmen der Sozialde-

mokraten und den Koalitionspartnern verahschiedet), lastete die Wählerschaft ihr die Mißerfolge an. Die neue positive ökonomische Entwicklung machte sich die Sozialdemokratie zu eigen und versprach mit einem parteiübergreifenden Konsens den Wohlfahrtsstaat erhalten zu wollen.

Mit einem Programm, das auf "Modernität" ausgerichtet war, gewann die von der Sozialdemokratie angeführte "Regenbogen-Koalition" die Märzwahlen 1995 und eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Die neue finnische Regierung propagierte die "energische Konsolidierung der Staatsfinanzen". Diese wurde erfolgreich betriehen. Hauptsächlich haben die ökonomische Gesundung und die harten Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten dazu beigetragen. Von sozialverträglichem Handeln konnte keine Rede sein, im Gegenteil, es wurden die Sparbeschlüsse der neuen Koalition forciert. Die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben beliefen sich in den Jahren 1995 und 1996 auf annähernd 10% des Bruttosozialprodukts (Frankfurter Rundschau 27.6.1997). Mit einem neuen Beschäftigungs- und Verantwortungsprogramm wird außerdem versucht, über eine veränderte Wirtschafts-, Steuer- und Industriepolitik eine allgemeine Verbesserung zu erreichen.

Die aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik stellt den Kern der Reformbemühungen der neuen Regierung dar. Dabei gehören die Maßnahmen zur stärkeren Arbeitsmarktslexibilität, die "Reformen des Arbeitslebens" (Senkung der Einstellungsschwelle, Jobsharing, Verkürzung der Kündigungsfristen, Kürzung der Anfangsgehälter von Jugendlichen) und die Reformierung des Arbeitszeitgesetzes (Jobrotation, Teilzeiteinkommenszulage, 6+6-Stunden-Tagschicht) zu den markantesten Neuerungen in den finnischen Arbeitsbeziehungen.

Diese Politik vollzieht sich vor dem Hintergrund einer nach wie vor sehr hohen Arheitslosigkeit. Seit Ende 1994 ist nun eine langsame Verminderung der Arbeitslosigkeit festzustellen, zum großen Teil als Folge der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die Arbeitslosenquote schwankte 1996 und 1997 zwischen 15,1 und 16,7% (Tilastokeskus/Statistics Finland 1996: 29, Internet). Weiterhin stellt die Rückkehr der sozialdemokratisch geführten Regierungskoalition zur kollektiven Tarifpolitik 1995, dem "tripartite bargaining", zusammen mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, eine deutliche Veränderung und Rückbesinnung auf die Grundstrukturen der "finnischen Variante" dar. Der eingeschlagene Weg in der Lohnpolitik (1,8% Lohnsteigerung 1995 und 1,3% 1996 für alle Branchen), die nachfrageorientierte Wachstumsbelehung durch eine Steuerreform, die die Sozialversicherungsbeiträge der Lohnabhängigen reduziert, die niedrigen und mittleren Einkommen stärkt und gleichzeitig die Lohnnebenkosten senkt (Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags der

Die "Regenbogen-Koalition" besteht aus Sozialdemokraten, der konservativen Sammlungspartei, dem Linksbund der ehemaligen Kommunisten, der liberalen Schwedischen Volkspartei und den Grünen.

Arbeitgeber), weisen in eine positivere Richtung. Die Senkung der Mehrwertsteuerrate bei besonders arbeitskräfteintensiven Leistungen und die Anhebung des Steuersatzes auf Kapitaleinkommen sowie Einkommen aus Zinsen und Körperschaften sind Indiz für eine neokeynesianisch-sozialdemokratische Politik, die zumindest ansatzweise an die Traditionen des nordischen Modells anknüpft. Selbst der ökologische Aspekt wurde in die neuen Initiativen integriert, deon die entstehenden Steuerausfälle, die aus der niedrigeren Besteuerung von Arbeit entstehen, sollen durch indirekte Umweltsteuern kompensiert werden.

Alle diese Maßnahmen beinhalten drei entscheidende Zielsetzungen: die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zur Jahrtausendwende, um den finnischen Wohlfahrtsstaat wieder auf ein solides Fundament zu stellen, ein überdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum, das aber ökologisch verträglich sein soll, und das Erreichen der Kriterien für die Wirtschaftsund Währungsunion.

4. Der Weg in die Europäische Union

Bis Mitte der 80er Jahre blieb Finnland ein assoziiertes Mitglied der EFTA ond entschloß sich erst 1986 zur Vollmitgliedschaft. Dadurch erreichte es Finnland, stärker in die europäische Integrationsentwicklung einbezogen zu werden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Ost-West-Konfliktes waren die Voraussetzung für eine engere Anbindung an Westeuropa.

Nachdem Schweden und Österreich ihre Anträge zum EU-Beitritt eingereicht hatten und die Zukunft des erst kurz vorber gültig gewordenen EWR-Vertrages unsicher wurde, beantragte im März 1992 auch Finnland die EU-Mitgliedschaft. Die Beitrittsverhandlungen wurden im April 1994 abgeschlossen, danach begann die Phase der Wahlmobilisierung hinsichtlich des EU-Referendums. Mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und der Finanzmärkte im Frühling 1993 erhielten die Beitrittspläne eine breitere Zustimmung. Zudem war über die Hälfte der finnischen Bevölkerung im Frühling 1994 der Meinung, daß die EU-Mitgliedschaft angesichts der Entwicklung in Rußland zusätzliche Sicherbeit gebe. Anders als in den Nachbarländern Norwegen und Schweden ging die finnische Bevölkerung davon aus, daß durch den EU-Beitritt die wirtschaftliche Entwicklung angekurbelt würde und sich die Arbeitsmarktsituation deutlich verbessern könne.

Am 16. Oktober 1994 entschied sich im EU-Referendum die Mehrbeit der Wahlberechtigten (57%) bei einer Wahlbeteiligung von 74% für den Beitritt. Das Parlament votierte am 2. November 1994 mit der großen Mehrheit von 152 zu 45 Stimmen (von 200) für die Mitgliedschaft. Auch der Landtag der autonomen Region Ahvenanmaa (Alandinseln) beschloß mit 26 zu 4 Stimmen den Beitritt.

Die Einstellung der Bevölkerung zur Mitgliedschaft ist 1995 durch mehrere Umfragen geprüft worden: Sie ist stabil und positiv geblieben (im November: 56% Befürworter und nur 26% EU-Gegner, Karppinen 1996: 27). Erst mit der verstärkten Diskussion über die Teilnahme Finnlands an der Europäischen Währungsunion veränderte sich diese positive Einstellung.

5. Fazit

Finnland baute sein Haushaltsdefizit und die Staatsschulden im Rekordtempo ab, so daß die Kriterien für die Währungsunion 1999 schon 1996 erfüllt wurden. Man avancierte in Sachen Konvergenzkriterien zum "EU-Musterschüler". Während das Defizit im finnischen Staatshaushalt 1995 noch 62,5 Mrd. Fim betragen hatte, sank es 1996 bereits auf 35,5 Mrd. Fim und soll auch 1997 weiter reduziert werden (vgl. Ministry of Finance, Internet: 1). Die Ausgaben des Staatsbaushalts werden 1997 weiter zurückgefahren, von 199,4 Mrd. Fim 1996 auf 190,8 Mrd. Fim 1997.

Finnland besitzt eine hobe Wachstumsrate, die langfristigen Zinsen stabilisierten sich bei rund 6%, die Inflationsrate lag bei 1,0%, das Haushaltsdefizit bei 2,6% des finnischen Bruttoinlandprodukts und die Staatsverschuldung erreichte 58,7% des BIP. Auch für 1997 wurden ähnlich gute Werte prognostiziert (vgl. Süddeutsche Zeitung v. 9.12.1996: 21; Franfurter Rundschau v. 27.6.1997: 6).8 Trotz der Rückbesinnung und der qualitativ positiven Wendung zu neokeynesianischen Politikmodellen 1995, nach einer vierjährigen konservativen Politikperiode, die den Umbau der "finnischen Variante" mit Vehemenz betrieb, wird die finanzpolitische "Zeche" - vor allen Dingen für das Erreichen der Maastrichter Konvergenzkriterien - auf Kosten der Sozialpolitik geben. Hierbei sind besonders die sozialen-, gesundheitlichen und bildungspolitischen Sicherungssysteme von den Kürzungen betroffen. Der finnische Wohlfahrtsstaat wird weiterhin systematisch "abgespeckt". Die "Schlankheitskur" nach den "fetten" Jahren (vgl. Noponen/Klöer 1997) wird auch von der neuen Regierung auf Kosten der sozialen Systeme betrieben.

Die Kürzungen von annäbernd 20 Mrd. Fim in dieser Legislaturperiode betreffen in der Hauptsache die sozialen Sicherungssysteme, die finnischen Kommunen als ihren traditionellen Träger, und in weniger scharfer Form die Ausgaben für industrielle und landwirtschaftliche Subventionen und den Militärhaushalt.

Abschließend kann konstatiert werden, daß der universalistische finnische Wohlfahrtsstaat weiterhin mit großen Umstrukturierungsproblemen zu kämpfen bat. Der Transformationsprozeß, der seine erste entscheidende Phase zwischen 1990 und 1994 erlebte, wird unter Regie der sozialdemo-

Für 1997 wird ein Defizit von 1,9% des BIP, eine Staatsverschuldung von 59,1% und eine Inflationsrate von 0,7% erwartet (vgl. Finland Fulfills Budget Criteria, Internet: 1).

kratisch geführten Regierung, trotz anders lautenden Bekundungen, fortgesetzt. Wenn auch mit deutlich anderen Akzenten, folgt die Regierung doch dem allgemeinen Trend der 90er Jahre, sozialpolitische Errungenschaften nnter Kostendruck drastisch zu beschneiden, jedoch das universalistische nordische Modell in seiner "finnischen Variante" auf stark reduziertem Niveau weiter existieren zu lassen. Der einzige Wermutstropfen für die Regierungskoalition ist die nach wie vor sehr hohe Arbeitslosigkeit und das Versprechen, sie bis zur Jahrtausendwende halbieren zu wollen. Denn es zeigt sich, daß trotz einer umfangreichen aktiven Arbeitsmarktpolitik und einem Wirtschaftswachstum zwischen drei und vier Prozent keine durchgreifende Wende auf dem Arbeitsmarkt erreicht wurde. Ohne die vorgenommenen Maßnahmen wäre die Lage jedoch noch auswegloser.

Literatur:

Ahtisaari, M. (28. Mai 1997): Speech by Martti Ahtisaari at a Seminar Arranged by the Confederation of Finnish Industry and Empoyers, 20th of November, Helsinki, http://www.tpk.fi/puheet-1996/tten.htm, S. 1-5

Alapuro, R. (1988): State and Revolution in Finland, University of California Press Finland Fulfills EMU Budget Criteria (4. Juli 1997), http://www.vn.fi/vn/vm/english/emucrite.htm, S. 1

Karppinen, A. (1996): Finnland in der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10/96, S. 27-40

Krosby, H. P. (1981): Friede für Europas Norden. Die sowjetisch-finnischen Beziehungen von 1944 bis zur Gegenwart, Wien/Düsseldorf

Ministry of Finance (4. Juli 1997): Proposal for the Buget of 1997, Helsinki, http://www.vn.fi./vn/vm/english/bud97.htm, S. 1-5

Noponen, I./Klöer, S. (1997): Finnland: "Schlankheitskur" nach den fetten Jahren?, in: Bieling, H.J./Deppe, F. (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa, S. 217-245, Opladen

OECD (1995): Finland. Economic Surveys 1994-1995, Paris

OECD (1995/96): Finland. Economic Surveys 1995-1996, Paris

Tilastokeskus/Statistics Finland (24. Juni 1997): Statistical News 1996, http://www.stat.fi/sf/tp_inf/news/y97/1029elc.html, S. 1-3

Uusitalo, H. (1995): The Future of the Finnish Welfare State, Stakes, National Research and Development Centre for Welfare and Health (Hrsg.), Jyväskylä

Nora Fuhrmann

Dänemark: Transformation des Wohlfahrtsstaates mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln

Die sozialdemokratische Koalitionsregierung Dänemarks verfolgt seit 1993 einen Reformkurs, der sich deutlich von den an neoliberalen Zielen orientierten politischen Strategien anderer Länder unterscheidet. Das Ziel dieses Kurses ist es, ökonomische Stabilität und Konkurrenzfähigkeit mit dem Erhalt des universalistischen Wohlfahrtsstaates (in der Typologie von Esping-Andersen) zu verbinden. Diese Politik ist sehr erfolgreich. Die gute konjunkturelle Entwicklung verschafft der Regierung politischen Spielraum. Die Arbeitsmarktpolitik trägt Früchte: Zwischen 1993 und 1997 sinkt die Arbeitslosigkeit von 12,3 auf acht Prozent, bis zum Jahr 2005 will die Regierung sie auf fünf Prozent senken. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg seit 1994 um 110.000 Stellen¹, der Zuwachs fand vor allem im privaten Sektor statt. Exporte und Konsum nehmen zu, die Inflationsrate liegt stabil bei zwei Prozent. Für 1997 wird ein Haushaltsüberschuß von 3,7 Mrd. Dänischen Kronen erwartet (rd. 1,1 Mrd. DM), für 1998 von 7 Mrd. Im Bereich der sozialen Sicherung wurden in den letzten Jahren einige Kürzungen vorgenommen. Im internationalen Vergleich aber sind die überwiegend steuerfinanzierten Sozialleistungen nach wie vor unvergleichlich hoch, und sie werden in relativ unkomplizierter und nichtdiskriminierender Form bewilligt (vgl. Die Zeit vom 3.10.97: 26; Frankfurter Rundschau vom 2.5.97: 2; OECD 1996: 3, 11, 61).

Dänemark ist eine kleine Exportökonomie, das Land ist auf Preisstabilität und ausreichende Exportquoten angewiesen. Die dänische Unternehmensstruktur zeichnet sich durch eine Dominanz von kleinen und mittleren Betrieben aus, größere Unternehmen gibt es kaum. Seit 1920 sind bürgerliche Regierungen selten², in der Regel wird das Land von sozialdemokratisch geführten Koalitionen regiert. Das administrative wie das ideologische Fundament des Wohlfahrtsstaates wurde am Ende des 19. Jahrhunderts mit der Durchsetzung der ersten Sozialgesetze gelegt, die maßgebliche politische Kraft war das Bündnis von Bauern und Arbeitern. Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates verlief kontinuierlich (vgl. Baldwin 1990; Menzel 1988).

Während der 70er Jahre gerät der Wohlfahrtsstaat in eine tiefe wirtschaftliche und ideologische Krise. Die neu gegründete "Fortschrittspartei" ver-

Dänemark hat 5,2 Millionen EinwohnerInnen.

In den 77 Jahren seit 1920 stellt das bürgerliche Lager insgesamt 25 Jahre lang die Regierung. Die lange Regierungszeit der konservativen Koalition von 1982 bis 1993 ist also eine Ausnahme.

körpert die gestiegene Unzufriedenheit mit den hohen Staatsausgahen und den hohen Steuern. Bei der Parlamentswahl 1973 erreicht die Partei auf Anhieh 15 Prozent der Stimmen. Heute liegt sie bei etwa drei Prozent, nennenswerten politischen Einfluß konnte sie aber nie gewinnen. Andere Protestbewegungen der frühen 70er Jahre sind die sozialistische, die Frauen- und die Ökologiebewegung.

Die erste Ölkrise leitet Mitte der 70er Jahre eine tiefe Wirtschaftskrise ein. Die sozialdemokratische Partei vermag die wirtschaftlichen Probleme (Schuldenkrise, hohe Inflationsrate und steigende Arbeitslosigkeit) nicht zu lösen, so daß sie 1982 von einer bürgerlichen Koalition abgelöst wird Diese hleibt his 1993 im Amt. Die neue konservative Regierung reduziert die Haushaltsdefizite erhehlich und senkt die hohe Inflationsrate. Sie erhöht die Steueru und kürzt einige Sozialleistungen, obgleich sich auch die konservativen Parteien für die Sicherung des universalistischen Sozialstaates aussprechen. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit wird Ende der 80er Jahre ein neues Konzept der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik entworfen: die "Aktive Linie". Statt sie langfristig mit finanziellen Leistungen zu versorgen, sollen die Arbeitslosen wieder in den Erwerbsprozeß integriert werden. Das wichtigste Instrument der Aktivierung ist die Schaffung neuer Weiterbildungsmöglichkeiten, Mit dieser Strategie etahliert die konservative Regierung Dänemarks eine andere Form der Reaktion auf die ökonomischen Probleme als z.B. die hritische oder die US-amerikanische Regierung (vgl. Andersen/Greve/Torfing 1994; Greve 1992; Plovsing 1994).

1993 wird die konservative Regierungskoalition von einer sozialdemokratisch geführten abgelöst. Diese erklärt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des dänischen Exportsektors zu ihren wichtigsten Zielen. Die Arbeitsmarktreform ist das Kernstück der Reformpolitik. Zusätzlich zur Aktivierung der Arbeitslosen werden neue Freistellungsmöglichkeiten geschaffen, die die Zahl der Arbeitsuchenden verringern. Inshesondere der verlängerte Erziehungs- und Bildnngsurlauh und die vorgezogene Frührente werden vielfach in Anspruch genommen. Die Regierung schafft keine negativen Arbeitsanreize in Porm niedriger Löhne und minimaler Sozialleistungen, sondern sie setzt auf die Schaffung abgesicherter Arbeitsplätze. Die "Aktive Linie" wird zu einer praktischen und ideologischen Transformation des dänischen Wohlfahrtsstaates ausgebaut (vgl. Cox 1997). Dieser Prozeß wird von einer hreiten Debatte begleitet, die öffentliche Unterstützung des universalistischen Wohlfahrtssystems ist sehr hoch. Regierung und Gewerkschaften setzen auf die Qualifizierung der Erwerbspersonen und auf attraktive Produktionshedingungen, die vorwiegend durch flexible Arbeitskräfte und niedrige Sozialabgaben gewährleistet werden. Gleichzeitig stärken die

hohen Sozialleistungen³ die Position der ArheitnehmerInnen gegenüber den Unternehmen. Die Strategie der Regierung wird - in Abgrenzung zu neoliberalen Politiken - als neo-etatistisch bezeichnet, sie hat neo-korporatistische Elemente (vgl. Jessop 1994; Torfing 1997). Das Grundprinzip des anvisierten reformierten Wohlfahrtsstaates ist die Flexihilität der Erwerbstätigen, nicht die Flexihilität der Löhne (vgl. Gough 1995). Weil die dauerhafte Finanzierung großzügiger Sozialleistungen, wie sie mit der Sozialreform der 70er Jahre anvisiert wurde, allgemein ausgeschlossen wird, wird statt einer Gleichheit der Leistungsberechtigung nun eine Gleichheit der Beiträge zum Wohlfahrtssystem in den Vordergrund gestellt. Die Erwerbstätigen der Mittelschicht leisten ihren Beitrag in Porm hoher Einkommensteuern, die (früheren) Arheitslosen sind verpflichtet, sich dem Erwerhssystem zur Verfügung zu halten, sie müssen die Weiterhildungsangebote und Arbeitsvermittlungen wahrnehmen. Früher haben alle gesellschaftlichen Schichten vom Wohlfahrtssystem profitiert (und die Mittelschichten haben einen Großteil der Kosten getragen), heute leisten alle ihren Beitrag zu seinem Erhalt (und der Anspruchskreis wird eingeschränkt) (vgl. Cox 1997).

Ein prohlematischer Bereich ist der der Rentenversicherung. Seit 1994 wird die Volksrente nur noch einkommensabhängig gewährt. Das Rentensystem wird durch die Einrichtung von Fonds für Betriebsrenten stärker erwerhsorientiert. Die Fonds werden in 20 his 30 Jahren zur Auszahlung gelangen. Die Höhe der Betriehsrente ist nicht einkommensahhängig, sondern sie wird nach der Dauer der Beitragszahlung berechnet. Dennoch werden je nach Berufsgruppe sehr unterschiedliche Rentenhöhen erwartet, weil die Bedingungen von den einzelnen Gewerkschaften ausgehandelt wurden und diese sehr unterschiedliche Einflußmöglichkeiten hahen. Diese Einzelverhandlungen sind als Zeichen der Erosion der sozialen Solidarität zu werten (vgl. Cox 1997). Oh zu gegehener Zeit für die nicht ausreichend versorgten RentnerInnen staatliche Zusatzrenten eingeführt werden, ist noch offen.

In der dänischen Politik hat sich seit mehr als einem Jahrhundert, seit das politische Kräftegleichgewicht zwischen hürgerlichem und sozialdemokratisch/sozialistischem Lager gegeben ist, eine feste Tradition der pragmatischen, kompromißorientierten Politik etabliert. Die gegenwärtige Regierung, 1994 gewählt, ist eine der wenigen Mehrheitsregierungen dieses Jahrhunderts. Eine Politik, die den solidaristischen Wohlfahrtsstaat als ganzes oder einige der demokratischen Errungenschaften (z.B. die in Dänemark recht weit entwickelte Geschlechtergleichheit) grundsätzlich in Frage stellt, ist derzeit nicht denkhar. Die Tradition von Demokratie und pragmatischer Kompromißpolitik macht die gegenwärtigen Reformen aus-

Das Arbeitslosengeld beträgt bis zu einer gewissen Obergrenze 90 Prozent des vorherigen Lohnes, es wird fünf Jahre lang gewährt. Dieser Zeitraum kann durch Erziehungsurlaub verlängert werden.

sichtsreich. Soziale Kürzungen scheinen in Dänemark im Rotationsverfah. ren vorgenommen zu werden.⁴ Zwar wird auch in Dänemark das Gesamtniveau der Sozialleistungen gesenkt. Aber bei entstandenem Bedarf werden nach wie vor qualitative Verbesserungen vorgenommen (z.B. im Bereich der Altenbetreuung). Und das heutige Niveau der Sozialleistungen liegt noch immer über dem Durchschnitt der entwickelten europäischen Länder der 70er Jahre. Auch Wirtschaftsreformen, die konkret an den Interessen der dänischen Wirtschaft orientiert sind, sind in Dänemark seit langem üblich. Die schwere Agrarkrise des 19. Jahrhunderts wurde mit Hilfe einer umfassenden Agrarreform in einen Exportboom umgewandelt. Die dänische Wirtschaftspolitik hat nie zu einer Erosion der sozialen Sicherung geführt. Die starke Exportabhängigkeit des Landes erhöht den Druck, den Wohlfahrtsstaat - der als stützender Bestandteil der nischenorientierten Exportökonomie anerkannt ist - zu modernisieren. Die gegenwärtigen Reformen enthalten neben der Arbeitspflicht und dem Recht auf Arbeit und Weiterbildung einige emanzipatorische Momente. Die Wochenarbeitszeit ist mit 37 Stunden relativ niedrig, es gibt die umfassenden Freistellungsmöglichkeiten (auch Sabbatjahre bzw. -monate). Das Paradigma der Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter wird nicht in Frage gestellt. Es muß sich zeigen, ob die genannte "Gleichheit der Beiträge" zum Erhalt des Wohlfahrtssystems längerfristig ein ausreichendes ideologisches Fundament des dänischen Wohlfahrtsstaates bilden kann.

Die EG- bzw. EU-Mitgliedschaft Dänemarks entsprang ausschließlich wirtschaftlichen Interessen. Nachdem neben der Bundesrepublik Deutschland auch das zweite wichtige Abnehmerland, Großbritannien, Mitglied der EG werden wollte, stellte Dänemark ebenfalls einen Beitrittsantrag. der 1972 angenommen wurde. Eine politische Zusammenarbeit oder Integration der EG-Länder wurde immer abgelehnt, das Land wollte auf jeden Fall politisch souveran bleiben. Erst seit der Ratifizierung des ersten Maastrichter Vertrages durch das Referendum 1993 verstärkt Dänemark die Anstrengungen, die Gestaltung der Europäischen Union im Sinne der eigenen Interessen zu beeinflussen. Die vorrangigen Interessen sind die Demokratisierung der EU, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Ausbau der sozialen Sicherheit. Diese Position wird durch die Beitritte Schwedens, Österreichs und Finnlands gestärkt, schon bei den Verhandlungen zum zweiten Maastrichter Vertrag hat sich ein entsprechendes Bündnis gebildet (vgl. Petersen 1996). Über den in Amsterdam ausgehandelten Vertrag wird im Mai 1998, im Wahljahr, ein Referendum durchgeführt. Welchen Einfluß die dänische Regierung im Bündnis mit denen anderer Länder in der Europäischen Union geltend machen kann, muß sich noch erweisen.

Literatur

Andersen, Kim Viborg/Greve, Carsten/Torfing, Jacob (1994): Reorganizing the Danish Welfare State: 1982-93 - A Decade of Conservative Rule, University of Aalborg

Baldwin, Peter (1990): The Politics of Social Solidarity. Class Bases of the European Welfare State 1875-1975, Cambridge

Cox, Robert Henry (1997): The Consequences of Welfare Retrenchment in Denmark, in: Politics and Society, Sept. 97, S. 302-325

Gough, Ian (1995): Social Welfare and CompetitivenesS. Copenhagen: Business School, Study No. 15

Greve, Bent (1992): Changes in Social Policy in Denmark in the Eighties, In: Ders. (Hg.): Social Policy in Europe. Copenhagen, S. 67-76

Jessop, Bob (1994): Veränderte Staatlichkeit, in: Grimm, Dieter (Hg.): Staatsaufgaben. Baden Baden, S. 43-73

Menzel, Utrich (1988): Auswege aus der Abhängigkeit: die entwicklungspolitische Aktualität Europas, Frankfurt a.M

OECD (1996): Economic Surveys: Denmark 1995-1996, Paris

Petersen, Nikolaj (1996): Denmark and the European Union 1985-96, in: Cooperation and Conflict 2/96, S. 185-210

Plovsing, Jan (1994): Social Security in Denmark - Renewal of the Welfare State, in: Ploug, Niels/Kvist, Jon (Hg.): Recent Trends in Cash Benefits in Europe, Copenhagen, S. 27-38

Torfing, Jacob (1997): Die Zukunft des skandinavischen Wohlfahrtskapitalismus: der Fall Dänemark, in: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schunim, Wilhelm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Berlin/Hamburg, S. 214-231.

Dieser Eindruck ergibt sich aus der genaueren Untersuchung des d\u00e4nischen Wohlfahrtsstaates seit 1890, die ich in meiner im September 1997 fertiggestellten Magisterarbeit vorgenommen habe.

Norwegen - Modernisierung in Spendierhosen?

Die 80er - unruhige Zeiten

Nach mehreren Jahrzehnten sozialdemokratischer Dominanz begannen die 80er Jahre für die norwegische Arbeiterpartei (DNA) mit einer Wahlniederlage. Eine bürgerliche Koalition läutete ein Jahrzehnt der konservativen Wende (höyrebölgen) ein. Ihr erklärtes Ziel war die Modernisierung des Woblfahrtsstaates im Einklang mit den ideologischen und politischen Veränderungen der internationalen Ökonomie. Neoliberale Politikmuster veränderten die Grundlagen bisheriger norwegischer Gesellschaftspolitik. Der Staat zog sich aus den Tarifverhandlungen zurück und das bisherige Gleichgewicht zwischen den Kräften des Marktes und den Elementen gesellschaftlicher Steuerung wurde zur Diskussion gestellt. Angebotsorientierte Strategien verdrängten die traditionell keynesianische Wirtschaftspolitik. Eine strikte Austeritätspolitik sollte die Inflation von nahezu zehn Prozent, die bis zur Mitte der 80er Jahre nur von ausländischen Wirtschaftsexperten kritisiert worden war, drastisch reduzieren. Der Bankensektor wurde schrittweise privatisiert.

Die solidarische Lobnpolitik, die in den 60er und 70er Jahren für einen Ausgleich der Interessen und eine Stabilisierung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft gesorgt hatte, wurde von der bürgerlichen Koalition außer Kraft gesetzt; die Nominallöhne stiegen in den frühen 80er Jahren jährlich um zehn Prozent. Neben der Lobninflation verschlechterte eine Preisinflation von ebenfalls knapp zehn Prozent die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Festlandswirtschaft.

Bereits seit Anfang der 80er Jahre befand sich fast die gesamte westliche Welt in einer tiefen Rezession. Der daraus resultierende Nachfragerückgang stellte auch die "kleine Exportökonomie" Norwegens vor große Probleme. Kurzfristig verdeckte der Boom im Ölsektor die Probleme der Festlandswirtschaft. Das "schwarze Gold", verantwortlich für hohe Wachstumsraten, stabilisierte die fordistische Formation auch noch in Zeiten, in

Zum Prozeß der Lohnfindung in den 60er und 70er Jahren, dem "Aukrust-Modell" vgl. Aukrust (1977).

denen bereits gravierende Veränderungen die internationale kapitalistische Umwelt erschütterten.

1986 geriet anch die norwegische Ökonomie endgültig ins Schlingern. Durch den Preisverfall auf den internationalen Rohölmärkten sanken die Exporteinnahmen des Landes innerhalb eines Jahres nm 15 Prozent und das reale Nationaleinkommen um zehn Prozent (OECD 1987). Die Monostruktur der Wirtschaft, die Abhängigkeit vom Ölsektor, der zu Beginn der 80er Jahre für zehn Prozent der Staatseinnahmen verantwortlich war, wurde Norwegen zum Verhängnis. Der auf Austerität fixierten neoliberalen Krisenpolitik der bürgerlichen Koalition gelang es nicht, die Lage zu entspannen. Stattdessen verschärfte sie die Krisenphänomene noch. Bis zum Ende der 80er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit auf für norwegische Verhältnisse hohe sechs Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte in dieser Zeit Spitzenwerte von 14 Prozent, während die Franen-Beschäftigungsquote von der Beschäftigungskrise kaum betroffen war, da sich der Beschäftigungseinbruch hauptsächlich auf die Privatwirtschaft konzentrierte.

Die konservative Regierungszeit dauerte nur vier Jahre, bereits 1986 regierte wieder eine sozialdemokratische Minderheitsregierung das Land. Auch die DNA setzte den Umbau des Wohlfahrtsstaates, seine Modernisierung, fort. Die Zeiten des "Sozialdemokratischen Staatskapitalismus" der 60er und 70er Jahre waren endgültig beendet.

Die DNA hielt am Kurs einer angebotsorientierten Austeritätspolitik fest. 1997 verabschiedete die Regierung eine einprozentige Haushaltskürzung, um der Gefahr einer galoppierenden Inflation zu begegnen. Seit 1991 zahlt das Land die Budgetüberschüsse in einen "Petroleum-Fonds" ein, der die Renten zukünftiger Generationen sichern soll.

1990 wurde die norwegische Krone formell an den ECU angebunden. Die norwegische Zentralbank ist per Gesetz verpflichtet, die Wechselkursschwankungen der Krone minimal zu halten. Neben der Deregulierung der Kredit- und Finanzmärkte erklärte die Arbeiterpartei die Preis- nnd Geldwertstabilität zu vorrangigen Politikzielen. Gleichwohl verstaatlichte die Regierung im gleichen Jahr, nach einer schweren Bankenkrise, erneut die größten Banken des Landes, obwohl diese erst in den 80er Jahren schrittweise privatisiert worden waren.

In den 60er und 70er Jahren beteiligte sich der Staat unter anderem direkt durch Steuererleichterungen und Subventionen an den Lohnverhandlungen. Viele Abschlüsse wurden erst durch die aktive staatliche Teilnahme möglich.

Der Begriff der "Festlandswirtschaft" umfaßt alle wirtschaftlichen Betriebe, die auf dem Festland angesiedelt sind. Er bezeichnet also das Gegenstück zum Offshore- oder Ölsektor.

Wenn man die drei Prozent der in Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik Beschäftigten mit hinzu rechnet, erhöht sich die Arbeitslosenquote auf nahezu zehn Pro-

Die Ausweitung der Beschäftigungsquote der Frauen zwischen 1970 und 1990 fiel mit der Expanston des öffentlichen Sektors zusammen, 1995 waren zwei Drittel der Beschäftigten im kommunalen Bereich weiblich (OECD 1996).

Zum Begriff des "Social-democratic state-capitalism" und zu den Determinanten des "norwegischen Modells" vgl. Fagerberg et. al. (1990).

Das Jahr 1986 markierte einen erneuten Wendepunkt in der Geschichte der Arbeitsbeziebungen. Der Metallarbeitgeberverband attackierte - er. mutigt durch vier Jahre neoliberaler Reformpolitik - einen zentralen Pfeiler der universalistischen Gesellschaftspolitik, den Abbau von Einkommensdisparitäten. Er forderte die Abschaffung der "Niedriglohngarantie" und die Verlagerung der Lohnverhandlungen auf die betriebliche Ebene. Allerdings endete die offene Konfrontation (Streik und Aussperrung) zwischen Unternehmern und Gewerkschaften mit einer herben Niederlage für die auf harte politische Auseinandersetzungen wenig vorbereiteten Unternehmer. Die Gewerkschaften konnten eine Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung durchsetzen. Den eingeschlagenen Konfrontationskurs verließen die Sozialpartner - im Angesicht der sich verschärfenden Krise - allerdings recht schnell wieder.

Die 90er - sozialdemokratische Modernisierung

1992 legten Unternehmer und Gewerkschaften sowie die politischen Parteien ein gemeinsames Programm vor, die "Solidarische Alternative" (Solidaritetsalternativet), mit dem Ziel, auf Basis einer makroökonomischen Politik der Geldwert- und Preisstabilität die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Norwegen zu verbessern. Die Sozialpartner revitalisierten die "solidarische Lobnpolitik", um die Beschäftigungskrise zu meistern. Gleichwohl hat sich ihr politisch-programmatischer Hintergrund verschoben. In der Glanzzeit des "sozialdemokratischen Staatskapitalismus" war die Verwirklichung einer universalistisch strukturierten Gesellschaft das höchste politische Ziel, dem die internationale Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet war. Heute, Ende der 90er Jahre, ist die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit das oberste politische Ziel, während die Vollbeschäftigung nur noch eine abgeleitete Größe darstellt. Die ideologische Basis der "solidarischen Lohnpolitik" hat sich also erheblich verändert. Obwobl die Vollbeschäftigung nicht mehr das Politikziel Nummer Eins ist, ist die nordische "Passion für Gleichheit" immer noch vorbanden. In zentralisierten Lohnverhandlungen verzichteten die Gewerkschaften auf dem Produktivitätswachstum entsprechende Lohnzuwächse, um die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich erheblich zu verbessern,7 Transferzahlungen sollen gekürzt werden, um neue Arbeitsanreize zu schaffen. Das gesamte System der staatlichen Regulierungen steht auf dem Prüfstand. Die frei gewordenen finanziellen Mittel sollen zur Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik genutzt werden. 1993 waren bereits drei Prozent der Beschäftigten in Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik tätig (SSB 1994).

Eine grundlegende Reform des Bildungssystems (Reform 94) soll die Verbindungen zwischen schulischer und beruflicher Ausbildung verbessern,

um der hohen Jugendarbeitslosigkeit (1995 immer noch 11,8 Prozent) zu begegnen. Gleichzeitig erließ die Regierung eine Arbeitsplatzgarantie für 18-24jährige, um zumindest den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Der Ausgang der Transformation - oder der Modernisierung - des norwegischen Wohlfahrtsstaates läßt sich nur sehr schwer voraussagen. Es gibt durchaus ambivalente Entwicklungstendenzen auf der politisch-gesellschaftlichen Bühne. Althergebrachte sozialdemokratische korporatistische Strukturen werden mit veränderten Politikinhalten kombiniert. Orthodox neoliberales Gedankengut steht neben universalistischen Politikzielen. Die Internationale Wettbewerbsfähigkeit ist zwar ein zentrales Politikziel, das Streben nach Vollbeschäftigung ist aber immer noch ein wichtiges Element norwegischer Gesellschaftspolitik, denn eine solche Politik genießt nach wie vor ein hohes Maß gesellschaftlichen Rückhaltes. Das kollektive Alltagsbewußtsein, der gesellschaftliche Wille enthält noch eine Vielzahl von Stabilitätsreserven für den universalistischen Wohlfahrtsstaat.

Norwegen und die Europäische Union

Norwegen ist das einzige Land Europas, das einen Beitritt zur EU abgelehnt hat. In einer Volksabstimmung sprachen sich 1994 über 52 Prozent der Bevölkerung gegen eine Mitgliedschaft aus. Eine Koalition aus Fischern, Landwirten und Beschäftigten des öffentlichen Sektors mobilisierte den Widerstand gegen die Mitgliedschaft in einer neoliberal gelenkten EU, die in ihren Augen den norwegischen Wohlfahrtsstaat grundlegend transformiert bätte. Die politischen Auseinandersetzungen erschütterten die norwegische Gesellschaft bis ins Mark.

Obwohl Norwegen - als kleine offene Exportökonomie - vom Zugang zu den Weltmärkten abhängig ist, spielten ökonomische Argumentationslinien in den Auseinandersetzungen nur eine untergeordnete Rolle. Das Land hat bereits Zugang zum europäischen Binnenmarkt durch die Teilnahme am EWR, und die ökonomischen Vorteile einer Mitgliedschaft wurden bis auf wenige Ausnahmen als gering eingeschätzt (vgl. Haaland 1992).

Gleichwohl befürworteten die sozialdemokratischen Eliten einen Beitritt. Welche Motive standen hinter dieser Position? M.E. erhofften sie sich, verlorengegangenes "soziales Profil" wiederzugewinnen. Einerseits ist das europäische Mehrebenensystem in der Lage, Legitimation für unliebsame politische Entscheidungen zu liefern. Durch Verweise auf politische Zwänge auf europäischer Ebene, auf Einflußlosigkeit, auf externe Sachzwänge ließen sich unpopuläre Entscheidungen politisch leichter durchset-

Die OECD empfiehlt eine Verbesserung von zehn Prozent (OECD 1993/1994).

Bosch (1997) diskutiert ausführlich den Inhalt und die Aussichten einer tiefgreifenden Berufsbildungsreform.

zen. Andererseits hätte bei der aktuellen politisch-ideologischen Ausrichtung der europäischen Politik die norwegische Arbeiterpartei dem Staatenverbund noch einen "sozialen Stempel" aufdrücken können. Das so gewonnene Renommee hätte verlorenen gesellschaftlichen Rückhalt für die Transformation des Wohlfahrtsstaates zurückgewinnen können.

Ausblick

Seit 1993 befindet sich die norwegische Wirtschaft wieder in einer Phase stabilen Wachstums. Die Inflationsrate ist unter drei Prozent gesunken, und die Arbeitslosigkeit ist im zweiten Quartal 1997 auf 4,5 Prozent gefallen (SSB 1997). Diese Entwicklung beruht entgegen dem internationalen Trend nicht auf einem Rückzug einzelner resignierender Gruppen aus dem Arbeitsmarkt.

Es ist auch nicht mehr Arheit in den letzten Jahren entstanden, sondern die vorhandene Arbeit ist durch Arbeitszeitverkürzungen und Ausbau der Teilzeitbeschäftigung neu verteilt worden (Dölvik u.a. 1997: S. 57f.). Norwegen hat heute mit die kürzesten tariflichen Arbeitszeiten (vgl. Bosch 1997: S. 20f.) und einen üherdurchschnittlich hohen Teilzeitanteil.

Nachdem die Privatwirtschaft in den Jahren zwischen 1987 und 1993 einen dramatischen Einbruch in der Beschäftigung zu verzeichnen hatte, kann seitdem ein Wachstum von 4,5 Prozent verzeichnet werden - speziell im Bau- und Dienstleistungssektor. Dagegen ist das Beschäftigungswachstum im öffentlichen Sektor, der immerhin für alle zwischen 1981 und 1995 netto geschaffenen Arbeitsplätze verantwortlich war, zum Erliegen gekommen (Stortingsmelding 1995-1996: S. 36f.). Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der "Festlandswirtschaft" hat sich verbessert, der Boom beruht heute nicht mehr allein auf dem Ölsektor. Die Einkommensdifferenzen sind in den letzten Jahren weiter zurückgegangen, ein im europäischen Vergleich bemerkenswerter Trend (OECD 1995).

Neuere Entwicklungen lassen allerdings erste Risse in der wiederbelebten Kooperation erahnen. In den jüngsten Tarifverhandlungen gingen die Ölarbeiter in einen Warnstreik, weil sie mit den angehotenen Lohnverbesserungen nicht einverstanden waren (FR v. 8.9.1997). Die in den 96er Lohnverhandlungen erreichten Abschlüsse mit über vier Prozent Lohnsteigerungen sind ein echter "Härtetest für die Solidarische Alternative" (aftenposten v. 27.2.1997). Der Arbeitgeberverband (NHO) kritisiert neuerdings die zentralen Lohnverhandlungen und fordert ihre Dezentralisierung (NHO 1995). Die Stellung des größten Gewerkschaftsbundes (LO) wird innergewerkschaftlich in Frage gestellt, die Konkurrenz zwischen den

einzelnen Gewerkschaften nimmt zu. Zusätzlich steht die norwegische Krone durch den Boom auf den Aktien- und Immobilienmärkten unter starkem Aufwertungsdruck. Die Zentralhank war gezwungen, die Leitzinsen zu erhöhen, was in der derzeitigen Phase eher noch kontraproduktiv wirkt (OECD 1997).

Auf der politischen Ebene setzte sich am 15. September d.J. die elektorale Krise der 80er Jahre für die DNA fort. Obwohl der wirtschaftliche Erfolg der sozialdemokratischen Regierungszeit über jeden Zweifel erbaben ist, verlor die DNA die Storting-Wahlen und mußte die Regierungsverantwortung an eine hürgerliche Mitte-Rechts-Koalition übergeben. Heimliche Siegerin der Wahlen war die populistische rechts-liberale Portschrittspartei. Mit ausländerfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Parolen erreichte sie 15,3 Prozent und wurde zweitstärkste Fraktion im norwegischen Storting.

Der Storting-Wahlkampf offenbarte ein Paradoxon norwegischer sozialdemokratischer Politik des ausgehenden 20. Jahrhunderts: Die DNA wurde für ihre Sparpolitik kritisiert, während die bürgerliche Opposition in Spendierhosen auftrat und eine Erhöhung unter anderem der Renten durch eine Umverteilung der Ölgelder forderte. 11 Während in fast allen europäischen Staaten scheinbar mehr oder weniger objektive Gründe für eine Sparpolitik vorliegen, entfallen diese in Norwegen. In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität ist die Vermittlung von Sparzwängen äußerst schwierig. Obwohl hei allen Beteiligten Reformwillen vorhanden ist, mangelt es dem Projekt der "sozialdemokratischen Modernisierung des Wohlfahrtsstaates" an Ausstrahlungskraft. Wohin die eingeleitete Modernisierung führen wird, ist noch relativ unklar; entscheidend werden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein. 12 M.E. lassen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse aktuell eher eine Transformation, die einem "schleichenden Untergang" gleichen wird, erwarten. Schleichend auch deshalb, weil der neoliberalen Reformpolitik vermeintliche Sachzwänge, öffentliche Defizite und externe politische Zwänge (EU), fehlen. Viel wird darauf ankommen, oh es der Sozialdemokratie gelingt, ein eigenständiges Projekt zu formulieren, ohne einfallslos konservative Lösungsstrategien zu kopieren, das Antworten auf die Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaft Norwegeus nach dem Ende der "Golden-age"-Periode geben kann.

Literatur

Aukrust, O. (1977): Inflation in an open economy: A Norwegian model, in: Krause, L.B./Salent, W.S. (Hg.): Worldwide Inflation: Theory and recent Experience, Washington

Vgl. zum "Paradox der Schwäche" Grande (1996).

Ob dies nun allerdings bereits einen ersten Schritt in Richtung des Ideals des "schlanken Staats" darstellt, kann nur die Zukunft zeigen, und wird in den sozialen Auseinandersetzungen entschieden werden.

¹¹ Dies ging soweit, daß Jasper von Altenbockum die DNA in der FAZ am 27. August 1997 für ihre knauserige Politik als "Die Partei der Kniebstiebei" geißelte.

Für eine ausführliche Diskussion über die Zukunft der korporatistischen Strukuren vgl Dölvik et. al. (1997).

Bosch, G. (1997): Gegen den Trend: Flexibilität und Gleichheit im norwegischen Arbeitsmarkt, in: Arbeit, Nr. 1

Dolvik, J.-E. et. al. (1997): Norwegian labour market institutions and regulations, in: Dölvik/Steen (Hg.): Making solidarity work?, Oslo

Fagerberg, J. et. al. (1990): The decline of social democratic state capitalism in norway, in: New Left Review 181

Grande, Edgar (1996): Oas Paradox der Schwäche, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg.): Europäische Integration, Opladen

Haaland, Jan I. (1992): Comparative Advantage, Terms of Trade and Welfare Effects of European Integration: Some Preliminary Assessments, in: Scandinavian Journal of Economics, Nr. 3

Karlsen, T.K. (1997): Norway, in: Compston, H. (Hg.): The new politics of unemployment, London

NHO (1995): Nye driftsformer og tariffpolitikk, framtidens system for lönns og arbeidsvilkar, Oslo

OECD (1987): Economic Surveys Norway, Paris

OECD (1993/1994): Economic Surveys Norway, Paris

OECD (1995): Economic Surveys Norway, Paris

OECD (1996): Employment Outlook, July, Paris

OECD (1997): Economic Surveys Norway, Paris

SSB (1994): Labour market statistics 1993, Oslo

SSB (1997): Economic Survey 3/97

Stortingsmelding (1995-1996): Revidert Nasjonalbudjett, Oslo



sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakton & argumente

isw-report

(erscheint vierteljährlich, z. T. mit beigeheftetem wirtschaftsinfo) DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Das Geschäft mit der Wohnung (Nr. 30, Februar 1997)

Deutsche Macht-Allianz (Nr. 31, April 1997)

Macht und Herrschaft In der Marktwirtschaft (Nr. 32, Juli 1997)

150 Jahre Geschäfte des Siemens-Konzerns (Nr. 33, Okt. 97) 44 S. 6,- DM

isw-speziai

Cuba libre - Kuba liberal? (Nr. 9, Jenuar 1997), DM 5,- + Versand Energiesteuer - und dann? (Nr. 10, April 97), 80 Seiten, DM 8,- + Vers.

isw-wirtschaftsinfo extra

Von Krise zu Krise - Standortkrieg oder Beschäftigungspolitik (Nr. 25, April 96), DM 5,- + Versand

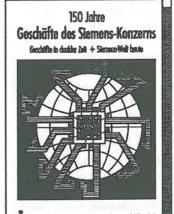
wirtschafts- und grafikdienst

Reichtum u. Kapitaimacht in Deutachiand (Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + V. Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 96), DM 10,- + Vers. Armut & Sozialabbau in einem reichen Land (Nr. 4, Januar 1997), DM 10,- + Versand

Prospekte anfordern, bostellen, abonnieren, fördern

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München, Telefon: 089-130041, Fax 168 94 15

Neu bei isw!





Globalisierung und Entwicklung

Einleitung: Kapitalismus und Globalisierung

Kapitalismus und Globalisierung sind zwei Seiten derselben Medaille. Herstellung, Vertiefung und Erweiterung der Märkte sind systemische Eigenschaften des Kapitals. So ist die Geschichte des Kapitalismus gleichbedeutend mit der Entwicklung zum bzw. des Weltmarkts. Die jeweilige historische Form, in der sich diese innere Strukturdynamik im Wechselspiel von sich wandelnden materiellen Bedingungen und sozio-politischen Konfliktverhältnissen manifestiert, verbirgt seinerzeit mögliche andere, wenn auch nicht realisierte Gestaltungsformen und Entwicklungspfade. Dies gilt auch für die gegenwärtige Phase des Spätkapitalismus, mögen die Protagonisten der Globalisierung noch so sehr deren Alternativlosigkeit behaupten.

Kein Zweisel, wir leben mitten in einer Systemtransformation. Tradierte Akkumulationsregimes und Regulationsweisen haben ihre inharente Dynamik erschöpft; der Nationalstaat als institutioneller Bezugs- und Steuerungsrahmen sozio-ökonomischer Entwicklung erweist sich zunehmend als zu eng. Neue Akteure, allen voran internationale Finanzinstitutionen und Transnationale Konzerne (TNK), herrschen den nationalen Regierungen zunehmend ihre privatökonomischen Handlungsimperative und eine weltweite Vertretung ihrer Partikularinteressen auf. Die Integration der Ökonomien wird begleitet von einem Universalisierungsschub auf der Ebene der Kultur; diese ist jedoch herrschaftsgeprägt und homogenisiert auf Kosten der Vielfalt. Empirisch-historisch lassen sich nur erst die Grundzüge der Auswirkungen von Globalisierung auf Länder, Regionen und Sozialschichten bestimmen. Die daraus erwachsenden Identifikationsmuster, wirtschaftlichen Handlungsspielräume und politischen Steuerungsmöglichkeiten bleiben noch wenig kristallisiert, sind Gegenstand der Auseinandersetzung der Innen- wie internationalen Politik, ausgefochten auf allen Ebenen und mit allen Mitteln: politisch, ökonomisch, kulturell, ideologisch und militärisch.

Zunächst gilt es, die spezifischen Bedingungen gegenwärtiger Entwicklung zu bestimmen. Analytisch erscheint dabei die Weltsystemtheorie, derzufolge nationale Entwicklung nur auf Basis der Wirkungsweise des kapitalistischen Weltmarktes und im Rahmen der internationalen Beziehungen als Herrschaftsgefüge verstanden werden kann, mehr als je zuvor relevant. Auf ihrem Hintergrund lassen sich Alternativen auf Implikationen und Reichweite hin adäquater beurteilen. Der Realisierung alternativer Vergesellschaftungsmodelle auf Weltebene sind gleichwohl objektiv und subjektiv enge Grenzen gezogen. Objektiv haben sich die gesellschaftlichen

Kräfteverhältnisse sehr zugunsten des Kapitals verschoben. Kommt hinzu, daß kritische Meinungen - angesichts von Medienkonzentration und hürgerlicher Hegemonie eh nur marginal - gegenüber den aktuellen Forderungen von Politikern, Unternehmern und Mainstream-Wissenschaft-Jern nach Entstaatlichung, Deregulierung und Privatisierung kaum ein Forum finden ('pensée unique'). Doch auch subjektiv türmen sich Hindernisse auf. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus hat die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des internationalen Systems zugunsten der Marktwirtschaft und der kapitalistischen Metropolen verschoben, die Linke geschwächt, bisherige Gewißheiten zur Disposition gestellt, Selbstzweisel genährt. Erschwerend wirken sich zudem die Neuformierung der innergesellschaftlichen Ungleichheitsstrukturen aus. Begleitet von der Auflösung traditionaler Klassen, Milieus und kollektiver Identitäten zugunsten von Individuierung durchdringt Globalisierung alle, selhst die alltäglichsten, Lebensvollzüge des Einzelnen in den Metropolen, sei es am Arbeitsplatz, als Konsument, in der Freizeit als Tourist.

I. Globalisierung und ökonomische Entwicklung des Trikont

I.1. Globalisierung im Zeichen der Transnationalen Konzerne¹

Mehr als 40.000 Trausnationale Konzerne (TNK) mit üher 250.000 Tochtergesellschaften agieren heute auf allen Märkten der Welt. Mehr als zwei Drittel des internationalen Handels in Gütern und Dienstleistungen wickeln sie als reinen Austausch innerhalh des eigenen Konzerns oder aber als Transaktion mit anderen Multis ab, so daß nur ein Drittel des Welthandels nach den Regeln des freien Marktes und entsprechend der Freihandelstheorie erfolgt.²

Doch selbst diese Zahlen täuschen noch über das wahre Ausmaß ihrer weltweiten Machtstellung und ihres Konzentrationsgrads. Denn allein die 200 größten Transnationalen Konzerne hahen einen Umsatz, der in seiner Größenordnung 30 Prozent des weltweiten Bruttoinlandprodukts oder dem Doppelten des gesamten persönlichen Einkommens der ärmeren 80 Prozent der Menschheit entspricht. Ihr gemeinsamer Umsatz ist größer als das zusammengefaßte Bruttosozialprodukt aller Länder (182) mit Ausnahme der neun größten. Die klassische Vorstellung, derzufolge das in-

Zu den TNK vgl. im einzelnen: Werkstatt Ökonomie, Multis, Markt und Krise, Heidelberg 1992, bes. Kap. 4 und 5; Schmid, F., Die Schlacht um den Weltmarkt, iswreport 1, München 1990; Globalisierung der Märkte, Strategien transnationaler Konzerne, isw-report 9/10, 1991; Mayer, L./Schmid, F., Krieg der Konzerne, isw-report 17, München 1993; Le Monde diplomatique, 'Les nouveaux maîtres du monde', Manière de voir No 28, 11/1995.

Vgl. Raghavan, C., TNCs Control Two-Thirds of the World Economy, Third World Resurgence No 65/66, Febr. 1996, 31.

Dies sind (mit den BSP Angaben in Mrd. US-Dollar für 1995) USA (7.100), Japan (4.964), Deutschland (2.252), Frankreich (1.451), England (1.095), Italien (1.088), China (745), Brasilien (580) und Kanada (574). Diese neun vereinten damit 19.849 Mrd. US-

ternationale System sich als multiples Beziehungsgeflecht von Staaten als seinen Grundelementen darstellt, gilt nicht länger: Über die Hälfte der 100 mächtigsten Akteure auf der internationalen Bühne sind nicht Staaten, sondern TNK.

Auch der Weltmarkt ist nicht länger Spbäre des Austausches essentiell na. tional bergestellter Güter, bestimmt von immer größeren Unternehmen auf der Suche nach weltweiten Absatzmärkten. Kennzeichnen der neuen Globalisierung ist die durch politische Deregulierung, Transport- und Kommunikationsrevolution induzierte Verwandlung des Weltmarkts in ein weltweites Atelier. Sie erlauben den TNK die Zergliederung der Produktionsketten, die Verlagerung einzelner Fertigungsabschnitte und die Materialbeschaffung nach reinen Kostengesichtspunkten (global sourcing). Das gleiche gilt für Arbeitskräfterekrutierung und Zulieferer. So ist Siemens in 150 Ländern präsent, disponiert über 240 Produktionsstätten außerhalb seines Stammlands Deutschland, und Volkswagen greift zur Fertigung eines VW-Golf auf Lieferungen aus 21 Ländern auf vier Kontinenten zurück Globalisierung der Produktion, Transnationalisierung der Märkte, Internationalisierung der Mehrwertproduktion sind nur verschiedene Aspekte desselben Pbänomens. Wichtigstes Mittel der Eroberung fremder Märkte und der Vernetzung der verschiedenen Volkswirtschaften sind nicht länger direkter Güteraustausch, sondern ausländische Direktinvestitionen, die 1995 ein Volumen von 250 Mrd. US-Dollar erreichten und deren weltweiter Bestand auf 2,4 Billionen Dollar geschätzt wird.4

Auch die Organisationsformen der TNK haben sich geändert. Durch (strategische) Allianzen mit anderen Großunternehmen, durch weitgehend selbständige Tochtergesellschaften, durch Verringerung der Produktionstiefe vermittels der Vergabe reiner Lizenz- oder Zuliefererverträge errichten sie ein globales firmenspezifisches Netzwerk vielfältiger Formen und verschaffen sich damit ein Maximum an Flexibilität und Profitabilität. Die Profitraten der TNK sind nicht mehr an die politische Entität Staat als Wirtschaftsraum mit Durchschnitts- bzw. Monopolprofitraten der nationalen Kapitale zurückgebunden; TNK-spezifische Profitraten stellen sich ber, werden innerhalb der einzelnen - zunehmend verselbständigten - Konzernbereiche eingefordert, unterdurchschnittliche Tätigkeitsfelder ausgelagert bzw. abgestoßen.

Unter dem Druck ihrer Kapitalkonzentration und ihren Verwertungserfordernissen wird der Nationalstaat als politisch-ökonomischer Bezugsrahmen durch die TNK als zu eng überschritten. Nur noch wenige Staaten vermögen dank ihrer Wirtschaftskraft und ihres politischen Machtpotentials als Basis für die Ausbildung international konkurrenzfähiger TNK zu dienen, ihnen privilegierte Standortbedingungen und den notwendigen politisch-ökonomischen Flankenschutz gegen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu bieten. Schon zeigen sich Beispiele von TNK, die aus ihrem traditionellem Stammland in mächtigere Staaten mit größeren Märkten auswandern (Ericsson, Schweden) oder eine Kooperation mit (ausländischem) Kapital eingehen müssen, um nicht unterzugeben. Kleinere bzw. weniger entwickelte Länder haben hier wenig Chancen. So kann es nicht überraschen, daß von den 500 größten TNK nur 18 in der Dritten Welt, die übrigen 96 Prozent dagegen in den reichen OECD-Ländern bebeimatet sind. Politischer Einfluß und allgemeine wirtschaftliche Macht eines Landes bedingen sich gegenseitig, sie sind auch der Nährboden für weltumspannende Unternehmen.

1.2 Differenzierung der Dritten Welt und Entwicklungstheorie

Seit Beginn der 80er Jahre zeigte sich in internationalen Foren, daß die politische Einheit der Dritten Welt - organisiert als Bewegung der Blockfreien bzw. Gruppe der 77 - zu bröckeln begann. Die kollektive Erfahrung kolonialer Herrschaft und Ausbeutung verbunden mit der Einsicht, politische Unabhängigkeit auf Dauer nur durch eine starke Binnenökonomie und das implizierte eine fundamentale Umstrukturierung primär exportorientierter, von den Märkten der westlichen Industrieländer abhängigen Wirtschaften - sichern zu können, reichte nur als Basis für eine Abwehrfront der Schwachen und allgemeine Forderungen nach Wandel der internationalen Strukturen. So hatten die Länder des Südens mit ihrer Stimmenmehrheit zwar UNO-Resolutionen mit Porderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung oder einer Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung durchdrücken können, doch blieben diese angesichts des massiven Widerstands der führenden Industrieländer folgenlos. In einem politisch fragmentierten, aber ökonomisch integrierten Weltsystem mit allseitiger Konkurrenz als Verknüpfungsmechanismus erwiesen sich bald die besonderen nationalen Standortfaktoren, wie Ressourcenausstattung, Indnstrialisierungsgrad und Entwicklungsstand als Bedingungen der Differenzierung. Unterschiedliche Gesellschaftsverbältnisse und Wirtschaftspolitiken taten ein übriges, Disparitäten und Partikularinteressen zu vertiefen, die schließlich zur Auflösung der Dritten Welt als syndikalistischer politischer Block führten.

Die Entwicklungstheorie zog nach. Verunsichert durch das Beispiel der ostasiatischen Tiger, begann man zunächst dependenztbeoretische Ansätze, soweit diese eine prinzipielle Unmöglichkeit nachgebolter kapitalistischer Entwicklung proklamiert hatten, in Prage zu stellen, die bald in eine Abkehr von Globaltheorien überhaupt mündeten. Stattdessen wurde eine stärkere Konzentration auf empirische Fallstudien eingefordert, angefangen mit Untersuchungen über die Ursachen des Aufstiegs einzelner Länder bzw. der mangelnden Erfolge von Volkswirtschaften, die eine (partielle) Dissoziations- und Importsubstitutionsstrategie verfolgt batten.

Dollar oder rund 72 Prozent des weltweiten BSP von 27.687 Mrd. Dollar auf sich. Vgl. The World Bank, World Bank Atlas 1997, Washington 1997, 30, 36f.

UNCTAD, World Investment Report 1995, zitiert nach Raghavan, Ch., Third World Resurgence No 65/66, Febr. 1996, 32.

Die anfängliche theoretische Abstinenz bzw. Aporie machte dann in Wechselwirkung mit der weltweiten Durchsetzung der kapitalistischen Produktionweise in ihrer postfordistischen Ausprägung dem Neoliberalismus auch als theoretischem Überbau Platz. Die Lehren der Vergangenheit über Imperialismus, Neokolomialismus, Ungleichen Tausch, Dependenzund Weltsystemtheorie wurden weniger kritisch reflektiert als in toto marginalisiert. Die Wissenschaft läßt sich von einer Politik zugunsten des multinationalen Kapitals im allgemeinen, des Finanzkapitals im besonderen instrumentalisieren oder dient sich dieser an.

Gleichviel, 'Realpolitik' wird nun wissenschaftlich theoretisch legitimiert: Marktregulation, Weltmarktöffnung und Multinationale Konzerne sind nunmehr die Hauptinstrumente der Entwicklung, mangelnde Wachstumsraten umgekehrt auf mangelnde Deregulierung und Privatisierung zurückzuführen. Entwicklung wird wieder als wesentlich nationale Angelegenheit konzipiert, insofern es den einzelnen Regierungen ohliegt, nicht zuletzt durch Selbstentmachtung des Entwicklungsstaates die Voraussetzungen für das freie Spiel der Marktkräfte und optimale Verwertungsbedingungen für ausländische Kapitalinvestitionen zu schaffen.

1.3 Globalisierung als Unterentwicklung

Doch die Sprache der Zahlen ist eindeutig: Kapitalismus ist seinem Inhalt und seiner Wirkungsweise nach identisch mit Ungleichbeit, Ausbeutung und Ungleichzeitigkeit, mag sich seine spezifische Gestalt (Gesellschaftsformation) auch ändern.⁶

1. Das Weltsozialprodukt ist in drei Jahrzebnten um das zwölffache auf heute 27 Billionen Dollar gestiegen; rund ein Fünftel davon gebt in den internationalen Handel. Ausbildungsquoten, Lebenserwartung, Nahrungsmittelproduktion sind global erheblich gesteigert worden. Doch die Früchte der Entwicklung hleiben zwischen Personengruppen, Regionen, Ländern, ja Kontinenten sehr ungleich verteilt, die Disparitäten baben noch zugenommen. Die Hierarchisierung der Lebenschancen wird überlagert von einer globalen Apartheid von zwei Dutzend reichen Ländern, gefolgt von einem Dutzend Schwellenländern, gegenüber 150 armen Ländern mit geringen oder gar negativen Zuwachsraten ihres Bruttosozialprodukts. So besitzen die weltweit gezählten 447 Milliardäre mehr als 2.8 Milliarden Menschen, das entspricht der Hälfte der Menschheit; und die Ungleichheitsrelationen zwischen dem ärmsten und reichsten Fünftel der Staaten hzw. der Weltbevölkerung sind trotz dreier von der UNO proklamierter Entwicklungsdekaden noch gewachsen: von 1:30 auf 1:75 bzw. 1:150.

2 Rund ein Viertel der Menschen leben in absoluter Armut, obne ausreichende tägliche Nahrung, ohne Schulbildung, ohne Zugang zu Trinkwasser, ohne adaquate medizinische Versorgung, häufig ohne ein festes Dach über dem Kopf.8 Eine vergleichende Analyse der 100 Länder des Trikont. iber die die Welthank die letzten 15 Jahre Daten vorgelegt hat, kommt zu dem Schluß: Zebn Staaten sind durch Staatszerfall bzw. Bürgerkrieg zerrittet, sie erbeben keine Statistiken mehr; bei einem Drittel (33) bat das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) absolut ahgenommen, bei einem weiteren Drittel (34) sind die Menschen relativ verarmt. Unter den reichen Ländern ist dagegen kein Abstieg in die Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen vorgekommen." Diese Ländergruppe hat ihren Anteil am Weltsozialprodukt mit 85 Prozent sogar noch steigern können, eine Entwicklung, die sich auch in Zukunft kaum umkehren dürfte. Monopolisieren diese Staaten doch das weltweite Entwicklungspotential, insofern sie fünf Sechstel des Welthandels und der Investitionen, über 90 Prozent der Wissenschaftler und 95 Prozent aller Patente auf sich konzentrieren.

3. Globalisierung der Ökonomien und eine bis in das einzelne Unternehmen hineinreichende Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung implizieren steigende Abhängigkeit bis hin zur tendenziellen Auflösung der Volkswirtschaften als national umgrenzten und steuerbaren Wirtschaftsräumen. 10 Unter dem Imperativ des Weltmarkts verliert die klassische Vorstellung vom optimalen Mix nationaler Standortfaktoren ihre Bedeutung; denn Märkte, Waren, Oualitätsstandards, Arbeitsorganisations- und Produktionstechnologien werden homogenisiert. In der Praxis bedeutet dies Universalisierung der in den Metropolen entwickelten (und deren Produktionsfaktoren reflektierende) Normen. In völlig anders gearteten sozial-ökonomischen und kulturellen Kontexten gleichen diese aber transplantierten sozial-technologischen Genen, die sich in den Empfängergesellschaften wie Viren ausbreiten. Forschungs- und kapitalintensiv verschärfen sie die strukturelle Arbeitslosigkeit, vergrößern die Kluft zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten, Wissenden und Unwissenden, Armen und Reicben. Im Ergebnis vertiefen sie die soziale Heterogenität der Gesellschaft, indem sie die Masse der Marginalisierten in ungeschützten Ar-

⁵ Eine kritische Diskussion findet sich bei Hauck, G., Evolution, Entwicklung, Unterentwicklung, Frankfurt/M. 1996, insb. Kap. I und III.

Vgl Magdoff, H., Globalization: To What End?, Monthly Review, New York 1992.

Vgl. Globale Trends 1996 (Hrsg. Stiftung Entwicklung und Frieden), Frankfurt/M. 1995, Kapitalistische Ökonomien, pp 151ff.

Vgl. World Benk, World Bank Atlas 1997, Washington 1997, p 8.

Vgl. Weltbank, Weltbank-Berichte 1978-93, Washington. Elgene Berechnungen

So scheitert eine nationale Politik der Konjunkturbelebung durch deficit spending in Frankreich, immerhin der viertgrößten Ökonomie daran, daß die intendierten Effekte einer Nachfrage- und Arbeitsmarktbelebung gerade nicht im Inland, sondern eher im benachbarten Ausland wirksam werden. So zieht die staatliche Geldschöpfung leicht erhöhte Inflation mit stelgenden Importen gekoppelt sinkende Exporte nach sich, mit der Folge, daß Arbeitsplätze eher noch gefährdet werden. Diese unter Mitterrand gemachte Erfahrung spiegelt sich aktuell in der für den französischen Arbeitsmarkt desaströsen Politik des franc fort (seine Bindung an die DM) sowie in der Frage der Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Vgl. Kruber, K.P., Von der National-Ökonomie zur Global-Ökonomie, a+1, Wirtschaft, Nr. 22 (1996), pp 14ff. Vgl. auch Interview mit Jacques Calvet, Generaldirektor von Peugeot/Citroen, L'Est Republicain vom 10.7.1997.

beitsverhältnissen bzw. im nicht-organisierten Sektor der Wirtschaftszweige vermehren. Diese erfahren die Durchsetzung der Marktwirtschaft nur als fortschreitenden Zwang zur Kommodifizierung, ohne Chance, je formell dem Kapital zu angemessenen Arbeits- und Einkommensbedingungen unterworfen zu sein. Permanent zur Leistungssteigerung und vermebrter Selbstausbeutung getrieben, erleiden sie doch den Markt nur als Mechanismus fortgesetzter Pauperisierung. Statt der versprochenen doppelten Befreiung erleben sie seine Auswirkungen als perennierende Rekonstitutionsbedingung vor- und halbkapitalistischer Verhältnisse, die entleert ihrer traditionalen sozialen Verpflichtungen und ihres kulturell-ideologischen Überbaus auf das nackte Ausbeutungsverhältnis zwischen den Marktteilnehmern reduziert sind.

4. Globalisierung bedeutet für zwei Drittel der Menschheit Marginalisierung und Verarmung. So stehen der Weltbank zufolge für die gegenwärtig 2,5 Milliarden Erwerbspersonen auf der Welt nur 860 Millionen (sichere) Arbeitsplätze im organisierten Sektor (33 Prozent) zur Verfügung. Schon heute sind 80 Prozent der 2,1 Milliarden Erwerbspersonen in der Dritten Welt im informellen Sektor tätig; hier wird auch in Zukunft das innerhalb von 30 Jahren auf 3,7 Milliarden anschwellende Heer der Arbeitssuchenden sein Leben fristen müssen. Von den TNK ist in dieser Hinsicht wenig zu erwarten: Lediglich zwölf Millionen Beschäftigte stehen auf ihren Lohnund Gehaltslisten in der Dritten Welt, weitere 61 Millionen in den OECD-Ländern.

Die glänzenden Zukunftsaussichten, die sich aus der Sicht der internationalen Konzerne im Süden und in der ehemaligen Zweiten Welt auftun, richten sich nicht auf die Erfüllung der unbefriedigten Grundbedürfnisse jener Milliarden Verdammter dieser Erde (Fanon). Nein, die TNK haben die zahlungsfähige Mittel- und Oberschicht des Trikont im Auge. Mögen diese mehrere bundert Millionen Personen umfassenden Gruppen auch prozentual nur eine Minderbeit (rund ein Fünftel) der Dritte-Welt-Bevölkerung ausmachen, repräsentieren sie doch angesichts stagnierender Nachfrage in den Metropolen selbst einen zukunftsträchtigen riesigen Absatzmarkt, den es nach der Weltmarktöffnung zu erobern gilt.

I.4 Die Schwellenländer als eigentliche Peripherie

Globalisierung der Ökonomie, vermehrter Handelsaustausch, Internationalisierung der Produktion, steigende ausländische Direktinvestititionen und generelle Attraktivität für Transnationale Konzerne, das sind die wichtigsten Ingredienzen des neuen Entwicklungsrezepts, das unter dem Motto 'trade statt aid' fungiert. Doch die Resultate sind eng begrenzt. Alle Indikatoren zeigen an, daß sich Exporte, Industrialisierungsschübe, Direktinvestitionen, weit überdurchschnittliche Wachstumsraten auf ein Dutzend Länder der Dritten Welt, insbesondere in Südostasien, konzentrieren. Einzelfall- ebenso wie vergleichende Länderuntersuchungen baben eine Multiplizität von Faktoren identifiziert, um den Ursachen dieses Erfolgs auf

die Spur zu kommen. Kulturelle (konfuzianische) Wertmuster, die Spezifik des japanischen Kolonialismus, Agrarreform und relativ gleichmäßige Einkommensverteilung wurden ebenso benannt wie die zeitgeschichtlich-politische Konstellation der geostrategischen Lage dieser Länder an der Nabtstelle zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die sich für sie in großzügiger ausländischer Wirtschafts- und Militärhilfe auszahlte. Hebel und realer Kern des Aufstiegs der asiatischen Tiger ist jedoch (auch wenn dieser heute gern auf die segensreichen Wirkungen des freien Marktes zurückgeführt wird) ein starker Interventions- und Entwicklungsstaat. Politisch vornehmlich auf Kosten von Arbeiternehmerinteressen¹¹, meist autoritär-repressiv, kanalisierte die Regierung mit Hilfe einer unternehmerfreundlichen Stenerpolitik, durch Subventionen, branchen-, ja betriebsund produktspezifische Investitionslenkung die Privatwirtschaft, legte Währungen und Preise administrativ fest und schuf so die gesellschaftsinternen Voraussetzungen für eine beschleunigte Kapitalakkumulation. Die zweite notwendige Bedingung einer erfolgreichen Export- im Gegensatz zur Importindustrialisierungsstrategie, sind darüberhinaus offene Auslandsmärkte, was die Metropolen seinerzeit - und zwar gegen das GATT ohne Reziprozität - aus politischen wie wirtschaftskonjunkturellen Gründen einräumten. Die asiatischen Tiger haben, gemessen am PKE im Falle Singapurs und Hongkongs, das Niveau Frankreichs oder Deutschlands erreicht.12 Die Kosten ihres Aufstiegs in Form von Überausbeutung vor allem der weiblichen Arbeitskräfte und gravierender Umweltbelastungen sind außerordentlich hoch. Inwieweit es sich dabei um unvermeidliche Kosten nachgebolter Entwicklung handelt, ist zumindest offen. 13

Inwieweit der Aufstieg der südostasiatischen Länder von Dauer ist und inwieweit er als Vorbild für andere Entwicklungsländer dienen kann, sind die beiden zentralen Fragen, die sich Sozialwissenschaftler und Politiker stellen. Zunächst gilt, daß es einen für alle Länder gleich gearteten Entwicklungspfad schon angesichts ibrer sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen gar nicht geben kann. Auf einige besondere zeitgeschichtliche Faktoren ist bereits verwiesen worden, die eine erste Antwort bezüglich Ausnahme oder Universalisierbarkeit der Asiati-

Zur Frage, inwieweit es sich hierbei um eine conditio sine qua non nachgeholter Entwicklung handelt, vgl. Neelsen, J., World System and Human Rights in the South, pp 139ff, in: Müller, H.P. (ed), Weltsystem und kultureiles Erbe, Berlin 1996.

Die ostasiatischen Tiger, inkl. die VR China, haben ihr PKE in nur jeweits einem Jahrzehnt verdoppelt, wozu bei einem vergleichbaren Entwicklungsstand England im 18. bzw. die USA im 19. Jahrhundert über 50, Japan an der Wende des 19. zum 20. Jahrh. 34 Jahre (1885/1919) brauchte. Vel. Carfantan. V. a.a.O. Paris 1996, p. 68.

Jahre (1885/1919) brauchte. Vgl. Carfantan, Y., a.a.O., Paris 1996, p 68.

So wurde der Terminus 'fordisme incomplet' geprägt. Die in den letzten Jahren erfolgten erheblichen Lohnsteigerungen im Verbund mit einer Demokratisierung des politischen Systems sind nicht unbedingt ein Gegenargument, haben sie doch den Kapitalexport wegen zu hoher Löhne beflügelt. Vgl. Altvater, E., Der Preis des Wohlstands, Münster 1992; Altvater, E., Die Enttäuschung der Nachzügler, pp 144ff., in: Mahnkopf, B. (ed), Der gewendete Kapitalismus, Münster 1988, sowie Lipietz, A., Mirages et Miracles, Paris 1985.

schen Tiger geben. Ihre Situierung innerhalh der Funktionsweise des Weltsystems und der Reproduktionsbedingungen des glohalen Kapitals verweist anf zusätzliche strukturelle Entwicklungsparameter.

- a) Die Stadtstaaten Hongkong und Singapur verdanken ihren Erfolg ihrer Rolle als Drehscheibe des internationalen Finanzkapitals und Umschlagplatz des internationalen Handels; so ühertreffen ihre Exporte bei weitem ihr Bruttoinlandsprodukt (über 150 Prozent). Darin liegt ihre Stärke, aber anch ihre Schwäche, da diese Funktion angesichts der modernen Technologien zunehmend standort-unahhängig ist und potentiell verlagert werden kann. 14
- b) Zwar wickeln die Staaten Südostasiens einen zunehmenden Teil ihres Handels intraregional ab (37 Prozent) - Ausweis einer eigenen Unternehmerschicht, wachsender wirtschaftlicher Vernetzung und interner Nachfrage sowie steigender Unabhängigkeit von den Konjunkturzyklen des Nordens -, aber alle asiatischen Tiger hleihen, einschließlich der Flächenstaaten Taiwan und Südkorea, entscheidend vom Technologietransfer aus den Metropolen, insbesondere aus Japan, abhängig. 15 Darüber hinaus reslektieren sie symptomatisch die neue Form der internationalen Arheitsteilung, charakterisiert durch nationalspezifische Produktspezialisierung bzw. Herstellungsketten aufbrechende Teilproduktion, wie sie insbesondere von TNK mit ihren lokalen Töchtern praktiziert wird. So ist Singapur auf Informatik und Telekommunikationsausrüstung, Malaysia auf Halbleiter, die Philippinen auf Elektronikteile spezialisiert, und Thailand bzw. Indonesien bedienen nach Einkommensgruppen gestaffelte Massenmärkte mit elektronischen Geräten. Mehr noch, ein Drittel des wechselseitigen Handels dieser fünf Länder besteht aus einem firmeninternen Güteraustausch in der Herstellung von Elektromikapparaten: Elektronische Schaltkreise werden z.B. in Thailand hergestellt, in Singapur getestet und anschließend in Malaysia in Fernsehgeräte eingebaut.

I.5 Zusammenfassung: Ökonomische Entwicklungsperspektiven des Trikont

1. Nachgeholte nationale Entwicklung, gemessen am PKE, hleiht grundsätzlich möglich. 17

2. Sie erfaßt jedoch immer nur eine kleine Minderheit der Länder des Trikont. In der heutigen internationalen Konfiguration sind es ein Dutzend Staaten (von 150) mit nur wenigen Prozent (weniger als drei Prozent) der Dritte-Welt-Bevölkerung, die den Status von Schwellenländern mit teilweise westlichen Einkommensstandards erreicht haben.

3. Unter dem Vorzeichen der Glohalisierung der Ökonomien und der Dominanz der Transnationalen Konzerne ist nachgeholte Entwicklung Teil und Ausdruck der Funktionsbedingungen des internationalen Kapitals. Insbesondere kleine Länder kommen dafür als Finanzdrehscheiben, als Umschlagplätze des internationalen Handels, als Rohstoffexporteure (Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait, Brunei als typische Rentierstaaten) u.ä. in Frage. ¹⁸

4. Die internen imd externen Bedingungen des Aufstiegs zum Schwellenland, nämlich starker Interventionsstaat und Exportindustrialisierung bei geschütztem Binnenmarkt, haben sich im Zeichen niedrigen Wachstums der (metropolitanen) Hauptabsatzmärkte und der Öffnung aller Ökonomien generell verschlechtert.

5. Die klassische komplementäre Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd nach dem Muster Rohstoffe vs Fertigwaren ist zwar weitgehend überholt, betrachtet man die Glohaldaten, denen zufolge drei Fünftel der Dritte-Welt-Ausfuhren aus Industriegütern bestehen. Doch ist nicht zu übersehen, daß sich diese zum einen auf ein Dutzend Länder konzentrieren, und daß es sich zum anderen um eher arbeits- als kapitalintensive, technologisch ausgereifte als forschungsintensive Güter, nämlich Textilien und Bekleidung, Schuhe, Gehrauchselektronik, Spielzeug neben Schiffbau und Chemieprodukten, handelt. Schon diese Form der Eingliederung in den internationalen Warenaustausch, ganz abgesehen von ihrer kapitalmäßigen Unterlegenheit und technologischen Abhängigkeit, qualifiziert diese Länder - trotz hoher PKE - als eigentliche Peripherie oder Satelliten der Metropolen¹⁹: Nicht nur ihre Aussichten auf wahren Metropolenstatus sind begrenzt, selbst als Schwelleoländer hleiben sie Ausnahme. Sie erinnern an die seit der Jahrhundertwende entstandene Nene Mittelschicht in den kapitalistischen Zentren: Aus der Entfaltung kapitalistischer Verhältnisse

Vgl. z.B. die aktuellen Überlegungen zur Zukunft Hongkongs nach seiner Reintegration ins chinesische Mutterland: Da hegen zum einen die Bermudas Hoffnungen, zumindest teilweise dessen Rolle zu übernehmen, da schickt sich zum anderen Shanghai an, in Konkurrenz zu Hongkong seine historische Rolle als wichtigster Handels- und Finanzplatz Chinas zurückzuerobern. In jüngster Zeit haben über die Hälfte der an der Hongkonger Börse gehandelten Unternehmen, inkl. Werften, Pensions- und Investmentfonds, ja selbst Firmen des chinesischen Staates auf den Bermudas eine 'legale Präsenz' etabilert. Vgl. International Herald Tribune v. 2. Juli 1997.

¹⁵ Typischerweise stehen ihren Handelsbilanzüberschüssen mit dem Westen entsprechende Defizite mit Japan gegenüber. Vgl. Bello, W./Rosenfled, S., Dragons in Distress, San Fernesico 1902.

Vgl. Carfantan, J.Y., a.a.O., pp 50f, So beherbergt Singapur allein 200 amerikanische Elektronikunternehmen mit 100.000 Beschäftigten für den US-Markt (Carfantan 1996, 83) und m Hongkong sind allein 1.100 US-Unternehmen etabliert. Vgl. Neue Züricher Zeitung v. 3.7.1997

¹⁷ Vgl. dazu auch Senghaas, D., Von Europa lernen, Frankfurt/M. 1982; Menzel, U., In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Süd-Korea und Taiwan, München 1985.

Weitere Alternativen gründen sich auf Tourismuseinkommen oder Gastarbeiterüberweisungen zumindest als 'Anschubfinanzierung' (Philippinen, Sri Lanka).

Vgl. auch Amin, S., L'Afrique et le développement, pp 36-43, in: Jeune Afrique Economie, No 234 (Februar 1996). Paris.

selbst organisch hervorgegangen, veränderten sie die Klassenstruktur, ohne sie aufzuheben, erlaubten individuellen sozialen Aufstieg, ohne ihn universalisieren zu können, verbesserten kollektive Lebenslagen absolut, ohne Ausbeutung zu verringern, geschweige denn zu ehmieren.²⁰

6. Das transnationale Kapital erzwingt die ökonomische Globalisierung, die nicht nur die Grenzen des Nationalstaats überschreitet, sondern diese selbst in Frage stellt. Zusammengefaßt un Begriff der 'natural economic areas' werden Produktionsfaktoren ländergrenzenübergreifend neu kombiniert; so idealiter beispielsweise Kapital und Technologie aus Japan und Korea mit Rohstoffen aus Sihirien und Chinas unerschöpflichen billigen Arbeitskräften.

Aus Länderperspektive bietet sich ein anderes Bild: Fragmentierung nationaler Wirtschaftsräume, begleitet von wachsender ökonomisch-sozialer Heterogenisierung und regionaler Ungleichheit. Als Korrelat der Orientierung am Weltmarkt werden nämlich nur bestimmte Unternehmen, Wirtschaftszweige, soziale Teilgruppen (Professionen) bzw. Regionen in die internationale bzw. unternehmensspezifische weltweite Arbeitsteilung einbezogen. So konzentrieren sich Wachstumsschäbe. Direktinvestitionen und Exportindustrien Chinas in den drei den Wirtschaftspolen Taiwan, Korea und Hongkong benachbarten bzw. gegenüberliegenden Regionen am südchinesischen Meer. Dort leben jedoch nur sechs Prozent der 1,2 Milliarden Chinesen. Ähnliches zeichnet sich in anderen Ländern und Kontinenten, wie in Bangalore, dem indischen Silicon-Valley, der Region Bombay in Indien oder in Sao Paulo in Brasilien ab: Funktional in die globale Arbeitsteilung integrierte Industriepole, gleichen sie außen-geleiteten, politisch und ökonomisch desintegrierten nationalen Exklaven. Gleichwohl beeinflussen sie die umgebende nationale Wirtschaftsgesellschaft: Ihre steigenden Löhne und Arbeitsmöglichkeiten resultieren in Inflation und wachsenden Disparitäten der Lebenschancen in den angrenzenden, vornehmlich ländlichen Regionen (von entfernt liegenden Provinzen ganz zu schweigen). Die Folgen liegen auf der Hand: massive Migration, nationale Verteilungsprobleme, Forderungen nach mehr Dezentralisierung, Schwächung des Zentralstaats bis hin zur politischen Abspaltung.

7. Gegenüber der Tendenz zur politischen Fragmentierung bestebender Natienalstaaten existieren Formen der Regionalisierung als grenzüberschreitende Kooperation von Staaten mit dem Ziel der Erweiterung des Wirtschaftsraums, der Verteidigung und Stärkung des regionalen gegenüber dem metropolitanen Kapital. ASEAN in Südostasien, SAARC in Südasien, MERCOSUR in Lateinamerika oder CARICOM in der Karibik sind nur die bekanntesten. 21 Die Probleme vertiefter reginnaler Integra-

tion bei ähnlich strukturierten Entwicklungsökonomien sind aus der Vergangenheit bekannt: Der begrenzten Freihandelszone im Inneren steht die Dominanz des Handels der individuellen Länder mit Drittstaaten gegenüber. Hinzu kommen etablierte Partikularinteressen klassenspezifischer, regionaler und nationaler Natur neben den technologischen Standards einer zunehmend offenen Weltökonomie, die eine binnenorientierte Umstrukturierung nicht einfach machen.

Eine andere Variante besteht in der Assoziierung von Dritte-Welt-Staaten an metropolitane Gravitationszentren, wie Mexikos Mitgliedschaft in der NAFTA oder die im Lomé-Abkommen mit der EU verbundenen 70 ebemaligen europäischen Kolonien aus dem afrikanischen, karibischen bzw. pazifischen Raum. Doch die erhofften Entwicklungsschübe für die AKP-Staaten sind ausgeblieben, und Mexiko kämpft im Gefolge der erzwungenen Pesoabwertung von 1994 mit der schwersten Wirtschaftskrise seit 60 Jahren, mit über einer Million zusätzlicher Arbeitsloser, drastischen Ersparnisverlusten und Einkommenseinbußen. Inwieweit mit der Assoziierung mehr als nur ein peripberer Status für die Assoziierten erreicht werden kann, wohingegen die Zentralökonomien im Yen-, Dollar- bzw. DM-Block ihre Machtbasis für den intermetropolitanen Konkurrenzkampf ausbauen, ist zumindest offen. Im Zweifelsfall zählen - unabhängig von internationalen Verträgen - die Interessen des Stärkeren.

Jenseits solcher formell-politischer Anbindung der Dritten Welt an einen der Blöcke der Triade ist an eine weitere Form der Assoziierung bzw. Integration in Abhängigkeit zu erinnern, die monetär vermittelt ist. Sie kommt generell schon darin zum Ausdruck, daß der Welthandel fast ausnahmslos in 'harten' Währungen abgewickelt wird, in denen die Zentralbanken der Länder auch ihre Geldreserven anlegen. So werden die Preise für Rohstoffe - typische Exporte des Südens - nicht am Entstehungsort, sondern an den Börsen in New York, Chicago bzw. London festgelegt und in den dortigen Währungen fakturiert; Aufkauf und Distribution werden zudem von wenigen metropolitanen Monopolisten beherrscht. Teilweise unabhängig von dieser unfreiwilligen Abhängigkeit, haben rund ein halbes Hnndert Länder direkt oder indirekt ihre Währungen an den Dollar angeschlossen.²⁴ Die Finanz- und Haushaltspolitik der USA, Außenhandelssaldo und Zinshöhe, der Wechselkurs des Dollar üben dadurch ent-

Vgl. Le Monde, Dossiers et Documents, Mars 1997, 'La guerre des monnaies'.

²⁰ So zuerst und klassisch Schmoller, G., Die soziale Frage, München/Leipzig 1918, bes. pp 61, 617.

²¹ ASEAN (Association of South East Asian Nations [*1967]. Mitglieder: Malaysia, Indonesien, Singapur, Brunei, Vietnam, Philippinen und Thalland): SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation [*1985]. Mitglieder: Indien, Pakistan, Nepal.

Bhutan, Sri Lanka, Malediven und Bangladesh); MERCOSUR (Mercado Comun del Sur [*1991]. Mitglleder: Argentinien, Uruguay, Brasilien, Paraguay); CARICOM (Caribbean Community [*1973]. 15 Mitglieder: u.a. Barbados, Guayana, Jamaika, Trinidad und Tobago, Bahamas, Belize, Surinam, Antigua, Grenada). Zu weiteren Regionalverbünden vgl. Globale Trends 1996, 221-223.

Vgl. zuletzt International Herald Tribune v. 1.10.1997, 'Police Stoke Fears of Crime in Beleaguered Mexiko', in dem als zusätzliche Konsequenz auf die drastische gestiegene Kriminalität abgehoben wird.

Zu den Chancen Osteuropas vgl. auch Dauderstädt, M., Europas schwieriger Osten: Konkurrent oder Armenhaus, Reihe Eurokolleg 28, Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn 1994.

scheidenden Einfluß auf die interne Politik dieser Länder aus. Die steigende Bedeutung von DM und Yen als internationale Währungen und Reservegeld signalisieren eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts zwischen den G3, die ihren Niederschlag in der Konsolidierung bzw. Erweiterung der respektiven Einflußzonen im Osten und Süden finden wird. Die Diskussionen um Frankfurt/M. als internationalen Finanzplatz, um den Euro und seinen Außenwert, reflektieren denselben Sachverhalt aus der Sicht der EU im Verhältnis zu den USA. Die Dritte Welt spielt in dieser Rivalität zwischen den führenden Zentren keine Rolle.

8. Die überwiegende Mehrheit der Länder und Bevölkerung des Südens fällt relativ zurück, viele befinden sich gar in einer Situation sich verschärfender Pauperisierung. Die neue Glohalisierung hat den Prozeß der ökonomischen Differenzierung des Trikont beschleunigt, neben den Schwellenländern die Vierte Welt hervorgehracht. Zurückgefallen im PKE, uninteressant für ausländische Direktinvestitionen, ist der Anteil der letzteren am Welthandel auf geringfügige Prozente geschrumpft. Daraus auf (wenn auch erzwungene) 'Dissoziation' zu schließen, womöglich als Chance eigenständiger Entwicklung, wäre völlig verfehlt. Institutionell und hinsichtlich der Reproduktionsnotwendigkeiten von Einfuhren ahhängig (angefangen bei Medikamenten, Energieträgern, Nahrungs- und Transportmitteln), verbirgt sich hinter der wertmäßigen Bedeutungslosigkeit der Ausführen dieser Ländergruppe eine Verschlechterung der terms of trade, die durch eine volumenmäßige Steigerung zu kompensieren versucht wird. Die Arznei (steigendes Angebot) verschlimmert jedoch nur die Krankheit (sinkende Warenpreise), vertieft noch weiter die externe Ahhängigkeit.

II. Globalisierung als Neokolonialismus

1. Ökonomische Glohalisierung üherschreitet zwar gegebene staatliche Grenzen und verändert das Verhältnis von Ökonomie zu Politik und Staat, aber heht das Weltsystem als strukturiertes Gefüge von Staaten nicht auf. Im Oegenteil, der Globalisierung der Ökonomien steht eine Fragmentierung der Staatenwelt - gerade auf Seiten der Entwicklungs- bzw. Transformationsländer in Süd und Ost - zur Seite, die auch durch die genannten Versuche zur supranationalen Blockbildung nicht durchbrochen wird. Von der Entstehung eines Weltstaates als politischem Überhau der Weltwirtschaft kann empirisch keine Rede sein.

2. Die ökonomische Globalisierung hedarf eines institutionellen Rahmens, der prinzipiell nur zwischen Regierungen als rechtsetzenden offiziellen Vertragsparteien ausgehandelt werden kann. Denn auch Marktwirtschaften funktionieren nur im Rahmen einer sozio-politischen Ordnung; sie bedürfen des Staates, der politischen Herrschaft zur Festsetzung und Einhaltung von Rahmenbedingungen, gegebenenfalls staatlicher Sanktionsgewalt gegenüber Ahweichlern. So war auch in den Theorien über den hürgerlichen Staat nur dessen spezifische Form, seine Rückhindung zu (Ableitung aus) kapitalistischen Produktionsverhältnissen zur Diskussion gestellt, nie dessen essentielle Notwendigkeit.

3 Essentialität dem Wesen, Spezifik der Form nach ist der Staat der postfordistischen Phase des Spätkapitalismus durch ein ausgeprägtes Machtungleichgewicht zwischen den Staaten geprägt. War dies bis dahin eher in der Wirkungsweise als im formalen Regelwerk internationaler Institutionen und Regimes nachweishar, so findet sie heute ihren umittelbaren Ausdruck in der Transformation internationaler Regimes und Institutionen in westliche Herrschaftsinstrumente: Die einseitige Indienstnahme der UNO, nicht zuletzt des Sicherheitsrates, zur Förderung eigener Interessen, die Pressionen zur UNO-Reform durch arbiträre Finanzmittelkürzung, die Forderungen nach Auflösung von UNCTAD und UNIDO, den beiden Trikont-Foren in der Weltorganisation par excellence, sind aktuelle Zeugnisse. 27 Die Welthandelsorganisation (WTO) als Nachfolgerin des GATT ist vertraglich (und mit Sanktionsgewalt ausgestattet) auf die weltweite Liheralisierung der Märkte, einschließlich Banken, Versicherungen und Kommunikation, sowie die Durchsetzung westlicher Patentvorstellungen (TRIPS) als universell geltendes Eigentumsrecht festgelegt. 28 Der Internationale Währungsfonds, urspünglich als Instrument zur Erleichterung des internationalen Handels eingerichtet, wurde im Rahmen der Schuldenkrise in eine Institution der Gläubiger-Staaten verwandelt. Seine der überwältigenden Mehrheit der Länder des Trikont verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen (SAP) zielen auf die Entmachtung des Entwicklungs- und Sozialstaats und die forcierte Weltmarktöffung durch Währungsahwertung,

²⁵ Inhalt und Auswirkungen illustrieren die in der Communauté financière africaine (CFA-Franc Zone) zusammengefaßten ein Dutzend westafrikanischer Länder nach der von Paris entschiedenen Abwertung des Franc. vgl. Quid? 1997, Paris 1996, 2180.

Zum Verhältnis von Globalisierung, Regionalisierung und Nationalstaat vgl. aligemein Hirsch. J., Der Nationale Wettbewerbsstaat, Berlin 1995, bes. Kap. II. 2, 3 und III. 14 (pp 83-136). Daneben Holloway, J., Reform des Staates: Globales Kapital und nationaler Staat, in: PROKLA 90, 1993, pp 12-33; Prokla Redaktion, Der Nationalstaat zwischen globaler Ökonomie, regionaler Blockbildung und regionalistischem Separatismus, in: PROKLA 90, 1993, pp 3-11; vgl. auch Picciotto, S., Die Krise des internationalen Staates, in: PROKLA 90, 1993, pp 34-49.

²⁷ So die Aktionen in Somalia, Irak bzw. Ruanda im Namen der 'Völkergemeinschaft' oder die permanente Mißachtung von UNO-Resolutionen bzgl. Israel. UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) und UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) wurden auf Initiative des Trikont unter dem Banner nachgeholter Entwicklung gegründet. Anders als das innerhalb der Weltorganisation autonome GATT sind sie als Sonderorganisationen direkt der UNO angegliedert; und anders als die Institutionen von Bretton Woods (IWF, Weltbank), deren Stimmrechte nach Finanzeinlage gewichtet sind, sind sie direkt dem Wirtschafts- und Sozialrat unterstellt und spiegeln die zahlenmäßige Dominanz des Südens wieder.

Vgl. Raghavan, Ch., Recolonisation, London 1990; RESURGENCE (Penang, Malaysia), No 60, 1995, The Big Squeeze; RESURGENCE No 64, Dec. 1995, 'A New Colonialism?'; RESURGENCE, WTO: New Setback for the South, No 77/78 (Jan. 1997); iz3W, Die WTO und die neuen Dimensionen im Welthandel, 206, 6/1995; iz3w, No 160, 9/1989 (GATT-Neuordnung des Weltagrarhandels).

Vgl. Neelsen, J., L'ONU et le Tiers Monde, pp 88-100, in: APHG (ed), L'ONU: 50 ans dans la vie internationale, Nancy 1996.

Das neue Verhältnis von Staat/Politik zu Ökonomie läßt sich danach präzisieren: In der Triade schlägt sich der Staat auf die Seite des transnationalen Kapitals. Mit dem Schlagwort von der Standortsicherung als Kampfbegriff und Alibi zugleich ist dieses Bündnis im Innern gegen die abhängig Beschäftigten gerichtet. In globaler Perspektive dient der imperialistische Staat dagegen der Stärkung der heimatlichen Machtbasis der TNK mit dem Ziel durch 'commercial diplomacy' Vorteile gegenüber der Konkurrenz aus anderen Zentrumsstaaten berauszuschlagen und allgemein einen weltweit ungehinderten Markt- und Ressourcenzugang zu sichern. Von einer generellen 'Entstaatlichung' kann gar keine Rede sein.

4. Die neue Globalisierung hat auch eine politisch-militärische Dimension. Der Zusammenbruch des Ostblocks und der Wiederaufstieg Deutschlands und Japans baben die Struktur des internationalen Gefüges zwischen West und Ost wie zwischen Nord und Süd verändert. In der Tiefenstruktur der sich herauskristallisierenden Globalökonomie zeichnet sich die Bildung dreier konkurrentialer Blöcke mit den Kernländern USA (NAFTA). Deutschland (EU) und Japan (Pazifischer Raum) ab. Diese Triade repräsentiert über 80 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts, der Direktinvestitionen, des Handels, der Finanzen, von Wissenschaft und Forschung. Der Konzentration von ökonomischer Macht gesellen sich weitere Monopole hinzu, die ihr eine weltweite Hegemonie auch im kulturell-ideologischen und militärischen Bereich (Medien, I&K-Technologien, Massenvernichtungswaffen, Weltraumforschung) sichern. Sie erlauben es ihnen, ihrem gemeinsamen Interesse nach Stabilität des internationalen Finanzund Wirtschaftssystems, nach sicherer und preisgünstiger Energieversorgung und ungehindertem Zugang zu Märkten und Rohstoffquellen ein 'lebenswichtiges nationales Interesse' zu unterlegen, das gebenenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen, legitim ist. Der Krieg gegen den Irak und der Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen ohne Zerstörung der eigenen Arsenale sind die jüngsten Belege. In der Aufstellung 'Schneller Eingreiftruppen' materialisiert sich die Neudefinition des militärischen Auftrags zur weltweiten Durchsetzung nationaler Interessen anstelle der bisherigen Verteidigung des nationalen Territoriums. Primärer Adressat dieses Politik- und Strategiewandels ist die Dritte Welt. Das Embargo gegenüber Libyen, die Sanktionspolitik gegen Iran und Irak, die Invasion Panamas, die Gefangennahme und Verurteilung seines Präsidenten vor einem amerikanischen Gericht belegen, daß der Welt auch eine juristische Ordnung okzidentaler Provenienz aufgeherrscht werden soll.36

5. Die Konkurrenz als Triebfeder kapitalistischer Entwicklung hat eine ökonomische und politische Seite. Jenseits der Verteidigung 'kollektiver Güter' drückt sie sich in der weltweiten Konkurrenz der Blöcke um Einflußzonen aus. So wurde im Gefolge des 2. Golfkriegs der politische, militärische und wirtschaftliche Einfluß der europäischen Mächte im Vorderen Orient zugunsten der USA drastisch reduziert; diese kontrollieren von aun an die Energieversorgung, Lebensader moderner Ökonomien, auch ihrer Konkurrenten. Und bei den jüngsten Konflikten in Zaire/Kongo bzw. Ruanda ging es nicht zuletzt um Zentralafrika als einer traditionellen Einflußzone Frankreichs, das sich beute die anglo-amerikanischen Mächte einverleiben möchten.

Schlußbemerkung

Gegenüber der Minderheit der Globalisierungsgewinner in allen Ländern sieht sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Südens eher mit größerem Elend und kulturellem Identitätsverlust, gepaart mit politischer Instabilität, Staatszerfall und Bürgerkrieg, konfrontiert. Humanitärsolidarische Engagements für die Dritte Welt, von fair trade bis zu verstärkter bzw. an Demokratie- und Menschenrechtsauflagen gebundene Entwicklungshilfe werden keine Abhilfe bringen, wenn sie es je taten. Denn, wie lange kann der Mehrheit der Weltbevölkerung ihr Recht auf Würde versagt werden? Wie lange können Autos, Kühlschränke u.a. Symbole von 'Fortschritt und Zivilisation' als 'positionale Güter' (Altvater) den Menschen im Norden zugängig, den Menschen im Süden aber vorenthalten bleiben?

Doch anders noch als bis dato, da sie durch Warenexporte Arbeitsplätze importierten und als Konsumenten von den Nord-Süd-Beziehungen profitierten, geraten die Industrieländer in verstärktem Maße durch Migration sowie Delokalisierung der Produktion und Importe aus der Dritten Welt sozial, politisch und ökonomisch unter Druck. Heute schon Problem der 'sunset-Industrien' und unqualifizierten Arbeit, werden morgen weitere Branchen, qualifiziertere Berufsgruppen und soziale Schichten von billigerer ausländischer Konkurrenz, Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg betroffen sein. 32 Das Schengener Abkommen, wachsende Xenophobie in

³⁰ Der Versuch zur Internationalisierung von Rechtsnormen, einschließlich der Einrichtung internationaler Tribunale, steht in flagrantem Gegensatz zur Dauermißachtung von UNO-Resolutionen zu Israel/Palästina oder der unverhüllten Beteiligung westlicher Regierungsstellen an Attentatsversuchen gegen Pidel Castro, der Ermordung Che Guevaras oder Lumumbas (und der Machtilbernahme Mobutus). der Mitverantwortung Frankreichs an den Massakern in Ruanda. Diese wenigen Belspiele illustrieren die Wahrheit, daß das herrschende Recht nichts als das Recht der Herrschenden ist.

Schließlich soll auf den europäischen 'Bananenkrieg' verwiesen sein, in dem sich afrikanische und karibische Exporteure solchen aus Lateinamerika gegenüberstanden. Hinter vordergründigen Preisargumenten ging es - wie die staatlichen Interventionen insbesondere Frankreichs und der USA verdeutlichen - um die Sicherung kleinbäuerlicher Produzenten aus francophonen AKP-Staaten gegenüber den Interessen (latein) amerikanischer Großplantagenbesitzer und mehr noch ihrer US-amerikanischen weltweiten Handelsmonorpolisten.

Die Software-Industrie in Indien genleßt schon jetzt internationalen Ruf. Swissair und die Lufthansa lassen einen großen Teil ihrer Buchführung in Bangalore vornehmen. Die Indian Institutes of Technology, die Nuklearforschung, die Satellitentechnik und Trägerraketenproduktion in Indien oder China, um nur zwei herausragende Beispiele zu nennen, zeigen, daß Forschung und Entwicklung von Weltgeltung in der Dritten Welt trotz schmaler infrastruktureller, personeller und institutioneller Basis durchgeführt

Deutschland, die gerade bei der Arbeiterklasse erzielten Wahlerfolge der Front National in Frankreich, verweisen auf die Brisanz des Problems.

Doch Vorschläge, die darauf abzielen, nur metropolitane Partikularinteressen zu verteidigen, sind zum Scheitern verurteilt. a) Wer eine größere Besteuerung internationaler Finanztransfers (Tobin-Tax) und eine Nachfragestärkung durch Einkommenserhöhung fordert, unterscheidet zwischen einem 'guten' produktiven Kapital und einem 'schlechten' Geld- und Finanzkapital. Doch bleibt diese Argumentation völlig der Kapitallogik verbaftet und will nur die aktuellen Bedingungen der Kapitalverwertung ändern. Dabei mag es gelingen, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, ein weiteres Absinken der Reallöhne zu stoppen, vielleicht gar die Tendenz umzukehren, am Ausbeutungscharakter des Systems wird sieb nichts ändern, am absoluten Elend im Trikont schon gar nichts. Kurz, hier liegt ein klassischer Fall dessen vor, was das Manifest als 'Bourgeois-Sozialismus' geißelt. b) Angesichts der Schwächung des Nationalstaats sind regionale Blockbildungen angesagt. Doch das aktuelle Projekt Europa ist eher Ausdruck wachsender imperialistischer Konkurrenz, des Kampfs um die Neuaufteilung der Welt als Schlüssel zur Sicherung des Wohlfahrtsstaats im Inneren oder gar Ausgangsbasis eines weltweiten Kampfes zur Überwindung des Kapitalismus. c) Die Forderung nach Rückgewinnung der Hegemonie der Politik über die Ökonomie stellt sich so nicht für die Metropolen. Hier sind Liberalisierung, Deregulierung und Entstaatlichung Programm und ausdrückliches Ziel staatlicher Politik. Mit dem Ende des Fordismus sind die Voraussetzungen für den ihn kennzeichnenden institutionalisierten Klassenkompromiß aufgehoben. Der Staat manifestiert wieder offen - wie so bäufig in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft seinen Klassencharakter. So steht in den Metropolen nicht die Wiedergewinnung des Primats der Politik, sondern eine andere Politik mit anderer Klassenbasis zur Diskussion. Anders im Trikont, in dem die Globalisierung unter Führung der TNK und unterstützt durch deren Regierungen zu einer allgemeinen Entmachtung des Staates geführt bat. Hier umfassende Gegenmächte mit alternativen Gesellschaftsmodellen auf Dauer zu etablieren, erscheint angesichts der allseitigen metropolitanen Monopole und der Kooptation einbeimischer Eliten eher unwahrscheinlich; ein grundlegender Wandel wird erst auf der Basis vorheriger Veränderung in den Metropolen bzw. der internationalen Machtverbältnisse erwartet werden

wird. Die joint ventures im Fahrzeugbau (in Indien, China, Korea), bei der geplanten Entwicklung eines Flugzeugs mittlerer Passagierkapazität zwischen Airbus-Industrie und der VR China oder Frankreichs vertragliche Zusage zum Technologietransfers für Hochgeschwindigkeitszüge an Südkorea bei der Auftragsvergabe einer Eisenhahnverbindung deuten darauf hin, daß es sich hier nur um einen Anfang in der Entstehung neuer Technologie- und Industriepole im Hochtechnologiebereich in der Dritten Welt handelt. Das Aufbrechen solcher bisheriger Monopole dürfte eine verschärfte Konkurenz und eine Beschleunigung in der Entwicklung neuer Produkte, gekoppelt mit einer weiteren Verkürzung der Produktzyklen, zur Folge haben. Zudem dürften auch hoch qualifizierte Fachkräfte um ihre Arbeitsplätze bangen, wohingegen bisher vor allem wenig qualifizierte Jobs in den Metropolen von der Konkurrenz des Trikont bedroht waren.

können. d) Im Namen von 'Sozialklauseln', Umweltstandards bzw. demotratischen Verhältnissen schließlich werden Importbeschränkungen von produkten aus dem Süden sowie eine gezielte Entwicklungshilfe eingefordert. Nur schlecht verbirgt sich hinter diesen Forderungen im Namen allgemeiner Menschenrechte das Bemühen um den Schutz eigener materieller Partikularinteressen. Daß Entwicklungshilfe a priori den politischen und ökonomischen Interessen der Geberländer dient, ein geringes Volumen aufweist, das zudem nur einen Bruchteil der ökonomischen Verluste durch Nichteinhaltung der GATT-Regeln seitens der OECD-Länder ausmacht, ist vielfach dokumentiert. Angesichts der überragenden Verantwortung der reichen Länder für die weltweite Umweltbelastung³³ sowie der allseitigen Abbängigkeit des Südens von Märkten, Technologie, Betriebsanlagen, Produktstandards etc. können Umweltauflagen nur als vordergründiges Argument zur Verschleppung nachgeholter Entwicklung und indirekter Schutzzoll auf Kosten des Trikont verstanden werden. Schließlich ist es wohlfeil, 'westliche' Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse universell zu fordern. Kinderarbeit im Einzelfall anzuklagen, ohne die allgemeinen Ursachen vor- und balbkapitalistischer Ausheutungsformen, begründet in der spezifischen Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse in der Peripherie, auf- und anzugreifen.

Zwei, im Prinzip, wenn auch nicht in der Praxis, banale Schlußfolgerungen liegen auf der Hand: die Unabdingbarkeit theoretischer Arbeit in (selbst-)kritischer Absicht unter Berücksichtigung empirischer Arbeiten, wie bisheriger Ansätze zu Entwicklung und Unterentwicklung, von Strategien, Institutionen, sozialen Akteuren (einschließlich und gerade solche marxistischer Prägung); zum anderen erfordert Globalisierung eine globale Lösungsperspektive. Mögen auch keine entsprechenden Strategien zu definieren sein, schon die Kritik an Vorschlägen ob ihrer mangelnden Reichweite für verbesserte Lebenschancen und Würde jedes Einzelnen, scheint unter heutigen Bedingungen ein Fortschritt.

Das Zentrum des Kapitalismus liegt bei uns in den Metropolen; hier auch sind wir am politischen Prozeß beteiligt. Mögen viele ihre Hoffnungen auch auf revolutionare Bewegungen in der Dritten Welt setzen, trotz Globalisierung bleibt das Politikfeld primär national bestimmt. Es ist hier, wo wir politisch agieren können und müssen.

³³ So produzieren die reichen Länder knapp 70 Prozent der weltweiten Industrieabfälle, 75 Prozent der Treibhausgase, 95 Prozent der FCKW.

Raul Pont

Demokratie und Volkspartizipation in der öffentlichen Sphäre

Erfahrungen mit der partizipativen Haushaltsgestaltung in Porto Alegre (1989-1996)

Vorbemerkung der ÜbersetzerInnen: Bei den letzten brasilianischen Kommunalwahlen im Herbst 1996 waren die Ergebnisse für die linke Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT) gemischt. Erfolgreich war sie u.a. in Porto Alegre, der Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul. Seit 1989 gewann die PT die Wahlen zum dritten Mal in Folge; bereits nach dem ersten Wahlgang war die Entscheidung zugunsten des PT-Bürgermeisterkandidaten Raul Pont gefallen. Die Grundlage des Erfolges bildete ein aus "linker Sicht erfolgreiches Modell" der Kommunalpolitik. 1 Kommunalpolitische Spielräume wurden durch eine Steuerreform erweitert und sollen durch eine Verwaltungsreform weiter ausgebaut werden. Im Kern der Reformmaßnahmen steht allerdings eine partizipative Haushaltsgestaltung, mit der Elemente der direkten Demokratie in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse integriert werden. In der hier dokumentierten, am 6.3.1997 vor der CTA (Confederation de Trabajadores Argentinos²) in Buenos Aires gehaltenen Rede beschreibt Raul Pont³ die erfolgreiche Funktionsweise des Partizipativen Haushalts (Orçamento Participativo).

Einleitung

In Brasilien ist die Geschichte der Aufstellung und Umsetzung öffentlicher Budgets durch gravierende Mängel gekennzeichnet, durch Machtkonzentration, Ressourcenverschwendung, politischen Klientelismus und Korruption. In Porto Alegre hat sich dies verändert. Seit acht Jahren hat die Kommunalverwaltung von Porto Alegre ein innovatives und revolutionäres System zur Ausarbeitung und Beaufsichtigung des Kommunalhaushalts geschaffen. Es steht im Mittelpunkt eines Maßnahmehündels, mit dem Partizipations- und Entscheidungsinstanzen der Kommune in der Verwaltung des öffentlichen Haushalts und in den sektoralen Politiken his hin zu den Wahlen der Schulleiter und Schulräte des städtischen Schulsystems gestärkt oder geschaffen wurden.

Im Partizipativen Haushalt treffen nicht nur Bürokraten nnd regierende Politiker Entscheidungen üher Steuereinnahmen und öffentliche Ausgaben. In einem Beratungs- und Diskussionsprozeß hestimmt die Bevölkerung über die Höhe der Einnahmen und Ausgahen, sie entscheidet über Investitionen, Prioritäten, Bau- und andere Regierungsmaßnahmen.

Der Partizipative Haushalt hat bewiesen, daß die demokratische und transparente Verwaltung der Ressourcen der beste Weg ist, Korruption und die Verschwendung öffentlicher Finanzmittel zu vermeiden. Im Gegensatz zur Auffassung einiger Technokraten hat die Volkspartizipation effiziente öffentliche Ausgaben ermöglicht und zu öffentlichen Maßnahmen geführt, die für die Bevölkerung äußerst wichtig sind. Bisher hahen die partizipativ enschiedenen Projekte - insbesondere zugunsten der städtischen Infrastruktur und für eine höhere Lebensqualität der Bevölkerung insgesamt ein Volumen von 700 Millionen Dollar erreicht.

Der Partizipative Haushalt hat auch bewiesen, daß der Aufbau von praktischen Partizipationsmechanismen und die Bereitschaft der Regierung, den Entscheidungen der Bevölkerung Folge zu leisten, wesentlich sind, um die bürokratischen Barrieren zu durchbrechen, die die zivile Gesellschaft vom Staat trennen, und um aktiv wahrgenommene Bürgerrechte zu konstituieren. In Porto Alegre kennen und entscheiden die Bürger heute die öffentlichen Angelegenheiten, und damit verändern sie sich immer mehr zum Subjekt ihrer eigenen Zukunft.

Diese Erfahrung hedeutet für die Bürger zugleich eine politische Reflexion über die Grenzen und Unzulänglichkeiten der repräsentativen Demokratie. In einem Land wie Brasilien, in dem das Parteiensystem zerbrechlich ist, wird die delegierte Stimme von den politischen Repräsentanten, die oftmals ihre Partei wechseln oder Programme nicht ausführen, in der Regel nicht respektiert. Die im Partizipativen Haushalt umgesetzte direkte Betätigung hat viel Positives üher die Zunahme des politischen Bewußtsein und die politische Praxis der Bürger, die sich Informationen und die Kontrolle über den Staat aneignen, zutage gefördert.

Nach Umfrage-Ergebnissen kennen 60 Prozent der Bevölkerung den partizipativen Haushalt. Tausende von Personen nehmen in lokalen Versammlungen, in der regionalen Vollversammlung und in Foren zu spezifischen Themenfeldern aktiv an dem Prozeß teil.

Gegenwärtig werden in ganz Brasilien in mindestens 70 Kommunen Partizipative Haushalte eingeführt, auf der Grundlage von Erfahrungen in Porto Alegre.

Ein kurzer Überblick über die Geschichte des Partizipativen Haushalts

Porto Alegre ist die Hauptstadt des Bundeslandes Rio Grande do Sul, hat 1.290.000 Einwohner und liegt in einem Ballungsgebiet mit drei Millionen

Siehe dazu auch Joachim Becker, PT-Erfolge durch Partizipation. Kommunalwahlen in Brasilien, in: ila, Zeitschrift der Infomationsstelle Lateinamerika 201/Dez. 1996, S. 25f.

Neuer Gewerkschaftsverband, der aus Kritik an der peronistischen CGT gegründet wurde.

Rauf Pont ist auch Exekutiv-Sekretär der Rede de Cidades do Mercosul, dem Städtenetz des süd-südamerikanischen Wirtschaftsraums.

Einwohnern. Nachdem die Stadt ihren Ursprung in der Industrialisierung des Bundeslandes hatte, ist die Bedeutung der Industrie in Porto Alegre gesunken, und die Stadt hat sich zu einem Dienstleistungs- und Handelszentrum gewandelt. Bis Anfang der 80er Jahre verzeichnete Porto Alegre einen beschleunigten Bevölkerungsanstieg - ein Prozeß, der zusammen mit der starken Einkommenskonzentration ein erhebliches Ungleichgewicht erzeugt und ein Drittel der Bevölkerung ohne Zugang zur städtischen Infrastruktur gelassen hat.

Dieser Teil der Bevölkerung wurde traditionell von der Kommunalverwaltung vergessen. 1989 gab es eine enorm große Anzahl von Bürgern, die in inoffiziellen Stadtvierteln oder Dörfern lebten. Diese Menschen haben in Baracken gewohnt, ohne Trinkwasserversorgung, ohne Ahwasserkanalisation und ohne befestigte Straßen. Das bedeutet, daß die öffentliche Hand einem bedeutenden Teil der Bevölkerung minimale Versorgungseinrichtungen schuldig geblieben war. So wurden zu Beginn des partizipativen Haushalts Fälle bekannt - festgebalten in Dokumenten -, in denen Teile der Bevölkerung 30 oder 40 Jahre lang um eine Abwasserkanalisation oder um die Befestigung von Straßen kämpsten.

Die völlig zentralisierten und antidemokratischen Regierungsinstitutionen wurden ein unüberwindbares Hindernis für eine transparente und organische Beziehung mit der Gesellschaft. Die Kommunalverwaltungen trafen Investitionsentscheidungen, ohne die Bevölkerung zu berücksichtigen, und nach Prioritäten, die von denen der Gemeinden abwichen. Außerdem waren die Kommunen mit einem administrativen und finanziellen Ungleichgewicht struktureller Natur konfrontiert. Die Steuereinnahmen der Kommunalverwaltung waren nicht angepaßt worden und unzureichend, um ein Minimum an kommunalen Aktivitäten zu finanzieren und damit die Entwicklung der Stadt auszugleichen, ihr entgegenzusteuern und damit zu beginnen, der sozialen Verantwortung gegenüber Tausenden von Bürgern, die in erniedrigendem Elend lebten, gerecht zu werden.

1989, als der Partizipative Hausbalt entstand, kam es aufgrund der widrigen Umstände und der Unerfahrenheit mit dem Neuen zu einer bescheidenen Teilnahme der Bevölkerung. Im Jahr 1990 blieb die Teilnahme auf einem niedrigen Niveau, inshesondere infolge der finanziellen Schwierigkeiten der Präfektur. Erst als die Kommune durch eine umfassende Steuerreform die Fähigkeit zu investieren wiedererlangte, bekam der Partizipative Haushalt einen starken Impuls. Die Regierung batte nun Ressourcen, um auf die Forderungen der Bevölkerung einzugehen, und die Bevölkerung fing an, mit ihren eigenen Augen zu sehen, daß ihre Entscheidungen respektiert wurden und auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen hinausliefen.

Die brasilianische Steuerstruktur ist ungerecht, weil die indirekten Steuern, die aus dem Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen hervorgeben, dominieren, und sie zudem zwischen den Zuständigkeitsbereichen der

Verwaltung ungerecht verteilt sind. Von den gesamten Steuern verbleiben ungefähr 55 Prozent beim Bund, 28 Prozent bei den Bundesländern und 17 prozent bei den Kommunen. Damit ist festgelegt, das fast die Gesamtbeit der Kommunen von Transfers des Bundes und der Bundesländer als ihrer Haupteinnahmequelle lebt.

Die in Porto Alegre durchgeführte Steuerreform bat ein deutliches Anwachsen der Einnahmen ermöglicht. Heute gehen mehr als 50 Prozent der kommunalen Einnahmen aus kommunalen Steuern bervor. Obne Zweifel haben wir das durch die Präsenz der Gemeinden in der Diskussion und die Kenntnisse der Bevölkerung, wo und wie öffentliche Mittel verwendet werden, erreicht - durch die partizipative Demokratie.

Verfassungsrechtlich verabschiedet die Kommune Steuergesetze und nimmt Steuern sowohl in der Form von Grundstücks-, Immobilien- und Dienstleistungssteuern als auch bei der Veräußerung von Immobilien ein, sowie Gebübren für öffentliche Dienstleistungen. Unter den Transfers ist die von den Bundesländern erbobene Mehrwertsteuer die wichtigste kommunale Einnahmequelle.

Die durchgeführten Steuerreformen sind durch eine ausgedehnte und demokratische Debatte in den Gemeinden sowie durch einen progressiven Charakter der Immobilien- und Grundstücksteuer für die Reichen gekennzeichnet. Sie baben ein Kataster mit mehr als 470.000 Eintragungen ermöglicht.

Seit dem Jahr 1991 ist das Partizipative Budget immer mehr zu einem wachsenden und begeisterten Prozeß geworden, der die Gemeinden aller Bezirke mobilisiert. 1994 zum Beispiel baben mehr als 11.000 und 1995 mehr als 14.000 Personen allein an den direkt von der Präfektur koordinierten Veranstaltungen und den Foren teilgenommen. Wenn wir zu diesen die Teilnebmer an unzähligen Versammlungen binzuzählen, die von den Gemeindeverbänden und Bürgervereinigungen organisiert wurden, kommen wir auf ungefähr 100.000 Personen, die an der Ausarbeitung des Partizipativen Haushalts beteiligt waren. Außerdem sind ungefähr 1.000 Einwohnerorganisationen und Verbände in den Prozeß des Partizipativen Haushalts eingebunden.

Die Funktionsweise des Partizipativen Haushalts

Die Funktionsweise des Partizipativen Haushalts wurde in den letzten Jahren verbessert, um die vielen verschiedenen Probleme, die aufgetreten sind, zu lösen. Gleich am Anfang wurde deutlich, daß die Prioritäten in den ärmsten Bezirken, in denen die Mehrheit der Bevölkerung lebt, sich sehr von denen der Bezirke unterschieden, in denen Menschen leben, die über mehr Mittel verfügen. In den armen Stadtvierteln stand das Problem der Kanalisation im Vordergrund, in den reichen Stadtvierteln dominierte die Sorge um die Straßenreinigung und die Pflege von Parks und Plätzen.

Andererseits gab es in der Bevölkerung der armen Stadtviertel Unterschiede im Hinblick auf den jeweiligen Organisationsgrad zur Durchsetzung von Forderungen.

Ein anderes Problem, das auftrat, war die Tradition klientelistischer Beziehungen, die auf dem Tausch von Bitten aufgehaut wurden. Diese in unserer Kultur stark verwurzelte Tradition führt Passivität herbei, nicht zu Partizipation, sondern zur Kooptation der Bevölkerung. Zudem gab es keine Erfahrungen mit Debatten in der Auseinandersetzung um wichtige Themen technischer Natur, wie zum Beispiel den Haushalt. Und tatsächlich reichten die Steuermittel auch nach der Steuerreform nicht aus, dem gesellschaftlichen Bedarf gerecht zu werden.

Damit war es notwendig, Mittel und Wege zu finden, die Passivität und die klientelistischen Beziehungen aufzubrechen, die Partizipation anzuregen und üher Investitionen und Ausgaben nach objektiven Kriterien, akzeptiert von den Gemeinden, zu entscheiden, die ganze Stadt fair zu berücksichtigen und eine Prioritätenliste aufzustellen, die die gravierenden Unterschiede herücksichtigt.

Der Ablauf, der zur Lösung dieser Probleme und zur Absicherung der erweiterten Partizipation gefunden wurde, der die Demokratie des ganzen Prozesses bewahren und die Diskussion reich, produktiv und erzieherisch werden lassen sollte, ist folgender:

1) Die Stadt wurde in 16 Bezirke unterteilt, nach geographischen, sozialen und organisatorischen Kriterien. Durch diese Bezirke wurde die erweiterte Partizipation der Bevölkerung organisiert. Um außerdem die Teilnahme von Individuen und Organisationen zu ermöglichen, die an andere soziale Bewegungen wie die Gewerkschaften, die Frauenbewegung, an die Bereiche Gesundheit, Erziehung, Kultur usw. angebunden sind, wurden für fünf Themenfelder Partizipationsstrukturen geschaffen: städtische Entwicklung und Organisation; Transporte und öffentliche Verkehrsmittel; Gesundheit und soziale Dienste; Erziehung, Kultur, Freizeit sowie wirtschaftliche Entwicklung und Besteuerung.⁴

Jährlich fördert die Prafektur mindestens zwei große Runden von Plenarsitzungen in den Bezirken und zu den genannten Bereichen. In der ersten Runde wird ein Rechenschaftsbericht vorgelegt - was durchgeführt wurde, was gegenwärtig durchgeführt wird, was noch nicht begonnen wurde und warum nicht. Das ist der Moment, in dem die öffentliche Gewalt der Kritik der Bevölkerung unterworfen wird. Diese Stufe garantiert die Transparenz des Prozesses - eine Fundamentalhedingung für jene offene Beziehung, die

das partizipative Budget erfordert. In der zweiten Runde gewichten die Bewohner jeder Straße und jedes Stadtviertels sowie die Träger der um die fünf Themenfelder gruppierten Partizipationsstrukturen ihre Prioritäten und wählen die Delegierten für den partizipativen Haushalt.

Zwischen den zwei Runden ist Raum für eine intermediäre Phase, in der unzählige Versammlungen, sowohl zu den gesonderten Aufgabenbereichen als auch im den Bezirken (die ihrerseits in Sub-Bezirke unterteilt sind) abgehalten werden. Indem die Bevölkerung an einer Aufstellung ihrer jeweils wichtigsten Bedürfnisse arbeitet, entwickelt sie eine Vorstellung ihrer notwendigen Bedürfnisse und stellt eine Hierarchie der dringendsten Aktivitäten und Baumaßnahmen auf. Obwohl aus kleinen Versammlungen sich zusammensetzend, ist dies einer der wichtigsten Momente des Prozesses, weil sich die Debatte und die Diskussion feinädrig durch die Stadtviertel verbreitet, wodurch eine umfassende Diskussion ermöglicht wird nnd es zu einer erregten, aber produktiven Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden kommt, wenn es um Ressonreen und Investitionen geht.

2) Nachdem Prioritäten definiert und Räte sowie Delegierte aus den thematischen Foren und den Bezirken gewählt wurden, werden das Porum der Bezirks- und Themendelegierten sowie der Kommunalrat für Planung und Haushalt gebildet.

Der Kommunalrat für Planung und Haushalt setzt sich aus jeweils zwei Räten und jeweils zwei Stellvertretern aus den 16 Bezirken der Stadt, aus jeweils zwei Räten und der gleichen Anzahl von Stellvertretern aus den themenspezifischen Foren, aus einem Vetreter und einem Stellvertreter der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Porto Alegre und aus einem Vertreter und einem Stellvertreter des Dachverbandes der Stadtviertelverbände zusammen. Die Regierungsvertreter sind zu zweit und haben kein Stimmrecht. Die Räte haben ihr Mandat für ein Jahr und es besteht die Möglichkeit, einmal wiedergewählt zu werden. Das Mandat kann jederzeit in einem besonderen Verfahren durch das Delegiertenforum entzogen werden, mit einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln.

Die Delegierten, deren Anzahl die der Räte deutlich übersteigt, treffen sich einmal im Monat und konstituieren das bereits erwähnte Forum der Bezirks- und Themendelegierten. Die Delegierten haben die Aufgaben, die Räte zu unterstützen - indem sie die Bevölkerung über im Rat diskutierte Themen informieren -, die Versammlungen in der intermediären Phase zu garantieren, die Konsolidierung der Bezirksräte, die ebenfalls entstanden sind, zu unterstützen und im Kontakt mit der Bevölkerung den Verlauf der im Investitionsplan vorgesehenen baulichen Maßnahmen zu begleiten.

3) Nach dem Prozeß der aufeinanderfolgenden Versammlungen in den thematischen Foren und den Bezirken und nach dem Aufbau des Delegiertenforums und des Kommunalrats beginnt die abschließende Gestaltung des kommunalen Haushalts und des Investitionsplans. In einem ersten Schritt nehmen alle Behörden der Regierung an den Sitzungen des

Anm. der Übers.: Joachim Becker (a.a.O.) schreibt zu den thematischen Foren: "Nun gibt es auch Investitionsentscheidungen, die weit mehr als eine Region betreffen. Um diese Entscheidungen auch in den partizipativen Budgeterstellungsprozeß zu integrieren und über die Nachbarschaftsvereine hinaus Gewerkschaften, Berufsvereinigungen, Unternehmerverbände und diverse Nichtregierungsorganisationen einzubeziehen, schuf die Stadtregierung 1994 fünf thematische Foren [...]."

Kommunalrats teil, um über Bauten, ihre Kosten und ihre technische Machbarkeit zu diskutieren. In Besitz dieser Auskünfte führen die Räte und Delegierten ernent Diskussionen mit den Gemeinden. Im nächsten Schritt stellt die Exekutive den Räten einen detaillierten Haushaltsvorschlag vor. der alle Einzelhaushalte mit Einnahmen und Ausgaben einschließt. Wenn die Verteilung der Haushaltsmittel auf Ausgabenbereiche feststeht, beginnt anhand folgender Kriterien die Aufstellung des Investitionsplans: a) Die Prioritäten der Bezirke (festgelegt in den Bezirksversammlungen Kanalisation, Erziehung, Straßenbefestigungen usw.); b) die Bevölkerung der Bezirke (Bezirke mit einer größeren Bevölkerungszahl bekommen ein höheres Gewicht); c) die Bedürftigkeit jedes Bezirks bezüglich Leistungen und Infrastruktur (die bedürftigsten Bezirke bekommen ein größeres Gewicht). Anhand dieser Kriterien und der Diskussion mit der Bevölkerung werden die in den einzelnen Bezirken durchzuführenden Investitionen und Baumaßnahmen bestimmt. Dazu kommen Investitionen, die von den thematischen Foren vorgeschlagen werden und solche, die für die ganze Stadt von Interesse sind und von der Regierung vorgeschlagen werden.

Der Investitionsplan ist folglich das Ergebnis von regionalem Bedarf, von sektoralen Anforderungen und von allgemeinen Vorschlägen zur strategischen Stadtplanung. Er ist auch das Ergebnis eines intensiven und kritischen Dialogs zwischen den Gemeinden, ihren Verbänden, zivilgesellschaftlichen und kulturellen Organisationen und der Kommunalverwaltung.

Am Ende des Prozesses wird der Investitionsplan dem Kommunalrat für Plannng und Haushalt zur Abstimmung vorgelegt.

4) Nachdem der Rat dem Kommunalhaushalt zugestimmt hat, wird der Vorschlag von der Exekutive dem Stadtparlament zugesendet. Hier vollzieht sich die Vereinigung zwischen der direkten partizipativen und der repräsentativen Demokratie. Diese Beziehung ist sehr spannend und schwierig, hat sich aber als sehr positiv herausgestellt. Die Stadtabgeordneten diskutieren und debattieren mit der Exekutive und den Räten über die Haushaltszahlen - und sie unterbreiten Veränderungsvorschläge. Es kommt dadurch zu intensiven Verhandlungen, die zu Veränderungen führen, aber die Globalstrukturen des Haushalts unverändert lassen, weil die Stadtabgeordneten wissen, daß die Haushaltsstruktur auf einem Prozeß beruht, der zweifellos sozial und politisch repräsentativ ist.

Wir haben im Laufe der Jahre den Erhalt dieser Erfahrung einer autonomen, selbstverwalteteten Form öffentlicher Beteiligung verteidigt. Versuchen, diesen Prozeß gesetzlich zu regeln, wurde weder von der Bevölkerung noch der Regierung Raum gegeben. Unsere Regierung verteidigt den Erhalt des öffentlichen und nicht-staatlichen Charakters des Prozesses.

Die Ergebnisse des Partizipativen Haushalts

Seitdem sich der partizipative Haushalt konsolidiert hat, hat die Präfektur zwischen 15 und 25 Prozent der Einnahmen für Investitionen verwendet. Der Rest wird für die Bezahlung von Angestellten und den Verwaltungsaufwand verwendet. Auf diese Weise belaufen sich die im partizipativen Haushalt entschiedenen baulichen Maßnahmen - wie eingangs berichtet auf Investitionen von mehr als 700 Millionen US-Dollar.

Im Lauf der Jahre gewannen Kanalisationsmaßnahmen im partizipativen Haushalt die Priorität. So war es möglich, von 1990 bis ins Jahr 1995 hinein die Anzahl der an die Wasserversorgung angeschlossenen Wohnungen von 400.000 auf 465.000 zu erhöhen. Heute sind 98 Prozent der Wohnungen an die Wasserversorgung angeschlossen. Bei der Abwasserentsorgung war der Anstieg noch größer. Im Jahr 1989 waren 46 Prozent der Bevölkerung an die Abwasserkanalisation angeschlossen und heutzutage sind es 74 Prozent. Mit den vorgesehenen Investitionen kommen wir bis Ende 1996 auf 85 Prozent der Bevölkerung, die an die Abwasserkanalisation angeschlossen sind.

Eine weitere Priorität des Partizipativen Haushalts ist die Befestigung von Straßen in den städtischen Randgebieten. Jährlich werden zwischen 25 und 30 Kilometer Straße in den ärmsten und bedürftigsten Stadtvierteln neu befestigt. Dränagen, die öffentliche Beleuchtung, die Sanierung von Favelas, die Wohnungsbaupolitik und Gesundheit sind andere Themen, die Priorität bekamen.

Im Bereich der Erziehung haben es die im Partizipativen Haushalt entschiedenen Investitionen ermöglicht, daß sich die Schulanmeldungen zwischen 1988 und 1996 mehr als verdoppelten, bei gleichzeitig verbesserter Qualität der Erziehung.

In puncto Gesundheit hat die Kommune in dem Dezentralisierungsprozeß in einem Vertrag mit der Bundesregierung die primäre Versorgung übernommen. Das Einheitliche Gesundheitssystem⁵ garantiert die öffentliche und universelle Versorgung der Bevölkerung durch unmittelbare Aktivitäten des Netzes kommunaler Gesundheitsdienste sowie durch die Verwaltung und die Kontrolle des Ressourcentransfers zu den vertraglich in das System eingebundenen privaten Krankenhäusern, Kliniken und Labors. Die Gesundheitspolitik wird in der Kommune nach den gleichen Demokratisierungsprinzipien vom Kommunalrat für Gesundheit, lokalen Räten und der Kommunalverwaltung bestimmt.

Aber die Ergebnisse des Partizipativen Haushaltes köunen und sollen nicht an Zahlen und Prozenten gemessen werden, obwohl dies wesentlich ist, um zu beweisen, daß durch die Partizipation, die Transparenz und die Demokratie die öffentlichen Ausgaben effizienter und effektiver werden.

Sistema Unico de Saúde.

So wichtig wie die praktischen Ergebnisse des Partizipativen Haushalts ist es, daß die Bürgerschaft in Porto Alegre wiederentdeckt und ihre aktive Teilnahme an den öffentlichen Anliegen geweckt wurde.

Verwaltungsprobleme

Der Erfolg hinsichtlich der Beziehung zu den Gemeinden und ihrer Einbindung und Partizipation wurde bezüglich der Angestellten der Kommunalverwaltung noch nicht erreicht.

Wir haben die Angestelltenstruktur aus Jahrzehnten der klientelistischen Politik der öffentlichen Macht und aus Jahren des Autoritarismus geerbt, in denen die Verfahren zur Transparenz, für öffentliche Bewerbungen und zur demokratischen Verwendung von Ressourcen nicht berücksichtigt wurden.

Zählt man die erwerbstätigen und die berenteten Angestellten zusammen, so ist die Präfektur für eine Gehaltsliste von 25.000 Personen verantwortlich.

Die Prohleme mit der Angestelltenstruktur unterscheiden sich nicht stark von den diagnostizierten Prohlemen der Bundes- und Landesregierungen, obwohl wir eine engere Beziehung mit den Gewerkschaften und in einigen Experimtenten positive Erfahrungen mit Partizipation und Wahlen gemacht haben.

Aber das reicht nicht aus. Bedürfnisse sind geblieben und eine einfache Steigerung der Anzahl von Angestellten kann das Problem nicht lösen, weil so die Personalausgaben unwahrscheinlich stark angespannt werden.

Wir müssen stattdessen in die archaische nnd überholte Verwaltungsstruktur eingreifen, in der nach Schätzungen 50 Prozent der Zeit für unnötigen Verwaltungsaufwand verwendet wird anstatt für effektive Arbeit.

Die Informatisierung der Verwaltungsprozesse hat schon begonnen durch den öffentlichen Betrieh zur Datenverwaltung PROCEMPA -, wodurch der Zeitaufwand signifikant verringert und die Transparenz sowie die Sozialkontrolle über die Dienstleistungen und die Leistungen der Präfektur verbessert werden können.

Die Implementierung von verschiedenen Computernetzen und die Reorganisation der Hauptarbeitsprozesse, mit denen schon hegonnen wurde und die durch eine Finanzierung durch die BID⁶ konsolidiert und verbreitert werden, werden den Modernisierungsrückstand deutlich reduzieren.

Wir haben keinen Zweifel, daß diese Herausforderung in der nächsten Regierungsperiode für uns so wichtig sein wird wie die reichen Erfahrungen mit der partizipativen Demokratie, die wir aufgebaut haben.

Schlußfolgerung

Offensichtlich ist der Partizipative Haushalt kein perfektes und ausgearbeitetes System. Vielmehr ist er das Gegenteil. Er hat Probleme und Mängel, die eine permanente Aufmerksamkeit, Überarbeitung und Perfektionierung verlangen.

Trotzdem ist er mit seiner kurzen, aber erfolgreichen Geschichte zu einem nationalen und internationalen Vorbild geworden. Wie schon gesagt, andere Kommunen haben die Methode zur Aufstellung ihres Haushalts übernommen und darüberhinaus sind Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern gekommen, um sich über die Erfahrungen mit dem Partizipativen Haushalt zu informieren.

Er ist ein edles Instrument, um die Stadt konkret zu verändern, um sie gerechter werden zu lassen und ihre Lebensqualität zu erhöhen. Er ist zu einem Werkzeug für die tiefe Veränderung der politischen Kultur der Stadt geworden, er beseitigt die traditionellen Praktiken des Klientelismus und fisiologismo, er verleiht der Partizipation der Bürgerschaft einen neuen Wert: Er transformiert einfache Männer und Frauen in Protagonisten ihres eigenen Schicksals.

Übersetzung: Ligia Giovanella und Kai Michelsen





iz3W ➤ Die Zeitschrift zu Politik, Ökonomie und Kultur ➤ zwischen Nord und Süd

Aktuelle Themenschwerpunkte:

► Heft 223: Arbeit ► Heft
224: Global Governance ►

Heft 225: Biopolitik ► Heft
226: Entwicklungsspolitik

Izzw ist die größte unabhängige deutsche Fachzeitschrift zu Nord-Süd Bezlehungen. Einzelheft DM 8.-- Alle sechs Wochen neu.

|z₃w > biātter des informationszentrums 3. weit · Postfach 5328 · D.79020 Freiburg Telefon {0761} 74003 · Telefax {0761} 709866 E·Mail: iz3w@link-s.ci.sub.de

Die Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Banco Interamericano de Desenvolvimento.

Kuba - aktuelle Analysen¹

Titelte die Zeitschrift Konkret in der Mai-Ausgabe "Castros Wunderwirtschaft", so lautete die Essay-Überschrift von Walter Haubrich - seines Zeichens PAZ-Lateinamerika Korrespondent - in der Samstagsausgabe vom 19.4. "Die Einsamkeit des Comandante: Gleicheit in Armut. Die Reformen sind steckengeblieben. Fidel Castro entscheidet immer noch selbst, was für die Kubaner gut ist".

Bilden die Aussagen von Konkret und FAZ vom Tenor ber einen Komplementärkontrast, so führen sie doch beide Castro in der Schlagzeile. Als sei Castro der Schiedsrichter, der Spielleiter, der Regelmacher der kubanischen Gesellschaft, ihr sozialistischer Übervater und Patriarch. Die einzige ernstbafte Frage, die sich aus einer solchen Betrachtung ergeben kann, ist die: Wie alt wird Pidel Castro?

Aber nicht nur nur bei PAZ und Konkret findet sich diese extreme Personalisierung. wenn es um Kuba geht. Beobachtete Phänomene oder eigene Vorurteile werden je nach politischer Gesinnung zur Richtschnur von Aussagen über Kuba gemacht. In diesem Sinne ist Kuba eines der beißesten ideologischen Relikte der Systemkonkurrenz.

Im Kontrast dazu stehen Burchardts und Henkels Kuba-Analysen, wohltuend nüchtern und um analytische Distanz bemüht. Da Burchardts Studie² nicht nur die materialreichste ist, sondern anch in den theoretischen Bezügen die weitreicheuste, steht sie am Anfang der folgenden Betrachtung.

Schon in der Einleitung formuliert Burchardt, auf welche methodischen Probleme eine Studie über Kuba stößt. "Die Nachfrage nach verläßlichen Daten über den aktuellen Zustand Kubas steht damit im umgekehrten Verhältnis zu deren Verfügbarkeit, so daß jede datengestützte Analyse über die letzten Jahre des Tropensozialismus zu einer mühseligen und zeitaufwendigen Detektivarbeit wird. Zusätzlich werden solche Anstrengungen durch die nicht nachprüßbare Qualität der kubanischen Untersuchungen und durch unterschiedliche Berechnungsgrundlagen verzerrt." (Burchardt, S. 11)

Alte und neue Zwänge

Teil I, "Alte und Neue Zwänge", handelt auf 60 Seiten die primär ökonomisch betrachtete Entwicklung Kubas und deren konzeptionelle Voraussetzungen vom Revolutionsjahr 1959 bis zum Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft 1989 ab.

Schon die ersten Revolutionsjahre waren durch das Dilemma von Produktion und Verteilung gekennzeichnet. Durch die revolutionäre Situation und die damit einhergehende Eigentumsrückverteilung zugunsten unterer Einkommenschichten entwickelte sich schnell eine steigende Nachfrage nach Konsumgütern. Dies führte zu einem kurzfristigen Aufschwung der agrarischen und industriellen Produktion vor allem durch die Nutzung bisher brachliegender Kapazitäten, Ausgebend von den CEPAL-Positionen und auch durch das sowietische Beispiel inspiriert, sollte eine importsubstituierende Industrialisierung durchgeführt werden. Doch diese Strategie scheiterte, weil das agrarische Mehrprodukt für den Binnenmarkt nicht genügend erhöbt werden konnte und der Zuckersektor als möglicher Devisenbringer stark vernachlässigt wurde. Daher sank die agrarische Produktion um 23%, die Zuckererträge um ca. 40% bis 1963. Dies führte bei gleichbleibenden Importquoten zu einem Defizit im Außenhandel und wurde zu einer chronischen Erschemung während der nächsten Jahrzehnte. Um diese Krise abzumildern, trat schon 1962 ein Zuteilungssystem für Konsumartikel in Kraft, die sogenannte libretta. Ab 1964 kam es zu einer Neuorientierung auf den Zuckersektor als Träger komparativer Kostenvorteile, gestützt durch Preis- und Abnahmegarantien von sowietischer Seite. Diese als Agroindustrialisierung bezeichnete Strategie konzentrierte sich auf die Erböhung der Zuckerproduktion, denn diese sah man nicht mehr als Ursache traditioneller Abhängigkeiten, sondern als Chance, die notwendigen Mittel für langfristige Investitionen in anderen Bereichen zu erwirtschaften.

Die Neuorientierung führte in der Folgezeit, so Burchardt, zu Diskussionen um den weiteren Weg der kubanischen Ökonomie. Dabei standen sich zwei Positionen gegennber: Befürworter einer hochzentralisierten Planwirtschaft mit einer völligen Eleminierung des Marktes ("die gesamte Wirtschaft sollte wie eine einzige Fabrik gelenkt werden"), in der Geld-Ware-Beziehungen keine Rolle mehr spielen sollten. Die andere Seite plädierte für eine wirtschaftliche Rechnungsführung, partielle unternehmerische Finanz- und Entscheidungsautonomie und private Anreize durch die Erhaltung einzelner Marktelemente. Bis 1968 setzten sich die Positionen der radikalen Staatszentralisten durch. Ein Höhepunkt dieser strategischen Konzeption war die Zielvorgabe einer Rekordernte für Zucker von zehn Millionen Tonnen, die gleichzeitig mit einer gigantischen Mobilisierung aller ökonomischen und sozialen Kräfte die Überlegenheit des sozialistischen Systems erweisen sollte. Dieser große Sprung nach vorn, (der auch seine Parallelen in anderen sozialistischen Ländern hatte, P.H.), führte

Hans-Jürgen Burchardt, Der lange Abschied von einem Mythos, Stuttgart 1996, Schmetterling Verlag; Knut Henkel, Kuba zwischen Plan und Markt. Die Transformation zur "dualen Wirtschaft" seit 1985, Hamburg 1996, LIT Verlag; Janette Habel, Kuba. Gesellschaft im Übergang, Köln 1997, Neuer ISP-Verlag.

Sprachlich wird dieser Tenor allerdings bei Burchardt nicht immer durchgehalten. Sowohl journalistische Effekthascherei als auch grammatikalisch abenteuerliche Wendungen wechseln mit sehr präzise formulierten Passagen ab. Einen besseren Lektor hätte das Manuskript auf jeden Fall verdient.

zwar zu einer Rekordernte von 8,5 Millionen Tonnen, aber das eigentliche Ziel wurde verfehlt, und da alle Ressourcen auf dieses eine Ziel gelenkt worden waren, batte diese Strategie entsprecbende negative Auswirkungen auf andere Teile der Ökonomie.

Diese ersten zehn Jahre der Revolution hatten eine aus spezifisch historischen Bedingungen entstandene zentralisierte Machtkonzentration in Form einer Militärkommandostruktur geschaffen, die vor allem in Krisensituationen ihre Dominanz über alle sozio-ökonomischen Sphären ausübte (Burchardt, S. 18).

Die Jahre 1970-85 werden in Kuba als die "Jahre der Fetten Kuh" bezeichnet und sind durch eine in drei Phasen ablaufende Institutionalisierung des sowietsozialistischen Modells gekennzeichnet. Fundamente dieser Entwicklung waren der Eintritt Kubas 1972 in den RGW, und die Übernahme der Planungsmethoden mit dem ersten Fünfjahresplan 1974. Damit begannen aber auch die "grauen Jahre", denn mit dem sowjetischen Modell wurde auch die sozialistische Staatsräson übernommen, Kritik am und über das System wurden immer unerwünschter und gelegentlich mit harter Hand unterdrückt. Der einst diskussionsfreudige Tropensozialismus paßte sich seinen sozialistischen Bruderländern an (Burchardt, S. 20). Bei jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich 3,5 Prozent kristallisierten sich erste Verschiebungen der Wirtschaftstruktur Kubas beraus, die die Insel bis beute prägen. Neben einer verstärkten Orientierung auf Rohstoffexporte, die durch die RGW-Integration sinnvoll erschien, bildete die Schwerindustrie ein weiteres Zentrum der Industrialisierung. Dem standen eine meßbare Abnahme der industriellen Produktivität und ein Substanzverlust der Landwirtschaft gegenüber. Erst Anfang der 80er Jahre erreichte der landwirtschaftliche Pro-Kopf-Ausstoß wieder das vorrevolutionäre Nivean. Zwischen 1980 nnd '85 konsolidierte sich dieses System. Es wurden jährlich Wachstumsraten von durchschnittlich 7 Prozent erwirtschaftet. Gleichzeitig gab es sogenannte Parallelmärkte, auf denen die Bevölkerung zu Preisen, die leicht über dem staatlichen Niveau lagen, ihre Grundversorgung ergänzen konnte.

Die "Jahre der Fetten Kuh" schienen die Versprechen der Revolution auf ein besseres Leben für alle einzulösen. (Vor allem, wenn berücksichtigt wird, daß die 80er als "Verlorenes Jahrzehnt" in Lateinamerika bezeichnet werden, P.H.) Aufgrund einer stagnierenden Produktivität mußten aber immer mehr Güter importiert werden, um das erreichte Lebensniveau halten zu können. Fallende Znckerpreise entwerteten die Exporte der Insel um mehr als ein Fünftel. Durch die geringer werdenden Exporteinnahmen und die steigenden Importe wuchs ein gigantisches Handelsbilanzdefizit heran, das sich 1985 auf ein Drittel der Einfuhren bezifferte und zu einer Abnahme der Währungsreserven um 21 Prozent führte. Kuba stürzte erneut in eine Liquiditätskrise. Um einen Bankrott zu verhindern, wurden die Importe drastisch gesenkt, und diese Maßnahmen lösten eine Rezession aus, die auch den Lebensstandard der Bevölkerung senkte. Nur durch

binnenwirtschaftliche Produktivitätssteigerungen wäre ein Halten des bisher erreichten Niveaus möglich gewesen. Aber nun, so Burchardt, wurde das Dilemma des Staatssozialismus auch in Kuba überdeutlich, Die Defizite des zentralisierten Lenkungsmodells - sinkende Effizienz, geringe Arheitsproduktivität, fehlende Auslastung der Betriebe, die zusammen häufig als Ergebnis eines rein extensiven Wachstums, einer quantitativen Ausweitung der Einsatzmittel und Produktionskapazitäten beschrieben werden - behinderten diese noch mögliche Option auf Entwicklung. Im Gefolge der Krise ab 1986 kam es nach Burchardt zu einer Reideologisierung. Unter Berufung auf autbentische Konzepte setzten sich auf dem Parteitag der KP Lösungsstrategien durch, die einst von den radikalen Staatszentralisten um Che Guevara formuliert worden waren: Moralische Appelle, rhetorische Entbürokratisierungskampagnen, Antikorruptionspolitik, Verbot der freien Bauernmärkte. Den ideologischen Gehalt des Verbots der Bauernmärkte sieht Burchardt darin, daß das reale ökonomische Gewicht dieser Märkte verschwindend gering war. Ihr Anteil betrug gerade ein Prozent des BSP. Es kam zu einer Rezentralisierung der Wirtschaftslenkung und einer partiellen Militarisierung über die Reaktivierung von Landwirtschafts- und Baubrigaden. Der zeitliche Verlauf dieser Reformen wies deutlich die Konturen einer Rezession und eines Verfehleus der angestrebten qualitativen Wachstumsziele auf. Nach einem scharfen Einbruch konnte 1989 gerade das Ergebnis von 1985 wieder erreicht werden. Gleichzeitig erreichte das Haushaltsdefizit neue Rekordböben, da immer mehr Betriebe subventioniert werden mußten. Ab 1986 stieg der Absentismus um mehr als zehn Prozent, und die Arbeitsproduktivität sank bis 1989 um 16 Prozent. Damit scheiterte die sogenannte rectificación in ihrem zentralen Anliegen. Gerade durch die Betonung nicht-ökonomischer Elemente wie betriebliche Mitbestimmung und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten sollte die Arbeitsmotivation und damit die Arbeitsproduktivität deutlich gesteigert werden. Burchardt sieht in der "rectificación" eine bestimmte Phase eines staatssozialistischen Reformzyklus und nicht den Beginn eines grundlegenden Wandels.3

Es ist hier leider nicht der Platz, um auf Burchardts Sozialismuskonzeption genauer einzugehen. Daher nur einige Bemerkungen dazu. Aus den Ausführungen Burchardts geht hervor, daß für ihn ein Planungssozialismus mit Marktbeziehungen keine Alternative sein kann, da sich die Systemeiemente gegenseitig blockieren. Er plädiert für einen Marktsozialismus, der durch einen einheitlichen geldwirtschaftlichen Binnenraum, eine Pluralität der Eigentumsformen und eine Umstellung der zentralen Wirtschaftsplanung auf indirekte Steuerung gekennzeichnet ist. Im Mittelpunkt steht für ihn die Demokratisierung der Produzentensphäre, und es finden sich einige Anknüpfungspunkte an das jugoslawische Modell. Martin Ling hat in seiner Rezension im Argument darauf verwiesen, daß es völlig ungeklärt bleibt, wie eine entwickelte Geldwirtschaft mit einem zweistufigen Banksystem und einer privatwirtschaftlichen Kreditproduktion mit einer gesellschaftlichen Kontrolle verbunden werden kann. Zusätzlich stellt sich die Frage, wie ein sich transnationalisierendes Geld- und Kreditsystem überhaupt noch binnenwirtschaftlich (sozialistisch) eingebunden werden kann.

Nach dieser Skizzierung der inneren Strukturelemente wendet sich Burchardt den äußeren strukturellen Bedingungen zu. Im Vordergrund steht daher zuerst die zentrale Rolle der USA in der Geschichte Kubas. Burchardt beginnt mit einem Rekurs auf die dominierende Stellung der USA im vorrevolutionären Kuba, deren begemonialer ökonomischer Position auf der Insel und die sich daraus ergebenden Konflikte nach dem Sieg der Guerilla. Obwohl es mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft ab 1989 zu einer völligen Veränderung der kuhanischen Außenpolitik kam, forcierten die USA den Konfrontationskurs mit dem "Torecelli Act" ımd Planstudien des Pentagon über eine mögliche Mditärintervention gegen Kuba. Mit der Fluchtwelle aus Kuba 1994 wurden die Embargobestimmungen erneut verschärft. Der "Cuban solidarity Act" bot die nächste Zuspitzung der Konfrontation von Seiten der USA. Jesse Helins: "Let me be clear. Wether Castro leaves Cuba in a vertical or horizontal position is after him and the cuban people. But he must and will leave Cuba".

Kurzfristig schien es auch auf Seiten der USA Signale der Deeskalation zu geben: so das Abkommen über die Behandlung der kubanischen Flüchtlinge, eine bilateral geregelte Ausreisemöglichkeit aus Kuba und Pentagonstimmen, die auf eine Verstärkung der Beziebungen zu Kuba setzten. Das Pentagonpapier kommt 1995 zu der Schlußfolgerung, daß eine ökonomische und politische Stabilisierung Kubas mittelfristig eine Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent habe und die äußere Bedrobung die innere Integrität, den nationalen Konsens der Insel, begünstige und damit systemstabilisierend wirke. Der Abschuß von Kleinflugzeugen exilkubanischer Herkunft über Kuba und die zweite Wahlkampagne Clintons hat schließlich eine erneute Verschärfung der US-Politik bewirkt. Das neue Gesetz hat drei Kernpunkte: Die Möglichkeit der Klage vor US-amerikanischen Gerichten, falls Rechte aus dem ebemalig enteigneten US-Vermögen auf Kuba oder enteignetes Eigentum von exilierten Kubanern betroffen sind; Verbot der Einreise in die USA fur Personen (unter Einschluß ihrer Familien), die sich an solchen Geschäften beteiligen und Sperrung von Hilfsgeldern an Staaten, die mit Kuba kooperieren.4 Dieses Gesetz, dessen volle Anwendung Clinton bisher zweimal um 6 Monate verschoben hat, erlaubt Exilkubanern, die US-Staatsbürger sind, alle Firmen oder Personen zu verklagen, die mit ihrem ehemaligen Eigentum Geschäfte machen. Das heißt im Klartext, daß nach diesem Gesetz kaum Grund und Boden oder Vermögen und Mobilien oder Rohstoffe auf Knba übrigbleiben, und jede Firma, die auch in den USA tätig ist, verklagt werden kann, wenn sie sich an solchen Geschäften beteiligt. Der "Act" regelt auch, daß weder Fidel noch Raul Castro Mitglieder einer wie auch immer gearteten neuen kuhanischen Regierung sein dürfen. Die neue Oualität liegt vor allem darin, daß die Maßnahmen Gesetzescharakter angenommen haben und daher nicht wie bisher vom Präsidenten ausgesetzt weden können, sondern nur mit Zustimmung des Senates Veränderungen herbeigeführt werden dürfen. Bezogen auf die traditionell schwierigen Beziehungen zwischen US-Senat und Präsident bedeutet das eine Zementierung dieser Sanktionen. Burchardt merkt an, daß vielleicht das weltweite neoliberale Regime zu einer Aufhebung dieser Blockaden führen könne, da solche Sanktionen den beschworenen Geistern des Marktliberalismus (WTO) widersprechen.

M.E. fällt Buchardt da selbst dem Ökonomismus zum Opfer. Das Agieren der USA als zur Zeit einziger politischer und militärischer Weltmacht zeigt - wie auch die Geschichte des Freihandels generell -, daß der Freihandel nie aus dem freien Spiel des Marktes sondern politisch-militärisch durch den jeweiligen Hegemon durchgesetzt wurde. Das historisch erste Freihandelsabkommen zwischen England und Argentinien (1810) wurde unterzeichnet, während englische Kriegsschiffe im Hafen von Buenos Aires lagen.

Die Kosten des Embargos

Nach Burchardt herrscht relative Einigkeit darüber, welche schädlichen Auswirkungen das US-Embargo in der Vergangenheit hatte und immer noch hat. Dies sind u.a. die Kosten für die Neuorientierung des gesamten Außenhandels, die Verluste bei Technologietransfers, ein überproportionaler Verteidigungshaushalt, längere Transportwege, globale Vermarktungs- und binnenwirtschaftliche Wachstumsbeschränkungen und die Zugangsbeschränkungen bei internationalen Krediten und Föderprogrammen. Emander widersprechende Angaben gibt es heim Versuch der geldwerten Berechnung dieser Kosten. Nach kubanischen Berechnungen lagen die Kosten bei 40 Milliarden US-Dollar his 1990 (aktuell bei 45 Milliarden). Dollar. Diese Summen sind aber auf dem Hintergrund zu seben, so Burchardt, daß Kuba den USA angeboten hatte, Enteigningen von USamerikanischem Besitz auf der Insel gegen solche Emhargoschäden aufzurechnen. Daher resultiert ein starkes Interesse, diese Schäden hochzurechnen. Während einige Autoren diese Zahlen für realistisch halten, kritisieren andere sie als übertrieben - unter Verweis auf Untersuchungen der kubanischen Nationalhank von 1987. Die Nationalhank Kubas hatte die Schäden noch um die Hälfte niedriger eingeschätzt. Die strukturellen Auswirkungen sind nicht exakt ahzugrenzen, weil bis 1990 ja die Kompensation durch die vorteilhaften Handelsbeziehungen zum RGW berücksichtigt werden muß. Burchardt kommt im entsprechenden Abschitt über diese für Kuha vorteilhaften Beziehungen zu folgender Aussage: "Offizielle Angaben bestätigen, daß Kuba durch den RGW Handel eine Verdoppelung seiner Importkaufkraft erlangte. Eine US-Studie schätzt die gesamte so-

Vgl. dazu die Kritik von Brigitte Stern: Einseitige Wirtschaftssanktionen, in: Internationale Politik Nr. 4, April 1997. Diese scharfe Stellungnahme gegen die völkerrechtwidrige Politik der USA wurde zuerst im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 1. 309/7, 29.11.1996 abgedruckt.

wjetische Wirtschaftshilfe an Kuba, also Kredite und Handelshilfen, zusammen auf 65 Milliarden US-Dollar." (Burchardt, S. 41) Die Kubaner kommentieren das mit feiner Ironie, wenn sie ausführen, daß es ihnen als einzigen gelungen sei, mehr zurückzubekommen als ihnen von den Koloni. alherren weggenommen worden sei.

Der extreme externe Ressourcenzufluß kann also - neben der Blockade durch die USA - als weiteres äußeres Strukturelement der kubanischen Entwicklung identifiziert werden (Burchardt, S. 41).

Mit dem Wegfall dieser quasi kompensatorischen Verbindung (1990) wird allerdings die ökonomische Schadensdimension der US-Blockade immer bedrohlicher. Sie versperrt Kuba den Zugang zur Region (Karibik und Lateinamerika) und blockiert eine verstärkte Süd-Süd-Kooperation als mögliche Entwicklungsperspektive. Innenpolitisch führt dieser Druck zwar zu einer nationalen Konsensstiftung, behindert aber gleichzeitig eine Dynamisierung des Demokratisierungs- und Reformprozesses, da eine Gesellschaft unter einem solchen Außendruck schwerlich innenpolitisch zu Entspannungsprozessen bereit ist.

Burchardts Meinung ist, daß der Staatssozialismus eine zeitlich begrenzte, aber keine langfristige Perspektive bieten konnte. Er vertritt die Auffassung, daß die Aufbauphase jetzt mit dem Übergang zu einem anderen ökonomischem Modell abgelöst werden muß, da das bisberige Modell des Ressourcenverbrauchs, des quantitativen Wachstums und des äußeren Ressourcenzuflusses nicht mehr aufrechterhalten werden kann (Burchardt, S. 55).

Der Katalysator für die Krise war der Zusammenbruch des RGW. Der Außenhandel sank dadurch um rund 75 Prozent, Importe nahmen um ca. drei Viertel ab. Dies erfolgte faktisch innerhalb eines Jahres. Die Halbierung der Erdölimporte von ca. 14 auf sieben Millionen Tonnen entzog Kuba schlagartig die Hälfte seiner Energien. Die Bevölkerung wurde schon auf die Operation Null vorbereitet: Das Leben ohne Ölimporte. Glücklicherweise stabilisierte sich die Situation bei einem Import von ca. sechs Millionen Tonnen Öl. Diese Krise zwang Kuba zum zweiten Mal (nach 1959), seinen gesamten Außenhandel auf extrem niedrigem Niveau neu zu organisieren und setzte die Ökonomie unter extremen Ampassungsdruck.

Der Zusammenbruch des Außenhandels kann daher neben der Blockade der USA als zweites Moment dieser Anpassungsphase/Reformphase bezeichnet werden.

Mir persönlich behagt der Begriff "Reform" in diesem Zusammenhang nicht, weil er den Zwangscharakter der Situation nicht beschreibt und Handlungsmöglichkeiten vortäuscht, die nicht gegeben sind. "Politökonomische Anpassung unter einem extremen äußeren und sich aufbauenden inneren Druck" wäre für mich hier die richtigere Bezeichnung.

Die Sonderperiode in Friedenszeiten

Nachdem sich vor allem die Außenhandelskrise mit ihren katastrophalen Folgen für die Binnenwirtschaft abzeichnete, verkündete die kubanische Regierung im August 1990 die "Sonderperiode in Friedenszeiten". Mit einem Notstandsprogramm sollten die revolutionären Errungenschaften im Bildungs- und Gesundheitswesen, die egalitäre Versorgung, die politische Stabilität und die nationale Unabhängigkeit gewährleistet werden. Burchardt beschreibt diese Wirtschaftspolitik als eine Form der Kriegswirtschaft mit zentral gesteuerter Ressourcenlenkung und -verteilung, bei der die Wirtschaft in zwei Abteilungen untergliedert und durch unterschiedliche Prioritäten hierarchisiert wird: einen nach marktwirtschaftlichen Kriterien funktionierenden Exportsektor und einen nachgeordneten planwirtschaftlich organisierten Binnensektor; quasi eine Adaption der nunmehr faktisch weltweit geltenden Weltmarktregeln für die Außenwirtschaftsbeziehungen bei dem Versuch, eine sozialistische Binnenökonomie beizubehalten. Dabei wird die Binnenökonomie einer extremen Austerität unterworfen und teilweise bis zur Funktionsunfähigkeit von allen staatlich vermittelten Ressourcenzuwendungen abgeschnitten.

Die graduelle Weltmarktöffnung einzelner Wirtschaftszweige bildete das Fundament dieser neuen Strategie: Joint Ventures wurden zugelassen, die Tourismusindustrie als Devisenbringer mit Hilfe ausländischer Gesellschaften ausgebaut, und es kam zu Überlegungen, medizinische Dienstleistungen in der Region zu vermarkten und die Biotechnologien verstärkt auszubauen. Gleichzeitig wurden die dazu notwendigen rechtlichen und politischen Schritte in die Wege geleitet. Die Legalisierung des Dollarbesitzes als Zweitwährung (Juli/August 1990) markiert für Burchardt den Bruch mit einem Fundament des kubanischen Sozialismus, nämlich dem egalitären Zugang zu den Ressourcen und der egalitären Verteilung nach dem Prinzip "Gleichheit in Armut", und ist für ihn ein frühes Indiz für das Scheitern dieses Konzepts.

Die folgenden Reformschritte diskutiert er unter einem doppelten Blickwinkel: zum einen im Hinblick auf das kubanische sozialistische System, und zum anderen stellt er die Frage, ob die eingeleiteten Schritte unter Bezug auf die entwicklungstheoretische Diskussion wirklich dazu dienen, die ökonomische und soziale Situation Kubas zu stabilisieren und zu verbessern. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang der Zustand der Landwirtschaft und des immer noch bedeutendsten internen Devisenbeschaffers, des Zuckersektors.

Neben Erdöl (42 Prozent) liegen die Nahrungsmittel mit 30 Prozent an zweiter Stelle der Importe (Zahlenangaben 1995, Burcbardt, S. 203), während es 1990 noch 12 Prozent waren.⁵ Gleichzeitig gab es einen drastischen

⁵ Hier sei auf das statistische Zahlenmaterial der kubanischen Nationalbank vom Sommer 1995 verwiesen, die erstmalig nach 1989 wieder statistisches Material veröffentlichte und

Niedergang der landwirtschaftlichen Binnenproduktion. Damit verschärfte sich das Problem der Nahrungsmittelversorgung der kubanischen Bevölkerung. So erreichte die öffentliche Nahrungsmittelgrundversorgung seit Einführung der staatlichen Rationierung (1960) 1985 ihren Höhepunkt mit knapp 3000 Kalorien, um 1993 auf den Stand von ca. 1800 Kalorien abzufallen. Diese Entwicklung ist aus zwei Gründen heunruhigend: Erstens ist die Grundversorgung ein wichtiges Element der egalitären sozialen Struktur, zweitens treibt die defizitäre landwirtschaftliche Produktion den Importbedarf in die Höhe und verschärft den ökonomischen Druck, mehr Devisen zu erwirtschaften, um diese Importe auf dem Weltmarkt kaufen zu können. Das führt widerum zu einer wirtschaftspolitischen Prioritätensetzung zum Ausbau der devisenbringenden Sektoren. Dies treibt aber den Prozeß der Spaltung der Ökonomie in einen defizitären binnenwirtschaftlichen und einen effizienteren außenwirtschaftlichen Sektor in enger Kooperation mit ausländischem Kapital weiter voran.

Die sinkende Kaufkraft des Peso hat aber anch direkte Auswirkungen auf den Zuckersektor, da die dort gezahlten Löhne bei sinkender staatlicher Grundversorgung nicht mehr ausreichen. Ein Hotelangestellter mit Zugang zu Devisen verdient das Vielfache eines Zuckerrohrarbeiters. Es kommt daher zu einem manifesten Arbeitskräftemangel bei der Zuckerrohrernte, dem die kubanische Regierung, so Burchardt, mit den alten Rezepten Massenmobilisierung/Organisierung von Ernteeinsätzen beizukommen hofft (Burchardt, S. 98).

Besorgniserregend ist auch, daß Kubas Hauptdevisenbeschaffer (Angaben von 1995) nicht in Kuba leben. 32 Prozent (ca. 574 Millionen US-Dollar) aller Devisen stammen von den 1,7 Millionen Auslandskubanern mit ihren Überweisungen aus dem Ausland; vor allem aus den USA. Dies macht Kuba extrem abhängig von der Politik der USA und auch zu einem Almosenempfänger (Burchardt, S. 156).

Im Kontrast zu Burchardts Vorgehen, der zuerst die innerkuhanische Situation nach der Revolution und deren unterschiedliche wirtschaftspolitischen Optionen skizziert, bettet Henkel⁷ seine Analyse sofort in den Gesamtzusammenhang der Systemkonfrontation und der Ausgangssituation Kubas als kleinem rohstoffexportierendem Entwicklungsland ein. Er heginnt mit einem Überblick üher die US-amerikanisch-kuhanischen Beziehungen his zur Revolution und schließt daran die Betrachtung der sowje-

tisch-kubanischen Beziehungen ab 1959 an. Die Quintessenz seiner ökonomischen Betrachtungen besteht darin, daß ohne die Hilfestellung der sozialistischen Staatengemeinschaft und vor allem der UdSSR, die ihr Engagement anfangs nur widerstrebend ausweitete, die kubanische Revolution schlicht nicht überlebensfähig gewesen wäre. Im Jahrzehnt vor der Revolution gingen 64 Prozent der Exporte Kubas in die Vereinigten Staaten und rund 73 Prozent der kubanischen Importe kamen aus den USA.

Henkels Schlußfolgerung: Kuba wäre kurzfristig weder in der Lage gewesen, seine Exportpalette zu diversifizieren, noch neue Absatzmärkte für die traditionellen Exportprodukte (vor allem Zucker) zu erschließen. Auch Henkel sieht genauso wie Burchardt, daß es einen Ressourcentransfer gegeben hat und daß diese Einbindungen und die RGW-Integration zu einem Strukturkonservatismus geführt haben und Kubas Funktion als Rohstoffliferanten festigte. "Die kubanische Regierung hat es demzufolge nicht geschafft, die Vorteile der RGW-Integration für die Umsetzung ihrer ursprünglichen wirtschaftspolitischen Ziele zu nutzen." Die Ursachen dieses Scheiterns, so Henkel, liegen neben internen Defiziten auch in den Nachteilen der RGW-Struktur. Nach dieser Konzeption hatte sich Kuba auf die Ausweitung der Rohstoffprodnktion zu konzentrieren. An eine innovative Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der ursprünglichen Entwicklungsziele war nicht mehr zu denken. Henkel führt hier den verspäteten Aufbau der Computerindustrie und den Aufbau der Biotechnologie an. die nicht in die Aufgabenteilung des RGW paßte. Gleichzeitig kam es in diesem Zeitraum zu einigen kostspieligen Entwicklungsruinen auf Kuba. So war z.B. der Energieverbrauch der Nickelhütte Punta Gorda so hoch, daß die Kosten des Betriebs die Einnahmen aus dem Nickelexport überstiegen und die Hütte nun mit westlicher Technologie modernisiert wird. Das Atomkraftwerk von Cienfuegos ist mittlerweile eine 1,2 Milliarden-US-Dollar teure Investitionsruine. Zur Fertigstellung bedürfte es einer Finanzierung von einer Milliarde US-Dollar. Der Bau dieses Kraftwerks war 1972 in einem Vertrag zwischen Kuba und der SU beschlossen worden und 1990 wegen Konflikten über die weitere Finanzierung und die Art der Sicherheitstechnik und des Reaktortyps storniert worden.

Allerdings, so auch Henkel, bescherten diese "Jahre der Fetten Kuh" trotz aller Verzerrungen Kuba eine beispiellose Periode des wirtschaftlichen Wachstums und sozialer Aufbauleistungen.

Sie brachten der Insel ein für ein Land der sogenannten Dritten Welt beispielloses Gesundheits- und Erziehungssystem, das allerdings gesamtgesellschaftlich hohe Kosten verursacht. Die Bemühungen Kubas, ein medizinisches Dienstleistungszentrum für Lateinamerika, Europa und die USA zu werden, reflektiert dieses Problem und ist zugleich der Versuch, die vorhandene Qualifikationsstruktur zur Erwirtschaftung von Devisen zu nutzen. Auch der Ausbau der Biotechnologie knüpft an diesen Strukturen an.

das in der 2., aktualisierten, Auflage des von Bert Hoffmann herausgegebenen Buches "Wirtschaftsreformen in Kuba" (Verlag Vervuert) in Auszügen abgedruckt ist.

Quelle: Zentrale Planungsbehörde der Republik Kuba, zitiert nach: El País vom 15.1994, S.10, in: Knut Henkel, Kuba zwischen Plan und Markt. Hamburg 1996, S.176, statistischer Anhang.

Die differenzierte Sichtweise von K. Henkel wird leider von einem ignoranten Vorwort von R. Tetzlaff eingeleitet, in dem auf drei Seiten noch einmal die These von der verratenen Revolution aufgekocht wird, die durch die Einbindung Kubas in das sowjetische System geschehen sei.

Rectificación, Chance der revolutionären Umkehr

J. Habels Buch ist leider kein Buch, wie die Aufmachung suggeriert, sondern eine Aufsatzsammlung von Artikeln, die zwischen 1993 und 1995 in "Le Monde diplomatique" und anderen Zeitschriften erschienen sind. Der einzige Originalbeitrag ist der einleitende Artikel mit dem Titel "Wohin treibt Kuba?". Die Haltung Habels gegenüber Kuba ist geprägt durch ihren politischen Hintergrund als Trotzkistin und Revolutionärin in jakobinischer Tradition. So begreift sie die Phase der Rectificación als kurzfristige Chance und un nachhinein halbherzigen Versuch der Rückkehr zu den revolutionären Wurzeln und der Möglichkeit, mit dem Zusammenbruch der Beziehungen zum RGW einen neuen revolutionären Versuch zu macben, um tatsächlich zu einer sozialistischen Volksherrschaft zu kommen.

Dabei greift Sie auf Vorschläge aus der Diskussion zum 4. Parteitag der kubanischen kommunistischen Partei (1991) zurück, wo diese Veränderungsvorschläge in vier Punkten zusammengefaßt worden waren:

- 1. Eine Flexibilisierung des Wirtschaftssystems, um die Wiedereingliederung in den Weltmarkt vorzubereiten, wobei die Eigentumsformen diversifiziert, die Leitung dezentralisiert und die Arbeitsorganisation und die Löhne verändert werden sollten.
- 2. Die Unterordnung des politischen Systems auf juristischer und Verfassungsebene unter legitimierte Normen, welche die Ausweitung der demokratischen Rechte ermöglichen.
- 3. Die Zurückweisung jeder offiziellen Doktrin und jedes Dogmatismus auf ideologischer oder kultureller Ebene und die Schaffung von Raum für öffentliche Diskussionen.
- 4. Das politische System sollte bewahrt, jedoch demokratisiert und sein Funktionieren durch eine Umstrukturierung der Machtbefugnisse dezentralisiert, der Entscheidungsfindungsprozeß neu definiert werden, wobei jede Abweichung zwischen der institutionellen Ordnung und dem realen Funktionieren aufgehoben werden sollte, und all dies auf der Grundlage einer impliziten Kritik am seit 1975 eingeführten (sowjetischen) Modell des Sozialismus (Habel, S. 16f.).

Die ab 1993 (Legalisierung des Dollars) eingeleiteten wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen laufen für sie auf eine stückweise Auflösung des kubanischen sozialistischen Systems hinaus. Pragmatiker und Technokraten lösen eine Entwicklung zur Ungleichheit, sozialen Hierarchisierung

aus, die sich über die schleichende Einführung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen vermitteln.

Es fällt allerdings auf, daß sie un einzigen Originalbeitrag für die Veröffentlichung dieser Aufsatzsammlung die Frage "Wie kann Kuba überleben?" in den Mittelpunkt stellt - geschrieben vor dem Hintergrund der verschärften US-Blockadepolitik gegenüber Kuba und den ökonomischen und sozialen Stabilisierungsversuchen der kubanischen Regierung.

"Die Verteidigung der nationalen Souveränität und der in den vergangenen drei Jahrzehnten erkämpften sozialen Errungenschaften ist nur noch mit neuer Glaubwürdigkeit des Systems und Rettung dessen, was an Glaubwürdigkeit bei Fidel Castro noch übrig geblieben ist, möglich. Sie könnten das Ruder einer neuen institutionellen Legitimität sein, die an die Stelle der alten revolutionären Legitimität träte. Falls es also nicht gelingt, das politische System zu reformieren und nur die Wirtschaftsreformen notgedrungen vorangetrieben werden, führt die beschleunigte Rückkehr zum Markt, zur wirtschaftlichen Liberalisierung, zur Entwicklung der Privatinitiative und zur Ungleichheit zwischen denen, die Dollars besitzen und ienen, die nur Pesos haben, zur Zerstörung der inneren Kobärenz und bedroht die Grundlagen des Konsens. Die Konvergenz der gesellschaftlichen Interessen in ihrer Gesamtheit und der individuellen Interessen fällt zugunsten letzterer auseinander. ... Früher oder später werden sich die von den Wirtschaftsreformen bewirkten gesellschaftlichen Differenzierungen auf politischer Ebene Bahn brechen. Je nach Standpunkt ist es diese Furcht oder dieser Wunsch, der die Debatte über die Geschwindigkeit, das Ausmaß und die Zielrichtung der Reformen inspiriert". (Habel, S. 23f.)

Die Referenzpunkte ihrer Kritik beziehen sich auf den Machtapparat, die politische und soziale Organisation Kubas, die außenpolitischen Rahmenbedingungen und blenden die ökonomischen Zwänge zu stark aus - zugunsten einer Beschwörung der "Gleichheit in Armut". Desto sensibler beschreibt sie die sozialen Verwerfungen der kubanischen Gesellschaft und ihre beginnende soziale Erosion durch die eingeleiteten Wirtschaftsreformen.

Die weitestgehenden Vorschläge, aus diesen Zwängen auszubrechen, kommen von Burchardt - wobei Henkel in ähnlicher Richtung argumentiert-, der sein letztes Kapitel dem Entwurf einer neuen Entwicklungstrategie für Kuba widmet. "Die Zukunft einer tragenden Entwicklungsperspektive für Kuba liegt damit nicht in einer ausschließlichen und immer weitergehenden Integration in den Weltmarkt, sondern in einer gleichzeitigen Mobilisierung sogenannter endogener Entwicklungspotentiale." (Burchardt, S. 198)

Dies faßt er im Theorem der assoziativ-autozentrierten Entwicklungsstrategie zusammen, die aus folgenden Momenten besteht:

1. Zeitweiliger Protektionismus;

Trotzdem ist diese Sammlung empfehlenswert, weil die Artikel in ihrer Kürze und Prägnanz einen guten Überblick über die kubanischen Probleme erlauben. Weniger angenehm ist, daß es viele thematische Überschneidungen und Wiederholungen gibt, da jeder Artikel für sich konzipiert und geschrieben worden ist. Gleichzeitig sind die Artikel nicht chronologisch geordnet und auch nicht mit einer Ein- oder Überleitung versehen. Eine Mühe, die sich der Verlag schon hätte machen können.

- 2. breitenwirksame Erschließung der nationalen Binnenmärkte;
- 3. verstärkte Süd-Süd-Kooperation;
- 4. ergänzt um die Möglichkeit eines entwicklungsfördernden Handelsaustauschs durch gezielte Exporte.

"Die ... entwicklungspolitischen Imperative der assoziativ-autozentrierten Entwicklungsstrategie sind als in großen Teilen deckungsgleich mit den Rahmenbedingungen und strategischen Notwendigkeiten der kubanischen Transformation." (Burchardt, S. 201) Für die Landwirtschaft schlägt Burchardt eine Mischung aus kleinbäuerlichen und kooperativen Formen der Bewirtschaftnng vor; für den Zuckerrohrsektor die Konzentration auf importsubstituierende (Zuckerrohrbagasse als einheimischen Energieträger) und exportdiversifizierende Zuckerrohrderivate (Papier). Für den Beschäftigungssektor empfiehlt er eine Umschichtung vor allem in den kooperativen Sektor und den schon erwähnten Aufbau medizinischer Dienstleistungen für Nichtkubaner, begleitet von einer Wiedereingliederung in die karibische Region und Auslastung bestehender Industrieanlagen. Kuba verfügt z.B. über die einzigen Zementfabriken der Region und über große Kapazitäten in der Ölraffinerie.

Schlußfolgerungen

Allen drei Studien gemeinsam ist, daß sie die sozialistische Zukunft Kubas nur über die Einleitung radikaler Neuorientierungen gewährleistet sehen. Sie sind sich ebenfalls darin einig, daß die bisherigen wirtschaftlichen Reformen zwar zu einer aktuellen ökonomischen Stahilisierung geführt haben, daß aber die inneren Widersprüche mit der Dauer dieser Maßnahmen zunehmen werden. Habel plädiert für den radikalen Umbau des politischen Systems, um für Kuba eine neue politische Legitimität und Stabilität nach Fidel Castro zu gewinnen. Ihre Antwort auf die eingeleiteten Wirtschaftsreformen ist die Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten der Produzenten. Henkel und Burchardt legen den Schwerpunkt auf die produktive Nutzung der kubanischen Ressourcen und deren Weiterentwicklung, wobei der Staat Entwicklungsagentur und Schrittmacher dieser Entwicklung sowie Garant der sozialen Errungenschaften bleiht. Auch sie halten eine Demokratisierung für absolut notwendig, um die produktiven Energien der kubanischen Gesellschaft zu aktivieren.

Ironischerweise könnte es dazu kommen, daß Kuba als einziges sozialistisches Land Lateinamerikas die für den Rest des Kontinentes entwickelte neue CEPAL-Strategie, die auf Ausbildung und Erziebung als wichtigste produktive Faktoren setzt, von seinen Voraussetzungen her anwenden könnte, wenn die Blockade der USA fiele.

Kai Schmidt-Soltau

Entwicklungshilfe zwischen "nachhaltigen Konzeptionen" und absurden Idealen

Elemente einer Kritik

Während jene steinernen Elefanten wie der Flughafen von Yaoundé, den Helmut Kohl Paul Biya anläßlich eines Besuches in Kamerun 'geschenkt' hat. längst in die Schußlinie der Kritiker geraten sind, da sie weder gebraucht werden, weil Yaoundé als Verwaltungsmetropole nur selten das Ziel in- und ausländischer Reisenden ist, noch irgendeinen entwicklungspolitischen Sinn machen, da selbst die Nachtwächter aus Deutschland eingeführt wurden, entziehen sich die konkreten Ansätze der deutschen Entwicklungsagenturen in ihrer Vielschichtigkeit der Kritik. Wenn nicht gerade Umweltaktivisten aufdecken, daß einheimische Jäger und korrupte Wahlkampfer in GTZ-Fahrzeugen durch den Regenwald rauschen¹, oder Entwicklungshilfegelder im Rahmen eines Infrastrukturplanes Waldregionen den Holzfällern erschließen2, können sich die Beschäftigten dieser Betriebe im Licht jener allgemeinen Wertschätzung sonnen, der sonst kaum eine Branche teilhaftig wird, nachdem die Halbgötter in Weiß als Abzocker und die Lehrer als arbeitsscheues Gesindel enttarnt wurden. Brunnenbauprojekte in der Sahelzone, die die Einheimischen aus Angst vor einem Absinken des Grundwasserspiegels zuschütten, finden ebenso selten Einzug in unsere Medien wie Pischzuchtprojekte, die entweder die natürliche Artenvielfalt "nachhaltig" zerstören, wie im Viktoriasee, oder völlig an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeplant sind, weil traditionelle Wertvorstellungen Fischgenuß verhindern.

Warum nun eigentlich Entwicklungshilfe? Ist vielleicht doch das alte marxistische Vorurteil zutreffend, daß "kapitalistische Entwicklungshilfe" nur
der kapitalistischen Wirtschaft in den Heimatländern zugute kommt, da
wie das BMZ in bemerkenswerter Offenheit eingesteht - jede Mark, die ins
Ausland fließt, der deutschen Industrie eine Mark und fünfzig Pfennige
einbringt? Nach dem Ende der entwicklungstheoretischen Systemkonfrontation zwischen Autarkiebefürwortern und Modernisierungsaposteln
brauchen Projektträger Kritik nur dann zu fürchten, wenn sie Menschen
helfen, die das Pech haben, von unnachgiebigen Diktatoren beherrscht zu

Vgl. Niklas Frank, Mord im Regenwald, in: Stern Nr.26/97, S. 18-27; vgl. auch den differenzierteren Artikel zur gleichen Reise nach Kamerun: Michael McRae, Schlachthaus Urwald, in: Geo, Nr. 8/97, S. 56-73.

Vgl. z.B. Wolfgang Kuhlmann, Walderhaltung durch Forstentwicklung? Eine kritische Betrachtung deutscher Entwicklungszusammenarbeit im Tropenwald, in: Michael Bölling/Doris Bünnagei (Hrg.), Der zentralafrikanische Regenwald, Münster 1992, S. 201-209.

werden, die nicht an den von außen initiierten (Schein-) Demokratisierun. gen partizipieren wollen. Während diese Art des Handels- und Hilfsembargos un Palle von Südafrika vertretbar gewesen wäre, weil die organisierte Opposition dazu aufgerufen batte und dies sogar als UN-Resolution durchsetzen konnte, gehen dieselben nördlichen Politiker, die in der Vergangenheit betont haben, daß Boykottbestrebungen nie das System, aber immer die Menschen treffen, gegen sudanesische Nomaden vor, da diese formal einer Militärregierung unterstellt sind. Auch in Kamerun zeigte sich die Bundesregierung wenig begeistert, als bei den Parlamentswahlen etwas übertrieben geschummelt wurde. In Aussicht gestellte bilaterale Verbandlungen wurden ausgesetzt und ein versprochener 15 Millionen-Kredit zurückgezogen. Jedoch fragt sich, wie ernst gemeint diese Politik der fremdbestimmten Demokratisierung ist, wenn anläßlich Präsidentschaftswahlen der gemeinsame Boykottaufruf der Oppositionsparteien wegen der schon im Vorfeld unübersehbaren Manipulationen vom amerikanischen Außenministerium scharf kritisiert wird. Auch andere Formen der Erpressung werden betrieben, wobei das schöne Wort der Konditionalität in der Entwicklungszusammenarbeit nur zeigt, daß es westlichen Regierungen schwer fällt, zu erkennen, wer die eigentlichen Akteure der "entwicklungshemmenden" Machenschaften sind. Trotz aller Politikverdrossenheit selbst im globalen Norden weigert sich die dortige politische Kaste, zu akzeptieren, daß in anderen Weltregionen formale Institutionen wie das Parlament kaum als Regulierungsinstrumentarien zu Rate gezogen werden, wenn es um direkte finanzielle Zuwendungen in die Taschen eines Umweltministers geht, der bereitwillig Holzeinschlaglizenzen in Naturschutzregionen vergibt. Während in Europa der Schein aufrecht erhalten werden kann, daß die Politik ihr Geschäft im Sinne der Bevölkerung wahrnimmt - auch wenn immer mehr Menschen vom Gegenteil überzeugt sind - findet es un südlichen Teil der Erde niemand auch nur anrüchig, wenn sich Politiker die Taschen mit Staatsgeldern füllen und für alles und jeden offen sind, wenn der Rubel rollt. Trotz der Einführung der christlicben Werteskala in Afrika ist den dort situierten Menschen scheinbar jener Rationalismus geblieben, der die Frage nach der individuellen Entscheidung für administrative Langeweile als Lebensinhalt nicht mit leeren Verweisen auf Allgemeinwohl und Verbesserung der Gesellschaft ad acta legt, sondern erkennt, daß ein solches Leben nur dann gewählt wird, wenn es sich in klingender Münze rechnet.

Im Kampf gegen Korruption, mangelnde Einsicht in demokratische Verkehrsformen und ökonomische Uneinsichtigkeit greifen die westlichen Geberländer seit einiger Zeit verstärkt auf das Konzept der NGO-Förderung (Non-Government-Organization) zurück. In der Theorie ersebeint dies vernünftig, erreicht man so doch scheinbar die Bedürftigen in ihrem unmittelbaren Umfeld und vermeidet die monetären Verluste, die sich zwangsläufig einstellen, wenn man staatliche Stellen des Südens - quasi als Zwischenhändler - einschaltet. Bei näherem Betrachten offenbaren sich jedoch die NGOs als Agenturen des westlicben Wirtschafts- und Wertesystems, die verblüffende Ähnlichkeiten zum System der "indirect rule" aufweisen. Nachdem die vom Norden geförderten und teilweise sogar geschaffenen Eliten an ihrer Aufgabe - Entwicklung ihrer Länder im Sinne der jeweils aktuellen Vorgaben der Industriestaaten - gescheitert sind und sich zu jenen parasitären Diktatoren gewandelt baben, die uns die Presse genüßlich präsentiert, wird nicht etwa das Konzept einer von außen initierten Entwicklung in Frage gestellt, sondern nur das Personal seiner Durchsetzung ausgewechselt. Dies alles verschleiert zwar das zentrale Problem der Entwicklungsarbeit mit einem feurigen Nebel aus kraftvollen Worten und sinnloser Praxis, jedoch bleibt dies alles leeres Sonntagsgerede, wenn nicht eines schönen Tages die Akteure sagen können, mit wem sie was warum durchsetzen wollen. Drei Bereiche lassen sieb aus den konkreten Projekten vor Ort rekonstruieren:

Erstens: Angleichung der regionalen Infrastruktur an von außen festgelegte Mindestforderungen. Dieser Bereich gilt insgesamt als der sinnvollste, da trotz aller Bedenken gegen äußere Normgebung wenige Gründe gefunden werden können, warum eine ausreichende Verbreitung von Kondomen zur AIDS-Prävention, eine filternde Fassung vorhandener Quellen, Brunnen zur Wasseraufbereitung und erbetene, finanzielle Unterstützung des Erziehungssystems durch Sachleistungen als "imperialistisches" Eindringen in fremde Kulturen gebrandmarkt werden sollen. Problematischer wird es schon, wenn Leistungen in Form von Beratern und Anleitern erfolgen, denn auch wenn es für zukünftige Mechaniker von Vorteil ist, vor ihrer Arbeit an selbstgebastelten Schweißgeräten in europäisch ausgestatteten Werkstätten den möglichen Stand der Technik und vor allem der Arbeitssicherheit erfahren zu haben, so weckt dies auf der anderen Seite nicht nur im begrenzten Bereich der Arbeit Bedürfnisse und Ansprüche, denen die realmögliche Lebensreise nur in Ausnahmefällen gerecht werden kann. Noch dramatischer sieht es aus, wenn europäische Lehrer ihre Lern- und Wertnormen fremden Systemen aufprägen, da Kultur in all ihren Facetten von Rockmusik bis Shakespeare sympathischer Träger der warengesellschaftlichen Ideologie ist, die jede alternative Form des Gemeinwesens unterminiert.4

Zweitens: Nachdem die Geberländer erkannt baben, daß die Übersendung alter Fabriken entweder nnsinnig ist, da die produzierten Waren sich nicht absetzen lassen oder in Konkurrenz zur westlichen Wirtschaft treten, greift man in den letzten Jahren verstärkt auf das Modell der Handwerkerförderung zurück. Während im realen Sozialismus niemand die produzierten

Binen anderen Weg gehen Gilbert Rist/Fabrizio Sabelli (Hrg.), Das Märchen von der Entwicklung - Ein Mythos der westlichen Industriegesellschaft und seine Folgen für die 'Dritte Welt', Zürich 1989.

Vgi. Isolde Demele, Abstraktes Denken und Entwicklung - Der unvermeidliche Bruch mit der Tradition, Frankfurt/Main 1988.

Waren reparierte (Do-it-yourself ausgenommen), weil Ersatzteile und Handwerker kaum vorhanden waren, da diese als Träger der kleinbürgerlichen Lebensweise keine hohe Wertschätzung genossen, gibt es im Süden eine Unzahl von Reparaturbetrieben für die aus dem Norden importierten Waren. Während schon seit jeher der Schrottantoexport durch die Sahara em lukratives Geschäft für Studenten und Desperados ist, selbst wenn nicht wenige dieser kaum noch fahrtüchtigen Gefährte ausgeschlachtet zwischen Tamanraset und Agadez in der Wüste unrentabel vor sich hinro. sten und einige Kleingewerbetreibende dort begraben liegen, werden heute nicht nur gebrauchte Autoreisen und Ersatzteile nach Afrika exportiert, sondern alte Fernsehröhren, Waschmaschinenmotoren, Uhren, Brillen Milchpulver, Fleisch, Kleidung und sogar Kugelschreiber, die dann von mehr oder weniger geschulten Handwerkern repariert und in Umlauf gebracht werden. Was auf der einen Seite als globales Recycling erscheint, entpuppt sich auf der anderen Seite als verheerende ökonomische Tatsache. Unbemerkt von aller Statistik wird den afrikanischen Volkswirtschaften Geld entzogen, ohne daß Werte im Gegenzug produziert werden. Die diesen Waren innewohnende Lebensweise produziert neben dem direkten ökonomischen Werttransfers jenen wirtschaftlichen Nutzungsdruck auf unterprivilegierte Schichten und auf die natürlichen Ressourcen, die zugleich als Hemmnisse einer nachhaltigen Entwicklung beklagt werden.

Drittens: Während in den 80er Jahren Demokratisierungsprojekte ganz oben auf der Prioritätenliste der guten Menschen des Nordens standen, stehen die 90er im Zeichen der Natur. Da es selbst rhetorisch geschulten Umweltpädagogen schwer fällt, Regenwaldbewohnern darzulegen, welches ihr gemeinsames Interesse zur Aufrechterhaltung der Biodiversität ist, da die Ansprechpartner weder einen Begriff von Natur haben, noch aus Luxus geborenen Ängsten vor dem Ende der Welt, wie wir sie kennen, nachhängen, da sie wenig anderes zu verlieren haben als ihre Armut und die aus Europa importierte Lehre von der Unsterblichkeit der Seele, entzieht sich dieser Bereich für gewöhnlich der Diskussion. Während für Aktivisten die Nützlichkeit des Umweltschntzes außer Frage steht, verlachen Waldbewohner Waldfreunde und Tierschützer als mitleiderregende Kreaturen der westlichen Dekadenz. Eine gelungene Metapher beschreibt Natur als kollektive Gesundheit, die sich erst als bewußte Daseinskategorie erfassen läßt, wenn sie die Akteure verlassen hat.⁵ Ein Bedürfnis nach Naturerhaltung wird sich somit erst dann einstellen, wenn die primäre Natur "nachhaltig" vernichtet ist, und nicht, wenn Entwicklungshilfeorganisationen dies postulieren. Naturschutz in Entwicklungsländern enthält zudem eine zutiefst zynische Note, wenn man bedenkt, daß der reiche Norden, der seine Entwicklung auch auf Kosten der Natur durchgesetzt hat, Menschen des Südens auffordert, die Veräußerung ihrer einzigen marktfähigen Waren einzustellen oder nach Plänen der Industrieländer zu verändern und so die andernorts versprochene Entwicklung auszuschlagen, weil der Norden erkannt hat, daß eine Entwicklung auf Kosten der Natur seinen eigenen Reichtumsgenuß gefährdet. Von der Warte der Betroffenen ist es jedoch gleichgültig, ob ihnen verboten wird, ihren Wald zur Jagd umd zur Holzgewinnung zu nutzen, weil weiße Kolonialisten diesen in eigener Regie abholzten, um ihre Profite zu maximieren, oder weil Naturschützer den Prunus africana und den Berggorilla für sich und ihre Nachkommen erhalten wollen. Eine möglicbe, wenn auch gänzlich illusorische Alternative würde darin besteben, allen Menschen die Partizipation an den globalen Reichtümern zu eröffnen, indem diese nach Europa eingeladen würden. Als "Reiseführer" für ihre ökotouristischen Nachbarn würde sich so über kurz oder lang bei den dunkelhäutigen Europäern jenes Umweltbewußtsein einstellen, das schon heute eingefordert wird.

Aktivisten dieser oder jener Richtung mögen gegen diese Art von radikaler Entwicklungskritik einwenden, daß sie keine Alternative parat hat, was zwar einerseits richtig ist, jedoch andererseits Ausdruck eben jener Offenheit gegenüber Konzepten aus dem Süden Rechnung trägt, die sich aber angesichts der eigenen Wirkungslosigkeit auf die hegemonialen politischen Prozesse des Nordens weniger als Not denn als Tugend offenbart. Wenn hier die gängige Entwicklungs(-hilfe)politik kritisiert wird und selbst so "tragfähige" Konzepte wie die Grundbedürfnisbefriedigungsstrategie und der globale Naturschutz in Abrede gestellt werden, dann dürfen jedoch Konzeptionen der Betroffenen im Gegenzug nicht heroisiert werden, da auch dort vieles im Argen liegt und sich scheinbar authentische Konzeptionen des Südens im Licht eines kritischen Rationalismus als doppelt und dreifach gebrochene Verklärung des europäischen "Way of Life" entpuppen. Vielleicht - so meinen Skeptiker - ist es auch nach dem Ende der politischen Systemkonfrontation gänzlich utopisch, daß gerade die schwächsten Glieder der globalen Wirtschaft eine Alternative zur wertvermittelten Ordnung des monetären Weltsystems entwickeln. Jedoch ist dies - so meine ich - vielleicht auch nur Ausdruck eines kritisch gewendeten Überlegenheitsdenken, das sich nur wenig von dem der diktierenden Partizipatoren unterscheidet. Wenn die Geistesgeschichte den Schluß nahe legt, daß ein Mythos - wie die Entwicklung resp. die Entwicklungshilfe - nur mit einem neuen Mythos überwunden werden kann, dann bedarf eine kritische Gesamtanalyse der Möglichkeiten der gesellschaftlichen Veränderung eben jener kritischen Distanz, die die staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungshelfer durch ihre forcierte Praxis zu überwinden trachten.

Vgl. Simon Schama, Der Traum von der Wildnis - Natur als Imagination, München 1996.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik 33

Bildung, Schule, Arbeit

Bildungsmarktwirtschaft, Schulautonomie, interkulturelle Pädagogik; Eiltenbildung, Chancenungleichheit, Volksbildung; Wissensgesellschaft, internet, feministische Bildung; Utoplen der anarchistischen Erziehung, Reformpädagogik heute: Krise in der Schule – Lernen für die Zukunft?

G. Steiner-Khamsi, J. Oelkers, M.A. Graf, E.O. Graf, M. Lamprecht, H. Stamm, P. Gisler, H.-U. Grunder, U. Klemm, R. Rüegsegger

Politisches Lernen und Arbeitspolitik

- O. Negt: Gesellschaftliche Schlüsselqualifikationen
- U. Beck: Politische Bildung in der Zweiten Moderne
- W. Schönl: Personalbewirtschaftung, Bildung, Arbeitsmarkt
- K. Rennenkampff: Jugendliche ohne Lehrstelle und Job
- K. Dörre: Streit um gewerkschaftliche Bildungskonzepte
- B. Bollinger: Repolitislerung gewerkschaftlicher Bildung

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

17. Jg./Heft 33 - Juli 1997

Fr. 21.-

188 Seiten, Fr./DM 21.- (Abonnement 36.-/38.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Probeheft anfordern Tel./Fax 01 - 273 03 02

Dietmar Düe

Abbau im Aufschwung?

Ein Ende der beschäftigungspolitischen Talfahrt in den deutschen Automobilbetrieben ist nicht in Sicht

Die deutsche Automobilindustrie boomt wie lange nicht mehr: Produktion. Inlandsabsatz und Exporte sind im Aufwind - die Investitionen verbleiben auf hohem Niveau. Die "zurückgewonnene Stärke der deutschen Automobilhersteller", heißt es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 30. Januar dieses Jahres, sei vor allem Ergebnis einer kundenorientierten Modellpolitik und einer größeren Wettbewerbsfähigkeit der Fahrzeugproduzenten. Besteht also Anlaß zur Hoffnung, daß die Mäkelei über die im internationalen Kontext angeblich zu hohen Produktionskosten in den deutschen Autowerken aufhört? Immerhin ist es kaum vier Jahre her, daß die deutsche Automobilindustrie ihren bisher schärfsten zyklischen Einbruch zu verkraften hatte: 1993 sackten Inlandsproduktion und Exporte im Vorjahresvergleich um rund 20 Prozent ab. Und vor allem: Kann damit gerechnet werden, daß der Arbeitsplatzahbau in den heimischen Fahrzeugfabriken zum Stillstand kommt? Verringerte die deutsche Automobilindustrie ihre jahresdurchschnittliche Belegschaftszahl zwischen 1991 und 1995 doch um fast 120.000 Beschäftigte.

Ein flüchtiger Blick auf die aktuelle Branchenentwicklung stimmt in der Tat optimistisch: Hersteller wie VW, Audi, Mercedes-Benz, BMW oder Porsche kommen dem boomenden Absatz kaum noch nach. Sie versuchen nicht nur mit Sonderschichten, eingeschränkten Werksferien und Samstagsarbeit der gegenwärtigen Auftragsflut Herr zu werden, auch neue Arbeitsplätze sind erforderlich. Im ersten Halbjahr 1997 sind in den inländischen Automohilwerken 14.000 Stellen geschaffen worden (allerdings überwiegend befristet).

Produktions- und Beschäftigungsperspektiven

Auch wenn der Inlandsmarkt jetzt noch richtig "anspringt" und der für 1998 vom Essener Prognoseinstitut Marketing Systems vorhergesagte Zuwachs der Inlandszulassungen um 8,4 Prozent wahr werden sollte: Die strukturelle Beschäftigungskrise in den deutschen Automobilwerken ist damit nicht vom Tisch. Der aktuelle Absatzboom, so wurde schon im Herbst letzten Jahres vermutet, sei vor allem der Modellpolitik der Anbieter zu verdanken und führe zu "Sondereinflüssen" in den Jahren bis 1998 auf einem an sich weitgehend gesättigten Automobilmarkt (FAZ, 1.10.1996).

Einen überraschenden, damals hinneomarktbedingten Absatzzuwachs erfuhr die deutsche Automobilindustrie auch Anfang der neunziger Jahre als

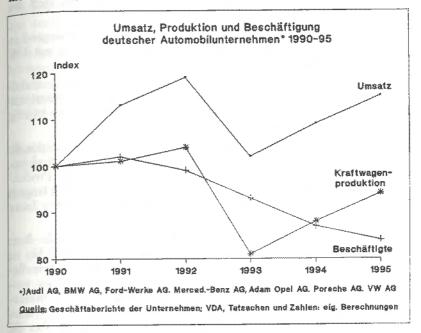
141

Folge des deutschen "Wiedervereinigungsbooms". In den neuen Bundesländern ist der Nachholbedarf nun jedoch weitgehend gesättigt. Bereits Ende 1994 hatte die dortige Bevölkerung 90 Prozent der Motorisierungsdichte (PKW pro 1.000 Erwachsene) der alten Bundesländer erreicht. Die großen Automobilproduzenten haben den Aufbau ihres Händlernetzes in Ostdeutschland weitgehend abgeschlossen und teilweise neue Produktionskapazitäten vor Ort errichtet. Der Automobilmarkt in den neuen Bundesländern wird zukünftig kaum mehr Dynamik entwickeln als der im restlichen Deutschland.

Nach 1998 wird nicht nur der deutsche Fahrzeugmarkt weitgehend stagnieren. Auch auf den ausschlaggebenden Exportmärkten der deutschen Automohilwerke sieht es kaum anders aus. Mehr als die Hälfte der deutschen PKW-Produktion wird im Ausland verkauft, wobei Westeuropa der entscheidende Exportmarkt ist. (In den 90er Jahren gingen nahezu drei Viertel der deutschen PKW-Exporte nach Westeuropa.) Für die Absatz- und Produktionsperspektiven der deutschen Automobilherstellung ist daher neben dem deutschen der westeuropäische PKW-Markt die wichtigste Determinante. Daß auch hier zukünstig allenthalhen nur noch minimale Absatzzuwächse zu erwarten sind, gilt mittlerweile als Binsenweisheit. Schon in der ersten Halfte der 90er Jahre reichte das Mengenwachstum der deutschen Fahrzeugproduktion nicht mehr aus, um die vor allem aus der Produktivitätsentwicklung resultierende Minderung des Arbeitsvolumens in den Autofabriken wettzumachen. Nach VDA-Angaben ist die Arbeitsproduktivität in der deutschen Automobilindustrie zwischen 1980 und 1990 um insgesamt zwölf Prozent angestiegen und erhöhte sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre um weitere 20 Prozent (FAZ, 31.8.1996). Folge dieser Entwicklung war der Arbeitsplatzabhau in den deutschen Automobilbetriehen zwischen 1991 und 1995 (vgl. Schauhild1).

Schaubild 1

(Umsatz, Produktion und Beschäftigung deutscher Automobilunternehmen 1990-95)



Weil die Produktivitätsreserven in der Fahrzeugfertigung noch längst nicht ausgeschöpft sind, wird die Beschäftigung in dieser Branche rationalisierungsbedingt auch in den kommenden Jahren weiter zurückgehen. Auch wenn es momentan scheinbar so ist, als sei der Trend der scherenartigen Auseinanderentwicklung der Zuwächse von Arbeitsproduktivität und Produktion gestoppt. Anfang 1997 schätzte auch der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), B. Gottschalk, ein, daß trotz der aktuell gegenläufigen Entwicklung die Zahl der Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie aufgrund der Rationalisierung tendenziell weiter rückläufig sein werde (FAZ, 2.1.1997).

Auslandsproduktion

Während also die großen, traditionellen Automobilmärkte (Nordamerika, Westeuropa, Japan) als weitgebend gesättigt gelten, werden in Südamerika und Asien zukünftig noch erhebliche Absatzchancen im Fahrzeugmarkt vermutet. Eine neuere Untersuchung des Forschungsinstituts DRI/Mc Graw-Hill sagt für Südamerika ein jahresdurchschnittliches Wachstum von fünf Prozent voraus. Bis zum Jahr 2005 soll dort die gesamte Fahrzeug-

Im September 1992 lief in Eisenach der erste Opel vom Band; 1995 produzierten hier 2.000 Beschäftigte im Drei-Schicht-Betrieb 160.000 Corsa. Die Volkswagen AG wollte bis 1994 4,7 Mrd. DM in Sachsen vor allem in das zentrale Projekt Werk II in Mosel bei Zwickau investieren (ab 1994 sollten hier jährlich 250.000 Golf III vom Band laufen). "Diese hochgesteckten Ziele mußte VW jedoch revidieren, da der Absatz mit den erweiterten Produktionskapazitäten nicht mithielt." Mercedes-Benz hatte im brandenburgischen Ahrensdorf für eine Mrd. DM die modernste LKW-Fabrik Buropas geplant, wo ab 1995 4.000 Beschäftigte jährlich 40.000 LKW produzieren sollten. "Ende 1992 stoppte man das Projekt jedoch. Statt dessen beschränkte man sich auf die Übernahme des DDR-Lastwagenproduzenten IFA in Ludwigsfelde und gründete vor Ort die Nutzfahrzeuge Ludwigsfelde GmbH (NLG) und die Entwicklungsgesellschaft für Kraftfahrzeugtechnik mbH (ELG), wo insgesamt 1.470 Mitarbeiter Transporter in Lohnfertigung montieren." Nach Unternehmensplanungen soll Ludwigsfelde in den kommenden Jahren zum Leistungszentrum für Großtransporter ausgebaut werden. BMW prüfte zunächst die Rückkehr zum ursprünglichen Automobilproduktionsstandort Eisenach. "Doch schon sehr bald entschied man sich dagegen und beschränkte sich auf den Aufbau eines Werkes zur Herstellung von Werkzeugen, die BMW Fahrzeugtechnik GmbH in Eisenach, wo 230 Mitarbeiter arbeiten und 130 Mio. DM investiert wurden" (Handelsblatt, 22.07.1996).

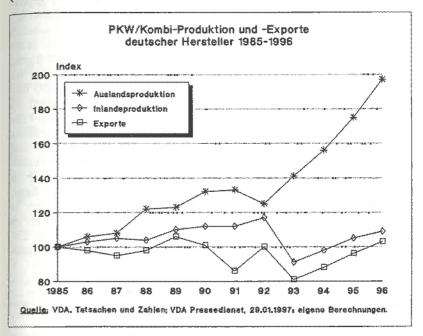
nachfrage von derzeit 2,5 Millionen auf 4,1 Millionen Einheiten zunehmen (FAZ, 15.7.1996). Da diese Nachfrage in wachsendem Umfang nicht mehr durch den Warenexport, sondern über Direktinvestitionen befriedigt wird, drängen die Hersteller verstärkt in diese Regionen; vor allem auch die deutschen Automobilunternehmen:

- Die VW-Tochter Audi wird zukünftig in acht Ländern überwiegend in Kooperation mit beimischen Produzenten und/oder gemeinsam mit VW Montagewerke betreiben.
- Seit 1995 produziert bei *BMW* eine erste, komplette Auslandsproduktionsstätte (in Spartanburg, USA). "Vorstandsvorsitzender Pitschesrieder kündigte Mitte November 1994 an, daß BMW neue Autofabriken künftig nur noch im Ausland errichten werde" (FAZ, 20.12.1994).
- Die Kölner Ford-Werke laufen zukünftig Gefahr, durch die Internationalisierungspolitik des US-amerikanischen Mutterkonzerns eigene Produktions- und Absatzchancen zu verlieren (vor allem infolge der Produktionsausweitung von Ford-España). Zudem betreibt Ford-Köln seit langem sein zweitgrößtes Werk in Belgien, das in der ersten Hälfte der 90er Jahre weiter an Gewicht gewonnen hat.
- Bislang hatte Auslandsproduktion in der PKW-Sparte von Mercedes-Benz faktisch keine Rolle gespielt. Mit einer gewandelten Modellpolitik hin zu für das Unternehmen völlig neuen Marktsegmenten wird sich das grundlegend ändern. Die jetzt anlaufenden neuen Modelle werden fast ausnahmslos im Ausland gefertigt werden. Die heimischen Werke von Mercedes-Benz sind damit weitgebend von den neuen Absatzchancen des Unternehmens abgeschnitten und können ihre Auslastung zukünftig nur über die Nachfrage nach den bisherigen Modellen sicherstellen.
- Durch ihre Einbindung in die Internationalisierungsstrategie der General Motors Corporation ist die Adam Opel AG von einer früher eher regionalen deutschen Autofirma zu einem selbst die Produktionsinternationalisierung vorantreibenden Unternehmen geworden. In jüngster Zeit hat Opel vor allem sein Engagement in Mittel- und Osteuropa stark ausgeweitet. "In den nächsten Jahren will Opel jährlich ein bis zwei nene Werke im Ausland eröffnen" (FAZ, 7.2.1996).
- Bereits in den 50er Jahren begann VW seine Produktionsinternationalisierung mit Auslandsgesellschaften zuerst im Brasilien umd Südafrika. Heute gehören zum Volkswagen-Konzern 14 Automobilproduktionsgesellschaften mit 25 Werken außerhalb Deutschlands. Während in der ersten Hälfte der 90er Jahre die Inlandsbeschäftigung im VW-Konzern rückläufig war, stieg die Auslandsbeschäftigung noch an. Hintergrund dieser Entwicklung ist die fortgesetzte, zielstrebige Internationalisierung des VW-Konzerns in den 90er Jahren, die durch die Gründung neuer und Erweiterung vorhandener Auslandsproduktionsstätten bzw. durch die Beteiligung an/Übernahme von ausländischen Automobilunternehmen vorangetrieben

worden ist. Vor allem der expandierende mittel- und osteuropäische sowie der asiatisch-pazifische Antomobilmarkt werden auf diese Weise seit 1990 verstärkt erschlossen.

Derweil in der Automobilbranche im internationalen Kontext also durchaus noch Chancen für ein weiteres Unternehmenswachstum vorhanden sind, kann dies für die Standorte in den traditionellen Herstellerländern nicht gesagt werden. Während in der deutschen Automobilindustrie Inlandsproduktion und Exporte nur noch verhalten wachsen und insbesondere in der ersten Hälfte der neunziger Jahre einen starken Einbruch zu verzeichnen baben, setzt sich das Produktionswachstum in den Auslandswerken nahezu ungebrochen dynamisch fort (vgl. Schaubild 2).

Schaubild 2
(PKW/Kombi-Produktion und Exporte deutscher Hersteller 1985-1996)



Insofern trifft für die Automobilindustrie schon nicht mehr zu, was für die deutsche Industrieproduktion insgesamt noch gilt: daß nämlich "die industrielle Auslandsproduktion deutscher Unternehmen (...) bislang nicht zu Lasten der heimischen Produktion und Arbeitsplätze" geht.² In der traditionell stark auslandsabsatzabhängigen deutschen Fahrzeugfertigung hat

Vgi. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 97, S. 69.

die Produktionsinternationalisierung hereits Exportsubstitution zur Polge und schlägt negativ auf die beimische Produktion und Beschäftigung zurück. Dieser Trend wird sich zukünftig verstärkt fortsetzen.

Standortkonkurrenz

Die deutschen Automobilwerke werden künftig also kaum mehr am weiteren Wachstum ihrer Unternehmen teilhaben, weil dieses überwiegend au-Berhalb Deutschlands stattfinden wird. Gleichzeitig sind sie durch die wachsende Produktionsinternationalisierung in der Automobilindustrie mit einem weiteren Problem konfrontiert: Nachteilig für die Entwicklungsperspektiven der deutschen Standorte der PKW-Prodnktion ist, daß tendenziell mehr deutsche Autos aus Auslandsprodnktionen auf den Binnenmarkt kommen, Der Geschäftsführer des VDA, K. Schmidt, konstatiert, daß rund zwölf Prozent der Neuzulassungen deutscher Fabrikate 1996 aus ausländischen Produktionsstätten deutscher Hersteller stammen. Dies sei gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um fast 40 Prozent und "keine vorübergehende Erscheinung, sondern eine dauerhafte Strukturverschiebung* (Handelsblatt, 31.8.1996). Ein Blick auf diejenigen Länder, in denen deutsche Automobilunternehmen ihre Auslandsproduktion bewerkstelligen, läßt begründet vermnten, daß insbesondere die Produktionsstätten im westeuropäischen Ausland (allein aus Spanien³ und Belgien kam 1995 fast die Hälfte der Auslandsproduktion deutscher Automobilhersteller) in wachsendem Maß zu einer direkten Konkurrenz für die heimischen Produktionsstandorte geworden sind. Es ist zu erwarten, daß das neuerdings verstärkte Engagement deutscher Automohilunternehmen in Mittel- und Osteuropa (Übernahme bzw. Neugründung von Produktionswerken insbesondere in der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie in Polen) nicht allein zur Erschließung der dortigen Pahrzeugmärkte dient, sondern auf längere Sicht auch in Wettbewerh zur Antoproduktion in Deutschland treten wird (kurzfristig eröffnet die Fahrzeugnachfrage in Mittel- und Osteuropa den deutschen Automobilherstellern allerdings Exportchancen). Die inländische Fahrzeugproduktion ist also schon heute nicht nur mit dem Prohlem der Exportsubsititution konfrontiert. Die Auslandsfertigung der deutschen Automobilkonzerne ersetzt außerdem bereits binnenmarktorientierte Produktion. Auch wenn die damit verbnndenen Konsequenzen für die Beschäftigung erst ansatzweise zu spüren sind (z. B. bei Ford), kann das in zwei Jahren schon ganz anders ausseben.

Daß die insbesondere in den noch vorhandenen Wachstumsregionen steigende Zahl von Automohilproduktionsstätten das weltweit längst vorhandene Überkapazitätsproblem noch verschärfen wird, liegt auf der Hand. Gleichzeitig sind vor allem die japanischen Automobilkonzerne bemüht, teilweise Marktanteilsverluste in Europa und Nordamerika über eine Substitution von Warenexport durch Direktinvestitionen wettzumachen. Während die japanischen Unternehmen 1995 bereits 600.000 Autos in Europa herstellten, sind "ihre angekündigten Aushauvorhaben (...) auf 2 Millionen Einheiten zugeschmitten."5 In den USA fertigten sie 1995 2,1 Millionen Fahrzeuge. "Unter Einschluß der Fertigungen in Mexiko wird das Produktionsvolumen der Japaner im Gebiet der Nafta auf längere Sicht dann nahezu 5 Millionen Antos erreichen." Ein sich ahzeichnender Konzentrationsprozeß in der japanischen Automohilindustrie, der mit der Schließung heimischer Werke einhergehen könnte, und die "Verlagerung von Produktion nach Übersee wird die Leistungsfähigkeit der japanischen Autoproduzenten und ihre Kostensituation in den kommenden Jahren deutlich verbessern" (FAZ, 27.10.1995). Eine breitangelegte Studie der Kreditberatungsagentur Moody's Investor Service, die unter dem Titel "Automobile Industry" im August 1996 in New York erschienen ist, sieht die Weltautomobilindustrie auf eine "Konsolidierungsphase" zustenern. Der wachsende Druck der Aktionäre in Richtung höhere Profitahilität der Pahrzeugunternehmen hereite einer weiteren Unternehmenskonzentration den Boden: Regionale Hersteller und Nischenproduzenten würden ihre Unabhängigkeit verlieren. Die enigen deutschen Hersteller, die in diese Untersnchung einbezogen wurden (BMW, Mercedes-Benz, Volkswagen), werden hinsichtlich ihrer Rentabilitätsbedingungen gleichauf mit der US-amerikanischen Ford Motor Company sehr günstig bewertet (lediglich Toyota schneidet noch besser ah). Auch weun die Chancen der deutschen PKW-Produzenten offensichtlich recht günstig sind, im weltweiten Konkurrenzkampf der Automobilkonzerne ihre Position behaupten und zukünftig vielleicht noch Verbesserungen erreichen zu können⁶, so wird die Beschäf-

Mit einer Jahresproduktion von knapp 2,5 Millonen Fahrzeugen ist Spanien 1996 nach Deutschland und Frankreich drittgrößter Autoproduzent Europas und liegt weltweit auf Rang fünf. "Von den knapp 2,5 Millonen Autos werden mehr als drei Viertel ins Ausland verkauft. Insgesamt gehen vier Fünftel der spanischen Autoexporte in die Länder der EU." Verschiedene Unternehmen sind dabei, ihre Kapazitäten in Spanien weiter auszubauen: Fasa-Renault ("Megane" in Valencia), Ford (Kleinstauto "Ka" in Valencia), Mercedes-Benz (Transporter "Vito" und Großraumlimousine "Viano" im baskischen Vitoria), Opel, Seat. "Ein Standortvorteil für die spanische Auslandsproduktion ist die weit ausdifferenzierte, technisch anspruchsvolle und kostengünstige Zulieferbranche. Nach Deutschland verfügt Spanien über die zweitgrößte Autozulielerindustrie Europas." Als weitere Vorteile für eine Produktion in Spanien gelten die niedrigen Lohnkosten, eine hohe Produktivität und teilweise erhebliche öffentliche Subventionen für Erweitungsinvestitionen (FAZ, 09.01.1997).

[&]quot;Die Produktion ist bei Ford deshalb niedriger als der Absatz, well Modelle wie der Ka oder der Galaxy aus Spanien bzw. Portugal bezogen werden" (FAZ, 3.7.1997)

Toyota zieht Frankreich als zweiten europäischen Produktionsstandort in Erwägung. Langfristig wird der europäische Fahrzeugmarkt (inklusive Osteuropa) von Toyota als der weltweit wichtigste eingeschätzt. "Das ist auch der Grund dafür, daß ungeachtet der Überkapazitäten in der westeuropäischen Autoproduktion der Ausbau der japanischen Kapazitäten forciert wird" (PAZ, 20.9.1997).

Im Jahr 1996 konnten die deutschen Fahrzeughersteller ihren Anteil an allen weltweit abgesetzten Automobilen von 14,2 Prozent auf 14,7 Prozent erhöhen. "Die deutsche Automobilindustrie hat ihre Hausaufgaben gemacht", konnte deshalb der Präsident des VDA Anfang 1997 mitteilen (FAZ, 30.01.1997).

tigung an den deutschen Standorten dieser Unternehmen mittel- und langfristig weiter zurückgehen.

Arbeitsplatzabbau deutscher Automobilunternehmen

Welches Ausmaß der zukunftige Arbeitsplatzabbau annehmen wird, läßt sich nur grob abschätzen. Die unternehmensspezifischen Beschäftigungsperspektiven der deutschen Autowerke stellen sich wie folgt dar:

- Audi hat von 1991 bis 1994 rund 16 Prozent seiner Arbeitsplätze abgebaut. Aufgrund wachsender Produktions- und Umsatzzahlen ist diese Entwicklung seither gestoppt. Obwohl für 1997 eine deutliche Produktionsausweitung vorgesehen ist, ist ein nennenswerter Beschäftigungszuwachs nicht zu erwarten. Bei Audi hat in den neunziger Jahren eine deutliche Steigerung der Arbeitsproduktivität stattgefunden, die auch zukünftig weitergehen wird. Sollten die Absatzerwartungen, die Audi insbesondere an das neue Modell A3 knüpft, nicht erfüllt werden, könnte in den kommenden Jahren unversehens ein Beschäftigungsüberhang in den Werken Ingolstadt und Neckarsulm entstehen.
- Im Vergleich zur Beschäftigungsentwicklung in den übrigen deutschen Automobilunternehmen ist die Zahl der Arbeitsplätze in den inländischen Automobilwerken von BMW zwischen 1990 und 1995 nur geringfügig zurückgegangen: in der Summe um vier Prozent. Daß diese relativ stabile Beschäftigungsentwicklung sich zukünftig nicht mehr fortsetzen wird, unterstrich im Frühjahr 1996 BMW-Vorstandsmitglied J. Milberg: "Kapazitätserweiterungen plant der BMW-Konzern in Deutschland nicht mehr. Und der Personalbedarf zeigt wegen der notwendigen Produktivitätssteigerungen eher nach unten" (FAZ, 6.3.1996).
- Der Arbeitsplatzabbau belief sich bei Ford in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf zwölf Prozent. Die weitgehende Sättigung der unternehmensspezifischen Absatzmärkte läßt eine Fortsetzung dieses Trends in den kommenden Jahren erwarten. Außerdem ist nicht auszuschließen, daß einzelne Werke zukünftig zusätzlichen Beschäftigungsabbau infolge von Produktionsverlagerungen zu verkraften haben werden (so gilt die Zukunft des in Köln gebauten Ford-Scorpio als ungewiß. "Möglich ist, daß der Nachfolger in Amerika entwickelt und produziert wird"; FAZ, 24.2.1997).

- In der PKW-Sparte von Mercedes-Benz ist die Beschäftigung in der ersten Hälfte der 90er Jahre um 16 Prozent reduziert worden. Aktuell ist der Belegschaftsabbau zum Stillstand gekommen. Da jedoch die zukünftig an Bedeutung gewinnende Auslandsproduktion die Inlandswerke weitgehend von den neuen Absatzchancen des Unternehmens abschneidet, droben weitere Produktivitätszuwächse in der Fahrzeugfertigung zukünftig eher stärker noch als bisher auf das Arbeitsvolumen in den deutschen PKW-Werken von Mercedes-Benz durchzuschlagen.
- Bei Opel hat sich der Beschäftigungsstand 1995 (im Vergleich zu 1990) um rund 20 Prozent verringert. In den kommenden vier bis fünf Jahren drohen bei Opel weitere, bis zu 10.000 Arbeitsplätze abgebaut zu werden (Frankfurter Rundschau, 20.6.1997).
- Trotz weitreichender Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung (vor allem: "Vier-Tage-Woche") hat VW in der ersten Hälfte der 90er Jahre in seinen sechs Ialandswerken rund 20 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut. Daß dieser Trend momentan gestoppt ist, sollte zu keinen Illusionen führen. "Ohnehin heißt es bei VW, daß der latente Beschäftigungsüberhang nur vorübergehend wegen der außerordentlich guten Nachfrage nicht akut werde" (FAZ, 28.7.1997). Die mittelfristige Personalplanung des Unternehmens geht von einer weiteren Belegschaftsreduzierung in den kommenden Jahren aus. Anfang 1997 bekräftigt VW-Personalvorstand P. Hartz, daß die anhaltenden Produktivitätsfortschritte eine "Fortsetzung des Belegschaftsabbaues für die absehbare Zeit" verlangen und macht "folgende Rechnung auf: im Jahr 1991 wurden mit einer Jahreskapazität von 205 Millionen Stunden 1,25 Millionen Automobile gebaut. Die gleiche Produktion werde nach der laufenden Planung im Jahr 2001 mit 100 Millionen Stunden erbracht werden können" (FAZ, 4.2.1997).

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre hat ein überaus langanhaltender Prozeß des Abbaus von Arbeitsplätzen in den heimischen Werken der deutschen Automobilindustrie eingesetzt, der zwar kurzfristig durchaus auch einmal zum Stillstand kommen kann (wie beispielweise im laufenden Jahr), dessen Gesamttendenz aber kaum mehr umkehrbar sein dürfte. Seine Hauptursachen wurden vorangebend skizziert: die scherenartige Auseinanderentwicklung der Zuwächse von Arbeitsproduktivität und Produktion, die Exportsubstitution sowie der Ersatz binnenmarktorientierter Produktion durch Auslandsfertigung.

Die Betriebsräte in den Automobilwerken haben nicht erst heute erkannt, daß ein Absatz- und Produktionsaufschwung ihrer Unternehmen mit Arbeitsplatzabbau in den Inlandswerken parallel zu laufen droht. Schon in der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurden für einzelne Unternehmen und Werke Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die teilweise erhebliche Zugeständnisse bei Einkommen und Arbeitszeitflexibilisierung seitens der Beschäftigten mit mehr oder minder beschäftigungssichernden Regelungen zur "Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit" (Mercedes-Benz), "Investiti-

Wie schwierig Prognosen des Umfangs des Beschäftigungsabbaus sind, zeigt sich beispielhaft an der französischen Automobilindustrie. Hier wurde vor allem in den achtziger Jahren der Belegschaftsstand in den Inlandswerken um rund 45 Prozent auf 180,000 Personen gesenkt. Eine gewisse Zeit sah es so aus, als ob damit eine Beschäftigtenzahl erreicht sei, die auch zukünftig einigermaßen Bestand haben könnte. Ende letzten Jahres wurden nun Pläne der französischen Autohersteller Renault und PSA Peugoet Cttroën bekannt, wonach sie in den kommenden fünf Jahren weitere 26.000 Arbeitsplätze in ihren französischen Betriebsstätten abbauen wollen. Langfristig wird außerdem damit gerechnet, daß beide Unternehmen (unter Beibehaltung der drei Marken Renault, Peugoet, Citroën) fusionieren werden. "Ein solcher Zusammenschluß sei (...) nur um den Preis eines erheblichen Stellenabbaus in Frankreich zu verwirklichen" (FAZ, 14.11.1996).

onssicherung" (Ford) oder "Standortsicherung" (Opel) verknüpften. Jedoch konnte weder durch diese noch durch die weitergehenden Vereinbarungen bei VW (insbesondere "Vier-Tage-Woche" seit 1.1.19948) dem Arbeitsplatzabbau Einhalt geboten werden. Vor allem über die Ausnutzung der natürlichen Fluktuation, Vorruhestand und die Nichtverlängerung befristeter Arbeitsverträge wurde die Zahl der Arbeitsplätze verringert. Verhindert werden konnte allerdings, daß Massenentlassungen als Instrument der Beschäftigungspolitik in der deutschen Automobilindustrie hoffähig gemacht wurden; und das sollte angesichts des tiefen Absatz- und Produktionseinbruchs 1993 sowie der beträchtlichen Rationalisierungssprünge in der Fahrzeugfertigung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre keinesfalls unterschätzt werden. Um dem absehbaren weiteren Arbeitsplatzabbau in den deutschen Automobilwerken wirksam zu begegnen, müßte vor allem das tendenziell weiter rückläufige Arbeitsvolumen in der Fahrzeugfertigung in großen Schritten auf die noch vorhandenen Beschäftigten umverteilt, also die Arbeitszeit spürbar verkürzt werden. Zu bedauern ist deshalb, daß das Beispiel VW nicht in dem Maße Schule gemacht hat, wie dies möglich gewesen wäre (und auch heute noch möglich ist). Zeigt sich doch spätestens seit der Fortschreibung des Tarifvertrags zur Beschäftigungssicherung bei VW Ende 1995, daß das "VW-Modell" alles andere als eine zeitlich befristete Notlösung ist. Der bisherige und der zukünftig anstehende Arbeitsplatzabbau in den Automobilbetrieben wären deutlich geringer, würden die anderen Unternehmen in einem VW vergleichbarem Maß bei der Arbeitszeitverkürzung mitziehen. Sicherlich ist es beschäftigungspolitisch von Vorteil, wenn jetzt beispielsweise Gesamtbetriebsrat and Vorstand von Mercedes-Benz über eine zentrale Betriebsvereinbarung betriebsbedingte Kündigungen für alle 134.000 Inlandsbeschäftigten bis zum 31. Dezember 2000 ausgeschlossen baben - auch wenn un Gegenzug vereinbart wurde, Tariferhöhungen nicht mehr auf die Effektiv-, sondern nur noch auf die Tariflöhne anzurechnen (FAZ, 1.3.1997). Die beschäftigungspolitische Talfahrt in den dentschen Automobilbetrieben freilich wird durch solch halbberzige Maßnahmen nicht gestoppt werden können.

Hans G Helms

Von der Lochkarte in den Cyberspace

Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Computerentwicklung¹

I

Begreift man Datenverarbeitung als die maschinelle Umsetzung von Daten in Steuerung von Arbeitsprozessen, die organisierte, als Produkte materialisierte Datengruppen bervorbringen, dann erkeunt man: Die Datenverarbeitung ist nicht bloß eben so alt wie die industrielle Revolution, sie ist vielmehr eins ihrer konstitutiven Elemente.

Die frühen Spinnmaschinen - angefangen mit James Hargreaves' 1767 erfundener Jenny über Samuel Cromptons Mule von 1779 bis zum Selfactor (oder Selfaktor) des Richard Roberts von 1825 - stellen, strukturell betrachtet, primitive analoge Regelkreise dar, die simple Produktionsprozesse steuern. Edmund Cartwrights mecbanischer Webstuhl von 1785 symbolisiert bingegen schon einen vom Produkt, dem gewebten Tuch, bedingten, verhältnismäßig komplexen Steuerungsprozeß. Für all diese früben datenverarbeitenden Textilmaschinen gilt: das den Arbeitsprozeß steuernde Programm ist Bestandteil der Maschinenkonstruktion, es ist in die Maschine eingebaut.

Als Joseph-Marie Jacquard um 1805 den Musterwebstuhl erfand, da trennte er als erster die software von der hardware, das Steuerungsprogramm in Gestalt von Lochkarten von der Maschine, die nach den durch die Löcher in der Karte gegebenen Instruktionen arbeitet und - je nach Lochkarte oder Programm - ein Gewebe mit diesem oder jenem Muster, in diesen oder jenen Farben mechanisch herstellt. Mit der Lochkarte führte Jacquard das bis beute die Grundarchitektur aller datenverarbeitenden Maschinen und Computer bestimmende binäre System in den Maschinenbau ein: wo die Nadel, die die Lochkarte abtastet, auf ein Loch, eine Eins, trifft, da findet Veränderung statt; wo sie jedoch auf Pappe, gleich einer Null, stößt, bleibt der Zustand unverändert.

Weniger als zwei Jahrzehnte später trennte der Ingenieur und Matbematiker Charles Babbage die Datenverarbeitung vollends von der Fabrikation materieller Güter ab. 1822 konstruierte und baute er mit Geldern der britischen Regierung eine Differenzmaschine, den direkten mechanischen

Zum 01. April 1994 einigten sich auch bei Audi Vorstand und Betriebsrat auf eine zeitlich befristete, proportionale Arbeitszeit- und Einkommenskürzung, die mit zehn Prozent allerdings deutlich geringer ausfiel als bei VW.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um das Referat des Autors auf dem 7. Internationalen Bauhaus-Kolloquium, Weimar 27. - 30. Juni 1996: "Techno-Fiction. Zur Kritik der technologischen Utopien."

Urahn der gegenwärtigen Computer. Die Difference Engine war imstande, vielgliedrige, bis zu sechsstellige Additionen und Subtraktionen fehlerfrei auszuführen. Die 1832 von Babbage konzipierte Analytical Engine, die auf analytischem Wege nahezu jedes arithmetische Problem hätte lösen sollen, war freilich mit den damaligen Werkzeugen und Materialien der Feinmechanik nicht zu verwirklichen.

150

Charles Babbage schied die reine Datenverarbeitung von der Maschinensteuerung mit dem Ziel, die Massenproduktion der sich entfaltenden Industrien auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen, nämlich auf die einer mit exakt gemessenen Daten gefütterten Statistik, und sie in toto zu steuern. Der Mathematiker und Wirtschaftstheoretiker aus Camhridge hatte beobachtet, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht ohne permanente Analyse und Reorganisation ihrer Ressourcen, Produktionsmittel und prozesse wie ihrer Ahsatzmärkte zu funktionieren vermochte.

Babbage stützte sein Plädoyer für eine geordnete, prosperierende und fortschrittliche Wirtschaft auf wissenschaftlicher Grundlage auf die statistischanalytische Kompetenz der Rechenmaschine, die er als engine, als Motor, bezeichnete, weil sie sowohl die einzelne Pabrik als auch das gesamte System vorantreiben sollte. Mit Hilfe eines nie versiegenden Stroms von Meßdaten und fortlaufender auf Datenverarbeitung beruhender Kosten-Nutzen-Analysen wären Durchschnittswerte für sämtliche ökonomischen Aspekte zu ermitteln. Diese hätten wiederum den technischen Portschritt anzukurheln, und mit dem technischen Fortschritt müßte eine progressive Teilung der körperlichen wie der geistigen Arbeit einhergehen.

Als Babbage 1832 sein theoretisches Hauptwerk On the economy of machinery and manufactures in London veröffentlichte, waren die dreitausend Exemplare im Nu vergriffen. Die ein Jahr drauf unter dem Titel Ueber Maschinen- und Fabrikenwesen in Berlin publizierte deutsche Ausgahe fußte hereits auf der erweiterten zweiten Auflage. Mit seiner klaren Analyse hatte Babbage die Zeitgenossen stark animiert, wohl aber auch erschreckt; denn in vagen Umrissen zeichnete sich in ihr schon jenes Gesetz ab, das dem kapitalistischen System unveräußerlich innewohnt: Karl Marx hat es später als das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate dargestellt.

Fällt die Profitrate dem Konkurrenzdruck und der Überproduktion zum Opfer - so Babbages Argumentation -, dann ist es, um die Profitrate zu halten oder gar zu steigern, unverzichthar, daß der kapitalistische Akteur auf der Basis einer verläßlichen Kosten-Nutzen-Analyse ständig um maximale Verwertung der Investitionen, um Verbesserung des Maschinenparks, der Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation bemüht ist wie um Senkung der Lobn-, Kapital-, Rohstoff-, Energie- und Transportkosten. Erst kraft innovativer, sachlich notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen wird eine dem Aufwand angemessene und gegen die Konkurrenz auf dem Markt durchsetzbare Preisgestaltung möglich.

In jenen frühmanchesterlichen Zeiten, als die industrielle Entwicklung noch reichlich planlos ablief, sah Babbage die zentrale Funktion seiner mechanischen Rechenmaschine schon darin, das einzelne Unternehmen ebenso wie die gesamte Volkswirtschaft planvoll und rationell zu ordnen. Damit nahm Babbage das Konzept des modernen computergestützten Managementsystems, dessen Aufgabe es sein sollte, das gesamte ökonomische Geschehen in einer Fabrik oder in einem Konzern als integralen Teil einer nach gesellschaftlichen Bedürfnissen planvoll organisierten Gesamtökonomie zu steuern und zu überwachen, um anderthalb Jahrhunderte vorweg. Wie wir nur zu schmerzlich erleben, werden die gegenwärtig verfügbaren Managementsysteme keineswegs zum Zwecke einer sozial und ökologisch verantwortlichen Volkswirtschaft im nationalen oder globalen Rahmen eingesetzt, sondern zur Rationalisierung im betriebswirtschaftlichen Interesse blinder, raffgieriger Profitmaximierung.

Helms: Von der Lochkarte in den Cyberspace

Die oft mangelhafte Architektur und innere Organisation der Fabriken, die willkürliche Wahl von Fabrikstandorten, die Fabrikenmassierungen an einem Ort, die wenig durchdachten Betriebserweiterungen oder -verlagerungen kritisierte Babbage nicht minder vebement wie den zumeist unzulänglichen Zustand der Straßen und des Kanalnetzes. Er definierte sie als ökonomische Faktoren und verlangte, sie analog den anderen Faktoren exakt zu messen, die Meßdaten mit Hilfe der Rechenmaschine zu evaluieren und sie in die Kosten-Nutzen-Analyse einzubeziehen.

Hätte der mechanische Rechner oder Computer, das Instrument zu solch umfangreichen Analysen, damals fabriziert werden können, und wäre er Babbages Vorstellungen entsprechend angewendet worden, dann hätten die Industriestädte wohl andere Gestalten angenommen als die uns überlieferten. Umgekehrt ist aus Babbages Untersuchimgen abzulesen, warum die Industrialisierung jene unmenschlichen urbanen Strukturen produziert hat, die die Städte seither in voneinander zernierte und miteinander inkompatible Stadtteile mit ständig steigendem Transportaufkommen zergliedern.

II

Während sich die Maschinensteuerung vermittels Lochkarten oder Lochstreifen allmählich in vielen Industriebranchen ausbreitete und zumal bei Werkzeugmaschinen starke Anwendung fand, stagnierte die maschinelle Datenverarbeitung ein halbes Jahrhundert lang. Erst Mitte der 1880er Jahre entwickelte der Ingenieur Herman Hollerith, vormals Lehrer am MIT, dem Massachusetts Institute of Technology, im Auftrag der US-Regierung eine Tabulating Machine für die Volkszählung von 1890. Diese Maschine vermochte die abgefragten Individualdaten nach bestimmten Kategorien zu tabellarisieren.

Dank der elektro-mechanischen Hollerith-Maschine, wie sie bald genannt wurde, erfuhr der Staat, der sich - wie schon bei Babbages Difference Engine - als Finanzier und ideeller Gesamtkapitalist betätigte, wieviel Einwohner weiblichen oder männlichen Geschlechts von weißer, roter. schwarzer oder gelber Hautfarbe in San Francisco oder Bismarck, ND lebten, welchen Altersstufen sie angehörten und welche Berufe sie ausübten. Aus den Daten berechnete die Maschine auch, wieviel Wehrpflichtige im Kriegsfall aufzubieten wären.

Um die 1892 anstebende US-Farmstatistik bewältigen zu können, ergänzte Herman Hollerith die noch halbautomatische Tabelliermaschine um einen gleichfalls elektromechanischen Addierteil. Im Gespann verrieten die beiden Rechner dem Herrn im Weißen Haus, in welcher Region die dicksten Sojabohnen geerntet wurden, wo die saftigsten Rinder weideten, ob schwarze oder weiße Farmer fleißiger Baumwolle pflückten. Diese Daten mobilisierten die Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen und gaben der gerade entstehenden Agrochemie starken Auftrieb, um die Erträge pro Hektar zu steigern.

Die Holleritb-Maschine verarbeitete auf Lochkarten in maximal 240 Positionen arrangierte Daten. Geschab die Abtastung anfangs - wie bei Jacanard - noch mit Nadeln, die, wo sie auf ein Loch trafen, einen elektrischen Kontakt herstellten, so ersetzte sie Hollerith, um das Arbeitstempo zu erhöhen, bald durch Metallbürsten. Als Engpaß erwies sich das Übertragen der Daten auf Lochkarten: die flinkste Locherin oder Datentypistin schaffte pro Arbeitstag etwa 700 Karten, Männer leisteten entschieden weniger. Seither ist Datentypistin ein schlecht entlohnter Frauenberuf. Um die Produktivität der Datentypistinnen zu steigern, bemühte sich Hollerith unablässig, den Lochapparat zu verbessern. Das Ergebnis war der elektromechanische Pantograph-Locher. Um die Kapazität des Systems insgesamt zu erhöhen, entwickelte er den halbautomatischen Rechner zur vollautomatischen Maschine und komplettierte sie mit automatischen Karteneingabe- und Kartensortiergeräten.

Nachdem Holleritb-Maschinen die russische Volkszählung von 1896 erfolgreich absolviert hatten - mit 130 Millionen Untertanen gebot der Zar über das bevölkerungsreichste Schwellenland -, wurden sie in allen Industriestaaten für die Bevölkerungs-, Landwirtschafts- und Industriestatistik adoptiert. Daraufhin begannen auch privatwirtschaftliche Kunden, die Rationalisierungseffekte der elektromechanischen Datenverarbeitung zu ermessen, und wollten sie genießen.

Angefangen mit Marshall Field in Chicago verwendeten Kaufhäuser den Hollerith-Rechner für ihre Einkaufs- und Vermarktungsplanung, Lagerhaltung und Logistik. Nachdem die Prudential Life Insurance Co in Newark, NJ, festgestellt hatte, daß sich Holleriths Rechnersystem vorzüglich eignete, die unwägbaren Risiken der einzelnen Versicherungsfälle auf ein statistisch errechnetes Durchschnittsrisiko zu nivellieren, das Risiko also zu mindern und die Profite zu mehren, installierten die großen Versicherungsgesellschaften Hunderte von Hollerith-Anlagen.

Der Durchbruch in die gütererzeugenden Industrien gelang Hollerith allerdings erst, nachdem der Robber Baron Commodore Vanderbilt Hollerith-Rechner bei seiner New York Central & Hudson River Railroad für vielfältige Aufgaben eingesetzt hatte. Deren wichtigste bestand darin, die bis dahin undurchschaubare, kostenaufwendige Zirkulation beladener und leerer Güterwaggons zu erfassen und zu rationalisieren. Damit waren die realen Betriebs- und Amortisationskosten eines Güterzugs von Chicago nach New York oder eines Ganzzugs mit Weizen von den Kornfeldern und Silos im Mittelwesten zu den Exporthäfen an der Ostküste oder am Golf von Mexiko zu berechnen. Wenn Hollerith-Systeme derart komplexe Berechnungen auszuführen vermochten, dann mußte es für sie ein Leichtes sein, Produktionsprozesse in den verarbeitenden Industrien zu kalkulieren und zu rationalisieren.

Helms: Von der Lochkarte in den Cyberspace

Als allererster Kunde batte sich schon 1888 - zwei Jahre vor dem Großeinsatz beim US-Zensus - das Militär für Holleriths Erfindung interessiert; bis zum beutigen Tag ist das Militär der Datenverarbeitung treu geblieben, es ist ihr bedeutendster Kunde und hat ihre Entwicklung entscheidend gelenkt, finanziert und seinen Bedürfnissen angepaßt.

1888 testete das US-Kriegsministerium den Hollerith-Rechner mit der Anlage einer Gesundheitsstatistik der Armeeangehörigen, die von Tag zu Tag auf dem Laufenden zu halten war. Nach dieser Bewährungsprobe lernten die Generale und Admirale den Nutzen der Apparatur für die Logistik schätzen, erst für den Transport von Soldaten und Kriegsmaterial. dann für die Versorgung der Armee und Marine mit Lebensmitteln, Waffen und Munition. Die volle Wirkung der Hollerith-Rechner trat bei einer rein mathematischen Aufgabe mit vielen Variablen zutage: bei der Berechnung von Geschoßbahnen unter den unterschiedlichsten Umweltbedingungen und Windverbältnissen. Die auf diese Weise erstellten Tabellen optimierten die Zielgenauigkeit und den Zerstörungseffekt der Artillerie zu Lande und zu Wasser. Im Ersten Weltkrieg bedienten sich sämtliche Stäbe beiderseits der Frontlinien der Hollerith-Rechner: Das Gemetzel an der Somme und vor Verdun legte Zeugnis ab von ihrer Effizienz. Die deutsche Marineleitung tat sich bervor, indem sie den totalen U-Boot-Krieg mit Hilfe von Hollerith-Maschinen plante, durchführte und fortlaufend auswertete.

Herman Hollerith war ein Monopolist. Um etwaigen Konkurrenten den Einstieg ins Computergeschäft zu verwehren oder zumindest zu erschweren, weigerte er sich, seine Maschinen zu verkaufen. Anfangs stellte er sie den Kunden gratis zur Verfügung, sein Geschäft machte er mit den Lochkarten, die er selbst produzierte, und die sie bei ihm kaufen mußten. Erst nach der Jährhundertwende, als schon Tausende Aggregate in Betrieb waren, ging er dazu über, die Maschinen zu vermieten, sodaß das in ihnen gebundene Kapital schneller zurückfloß. Der Miet- oder Leasing-Preis richtete sich nach der Maschinenkapazität und dem Ausnutzungsgrad.

Hollerith etablierte das für die Branche typische Vertriebssystem, die hardware zu vermieten, die software indessen zu verkaufen. Seine Nachfahren, die Computer-Monopolisten IBM, Remington Rand, ICL, Univac und Burroughs, wußten es aufrechtzuerhalten, his der PC und das Networking ah 1980 das Ende der Großcomputerära einläuteten.

154

1911 ließ sich der 51-jährige Herman Hollerith von Charles Flint, dem Vater der Trusts, üherzeugen, daß er von nun an die Früchte seiner Arbeit als gentleman-farmer genießen und seine Firma als Kernstück in einen neu zu bildenden Büromaschinentrust oder -konzern einhringen möge. Unter der Chiffre IBM - sie steht für International Business Machines - hat dieser Monopolkonzern rund 70 Jahre lang die Datenverarbeitung weltweit dominiert.

Während Hollerith die Datenverarbeitung auf den Weg hrachte, bemühte sich Frederick Winslow Taylor, die industriellen Produktionsprozesse zu rationalisieren, indem er die einzelnen Arbeitsakte von Handarbeitern maß nnd auf der Basis seiner Meßdaten die Lehre vom scientific management, von der wissenschaftlichen Betriebsführung, formulierte. Was Babhage mit seiner Differenzmaschine und seiner alle Faktoren einbeziehenden Kosten-Nutzen-Analyse begonnen, was dann von Hollerith mit seinem elektromechanischen Rechner und von Taylor mit seiner Betriebswirtschaftslehre getrennt wiederaufgenommen und auf eine höhere Stufe gehracht wurde, das wurde in der Fließbandproduktion von Henry Ford zum Teil wieder zusammengehracht. Wenn auch nur hier und da ineinandergreifend, dienten beide Instrumente der Produktionsrationalisierung, für die das Fließband sichtbares Zeichen.

Mit dem Fordismus begann die datengestützte, durchrationalisierte und fortschreitend weiter rationalisierende Massenproduktion, nicht allein der Automobile oder all der anderen technischen Konsumgüter, die von Küchenmaschinen bis zu Hobby- und Gartengeräten die privaten Haushalte his zum Bersten füllen, vielmehr auch der serienmäßig fahrizierten Investitionsgüter von Werkzeugmaschinen his zu Flugzeugen.

Erste zaghafte Versuche, die Datenverarbeitung und die Prozeßsteuerung, die seit Jacquard separate Wege gegangen waren, wieder in ein Gesamtsystem zu integrieren, fanden in den sogenannten Flußindnstrien statt, wo die Produktion fließend stattfinden muß und nur mit Verlust unterbrochen werden kann: in der Stromerzeugung, der Erdölverarheitung, der Großchemie, den Gummi- und Glasindustrien. Es gelang freißich erst nach dem Zweiten Weltkrieg, die anfängliche rechnergestützte Produktionsplanung und -kontrolle und die Steuerung oder Fernsteuerung der Produktionsprozesse zur computergestützten Raffinerie oder Fahrik zu integrieren, in der Menschen lediglich noch zur Überwachung der Instrumente und Wartung der Aggregate oder für Hilfs- und Transportarbeiten benötigt werden.

Nichtsdestoweniger hrach die Datenverarbeitung durch den Fordismus mit Brachialgewalt in die Städte und ins flache Land ein. Kaufhäuser und Verwaltungsbauten besetzten die Innenstädte, der Einzelhandel wurde in strip centers gebündelt an den Einfallstraßen aufgereiht und dann in shopping centers konzentriert und am Stadtrand installiert. Fabriken ließen sich entlang der Transportachsen auf der grünen Wiese nieder. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mebrspurige, ampelgesteuerte Autorollbahnen durch die Städte geschlagen, die die einzelnen Viertel stärker voneinander trennten, als daß sie sie miteinander verhanden. Klein-, Mittel- und Großstädte uferten entlang der Kommunikationswege und Autobahnen zu amorphen Agglomerationen aus, bis nach und nach das gesamte Land pseudo-urbane Strukturen annahm und mehr und mehr versiegelt wurde. Die Reste an Natur wurden in Zoos, Botanischen Gärten, Parks und Naturschutzreservaten eingesperrt, sozusagen in Sicherheitsverwahrung genommen. Mit Recht spricht André Corboz von der Großstadt Schweiz.

III

Große Kriege pflegen bedeutende technologische Umwälzungen auszulösen. Der Zweite Weltkrieg verbalf der Kernenergie, dem Computer, der Automation und der telekommunikativen Vernetzung zum Durchbruch.

Unter dem Titel Manhattan Project gab der vom späteren Präsidenten Eisenhower so benannte Militär-Industrie-Komplex Anfang der 40er Jahre jener alma mater, an der Herman Holleritb studiert und gelehrt hatte, nämlich dem Massachusetts Institute of Technology - kurz MIT - mehrere Forschungsvorhaben in Auftrag. Im MIT-Labor für Strahlungsforschung arbeiteten Wissenschaftler an den Voraussetzungen für die Selbstvernichtung der Menschheit durch Kernwaffen. Die Atom- und Wasserstoffbomben wurde später in Los Alamos, NM, gebaut. Im benachbarten MIT-Labor für Servomechanismen entwickelten Forscher Regelkreise und Fernstenerungen für Waffeusysteme, die mittlerweile in modifizierter Gestalt als Steuerungssysteme für Maschinen und komplette Produktionsanlagen in die Industrien Einzug gehalten haben.

Derweilen dachte MITs Mathematikstar Norbert Wiener über die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Menschen und den sich als technische Möglichkeit am Horizont ahzeichnenden Menschmaschinen nach. Die neue Wissenschaft vom Informationsfluß in offenen oder geschlossenen Regelkreisen nannte er Kybernetik. Sie wurde die theoretische Grundlage für Computer, Mikroelektronik und die auf Mikroelektronik basierende und von Computern gestenerte Automation.

Norbert Wiener "bestand darauf, daß [Regelkreise und Computer-]Systeme [offen] sein und ihre Funktionen als statistische und probabilistische verstanden werden müßten," schreibt der MIT-Technikhistoriker David Noble. "Stets hoh er hervor, daß lebende Systeme offen und zufällig und nicht geschlossen und deterministisch seien, weil der 'Steuermann', der selbsttätig korrigierende Mechanismus, in sozialen Systemen ein Mensch sei und deshalb nicht durch formale Logik, sondern durch Können, Erfab-

rung und sinnvolle Zwecke geleitet werde. Alle technischen Teile solcher Systeme, betonte [Wiener], müßten so entworfen sein, daß sie mit dem Menschenleben vereinbar sind, es ergänzen und es erhöhen. [...] Weil ein übermäßig deterministisches System das ganze Potential der Menschen mit dem von ihnen zusammengetragenen Schatz an Erfahrung, Können und stillschweigendem Wissen verleugne, stelle es lediglich eine erbehlich abgeschwächte Verwirklichung der vorhandenen Möglichkeiten dar. Insofern solch ein System den vollen Umfang menschlichen Denkens und Handelns einschränke, tendiere es zur Instabilität und zu Störungen, weil es den Spielraum des negativen feedbacks, der sich selbst regulierenden und korrigierenden Aktionen, einenge. Weil solche bloß technisch konsistenten Systeme schließlich auch die Zeitskalen ignorieren, die menschlichem Handeln angemessen sind, vermindern sie die Kontrolle der Menschen über die Maschinen. [...] Doch Wiener mißdeutete das Streben nach totaler Kontrolle nicht als einen wahnwitzigen technischen Anschlag auf jedwede meuschliche Zielsetzung. Er war sich durchaus der Tatsache bewußt, daß auch dieses Streben menschliche Ziele reflektiert, nämlich die Ziele derjenigen, die die Macht innebaben."2

Die militärischen und wirtschaftlichen Machthaber verschlossen ihre Ohren gegen Wieners Warnungen, sie entschieden sich damals in den Kriegsjahren für den Computer als Instrument zur Konsolidierung der bestehenden Machtverhältnisse. Dazu hedienten sie sich des theoretischen Modells John von Neumanns. Von Neumann hatte den Computer als ein mathematisch-deterministisches System geschlossener Regelkreise konzipiert. Was immer an Daten im solche Regelkreise eingespeist wird, was immer jemand an irgendeiner Stelle in einem solchen Regelkreis tut, ist kontrollierbar. Die gesamte bisherige Computerentwicklung ist von Neumanns Konzept gefolgt, das seine Herkunft ans militärischen Ordnungsund Kontrollvorstellungen nicht verleugnen kann.

Die Atomhombardierung Hiroshimas und Nagasakis erschreckte Norbert Wiener zutiefst. Er fragte sich, ob nicht auch die von ihm begründete Kybernetik das technische Macht- und Vernichtungspotential vermehren könnte, und kam zu der bitteren Einsicht, daß das bereits gescheben wäre. Um eine weitergehende Technologieaneignung durch den Militär-Industrie-Komplex zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen, wandte er sich in einem offenen Brief an seine Kollegen. Der Brief erschien unter der Überschrift Ein Wissenschaftler rebelliert im Januarheft 1947 des Atlantic Monthly.³ Darin forderte er seine Kollegen auf, ihre wissenschaftliche Arbeit dem gesellschaftlichen Nutzen unterzuordnen und sich nicht an die herrschenden Mächte zu verkaufen. Bei seinen eigenen Porschungsvorhaben werde er entscheiden, ob er sie überhaupt durchführen solle, welche

Forschungsergebnisse er ohne Gefahr für die Gesellschaft veröffentlichen könne und welche nicht.

Im August 1949 ging Norbert Wiener noch einen Schritt weiter. In einem Brief an Walter Reuther, den Vorsitzenden der United Automobile Workers, der US-Automobilarheitergewerkschaft, warnte er eindringlich vor der sich allmählich ausbreitenden Automation mit Hilfe von Servomechanismen, Steuerungstechniken, programmierharen Maschinen und Computern. Diese Technologien, schrieb Wiener, sind "außerordentlich flexibel und für die Massenproduktion geeignet [...] und werden zweifellns zur Fabrik ohne Arbeiter führen. [...] In den Händen der gegenwärtigen Industrieherren werden solche Betriebe unweigerlich eine verheerende Arbeitslosigkeit produzieren." Walter Reuther begriff ihn nicht oder wollte ihn nicht begreifen, er antwortete nicht einmal auf Wieners Brief. Die Gewerkschaften versäumten es, sich beizeiten gegen die schleichende Automation der Arbeitsprozesse in Fabrik, Büro und Handel zur Wehr zu setzen. Jetzt haben sie keine Chance mehr, die Danerarbeitslosenheere wachsen von Tag zu Tag.

Auf der Gegenseite nutzte der um eine systemkonforme Wissenschaft angereicherte Militär-Industrie-Wissenschaftskomplex den permanenten Kriegszustand, in dem sich die USA seit Eintritt in den Zweiten Weltkrieg befinden, um seine Ordnungs-, Kontroll- und Profitmaximierungswünsche radikal durchzusetzen und die gesamte Gesellschaft zu militarisieren.

Der 1947 in den Bell Laboratories des Telekommunikationskonzerns AT&T entwickelte Transistor ermöglichte die permanent fortschreitende Miniaturisierung der Mikrochips und Computer hei gleichzeitiger Kapazitätsausweitung. Inzwischen leistet ein laptop mehr als jene mit Röhren bestückten, einfamilienhausgroßen Riesencomputer der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre.

In den 50er Jahren veranlaßte das Pentagon im Namen der nationalen Verteidigungsbereitschaft Elektrizitätswerke, Raffinerien und Chemiebetriebe, zur vollautomatischen Computersteuerung ihrer Anlagen üherzugehen. Dann forderte das Pentagon die von ihm abhängigen Rüstungskonzerne nachdrücklich auf, die Produktionsprozesse von analoger numerischer Maschinensteuerung und dem Einsatz vereinzelter Industrieroboter auf totale digitale Computersteuerung vom Produktentwurf bis zur Endmontage umzustellen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, schloß sich die zivile Güter produzierende Industrie dieser Umstellung an.

Keins der heutigentags Menschen, Güter oder Kriegsmaterialien transportierenden Flugzeuge wird mehr von Menschen entworfen, durchkonstruiert und produziert. Allenfalls in der Montage haben Roboter in Menschengestalt noch ein paar untergeordnete computerüherwachte Funktionen, so-

Noble, David F.: Forces of Production. A Social History of Industrial Automation. New York, Alfred A Knopf, 1984, p 71.

Wiener, Norbert: A Scientist Rebels. Atlantic Monthly, January 1947, p 46.

Wiener, Norbert: Letter to Walter Reuther, August 13, 1949. Wiener Papers, MIT Archives; zitiert nach Noble, 2 c, p 75.

lange diese sich gegen Automation sperren. Das gleiche gilt für die gesamte Mikroelektronik, die Gentechnologie und Biochemie. Irren sich die Computer - sei es beun Entwurf, in der Konstruktion oder Fertigung führt es zuweilen zu Katastrophen, deren Fehlerquellen schwer zu entdekken sind.

Um 1980 begann mit Margaret Thatcher, Ronald Reagan and Helmut Kohl die Herrschaft der Bankrotteure, wie John Kenneth Galbraith, der Nestor der US-Wirtschaftsgeschichtsschreibung, diese Kommandeure der Gier benannt hat. Ebenfalls um 1980 erreichten die Hochtechnologien ein Entwicklungsplateau, auf dem sich der neomanchesterliche Krieg der Reichen gegen die Armen hemmungslos austoben konnte, von dem auch das politökonomische Geschehen der kommenden Jahrzehnte bestimmt sein wird.

In der Mikroelektronik ist die Miniaturisierung mittlerweile an einem Punkt angelangt, da das Mikron zum Normalmaß geworden ist. Eine weitergehende Miniaturisierung scheint nur noch mit neuartigen Materialien möglich, insbesondere mit organischen. Die software brilliert mit Glanzprodukten aus den vom Militär finanzierten und umhätschelten Künstlichen Intelligenz-Faktoreien: die fürs Pentagon konstruierten electronic battlefields, höchst komplexe Expertensysteme, finden bei minimaler Adantation im zivilen Sektor Anwendung sowohl als Computerspiele für die abzurichtenden Kleinen und Halbwüchsigen als auch als Managementsysteme jeglicher Art für Industrieherren und Finanzkapitalisten. In der Industrie haben sie das outsourcing, die Auslagerung der Komponentenfertigung und kompletter Produktionsstufen, und das just-in-time-Prinzip provoziert. Seitdem zirkulieren LKW-Kolonnen rund um die Uhr zwischen den ausgelagerten Zulieferern und den zentralen Montagewerken.

Das Glasfaserkabel- und Satellitenfunkwesen bietet jedem, der sich die Teilnahme am Verkehr auf den Informationsautobahnen und -vizinalstra-Ben im global village leisten kann, schier unendlich viele Kommunikationskanäle zu Datenbanken, Versandhauskatalogen, Girokonten oder zu anderen Mitteilungsbedürftigen. Die die Menschen zusehends massiver desinformierenden Massenmedien und Lieferanten von Zerstreuungs- und Ablenkungswaren werden graduell von den global operierenden Telekommunikationsgiganten aufgesogen werden; denn diese sind unersättlich in ihrem Verbrauch an medialen Massenartikeln, um sie den Endverbrauchern gegen Gebühr auf den Bildschirm und in die Klangboxen respektive Kopfhörer zu beamen.

Während der sich technisch versiert dünkende Konsument ob der Dialogfähigkeit und -bereitschaft der Computer und anderer mikroelektronischer Systeme sich in Kommunikation mit der Welt wähnt, während Hacker davon träumen, die Herrschaft von Militär und Finanzkapital durch unbefugte Eingriffe in deren Datennetze und -tresore anarchisch zu verwirren und eines Tags ins bodenlose Chaos zu stürzen, regrediert das Individuum

in immer größere Isolation, je dichter die virtuelle Realität der Cyberworld es gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit abschirmt. Die Datenverarheitung in der uns aufgezwungenen Struktur entsozialisiert die gesamte Menschheit, ob an die Netzwerke angeschlossen oder nicht; sie reduziert das Individuum auf eine parasitäre, monadenhafte Existenz.

159

Für die herrschenden Mächte steht die Kontrolle der Menschen und der gesellschaftlichen Prozesse, einschließlich der technischen, im Zentrum ihres Interesses. In Kombination mit demoskopischen Verfahren und massemmedialer Desinformation dienen ihnen Computer- und Kommunikati-Onssysteme zur Lenkung nominell demokratischer Entscheidungsprozesse.

Als reiche diese statistische Herrschaftskontrolle nicht aus, um Arbeitslose wie noch Arbeitende - je nach Bedarf - zu pazifizieren oder zum Völkermord zu agitieren, wenn - wie im Golfkrieg - geschäftliches Kalkül und die winschenswerte Ernstfallerprobung der neuesten Waffensysteme ihn erforderlich machen, läßt das Pentagon seit Mitte der 70er Jahre erforschen, ob sich aus wetware, aus feuchten, weil organischen Materialien - das sind Protein- oder Metall-Protein-Moleküle -, womöglich Biochips, molekularelektronische Geräte und Computer im Nanometerformat fabrizieren lassen, die man künftig dem menschlichen Gehirn als Steuerungsorgane implantieren könne, falls die Gentechnologie vermittels technischer Meisterung des Clonens derartige Implantate nicht überflüssig macht.

Würden diese Visionen der Militärs eines Tages Wirklichkeit, dann vegetierte jedes Individuum im je eigenen Cyberspace, dessen Sensationen irgendein Big Brother im Netzwerk der zulässigen ideologischen Regularien mit dem Schein von Freiheit nach Zufallsprinzipien erzeugte nnd verbreitete. Der unkundbare Anschluß ans weltumspannende Internet wäre im eigenen Kopf geschaltet. Über die Außenwelt - über Stadt und Land, über Gesellschaft und Natur - nachzudenken, wäre dann eine höchst müßige Beschäftigung und fiele wohl kaum jemandem ein.

Quellen

Austrian, Geoffrey D.: Herman Hollerith. Porgotten Giant of Information Processing. New York, Columbia University Press, [1982]

Babbage, Charles: Ueber Maschinen- und Fabrikenwesen, Berlin, im Verlage der Stuhrschen Buchhandlung, 1833

Bohnsack, A.: Spinnen und Weben. Entwicklung von Technik und Arbeit im Textilgewerbe, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1981

Braverman, Harry: Labor and Monopoly Capital. The Degradation of Work in the Twentieth Century. New York & London, Monthly Review Press, [1974]

Clapham, John] H.: An Economic History of Modern Britain. The Early Railway Age 1820 - 1850. Second Edition Reprinted, Cambridge, Cambridge University Press, 1967

Clapham, John H.: The Economic Development of France and Germany 1815 - 1914. Fourth Edition Reprinted. Cambridge, Cambridge University Press, 1968

Copley, Frank B.: Frederick W. Taylor: Pather of Scientific Management. Norwood, MA. Plimpton Press, 1923

Corboz, André: Die "Großstadt" Schweiz oder Zur Notwendigkeit und von den Abhän. gigkeiten einer Stadtplanung. In: Helms, Hans G [Hrsg.]: Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung. Leipzig, Reclam, [1992], pp 153-171

160

Cunningham, W.: The Growth of English Industry and Commerce in Modern Times. Part II. Laissez Faire. Cambridge, Cambridge University Press, 1903

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring). Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgahe (MEGA). I. Abt, Band 27. Berlin, Dietz,

Fishman, Katherine Davis: The Computer Establishment, New York, Harper & Row, [1981]

Föhl, Axel/Hamm, Manfred: Die Industriegeschichte des Textils. Technik, Architektur, Wirtschaft. Düsseldorf, VDI-Verlag, [1988]

Galbraith, John Kenneth: Die Herrschaft der Bankrotteure. Hamburg, Hoffmann und Campe, 1992

Goldstine, Herman H.: The Computer from Pascal to von Neumann. Princeton, NJ, Princeton University Press, 1972

Heims, Steve J.: John von Neumann and Norbert Wiener: From Mathematics to the Technologies of Life and Death. Cambridge, MA/London, The MIT Press, [1980]

Helms, Hans G: Electronic Battlefields oder Die Einübung des imitativen Gehorsams. In: Huber, Jörg/Heiler, Martin/Reck, Hans Ulrich [Hrsg.]: Imitationen. Nachahmung und Modell: Von der Lust am Falschen. [Basel/Frankfurt am Main], Stroemfeld/Roter Stern, [1989], pp 49-58

Helms. Hans G: Der Gabentisch. Einleitende Bemerkungen zum Umbau Großberlins und der Neuen Bundesländer zu den Konditionen des Finanzkapitals und der Hochtechnologien. In: Helms, Hans G [Hrsg.]: Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklung. Leipzig, Reclam, [1992], pp 5-47

Helms, Hans G: Computer aus der Alchemistenküche. Forschungen im Auftrag des Pentagons zu Biochips, molekularelektronischen Geräten und zur Kontrolle und Steuerung von Menschen durch implantierte wetware. In: Behrens, Hermann/Neumann, Gerd/Schikora, Andreas [Hrsg.]: Wirtschaftsgeschichte und Umwelt - Hans Mottek zum Gedenken. Forum Wissenschaft Studien 29. [Marburg], BdWi-Verlag, [1995], pp 142-204

Helms, Hans G: Vom bourgeoisen Konsumenten zum 'klassenlosen' Endverbraucher. Zur Geschichte der Konsumbauten von der Passage bis zur eity mall. Kultursoziologie 2/96, pp 38-62

Hodges, Andrew: Alan Turing: The Enigma. New York, Simon and Schuster, [1983]

Hyman, Anthony: Charles Babbage, Pioneer of the Computer, Princeton, NJ, Princeton University Press, 1982

Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR [Hrsg.]: Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870. Berlin, Akademie-Verlag, [1990]

Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR [Hrsg.]: Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18. Berlin, Akademie-Verlag, [1985]

Kaempsfert, Waldemar. Bahnbrechende Ersindungen in Amerika und Europa. Geschichte ihrer Entstehung und ihrer Schöpfer. Berlin, Rudolf Mosse, 1927

Landes, David S.: The Unbound Prometheus. Technological Change and Industrial Development in Western Europe from 1750 to the Present, Cambridge, Cambridge University Press, [1969]

Marx, Karl: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band, MEW, Band 25. Berlin, Dietz, 1964

Mills, C. Wright: Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten, Hamburg, Holsten-Verlag, [1962]

Moreau, R.: The Computer Comes of Age. The People, the Hardware, and the Software. Cambridge, MA/London, The MIT Press, [1968]

Nevins, Allan/Hill, Frank Ernest: Ford: The Times, The Man, The Company. New York, Charles Scribner's Sons, 1954

Nevins, Allan/Hill, Frank Ernest: Ford: Expansion and Challenge 1915 - 1933. New York, Charles Scribner's Sons, [1957]

Noble, David F.: Porces of Production. A Social History of Industrial Automation. New York, Alfred A. Knopf, 1984

Randell, Brian: The Drigins of Digital Computers. Selected Papers. Heidelberg/Wien/New York, Springer, 1973

Shaiken, Harley: Work Transformed. Automation and Labor in the Computer Age. New York, Holt, Rinehart & Winston, [1984]

Taylor, Frederick W[inslow]: Principles of Scientific Management (1911). In: Taylor, Frederick Winslow): Scientific Management, New York, Harper & Brothers, 1947

Ure, D.A[ndrew]: Das Pabrikwesen in wissenschaftlicher, moralischer und commercieller Hinsicht. Leipzig, Otto Wigand, 1835

Weizenbaum, Joseph: Computer Power and Human Reason. From Judgment to Calculation. San Francisco, W.H. Freeman and Co, [1976]

Wiener, Norbert: A Scientist Rebels. Atlantic Mounthly, January 1947, p 46

Wiener, Norbert: The Human Use of Human Beings, New York, Houghton Mifflin, 1950

Wiener, Norbert: I Am a Mathematican. New York. Doubleday & Co. 1956

Wiener, Norbert: Kybernetik. Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine. 2. völlig neu überarbeitete Aufl., Düsseldorf/Wien, Econ, [1963]

Wiener, Norbert: Gott & Golem Inc. Düsseldorf/Wien, Econ [1965]

Wulforst, Harry: Breakthrough to the Computer Age. New York, Charles Scribner's Sons, [1982]

Nr. 24 Herbst 1997 BAHAMA

Europa -Gemeinschaft der Feindseligen

Europas Regionen in gemeinschaftlicher Konkurrenz, Regionaler Wettbewerbsstaat, Nationalbolschewisten in der "jungen Welt", Ein Sommer im Oderbruch, Organisierte Kriminalität, Antisemiten und Deutschtümler in Österreich u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken) Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben: Bahamas, Postfach 620628, 10796 Berlin Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Gedanken zur Marxismus-Diskussion an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Klassentheorie ohne Geschlechterverhältnis - Ein alter Hut (nicht nur) des 20. Jahrhunderts

Einleitung

Daß die an Marx orientierten Diskussionen über Klassengesellschaft und theorie im 19. und 20 Jb. das Geschlechterverhältnis vernachlässigt und ignoriert haben, ist nichts Neues. Daß diese Ignoranz auf der Konferenz "Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" in Hannover weitergepflegt wurde, hat mich nicht überrascht, aber trotzdem ungeheuer geärgert: Denn ich hin überzeugt, daß "Marxismus" zur Analyse von Gesellschaften notwendig und erkenntnistheoretisch hilfreich ist, wenn als Ausgangspunkt seine dialektisch-materialistisch-historische Welterfassung genommen wird. Da aber dialektisches und historisches Herangehen meist zu kurz kommt, bleiht mit der mal mehr oder weniger vorgenommenen Gleichsetzung von Marxismus und Primat der Ökonomie als Materialismus ein ökonomistisches Herangehen, mit dem die Komplexität der Welt nicht zu erfassen ist. Dies bat sich anf der Konferenz gezeigt: Die Veranstalter konstatieren in der Auswertung selbst, daß "sozioökonomische Themen im Mittelpunkt standen" und gehen Defizite und theoretische Schwächen der Linken zu jenen Fragen zu, "die außerhalb des Ökonomischen und Sozialen liegen."2 Damit wird wieder reduziert: Sozio-ökonomische Themen mit ihrem "hohen Stellenwert" auf der einen, Themen wie das Geschlechterverhältnis auf der anderen Seite - außerhalb. Dialektische Zusammenhänge werden nicht gesehen. Daher soll zunächst die analytische Relevanz des Geschlechterverhältnisses für Gesellschaftstheorie - und Klassentheorie - aufgezeigt werden.

Warum das Geschlechterverhältnis nicht außerhalb der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft liegt³, auch wenn Herkommer und Marx das behaupteu

Für mich ist evident (und dies wurde in der Z-Diskussion vielfältig dargestellt), daß Klassenverhältnisse im Sinne abstrakter Klassen, unmittelbar bestimmt durch das Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit und in Bezug auf Vermögensverteilung, besteben. Die Analyse hzw. Einbeziebung dieser Verhältnisse ist in der Tat unverzichtbar für eine kritische Sozialwissenschaft, wenn asymmetrische Machtverteilungen reflektiert werden sollen, da es einen Zusammenhang zwischen der Produktionsweise, den Strukturen sozialer Ungleichheit und der politischen und kulturellen Machtverteilung giht. Die eigentlich strittige Frage scheint die nach der Existenz sozialer Klassen im Sinne "gemeinsamer objektiver Merkmale und einer gemeinsamen typischen Art der Lebensführung bzw. Mentalität" zu sein. Da ist die Frage, wie homogen die objektiven Merkmale wie Einkommen, Bildung, Berufsart auf der einen Seite noch sind und wie ausdifferenziert die Lebensweisen auf der anderen Seite schon sind.

Zusätzlich stellt sich das Prohlem, daß die Lebensweisen von Frauen und Männern im allen sozialen Klassen und Schichten geschlechtsspezifisch geprägt sind, daß es eine grundlegende Gemeinsamkeit in der Lebensweise der überwiegenden Mehrheit der Frauen verschiedener sozialer Klassen gibt, entsprechendes gilt für die Männer: Es ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, besonders im Zusammenhang mit der Mutter- und Vaterrolle. Diese 'klassenübergreifende' geschlechtsspezifische Gemeinsamkeit ist dabei in ihrer Ausgestaltung klassen- bzw. schichtspezifisch geprägt und gebrochen.

Diese skizzierten Prohleme zeigen, daß es Klassentheorie im Sinne einer homogenen Einheit oder eines bomogenen Gegenstandes nicht geben kann, möglicherweise schon bei Marx micht gab. So hat Deppes Forderung nach "Entmystifizierung" des Klassenverhältnisses "zur Verbesserung des Erkenntniswertes von Klassenanalysen" ihre volle Berechtigung. Umso erstaunlicher ist es festzustellen, daß trotz dieser Forderung und der

Vgl. dazu genauer Domke 1994, S. 191ff.

² Z-Redaktion, in: Z 30 (Juni 1997), S. 48.

Sebastian Herkommer mit Berufung auf Marx in seinem Podiumsbeitrag zum Thema "Veränderte kapitalistische Klassengesellschaft" auf der Konferenz "Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert".

Vgl. Deppe 1996, S. 99.

⁵ Herkommer 1996, S. 84.

Die Ausdifferenzierung von Lebensweisen oder vielleicht besser die Ungleichzeitigkeit von Lebensweisen in einer Gesellschaft wurde immer unterschätzt, gab es schon in den Gesellschaften um die Jahrhundertwende, wo die angenommene Homogenität der Arbeiterklasse als soziale Klasse und die Nichtwahrnehmung anderer sozialer Klassen/Schichten zu politischen Fehleinschätzungen in Bezug auf das 'historische Subjekt' führten (vgl. Haug 1996), was aber hier nicht weiter ausgeführt werden kann.

Heute wird m.E. die Ausdifferenzierung der Lebensweisen in Folge der Milieustudien und durch z.B. Gerhard Schulze und seiner These von der Erlebnisgesellschaft (vgl. Schulze 1993) überschätzt bzw. ist hauptsächlich auf Großstadtinnenstädte zu bezlehen. Es könnte genauso gut eine Tendenz zur Homogenisierung von Lebensweisen festgestellt werden. Ausdruck dafür ist u.a. die - wieder verstärkte - Ehe- und Kleinfamilienorientierung mit traditioneilem, wenn auch modifiziertem Geschlechterverhältnis, der Wunsch nach (Wohn)Eigentum, die zunehmende Erlebnis- und Konsumorientierung in Bezug auf die Blockfreizeit, der gestlegene und sich angleichende Fernseh- und Videokonsum während der Tagesfreizeit. In welchem Maße und in welcher Qualität sich diese Orientierungen und Wünsche realisieren, hängt von den objektiven Merkmalen Einkommen und Vermögen ab.

Vgl. Hall 1977, S. 11.

Vgl. Deppe, a.a.O.

Erkeuntnis, es gābe andere wichtige, möglicherweise wichtigere "Identitäten" als die Klassenidentität, nämlich "ethnische, nationale, religiöse, geschlechtliche", diese "Identitäten" von den meisten - männlichen - marxistischen Theoretikern in der gesamten Z-Diskussion über Klassen und Klassentheorie nicht weiter analysiert, zum größten Teil noch nicht einmal angesprochen werden. So führt z.B. Herkommers Einsicht, daß "einerseits die ethnische Zusammensetzung, andererseits das Verhältnis der Geschlechter in den sozialen Klassen und Schichten" "viel zu geringe Beachtung finden in traditionellen Klassenanalysen" zu keinen Konsequenzen, wie sich in seinem Beitrag auf dem Kongreß "Marxismus an der Schwelle des 21. Jahrbunderts" zeigte (für andere Beiträge gilt gleiches 11).

Bemerkenswert erscheint auch die Tatsache, daß nicht klar wird, welche Bedeutung die einzelnen Identitäten, Zusammenhänge, Verbältnisse baben oder haben köunten, wenn sie - was die Regel ist - so additiv benutzt werden wie oben angeführt. Da kommt der Verdacht auf, daß dies eine Aufzählung bleiben soll, daß es nicht um die Analyse dieser andereren Identitäten, Kategorien, Verbältnisse geht, sondern mit deren Beneunung der Komplexität der Wirklichkeit Genüge getan werden soll, ansonsten aber die Beleuchtung der Klassenverhältnisse, ob als soziale oder abstrakte, auf den ökonomischen Klassenbegriff als "Zentralkategorie" reduziert bleibt. 12 Damit werden aber, wie Tjaden-Steinhauer, Due und Tjaden richtig darstellen, andere grundlegende gesellschaftliche Beziebungen nicht erfaßt und können auch nicht unmittelbar erfaßt werden, nämlich das Verhältnis der Menschen zur nichtmenschlichen Natur und die Beziebungen von Frauen, Männern und Kindern untereinander. 13 Diese Verbältnisse sind zur Wahrnehmung der heutigen Gesellschaft und ihrer Entwicklungsformen ebenso wichtig wie die Klassenverhältnisse. Dabei gibt es für mich keine Über- oder Unterordnung zwischen diesen Verhältnissen, keine Determinierung in letzter Instanz, aber auch kein beliebiges Nebeneimander: Es bandelt sich um dialektische Verhältnisse.

Die Kategorie Geschlecht soll auf ihre Relevanz für Gesellschaftsanalyse hin betrachtet werden ¹⁴, und zwar in Bezug auf den von Deppe genannten Zusammenhang zwischen Produktionsweise, Strukturen sozialer Ungleich-

heit sowie politischer und kultureller Machtverteilung. Dabei soll weder das Klassenverhältnis ad acta gelegt, noch das Geschlechterverhältnis zur neuen 'Zentralkategorie' erboben werden. Tjaden-Steinhauer u.a. ist zuzustimmen, wenn sie bemerken, daß "Zentralkategorien jeder Art der Erkenntnis und der Veränderung der Wirklichkeit im Wege stehen." Allerdings ist das Geschlechterverbältnis m.E. grundlegender als ethnische Zusammenhänge oder nationale und religiöse Identitäten, da diese verschiedenen Identitäten vom Geschlechterverbältnis durchzogen werden, wobei es - bei allen kulturellen Unterschieden - erstaunliche Gemeinsamkeiten gibt: Eine der wesentlichen ist die geschlechtsspezifische und -hierarchische Arbeitsteilung. 16

Diese Arbeitsteilung ist zum einen grundlegender Teil sowohl der Beziehungen zwischen Frauen und Männern auf der individuellen Ebene, als auch der Produktionsverbältnisse, und ist zum anderen Ausdruck des Geschlechterverbältnisses als strukturelles Verhältnis. ¹⁷ Dieses tritt in Erscheinung als Zuordnung der nicht-monetären (nicht marktvermittelten) Haus- und Familienarbeit zum weiblichen Geschlecht (oft als 'Reproduktionsarbeit' bezeichnet) und die Zuordnung der (professionalisierten) marktvermittelten Gelderwerbsarbeit (oder auch 'Produktionsarbeit') zum männlichen Geschlecht. Auch wenn letzteres Fiktion war und vollständig 'nur' ca. 100 Jahre lang für die Frauen bürgerlicher Schichten zutraf, wurde diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung insofern normativ und für alle Schichten und Klassen begemonial, daß die alleinige weibliche Zuständigkeit für die Haus- und Familienarbeit gesetzlich fixiert (in der BRD bis 1976) und durchgesetzt wurde.

Diese Zuordnung der Haus- und Familienarbeit zu Personen weiblichen Geschlechts gilt - bei allen Modifizierungen - bis beute, auch in den hochindustrialisierten Ländern. Dies hatte und bat Auswirkungen auf das abstrakte Verhältnis Kapital/Erwerbsarbeit, auf dessen Gestaltung im fordistischen Klassenkompromiß und damit auf die Entwicklungen hin zur und in der sogenannten postfordistischen Gesellschaft. 18

Diese Auswirkungen betreffen gerade die strukturelle politische und kulturelle Machtverteilung und deren Legitimation, die mit der Hegemonie des bürgerlichen Leistungsprinzips zusammenhängen. Rein ökonomisch oder nur aus Kapitalinteressen beraus ist die vorberrschende Arbeitsteilung und damit die weitgehende - faktische - Ausschließung von Frauen

⁹ Vgl. ebd., S. 100.

¹⁰ Vgl. Herkommer, a.a.O., S. 85.

¹¹ Vgl. Z 30 (Juni 1997), S. 21-116.

¹² Eine positive Ausnahme fällt in Z 24 (Dezember 1995) auf: Jacques Kergoat äußert in seinem Artikel "Bemerkungen zum Klassenkampf" Vorbehalte gegenüber "einem Konzept der 'Geschlechterherrschaft' (sexage)" (was m.B. zu differenzieren wäre) und lehat die Defintion der Frauen als Klasse im Marxschen Sinne ab (dem würde ich zustimmen, wenn auch aus anderen Gründen). Es wird die Kategorie Geschlecht überhaupt einmal beleuchtet (übrigens auch der nationale/ethnische Aspekt) und eine Position dazu bezogen, wie immer mensch zu dieser stehen mag (vgl. Kergoat 1995, S. 28).

¹³ Vgl. Tjaden-Steinhauer u.a. 1996, S. 86.

¹⁴ Zum Problem des Naturverhältnisses vgl. z.B. Holiand-Cunz 1994.

¹⁵ Tjaden-Steinhauer u.a. 1996, S. 89.

Auf die historische Eintstehung und Entwicklung geschlechtsspezifischer und geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, deren Zusammenhang mit der Herausbildung patriarchalischer - vorkapitalistischer - Herrschaftsstrukturen und die dazu vorhandenen unterschiedlichen feministischen wissenschaftlichen Ansätze kann hier nicht näher eingegangen werden; vgl. dazu aber z.B. Lerner 1986, Tjaden-Steinhauer 1995, Anderson/Zinsser 1995, Braun 1997.

¹⁷ Vgl. Beer 1991.

¹⁸ Vgl. dazu Keil 1992, S. 268f., und Ruddick 1992, S. 294ff.

von gesellschaftlicher Partizipation und politischen wie ökonomischen Machtstrukturen nicht erklärhar. Das kann an der Entwicklung in der DDR gesehen werden: Trotz gesellschaftlich organisierter und volkswirtschaftlich getragener Kinderbetreuung, die die hohe, mit der in der alten und neuen BRD nicht vergleichbaren, Erwerbsqunte von Frauen mit sich brachte, wurde in der DDR die familiale Arbeitsteilung und daraus resultierende (Doppel)Belastung für die überwiegende Mehrheit von Frauen prinzipiell nicht angetastet. Diese Arbeitshierarchie in der Familie korrespondierte mit Hierarchien in der Berufssphäre, wo z.B. trotz ca. 80 Prozent weiblicher Erwerbstätiger Betriebsleitungen nur zu 2,3 Prozent in der Hand von Frauen waren. Besonders deutlich wird diese Hierarchie in der Staatssphäre, wo galt, je höher die Entscheidungsgewalt, desto weniger Frauen: Im Ministerrat war eine einzige Frau - Margot Honecker.

Diese asymmetrische Machtverteilung in Bezug auf das Geschlecht macht deutlich, daß patriarchale Herrschaftsverhältnisse micht monokausal auf ökonomische Kapital-Kategorien zurückzuführen sind (auch weun die alleinige weibliche Zuständigkeit für die scheinbar private, unbezahlte familiale Arbeit gesellschaftliche Kosten spart und dem Kapital zusätzliche Ausbeutungsmöglichkeiten schafft). Es ist nicht unmittelbar einsichtig, warum es ökonomische Interessen an dieser geschlechtsdeterminierten Zuweisung von bestimmten Arbeiten an Frauen geben sollte. Auf einer vordergründig ökonomischen Ebene ist die von Herkommer in seinem Podiumsheitrag zum Thema "Veränderte kapitalistische Klassengesellschaft" zitierte Bemerkung von Karl Marx, das Geschlechterverhältnis sei der Anatomie der hürgerlichen Gesellschaft nachgeordnet, micht gänzlich falsch: Doch berührt sie nur den Produktionsbereich, in dem es zunächst wirklich egal war und heute noch ware, welches Geschlecht die den Mehrwert produzierende Person hat. Aher die bürgerliche Gesellschaft zu Zeiten von Marx und die "Veränderte kapitalistische Klassengesellschaft an der Schwelle des 21. Jahrhunderts" bestand und hesteht nicht nur aus dem Produktiousbereich, nicht nur aus der Lohnform unterliegenden Tätigkeiten. Unentbehrlich sind die nicht dem Erwerbsbereich zugehörigen Tätigkeiten, die zur Erhaltung des individuellen und gesellschaftlichen Lebens ausgeführt werden müssen - vo wem anch immer. Hier zeigt sich ein wesentliches Problem von Marx und seinen Adepten: ihre Lohnarbeitszentriertheit.21

Im 19. Jahrhundert setzte sich im Zusammenhang mit der Industrialisierung und der Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften die Zuständigkeit aller Frauen für diese notwendigen Haus- und Familienarbeiten faktisch und normativ/gesetzlich durch, ohne die keine Lohnarbeitskraft dem Gelderwerh hätte nachgehen können. Auf der anderen Seite war Subsi-

19 Vgl. Gysi/Meyer 1993.

²¹ Vgl. Beer 1991a, S. 97ff.

stenzwirtschaft im 19. Jahrhundert nicht mehr vorherrschend, so daß Lohnarbeit und Gelderwerb für das Überleben der Mehrheit der Bevölkerung notwendig war. Das heißt, die Entwicklung von Lohnarbeit und Hausbzw. Familienarbeit und ihrer ökonomischen Notwendigkeit auf individueller und gesellschaftlicher Ebene köunen nur komplementär gedacht werden. Was in feudal-bäuerlichen, handwerklichen und Subsistenzwirtschaften noch selbstverständlich im Denken verankert war, fiel erst mit der haushaltsfernen Erwerbsarbeit und der damit zusammenhängenden Hausfrauisierung weg. Eine Konsequenz war, daß Haus- und Familienarbeit in ihrer Ausführung und ihrer Bedeutung aus dem Blick und dem Bewußtsein sowohl der hürgerlichen als auch der arbeiterbewegten Öffentlichkeit herausfiel.

Auch Marx analysierte die Komplementarität von Lohn- und Haus- hzw. Familienarbeit, deren ökonomische Notwendigkeit und ihre Interdependenz, nicht weiter; die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sah er - ähnlich wie seine bürgerlichen Kollegen - als naturwüchsig an. 23 Die Hausfrauisierung wurde nicht als historisch-gesellschaftlicher Prozeß erkannt, womit Marx nicht nur einen wesentlichen ökonomischen Zusammenhang ausgeblendet, sondern auch die im Zuge der Konstituierung bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse seit Mitte des 18. Jh. definierte Natürlichkeit von Geschlechterverhältnissen übernommen hat, womit Herrschaft nur aus dem Produktionsbereich abgeleitet werden und in Bezug auf das Geschlechterverhältnis als natürlich, damit nicht veränderhar begriffen werden konnte.

Mit der his heute in den Marxismusdiskussionen fortdauernden Nichtbeschäftigung mit dem Verhältnis von Lohn- und Familienarbeit und der einseitig determinierten Zuordnung letzterer an das weibliche Geschlecht²⁴ wurde und wird Klassentheorie der ökonomischen Komplexität kapitalistischer Gesellschaften nicht gerecht. Viel weniger aber noch gilt dies in Bezug auf soziokulturelle Herrschaftsstrukturen. Das Herauslassen der Kategorie Geschlecht und geschlechtsspezifischer Ungleichheiten aus der Analyse kapitalistischer Gesellschaften beschränkt diese auf eine ökonomische Themenstellung und setzt apriorisch strukturelle Phänomene voraus, deren soziale und politische Relevanz nicht mehr gesehen und nicht mehr problematisiert werden.²⁵ Möglicherweise werden sie wie bei Marx als 'natur-

²⁰ Vgl. Domke 1995, S. 28f.

²² Vgl. dazu Hausen 1994 und Mies 1990, S. 90ff.

Vgl. MEW 23, S. 92. Es gab im 19. Jh. durchaus Menschen, die dies anders sahen, z.B. Charles Fourier. Engels hat zwar in Rezeption von Fourier dem Geschlechterverhältnis einen wichtigeren Stellenwert zugewiesen als Marx, aber nicht den zentralen Platz wie Fourier. Die Stellung der Frau wird bei Engels zum Gradmesser des Fortschritts einer Gesellschaft, bei Fourier ist die schlechte Stellung der Frau Ursache der schleppenden Gesellschaftsentwicklung in Bezug auf Emanzipation aller Menschen; vgl. dazu Daniel

Lohnarbeitende Frauen gab es immer, auch in relevantem Ausmaße, hausarbeitende Männer blieben und bleiben marginal (vgl. Institut für Demoskopie 1993, S. 50ff.).

²⁵ Vgl. Rausch 1996, S. 120.

wüchsig' angesehen. Aus dem Blickfeld gerät dabei der Zusammenhang zwischen der angeblichen 'Naturwüchsigkeit' geschlechtsspezfischer Arbeitsteilung, der daraus konstruierten Hausfrauen- und Mutterrolle und der Begründung hürgerlicher Herrschaft.

Da mittlerweile zur Genüge widerlegt ist, daß geschlechtsspezifische Arbeitsteilung naturwüchsig sei²⁶, muß der Frage nachgegangen werden, wieso mit der Herausbildung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftstheorien und -modelle Frauen qua Geschlecht theoretisch und praktisch-politisch unahbängig von ihrem Besitzstatus neben (kapital)besitzlosen Männern von sowohl ökonomischer als auch politischer Partizipation ausgeschlossen wurden und auch rechttlich eine minderwertige Sonderstellung zugeschrieben bekamen. Es muß die Frage diskutiert werden, ob nicht "klassen- und geschlechtsspezifische Prozesse de facto untrennbar miteinander verknüpft sind"²⁷, Geschlechterverbältnisse eben nicht außerbalb sozioökonomischer Zusammenhänge liegen. Dazu eine Skizze der historischen Entwicklung.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Nicht alle Männer werden Brüder - Frauen schon gar nicht

Am Anfang der bürgerlichen politischen Theorie stand der Gedanke der Freiheit des Individuums, der - ebenso wie der Gleichheitsgedanke - gegen die geburtsständische Determinierung aller Menschen und die mit Gott begründete absolutistische Feudalherrschaft gerichtet war. Dabei ging es praktisch um die Legitimierung der Gleichheit vor dem Gesetz, um gleiche Zugänge zu Staatsämtern, gesellschaftliche und politische Partizipation unabhängig vom Gehurtsstatus, ahhängig nur von individueller Leistungsfähigkeit.

Hohbes, einer der Vertreter eines radikalen Individualismus, bestritt jede natürliche Rechtfertigung für Ungleichheit und sah das Individuum als Abstraktum im Naturzustand gleich, unabhängig von Stand/Status/Klasse und hiologischer Besonderheit. Das Zustandekommen von Ungleichheit wurde begründet mit der Konkurrenz um knappe Güter; staatliche Herrschaft sollte den daraus resultierenden Krieg aller gegen alle beenden, war daher funktional und die Individuen unterwarfen sich dieser per Vertrag. Der Ausschluß der Frauen qua Geschlecht - ond nicht qua Besitzlosigkeit durch Niederlage im Kampf um die knappen Güter - ist eine logische Inkonsequenz der bürgerlichen Staatstheorie (übrigens eine Grundlage der feministischen Kontroverse üher Hobbes²⁹).

Bei Locke, der den egalitären Charakter der Menschen im Naturzustand ebenfalls annimmt, kommt Eigentum als Kriterium für Beteiligung am Gesellschaftsvertrag und damit für den Status eines Staatsbürgers deutlicher 7um Tragen als bei Hobbes. Er geht auch nicht von einem Krieg aller gegen alle aus, staatliche Herrschaft wird aus dem Schutz des Eigentums heraus begründet. 30 Bei der Ausschließung von nichtbesitzenden Männer und Frauen spielt der Arbeitsbegriff eine zentrale Rolle. Aus selbständiger Arbeit wird das Recht auf Privateigentum begründet; abhängig Arbeitenden wird Selbständigkeit und die davon abgeleitete Rationalität nicht zugestanden; damit werden ihnen Staatsbürgerrechte verwehrt. Frauen werden prinzipiell sowohl als produktive Arbeiterinnen als auch als Eigentümerinnen anerkannt³¹, könnten also nach Locke je nach sozialer Klassenlage theoretisch an politischer Herrschaft partizipieren. Doch wird "die 'soziale Prämisse' von einer 'geschlechtlichen Prämisse' überlagert". 32 Die Begründung für den Ausschluß aller Frauen liegt im (ir)rationalistischen Ehemodell, in dem scheinbar natürliche Differenzen zu sozialen Kriterien erhoben werden: Die freiwillige Unterwerfung der Frau unter die Ehe-Männerherrschaft wird mit dem funktionalen Zweck der Ehe zur Arterhaltung begründet, in der es letztendliche Entscheidungen geben müsse, die dann eben doch naturgemäß - dem Manne als dem fähigeren und stärkerem Teil zufallen. 33 Der Hintergrund dafür ist der generelle Ausschluß der (reproduktiven) Arbeit von Frauen aus dem ökonomischen und politischen System; durch diesen Ausschluß konnte eine ökonomische Abhängigkeit vom männlichen Versorger/Ernährer konstruiert werden, damit der generelle Ausschluß der (Ehe)Frauen von gesellschaftlicher und politischer Partizipation.3

Ähnliches findet sich bei Fichte, für den ledige Frauen und Witwen frei, selbständig, erwerbstätig und Eigentümerinnen sein konnten, damit kompetent waren, politische Rechte auszuüben. Demgegenüber sah er bei verheirateten Frauen durch die - notwendige - Abtretung ihres Vermögens an den Ehemann den Verlust der Individualität, damit ihrer Kompetenz und ihrer bürgerlichen Rechte. Aufgrund des ihnen angeborenen Liebestriebs hielt Pichte aber auch ledige Frauen für ungeeignet, Staatsämter auszufüllen. 35

Bei Kant war die bürgerliche Gesellschaft ein Zweckverband von Individuen. Der politische Status war nicht naturrechtlich verfügbar, sondern an Qualifikation der ökonomischen und sozialen Selbständigkeit gebunden. Dieses selbständige Individuum vertrat nur sich selbst. Bei Erfüllung der

²⁶ Vgl. z.B. Barrett 1983, S. 71ff.

²⁷ Crompton 1995, S. 139.

²⁸ Hobbes 1980.

²⁹ Eine gute Zusammenfassung dazu findet sich bei Braun/Diekmann 1994.

³⁰ Vgl. Locke 1992.

³¹ Vgl. ebd., II, §43/183.

³² Hansen 1994, S. 146.

³³ Vgl. Locke, a.a.O., II §78-82.

³⁴ Vgl. Frevert 1995, S. 70.

³⁵ Vgl. ebd.

Kriterien hätten logischerweise auch Frauen Staats-Bürgerinnen sein können, doch Kant führte als zweite Bedingung die 'natürliche' Qualität ein, "daß es ... kein Weib sei'." 36

Die Konstruktion des Frauenausschlusses steht also im Zusammenhang mit der begrenzten Rolle, die auch die üherwiegende Mehrzahl der männlichen Herrschaftsobjekte in der politischen Öffentlicheit spielen durfte. Es wird ein Individuum als politisches Subjekt gesetzt, das primär den eigenen ökonomischen Interessen verpflichtet ist - die Mehrbeit der nicht ökonomisch Selbständigen wird marginalisiert hzw. ausgegrenzt. Damit ist aber nicht geklärt, wieso eben ökunomisch und sozial selbständige Frauen qua Geschlecht ausgegrenzt wurden.

Im 18. Jh. war zunächst der Egalitätsgedanke von der gleichen Natur der Menschen, auch der Geschlechter, im aufklärerischen Diskurs vorherrschend. In Bezug auf das Geschlechterverhältnis bestimmten zwei Dinge die Debatte: der Nachweis der gleichen (geistigen) Fähigkeiten von Frauen und Männern und des damit zusammenhängenden Rechts für Frauen, dieselbe Bildung und den gleichen Zugang zu Ämtern und Berufen zu haben wie Männer. Hieran zeigt sich, daß die Diskussion um die Stellung bürgerlicher Frauen ging.

Ab der zweiten Hälfte des 18. Jh. war diese egalitäre Diskussion kaum noch präsent. In der - berechtigten - Ablehnung des traditionellen Dualismus von Geist und Natur und der Abstraktion von den konkreten Lebensumständen von Frauen und Männern wurde die Auffassung hegemonial, die Geschlechtszugehörigkeit präge sowobl die physische als auch die psychische Konstitution des Menschen. Allerdings wurde nur für Frauen diese Konstitution qua Geschlecht, unabhängig von sozialem und Bildungsstand als determinierend definiert: Frauen seien aufgrund ihrer körperlichen Konstitution nicht in der Lage zu abstrahieren, zu verallgemeinern, dem Mann vergleichhare Denkleistungen zu erhringen. ³⁹ Dem gesamten weiblichen Geschlecht wurde so die Vernunft mit hiologistischer Begründung, also scheinhar unveränderlich, abgesprochen.

Damit war das Kriterium der Rationalität für Staatsbürgerschaft auch für ökonomisch und sozial selbständige Frauen nicht mehr gültig. War bei Locke der Ausschluß von gesellschaftlicher und politischer Partizipation hauptsächlich sozial hegründet und der Geschlechteraspekt in Bezug auf verheiratete Eigentümerinnen und gebildete Ehefrauen rationalistisch weun auch widersprüchlich und nicht plausibel – begründet, wich dieser Rationalismus nun völlig einem Biologismus. Der Ausschluß aller Frauen

nicht nur von den Bürger-, sondern auch von den Menschenrechten, erschien als naturgegeben.

Diese Naturalisierung sozialer Geschlechts-Verhältnisse, die hegemonial wurde im Zusammenbang mit der Entwicklung und Durchsetzung einer biologisch begründeten bürgerlichen Mutter- und Familienideologie, konnte übertragen werden auf andere soziale Verhältnisse, so auf das Verhältnis Kapital und Arbeit: Die ideologische Überböbung biologischer Unterschiede zwischen Frauen und Männern legitimierte geschlechtsspezifische und -hierarchische Arbeitsteilung. Adäquat konnte hierarchische Arbeitsteilung mit entsprechender ungleicher Verteilung von materiellen Gütern, Rechten und Macht zwischen der Minderbeit der Kapitalbesitzer auf der einen und der Mehrbeit der Werte Schaffenden oder Dienstleistung Verrichtenden auf der anderen Seite aus 'natürlichen' Unterschieden heraus begründet werden.

Die Positionierung in der hürgerlichen Gesellschaft und im bürgerlichen Staat war nicht mehr gottgegeben, sondern scheinbar durch individuelle Fähigkeit und Leistung bestimmt. Es mußten also unterschiedliche monetäre Entlohnung, soziale Stellung und politische Partizipation als Folge unterschiedlicher naturgegebener Leistungsfähigkeiten erscheinen. Herrschaft über frei und an Rechten gleich geborenen Menschen, die prinzipiell durch individuelle Leistung auch aus unteren Schichten gesellschaftlich hätten aufsteigen können, mußte durch naturgegebene Differenzierungen begründet werden. An die Stelle von Gott trat die Natur für die Legitimation von Herrschaft. Der biologistisch begründete Ausschluß der Frauen war die legitimatorische Grundlage, alle nicht den Herrschaftseliten zugehörige (männliche) Gruppen aus 'natürlichen' und 'funktionalen' Gründen von politischer und wirtschaftlicher Partizipation auszuschließen. Die alleinige Herrschaft der männlichen 'Eliten' konnte nun mit dem durch 'natürliche' Leistung erworbenen Besitz begründet werden.

Dieser Zusammenhang zwischen der Begründung einer quasi natürlichen Unterordnung aller Frauen auf der einen, staatlicher Herrschaft und sozialer Ungleichbeit auf der anderen Seite, wurde im 19. Jh. deutlich herausgestellt. So argumentierte Wilhelm Heinrich Riehl 1855 in seinem dreibändigen Werk 'Die Naturgeschichte des deutschen Volkes':

"Wäre der Mensch geschlechtslos, gäbe es nicht Mann und Weib, dann könnte man träumen, daß die Völker der Erde zur Freiheit und Gleichheit berufen seien." "In dem Gegensatz von Mann und Weib ist die Ungleichheit der menschlichen Berufe und damit auch die soziale Ungleichheit und Abhängigkeit als ein Naturgesetz aufgestellt. Wer Mann und Weib nicht wieder zur Geschlechtseinheit zurückführen kann, der vermesse sich auch nicht, das Menschengeschlecht zur sozialen und politischen Einheit und Gleichheit zu führen." "Unmittelbar mit diesem 'Menschwerden' (Bezug auf Hegel, M.D.) hing die Unterordnung der weiblichen Persönlichkeit unter die männliche in der Familie zusammen, aus welcher, naturnotwen-

³⁶ Vgl. ebd., S. 69f.

³⁷ Vgl. Lang 1994, S. 209.

³⁸ Vgl. Steinbrügge 1990, S. 229f.

³⁹ Vgl. ebd., S. 233.

dig wie aus dem Saatkorn die Pflanze, ausgesproßt ist die ungleichartige Gliederung der bürgerlichen und politischen Gesellschaft.⁴⁰

In diesem Sinne lehnte die überwiegende Mehrheit der liberalen bürgerlichen Ideologen sowohl soziale als auch Prauen-Emanzipation ab. Diejenigen, die für die Abschaffung sozialer Ungleichheit und für die politische und soziale Emanzipation aller Männer eintraten, hatten demgegenüber mehrheitlich die Emanzipation von Frauen, wie unterschiedlich auch immer, auf ihre Fahnen geschrieben.

In Bezug auf politische Gleichberechtigung stand seit der französichen Revolution 1789 die Forderung nach allgemeinem (Männer)Wahlrecht im Vordergrund der politischen Auseinandersetzung. Die SPD hat erst 1891, und zwar nach harten internen Auseinandersetzungen, die Forderung nach allgemeinem Wahlrecht auch für Frauen in ihr Programm geschrieben. ⁴¹ Zwar wurde auch das Recht auf Erwerbstätigkeit für alle Frauen als Grundlage für Emanzipation gefordert, gleichzeitig jedoch faktisch durch Anerkennung des bürgerliche Familienideals mit seiner Mutterrolle - gerade auch von Bebel und Zetkin - die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern festgeschrieben. ⁴²

Literatur

Anderson, Bonnie S./Zinsser Judith P. 1995: Eine eigene Geschichte - Frauen in Europa, Bd. I: Verschüttete Spuren. Frühgeschichte bis 18. Jahrhundert, Frankfurt a.M.

Barrett, Michèle 1983: Das unterstellte Geschlecht: Umrisse eines materialistischen Feminismus, Berlin

Beer, Ursula 1991: Geschlecht, Struktur, Geschichte: Soziale Konstituierung der Geschlechterverhältnisses, 2. unveränd. Aufl., Frankfurt a.M./New York

dies. 1991a: Vergesellschaftungsprozeß und Subjektivität, in: Z 5 (März 1991), S. 96-101

Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hrsg.) 1994: Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion, Frankfurt a.M./New York

Braun, Anneliese: "Reproduktionsarbeit" im Konflikt zwischen Lebensgrundiagen, Patriarchat und Warenverhältnissen, in: Z 30 (Juni 1997), S. 169-181

Braun, Katrin/Diekmann, Anne 1994: Individuelle und gnerative Reproduktion in den politischen Philosophien von Hobbes, Locke und Kant, in: Biester u.a. 1994

Bundesministerium für Familie und Senioren 1994: Fünfter Familienbericht, Bonn

Crompton, Rosemary 1995: Geschlecht, soziale Schichtung und Arbeit, in: Armbruster, L.C./Müller, U./Stein-Hilbers, M. (Hrsg.) 1995, Neue Horizonte? Sozialwissenschaftliche Forschung über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse, Opladen

Daniel, Ute 1992: Das revolutionäre Potential des Privatlebens in der Utopie des Frühsozialisten Charles Fourier, in: Hausen, K./Wunder, H. (Hrsg.) 1992: Frauengeschichte - Geschlechtergeschichte, Frankfurt a.M./New York

Zit. nach: Riehl 1881 (9. Aufl.), S. 161f. Hier zeigt sich schon ansatzweise, daß die Biologisierung von sozialen Verhältnisse auch die Grundlage darstellt(e) für die ideologische Begründung imperialistischer und rassistischer Politik.

41 Die SPD war in Deutschland allerdings die erste und bis 1917 die einzige Partei, die diese Porderung erhob.

42 Vel. Mies 1990, S. 135ff., und Gerhard 1995, S. 195ff.

Demirovic, Alex u.a. (Hrsg.) 1992: Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster

Deppe, Frank 1996: Auf- und Abstieg der neuen Mittelklasse, in: Z 26 (Juni 1996), S. 88-100

ders. 1997: Marx, Marxismus, sozialistische Bewegung: Bilanz und Perspektiven, in: Z 30 (Juni 1997), S. 25-37

Domke, Monika 1994: Was ist marxistische Erneuerung? - Zur Notwendigkeit der Neufomulierung der Frage, in: Z 19 (September 1994), S. 191-197

dies. 1995: Die Heilige Familie. Aspekte der Produktion und Reproduktion von Herrschaftsmechanismen, in: SoFo - Sozialistisches Forum, Nr. 43, S. 25-30

Frevert, Ute 1995: "Mann und Weib, und Weib und Mann": Geschlechterdifferenzen in der Moderne, München

Gerhard, Ute 1995: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Unter Mitarbeit v. Ulla Wischermann, 2. Aufl., Hamburg

Gysi, Jutta/Meyer, Dagmar 1993: Leitbild berufstätige Mutter - DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe, in: Helwig/Nickel (Hrsg.) 1993: Frauen in Deutschland 1945-1992. Berlin

Hall, Stuart 1977: Das 'Politische' und das 'Ökonomische' in der Marxschen Klassentheorie, in: ders. 1989, Ausgewählte Sehriften, hrsg. v. Nora Räthzel, Hamburg/Berlin

Hansen, Brigitte 1994: Egalität und Androzentrismus. Zur Kritik der politischen Anthropologie von Hobbes und Locke, in: Biester u.a. 1994

Haug, Frigga 1996: Frauen-Politiken, Berlin/Hamburg

Hausen, Karin 1994: Die 'Frauenfrage' war schon immer eine 'Männerfrage'. Überlegungen zum historischen Ort der Familie in der Moderne, Bonn (Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 7)

Herkommer, Sebastian 1996: Das Konzept der 'underclass' - brauchbar für Klassenanlysen oder ideologieträchtig?, in: Z 26 (Juni 1996), S. 76-87

Hobbes, Thomas 1980: Leviathan. Erster und zweiter Teil, übersetzt von J.P. Mayer, Stuttgart

Holland-Cunz, Barbara 1994: Soziales Subjekt Natur: Natur- und Geschlechterverhältnis in emanzipatorischen politischen Theorien, Frankfurt a.M./New York

Institut für Demoskopie in Aliensbach (Hrsg.) 1993: Frauen in Deutschland. Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen, Köln

Keil, Roger 1992: Krümelmonster was nun? Einige Überlegungen zur Restrukturierung fordistischer Handlungsmuster, in: Demirovic u.a. 1992

Kergoat, Jacques 1995: Bemerkungen zum Klassenkampf, in: Z 24 (Dezember 1995), S. 19,29

Lang, Sabine 1994: Politische Öffentlichkeit und Demokratie. Überlegungen zur Verschränkung von Androzentrismus und öfentlicher Teilhabe, in: Biester u.a. 1994

Laudowicz, Edith 1989: Bürgerliche Familie - verbürgerlichte Familie, in: IMSF/Flessner, Heike 1989: Frauenunterdrückung und Familienverhältnisse, Frankfurt a.M.

Lerner, Gerda 1986: Die Entstehung des Patriarchats, Prankfurt a.M./New York

Locke, John 1992: Zwei Abhandlungen über die Regierung, hrsg. und eingeleitet v. W. Euchner, S. Aufl., Frankfurt a.M.

MEW = Marx-Engels-Werke, Berlin/DDR 1957ff.

Mics, Maria 1990: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, 3. Aufl., o.O.

Rausch, Renate 1996: Geschlechterverhältnisse und Klassentheorie, in: Z 27 (September 1996), S. 114-125

Riehl, Wilhelm Heinrich 1881: Die Familie, in: Die Naturgeschichte des deutschen Volkes. 9. Aufl., Leipzig

Ruddick, Susan 1992: Das Gesellschaftliche konstruieren: Armut, Geschlechterverhältnis und Familie im Goldenen Zeitalter, in: Demirovic u.a. 1992

Schulze, Gerhard 1993: Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a.M./New York

Steinbrügge, Lieselotte 1990: Wer kann die Frauen definieren? Die Debatte über die weibliche Natur in der Aufklärung, in: Gerhard, Ute u.a. (Hrsg.) 1990: Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht. Differenz und Gleichheit, Frankfurt a.M.

Tjaden-Steinhauer, Margarete 1995: Urgeschichtliche Reproduktionsfunktionen, die Entstehung der Gentilgesellschaft und die Anfänge des Staats und der Familie, in: Z 22 (Juni 1995), S. 35-52

dies./Düe, Dietmar/Tjaden, Karl Hermann 1996: Klassenbegriff und Formationstheorie, in: Z 25 (März 1996), S. 86-89

IMSF - Publikation

Ernst Lüdemann

Die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert

eine statistische Übersicht

Der Hand bietet eine ausführliche statistische Übersicht zu wichtigen Bereichen der Weltwitzschaft im 20. Jahrhundert mit tiefgehender regionaler und Länder-Gliederung und fortlaufenden Zeitreihen. Grundlage sind offizielle Statistiken aus z.T. entlegenen Quellen und internationalen Spezialveröffentlichungen. Für jeden, der aich eine rasche Übersicht zu den internationalen Wirtschafts- und Währungsverhältnissen und den Veränderungen der Weltwirtschaftsstrukturen verschaffen will. Aus dem Inhalt:

- Fläche, Bevölkerung, gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- II. Industrie und Energiewirtschaft
- III. Landwirtschaft
- IV. Außenhandel
- V. Zahlungs- und Leistungsblanzen, Internationale Kapitalverflechtung
- Vi. Verkehrswesen
- VII. Preise, Staatsfinanzen, Währungen
- Vill Beschäftigung. Arbeitslosigkelt, Einkommen

IMSF - Forschung und Diskussion 13 Frankfurl/M., 1996, 180 Seiten, DM 19,80

zu beziehen: IMSF

IMSF Kölner Straße 66 60327 Frankfurt / M. Teleton: 069 / 739 29 34

IMSF - Publikation

Gretchen Binus, Frank Deppe, Joachim Bischoff.
Wilhelm Ersil, Horst Heininger, Rudolf Hickel, Hans
Joachim Höhme, Jörg Huffschmid,
Lutz Maier, Michel Manaille, Leo Mayer, Joachim
Schuster, Corell Wex, Manfred Szampitat

Internationalisierung Finanzkapital Maastricht II

Aktuelle Entwicklungstendenzen und Alternativen

Beiträge einer Tagung von IMSF e.V., Z und Arbeitskreis Kapitalismusforschung / Berlin. Aus dem Inhalt:

Internationalisierung beute und Theorie des Finanzkapitals: Lenin. Hilferding. Keynes - Internationales Finanzsystem, Konzerne und Finanzgruppen - Verselbständigung des spekulativen Kapitals? - Europäische Union und Wandel der Weltwirschaft- Deutsche Hegemonie in der EU? - Die Maastricht-Kriterien und die Widersprüche der EU-Integration und des Europäischen Währungssystems - Alternative Wirtschaftspolitik für Europa - EU und Osterweiterung -Nationalistat und Regionalisierung - Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratisierung der EU

IMSF - Forschung und Diskussion 12

Frankfurt/M., 1996, 180 Seiten, DM 15,-

zu beziehen: IMSF

Kölner Straße 66 60327 Frankfurt / M Anneliese Braun

Neubewertung von "Reproduktionsarbeit" - totale Warenwirtschaft oder gesellschaftliche Alternative?

Die Hoffnung auf nichtkapitalistische und antipatriarchalische Alternativen gründet sich heute vor allem auf Basisbewegungen und ihre transnationale Vernetzung, auf eine "stille Revolution von unten" (Sakamoto in: Hettne, 129ff.).

Aus verschiedensten Richtungen beraus entwickeln sich Ansätze, Gesamtarbeit faktisch neu zu bewerten. Sei es - um nur einige Beispiele zu nennen -, daß Teilzeitarbeit mit wissenschaftlicher, künstlerischer oder sozialer Arbeit kombiniert wird, seien es Projektaktivitäten auf ebendiesen Gebieten, seien es regionale ökologische Initiativen, die irgendwann zu regionalen Wirtschaftskreisläufen vernetzt werden.

Zu überlegen, was diese Aktivitäten eint, wie sie sich ergänzen, ist wichtig, um ihre Vemetzung und ihren Erfolg zu befördern. Dieses stellt wiederum eine Voraussetzung dar, Alternativen gegenüber neoliberalen Entwicklungen zu schaffen. Ihrem Inhalt nach sind das auch politische Aktivitäten, aber wichtig ist es vor allem, allmählich alternative sozialökonomisch-ökologische Strukturen zu schaffen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß eine Neubewertung von Arbeit auf alle von oben herabsließen werde wie Manna.

Erfahrungen des Staatssozialismus mit seinen zentralisierten hierarchischen Strukturen scheinen auf den ersten Blick für die Suche nach Alternativen ohne Interesse zu sein. Jedoch stehen alternative Aktivitäten, sollen sie von Dauer sein, in Vielem vor Grundproblemen ähnlicher Art, an denen die DDR, wie der Staatssozialismus in Europa insgesamt, sebeiterten. Nicht zuletzt führte deren Implosion zur Erfahrung, daß nichtkapitalistische Entwicklungen ausgehöhlt werden, stagnieren und deformieren, wenn das Patriarchat bestehenbleibt.

Die DDR verteilte Arbeit im großen Maße um, zugunsten des Rechtes auf Arbeit, vor allem weiblicher Berufsarbeit. Sie blockierte jedoch eine Umbewertung von Arbeit - und damit die Aufhebung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung -, indem sie auf Wirtschaftswachstum orientierte, die Dominanz warenförmiger Produktion von Lebensmitteln also fortsetzte. Zwar sollte das eine Voraussetzung für ein besseres Leben sein. Dieses blieb aber dadurch von vornherein in tradierten Strukturen gefangen, was innere Triebkräfte be- und verhinderte.

Jedenfalls beweist die Mangelwirtschaft in der DDR keinesfalls, daß antikapitalistische Alternativen aus ökonomischer Sicht zwangsläufig keine Überlebensperspektiven haben. Die DDR war zu inkonsequent und zu wenig antikapitalistisch. Sozialismusadäquate Ziele wurden auf die ferne Zukunft verschoben, auf die sogenannte zweite Phase des Kommunismus. Gerade das war aber das unfehlbarste Mittel, diese Zukunft zu blockieren.

So blieb die "Reproduktionsarbeit" an Frauen adressiert. Prauen verfügten über beträchtlich weniger arbeitsfreie Zeit als Männer¹, und dies war mit emer der Gründe, warum sie ihre Konflikte individualisierten.

Teilnahme an der Erwerbsarbeit ermöglichte Frauen wohl eine ökonomische Unabhängigkeit, manchmal freilich auf relativ bescheidenem Niveau. Für die Gleichstellung der Geschlechter erwies sie sich jedoch als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Die Visionen Engels (Marx/Engels, Bd. 21, 76, 158) und Bebels (Bebel, 298, 305, 562f.) zur Frauenemanzipation blieben nnerfüllt, weil sie nicht berücksichtigten, daß auch "Reproduktionsarbeit" notwendige Arbeit darstellt und als solche nicht aufgeboben, sondern neu bewertet und arbeitsteilig anders organisiert werden muß.²

"Reproduktionsarbeit" neu bewerten - eine folgenreiche Suche nach Alternativen

Patriarchalische Verbältnisse versperren auch heute noch den Zugang sowohl zur Erbaltung von Lebensgrundlagen als auch zum radikalen Bruch mit tradierter Arbeitsteilung. Dies wird besonders deutlich am Widerstand neoliberaler Politik, "Reproduktionsarbeit" neu zu bewerten. Eine Aufwertung von Arbeit, d.h. des variablen Kapitals gegenüber dem konstanten, böte grundsätzlich keine Lösung, weil sie sich im Rahmen tradierter warenwirtschaftlicher Verhältnisse bewegen würde.

Was bedeutet es, "Reproduktionsarbeit" neu zu bewerten?

Angesichts einer zunehmenden Gefährdung von Lebensgrundlagen muß die "Reproduktion des Lebens" zum grundsätzlichen Bezugspunkt werden, um Arbeit neu zu bewerten. Das bedeutet, nach neuen methodologischen Grundlagen zu snchen. Über die "Produktionsweise" binaus, die eben nur einen Bereich der Reproduktion des Lebens beschreibt, muß die unmittelbare Reproduktion des Lebens entsprechendes Gewicht erbalten. Beer gebt einen Schritt in dieser Richtung, indem sie die "Produktionsweise" um die "Bevölkerungsweise" ergänzt (Beer, 229). Damit erfaßt sie allerdings nur einen Teil der Problematik.

Neubewertung bedeutet, die unmittelbare Reproduktion des Lebens in ihrer Ganzheit von der Dominanz profitorientierter Produktion von Lebensmitteln zu befreien. Mag auch bedauert werden, daß dadurch die Komplexität ins Spiel kommt, anders würde "Reproduktionsarbeit" immer in der Ambivalenz verbleiben, die in patriarchalischen Klassengesellschaften ihren Beitrag zur Erbaltung von Lebensgrundlagen tendenziell zerstört. Neubewertung erfordert zunächst, "Reproduktionsarbeit" gewissermaßen "gegen den Strich zu bürsten", um berauszufinden, was diese bervorbringen kann, wenn sie nicht durch Warenbeziehungen deformiert wird. Hiernach gehört "Reproduktionsarbeit" zu den Tätigkeiten, welche Lebenszeit schaffen und dafür notwendige Reproduktionszeit binden.

Notwendige Reproduktionszeit wäre demnach Zeit, welche erforderbch ist, um Personen eines bestimmten Geschlechts und einer sozialen Gruppe bei mindestens durchschnittlicher Lebenszeit zu reproduzieren, so daß insgesamt die Gattung erhalten bleibt. Sie schließt die dafür notwendige gesundheitliche, soziale, bildungsmäßige, erzieberische Arbeit ein, ebenso wie die Zeit, welche erforderlich ist, um notwendige Lebensmittel zu produzieren. In ihr wird also notwendige Arbeit sowohl in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens als auch bei der Produktion von Lebensmitteln, die das notwendige Produkt schafft, verausgabt. Sie bezieht sich damit auf die Reproduktion des Lebens in ihrer Gesamtheit.

In patriarchalischen Klassengesellschaften kann ein notwendiges Produkt nur dann geschaffen werden, wenn ein Mehrprodukt bervorgebracht wird. "Notwendige Reproduktionszeit" ist in ihnen strukturell geschlechtsdifferenzien. Frauen leisten nicht nur überwiegend unbezahlte "Reproduktionsarbeit". Auf sie entfällt auch ein böherer Anteil an der "notwendigen Reproduktionszeit" insgesamt. Selbst in der DDR z.B. leisteten Frauen 1985 notwendige Arbeit zur Reproduktion des Lebens, die rund 46% ihres gesamten Zeitfonds umfaßte. Männer verausgabten dafür 43,5%. Hierbei wurden berücksichtigt: Arbeiten im Beruf, im eigenen Haushalt, zur Pflege und Betreuung von Kindern in der eigenen Familie. Männer konzentrierten zwar mehr Zeit auf die Berufsarbeit (34% des Zeitfonds), während Frauen dafür 26% verausgabten (wegen Teilzeitarbeit, sie leisteten auch kaum Überstunden). Für "Reproduktionsarbeit" hinwiederum setzten Frauen rund 20% des Zeitfonds ein, Männer nur 9,5%.

Nach Altvater/Mahnkopf (294f.) tragen Prauen in Entwicklungsländern 53% der Gesamtarbeitsbelastung, in den Industrieländern sind es 51%. Dabei entfallen in Industrieländern zwei Drittel der Gesamtarbeit von Männern auf bezahlte Arbeit, bei Prauen ist dies ein Drittel. Umgekehrt verbleiht Franen der geringste Anteil an arbeitsfreier Zeit.

"Notwendige Reproduktionszeit" als Kriterium würde "Reproduktionsarbeit" als notwendig anerkennen und die Gesamtarbeit neu bewerten.

In den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten betrug 1985 die durchschnittliche Arbeitszeit je Woche 38,9 Std., die arbeitsfreie Zeit 129,1 Std. (nach Zeitbudgeterhebungen). Die Freizeit lag bei den Frauen in diesen Familien bei rund zehn Prozent der Tageszeit, bei den Männern bei zwölf bis 13 Prozent. Nach: Frauenreport '90, hrsg. von G. Winkler, Berlin 1990, S. 131, 133.

Hier greife ich auf Überlegungen zurück, wie sie in meinem Beitrag in Z 30 ("Reproduktionsarbeit" im Konflikt zwischen Lebensgrundlagen, Patriarchat und Warenverhältnissen) enthalten sind.

Berechnet nach: Frauenreport '90, a.a.O., S. 127ff.

Dies hätte allerdings zur Konsequenz, daß alle in gleichem Maße an der "notwendigen Reproduktionszeit" teilhaben und reziprozitative Beziehungen zueinander unterhalten. Radikale Veränderungen in der derzeitigen Arbeitsteilung wären die Folge. Nur dann könnten sich die Geschlechter und andere soziale Gruppen, wie auch die Klassen - auf Dauer gleichgestellt entwickeln.

Ein Weg dorthin könnten z.B. Modelle sozialer Grundsicherung sein. Vorausgesetzt, sie billigen jedem Individuum das Recht zu, einen Anspruch darauf durch eigene Arbeit selbst zu erwirtschaften, wozu auch "Reproduktionsarbeit" gehören müßte. Bisherige Modelle einer sozialen Grundsicherung unterscheiden sich letztendlich nur partiell voneinander. Sie sind alle alimentär angelegt. Teilhabe aller an der "notwendigen Reproduktionsarbeit" unterscheidet sich grundsätzlich von einer Zwangsverpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit. Sie würde Weichen stellen, um tradierte Arbeitsteilungen aufzubrechen und unterscheidet sich somit grundlegend von der Forderung nach dem "Recht auf Erwerbsarbeit", wie sie u.a. von der PDS erhoben wird.

Aus der Sicht einer Reproduktion des Lebens ergibt sich jedoch noch ein weiterer Umstand.

Reziprozitative Beziehungen können sich auf Dauer nur herausbilden, wenn sie nicht auf das "Reich der Notwendigkeit" beschränkt bleiben, sondern sich in Freiheit außerhalb der Notwendigkeit entfalten und diese stets erneut reproduzieren. Mies (Mies/Shiva, 16) unterliegt einer Illusion, wenn sie von "Freiheit in der Notwendigkeit" ausgeht, womit sie die "Subsistenzperspektive" meint. Diese stellt aber eher eine Notlösung als eine "Perspektive" dar.

Freiheit erfordert "freie Zeit" (Marx, Grundrisse, 595f.). Das bedeutet Zeit, die für die unmittelbare Reproduktion des Lebens verbleibt, nachdem die "notwendige Reproduktionszeit" aufgewendet wurde und die deshalb frei und selbstbestimmt verwendbar ist. Es ist also nicht eine bestimmte Art von Tätigkeit, welche sie zur "freien Zeit" macht, sondern ihre relative Unabhängigkeit von der Notwendigkeit.

"Freie Zeit" kann allerdings nur dann eine der dauerhaften Grundlagen für Freiheit bilden, wenn wenigstens ein Teil von ihr zu "allgemeiner Arbeit" dient. Dabei geht es vor allem um Tätigkeiten, wodurch Menschen sich fähig und bereit machen, gesellschaftliche Diskurse zu führen und Konsens herzustellen, wie in der Bildung, der Kunst, der Wissenschaft usw. Als Beispiel sei auf die wissenschaftliche, informationsmäßige und organisatorische Infrastruktur sowie das persönliche, meist uneigennützige, Engagement verwiesen, mit der besonders in den 80er Jahren in der Alt-BRD (zeitweihig?) ein öffentliches Umweltbewußtsein entstand.

Staatssozialistische Länder haben vielen Frauen und Männern aus Unterklassen den Zugang zu Bildung, Kunst, Wissenschaft eröffnet. Diese Arbeit blieb aber als "Brotarbeit" organisiert. Bei aller persönlichen Identifizierung mit dem Beruf, bedeutete dies staatliche Bevormundung und damit von vornherein Abstriche an Freiheit, die andernorts durch den Markt besorgt werden.

Arbeit außerhalb von Erwerbsarbeit, wie sie z.B. "Reproduktionsarbeit" darstellt, macht sie keineswegs a priori zu einer "Freiheitsbringerin". Weder "Tätigkeiten ohne Erwerbszweck" (wie bei Gorz "Eigenarbeit" und "autonome Tätigkeiten") (Gorz, 219ff.) der "soziale Arbeit" (bei Rifkin) (Rifkin, 161, 162, 189ff.), noch allein "Aufhebung von Arbeit" (wie bei Kurz) (Kurz, 105ff.) bedeuten an und für sich, daß Menschen sich in ihnen freiheitlich entfalten. Freiheit ist auch nicht gestaltbar, wenn allein im Gras gelegen und in den blauen Himmel geschaut wird.

Gorz z.B. verbindet freiheitliche Alternativen mit den "autonomen Tätigkeiten". Dabei betont er, daß das Lebensnotwendige anderweitig gesichert sein müsse, um autonom tätig werden zu können (Gorz, 211). Dabei sei nicht mehr das Gegensatzpaar "Freiheit/Notwendigkeit" entscheidend, sondern "das Paar Selbstbestimmung/Fremdbestimmung: Autonomie/Heteronomie" (Gorz, 237). Das heißt, daß Gorz der Befreiung von Heteronomie eine größere Bedeutung zuweist als der Reduzierung notwendiger Arbeit. Das darin sichtbar werdende "entweder-oder" begrenzt jedoch tatsächlich eine Autonomie. Es bleibt offen, ob und wie es gelingen kann, auf diese Weise Freiheitsspielräume ständig erneut zu reproduzieren. Freiheitliche Spielräume zu erkämpfen, erfordert tatsächlich doch nicht nur, die notwendige Arbeit anteilmäßig zu reduzieren. Dazu gehört ebenfalls, sie von den Fesseln der Lohnarbeit zu befreien, welche potentiell "freie Zeit" immer wieder in notwendige umwandelt (und zwar notwendig für die Kapitalverwertung). Gorz bleibt des weiteren bei der lebensnotwendigen Arbeit auf dem Standpunkt allein der Produktion von Lebensmitteln stehen. Hier wäre aber "Reproduktionsarbeit" mit einzubeziehen, was eine Umbewertung vnn Arbeit voraussetzt und damit nichtpatriarchalische Aspekte in das Verhältnis von Notwendigkeit, Freiheit und Autonomie einbringen würde.

"Freie Zeit" wäre und ist eine historisch neue Erscheinung, soweit sie allen Gesellschaftsmitgliedern zugänglich wird. Eine solche Art von Beziehungen ist in der "notwendigen Reproduktionszeit" nicht möglich. Selbst wenn sie ohne patriarchalische und Klassenfesseln organisiert wird, bleibt sie eine Notwendigkeit (Marx/Engels, Bd. 25, 828). In der DDR z.B. erstickte

Gorz hat seine Auffassung inzwischen etwas weiterentwickelt, indem er "die von Erwerbsarbeit freigesetzte Arbeit" als "gesellschaftlich produktive, sinnschöpfend" ansieht. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 7/94.

Die von Gorz außerhalb einer Erwerbstätigkeit angesiedelte Eigenarbeit (Gorz, 218) würde - erweitert durch die Subsistenzarbeit - einer Arbeit in "notwendiger Reproduktionszeit" recht nahe kommen. Unter der Voraussetzung allerdings, daß in der Produktion von Lebensmitteln die Porm der Erwerbsarbeit abgestreift wird und Arbeit in ihrer Ganzheit im nichtpatriarchalen und antiprofitwirtschaftlichen Sinne umbewertet wird.

der aus Notwendigkeiten kommende zunehmende Zwang zum Ende hin alle freiheitlichen Versuche, die meisten Menschen lebten quasi wie in einer belagerten Festung.

"Notwendige Reproduktionszeit" und "freie Zeit" bilden zusammengenommen die "Reproduktionszeit", welche die "Reproduktion des Lebens" ausfüllt. "Freie Zeit" eröffnet damit einen Zugang zur Reproduktion des Lebens in ihrer Ganzheit und Gesamtheit.

Der Hinweis von Marx, daß mit Hilfe der "freien Zeit" der "Wert" als Regulator abgelöst werden wird (Marx, Grundrisse, 593), gilt nur, wenn die Sicht über die "Produktionsweise" hinaus auf Reproduktion des Lebens erweitert wird. Aus einem Konzept, das auf die Produktionsweise zentriert ist, gibt es keinen Zugang zur "freien Zeit", und diese erscheint dann als nicht zeitgemäß, als eine Illusion oder als eine Verkündigung für eine ferne Zukunft. In diesem Sinne konnte z.B. Bloch die "freie Zeit" oder "Muße" nur als "terra incognita" formulieren (Bloch, 512).

Lafargue wiederum plädierte in seiner Satire für ein "Recht auf Faulheit" und beschäftigte sich mit der "Widerlegung des Rechts auf Arbeit" (Lafargue, 9, 26, 48). Er wollte fremdbestimmte, menschenunwürdige Arbeit abschaffen. Seine Vorstellungen vom "Recht auf Faulheit" orientieren sich nicht auf eine Rückkehr zu vorkapitalistischen idyllischen Arbeit-Muße-Rhythmen, auch wenn einige seiner Bemerkungen dies vermnten lassen könnten. In seiner Rezeption Marx'scher Gedanken über Muße für alle wird ein emanzipatorischer Ansatz deutlich. Lafargue bezeichnete "Muße und Freiheit" als Loskauf von der Lohnarbeit (Lafargue, 53). Dies bedeute, "nicht mehr als drei Stunden täglicb zu arbeiten, um den Rest des Tages und der Nacht müßig zu gehen und zu leben." (Lafargue, 26). Voraussetzung sei vor allem eine Arbeitszeitverkürzung. Muße bleibt allerdings nnscharf. Sie läßt sowohl eine Interpretation im Sinne von Freiheit und Autonomie als auch im Sinne von Müßiggang zu.

"Freie Zeit" ist derzeit patriarchal und von Oberklassen dominiert sowie deformiert (u.a. Jappe, 143ff.). Daß "freie Zeit" für alle von den materiellen Grundlagen her keine Illusion mehr ist, verdeutlichen Entwicklungen in der Arbeitsproduktivität, wie sie seit etwa den 60er Jahren dieses Jahrhunderts einsetzten. Nur 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung würden im kommenden Jahrhundert ausreichen, "um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten" (Martin/Schumann, 12). Würden z.B. in Ostdeutschland die offiziell registrierten und darüber hinaus alle faktisch an einer Erwerbsarbeit interessierten Frauen und Männer wiederbeschäftigt, dann könnte die Wochenar- beitszeit auf ca. 20 Stunden verkürzt werden, bei einem zugrunde gelegten Produktivitätssteigerungseffekt der Arbeitszeitverkürzung von 50%.

Produktivkräfte verwandelten und verwandeln sich jedoch zunehmend in Destruktivkräfte, weil in der warenförmigen, profitorientierten, Wirtschaft potentiell "freie Zeit" in der Tendenz in "notwendige Reproduktionszeit" für die Kapitalverwertung verwandelt wird. Nicht nur, daß "freie Zeit" von Wenigen angeeignet wird. Deutlich wird das auch in den neuen Märkten, die durch die sogenannte Erlebnisgesellschaft erschlossen wurden und zunehmend in "tittytainment" enden. Mit der Gentechnik spitzt sich auch in der Ernährung die Entfremdung von den Lebensgrundlagen zu. Ebenso wird immer mehr Arbeit in den Konsumbereich selbst verlagert. Arbeitsfreie Zeit der Lohnarbeitenden wird so überwiegend in Reproduktionszeit für die "Ware Arbeitskraft" umgewandelt. Selbst Arbeitszeitverkürzung führt infolgedessen vielfach zur Zunahme bezahlter Nebentätigkeiten (auch bei relativ gut verdienenden Lohnarbeitenden), wie u.a. das Beispiel Volkswagen zeigt.

Währenddessen wird den "Überflüssigen" notwendige Reproduktionszeit verwehrt. Arbeitsfähige Personen werden zunehmend nicht mehr für die Kapitalverwertung gebraucht. Davon zeugt u.a. die explosionsartige Entwicklung des "informellen Sektors". Bereits 70% der Menschen auf der Erde stehen in mehr oder weniger atypischen Arbeitsformen (Castel, 776). Dennoch bleibt Lohnarbeit die Hauptquelle des Lebensunterhalts und der Integration in die Gesellschaft.

Auf der anderen Seite wird von Unternehmern zunehmend die direkte Umwandlung von potentiell "freier Zeit" in Kapital propagiert. So fordert der Hoechst-Chef künftig maximal eine Erhöhung der Nominallöhne in Höhe des Inflationsausgleichs, während die Produktivitätssteigerung überwiegend über eine Teilhabe der Beschäftigten am Unternehmenskapital abgeschöpft werden sollte.

In der Tendenz wird so immer mehr Lebenszeit in den Dienst der Kapitalreproduktion gestellt. Dies geht einher mit einer Abnahme der "Gratisdienste" der Natur und der "Reproduktionsarbeit". Zusammengenommen verschlechtern sich die Überlebensbedingungen, es wird für Mehrheiten immer schwieriger, bei tendenzieller Polarisierung materiellen Reichtums in Händen eines Fünftels der Bevölkerung selbst das notwendige Produkt zu sichern.

Die Befreiung von potentiell "freier Zeit" aus den Fesseln der Warenverhältnisse steht in direkter Beziehung zur Erhaltung von Lebensgrundlagen und ist eine Voraussetzung, um "Reproduktionsarbeit" anzuerkennen und die gesamte "notwendige Reproduktionszeit" auf alle umzuverteilen.

Literatur:

Altvater, E./Mahnkopf, B., Grenzen der Globalisierung, Münster 1996

Berechnet nach: IAB-Werkstattbericht Nr. 1.12./15.12.1996, Nürnberg, Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt und eigene Berechnungen.

Vgl. Interview mit Hoechst-Chef J. Dormann in: Berliner Zeitung v. 12./13. Okt. 1996, S. 47.

Bebel, A., Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1954

Beer, U., Geschlecht, Struktur, Geschichte, Frankfurt/Main, New York 1990

Bloch, E., Das Prinzip Hoffnung, Zweiter Band, Berlin 1955

Castel, R., Nicht Exklusion, sondern Desaffiliation. Ein Gespräch mit Francois Ewald in: Das Argument 217, 38. Jhrg., Heft 5/6 1996

Gorz, S., Kritik der ökonomischen Vernunft, Hamburg 1994

Habermas, J., Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1 und 2, Frankfurt a.M. 1988

Hettne, B. (Hrsg.), International Political Economy. Understanding Global Disorder, London & New Jersey 1995

Jappe, A., Sic transit gloria artis. Theorien über das Ende der Kunst bei Theodor W. Adorno und Guy Debord, in: Krisis, Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft, Hest 15/1995, Bad Honnes

Kurz, R., Postmarxismus und Arbeitsfetisch, in: Krisis, Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft, Heft 15/1995, Bad Honnef

Lafargue, P., Das Recht auf Faulheit und andere Satiren. Berlin 1991

Leipert, Ch., Aufwertung der Erziehungsarbeit. Ein Vorschlag zur Schaffung eines Kinder- und Familienfonds, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Deutscher Arbeitskreis für Familienhilfe e.V., o.J.

Lerner, G., Die Entstehung des Patriarchats, Frankfurt/New York 1991

Martin, H.-P./Schumann, H., Die Globalisierungsfalle, Reinbek bei Hamburg 1996

Marx, K., Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953

Marx, K./Engels, F., Werke (MEW), Bd. 3, 21, 23, 25, Berlin 1958ff.

Mies, M., Patriarchat und Kapital, Zürich 1992, 4. Auflage

Mies, M./Shiva, V., Ökofeminismus, Zürich 1995

Polanyi, K., The Great Transformation, Frankfurt a.M. 1990, zweite Auflage

Rifkin, J., Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York, 3. Auflage 1996

Reinhard Schweicher

St. Werners wackere Attacke gegen Rädelsführer "der 'Postmoderne'" und andere herrschaftsideologische Bösewichter.

Anmerkungen und Fragen zu Werner Seppmann, Die "Postmoderne" als Realität und Ideologie, in: Z 31 (September 1997), S. 148ff.

"Postmoderne", wer hätte nicht schon irgendwo irgendwie davon gehört? Sollte es hier, selten genug, einer philosophischen Denkrichtung gelungen sein, ein Massenpublikum zu erreichen, obwohl einige ihrer uns von Seppmann genannten Vertreter wie Lyotard oder Foucault gelegentlich ihre Nöte hatten, sich gegen ihnen von Diskurstrendsettern und Zeitgeistsurfern angehängte Labels abzugrenzen?

Was wissen wir nach angespannter Seppmann-Lektüre nun Näheres über "die 'Postmoderne'"? Konnten wir doch annehmen, daß Seppmann sich der Mühe, ihre "Protagonisten" (154)¹ zu studieren und sich auf sie einzulassen, nnterzogen hat, daß er uns Hinweise für eine unseren kritischen Blick schärfende weiterführende Lektüre geben werde. Wir wissen, daß er uns vor allem anderen vor den von "Realität und Ideologie der 'Postmoderne'" ausgehenden Gefahren warnen will. Haben wir es doch mit einem zu allem entschlossenen Gegner zu tun, der sich nicht damit bescheidet, uns in unserem verblendeten Bewußtsein zu erhalten, er will es auch immer neu "bestätigen" (160), weshalb wir den, der uns seinem Schutz vor diesem Gegner anbesiehlt, von nun an in gebührender Ehrsurcht St. Werner nennen wollen.

Aber was ist bei genauerer Betrachtung eigentlich das, wovor St. Werner uns eindringlich warnen will? Ist es das Postmoderne im Denken, in der Literatur und Kunst, das Lyotard den Kindern seiner Freunde² in einem vom "Zeitgeist" unverstellten Verständnis erklären möchte, oder eben das, was dieser Zeitgeist und "intellektuelle Moden" darüber verbreiten? Ist es die Bedeutung von "post" als "Ana'-Prozeß der Analyse, Anamnese, Anagonie, Anamorphose, der das 'ursprüngliche Vergessen' der unter der zur Klassizität geronnenen Moderne verschütteten historischen Avantgarden

Stellenangaben zu Werner Seppmann, a.a.O.: Seitenzahlen in Klammern.

² Jean-Francois Lyotard, Postmoderne für Kinder (Le Postmoderne expliqué aux enfants). Briefe aus den Jahren 1982-1985, Wien 1987.

Bbd, S. 103; Lyotard gebraucht hier den deutschen Ausdruck, da es im Französischen kein mit den Konnotationen von "Zeitgeist" vergleichbares Wort gibt, ebensowenig übrigens wie für die Postmoderne. Esprit du siècle ist etwas anderes, le postmoderne auch.

Vgl. J.-F. Lyotard, Grabmal des Intellektuellen, Graz/Wien 1985, S. 75ff.

"aufarbeitet", oder eine "Bewegung des come back, flash back, feed back, das heißt der Wiederbolung"⁵? Ist es der Versuch, eine "Widerstandslinie" zu ziehen gegen "das böchst 'moderne' Projekt" (nach Habermas "ein unvollendetes Projekt" der Moderne) einer "universellen Sprache", einer "Me. tasprache", die in der Lage wäre, all die in den besonderen Sprachen niedergelegten Bedeutungen in sich aufzunehmen - "ohne deshalb in den gängigen positivistischen Pragmatismus zu verfallen"; oder das Scheitern der Anstrengungen, diese Spannung auszuhalten, das so manchen linken Nostalgiker in den "Ruf nach Ordnung", nach "Einheit, Identität" verfallen läßt oder gar zu wüsten Beschimpfungen "der 'Postmoderne'" hinreißt?

Aufmerksamen LeserInnen wird nicht entgangen sein, auf welcher Seite St. Werner hier zu finden ist, so daß wir uns mit unserer Frage nach dem Postmodernen bereits jetzt von ihm abwenden könnten und anderswo umsehen müßten. Da wir es aber bei St. Werner mit einem mit Zitaten aus der, über und gegen die "Postmoderne" wohlausstaffierten Gesamtkunstwerk ganz eigener Art zu tun haben, das uns ja nicht nur vor allen möglichen "Zeitgeist-Verwaltern" (160) warnen, sondern zugleich auf den Weg des "der Aufklärung verpflichteten Denken(s)" (152) zurückführen möchte, wollen wir uns der weiteren Prage nicht verschließen, woher seine Botschaft kommt, welchem Denken der Pomp ihrer Inszenierung entliehen ist und was sie uns zu verkünden hat.

Schauen wir nach diesem ersten Resultat unserer Lektüre noch einmal näber hin: auf seine - da wir bei Philosophen zwar auf manche Sottisen gefaßt sein, ihnen aber so gar nicht über den "Tellerrand der herrschenden Vergesellschaftungsprinzipien" (161) hinausreichende Einsichten auch micht gerade zutrauen mögen - offenbar weniger in kritischer als denunziatorischer Absicht aus dem Kontext herausgelösten Zitatmontagen; auf seine nnerbittliche Skandalisierung des "entfremdete(n) Alltagsbewußtsein(s)" (149) der erlebnisfreudigen Massen, das zu seiner Aufklärung der bei St. Werner aufgehobenen "komplexen gesellschaftstheoretischen Interpretationsansätze" (159) harrt, um das Bollwerk des "machtfunktionalen Bewußtsein(s)" (159) der "herrschaftskonformen Weltbild-Konstrukteure" (161) zu knacken und "in die Defensive" geratene "historische Rationalitätsorientierungen" erneut "planender Weltveränderung" (152) zuzuführen.

Denn als Verantwortliche dafür, daß es damit so recht nicht vorangebt, hat St. Werner diesmal nicht die "Strukturmarxisten", sondern die Poststrukturalisten, nicht die Modernisierer, sondern die Postmodernen ausgemacht. Halten wir uns im folgenden nur an die fulminantesten Highlights des uns sich darbietenden Theatrum Mundi "der 'Postmoderne", das dem

"Alltagsbewußtsein" hart auf den Fersen und doch über "die postmodernietischen Vorstellungen vom 'Besonderen'" (155) erhaben ist.

Im ersten Akt ("Die 'Postmoderne' als Realität") ist außer "postmodernen Schlagworten" (158) zu dem, was postmoderner Zeitgeist sein mag, von postmodernem Denken oder dem, was St. Werner dafür hält, gar nicht die Rede. Hier geht es ausschließlich darum, das von Existenzängsten, Isolierung, Orientierungslosigkeit, innerer Leere etc. geplagte und im übrigen "sich mit der Unmittelbarkeit seiner 'Erlebniswelt' zufrieden" gebende "Alltagsbewußtsein", das, den "Regressionsformen" (151) postmodernen Denkens längst erlegen, "keinen Begriff von den objektiven Voraussetzungen individueller Lebensverhältnisse besitzt" (157), für sein im 2. Akt ("Die 'Postmoderne' als Ideologie") eröffnetes Szenario der "geschmeidig" an "die Krisenverhältnisse" angepaßten und "mit ihnen konformen 'postmodernen' Weltanschauungsschablonen" (157) zuzurichten. In das Raffinement, mit dem diese "ihre "Herrschaftsfunktionalität ... restitnieren" (ebd.), soll hier den philosophisch Gebildeten unter uns ein tieferer Einblick geboten werden.

Metamorphosen des "Alltagsbewußtseins"

Das Ganze beginnt mit einer Zitatmontage aus der deutschen Ausgabe des an der zitierten Stelle zudem noch sinnentstellend übersetzten epochalen Werks von Eric Hobsbawm: 'Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914-1991"8, das St. Werner hier für sein fragwürdiges eigenes in Anspruch nimmt: "Die 'postmodernen' Menschen 'wachsen in einer Art permanenter Gegenwart auf, der jegliche organische Verbindung zur Vergangenheit ihrer eigenen Lebenszeit fehlt." (149). Wer bisher überseben hat, daß "postmodern" bei St. Werner gleich im Titel als eine Art der Ausweisung nicht bedürftiges Zitatum majestatis eingeführt ist, und in praemoderner Befangenheit glaubt, daß ein Zitat ein Zitat und kein Manipulat, so wie, dem Aristoteles sei's geklagt, ein Apfel ein Apfel und keine Birne ist, wird den für einen Historiker erstaunlich spekulativen Begriff der "postmodernen" Menschen Hobsbawm zuschreiben. Bei Hobsbawm aber lesen wir: "Most young men and women at the century's end ...". Aber auch dort, wo St. Werner nicht sich selber oder wen immer zitiert, sondern Hobsbawm zu zitieren meint, zitiert er bei seinem Quellenstudium der "Postmoderne" nicht Hobsbawm, sondern dessen Übersetzerin. Hobsbawm nämlich fährt fort (Hervorbeb. R.S.): "... grow up in a sort of permanent present lacking any organic relation to the public past of the times they live in", was doch gerade nicht ausschließt, daß "junge Männer und Frauen" unabhängig von ihrer Begegnung mit St. Werner, die sie zu sogenannten Menschen, zu "postmodernen" eben, macht, in dieser "Art per-

J.-F. Lyotard, Postmoderne..., a.a.O., S. 105.

ebd., S. 89f. und S.15.

Werner Seppmann, Marxismus als Gesellschaftstheorie, in: Z 16 (Dezember 1993), S. 167ff.

⁸ Eric Hobsbawm, Age of Extremes, London 1994, in deutscher Übersetzung München/ Wien 1995.

Ebd., S. 3.

manenter Gegenwart", in der sie aufwachsen, sehr wohl eine schmerzliche Beziehung zu in ihrer individuellen "Lebenszeit" vergangenen Sehnsüchten, Hoffnungen und Träumen haben, eine Beziehung, deren destruktives Potential als Zufriedenheit "mit der Unmittelbarkeit" ihrer "Erlebniswelt" zu deuten Zeitgeistdiagnosen à la St. Werner vorbebalten bleiben mag.

Nun kann man ja gewiß jede Lebensäußerung in der "Krise des fordistischen" oder im "postfordistischen" Kapitalismus - je nachdem, auf welche Variante der Regulationstheorie man sich beruft - "'postmodern'" nennen. womit natürlich gar nichts bezeichnet wird, wohl aber irgendwelche Gebieter über frei flottierende "postmoderne Schlagworte" fürs erste sistiert und für die weitere ideologiekritische Behandlung freigegeben sind. Soll das allein aber uns glauben machen, daß die von St. Werner beschriebenen Befindlichkeiten Effekte oder auch nur der "Nährboden" (151) von "Vorgaben", "Angaben" (passim) oder "Weltanschauungsschablonen" in welchen windigen Debattierstuben auch immer kursierender Ideologeme oder Theoreme sind, die er uns dann als in Gestalt "konzeptioneller Ideologie" der Individuen sich bemächtigende "theoretische 'Diskurse" (161) vorführt? Sind nicht vielmehr umgekehrt die bei St. Werner ganz unspezifisch der Begriffslosigkeit geziehenen "Erlebniswelten" gerade die fragmentierten Realitätswahrnehmungen, die Siegfried Kracauer seit den frühen zwanziger Jahren mit detektivischem Gespür für ihre konkreten sozialökonomischen Bedingungen und ohne jede Häme eines höheren Wissens als Zerstreuungskultur beschrieben hat? 10 In seiner Rezension zu Kracauers "Die Angestellten" bemerkt Walter Benjamin: "Solange wenigstens die marxistische Lehre vom Überbau nicht durch die dringend erforderliche von der Entstehung des falschen Bewußtseins ergänzt ist, wird es kaum anders möglich sein, als die Frage: Wie entsteht aus den Widersprüchen einer ökonomischen Situation ein ihr unangemessenes Bewußtsein? nach dem Schema der Verdrängung zu beantworten." 11 Daran dürfte sich soviel nicht geändert haben, weder im Hinblick auf die marxistische Lehre, noch hinsichtlich der "Ausbreitung des Sports", nach Kracauer einer "Verdrängungserscheinung großen Stils", die "insgesamt ein Hauptmittel der Entpolitisierung" ist12, nnd des damit verbundenen Körper- und Fitnesskults. Wofür bedarf es bier der "Weltanschaungsschablonen" postmoderner "Weltbild-Konstrukteure", wenn nicht für eine ökonomistische Konstruktion, die diese zu unmittelbaren Sachwaltern von Kapitalinteressen macht? Was aber weiß der mit seinem in früheren Verlautbarungen zu spät-

Was aber weiß der mit seinem in früheren Verlautbarungen zu spätkapitalistischen Bewußtseinslagen immerhin noch irgendwie erkennbaren, inzwischen hingegen zum bloßen Lamento beruntergebrachten Entfremdungsbegriff Vieles beklagende, aber nichts Bestimmtes beschreibende oder gar analysierende, der rundum "Gänsefüßchentritte" (Karl Kraus) austeilende, aber nirgends argumentierende, nur tollkühn gegen "Zeitgeist-Verwalter" nnd noch Schlimmeres ausgezogene Großinquisitor denn eigentlich über das Alltagsbewußtsein der Menschen? Bezieht er sich auch nur ein einziges Mal auf konkret-historische Formationen von Alltagsbewußtsein, bei dessen Selbstartikulatinn Intellektuelle, würden sie denn einmal hinhören nnd nicht nur über das Alltagsbewußtsein schwadronieren, als nützlich sich erweisen könnten?¹³ Dürften die Träger von Alltagshewußtsein, das sie so vorteilhaft von den anmaßenden des wahren Bewußtseins, den "Doxosopben", den "Tuttologen", den "Pantologen"14 unterscheidet, auch nur den nächsten Tag überleben, wenn sie nicht auch - im Arbeitsprozeß und in der Durchsetzung ihrer Reproduktionsbedürfnisse, in ihrer Haushaltsfübrung und in der Verwaltung ihres einen leichtfertigen Aufwand für die Lektüre kritischer Kritiker kaum duldenden Zeitbudgets recht vernünftig handelten? Ist diese Widersprüchlichkeit von imaginären und rationalen Bewußtseinselementen nicht der triftige Grund dafür, daß etwa Adorno statt von dem Alltagsbewußtsein von historisch bestimmten "Bewußtseinsformen" spricht und Altbusser den Terminus der im Unterschied zu reduktionistischen Theoriekonstrukten, die er theoretische Ideologien nennt, praktischen Ideologien¹⁵ einführt, die auch lebenswichtige Orientierungsfunktionen haben?

Ideologiekritisches teilt St. Werner nns bis hierher nur insoweit mit, als "eine kontinuierliche Fortschrittsentwicklung (der 'marktwirtschaftlichen' Gesellschaftsformation, wie ihn die 'Modernisierungstheorie' behauptet hat) nicht diagnostisiert werden kann", "sozialwissenschaftliche Mythologien" dieser Art "durch die Gesellschaftsentwicklung" widerlegt wurden und nun die Stunde der "'postmodernen' Weltanschauungsschablnnen" (157) geschlagen hat. Erfahren wir, wann, wo, wie dieser veritable ideologiegeschichtliche Epochenumbruch, die Ablösung der "'Modernisierungstbeorie" durch das gleichwohl "die Reproduktionsdynamik der kapitalistischen Moderne" akzeptierende "'postmoderne Wissen'" (160), stattgefunden hat, wer seine Akteure waren? Sollte er tatsächlich, horribile

Vgl. Andreas Volk, Vorweg, in: Andreas Volk (Hg.), Siegfried Kracauer, Zürich 1996, S. 7f., und Hans G Helms, Plüsch und deutsches Mittelgebirge. Zu den Schriften Siegfried Kracauers, in: ebd., S. 237ff., hier. S. 262f.

¹¹ Walter Benjamin, GS, Bd. III, S. 223.

¹² Siegfried Kracauer, Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland, Frankfurt/M. 1930, hier. Frankfurt/M. 1971, S. 299f.

Einen solchen Versuch unternahmen Pierre Bourdieu und MitarbeiterInnen in: La misère du monde, Paris 1993, in deutscher Übersetzung: Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt. Zeugnisse und Dlagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, édition discours Bd. 9, Konstanz 1997. Aus 60 (von insgesamt 182) Interviews mit Meoschen, die sonst weder zu Wort kommen noch gehört werden, werden hier auf der Grundlage vorausgegangener sozialstruktureller Untersuchungen 60 Erzählungen konstruiert, deren "Redekonstellation" so gewählt ist, "daß die Redenden sich im Vollzug einer Rede deren soziale Stellung selbst erkiären" (Hartwig Zander, Besprechung des Buches, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, Heft 29, Bieiefeld 1994, S. 27ff.).

Pierre Bourdieu, zit. nach Hartwig Zander, a.a.O.

Vgl. dazu Henning Böke, Aligemeinheiten und ihre Brüche. Zum Problem von Rationalität und Kritik, in: H. Böke/C. Müller/S. Reinfeldt (Hg.), Denk-Prozesse nach Althusser, Hamburg 1994, S. 65ff., hier: S. 68.

dictu, das Werk einiger gewissenloser Philosophen sein und zudem noch da die erste Garnitur (Lyotard, Foucault) - von ein paar ohne nähere Stell lenangaben plazierten Seitenhieben gegen "Das postmoderne Wissen" ah. gesehen - bisher nicht aufzutreiben war, solcher aus dem zweiten, dritten oder gar letzten Glied? Es muß wohl so sein, zumal da bei einer den "Krisenverhältnissen" (157) gewachsenen Restitution der "Herrschafts. funktionalität" (ebd.) konzeptiver Ideologie offenbar eine schärfere Gangart gefordert ist. Gewitzt durch den Dilettantismus ihrer herrschaftsi. deologischen Vorgänger, die meinten, dem richtigen Bewußtsem mit einem einzigen Coup den auch für schlechtere Zeiten des Kapitalismus nachhaltigen Garaus zu machen, gehen die Postmodernen professioneller vor: Nach "einem ersten Argumentationsschritt", der micht argumentiert sondern "das eigene theoretische Versagen als Auflösung des (bis dahin offenbar intakten - R.S.) Wissenschaftsobiekts 'Gesellschaft' interpretient (Hervorheb. R.S.), werden "dann in einem zweiten Schritt", der auch kein "Argumentationsschritt", sondern ein weiterer Interpretationsschritt ist, "die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche als disparate Ereignis- und Erlebnissphären interpretiert, ... deren 'Eigensinn' angeblich nicht mehr hinterfragbar sei" (ebd.).

Stellen wir, um sicher zu gehen, daß St. Werner es hier wirklich mit der Tücke des Gegners und nicht etwa mit den Tücken der Sprache zu tun hat. zunächst einmal die Frage: Wer gibt hier an? Die Weltbildkonstrukteure. sie bätten das "Wissenschaftsobjekt 'Gesellschaft'" aufgelöst, auf das hin der "Eigensinn' der Ereignis- und Erlebnissphären" dann schlechterdings nicht mehr hinterfragbar ist, oder St. Werner, es habe seine Auflösung unbeschadet überstanden, sei aber von einer Statur, die es den Postmodernen möglicherweise zweifelhaft erscheinen läßt, ob jener Eigensinn länger auf dieses Wissenschaftsobjekt hin hinterfragbar sei - einmal ganz abgesehen davon, daß Postmoderne wie Lyotard, Derrida, Foucault, Deleuze u.a. Phänomene überbaupt nicht nach fertigen Wissenschaftsobiekten, sondern nach den Konstruktionsregeln von Erkeuntnisgegenständen und den "Inkommensurabilitäten" 16 dieser Regeln hinterfragen? Wir erhalten keine Antwort auf unsere Prage, wobl aber eine weitere auf die von St. Werner längst entschiedene, wie die Postmodernen "diese systematische Blickverzerrung" zustande bringen: "Fundierend' für (sie) ist die Prämisse einer Zweiteilung der sozialen Welt in einen ökonomischen Handlungsbereich und einen praxisfernen (sie!) 'lebensweltlichen' Erfahrungshorizont, wie sie beispielsweise auch von der Habermasschen 'Kommunikationstheorie' propagiert wird" (ebd.), die freilich bei Habermas, sollte er und nicht seine Kolportage aus dritter Hand gemeint sein, der St. Wernerschen Beschränkung von "Handlungsbereich(en)" auf die Ökonomie zum Trotz "Theorie des kommunikativen Handelns" heißt.

Aber lassen wir das, diese ökonomistische Verballhornung des aus dem bis heute nicht vollständig edierten Nachlaß des letzten großen Universalisten Edmund Husserl übernommenen Habermasschen "Lebenswelt"-Begriffs, an der das bei St. Werners letztem Feldzug erledigte "strukturmarxistische" Desiderat ungleichzeitiger und ungleichgewichtiger Praxisarten spurlos vorübergegangen zu sein scheint; diese ohne einen einzigen Beleg berbeifabulierte Story gleich zweier uns aufs Gemüt schwappender Angriffswellen "der 'Postmoderne'" nimmt uns eb keiner ab - gehen wir wieder ins Theatrum Mundi.

Ende der "Modernisierungstheorie?"

Wir kommen gerade noch rechtzeitig zum Szenenwechsel, bei dem eine unter den "verschärften Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft" (148) ramponierte "Moderne" (150) die Modernisierer hinter die Kulissen schencht und unter gewaltigem Theaterdonner die Gladiatoren "der Postmoderne" auf die Bühne schiebt. Denn hier befinden wir uns längst im Posthistoire, im "Leben in der 'Postmoderne'" (148), im "von der 'nostmodern' gewendeten Soziologie" (Zwischenruf vom Olymp: Wie sah die denn vorher aus?) proklamierten "postindustriellen Zeitalter", in einer vom "System" abgespaltenen "Lebenswelt" (156), in der offenbar - jedenfalls bei den Ideologiekritikern der besonderen Art - alles erlaubt und nichts überprüfbar ist - und das alles, obwohl St. Werner uns den "System' und 'Lebenswelt'" wiedervereinigenden Begriff der "objektiven Voraussetzungen individueller Lebensverhältnisse" versprochen hat. Der wäre so dem Alltagsbewußtsein, würde es denn ie von St. Werners berrschaftsideologischem Spektakel erreicht, wieder einmal versagt, vielleicht auch erspart geblieben. Denn will St. Werner uns überbaupt einen Begriff geben, oder will er uns nur durch das Purgatorium seiner Monstren eines "kapitalismusspezifischen Totalitarismusi17 jagen, "der allen Lebensbereichen seinen negativen Stempel aufdrückt" (154), um uns das Fürchten zu lehren vor dem positiven, den mit Peuer und Schwert uns aufzudrücken er sich entschlossen hat?

Möglicherweise aber haben wir seinen Begriff bisher auch einfach übersehen. Steckt er vielleicht in seinem extemporierenden Traktat über "sozio-kulturelle Regressionserscheinungen" als "Kehrseite einer mehrschichtigen Emanzipationstendenz" und über den "eklatant verschärften Widerspruch zwischen der Produktivkraftentwicklung und den bornierten Produktionsverhältnissen" (156), was wir doch alles, weun auch in kobärenterem

¹⁶ J.-F. Lyotard, Grabmal..., a.a.O., S. 86f.

Für Lyotard jedenfalls ist es "leichtfertig, Nationalsozialismus und Kapitalismus in ihrer postmodernen Phase in denselben Terminus (Totalitarismus) zu kleiden ... Der Nationalsozialismus verbrennt, ermordet, exiliert die Avantgarden; der Kapitalismus isoliert sie, spekuliert mit ihnen und liefert sie mit einem Maulkorb versehen der Kulturindustrie aus" (Postmoderne für Kinder, a.a.O., S. 97). Zumindest diejenigen, die dem Nazi-Terror entkommen sind, dürften bel allen Desillusionierungen des Exils diesen Unterschied zu schätzen wissen.

"kritisch-theoretischen Kontext" (155) schon mal bei Adorno oder Marcuse, also in Zeiten eines "sozial domestizierten Kapitalismus" (148), oder aber in der Diktion von Handbüchern des Marxismus-Leninismus gelesen haben, die freilich nur bei St. Werner die den "postmodernistischen Vorstellungen vom 'Besonderen'" so eklatant abgehende "aufklärende Konkretion" erreicht (ehd.)?

Ja, da hockt er - durch ein Teilzugeständnis an das "postmoderne' Welthild", das "auch", wer hatte es gedacht, "realistische Zuge enthalt" (ebd.) gegen postmoderne Angriffe gut getarnt - und hört auf die Signale. Und wer es noch nicht wußte, der sollte es hier sich antun. Denn hier endlich kommt es un Zuge des Verlangens der "kapitalwirtschaftliche(n) Produktivkraftentwicklung" nach "revolutionär veränderten Formen des Arheitens und des Lebens" (156) zum Furioso, wenn St. Werner, um wieder einmal Weltrevolution zu spielen, das Visier herunterklappt und, die Heerscharen des ideellen Gesamtintellektuellen hinter sich, wie einst Tristram Shandys Onkel Toby mit seinen zu Kanonenrohren umgebauten Knohelbechern seinen Sturmangriff auf das "bei allen postmodernistischen Utopieverhoten mitgedachte", aber selten in aller "Deutlichkeit" wie bei Lyotard verhängte Verbot "einer globalen Alternative zum Kapitalismus" (153) reitet; denn darunter tut es St. Werner nun mal nicht. Und wieder einmal wird es Arger mit Tante Dinah geben, ohwohl die längst nicht mehr fragt, in welchen Zeitgeistspelunken er diesmal die seiner Baukastenfestung der Postmoderne aufgesteckten Gänsefüßchen aufgelesen hat. Denn nach der Schlacht wie vorher ist Lyotards dem St. Werner erteiltes "Utopieverbot" - selbst wenn es für sich, d.h. in der St. Wernerschen Zitatverstümmelung, gelesen wird - nichts weiter als die schlichte und dem "gesunden Menschenverstand" (153) natürlich selbstverständliche Feststellung, daß Abstrakt-Allgemeines nicht schon durch unbestimmte Negation 18 Konkret-Allgemeines wird, und zwar, selbst Idealisten sei es gegen St. Werners beilloses "Einheit(s)- und Identität(s)"-Gerede (152) hier einmal zugestanden, im Himmel wie auf Erden nicht.

Das einigermaßen vollständige Zitat aber lantet: "Das (die Erfahrungen mit einem 'Subjekt der Geschichte' nach einem großen Jahrhundert revolutionärer Bewegung) bedeutet, daß es zum Kapitalismus keine globale Alternative giht, im Rahmen eines dialektischen Denkens und einer revolutionären Politik, versteht sich" wozu nnn eine Menge zu sagen wäre. Hier nur das Notwendigste, nämlich daß

1) der "Übergang zum wahren Sozialismus, zu einer vom Wertgesetz befreiten Ökonomie" heute weniger denn je als globaler zu denken ist. Denn er "erfolgt nicht allein schon deshalb, weil die vom letzteren erzeugten Widersprüche unerträglich sind" womit nichts darüber gesagt ist, daß es nach einer von dem "Strukturmarxisten" Balibar in der Kritik der marxistischen Lehre von den Hanpt- und Nebenwidersprüchen vorgeschlagenen Definition des Antagonismus überall dort, wo diese Widersprüche unerträglich geworden sind, zu lokal und regional selbstorganisierten Reproduktionszusammenhängen der Ausgebeuteten und Unterdrückten mit die Reproduktinn hestehender Prodnktionsbedingungen destabilisierenden Effekten kommen kann; daß

2) Sozialismus in welcher Form auch immer hekanntlich Abschaffung nicht des Eigentums, nicht einmal des Privateigentums schlechthin, sondern des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln und Abschaffung nicht der Arbeit, nicht einmal entfremdeter Arbeit schlechthin, sondern der Anwendung der durch kapitalistische Eigentumsverhältnisse von ihren Produktionsmitteln getrennten Arbeitskraft ist. Alle anderen Widersprüche, wie die zwischen den Geschlechtern, zwischen Kopf- und Handarbeit, Widersprüche der Ungleichzeitigkeit und ungleichen räumlichen Verteilung verfügbarer individueller und gesellschaftlicher Ressourcen oder Widersprüche zwischen unterschiedlichen Existenzweisen von Vernunft²² und viele andere dürften auch in einer sozialistischen Gesellschaft bestehen bleiben. Damit ist nicht gesagt, daß Widersprüche diesseits und jenseits des "Tellerrand(s) der herrschenden Vergeseilschaftungsprinzipien" nach Haupt- und Nebenwidersprüchen zu sortieren oder gar untereinander zu subsumieren wären, wohl aber, daß ihre Verwechslung dramatische Verkennungen der konkret-historischen Konjunkturen von Klassenkämfen zur Folge baben kann; daß

3.) Widersprüche, so in der Sprache Peter Ruhens²³, zunächst einmal "Widerstreit realer Gegenstände" sind, der entweder zu einem "dialektischen Widerspruch" führt, d.h. "zu einem wechselseitigen Ahhängigkeitsverhältnis mit Dominanzbeziehung" des zur Erhaltung oder Veränderung des Systems tendierenden Systemverhaltens bestimmter Eigenschaften der Opponenten, etwa der, Kapitalist oder der, Lohnarbeiter zu sein; oder aber zu neuem Widerstreit, was von den Kräfteverhältnissen des Klassenkampfs

Zum Begriff der Negation vgl. Thomas Collmers Studien zur Hegelschen Logik: Hegel zur Dialektik von Selbstbestimmung und Fremdbestimmtheit I/II, in: Z 27/28 (September/Dezember 1996), S. 45ff./141ff., aus denen Grundlegendes über die "wirklichkeitswissenschaftliche Substanz der dialektischen Methode" und sonstige begrifflich hilflose Pleonasmen (Werner Seppmann, a.a.O., S. 168) zu lernen wäre.

J.-F. Lyotard, Grabmal..., a.a.O., S. 22. Vgl. dazu auch Walter Reese-Schäfer, Lyotard zur Einführung, Hamburg 1988, 2., erweit. Aufl. 1989, Kap. 6: Das "Grabmal des Intellektuellen" - die neue Bescheidenheit von Schriftstellern und Philosophen, S. 49ff.

²⁰ J.-F. Lyotard, ebd., S. 21.

Etienne Balibar, Strukturale Kausalität, Überdetermination und Antagonismus, in: H. Böke u.a. (Hg.), Denk-Prozesse nach Althusser, a.a.O., S. 27ff.

Etwa zwischen der Vernunft der Legitimation eines politischen Regimes, der Vernunft,
"die es jedermann ermöglicht, seine Singularität zu ertragen", der Vernunft des ästhetischen Urteils oder "der Vernunft, für die es eine Verpflichtung oder eine Schuld gibt"
(J.-F. Lyotard, Postmoderne..., a.a.O., S. 98).

Peter Ruben, Strategisches Spiel und dialektischer Widerspruch, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin (DDR) 1970, Heft 11, S. 1368ff., hier. S. 1380f.

abhängt, auf gar keinen Fall aber logische Folge eines Verlangens der "kapitalwirtschaftliche(n) Produktivkraftentwicklung" ist; daß

4.) die Gesellschaft, so in der Sprache Lyotards²⁴, von "Widerstreit durchfurcht" ist. "Zwischen zwei Partnern bestebt ein Widerstreit, wenn die 'Lösung' des Konflikts, der sie einander entgengensetzt, im Idiom des einen Partners erfolgt, während das Unrecht, das dem anderen widerfuhr, in diesem Idiom nicht in Erscheinung tritt." Was "mit der Logik des Kapitals", so Lyotard weiter, "vom Marxismus lebendig bleibt, ist zumindest diese Bedeutung des Widerstreits. Sie untersagt, daß die Versöhnung der Partner im Idiom des einen der beiden erfolgt" (Hervorbeb. R.S.).

Sonst war's richtig, was St. Werner uns über Lyotards "Utopieverbot" zu berichten hat. Verzichten also auch wir darauf, länger den Fundstellen der mal ausgewiesenen, mal im Lauschangriff auf den "Zeitgeist" oder auch eine dem Alltagsbewußtsein imputierte vox populi georteten, mal begriffsmal umgangssprachlichen, mal "dem Alltagsbewußtsein" entnommenen, mal diesem in postmodern "systematisiertem" Format²⁵ eingegebenen Zitatenschätze des St. Werner nachzuspüren, die zu collagieren er für seine "der Wahrheit verpflichteten Denkanstrengungen" (152) zu halten scheint. Nur seinen finalen Vernichtungsschlägen gegen Foucault und Lyotard wird nachzugehen sein, da es sich dort noch einmal lohnen wird.

Oder haben wir St. Werner bisher nur falsch verstanden? Meint er vielleicht gar nicht die von ihm genannten Hintermänner der Schablonen, sondern nur imposant aufgeblasene und auf das Alltagsbewußtsein losgelassene Versatzstücke ihres medialen Arrangements zum Einerlei von Events und Disneylands? Denn wer eigentlich ist der Adressat des ganzen die ihrer Selbstartikulation Enteigneten noch einmal enteignenden pfäffischen Geschwätzes von "blinder Akzentanz der real-existierenden Tendenz zur Vereinnahmung und Manipulation der 'dezentrierten' Individuen", die das "Resultat der postmodernistischen Denkbewegungen" (154) sein soll, und von "Kommunikationsnetzen" (149), die, bloß weil St. Werner mit ihren Codes nichts anfangen kann, keine sind? Sind es die Manipulierten, die Manipulateure oder das ganze Teufelswerk des "Medienapparats" (ebd.) schlechthin? Sind diese Kommunikationsnetze nicht auch die reale Möglichkeit einer auf hohem informations- nnd kommunikationstechnologischem Niveau vernetzten Gegenöffentlichkeit, ohne die es, so Manuel Castells, zu über "defensive Reaktionen aus lokalen Gräben heraus" hinwegreichenden neuen Formen "der politischen Machtausübung" sozialer Bewegungen nicht mehr wird kommen können²⁶?

Immerhin hat uns St. Werner mit seiner Entdeckung einer "postmoderne(n)' Konzentration auf die Diskontinuität" (154) neugierig gemacht, die ja als (freilich historisch bestimmte) Kritik eines ideologischen Kontinuums gesellschaftlicher Dominanz- und Hegemonieverhältnisse uns tatsächlich eine Vorstellung von "ideologische(m) Klassenkampf" (159) verschaffen könnte. Aber auch hier gehen wir leer aus, denn, da eine authentische Rezeption postmoderner Theoreme nun mal nicht in sein Konzept paßt, mutiert "Diskontinuität" bei St. Werner sogleich zum Quid pro quo der Disparatheit des Beliebigen, um nun seine "große Erzählung" (153) von der postmodernen "Weigerung, die sozialen Vermittlungsbedingungen der differenzierten Existenz- und Erlebnisweisen zur Kenntnis zu nehmen" (nota bene: Ihre sie zur Kenntnis nehmende Bestimmung und erst recht ihren "Begriff", sollte der St. Werners letztes Gefecht überlebt haben, ist er uns noch immer schuldig!), ihrer "Ablehnung eines interpretativen, ja überhaupt rationalen Verhaltnisses zur gesellschaftlichen Realität", ihrer "Bestätigung" des "entfremdeten Weltverständnisses" der Menschen und "ihrer fetischisierten Selbstbilder" (154) etc. etc. in Gang zu set-

Meint St. Werner also ernsthaft, daß ideologische Effekte postmodernen Denkens, nicht seiner von ihm aufbereiteten Substitute, auf bei ihm bloß angeprangerte Bewußtseinsformen nur annähernd mit denen der nach wie vor und mit ganz anderen Mitteln in den Think Tanks des Kapitals produzierten und über ihre medialen Lifestyle-Agenturen verbreiteten - und damit ungleich folgenschwerer in das Alltagsbewußtsein eingreifenden - "Modernisierungstheorie" des Neoliberalismus vergleichbar wären, geschweige denn mit neoliberalistischen Sekundäreffekten wie Nationalismus und Rassismus²⁷, "Ressentiments und Haßsyndrome" (151)? Will er uns ernsthaft glauben machen, "das falsche Bild der Moderne, das der Neoliberalismus uns verkauft bat"²⁸ sei das Produkt postmodernen Denkens? Ja, wir haben ihn wohl falsch verstanden: Er sagt Ideologiekritik "der 'Postmoderne" und

²⁴ J.-F. Lyotard, Grabmal..., a.a.O., S. 23f.

Zu der von St. Werners als Schlußbilanz seines Beutezugs durch "die 'Postmoderne" enthüllten Symbiose von "Alltagsmenschen" und "Weltbild-Konstrukteuren" und ihrem geschlossenen Kreislauf von "systematisierten" und "lebensweltlichen' Gedankenformen" vgl. S. 161.

Vgl. Manuel Castells, Informatisierte Stadt und soziale Bewegungen, in: Martin Wentz (Hg.), Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen, Frankfurter Beiträge, Bd. 2, Frankfurt

a.M.//New York 1991, S. 137ff., hier. S. 144f. Lyotard sieht diesen Doppelcharakter technokratischer und emanzipatorischer Rationalität der neuen Technologien durchaus, wenn er schreibt: "Die Informatisierung der Gesellschaft ... kann das 'erträumte' Kontroll- und Regulierungsinstrument des Systems des Marktes werden ... Sie bringt dann unvermeidlich den Terror mit sich. Sie kann aber auch den über die Metapräskriptionen diskutierenden Gruppen dienen, Indem sie ihnen die Informationen gibt, die Ihnen am meisten fehlen, um in Kenntnis der Sachlage zu entscheiden." (zit. nach Gérard Raulet, Zur Dialektik der Postmoderne, in: Andreas Huyssen/Klaus R. Scherpe [Hg.], Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels, Reinbek 1986, S. 128ff., hier. S. 139).

Vgl. dazu Jörg Huffschmid. Neoliberalismus und Rechtsextremismus. Buchbesprechung zu: Herbert Schui u.a., Wollt ihr den totalen Markt. Der Neoliheralismus und die extreme Rechte, München 1997, in: Z 31 (September 1997), S. 207ff.

Subcommandante Insurgente Marcos, Mexiko: Der lange Übergang vom Schmerz zur Hoffnung, in: Topitas (Hg.), Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas, Hamburg 1994, S. 328ff., hier: S. 344; vgl. die Besprechung des Buches von Karl Hermann Tjaden, in: Z 22 (Juni 1995), S. 163f.

meint "Zeitgeist", "Medienapparat", Talkshows, Shopping-Malls und Erlebnisparks.

Aber fragen wir weiter, ob uns St. Werner nicht doch noch - vielleicht im nach dem eher volkstümlich gehaltenen ersten nun den "intellektuellen Relativismus" (152) ins Gebet nehmenden zweiten Akt - etwas Triftiges zu sagen hat.

"Weltbild-Konstrukteure" am Werk

Gewissermaßen als Quintessenz des der Postmoderne aufgemachten Sündenregisters zitiert St. Werner Niklas Luhmann (158f.). In diesem ausnahmsweise drei Zeilen überschreitenden Zitat geht es um Luhmanns Kritik eines universalistischen Vernunstbegriffs, die Anfang der siebziger Jahre eine zeitweise die sozialwissenschaftliche Theoriedebatte bestimmende und von marxistischer Theorie weitgehend ignorierte oder aber als betriebsinterne Angelegenheit bürgerlicher Ideologie abgefertigte Kontroverse mit Habermas hervorgerufen hat. Was macht St. Werner? Interpretiert er dieses Zitat, analysiert er es, setzt er es in Beziehung zu traditioneller Vernunftkritik, grenzt er es von dieser ab, konnotiert er auch nur andeutungsweise seinen real- und theoriegeschichtlichen Kontext, die Krise der großen subjekttheoretischen Entwürfe, ob deren "Sprachspiele" 29 nun die Vernunft, den oder die Menschen oder das Proletariat zum universellen Prinzip erklären³⁰? Er macht gar nichts, er zitiert Luhmann, um ihn auszustellen, als gelte es, der Gemeinde einen in flagranti ertappten Attentäter auf die Vernunft vorzuführen, bei dessen Anschlägen von einem "verbreiteten Katastrophengefühl" (153) erfaßte Laumänner in gewissen "intellektuellen Reproduktionssphären" (ebd.) schon lange der Kollaboration verdächtigt werden.

Ist St. Werner bei seinen ideologiekritischen Feldzügen, auf die er sich, weun der Ernst der Lage ihn ruft, mit vollem Rüstzeug seines von "Ka-

Zu postmoderner Kritik eines "ökonomischen Determinismus" vgl. auch Lothar Peter, Improvisierte Gedanken zum Verhältnis von moderner Gesellschaft und Gesellschaftsanalyse, in: Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen, Heinz Jung zum 60. Geburtstag, Frankfurt/M. 1995, S. 195ff.

tastrophengefühl" nicht weiter angefochtenen teleologischen Vernunftbegriffs und seinen angesichts fortschreitender Zweiteilung der Welt in Arm und Reich nicht minder ruinierten Spießgesellen "Fortschrittsglauben", "Fortschrittswille" (152) und "Fortschrittslogik" (150, Hervorheb. R.S.) zu begeben pflegt, noch nicht aufgestoßen, daß die Selbstkritik der Moderne keine Erfindung der Postmoderne, sondern (etwa bei Tocqueville, de Sade³¹, Baudelaire) so alt wie die Moderne selber ist? Daß spätestens Horkheimer/Adorno wußten, daß der Mythos der Vernunft eben auch Auschwitz ermöglicht hat?

Ist ihm bei seinen Expeditionen in "die 'Postmoderne" noch nicht aufgefallen, daß das, was postmoderne Denker wie die von ihm traktierten Lyotard und Foucault beunruhigt, die von keinem Katastrophengefühl erfaßbaren Katastrophen und die vernichtenden Niederlagen der sozialistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts sind? Daß ihnen alles mögliche anzulasten wäre, doch nicht aber das ihnen Unerträglichste: eine Diktatur der "theoretischen 'Diskurse", in denen die "herrscbaftskonformen Weltbild-Konstrukteure", da sie, gefräßig, wie sie nun mal sind, "nicht mit ... 'naiver' Unmittelbarkeit" des Alltagsbewußtseins sich "bescheiden", die "elebensweltlichen' Gedankenformen mit Hilfe 'bewährter' ideologischer Interpretationsmuster" und "unter Rückgriff auf tradierte Weltbildelemente ... 'systematisieren'", wodurch "die spontanen 'Erlebnisformen' den Status" einer ihnen verbliebene Renitenz schon austreibenden "konzeptionellen Ideologie (erhalten)" (161)?

Wo um des Überlebens in "der 'Postmoderne'" willen passiert diese mysteriöse Transsubstantiation der "'lebensweltlichen' Gedankenformen" oder auch der "spontanen 'Erlebnisformen'" - denn auf Unterschiede kommt es hier ja längst nicht mehr an - in "konzeptionelle Ideologie", wer bewirkt, wer erleidet sie? Ist hier womöglich ein durch die historischen Umstände verhinderter "Weltbild-Konstrukteur" am Werk, eine Art Herrschaftsfunktionär ohne Portefeuille, der obsessive Machtpbantasien auf einen fiktiven Gegner projiziert, um sie auf vertrackte Weise in diesem zu bekämpfen?

Haben wir nicht bereits die Barbarei³², die St. Werner dem "postmoderne(n)' Wirklichkeitsbild" zuschlägt und zur drohenden Alternative der den Unverzagten zuteil werdenden Epiphanie einer "am Horizont" bereits sich abzeichnenden "neue(n) historische(n) Formation" (156) vernunftgeleiteter Gesellschaft macht? Ist dieses "Wirklichkeitsbild" nicht längst zur Realität geworden, in der - wie das bei Wahrbeitsfunktionären so üblich ist

² Vgl. E. Hobsbawm: "Wir haben den Sozialismus nicht, aber die Barbarei" (Gespräch mit Andreas Helle, in FR, 27.7.96).

Die theoretische Problematik eines "Polytheismus von Werten" wie einer "Agonistik" der bei Lyotard im Wittgensteinscher Tradition verstandenen "Sprachspiele" (Das postmoderne Wissen, Wien 1994, S. 36ff.; vgl. auch ders., Grabmal..., a.a.O. 68ff.) wird hier ja, um es noch einmal zu betonen, keinesfalls geleugnet - ganz im Gegenteil, denn sie wäre allemal das genuine Thema einer jeden ernstzunehmenden Lyotardkritik; von St. Werner aber wird sie doch nicht nur gar nicht erst "zur Kenntnis" (154) genommen, sondern vorweg in Appellation an diejenigen, die es schon immer wußten, als abgefeimte Scharlatanerie "entlarvt" (160). Zum theoretischen Problem der "Sprachspiele" vgl. die gründlich auf ihren Gegenstand sich einlassende "Kritik des 'postmodernen Wissens' - eine Auseinandersetzung mit Jean-Francois Lyotard" von Seyla Benhabib (in: A. Huyssen/K.R. Scherpe [Hg.], Postmoderne, a.a.O., S. 103ff.), auch wenn ihre Lyotard-Kritik sich ihrerseits unkritisch auf die "universeile und transzendentale Pragmatik" (ebd., S. 112) des Habermasschen Wahrheitsbegriffs bezieht, gegen den freilich der St. Wernersche, falls dieser nur für die Unterscheidung von Wahrheit und Wahrhaftigkeit taugt, bestenfalls vorhegelianisch zu nennen wäre.

Zur gemeinhin als Pornograph gehandelten Schlüsselfigur der Aufklärungskritik vgl. Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, und Peter Weiss, Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspielgruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn Sade.

- die wirkliche Barbarei zur angeblichen "der 'Postmoderne'" und deren angehliches Denkverbot zum wirklichen des St. Werner wird?

Was vermag dagegen schon das dem "Postmodernismus" eigene "Pathos des Alles-in-Frage-Stellens"? Denn noch ehe wir den rettenden Lichtstrahl, der hier auf die zur sinistren Schlußparade angetretenen "Diskurse" fällt, genießen köunen, hat St. Werner ein solches Pathos bereits als "dekorative Hülle" der "fraglosen Hinnahme der etahlierten gesellschaftlichen Verhältnisse (entlarvt)" (160). Die Hinterhältigkeit des Gegners erheischt eben einen harten Besen, auf Feinheiten kommt es da nicht an, mildernde Umstände werden nicht gewährt.

Sollen wir uns bei dieser Hexenjagd auch noch St. Werners - diesmal Poucault angedichtete - Mär von der opaken Komplexität eines "universalen 'Machtsystems'" (159) zumuten, da im unmittelbaren Kontext seines Foucault-Zitats - falls man seine maliziöse Textausschlachtung überhaupt so nennen kann - davon die Rede ist, daß die "verschiedenen Entstehungen" von Herrschaft "nicht die aufeinanderfolgenden Gestalten ein und derselben Bedeutung, sondern Ersetzungen, Versetzungen und Verstellungen, Eroberungen und Umwälzungen (sind)³³?

"Postmodernismus der Abschlaffung" (Lyotard) und postmoderne Modernität

Begnügen wir uns mit einem letzten Beispiel für St. Werners skrupellose Durchsetzung seines ideologiekritischen Unternehmensziels. Er zitiert auch hier mit dem notorischen Gestus derer, die ihre Empörung üher das Unheil gegen dessen Boten richten - Lyotard (160) mit dem Satz: "Man muß Hoffnungslosigkeit als solche hinnehmen, von ihr im Denken ausgehen und sich leiten lassen"³⁴.

Pernah von einem ihm mittels einer unsäglichen Zitatmontage zugeschriehenen "theoretischen und sozialen Zynismus". Setzt Lyotard hier "Hoffnungslosigkeit" der "unmögliche(n) Trauer" entgegen, die im "Postmodernismus der Abschlaffung". ihre vorerst letzte Gestalt gefunden hat.

33 Michel Foucault, Von der Subversion des Wissens, Frankfurt/M. 1978, S. 95. Zu Foucaults "Theorie der Macht" vgl. auch Henning Böke, Macht und Dissidenz: Michel Foucault und die Politik, in: Z 15 (September 1993), S. 105ff.

J.-F. Lyotard u.a., ebd.

In ihm "fühlt (man) sich zwischen den Ruinen wohl und wendet sich wieder dem zu, was schon dagewesen war."37.

Um zu verstehen, was Lyotard mit dieser "unmöglichen Trauer" hezeichnen will, sind vielleicht Walter Benjamins "Geschichtsphilosphische Thesen heranzuziehen. Benjamin spricht hier vun einer "Traurigkeit", wie sie bei Flaubert aufscheint, "der Bekanntschaft mit ihr gemacht hatte" und schreibt: "Peu de gens devineront comhien il a fallu ètre triste pour ressusciter Carthage."39 Dieser Traurigkeit, so Benjamin, entspringt das Verfahren, das "Fustel de Coulanges ... dem Historiker (empfiehlt)": Wolle dieser "eine Epoche nacherleben, so solle er alles, was er vom spätern Verlauf der Geschichte wisse, sich aus dem Kopf schlagen. Besser ist das Verfahren micht zu kennzeichnen, mit dem der historische Materialismus gebrochen hat. Es ist ein Verfahren der Einfühlung", die immer eine Einfühlung "in den Sieger" ist und "demnach den jeweils Herrschenden allemal zugut" kommt. 40 Der historische Materialismus, der mit diesem Verfahren bricht und um den allein es Benjamin hier geht, hat offenbar wenig gemein mit einer hoffnungslos blamierten "Fortschrittslogik" und ihrer jeweiligen WiWi41-Kolonne.

Aber stellen wir nur den unterschlagenen Kontext des Lyotardschen Satzes wieder her, um zur Gewißheit zu gelangen, daß St. Werners Bösewichter Strohmänner sind und seine Attacke eine Donquijoterie. Unmittelbar vor dem zitierten Satz heißt es (Hervorheb. R.S.): "Nach Auschwitz und dem Stalinismus läßt sich gewiß nicht behaupten, daß die Hoffnungen, die sich mit der Moderne verbanden, erfüllt worden sind. Allerdings sind sie nicht vergessen, sondern zerstört. ... Anf den Ruinen dieses Projekts wird man nichts wiederaufbauen können." Unmittelhar nach St. Werners Cut fährt Lyotard fort: "Für mich ist die 'Postmoderne' weder die unmögliche Trauer, d.h. die Melancholie der Moderne (jene Sehnsucht, zu der die Romantik gehörte), noch der zynische Eklektizismus des 'Alles ist erlauht'. ... Das Postmoderne (Korrektur der Übersetzung, die sich hier mit "Die P." dem deutschen mainstream unterwirft - R.S.) hingegen, das mich interessiert, gehört auch zur Moderne, aber es behandelt diese nicht als ein

³⁴ J.-P. Lyotard u.a., Immaterialität und Postmoderne, Westberlin 1985, S. 38.

Hier das Rezept für "der Wahrheit verpflichtete Denkanstrengungen": Man nehme das seinem Zusammenhang entrissene Zitat eines nicht gerade als Kritiker "des 'postmodernen Denkens" ausgewiesenen Krisentheoretikers, verrühre "das 'postmoderne Denken" zum "Repräsentanten" des Zitats und gebe diesem den Repräsentanten des "Repräsentanten" bei; und fertig ist der schaumgeborene "'theoretische und soziale Zynismus" des Lyotard. Das aber sollte reichen. Bei welteren Zitierübungen müssen es lernwillige Adepten St, Wernerscher "Denkanstrengungen" nun selber machen. Als Z-Redakteur allerdings muß ich hier ganz entschieden Selbstkritik üben, daß wir dem Seppmann so etwas haben durchgehen lassen.

³⁷ ebd.

³⁸ W. Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, in: GS, Bd. I,2, S. 691ff., hier: S. 696.

Zit. nach W. Benjamin, ebd.

Ebd.

Wirklichkeitswissenschaft". Zum von St. Werner entdeckten "wirklichkeitswissenschaftlichen Anspruch" des Marxismus vgl. Werner Goldschmidts Glosse, in: Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt - Mythos oder Realität?, in: Z 17 (März 1994), S. 178ff., hier: S. 79f. Zu theoretischen Problemen einer "Dialektik von Phuralität und Totalität", die St. Werner auf seiner postmodernen Sirenenklängen trotzenden Odyssee genial zu umschiffen weiß, vgl. auch Erich Hahn, Dialektik von Phuralität und Totalität statt Phuralismus-Ideologie, in: Z 27 (September 1996), S. 8ff., v.a. S. 20ff., wo sich Hahn in einer bei St. Werner nirgends anzutreffenden Ernsthaftigkeit und Verantwortlichkeit mit streng terminologisch "radikale(r) Phuralismus" genannten postmodernen Positionen auseinandersetzt.

blicks"49 auf der Lauer waren.

Objekt, das vergangen, verloren und deshalb so wertvoll und gut zu verkaufen ist. Vielmehr versuchten die Avantgarden stets, das schon Dagewesene nicht zu wiederholen, sondern weiterzugehen im Hinterfragen der Regeln von Kunst. Sie mochten die etablierte 'Moderne' lediglich, um sich von ihr abzusetzen, ins Exil zu gehen. Dieses Exil, das ich Experimentieren nenne, mache ich als Kraft im Postmodernen geltend, und dafür nehme ich auch gern die spöttischen Bemerkungen der Verwalter des transavantgardistischen Gebiets in Kauf."

Für diese exilierte Postmoderne dürfte Rimbauds "Il faut être absolument moderne", mit dem der neunzehnjährige Kommunarde zeitgenössische "Tintenpisser" aufschreckte⁴³, seine Sprengkraft behalten haben. Heute hallt es allemal vernehmlicher als in den Dekreten⁴⁴ später Nachfahren Brechts⁴⁵ in der Poesie der Tagesbefehle des Subcommandante Insurgente Marcos wider, die "nach dem Fall der Berliner Mauer" die Höhe ihres Zeitalters erreicht haben und "vielen Menschen klar" machen, "daß auch sie 'Ya hasta!' sagen können 46. Natürlich hindert das "transayantgardistische" Tintenpisser von heute nicht, sich über die "Romantik"⁴⁷ der in die Lacandonen-Wälder Exilierten herzumachen, die um nichts mehr und nichts weniger als um die Anerkennung ihrer zur Kenntlichkeit maskierten kollektiven Differenz in universeller Gleichheit kämpfen. Aber welche Zeitgeist-Jobber auch immer St. Werner im Visier haben mag, mit seinen tosenden Breitseiten dürfte er auf nichts als Spatzen schießen. Denn aus Kanonenrohren kam die "Konzentration auf die Diskontinuität" noch nie, es sei denn aus denen der Aurora. Es ereignete sich in emem jener auf einer linearen Fortschrittsskala nun mal nicht auffindbaren aktualen Momente (Lenin), denen Benjamin in seinem Bild vom "Tigersprung ins daß Z-LeserInnen ebenso wehrlos wie Redakteure einer um linke Toleranz und Meinimgsvielfalt bemühten Zeitschrift wären, noch ein Letztes: Wie wäre es, wenn der St. Werner ganz einfach mal - nur eine Sekunde lang - innehielte, uns mit seinen "großen theoretischen Ordnungssystemen", seiner "einheitlichen sozialen Welt", seinen "Gegentendenzen" und "Eigengesetzlichkeiten" (158f.) vollzudröhnen und uns ganz einfach mal nur eine Sekunde lang - an den Faux frais du progrès "verweilen" ließe, an

Vergangene"48 und der junge Lukács in seiner "Theorie des 'Augen-

Darum, auch um das Mißverständnis gar nicht erst aufkommen zu lassen,

den "Fragmenten" (ebd.), am Schmerz des Zerbrochenen, vielleicht auch an einer geduldig gefeilten "zarten Spitze der Hoffnung" 50.

Ganz zuletzt, aber not least, ein Versöhnungsangebot im Namen der Vernunft. Am Ende seiner Besprechung des Buches "Fin de Siècle" von Frank Deppe meint Hermann Klenner⁵¹, der Titel sei "wortwörtlich" zu verstehen: "Mit dem Ende des Jahrhunderts geht auch die Epoche neoliberaler Hegemonie ihrem Ende entgegen." Er zitiert danach den Satz: "Die Erscheinung der décadence ist so notwendig wie irgendein Aufgang und Vorwärts des Lebens: man hat es nicht in der Hand, sie abzuschaffen. Die Vernunft will umgekehrt, daß ihr Recht wird." Dieser Satz, so Klenner, "stammt nicht von Hegel und nicht von Marx. Er stammt von einem gewissen Nietzsche". Hatten wir den nicht schon? Ach ja, er "spielt wieder einmal eine 'fundierende' Rolle bei der 'Umwertung' von Vernunft und Aufklärung" (161), sagen die Postmodernen, sagt St. Werner. Es ist ihnen eben nicht über den Weg zu trauen, diesen "Weltbild-Konstrukteuren".

Vgl. St. Werners Geltungsurteile sans phrase wie: "... besitzen die traditionellen Orientierungsmuster eine ungebrochene Gültigkeit" (150), "denn es gilt ungebrochen, ..." (157) etc.

⁴² J.-P. Lyotard u.a., a.a.O., S. 38f.

⁴³ Vgl. Karlheinz Barck, Rimbauds unbedingte Modernität, in: ders. (Hg.), Arthur Rimbaud, Gedichte, französisch und deutsch, Lelpzig 1990, S. 159ff.

Vgl. St. Werners kuriose Berufung auf Brechts immer die Produktionsbedingungen eingreifenden Denkens reflektierende "Große Methode", die "lehrt Fragen zu stellen" (153, FN 16), da er doch in seinem höheren Wissen über "die 'Postmoderne'" nur Fragestellungen gar nicht erst zulassende Antworten parat hat.

In zehn Jahren wird Marcos nicht mehr leben. Im Gespräch: Subcommandante Marcos, der Führer der mexikanischen Zapatisten, über politische Kultur ohne Parteien und den Mann ohne Namen und Gesicht, in: Preitag v. 27.6.97, S. 8. Man komme uns hier nicht mit dem bei Interviews zum Thema "Was Sie schon immer über den Sub wissen wollten" obligaten "ganzen Devotionalienhandel mit Marcos-Photos, Marcos-T-Shirts, Marcos-Socken" (ebd.). Marcos gibt darauf eine ebenso kurze wie treffsichere Antwort, die uns schlagartig den von St. Werner bramarbasierend verfehlten Unterschied zwischen "Postmodernismus der Abschlaffung" und postmoderner Modernität vor Augen führt: "... und Marcos-Kondomen".

⁴⁷ Berod Rabehl, zit. nach Winfried Wolf; Berlin, Chiapas. Oder: Vom SDS-Rebell zum FAZ-Rabehl, in: Freitag v. 27.9.96.

⁴⁸ W. Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, a.a.O., S. 701.

Georg Lukács, Probleme des Klassenbewußtseins, in: Z 31 (September 1997), S. 121ff.; vgl. auch Helmut Steiner, Notizen zu: Georg Lukács; Chvostismus und Dialektik, in: Z, vorliegendes Heft, S. 215ff.

Marcos, Mexiko: der lange Übergang..., a.a.O., S. 342. 51 In: Z. vorliegendes Heft, S. 220ff., hier: S. 222f.

Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Nene Folge

Herausgegeben von Carl-Erich Vollgraf, Richard Speri, Rolf Hecker

Wissenschaftlicher Beirat:

Moon-Gil Chung (Scoul), Anneliese Griese (Berlin), Michael Heinrich (Berlin), Jürgen Jungnickel (Berlin), Michael Krätke (Amsterdam), Alessandro Mazzone (Siena), Jannis Milios (Athen), Akira Miyakawa (Tokio), Helmut Reichelt (Bremen), Jakov Rokitjanskij (Moskau)

Dieses Jahrbuch stellt Themen vor, anhand derer das Werk von Marx und Engels auf der Grundlage der neuen MEGA historisch und textkritisch rekonstruieren wird, die Rezeptionsbedingtheiten und -vorgänge Marx/Engelsscher Ideen im Marxismus-Leninismus einer kritischer Betrachtung unterzogen und die wechselvolle Geschichte der Edition des Marx-Engels-Nachlasses und die Schicksale ihrer Akteure auf der Grundlage bislang unzugänglicher Archivdokumente geschildert werden.

NF 1991: Studien zum Werk von Marx und Engels

224 S.; ISBN 3-88619-742-5; 25 DM

NF 1992: Zur Kritik und Geschichte der MEGA²

204 S.; ISBN 3-88619-744-1; 25 DM

NF 1993: Marx-Engels-Forschung im historischen Spannungsfeld

216 S.; ISBN 3-88619-744-1; 25 DM

NF 1994: Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis

260 S.; ISBN 3-88619-745-X; 25 DM

NF 1995: Engels' Druckfassung versus Marx' Manuskripte

zum III. Buch des "Kapital" 224 S.; ISBN 3-88619-746-B; 27 DM

NF 1996: Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx

246 S.: ISBN 3-88619-747-6; 27 DM

NF. Sb 1: David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA

Red. Mitarbeit: Elena Aržanova (Moskau), Wiadislaw Hedeler (Berlin)

1997; 284 S.; ISBN 3-88619-681-X; 27 DM

Bitte bestellen Sie in Ihrer Buchhandlung oder wenden Sie sich an den Argument Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Tel./Fax 030/3131696, eMail: argument@abacus.de oder an die Redaktion: c/o Rolf Hecker, Ribbecker Str. 3, 10315 Berlin. Tel./Fax 030/5296525 eMail: r.hecker@t-online.de

Argument

Deutsch-Französischer Dialog

Zwei Tage lang, am 27. und 28. September 1997, diskutierten in Paris etwa 70 linke Intellektuelle und GewerkschafterInnen aus Frankreich und Deutschland über gemeinsame und unterschiedliche Erfahrungen mit neoliberaler Politik, über alternative Strategien, neue Entwicklungen im gesellschaftlichen Bewußtsein und natürlich, wie könnte es anders sein, über die europäische Integration. Eingeladen hatten die L'Humanité und die Zeitschrift Economie et Politique, denen es um einen Auftakt für einen ständigen und organisierten Dialog der deutschen und französischen Linken ging. Das Spektrum war breit, aber eindeutig von den Gewerkschafter-Innen dominiert, was nicht weiter wundert, wenn man daran denkt, daß auch hierzulande der linke Diskurs am bäufigsten unter den Dächern von Gewerkschaftshäusern stattfindet.

Die Absicht bestand seit langem, der Achse Bonn-Paris eine linke Variante an die Seite zu stellen, doch die Voraussetzungen sind weitaus ungünstiger als auf der regierungsamtlichen oder gar auf der wirtschaftlichen Ebene. Zwar existiert in der Porm der NELF eine institutionalisierte Ebene linker Parteienkooperation rund um das Europaparlament, und auch unter dem Dach des Europäischen Gewerkschaftsbundes verdichten sich die deutsch-französischen Kontakte. doch eine der ökonomischen oder staatlichen Ebene vergleicbbare Zusammenarbeit steht vor zwei entscheidenden Problemen. Erstens handelt sich fast ausschließlich um eine Art diplomatischer Kooperation, der es an einem nationalen Unterbau mangelt, und zweitens leiden gerade die deutsch-französischen Gewerkschaftskontakte unter der schwer erklärbaren Zähigkeit, mit der sich der EGB bislang unfähig sah, die CGT als größte französische Gewerkschaft in den europäischen Bund aufzunehmen. Ganz davon zu schweigen, daß die offiziellen Kontakte zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien nicht nur Kontakte zwischen Linken sind. Gelegenheiten, wie der europäische Beschäftigungsgipfel im Mai dieses Jahres in Brüssel oder der Euromarsch gegen Arbeitslosigkeit, wurden gerade auf deutscher Seite desbalb nicht von den großen Organisationen, sondern von Einzelpersönlichkeiten getragen und leiden nicht nur unter der mangelhaften Infrastruktur, es fehlt ihnen auch die gemeinsame theoretische Reflexion.

Vor diesem Hintergrund versuchte das Pariser Treffen eine Plattform zu schaffen, die sich quer zu allen bestebenden Strukturen als ein sich nach und nach verstetigendes Diskussionsforum anbietet. Die TeilnehmerInnen hatten sich im Vorfeld auf drei Diskussionsblöcke geeinigt. Im ersten Teil sollte die "Logik des Wirtschaftskrieges" diskutiert werden, um einerseits die grundlegenden Ursachen und andererseits die nationalen Variationen der ökonomischen und sozialen Umstrukturierungen zu analysieren. Im zweiten Block sollten die Alternativen zur derzeitigen europäischen Inte-

Berichte

gration erörtert werden, und im dritten Teil war die Frage nach den Akteuren, dem Widerstandspotential und den neuen Entwicklungen in der "öffentlichen Meinung" gestellt.

Im Unterschied zum gewohnten Konferenzstil wurde von vornberein auf Eingangsreferate verzichtet und eine harte dreiminütige Redezeitbegrenzung verordnet, um eine spontane und sich aufeinander beziehende Diskussion zu ermöglichen. Pierre Lévy, der das Forum zwei Tage mit harter Hand leitete, gelang das Experiment, zwischen den rund 70 TeilnehmerInnen einen kreativen Dialog zu organisieren, dessen einziges Manko darin bestehen dürfte, daß er mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kaum in eine lesbare Form zu bringen sein wird.

Globalisierung als Realität und Ideologie

Einen breiten Raum nahm als erstes die Diskussion über die Globalisierungsphänomene ein. Dabei war man sich schnell einig, daß dem Begriff bei allem Bezug zu den real ablaufenden Prozessen ein hoher Ideologiewert zugesprochen werden muß. Globalisiert baben sich im Wesentlichen die Finanzbeziehungen, während der Warenaustausch ungleich langsamer wächst und bei der Produktion bestenfalls von zunehmender Internationalisierung gesprochen werden kann. Tatsächlich üben die globalen Finanzmärkte einen unausweichlicben Druck auf die nationale Politik, wie auf die nationalen Prodnktionsstandorte aus, indem die Flüssigkeit des Finanzkapitals über die Durchschnittsrendite zum Maßstab aller realwirtschaftlichen Tätigkeit wird. Von bundesdeutscher Seite wurde dies mit eindrucksvollen Zahlen belegt, die für einen allmählichen Übergang von der Produktions- zur Vermögenswirtschaft sprechen. Bei einem akkumulierten privaten Geldvermögen von mittlerweile fünf Billionen DM haben sich Renditeerwartungen aggregiert, die angesichts der stagnierenden Binnennachfrage auf dem nationalen Markt nicht mehr zu befriedigen sind, aber auf den globalisierten Finanzmärkten immer noch profitable Anlagemöglichkeiten finden.

Strittig war, ob deshalb davon gesprochen werden könnte, daß damit die nationalen Regierungen in die "Geiselhaft" der Finanzmärkte gekommen sind oder nicht selbst zu den Urhebern zählen. Interessant war die Beantwortung dieser Frage insbesondere un Hinblick auf die Spielräume der neuen französischen Regierung. Folgt man den überaus meisten Beiträgen der Gastgeber zu diesem Thema, dann ist der Spielraum nicht nur klein, sondern es stellt sich auch die Frage, ob die neue Regierung nicht die alte Politik fortsetzt. Dies betrifft nach Aussagen von GewerkschafterInnen aus staatlichen Betrieben sowohl die Fortsetzung der Privatisierung, als auch den Arbeitsplatzabbau. Zum einen wurde festgestellt, daß der Arbeitsplatzabbau im staatlichen Sektor nicht geringer als in den privatisierten Betrieben ausfällt, und zum anderen wurde vermutet, daß die französische Regierung mit der angekündigten Teilprivatisierung der französischen

Telecom selbst auf dem besten Wege ist, ihren Schnitt auf den globalen Finanzmärkten zu machen. Es wurde vermutet, daß die Teilprivatisierung eine Verschmelzung mit der Deutschen Telekom vorbereitet und daß die Verkäufe genutzt werden sollen, um höhere Profite durch den Einkauf in eines der zukunftsträchtigen osteuropäischen Postunternehmen zu erwirtschaften.

Von beiden Seiten wurde festgestellt, daß die Privatisierungsstrategie von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt wird, weil alle mehr oder weniger schlechte Erfahrungen mit schwerfälligen Bürokratien gemacht haben. Dementsprechend müsse die Linke eigene Konzepte für die Modernisierung der öffentlichen Dienste anbieten und gleichzeitig eine Kampagne entwickeln, mit der die Notwendigkeit des öffentlichen Sektors neu begründet wird. Wobei sich herausstellte, daß das Konzept der Nationalisierung in Frankreich wesentlich positiver besetzt ist als in der Bundesrepublik. Wenn Unterschiede in der Analyse zwischen französischen und deutschen TeilnehmerInnen erkennbar waren, dann in erster Linie an diesem Punkt. Während es in Deutschland kaum eine breite Diskussion über den Wert nationalen Eigentums und die Errungenschaften des öffentlichen Sektors gibt, ist diese Diskussion in Frankreich nicht nur sehr lebhaft, sondern findet auch in allen politischen Lagern Nahrung.

Doch es zeigten sich in der Globalisierungsdebatte auch andere Unterschiede. Von deutscher Seite wurden stärker die Probleme des Wachstums und der Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus thematisiert, während die französischen Wortmeldungen auf weitere technische Innovation setzten und der Sättigungsthese den weltweiten, unbefriedigten Bedarf an materiellen Gütern entgegensetzten. Ob aus Höflichkeit oder wegen anderer Prioritätensetzung mag dahingestellt bleiben, auf jeden Fall aber verzichtete das Plenum auf die Debatte, ob es sinnvoll sei, die europäischen Wachstumsprobleme damit zu lösen, daß zum Beispiel China mit europäischen Autos überschwemmt wird.

Gemeinsame Schlußfolgerung dieses Diskussionsblocks war, daß der globale Druck der Finanzmärkte erstens politisch herbeigeführt wurde und auch politisch wieder reguliert werden kann, wenn sich die wirtschaftlich mächtigsten Staaten von der hinter dieser Strategie liegenden Logik befreien. In Frankreich herrscht jedoch die Angst vor, daß es insbesondere das deutsche Kapital sei, das dieser Logik folgt und damit auch der europäischen Integration ihren Stempel aufdrückt. Die eigentliche Auseinandersetzung erfolge auch nicht im globalen Maßstab, sondern innerhalb der Triade und ihrer Zentren.

Defizite der Linken in der Europapolitik

Der Kampf innerhalb des europäischen Marktes wurde dementsprechend ebenfalls als eine Auseinandersetzung interpretiert, die einerseits vom deutschen Hegemoniestreben bestimmt wird und andererseits von der Konfrontation mit den USA. Eigentliche Ursache seien die schwachen Wachstumsraten, eine gewisse Sättigung der Gütermärkte und der Versuch, durch Firmenaufkäufe beziehungsweise daraus folgende Stillegungen den Markt neu aufzuteilen. Dabei wurde von französischer Seite ausdrücklich kritisiert, daß die europäische Integration nicht nur ein Gegengewicht zum Dollarmonopol bilden soll, was angesichts der zunehmenden Spekulationsangriffe auf nationale Währungen durchaus plausibel sei. Es gehe vor allem um die Vorbereitung eines Wirtschaftskrieges, den, wie in allen Kriegen, in erster Linie die abhängig Beschäftigten zu zahlen hätten. Es würden riesige Finanzmittel gebraucht, um diesen Krieg erfolgreich zu führen; und alles, was im Zusammenhang mit der Einführung des EURO zu beobachten sei, diene der Fähigkeit, eine dominierende Rolle auf den globalen Finanzmärkten zu spielen. Dabei sei die größte Sorge des deutschen Kapitals nicht, daß der EURO schwächer als die DM sei, sondern, daß der erwartete Machtgewinn ausbleibe.

Interessant war in diesem Zusammenhang der Gedankenaustausch über die in beiden Ländern unterschiedlichen Motive für Ablehnung oder Zustimmung zum EURO. Während es in Frankreich allgemein eine größere Zustimmung zum EURO gibt, gründet sich seine Ablehnung auf die Angst vor der wirtschaftlichen Stärke der Deutschen, während in der Bundesrepublik die Ablehnung stärker als in Frankreich ausfällt und in erster Linie in der Angst vor einem schwachen EURO wurzelt. Übereinstimmend wurde deshalb festgestellt, daß die Linke größere Anstrengungen unternehmen muß, um die Logik der gegenwärtigen Integration aufzuzeigen und jenen Fatalismus zu überwinden, der die Integration zwangsläufig den Neoliberalen überläßt, Die Arbeiterbewegung habe sich zu wenig mit der europäischen Integration beschäftigt und igele sich entweder in der Verteidigung nationaler Errungenschaften ein oder verharre auf einer abstrakten Antiposition. Wobei von deutscher Seite betont wurde, daß für sie das größere Problem darin bestehe, daß der europäische Gedanke von der Linken positiv besetzt sei und der überwiegende Teil der Gewerkschaften wie der Oppositionsparteien der Währungsunion alternativlos hinterherlaufe. Manchmal, wie etwa bei den Bündnisgrünen, aus der irrigen Annahme, mit der Währungsunion lasse sich der deutsche Nationalismus überwinden.

In der Aufzählung der sozialen und pohitischen Defizite der europäischen Integration herrschte wohl die größte Übereinstimmung, aber auch in der Auflistung der Versäumnisse von Gewerkschaften und linken Parteien. Sie deckte sich mit den eingangs genannten Schwächen gewerkschaftlicher, politischer und basisbezogener Bewegungen. Eine Lösung konnte und wollte das Plenum nicht entwickeln, und trotzdem einigte man sich auf Wege, die zu einer stärkeren Kooperation führen könnten. Die entscheidende Einsicht dabei war, daß der Königsweg zunehmender linker Handlungsfähigkeit nicht über Zentralisierung zu erreichen ist. Bevor soziale und tarifliche Vereinheitlichungen greifen können, müsse zunächst ver-

sucht werden, auf der Grundlage der nationalen Regelungen für gemeinsame Forderungen zu kämpfen. Von deutscher Seite wurde vorgeschlagen, einige französisch-deutsche Projekte zu starten, die die Kräfte auf solche Ziele wie den gemeinsamen Kampf um niedrige Arbeitszeiten richten und bei deren Realisierung die Fähigkeit wächst, ihre Durchsetzung mit europäischen Regelungen zu krönen. Ein weiterer Vorschlag favorisierte eine Agenda der europäischen Arbeiterbewegung oder eine Charta der europäischen Linken, die so allgemein sei, daß sie auf alle Länder anwendbar sei, die aber gleichzeitig so konkret sein müsse, daß sie in reale Bewegungen umgesetzt werden könne.

Ein gelungener, aber unabgeschlossener Versuch

Damit war der Übergang zum dritten Diskussionsblock geschaffen, der sich mit der subjektiven Seite gegenwärtiger Umbrüche beschäftigte. Auch hier gab es wenig französisch-deutsche Differenzen in der Analyse, aber unterschiedliche Gewichtungen bei den Optionen. Allgemein war die Kritik an der Zerstörung nichtkommerzieller Kultur, der Erosion des Wertesystems und dem Abbau demokratischer Regulierung, leicht unterschiedlich dagegen die Vorstellung von den anzugehenden Aufgaben. Auf französischer Seite bestand hier und da eine Neigung, die Globalisierung zu nutzen, um ein neues globales Wertesystem zu etablieren, was in den deutschen Beiträgen keinen Widerhall fand. Übereinstimmung herrsebte dann wieder in der Einsicht, daß die Demokratiefrage einen zentralen Stellenwert habe. Die viel zitierte Politikverdrossenheit wollte man nicht unwidersprochen hinnehmen, sondern konstatierte eber einen in beiden Ländern beobachtbaren Widerspruch zwischen der neuen Qualität sozialer Kämpfe und der alten, gleichbleibenden Ablehnung etablierter Politikstrukturen. Darin eingebettet sei die Haltung der Jugend zur Politik. Es gelte, so schlußfolgerte ein französischer Beitrag, nicht nur die horizontale Kommunikation zwischen den Praxisfeldern zu verbessern, sondern auch die vertikale zwischen den Generationen.

Bedauerlich, daß es gerade für den letzten, den auf die politische Praxis gerichteten Diskussionsblock, an Zeit mangelte. Rund zwölf Stunden intensiver Debatte, mit fast 150 Wortmeldungen, reichten nicht aus. Doch das Experiment war gelungen und wirft die Frage auf, wer es wohl fortsetzen kaun.

Harald Werner

Actuel Marx: "Marx International II"

Auf Initiative der Zeitschrift "Actuel Marx" fand in Paris am 3. und 4. Oktober 1997 eine internationale Tagung unter dem Thema "Die Frage des Sozialismus beute" statt. Damit wurde, wiederum an der Universität Paris

X - Nanterre, der Kongreß "Marx International" vom September 1995 fortgesetzt, über den Z seinerzeit ausführlich berichtet hatte (vgl. Z 24, Dezember 1995, S. 134ff.). Die diesjährige Tagung schloß zugleich einen Zyklus von Seminaren zu Forschungsprojekten von Mitarbeitern von Actuel
Marx ab, die im Paris unter Leitung von Jacques Bidet in den letzten beiden Jahren abgehalten worden waren. Im Vorfeld der Konferenz veröffentlichte die Zeitschrift eine Reihe von Studien, die damit zur Diskussion
gestellt wurden. I

Die Tagung kreiste um zwei thematische Pole: Analyse und Kritik des heutigen, mondialen Kapitalismus, und Diskussion von sozialistischen Alternativen. Zu letzterem bemerkte Jacques Bidet, zusammen mit Jacques Texier Organisator der Tagung, in seinen Schlußbemerkungen, es sei nicht verwunderlich, daß die politische Rechte kein gesellschaftliches Projekt verfolge außer dem ihrer Hegemonie; aber es sei ein großes Problem, daß die Linke heute gleichermaßen über keinen Gesellschaftsentwurf verfüge. Die Abgrenzung der Linken gegen die Rechte erfolge nur in Termini des "mehr oder weniger" - mehr oder weniger Privatisierung, mehr oder weniger öffentliche Ausbildung, mehr oder weniger Verteilungsungerechtigkeit, mehr oder weniger Bekämpfung sozialer Ausgrenzung etc. Dies trifft gewiß den gegenwärtigen Zustand der westeuropäischen Linken, jedoch zeigte die Diskussion auch ein breiteres und weitergebendes Spektrum an Überlegungen zu sozialistischen Zukunftsvorstellungen.

Es ist hier nicht der Platz, aus den Plenarrunden und workshops im Detail zu berichten. Immerhin sollen die Themen genannt werden, zu denen diemeist französischen - Referenten sprachen und diskutierten, und einige Akzente, die für die Diskussion der französischen Linken von Bedeutung sind.

Der erste Tag war einer "Bilanz der Sozialismen" gewidmet. Die Eröffnungsrunde behandelte "Geschichte des Kapitalismus und Idee des Sozialismus". Davon soll etwas ausführlicher die Rede sein. Samir Amin (Präsident des Forum der Dritten Welt) sprach über "Das Wertgesetz unter den Bedingungen der Mondialisation". Internationalisierung sei nichts Neues in der Geschichte des Kapitalismus, doch trete heute an die Stelle einer "gezügelten" eine "hemmungslose" Globalisierung und damit Konflikteskalation. Amin denkt nicht an eine irgendwie geartete Rückkehr zu einer "sozialistischen Weltrevolution", doch siebt er im internationalen Rahmen einen generellen Konflikt zwischen sozialer und herrschender Logik heraufziehen.

Demgegenüber vertrat der Wirtschaftswissenschaftler Gérard de Bernis aus Grenoble die Ansicht, daß mit der Globalisierung eine globale Stagnationsphase sich ausbreiten köune, als Teil einer allgemeinen Krise des Kapitalismus, etwa wie am Ende des Römischen Imperiums. Als Zeichen einer solchen "Fäulnis" nannte de Bernis solche Fakten wie die gewaltsame Vertreibung ganzer Völker, die Verhängung von Embargos über einzelne Länder als Dauerkonfliktherde, die Tendenz zur Privatisierung des Staates, das unlösbare Problem der Verschuldung der Dritten Welt oder große Umweltzerstörungen wie im Zusammenhang mit den indonesischen Brandrodungen oder einer globalen Trinkwasserkrise. Solche zerstörerischen Tendenzen tragen, so de Bernis, jedoch eher zur Schwächung denn zur Belebung von Widerstand bei.

Die beiden Ökonomen Gérard Duménil und Dominique Lévy stellten Thesen aus ihrem kürzlich erschienen Buch "La dynamique du capital"2 zur Diskussion. Dieses Buch behandelt in seinem empirischen Teil ausschließlich die US-Ökonomie, bemüht sich aber in seinen theoretischen Schlußfolgerungen um eine Neuformulierung einer marxistischen politischen Ökonomie. Arbeitswerttheorie, Konkurrenz und Preise, Krisentheorie und die Frage der historischen Dynamik des Kapitalismus werden neu und mit historischem Blick auf die Entwicklung des 20. Jahrhunderts thematisiert. Die Strategie des Neoliberalismus wird als politische Reaktion auf den tendenziellen Fall der Profitrate interpretiert. Eine grundlegende Kritik der heutigen Ökonomie und der Dominanz der Finanzmärkte kann sich nach Ansicht der Verfasser nicht mit dem "klassischen Erbe" von Smith, Ricardo und Marx begnügen, sondern muß sich der neueren Mikroökonomie bedienen. Für beide Autoren werfen die Veränderung des heutigen Kapitalismus insbesondere Fragen nach den Klassenverhältnissen und deren theoretischer Erfassung auf. Bestimmt sich die soziale Stellung einer Klasse z.B. mehr nach ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen als nach ihrem Eigentum an (und der Aneignung von) Produktionsmitteln? Fragen, die in der heutigen Phase des Kapitalismus wegen der Bedeutung des Leitungspersonals (cadres, Manager) neu zu diskutieren wären.

In den sich anschließenden workshops ging es um Geschichte des Sozialismus (u.a. Frühsozialismus, *Jules Guesde*), die europäische Sozialdemokratie, Sowjetrußland sowie China und seine Perspektive. Der zweite Tag stand unter dem Titel "Aktualität und Perspektiven". Eine Reihe von Arbeitsgruppen behandelten Trends und Grenzen kapitalistischer Vergesellschaftung und soziale Widerstands-Bewegungen - Grenzen des Neoliberalismus und Bedeutung von öffentlichem Sektor, Staatseigentum, gesellschaftlicher Regulierung; Globalisierungstrend; die sozialen Bewegungen in Frankreich vom Dezember 1995. Der zweite Diskussionsstrang des Tages war diversen Aspekten gewidmet, über die heute unter dem Stichwort "Sozialismus" zu diskutieren wäre: die internationale Bedeutung der Chiapas-Bewegung; Sozialismus und Arbeitsbeziehungen (also eine soziologi-

Gérard Duménil, Roland Lew (ed.), Où va La Chine?, Paris 1997; Ramine Motamed-Nejad (ed.), Russie 1917-1997, Paris 1997; Claude Leneveu, Eustache Kouvélakis, Michel Vakaloulis (ed.), Faire mouvement, décembre 1995, Paris 1997.

Gérard Duménil, Dominique Lévy, La dynamique due capital. Un siècle d'économie américaine, Paris 1997.

sche Sicht), die Dimension sozialistischer Alternativen. Hier gab es eine interessante Diskussion zwischen Tony Andréani (Wirtschaftswissenschaftler an der Pariser Umversität) und dem Philosophen Lucien Sève.

Andréani sieht in seiner Typologie sozialistischer Alternativen heute drei Varianten. Zuerst eine neokeynesianische (oder neo-sozialdemokratische) die einen sozialen Kompromiß ansteuert, der die Lohnabhängigen weniger belastet als die neoliberale Marktradikalität. Freilich zweifelte Andréani ob eine solche Variante handlungsfähig werden könne, zumal sie auf ein ökonomisches Wachstum angewiesen sei, um ökonomischen Verteilungsspielraum zu gewinnen. Unter den Auspizien der Mondialisation sei das unwahrscheinlich. Was die kommunistische Alternative betrifft, so äußerte sich Andréani skeptisch über die Möglichkeiten einer unbegrenzten Ausweitung des öffentlichen Sektors. Gleichermaßen sei zu fragen, ob die im Konzept der Kommunisten wichtige Orientierung auf die Durchsetzung neuer, sozial orientierter "Leitungskriterien" für die Unternehmen realistisch sei. Unklar erschien ihm auch, wie in diesem Konzept der Macht des Privateigentums und des Finanzkapitals begegnet werden könne. Dritte Variante: Marktsozialismus oder Sozialismus mit Markt. Hier hätten einzelne Elemente in Jugoslawien, in Schweden und in verschiedenen sozialistischen Ländern eine Rolle gespielt. Wenn dieses Konzept Zukunft haben solle, seien wenigstens fünf Aspekte von Bedeutung: Demokratie im Betrieb mit realen Rechten der Lohnabhängigen; die Eigentumsfrage, insbesondere die möglichst weitreichende Ausweitung von nationalen Finanzierungs-Fonds und selbstverwalteten Banken. Drittens eine "Logik, bei der nicht das Kapital die Arbeitskraft kauft, sondern die Arbeit das Kapital"; viertens die Regulation des Arbeitsmarktes: fünftens eine Form gesellschaftlicher Planung, die mit Anreizsystemen arbeitet, dem Selbstverwaltungskonzept verpflichtet ist und die mit der herrschenden ökonomischen Logik bricht. All dies markiere ein Minimum an Elementen einer Systemalternative, die nur im Rahmen einer tiefen Krise des herrschenden Systems an Bedeutung gewinnen könne.

Aus der Sicht vnn Lucien Sève wird der Weg lang sein hin zu einem Minimum an kohärenten sozialen Alternativkonzepten, das überhaupt erst die Voraussetzung dafür ist, daß eine historische Perspektive und eine erneuerte politische Bewegung, die über den Kapitalismus hinausweisen, zusammenfinden und Gestalt gewinnen können. Die Frage des Eigentums hält Sève für ein Problem mit Fallstricken. Nach seiner Ansicht hat die traditionelle sozialistische Lesart der Eigentumsfrage den grundlegenden Unterschied zwischen Eigentumstitel - also formalem, rechtlichem Eigentum - und Aneignungsbedingungen - also der Frage der individuellen nnd gesellschaftlichen Aneignung - nicht wirklich bewältigt. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu enteignen sei Sache eines einzigen politischen Akts. Aber ein ganz anderer, langdauernder und komplexer Prozeß sei die reale Vergesellschaftung der Fähigkeit zur Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sève bezog sich hier auch auf das Buch von Duménil und

Lévy und ihre Bemerkungen zu neuen dialektischen Beziehungen zwischen Finanzierungs- und Managmentfunktionen, die es nicht mehr erlauhen, den Logiken des Systems durch einen hloßen Eigentumswechsel zu entkommen. Sève zufolge kann die Sozialisierung hzw. Verstaatlichung des Privateigentums für sich gennmmen nicht als das entscheidende Moment der Überwindung des Kapitalismus hetrachtet werden. Vielmehr müsse jeder Werktätige es lernen, den Betrieb zu lenken und zu beherrschen. Das aber sei die Angelegenheit einer ganzen historischen Epoche.

Der Gedanke einer gesellschaftlichen Aneignung ist heute, so Sève, in einem ganz anderen Sinne zu verstehen: Offnung des Kapitals für die Lohnabhängigen des Unternehmens - und zwar his zur höchsten Ehene. um sie zu befähigen, in allen Leitungsentscheidungen zu intervenieren. Öffnung auch für andere soziale Kräfte, für Verbraucherassoziationen, lokale Körperschaften und betroffene Dienstleistungseinrichtungen. Dabei bedeutet eine wirkliche Aneignung der Produktionsapparate auch eine Entstaatlichung zugunsten eines citoyens, eines Staatsbürgers im Besitz von politischer Macht neuen Typs. Eine kommunistische Perspektive hat nach Ansicht von Sève nichts mit ihrer reduzierten sozialistischen Version zu tun. Denn gesellschaftliche Entfremdung verschwindet nicht durch blo-Bes Dekret. Sie kann nur durch individuelle und zugleich kollektive Aneignung der von ihr konfiszierten Mächte ahgehaut werden. Die Überwindung des Kapitalismus findet in dieser Sicht schon statt - in den einzelnen Elementen von Wiederaneignung. Und sie heschleunigt sich - und das nur in dem Maße, wie sich ein zusammenhängendes Netz von Aneignungsprozessen in Richtung auf das heraushildet, was Jaurès "eine revolutionäre Evolution" nannte.

Pierre Zola

Armut - Reichtum: Ursachen und Alternativen

Zu diesem Thema veranstaltete die Marx-Engels-Stiftung am 13. und 14. September 1997 in Wuppertal ein interessantes Symposium mit Vorträgen, reger Aussprache sowie ahschließendem Besuch und Diskussion in der "Wuppertaler Tafel e.V." Leider fiel das Eröffnungsreferat von Prof. Dr. Harry Nick aus, er war krank nnd konnte nicht kommen. In meiner Besprechung möchte ich Gedanken aus Referaten und Diskussion darlegen.

Dr. Manfred Sohn stellte in seinem Beitrag zum Thema "Reichtum, Armut und revolutionäres Subjekt heute" fest: In der Bundesrepublik rückt die soziale Frage wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Die Kluft zwischen arm und reich wächst immer schneller. Eine ebensolche Kluft vertieft sich auch zwischen der verarmten Dritten und der immer reicheren Ersten Welt. Zwischen diesem Anwachsen von Armut und Reichtum in unserem Land und weltweit besteht ein enger Zusammenhang, und das

Ergebnis beider Prozesse, Armut auf der einen, Reichtum auf der anderen Seite, ist von der offiziellen Politik so gewollt.

Die wachsende Armut, so Manfred Sohn, führe nicht automatisch zu linkem Bewußtsein bei den Betroffenen. Die Armen seien keine organisierte Kraft, oft verunsichert, Arbeitslose zumeist keine Gewerkschaftsmitglieder mehr. Dies wertete er als Unterschied zur Situation in der Weimarer Republik. Gegenwärtig sei kein revolutionäres Subjekt im Entstehen, das die kapitalistische Gesellschaft grundsätzlich im Frage stelle und in Richtung Sozialismus verändern wolle und könne. Eher entstehe ein reformistisches Subjekt. Das Hauptprohlem dieser Entwicklung sei die Schwäche der revolutionären Linken in der Bundesrepuhlik, dies zu ändern unsere Aufgabe.

Dr. Harald Wemer sprach zum Thema "Wie der Reichtum den Wohlstand zerstört". Die Gesellschaft in der Bundesrepublik spaltet sich mehr und mehr auf. Ca. 20 Prozent werden immer reicher und sind die Hauptgewinner. Mindestens eben so viele, auch sie mehr werdend, sind diejenigen, zu deren Lasten diese unvorstellhare Vermehrung des Reichtums geht. Sie werden zunehmend ärmer, sind oft ausgegrenzt und durch Sozialabbau unter das Existenzminimum gedrückt. Zwischen heiden Gruppen steht eine kleiner werdende Mehrheit, der es zum Teil noch recht gut gehe, die aber immer mehr verunsichert werde und Angst vor der Zukunft bahe.

Was ist anders geworden, wo liegen die ökonomischen Ursachen? Früher wuchs die Produktion schneller als die Arbeitsproduktivität. Das war in der Konjunktur verhunden mit dem Entsteben neuer Arheitsplätze und dem Ahhau der Arbeitslosigkeit. Heute wächst die Arheitsproduktivität durch den technischen Fortschritt sehr schnell, die Wachstumsrate aber nur langsam und mit großen Schwankungen. Ergebnis: Die Arbeitslosenquote wird selbst in der Konjunktur nicht mehr ahgehaut. Sie steigt nicht nur in der Krise, wie früher, sondern auch in der Konjunktur. Die logische Folge ist ständige, wachsende, nicht beherrschhare Massenarbeitslosigkeit. Die Hoffnung, eine Dienstleistungsgesellschaft könne dies ändern, sei eine Illusion.

Hinzu kommen die Auswirkungen der Globalisierung der Finanzmärkte. Zumeist sei es gewinnbringender, Kapital auf dem Finanzmarkt mit hoher Rendite anzulegen, als in die Produktion zu investieren. Ergehnis sei die Verschiebung von der Produktions- zur Vermögensgesellschaft. Millionen deutscher Haushalte leben von ihrer Geldanlage. Das kann auf Daner so nicht weitergehen, sagte Werner und warf die Frage auf, was machen wir in Zukunft mit dem Geldeigentum?

Zum Thema "Die paradoxe Aufhebung des Privateigentums: Eine moderne Revolution von oben?" argumentierte Dr. Manfred Lauermann. Er henannte als neue Probleme nach dem Ende des kalten Krieges: Die Führer der kapitalistischen Welt glauben ihre eigene Ideologie; die Ehten können die Massen nicht mehr integrieren, die Folge davon sind Fundamentalismus, Attraktivität von Religionen und Sekten; China könne vielleicht die Entwicklung des nächsten Jahrhunderts prägen.

Lauermann warf die Frage auf, ob und wie sich beute sozialistisches Bewußtsein bilden könne und stellte fest, daß stattdessen eher Irrationalismus und Glaubenskrieg entstehe. Die Armen, so seine Meinung, sind für das Kapital heute nicht mehr gefährlich, sie werden gegeneinander ausgespielt und ausgegrenzt. Schröder und Blair köunten dies vorzüglich. Die Zukunft der Sozialsysteme sei gefährdet, die Linke solle stattdessen eintreten für ein staatlich finanziertes Bürger- und Grundeinkommen. Viele hätten dann mehr als heute mit schlecht hezahlter Arbeit oder Sozialhilfe.

Manfred Bohle stellte aus praktischer Arbeit Erfahrungen zur Diskussion: Täglich werden die Arbeitslosen und Obdachlosen mehr. Das ist gefährlich, denn damit wachsen sozialer Sprengstoff und Gewaltbereitschaft. Die Entwicklung des Bewußtseins geht hei den Betroffenen nicht nach links, sondern eher nach rechts. Gute Erfahrungen habe er mit der Herausgabe einer Arheitslosenzeitung gemacht, die Arbeitslose selber schreiben und verkaufen. Das baue ihr verlorenes Selbstwertgefühl wieder auf, darauf komme es vor allem an. So gebe es für sie die Chance der Rückkehr in die Gesellschaft. Sein Hinweis: Es giht Möglichkeiten des Kampfes und Erfolges.

Bohle berichtete auch üher die 11. Tagung gewerkschaftlicher Gruppen zur Arheitslosigkeit in Lage/Hörste. Zwar habe der DGB schon vor Jahren ein gewerkschaftliches Forderungsprogramm zur Arbeitslosigkeit verabschiedet, aber in der Praxis geschehe nichts. Es sei Zeit, üher Ausmaß und Ursache des privaten Reichtums in der Bundesrepuhlik zu reden. Fünf Personen bzw. Betriebe in der Bundesrepuhlik verfügen über ca. 100 Milliarden DM Privatvermögen. Er nannte Tengelmann, Quandt, Henkel, Mercedes Benz u.a. Ihr unternehmerisches Ziel sei ausschließlich Gewinnmaximierung, für die sozialen Folgen müsse der Staat aufkommen. Unternehmer und Reiche entziehen sich ihrer Steuerpflicht, deshalh habe der Staat ständig weniger Geld. Abschließend stellte er kritisch fest, die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen werden vom DGB gemieden und haben im DGB Bundesvorstand noch immer keinen Ansprechpartner.

Dr. Eberhard Dähne behandelte das Thema "Die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit seit 1990". Er trug beeindruckende Zahlen zu den Kosten der Arbeitslosigkeit vor. Die Mehraufwendungen durch Arbeitslosengeld, -hilfe, Zahlungen der BA an die Sozialversicherungen, Ausgaben für Sozialhilfe nnd Wohngeld hezifferte er für 1996 auf 89,5 Milliarden DM. Die Mindereinnahmen durch Ausfall heim Steueraufkommen, hei den Sozialversicherungen und der Bundesanstalt für Arheit gab er mit 69,3 Milliarden DM an. Insgesamt summiert sich dies auf einen gesamtgesellschaftlichen Verlust von 158,9 Milliarden DM. In den sieben Jahren von 1990 bis 1996 sind 766,5 Milliarden DM Gesamtkosten durch die Arbeitslosigkeit entstanden. Eine unvorstellbar große Summe.

Eberhard Dähne warf die Frage auf, oh die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme der Gesellschaft nicht billiger komme und menschlicher sei als die Hinnahme und Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit. Er belegte dies dann mit konkreten Zahlen aus dem Arbeitsamtsbereich Wuppertal, die zu dem Ergebnis führten, öffentlich geförderte Beschäftigung ist aus gesamtgesellschaftlicher Sicht keinesfalls teurer als die Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Doch schafft sie Arbeit und Selbstwertgefühl für die jetzt Arbeitslosen und mehr Werte und Kaufkraft für die Gesellschaft. Sie ist damit humaner und produktiver.

Dr. Gerhard Fischer sprach über das Sozialwort der beiden Großkirchen gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialahhau, in dem sich die Kirchen für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, gegen Sozialahhau und für soziale Verpflichtung der Unternehmer einsetzen. Er forderte die kirchliche Beteiligung am gesellschaftlichen Dialog über diese Problematik. Gerechtigkeit und Solidarität sollten nach Meinung der Kirchen Maßstähe für alle sein, dies entspreche auch dem Grundgesetz. Es gehe um die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft zu einer solidarischen Wirtschaft. Dafür sei aus Sicht der Kirche die Anerkennung kapitalistischer Grundbedingungen im Sinne der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft erforderlich. Die Kirchen wenden sich gegen hlindes Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes und und fordern die Diskussion, welchen vorrangigen Zielen politisches und wirtschaftliches Handeln verpflichtet sein solle. Er warate vor einer möglichen Rechtsentwicklung als Folge des falschen, aber wirksamen Arguments, an der Arbeitslosigkeit seien die Ausländer schuld.

Dr. Hans-Joachim Küstner thematisierte die Machtergreifung des Kapitals in den neuen Bundesländern und hezeichnete sie als Massenenteignung und Kolonialisierung, ähnlich der von Marx geschilderten ursprünglichen Akkumulation. Als Beispiel benannte er den Verkauf des Eisenhüttenwerks Thale für eine DM und den anschließenden Rückverkauf des werkseigenen Kindergartens an das Land Thüringen für fünf Millionen DM. Dieses Plattmachen der Ostindustrie im Sinne von Marktbereinigung zugunsten westlicher Konzerne hat in den neuen Bundesländern die extrem hohe Arbeitslosigkeit zur Folge, in Magdeburg von 20 Prozent. Das führe nicht zum gewerkschaftlichen Kampf, sondern eher zum Nachgeben, zum Lohnverzicht, sogar zum Einschießen eigener Mittel der Arbeitenden in den Betrieh, um ihn und damit ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Dr. Stefan Bollinger sprach über "Linke Politik und Widersprüche einer Arbeits- und Sozialpolitik". Er warf die berechtigte Frage auf, ob die DDR durch ihre sozialen Leistungen ökonomisch überfordert war? Die Lösung der Arbeitslosigkeit könne heute nicht mehr im Wachstum liegen. Das mache die Umwelt ökologisch kaputt. Arheitslosigkeit habe beträchtliche Auswirkungen auf das Massenbewußtsein, führe aher nicht zu mehr Kampfkraft, sondern eher zu Unsicherheit und Kompromißbereitschaft. Wer soll Beschäftigungsprogramme und notwendige sozialpohtische Maß-

nahmen bezahlen, so Bollingers Frage. Umverteilung nach unten, zugunsten der Armen und Arbeitslosen, erfordere auch Verzicht der Gutverdienenden, nicht nur der Reichen.

In der interessanten Diskussion wurden zahlreiche Fragen gestellt und Probleme aufgezeigt, zum Beispiel: - Wie soll man die Arbeitslosen organisieren, damit sie ihre Interessen gemeinsam vertreten können? - Wann ist man arm? Als Antwort wurde angeboten, wenn man ans finanziellen Gründen nicht mehr am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen kann. - Die Arbeitslosigkeit wird mißbraucht zur Lohndrückerei. sie ist politisch gewollt. - Das Kapital versucht die Arbeitslosigkeit amerikanisch zu lösen: Scheinselbständigkeit, 610.- DM Jobs, Niedriglöhne. Zerschlagung der Flächentarifverträge. Die Arbeitslosen sollen bereit sein, zu ieder Bedingung zu arbeiten. - Die Gesellschaft hat großen Bedarf an Arbeit, die nicht geleistet wird, z.B. im Bereich von Ökologie und Gesundheitdienst. Hierfür sollten wir öffentliche Beschäftigungsprogramme fordern. - Ein Arbeitsloser muß sich ständig rechtfertigen. Das schafft Angst und zerstört sein Selbstwertgefühl. - Hauptbetroffen von Arbeitslosigkeit sind Frauen and mit ihnen oft Kinder. - Was tun eigentlich die Gewerkschaften fur die Arbeitslosen? - Der Reichtum des oberen Teils unserer Gesellschaft ist auch eine Folge der Armut der Dritten Welt. Hieraus können Kriege entstehen.

Aus meiner Sicht war es ein inhaltlicher Mangel der Diskussion, daß die sozialistische Perspektive als grundlegende Lösung dieser Probleme in Referaten und Diskussion fast nicht auftauchte.

Zum Abschluß der Tagung gab es einen gemeinsamen Besuch mit Vesper und Diskussion bei der "Wuppertaler Tafel e.V", die aus Spenden finanziert im großen Ausmaß Mahlzeiten für Arbeits- und Obdachlose zur Verfügung stellt. Diese unmittelbare Anschauung und das Gespräch waren beeindruckend. Sie zeigten die Not der Armen, den Rückgang und das Nichtausreichen staatlicher Hilfe, aber auch die Hilfsmöglichkeiten des Teils der Gesellschaft, der von Arbeitslosigkeit nicht - oder noch micht - betroffen ist.

Schade war, daß nach diesem Besuch am späten Sonntagvormittag die Diskussion nicht für einige Stunden wieder aufgenommen wurde. Zeit dazu wäre gewesen. Interesse, Bedarf und Lust waren bei vielen Teilnehmern durchaus vorhanden.

Alles in allem: Eine hochinteressante Tagung der Marx-Engels-Stiftung zu einem Thema, das immer drängender und unerträglicher wird und in Zukunft in unserem Land mit großer Wahrscheinlichkeit in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe rückt.

Hans Wunderlich

3. Auflage

Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf Grenzen der Globalisierung

Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft 1997 - 637 S. - DM 58,00 - ÖS 423 SFR 58,00 - ISBN 3-929586-75-4

Gabriele Cleve/Ina Ruth/ Ernst Schulte-Holthey/ Frank Wichert (Hrsg.)

Wissenschsft Macht Politik

Interventionen in aktuelle gesellschaftliche Diskurse 1997 - 419 S. - DM 48,00 - ÖS 350 SFR 44,50 - ISBN 3-89691-406-5

Eun-Jeung Lee Konfuzianismus und Kapitalismus

Markt und Herrschaft in Ostasien (einsprüche Band 6) 1997 - 159 S. - DM 29,80 - ÖS 218 SFR 27,50 - ISBN 3-89691-412-X





Elmar Altvater/ Achim Brunnengräber/ Markus Haake/Heike Walk (Hrsg.)

Vernetzt und verstrickt

Nicht-Regierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft 1997 - 350 S. - DM 39,80 - ÖS 291 SFR 37,00 - ISBN 3-89691-405-7

Michael Bruch/ Hans-Peter Krebs (Hrsg.)

Unternehmen Giobus

Facetten nachfordistischer Regulation 1996 - 255 S. - DM 39,80 - ÖS 291 SFR 37,00 - ISBN 3-929586-69-X

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a 48145 Münster Tel. 0251/608 60 80 Fax 0251/608 60 20 e-mail: dampfboot@login1.com http://www.login1.com/dampfboot



Georg Lukács-Archivveröffentlichungen

Anmerkung zu "Chvostismus und Dialektik"1

Marxismus hat gegenwärtig - und das schon seit längerem - keinen Massenzuspruch. Um so mehr verdienen die Aktivitäten Aufmerksamkeit, die ungeachtet aller Toteuscheine und Beerdigungen erster und minderer Klasse zu den Ursprüngen Marx'schen Denkens zurückkehren, seine konfliktreiche Real- und Theoriegeschichte ergründen und die geistige Vielfalt einer breiten Öffentlichkeit erschließen. Das mühevolle, aber weitergeführte Erscheinen der MEGA, die erstmalige Veröffentlichung der Gefängnishefte und Briefe Antonio Gramscis, die Neu- und Erstveröffentlichung der Arbeiten von Paul Lafargue und Karl Korscb, Nikolai Bucharin und Leo Trotzki, die Fortführung marxistischer Zeitschriften, Tagungen wie der Hannoveraner Kongreß "Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert", das ehrgeizige Projekt eines mindestens zwölfbändigen "Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus" u.a. sind solche unverzichtbaren Bausteine für eine fundierte Neubesinnung auf Marx, Marx'sches Denken und Marx'sche Methode aus den letzten Jahren.

Demgegenüber verläuft - zumindest in Deutschland - die geistige Wiederund Neuaufnahme des Lukács'schen Erbes bisher außerordentlich zurückhaltend. Das ist um so verwunderlicher, als Georg Lukács zu verschiedenen Zeitpunkten deutscher und internationaler Geschichte sowie in unterschiedlichen persönlichen Lebensphasen prägend und umstritten die deutsche marxistische Diskussion belebte. "Geschichte und Klassenbewußtsein" in den 20er Jahren, seine das gesamte Lebenswerk umfassende Literatursoziologie, die "Zerstörung der Vernunft" in den 40er und 50er Jahren, "Sozialismus und Demokratie" seit den 50er und 60er Jahren sowie sein unmittelbar gesellschaftspolitisches Wirken an Schnittpunkten der kommunistischen Bewegung seien erinnernd hervorgeboben.

Im DDR-Marxismus war Lukács bis 1956 geradezu eine Institution und danach lange Zeit - bis auf wenige Ausnahmen (hauptsächlich zur Literaturtheorie und zur Kritik der faschistischen Ideologie)² - Revisionist und

Georg Lukács, Chvostismus und Dialektik, hrsg. von László Illés. Aron Verlag, Budapest 1996, 81 S., 450 Ft. Ein Auszug erschien in Z 31 (September 1997), S. 121-125.

² Vgl. u.a. zur Neuerschließung des Werkes von G. Lukács in der DDR seit Mitte der 70er Jahre: W. Mittenzwel (Hrsg.), Dialog und Kontroverse mit Georg Lukács. Der Methodenstreit deutscher sozialistischer Schriftsteller, Leipzig 1975; G. Lukács, Kunst und objektive Wahrheit. Essays zur Literaturtheorie und – geschlichte, hrsg. von W. Mittenzwel, Leipzig 1977; G. Lukács, Über die Vernunft in der Kultur. Ausgewählte Schriften 1909-1969, hrsg. von S. Kleinschmidt, Leipzig 1985; G. Lukács, Beiträge zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hrsg. von J. Schreiter und L. Sziklai, Berlin 1986; M. Buhr/J. Lukács (Hrg.), Geschichtlichkeit und Aktualität. Beiträge zum Werk und Wirken von Georg Lukács, Berlin 1987; G. Lukács, Zur Kritik der faschistischen Ideologie. Mit einem Nachwort von L. Sziklai, Berlin und Weimar 1989.

Unperson. In der BRD bewirkte die DDR-Verteufelung und vor allem die 68er Bewegung das Erscheinen seines Gesamt- und besonders seines Spätwerkes im Luchterhand Verlag und einige besonders lebhafte geführte Diskussionen auch zur Neubewertung von "Geschichte und Klassenbewußtsein" in den 60er, 70er und 80er Jahren. Aber seit 1990 ist es auch im Westteil Deutschlands merkwürdig still um Lukács geworden.

Um so mehr verdienen die seit 10 - 15 Jahren erscheinenden deutschsprachigen Veröffentlichungen des Georg-Lukács-Archivs bei der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest Beachtung und kritische Würdigung.

Bisher unveröffentlichte Arbeiten Lukács' aus seinen Archiv-Beständen⁴ sowie analytische Publikationen über Lukács und sein Umfeld⁵ - offenbaren in der deutschsprachigen Diaspora Ungarns die - hierzulande nahezu fehlende - sich neu stellende Lukács-Rezeption. Nehmen wir sie zur Kenntnis! Greifen wir sie für eine auch Georg Lukács einbeziehende Marxismus-Diskussion auf!

Aus diesem intellektuellen ungarischen Umfeld stammt auch die erstmalige Veröffentlichung von "Chvostismus und Dialektik". Dieses Manuskript, aus dem in Z 31 (September 1997) das Einleitungskapitel abgedruckt wurde, beinhaltet Lukács' erste Reaktion 1925/26 auf die Kritik zu seinem Buch "Geschichte und Klassenbewußtsein" (1923) durch Abram M. Deborin und László Rndas in der Zeitschrift "Arbeiterliteratur" (1924). Das Manuskript galt als verschollen. Lukács selbst erinnerte sich später kaum noch. Jedenfalls erwähnt er es weder in seiner 1934 veröffentlichten "Selbstkritik" noch in seinem nen geschriebenen "Vorwort" 1967 mit einem einzigen Wort. Sein jetziger Herausgeber László Illés hat es bei unga-

Vgl. u.a.: Geschichte und Klassenbewußtsein heute (1): Eine Diskussion von 1969, Frankfurt/M. 1971; Geschichte und Klassenbewußtsein heute (2): Beiträge 1923-1969, Frankfurt/M. 1971; I. Mészáros (Hrsg.), Aspekte von Geschichte und Klassenbewußtsein, München 1972; A. Grunenberg, Bürger und Revolutionär. Georg Lukács 1918-1928, Frankfurt/M. 1976; G. Lukács, Gelebtes Denken. Eine Autobiographie im Dialog, Frankfurt/M. 1981.

Vgl. u.a. aus G. Lukács-Nachlaß: Wie ist Deutschland zum Zentrum der reaktionären Ideologie geworden?, Budapest 1982; Demokratisierung heute und morgen, Budapest 1985; Ist der Sozialismus zu retten? Briefwechsel mit Werner Hofmann, Budapest 1991; Versuche zu einer Ethik, Budapest 1994; Heidelberger Notizen (1910-1913), Budapest 1997.

Vgl. u.a. aus dem Lukács-Archiv Budapest: L. Sziklai, Georg Lukács und seine Zeit 1936 - 1945, Budapest 1986; L. Sziklai (Hrsg.), Lukács - aktueli, Budapest 1989; L. Illés, F. Josef, M. Szabolcsi, I. Szerdahelyi (Eds.), Hungarian Studies von György Lukács, 2 Vol., Budapest 1993; E. Gabor (Hrsg.), Mannheim Karoly Levelezese 1911-1946, Budapest 1996.

G. Lukács; Die Bedeutung von "Materialismus und Empiriokritizismus" für die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. Kritik und Selbstkritik zu "Geschichte und Klassenbewußtsein", In: "Geschichte und Klassenbewußtsein heute (2)", a.a.O., S. 254-262.

G. Lukács; Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik, Darmstadt 1968 (10. Auflage: 1988), Vorwort (1967), S. 5-45.

risch-russischen Archiv-Studien im Moskauer Komintern-Archiv ausfindig gemacht. Im Unterschied zu seiner "Selbstkritik" (1934) und seinem neuen "Vorwort" (1967) verteidigte er 1925/26 in dieser Replik auf Deborin und vor allem Rudas seine Positionen von 1923 noch uneingeschränkt. Dabei geht es zum einen um die Konstitutionsbedingungen umd -prozesse des Klassenbewußtseins und zum anderen um die Dialektik in der Natur. Den Schwerpunkt aller Diskussionen um dieses Buch in den 20er und 30er sowie in den 60er und 70er Jahren bildete die Problematik des Klassenbewußtseins. In dieser Hinsicht griffen sie die tatsächliche Grundintention Lukács' auf, Er schrieb "Geschichte und Klassenbewußtsein" 1923 auf dem Hintergrund des Sieges der Oktoberrevolution und des Leninschen Marx-Verständnisses in Rußland, der Niederlage der Revolutionen in Westeuropa und als sein erklärt theoretisches Bekenntnis zur Leninschen Marx-Aneignung. Dabei ist zu bedeuken, daß erstens die Erfahrungen von Erfolg und Niederlagen in der Revolutionsperiode (Westeuropa) eine auch theoretische Kritik des strengen Determinismus-Verständnisses im markistischen Denken der II. Internationale verlangten: zweitens auf Grund der vielfältigen Erfahrungen von der Oktoberrevolution einerseits und der westeuropäischen revolutionären Bewegungen andererseits sich die Fragen des Zusammenhangs von Ökonomie und sozialen Bewegungen, Bewußtsein und Spontaneität. Organisation und Partei vertieften und auf neue Weise stellten; daß drittens die Leninsche Marxismus-Variante in Sowietrußland und im der Komintern noch nicht zum späteren ML-Marxismus in Stalins "Fragen des Leninismus" deformiert war, und daß viertens Lukács wie auch die späteren Diskussionsteilnehmer "Die deutsche Ideologie", die "Okonomisch-Philosophischen Manuskripte" und andere Marx'sche Frühschriften noch nicht kannten. Unter diesen gesellschaftlichen und theoretischen Voraussetzungen verfaßte Lukács - nach verschiedenen Vorarbeiten - mit "Geschichte und Klassenbewußtsein" seine eigentliche wissenschaftliche Eintrittserklärung in die kommunistische Bewegung. Und obwohl das Buch eog und z. T. streng an Lenins "Was tun?" angelehnt war, stieß es in der kommunistischen Bewegung sofort auf beftige Kritik. Der Vorwurf des Subjektivismus und Idealismus war dabei der gewichtigste und schwerwiegendste. Ob er in vollem Maße auf Grund des Lukács'schen Werdegangs berechtigt war, ob er auch die Abwehrreaktion eines nicht überwundenen Ökonomismus aus dem Erbe der II. Internationale bzw. schon Vorbote oder Bestandteil einer "-ismen-"Stigmatisierung aller anderen oder eigenständig formulierten Positionen im späteren ML-Marxismus war, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Bei einer Neuaufnahme der Diskussion zu Lukács' "Geschichte und Klassenbewußtsein" sollte dies einer differenzierteren Analyse als bisher unterzogen werden.

Interessant ist der von Lukács schon 1925/26 verwendete Argumentationsstil. Wie bereits erwähnt, übte er noch nicht - wie in seiner diesbezüglichen Stellungnahme 1934 - "Selbstkritik" -, im Gegenteil. Er attackierte seine

Gegner Deborin und Rudas. Allerdings ist er geflissentlich bemüht, seine ganze Argumentation mit der Autorität Lenins auszustatten und seine Kritiker ebenfalls mit entsprechenden "-ismen"-Vorwürfen zu belegen. Menschewismus und Chvostismus als politische Antipoden Lenins aus der KPdSU-Geschichte dienen Lukács als Wurfgeschosse gegen seine Kritiker Deborin und Rudas. Er bedient sich auf ähnliche Weise des Argumentationsstils, der gegen ihn verwandt wurde und der später immer gebräuchlicher werden sollte: Diskussionsfragen und sachliche Meinungsverschiedenheiten unter Gesinnungsgenossen sofort mit irgendwelchen inkriminierten "-ismen" zu belegen. 1934 mußte Lukács dann aber - wiederum mit Lenin ("Materialismus und Empiriokritizismus") - "Selbstkritik" üben.

Demgegenüber argumentiert er 1967 auf sehr differenzierte Weise durchaus auch selbstkritisch - zu den eigentlichen Problemen. Und wenige Monate vor seinem Tode schreibt er am 20. Juli 1970 in einem Brief an seinen Schüler und Mitarbeiter István Mészárps: "Die Prage, die Sie bezüglich der heutigen Bestimmung von Klassenbewußtsein stellten, kommt im Grunde einer wirklichen Analyse des heutigen Kapitalismus und seiner inhärenten Natur gleich: eine Aufgabe, die zu leisten der Marxismus bislang versäumt hat. Ganz sicher ist jedoch, daß jene direkten ökonomischen Antriebskräfte, die gewöhnlich Inhalt und Richtung eines spontanen Klassenbewußtseins bestimmten, sich in ihrer unmittelbaren Auswirkung radikal gewandelt - und erheblich abgeschwächt - haben. Andererseits setzt der von Lenin eingeführte Begriff eines nicht-spontanen, allgemeinen Klassenbewußtseins eine ausreichende Analyse der gegenwärtigen Epoche voraus. Als Geschichte und Klassenbewußtsein entstand, kounte man sich in diesen Fragen auf unmittelbares Beweismaterial verlassen. Heute bilden sie die komplexesten Probleme der Theorie wie Praxis."

Jede Neuaufnahme der Diskussion von Lukács' "Geschichte und Klassenbewußtsein" verlangt nach seiner eigenen Überzeugung von 1970 - um wieviel mehr 1997 - eine Neu-Problematisierung des Gegenstands. Angesichts der Wirrnisse, die die zurückliegende Diskussion in den mehr als 70 Jahren dazu erfahren hat, kann ihre theoriegeschichtliche Retrospektive durchaus anregend und mahnend hilfreich sein.

Helmut Steiner



Emilio Modena (Hg.):

Das

Faschismus-Syndrom

Zur Psychaanalyse der neuen Rechten in Europa Erscheinungstermin: November 1997 - ca. 300 Seiten

39,80 DM, sFr 37,-, ö5 291,-ISBN 3-932133-04-8

Ein neues Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Rechtsradikalismus. Im Schatten der europäischen Integration haben sich im

Verlauf der 80er und 90er Jahre neue rechtsextreme Gruppierungen formiert und mit den Restbeständen des Nationalsozialismus zusammengeschlossen. Seither sind Populisten aller Schattierungen auf dem Kontinent im Vormarsch. Können sie noch gestoppt werden?

Wer dazu beitragen möchte, muß genau hinschauen und die Psychopathologie der Nationen studieren. Es gilt, die individual- und massenpsychologischen Mechanismen besser zu verstehen, die vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Stagnation und der Massenarbeitslosigkeit das »Faszinosum des Faschismus« begründen.

Auf Einladung des Psychoanalytischen Seminars Zürtch sind fünfzehn jüngere und ältere PsychoanalytikerInnen und Sozialpsychologinnen – darunter so bekannte Namen wie Mario Erdheim, Klaus Ottomeyer, Horst-Eberhard Richter – diesen Fragen nachgegangen. Ihre Beiträge zeichnen mosaikartig ein erschreckend klares Bild von der Gefährdung der Demokratte. Dagegen mitssen – und können – die Kräfte der Vernunft geweckt und soziale Solidarität mobilisiert werden.

Heft 67: Geschichte ist ein Teil von uns

Herausgegeben von Hans-Jürgen Wirth

Abo (4 Hefte pro Jahr, jeweils 144 S.) für **DM 98,**— (+Porto) 1 Studentenabo für **DM 49,**— (+ Porto) Einzelhefte je **DM 32,**— (+ Porto)

nzelhette je **DM 32,-** (+ Porto)

psychosozial

Schwerpinkthems:
Geschichte ist
ein Teil von uns
Hamegage was von Hame Janger Wyth

Aus dem Inhalt:

• Wirth: Von der Unfähigkeit zu trauern zur Wehrmachtsausstellung • Rosentbal/Völter: Erinnern an die Verfolgungsvergangenheit ... • Quindeau: Die Ausblendung der Gegenrationalität • Roberts: Anklagen, Verschweigen, Verdrängen • Clemenz: »Wir wollten alle leben ... • u.a.



Psychosozial-Verlag · Friedrichstraße 35 · 35392 Gießen Telefon: 0641/77819 · Telefax: 0641/77742

Fin de Siècle

Frank Deppe, Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Papy-Rossa Verlag, Köln 1997, 206 S., 28,-DM.

Die drei Titel-Worte des Buches meinen nicht deren hisherigen Begriff. Seitdem F. de Jouvenot und H. Micard, zwei nicht un-, wenn anch wenig bekannte Schriftsteller ihr in Paris aufgeführtes Lustspiel im gleichen Jahr publizierten (Fin de siècle, pièce en quatre actes, 1888, 103 S.), versteht man unter Fin de Siècle nicht schlechthin das Ende emes Jahrhunderts, sondern einer ganzen Epoche Verfallsphase. Diese sei durch hlasierten Ästhetizismus, Flucht aus einer technikdominierten Gegenwart in eine romantisierte Vergangenheit, eben durch décadence charakterisiert und signalisiere insofern das Ende eines ganzen Zeitalters. Zwar giht es diese Verfallserscheinungen im Hier und Heute anch, aber nicht sie sind das Markenzeichen des Gegenwartskapitalismus am Ende unseres Jahrhunderts, das ja auch ein Jahrtausend-Ende ist.

Nun hat F.D. nicht umsonst eines der klügsten Bücher über Machiavelli geschrieben. Dessen Geschichte von Florenz (1525) endet mit der Krisen- und Untergangserfahrung am Ende des 15. Jahrhunderts, als "der böse Samen zu keimen begann, der nach nicht langer Zeit Italien verwüstete und immer noch verwüstet". Deppe

hätte, um die historische Dimension seines Themas zu verdeutlichen, auch Montesquieu ins Peld führen können, dessen Betrachtungen über die Ursachen der Größe der Römer und ihres Verfalls [décadence!] von 1734 bekunden, wie das größte Staatsvolk der Antike sich als unfähig erwies, sich selbst vor dem tiefsten Sturz zu bewahren.

Allerdings ist bei den seit 1989/90 anscheinend alternativlos Herrschenden, jedenfalls keine Konkurrenz in der sogenannten Community of Nations Fürchtenden, weder Inzuchtsverfall noch Weltuntergangsstimmung als Krankheitssymptom oder gar Todesahnung feststellhar. Eher im Gegenteil. Es sind die von ihres Gedankens Blässe angekränkelten Linken, die den Utopieverlust beklagen, während die Rechten darüber triumphieren und sich, um Machiavelli ein zweites Mal zu zitieren, dazu hekennen, daß man die Herrschaft nicht mit dem Rosenkranz hehauptet.2 Das Kapital hat sich nicht his zur Unkenntlichkeit, sondern his zur Kenntlichkeit fast für jedermann verändert. So es die Situation erfordert, bekennt man sich in Washington wie in Bonn weniger zum Welfare- als zum Warfare-Capitalism und scheut nicht davor zurück, den human projektierten Weltfrieden als interessegeleitete Pax Americana zu definieren. Der zuvor Kalte (Staaten-)Krieg mutierte vielerorts zum

Kalten (Bürger-)Krieg. Die Parteien in Deutschland betrachten und behandeln sich teils als Gegner, teils aher als Feinde. Klassenkampf wird offen von Oben gegen Unten, ehe zögernd und gehemmt von Unten gegen Oben geführt. Es wird weniger von der Gesellschaftsals von der Marxismus-Krise gesprochen.

Angesichts solch einer Situation ist das intellektnelle Engagement von F.D. mehr als nur zu hegrüßen; es ist zu bewundern. Eine Analyse der jahrzehntelangen, in seiner Implosion endenden Agonie des sich als Realsozialismus verstehenden, tatsächlich doch weitgehend nur Putativsozialismus, hält er für unabdingbar; er vergißt jedoch nicht, daß eben diese Selbstkritik kein Selbstzweck und schon gar nicht deshalh vorzunehmen ist, weil die regierenden Antisozialisten darauf drängen. Deren Interessen zielen auf eine Verhinderung wirklicher Sozialismus-Analysen durch eine Zurückversetzung von Marx in die British Library und eine Kriminalisierung von Sozialisten in einem Verfahren, hei dem weder das in dubio pro reo noch das Verbot rückwirkender Strafbegründung und -verschärfung gilt. Deppe hält sich da lieber an Rosa Luxemburg, die vor 80 Jahren davon sprach. daß rücksichtslose, grausame, his auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung sei.3 Aus eigenem Interesse

Im Mittelpunkt der Untersuchungen steht der politische Aspekt des Sozialismus-Projekts und der Kapitalismus-Realität. Deppe zählt zu denjenigen Sozialisten, die das Scheitern der europäischen Sozialismus-Versuche dieses Jahrhunderts höchsteus sekundär auf ökonomische Ineffizienz zurückführen. primär jedoch auf die Nichtvergesellschaftung der politischen Macht, auf das Aushleihen der von Marx für unausweichlich gehaltenen "reabsorption of the State power hy society" (MEGA 1/22, S. 56). Das soll nicht etwa heißen, daß Marx genau das alles richtig gedacht hat, was dann die Leninisten falsch gemacht hahen. Ausdrücklich werden Defizite der Marxschen Polit-Theorie und deren Ursachen aufgedeckt (S. 33f.). Daß dabei Gramsci ins Spiel kommt, versteht sich von selbst. Es wird aher auch die zeitgenössische Literatur umfassend ausgewertet, wohei die Ergehnisse der Autoren zuweilen gegen den Strich von deren Ahsichten gehürstet werden. Solch eine Methode zu handhaben, setzt eine intellektuelle Souveranitat voraus, von der die meisten nicht einmal zu träumen wagen.

Inzwischen hat F.D. seine, auch der Buchkonzeption zugrundeliegende, Gesamtsicht der zentralen Widersprüche des heutigen Kapitalismus noch einmal komprimiert dargestellt.⁴ Dahei handelt es sich a) um

Deppe, Niccolò Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, Köln 1987, S. 84 ff.

Machiavelli, ebenda, S. 419.

Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 53.

Vgl. Deppe, "Marx, Marxismus, sozialistische Bewegung; Bilanz und Perspektiven", in: Z 30, Juni 1997, S. 34f.; Deppe, "Marxismus und kritische Theorie", in: Kalaschnikow, 8. Ausgabe, 2-1997, S. 18-20.

Machiavelli, Gesammelte Schriften, Bd.
 München 1925, S. 537; vgl. Frank

die globalen Gegensätze zwischen Reichtum und Armut, b) um den Kontrast zwischen dem industriekapitalistischen Wachstumsmodell und der Naturzerstörung, c) um die Schwächung der bisherigen nationalstaatlichen Bändigung der Kapitaloffensive, d) um die Überakkumulationskrise des Kapitals, e) um die als Krise der "Arbeitsgesellschaft" bezeichnete massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften bei gleichzeitiger Produktivitäts- und Produktionssteigerung, und f) um die gleichzeitigen Demokratiedeformationen.

Ninmt man diese doch zumindest partiell als Antagonismen zu charakterisierenden Widersprüche ernst, erscheinen (jedenfalls dem Rezensenten) die umfangreichen Ausführungen Deppes zum Gesellschaftsvertrag (S. 61-102) besonders erörterungs-, wenn nicht gar fragwürdig. Es geht ihm natürlich nicht darum, den Gesellschaftsvertrag als Erklärungsmodell für Entstandenes, wohl aber als Rechtfertigungsmodell für Künftiges ins Spiel zu bringen. Wer aber von den Personifikationen der den Weltzustand von heute charakterisierenden Widersprüchen ist auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen? Wer von diesen ist nicht nur formal gleichberechtigt, sondern auch real gleichstark, so daß er sich auf das Wagnis eines Permanenzvertrages einzulassen wagen darf? Daß Konservative wie Roman Herzog und Sozialisten wie Gregor Gysi, daß Liberale wie Ralf Dahrendorf nnd Radikaldemokraten wie Nelson Mandela gleicherweise für einen neuen Gesellschaftsvertrag plädieren, sollte eber zu besonderer Vorsicht mahnen Formelkompromisse pflegen Diktate zu verschleiern. Banker und Obdachlose an einem Tisch? So naiv ist F.D. gewiß nicht. Ihm ist völlig klar (S. 93), daß die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft des Kapitals nur (!) durch Kampf und den Druck sozialer und politischer Auseinandersetzungen hergestellt werden können. Schon der linke Gesellschaftsvertragstheoretiker par excellence. Jean Jacques Rousseau, wußte übrigens, daß Verträge nur den Schwachen an den Starken, niemals jedoch den Starken an den Schwachen binden können.5

Deppe bläst nicht in die Asche des Marxismus. Auf Dogmatismus und Begriffsfetischismus verzichtet er ebenso wie auf blinden Zukunftsoptimismus. Gleichwohl meint er den Titel seines Buches (das ein Register verdient hätte) Fin de Siècle wortwortlich. Mit dem Ende des Jahrhunderts gebt auch die Epoche neoliberaler Hegemonie ihrem Ende entgegen. Man muß nicht menetekeln, um die Unfähigkeit des Welt-Kapitalismus, mit seinen Antagonismen fertig zu werden, festzustellen. Sein Niedergang ist spürbar. Zu mildern, anch zu verzögern ist diese Dekadenz gewiß. Aufzuhalten ist sie nicht. "Die Erscheinung der décadence ist so notwendig, wie irgend ein Aufgang und Vorwärts des Lebens:

man hat es nicht im der Hand, sie abzuschaffen. Die Vernunft will umgekehrt, daß ihr Recbt wird." Der voranstebende Satz stammt nicht von Hegel und nicht von Marx. Er stammt von einem gewissen Nietzsche.

Hermann Klenner

Der "Wilde Kapitalismus" und seine Alternativen

Hermannus Pfeiffer: Der Kapitalismus frißt seine Kinder. Der Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft, Köln (PapyRossa-Verlag) 1997, 218 S., 28.- DM.

Seit 1995 wird in der Bundesrepublik eine Globalisierungs- und Standortdebatte geführt, die es in sich bat. Ihr Tenor: Zu hohe Löhne und ausgreifende Sozialsysteme, Innovationsblockaden und Überregulation hätten erstens den Standort Deutschland in der internationalen Konkurrenz zurückgeworfen. Diese Schwäche bedrohe zweitens akut die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und sei der entscheidende Grund für die grassierende Massenarbeitslosigkeit im Lande. Ein Ausweg aus dieser Malaise sei drittens insbesondere angesichts der fortgeschrittenen Globalisierung nur noch fiber Lohnzurückhaltung und Sozialabbau, Privatisierung und Deregulierung, die Zurücknahme gesellschaftlicher Partizipations- und Verteilungsansprüche zugunsten einer Entfesselung der Marktkräfte und Entlastung

der Unternehmen möglich. Obgleich zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen eher das Gegenteil nabelegen, gebört dieser angebotsorientierte Dreisatz mittlerweile zur Grundausstattung der öffentlichen Meinung über die Lage der deutschen Wirtschaft und die Zukunft der Industrie. Verwunderlich ist dies nicht: Gegenstimmen zu dieser neoliberalen Standortbestimmung, die über die engen Zirkel des fachwissenschaftlichen Disputes hinausreichten, sind bislang rar geblieben.

Umso wichtiger sind populär geschriebene Sachbücher, die in Auswertung vorhandener Materialien aus der wissenschaftlichen Forschung die gängigen Mythen und Legenden der Standort- und Globalisierungsdebatte zurechtrücken und damit zugleich einen größeren Leser(innen)kreis erreichen können. Nach dem lesenswerten Bestseller der Spiegel-Autoren Martin und Schumann zur "Globalisierungsfalle" (Rowohlt 1996) hat nun auch der Hamburger Publizist Hermannus Pfeiffer ein zwischen beispielhaften Erzählungen und barten Fakten changierendes, engagiert geschriebenes, Sachbuch zum Thema vorgelegt. Pfeiffer kommt nach Durchsicht neuerer empirischer Untersuchungen zu dem Schluß, daß (1.) die gängigen Wehklagen über eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und Standortschwäche Deutschlands weithin unbegründet sind, daß es sich (2.) bei der unterstellten Globalisierung um einen langfristigen Internationalisierungstrend handelt, der sich in den vergangenen Jahren

Rousseau, Kulturkritische und Politische Schriften, Bd. 2, Berlin 1989, S. 375. Vgl. auch Reimar Müller/H. Klenner, Geselischaftsvertragstheorien von der Antike bis zur Gegenwart, Berlin 1985.

Nietzsche, Werke (ed.: Schlechta), Bd. 3, München 1977, S. 779.

keineswegs dramatisch beschleunigt bat; und er vermag (3.) auf dieser Basis nach wie vor Handlungs- und Finanzierungsspielräume für eine alternative Wirtschaftspolitik zu erkeunen.

Gegen Pfeiffers Diagnose ist wenig vorzubringen:

(1.) Der Standort. Ähnlich wie die Spiegel-Autoren führt Pfeiffer zahlreiche Belege dafür an, daß es sich bei den Unternehmensklagen über den Standort Deutschland um kaum mehr als interessengeleitete Inszenierungen handelt: Deutschland ist nach wie vor Exportweltmeister and erzielt auch bei neuen Konkurrenten wie den asiatischen Tigerstaaten kontinuierlich Exportüberschüsse; Industrie, Banken und Versicherungen sind mit glänzenden Ertragslagen ausgestattet; die Wirtschaft ist in der Kohl-Ära steuerlich nachhaltig entlastet worden; die Lobnauote ist kontinuierlich gesunken; die realen Lobnstückkosten sind seit Beginn der achtziger Jahre gefallen und bewegen sich im unteren Mittelfeld der großen Industrienationen; die Sozialleistungen schließlich sind nicht explodiert. Massenarbeitslosigkeit ist keineswegs ein Problem der Angebotsbedingungen; sie ist eher das Ergebnis stagnierender Binnennachfrage, technischen Fortschritts und fehlender Strategien zur Nenverteilung eines insgesamt sinkenden gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens.

(2.) Die Globalisierung. Die deutsche Wirtschaft ist überdies - Pfeiffer greift bier vor allem auf Untersuchungen des Hamburger

HWWA-Instituts zurück - keines. wegs signifikant stärker in internationale Konkurrenz- und Wetthe. werbszusammenhänge eingebun. den als vor zehn Jahren. Die Internationalisierung der Handelsbeziehungen (Im- und Exporte) ist nicht sprunghaft angestiegen, konzen. triert sich auf die großen Industrieländer und wird geprägt von Verflechtungen innerhalb der großen Wirtschaftsregionen. Auch der überwiegende Teil der Direktinvestitionen fließt nach wie vor in europäische Länder (und nicht etwa in Billiglohnländer), dient dort vor allem der Markterschließung bzw -erweiterung und geht bislang kaum zu Lasten der inländischen Arbeitsplätze. Selbst die Massenmärkte für Finanzdienstleistungen und Versicherungen sind noch immer in beträchtlichem Maße national abgeschottet; lediglich die Finanzmärkte baben mittlerweile globalen Zuschnitt erlangt.

(3.) Die Politik. Die vielbeklagte neue Ohnmacht der Politik ist, auch darin sind sich die Spiegel-Autoren, Pfeiffer und der Rezensent einig, keineswegs bloßer Reflex globaler Handlungs- und Sachzwänge, sondern zu einem Gutteil hausgemacht: Die konservativen Regierungen baben in den vergangenen zwanzig Jahren mit ihrer Deregulierungs-, Liberalisierungsund Privatisierungspolitik eine aktive Rolle beim Abbau ibrer Regulierungsmöglichkeiten gespielt. Das unkontrollierte Eigenleben der internationalen Finanzmärkte wurde erst mit der politisch gewollten Aufhebung der festen Wechselkurse und dem Abbau von Kapital-

verkehrskontrollen ermöglicht. Mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen (wie z.B. der Telekom) hat die Politik ehenfalls Eingriffsmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Und selht die durch Staatsschulden und Haushaltsdefizite eingeschränkten Spielräume der Finanzpolitik hat der Staat zu einem Gutteil selhst zu verantworten: Sie ließen sich durch den Verzicht auf Steuergeschenke an die Unternehmen, die rigorose Bekämpfung von Steuerhinterziehung und flucht sowie durch eine Durchforstung des Suhventionsdschungels durchaus nachhaltig erweitern.

Pfeiffers Alternative zum "Wilden Kapitalismus" neoliberaler Prägung ist dessen staatliche Zügelung. seine diesbezügliche Wunschliste ist lang: Sie reicht von einer nachfrageorientierten, am nationalen hzw. europäischen Binnenmarkt ausgerichteten Wirtschaftsund Finanzpolitik und eine konzentrationsmindernde Wettbewerbspolitik über (allerdings vage bleibende) Forderungen nach einer "modernen Weltwährungsordnung" und einer "fairen Integration der 'Dritten' und 'Vierten' Welt in den Weltmarkt" his hin zur Aufwertung einer weltpohtischen Regulierungsinstanz, die der Internationalisierung der Ökonomie Paroli bieten könnte. Obgleich es für derartige Forderungskataloge gute Gründe giht (und die herrschende Politik keineswegs so alternativlos daherkommt, wie allerorten suggeriert wird), unterstellen sie (eher implizit als ausdrücklich) der staatlichen Politik eine Steuerungsfähigkeit, die sie selbst bei gutem Willen und besten Vorsätzen nicht zwangsläufig hat:

Erstens gibt es "den Staat" als homogenen Adressaten für Alternativen und als politisches Steuerungszentrum nicht mehr. Politik findet mittlerweile in einem ebenso komplexen wie heterogenen Mehrebenensystem aus lokalen (Bundesländer), nationalen, regionalen (EU) imd internationalen Regulierungsinstanzen statt, die sich über komplizierte Aushandlungsprozeduren zu verständigen haben - und sich nicht selten gegenseitig paralysieren. Forderungen an den Staat sind zum einen also zu differenzieren und müssen zum anderen auf anschlußfähige politische Strukturen treffen.

Zweitens verfügt die Politik nicht per se über eine höhere Regulierungskompetenz oder Rationalität als etwa der Markt. Die Geschichte (wirtschafts-)politischer Interventionen läßt sich in relevanten Teilen als eine Geschichte des Staatsversagens heschreiben - insbesondere dort, wo es um die Förderung von prestigeträchtigen, oft von weiten Teilen der Wirtschaft zunächst gar nicht gewollten Großprojekten (wie der bemannten Raumfahrt, der Atomenergie oder des Transrapid) geht. Politische Alternativen in der Sache müssen daher zum anderen mit Überlegungen zur Modernisierung. Effektivierung und (fachlichen) Kompetenzerweiterung politischer Institutionen, die deren Umsetzung zu tragen hätten, einhergehen, sollen sie nicht im Wunschdenken verhaftet hleiben.

Drittens schließlich versprechen Vorschläge einer Internationalisierung der Politik oft mehr, als sie zu halten in der Lage sind: Politikwissenschaftliche Analysen zeigen, daß der demokratisch legitimierte Gehalt politischer Entscheidungen mit der Entfernung der entscheidenden Instanzen vom Souverän sukzessive abnimmt - und der Einfluß mächtiger Lobbygruppen entsprechend aufgewertet wird. Gleichzeitig werden internationale politische Regulierungsstrukturen im Blick auf globale ökologische Probleme und internationale Wirtschaftsallerdings Währungsstrukturen dringlicher. Ob überhaupt und wie sie ausgestaltet werden könnten. ohne daß die demokratische Basis politischer Entscheidungsfindungsprozesse dabei ausgehöhlt wird, wäre schließlich ebenfalls zu beachten, wenn eine alternative Politik auch auf der internationalen Ebene angemahnt wird.

Kurzum: Wenn weitreichende Kataloge politischer Alternativvorstellungen aufgestellt werden, dann müssen sie mit konkreten Vorstellungen über anschlußfähige, kompetente und demokratisch legitimierte politische Regulierungsstrukturen und institutionelle Netzwerke unterfüttert werden und dürfen sich nicht im Verweis auf zu verändernde gesellschaftliche Kräfteverhältnisse erschöpfen. Daran hapert es (nicht nur) in Pfeiffers Ausführungen.

Der Wert des Pfeifferschen Buchs wird durch diesen Einwand allerdings kaum geschmalert: Es räumt gut lesbar mit einer Reihe von Standortmythen auf und sollte Eingang in die Auslagen der großen Buchhandlungen finden - zumal der harte Kern des Werkes umkränzt wird von zahlreichen Geschichten etwa zur Kommerzialisierung des Fußballsports und zur Konzentration auf dem Markt für Negerküsse, zur Verbreitung von Korruption und Steuerhinterziehung zur Rolle indischer Software-Entwickler auf dem Weltmarkt und zur Bankenmacht.

Ulrich Dolata

Die Folgen der Globalisierung

United Nations Conference on Trade and Development, Trade and Development Report, 1997, "Globalization, Distribution and Growth", United Nations Publication, Genf 1997, 195 Seiten.

Die im Jahre 1964 auf Drängen der Entwicklungsländer gegründete "Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung" (UNCTAD) sollte ein Gegengewicht gegen die von den Industrieländern dominierten Institutionen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welt-handelsorganisation (früher GATT, jetzt WTO) bilden. Als Unterorganisation der Vereinten Nationen gehören ihr die Mitglieder der UN-Vollversammlung an. Daher haben die Entwicklungsländer ein klares Übergewicht.

Von den Initiatoren aus der Dritten Welt war die UNCTAD ursprünglich als eine Struktur geplant, die die Grundsätze und Richtlinien für Fragen des internationalen Handels, der Entwicklungs- und Währungspolitik formuliert, welche von WF, Weltbank und GATT umgesetzt werden. Hintergrund bildeten die Bestrebungen der Entwicklungsländer zur Durchsetzung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Da die Empfehlungen der UNCTAD aber nicht verbindlich sind und diese auch über keine eigenen Instrumente zu deren Umsetzung verfügt, ist die Welthandelskonferenz selbst auf ihrem ureigenstem Feld, der Handelspolitik, ohne realen Einfluß geblieben.

Die zur Vorbereitung der jährlichen Sitzungen des Welthandelsund Entwicklungsrats, dem ständigen Organ der Konferenz, vorgelegten Jahresberichte sind gleichwohl interessante Beiträge zur Diskussion über Fragen der internationalen Entwicklung. Dies gilt um so mehr, als die UNCTAD nicht auf den internationalen "mainstream" neoliberaler Positionen eingeschwenkt ist. Die Jahresberichte können somit auch als theoretischer Kontrapunkt zum Weltentwicklungsbericht der Weltbank gelesen werden. Anders als z.B. im jährlichen Bericht zur menschlichen Entwicklung der Entwicklungsorganisation UNDP der Vereinten Nationen scheuen sich die Autoren nicht, klare theoretische Positionen einzunehmen.

Der im September 1997 der Öffentlichkeit vorgestellte jüngste Bericht widmet sich schwerpunktmäßig den Folgen der Globalisierung für die Einkommensverteilung in der Welt und für das Wirtschaftswachstum. Seit dem Beginn der

80er Jahre bemüht sich die Wirtschaftspolitik, die Marktkräfte zu entfesseln. Deregulierung der nationalen Märkte und ihre Öffnung der internatinnalen Konkurrenz gegenüber sind zu globalen Politiken geworden. Die "unsichtbare Hand" des Marktes operiert weltweit (S. IV).

Als Folgen stellt die UNCTAD eine zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen im Weltmaßstab fest und eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. Die zunehmende Einkommensungleichheit gilt sowohl im Verhältnis zwischen "Nord" und "Süd" als auch innerhalb der einzelnen Länder. Die Einkommensunterschiede haben zugenommen zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Kleinbauern und Händlern. Eine neue Klasse von Rentiers ist entstanden, die sich in manchen Entwicklungsländern bis zu 15 Prozent des Nationalprodukts in Form von arbeitslosen Zinseinkünften aneignet

Im Gegensatz zu den Annahmen der neoliberalen Theorie, die die Ungleichverteilung von Einkommen als Motor von Akkumulation und Wachstum ansieht, haben sich die Investitionstätigkeit und das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums global verlangsamt. Steigende Gewinne, stagnierende Investitionen, zunehmende Unterbeschäftigung und wachsende personelle Ungleichverteilung sind die empirischen Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Durchsetzung des marktradikalen Dogmas.

Der Bericht stellt hierzu umfangreiches empirisches Material zur Verftigung. Im Zusammenhang der Diskussion über Globalisierung ist vor allem interessant, daß von einer Konvergenz in Weltmaßstab nicht die Rede sem kann:

228

Eine gewisse Angleicbung der gesamtwirtschaftlichen Situation ist nur zwischen den entwickelten Industrieländern zu konstatieren. Dahei bat sich dieser Trend allerdings seit Mitte der 70er Jahre abgeschwächt.

Die Kluft innerbalb des Blocks der Entwicklungsländer Ist dagegen deutlich größer geworden. Dies trifft auch zu, wenn man vom Entwicklungserfolg einiger asiatischer Länder absieht. Asien ist eine Region, in der sich rasche Entwicklung und eine gewisse Tendenz zur Konvergenz durchzusetzen scheinen. Dagegen vergrößert sich in Lateinamerika die Polarisierung. In Afrika sind nur wenige Länder in der Lage gewesen, einen gewissen Entwicklungsfortschritt zu realisieren.

Auch innerhalb der einzelnen Länder ist die Tendenz zu mehr Einkommensungleichheit nachweisbar. Dabei sind die Einkommensunterschiede generell in den Transitionsökonomien Osteuropas noch am geringsten, gefolgt von den entwickelten Industrieländern umd schließlich von den Entwicklungsländern. Am krassesten sind die Einkommen in Lateinamerika polarisiert, während die Unterschiede in Asien am niedrigsten sind. So ist das Verhältnis der Einkommen zwischen dem reichsten und dem

ärmsten Fünftel der Gesellschaft in Lateinamerika 16:1, im subsaharischen Afrika 10:1 und in Südasien 5:1. Die Weltspitze der Ungleichheit nimmt Brasilien ein, wo das reichste Fünftel der Bevölkerung fast 60 Prozent der Einkommen monopolisiert.

In allen Regionen nimmt die Polarisierung zwischen Arm und Reich zu, die klassischen "Mittelklassen" schrumpfen.

Der Bericht versucht, den Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Entwicklungstempo empirisch zu untersuchen. Dabei sind die Ergebnisse sebr differenziert, die Zusammenhänge sind oft nicht eindeutig. Allerdings werden folgende Feststellungen als allgemeingültig angeseben:

Keines der erfolgreichen Länder Asiens (vor allem Japan und die neuen Industrieländer) hatte einen hoben Grad von Einkommensungleichheit:

Exportorientierung und Weltmarktintegration der nationalen Wirtschaftspolitik gehen micht einher mit mehr Einkommensgleichheit.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Bericht dem Zusammenhang zwischen Entwicklung und Handelshberalisierung. Dabei wird zunächst nochmals daran erinnert, daß den Entwicklungsländern zwar der völlige Abbau von Handelshemmnissen empfohlen wird bzw. vermittelt über den Druck von IWF und Weltbank - aufgezwungen wurde, während die entwickelten Industrieländer es keineswegs aufgegeben haben, die Produkte der Entwicklungsländer (insbesondere

Agrarprodukte und Textilien) handelspolitisch zu diskriminieren, Dies ist ein Dauerthema der UNCTAD-Berichte. Darüher hinaus wird vor einer unspezifischen Öffnung der Märkte gewarnt: "Die Erfahrung zeigt, daß nur eine sorgfältig gesteuerte Integration in den Weltmarkt erfolgreich sein kann." (S. 87) Dazu wird nochmals das Beispiel der erfolgreichen asiatischen Entwicklungsökonomien angeführt, die eine gezielte Exportorientierung mit dem Schutz einheimischer Wirtschaftszweige verbanden.

Als Ergehnis der Analysen der Folgen von Liberalisierung und Einkommensumverteilung zugunsten der Gewinne spricht der Bericht drei wirtschaftspolitische Empfehlungen aus:

- 1. Hohe Gewinne führen nicht automatisch zu mehr Investitionen: Notwendig seien einmal stahile Rahmenbedingungen wie sichere politische Verhältnisse und ein funktionierendes Rechtssystem. Zum anderen aher müssen die Investitionen gezielt wirtschaftspolitisch gefördert werden, eine Steuerung der privaten Investitionen sei notwendig.
- 2. Die Integratiun in den Weltmarkt sei unumgänglich, sie müsse aber politisch sorgfältig gesteuert werden. Es sei insbesondere darauf zu achten, daß die Weltmarktintegration die Entwicklung der Binnenmärkte fördert ("linkage") und dort Investitionen und technologische Höherentwicklung bewirke.

3. Notwendig sei eine gezielte Förderung der Beschäftigung. Es müsse inshesondere darauf geachtet werden, daß die Arbeitskräfte ausreichend qualifiziert sind. Steigende Qualifikation habe auch mit höheren Reallöhnen einherzugehen. Mit wirtschaftspolitischen Mitteln sei auf eine Verringerung der Einkommensunterschiede hinzuwirken. Vor allem der Luxuskonsum sei zugunsten der Investitionen zu bekämpfen.

Allgemeiner belegt der Bericht. daß die hloße Entfesselung der Marktkräfte keine ausreichende Wirtschaftspolitik darstellt und vor allem entwicklungspolitisch negative Effekte hat. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Weltwirtschaft, für die der Bericht umfangreiches empirisches Material bereitstellt, wird die Bedeutung einer adäquaten wirtschaftspolitischen Steuerung hervorgehohen. Eine effiziente Wirtschaftspolitik ist aher nur möglich, wenn die staatlichen Institutionen handlungsfähig sind. Bis zum Beginn der 90er Jahre hätte UNCTAD mit dieser Position ziemlich allein gestanden der "main stream" plädierte für einen minimalen, nur auf einige Kernfunktionen reduzierten Staat und die "Big-bang-Liheralisierung". d.h. die möglichst weitgehende Beseitigung jeder Porm staatlicher Regulierung.

Diese marktradikale Position scheint seit einigen Jahren aber wieder auf dem Rückzug zu sein, "das Pendel schwingt zurück" (so der bekannte britische Entwicklungsökonom H.W. Singer). Ein Anzeichen für diese 'Wiedererfindung' des Staates ist z.B. der diesjährige Weltentwicklungsbericht der Weltbank, der einleitend feststellt, daß die Handlungsfähigkeit und Effizienz des Staates das bestimmende Element für Entwicklung sei.

Es wird Zeit, daß sich diese Erkeuntnis auch in der realen Politik niederschlägt. Zu diesem Zweck ist es aber notwendig, daß IWF und Weltbank ihre Politik ändern. Vor allem müssen Konsequenzen aus der Tatsache gezogen werden, daß die unterschiedslose Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte negative Effekte in den Entwicklungsländern haben. Diesen muß die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Außenwirtschaft zu steuern. Die Erfahrungen zeigen zwar ebenfalls, daß dies keine Garantie für eine effiziente Politik ist. Aber noch weniger effizient ist der Verzicht auf Politik zugunsten der "unsichtbaren Hand" des Weltmarkts.

Jörg Goldberg

Europa auf dem Prüfstand

Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, Leske + Budrich, Opladen 1997, 375 S., 68,-DM. Wenn heute über Europa verhandelt wird, ist meistens von der Einführung des "Euro" und den daran geknüpften Voraussetzungen (den sog. "Konvergenzkriterien") sowie von der rechtlichen und politischen Ausgestaltung und Stellung

der künftigen europäischen Zentralbank die Rede. Das Projekt der europäischen Einigung ist spätestens seit Maastricht zu einer Domäne (Beute?) der Geld-, Finanzund Haushaltspolitiker geworden, deren ökonomisches Glaubensbekenntnis bei der Preisstabilität beginnt und bei der Rückführung der Staatsverschuldung endet und somit alle anderen Themen wirtschaftlicher Vernunft (von der Beschäftigungsförderung bis zu ökologischen Umbauprogrammen) mit einem Häresievorwurf belegt.

Zur kleinen Gemeinde der Ketzer gehört auch die Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) am Institut für Politikwissenschaft der Marburger Universität, die sich aus einer umfassenderen sozialwissenschaftlichen Perspektive "mit Problemen der ökonomischen Transnationalisierung vor allem im Rahmen der Europäischen Union - und ihren Wirkungen auf die Politik" befaßt (7). Im Zentrum der zahlreich erscheinenden Forschungsberichte (die als FEG-"Studien" bzw. "Arbeitspapiere" firmieren) und der Buchund Zeitschriftenveröffentlichungen der Gruppenmitglieder - erfreulicherweise immer wieder neue. iunge Nachwuchswissenschaftler/ innen - steht die Analyse der realen ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungsdynamik in den Ländern der EU seit dem offenbar unwiderruflichen Ende der Nachkriegsprosperität. Die vorliegende Studie knupft an Arbeiten an, die sich in vergleichender Absicht mit Problemen der Arbeitsbeziehungen, der Gestaltung betrieblicher

Arrangements, dem Bedeutungsverlust von Gewerkschaften und der Flexibilisierung von Arbeitszeitregelungen beschäftigt hatten. Dabei waren eine zunehmende "Konvergenz von Problemlagen" und eine gleichgerichtete, wenn auch unterschiedlich starke Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals festgestellt worden. letzt ging es um die Frage nach der Konvergenz nationaler Politikmuster im Bereich der Arbeitsmarktund Wohlfahrtsregime" (8), d.h. um die Frage, ob und in welcher Form und Geschwindigkeit angesichts ähnlicher Problemkonstellationen (Massenarbeitslosigkeit, soziale Segmentierung, Krise der Staatsfinanzen u.ä.) in tendenziell allen EU-Mitgliedsstaaten sich auch deren nationale sozialpolitische Systeme und Interventionsinstrumente aufeinander zubewegen. Die neun Länder, an deren Situation die "Konvergenzfrage" in umfangreichen Länderstudien empirisch überprüft wird, sind Großbritannien ("Das Ende der 'konservativen Revolution", Rolf Schmucker), Frankreich ("Schlanke Marianne?", Jochen Steinhilber); Österreich ("Zwischen Transformation und Kontinuität". Markus Schröder). die Niederlande ("Industrieller Aufstieg und tertiärer Niedergang", Nicole Hannemann), Schweden ("Luxussanierung 'Volksdes heims'?", Kai Michelsen), Finnland ("Schlankheitskur nach den fetten Jahren?", Jussi Noponen/Sven Klöer), Irland ("Angebotskorporatistische' Modernisierung", Andreas Aust). Spanien ("Arbeits-

markt und Sozialpolitik im 'postautoritären Wohlfahrtsstaat", Stephan Lessenich) und Griechenland ("Vom Etatismus zur Privatisierung", Margund Zetzmann). Daß ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland in diesem Konzert fehlt, ist bedauerlich. Die von den Herausgebern vorgebrachte Erklärung, die Problemlage in Deutschland unterscheide sich nicht grundlegend von der anderer Länder, außerdem könne auf eine reiche Forschungsliteratur verwiesen werden (11), stellt mich nicht zufrieden. Mit derselben Begründung hätte man schließlich auch noch eine Handvoll anderer Länder au-Ben vor lassen können!

In einem umfassenden einleitenden Beitrag von Hans-Jürgen Bieling (S. 17-51) werden das theoretische Konzept und der kategoriale Rahmen für die nachfolgenden Länderstudien entfaltet. Ausgangspunkt ist der in den 70er Jahren einsetzende "Formationsbruch" vom Fordismus zum Postfordimus. Danach war der fordistische "Wohlfahrtsstaat", der in den 60er Jahren europaweit seine Blüte erreicht hatte, sowohl in der Produktion als auch in der Konsumtion auf Schranken gesto-Ben, die sich durch den Einsatz nationaler Strategien der Krisentiberwindung nur noch sehr schwer und vorübergehend öffnen ließen. Waren die 70er Jahre und die beginnenden 80er Jahre noch durch den Wettstreit verschiedener wirtschaftspolitischer Regulierungsmethoden gekennzeichnet (es ging, verkürzt gesagt, um angebots- oder nachfrageorientierte Strategien), so setzte sich im Lauf der 80er Jahre

immer mehr die angebotsorientierte, neoliherale Markt- und Stahilitätspolitik durch (24). Sie sei zwar in der Lage, die "technologische Innovation und Rationalisierung der Ökonomie" zu fördern, versage aber gegenüber dem "sozialen und ökologischen Prohlemstau" (25). Der soziale Prohlemstau - von ihm allein ist in dem Bnch die Rede, ökologische Aspekte hleihen vollständig ausgeklammert - manifestiert sich in der tiefgehenden Krise des Arheitsmarkts: Verfestigung der Massenerwerbslosigkeit, Anwachsen sog. "atypischer" Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, Leiharbeit, hefristete Arheitsverhältnisse, Scheinselbständigkeit), Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit, Benachteiligung bestimmter Arbeitsmarktsegmente (Frauen, Alte, Jugendliche, Migranten usw.) und Vertiefung regionaler Disparitaten (z.B. sog. "Blaue Banane" und "Sunbelt" auf der einen, der Sonnenseite, Süditalien oder Andalusien auf der Schattenseite) (25f.). Gleichzeitig erodieren die "keynesianischen Institutionen und Regulationsformen", die zuvor in allen EU-Ländern auf Vollbeschäftigung und eine tendenziell "universalistische" soziale "Inklusion" der Bevölkerung abgezielt hatten. Somit wird die "schwindende soziale Kohäsion (...) zum prägenden Charakteristikum der 'postfordistischen" Vergesellschaftung." (27)

Inwieweit in diesem Prozeß nationale Besonderheiten und unterschiedliche Entwicklungspfade, d.h. länderspezifische "Muster der wohlfahrtsstaatlichen Regulation" zum

Tragen kommen, ist eine zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit. Bieling und alle Verfasser der Länderstudien gehen von der Regime-Typologie von Gosta Esping-Andersen aus, der den europäischen Wohlfahrtskapitalismus in drei "Welten" unterteilt: die "sozialdemokratische Welt" Skandinaviens (Prototyp Schweden, hierza zählt in den Länderanalysen auch Finnland), das "liherale" Regime im angelsächsischen Raum (Großhritannien) sowie das konservativkorporatistische Regime Kontinentalwesteuropas (Prototyp Österreich, Frankreich). Da diese Typologiebildung noch nicht die ganze Vielfalt der kapitalistischen Welt erfaßt, haben die Autoren im Anschluß an Stephan Lessenich (der im Band die Länderstudie zu Spanien beigesteuert hat) als vierten Typus den des "postautoritären" Wohlfahrtsstaats eingeführt (neben Spanien noch Griechenland). Trotz dieser Erweiterung sind die Niederlande und Irland immer noch nicht so recht unterzuhringen. N. Hannemann widerspricht ausdrücklich der Esping-Andersen' schen Zuordnung der Niederlande zu den "korporatistischen Wohlfahrtsregimen" (18) und rückt das Land wohl eher in die Nähe des "sozialdemokratischen" Typs. Noch mehr scheint sich Irland irgend einer Typisierung zu entziehen: A. Aust zeichnet das Bild einer stark "polarisierten Gesellschaft", deren wirtschaftliche Modernisierung hisher in hohem Maße von Strukturfondsinterventionen der Europäischen Kommission ahhängig war und dessen Zukunft aus einer

Kombination verschiedener Modellyarianten bestehen dürfte (275f.). Interessanterweise sind diese Modelltypen (Aust spricht von der "koreanischen", "amerikanischen", "schwedischen" nnd "klassisch irischen" Variante) einer anderen Kategorisierung entnommen. Alle Länderstudien folgen einem vorgegebenen inhaltlichen Strukturierungsprinzip. Um die Differenzierung und Zuordnung der Staaten nach den genannten Regime-Typen vornehmen zu können, werden jeweils zumindest drei Kriterien angelegt: Erstens das "Zusammenspiel der drei Versorgungsinstitutionen Markt, Staat und Familie", zweitens "das Ausmaß sozialpolitisch gewährter 'Dekommodifizierung' der Arbeitskraft, d.h. die Oualität und Reichweite der sozialen Rechte unabhängig von der vorherigen Erwerbsarbeit", und drittens die besondere Art und Weise, durch die soziale Ungleichheitsstrukturen durch regimespezifische Interventionen verhindert (...) oder auch bervorgerufen und reproduziert werden" (32). Es wird aber auch klargestellt, daß die länderspezifischen Strukturierungsmuster "Resultat von historischinstitutionellen Erbschaften" sind. von "politischen Kräfteverhältnissen und Bündniskonstellationen sowie des Verlaufs und Ausgangs sozialer Konflikte" (33). Was die Länderanalysen - und zwar ohne Ausnahme - so lesenswert und spannend macht, ist gerade die gelungene Verschmelzung der ökonomischen Entwicklung mit der politischen Geschichte und der besonderen Kultur der Klassenbeziehungen in den jeweiligen Ländern.

Dennoch fallen ein paar Inkonsequenzen auf, die bätten vermieden werden können. Dem inhaltlich ähnlichen Strukturierungsprinzip der Länderstudien hätte auch eine ähnliche formale Gliederung der Beiträge gut zu Gesicht gestanden nicht um uniforme Berichte zu haben, sondern um dem Leser/der Leserin die Vergleichsarbeit zwischen den Ländern zu erleichtern. Dies trifft auch auf die Verarbeitung des statistischen Ausgangsmaterials zu. Insbesondere bei den verwendeten ökonomischen Kennziffern berrscht ziemliche Willkür. Manche Autoren bemühen sich, die ökonomische Entwicklung ihrer Länder mit Hilfe einer Reihe einschlägiger Datenreihen und Tabellen nachzuzeichnen (besonders gut scheint mir das von N. Hannemann. K. Michelsen und A. Aust gelöst worden zu sein), während in anderen Fällen recht selektiv vorgegangen wird. Dem Frankreich-Beitrag (J. Steinhilber) fehlen z.B. tabellarische Übersichten über das Wirtschaftswachstum und die sektorale Wirtschaftsstruktur (nach BIP-Anteilen), weiteren Beiträgen fehlen detailliertere Angaben über die Betriegsgrößenstruktur der Industrie, über die Investitionsentwicklung (im Inland) sowie die ausländischen Direktinvestitionen oder über die Leistungsbilanz. Auch wenn ökonomische oder sozialstrukturelle Daten eines Landes mit denen anderer Länder verglichen werden, geschiebt dies eher zufällig denn systematisch. Relativ nicbtssagend (teilweise sogar irreführend) sind die Vergleiche nationaler Daten mit dem Durchschnitt aller OECD-Länder, wozu nicht nur die EU-Staaten, sondern etwa auch die Türkei und eine Reihe außereuropäischer Staaten (z.B. USA, Japan, Australien, Mexiko) gebören. Aussagekräftiger sind Vergleiche mit Vergleichbarem, in unserem Fall also mit den EU-Staaten. Daß die Daten verfügbar sind, hat K. Michelsen in seinem Länderbericht demonstriert.

Diese Einwände verblassen allerdings, wenn man sich die ausgesprochen informativen und detailgenauen Schilderungen über die sich ausdifferenzierenden Arbeitsmärkte, insbesondere die "atypischen Beschäftigungsverbältnisse" ansiebt. Hier und in den ebenfalls zentralen Abschnitten über die jeweilige Struktur und Funktionsweise wohlfahrtsstaatlicher Systeme bzw. Einrichtungen offenbart sich die ganze Dynamik des gegenwärtigen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Umbruchprozesses. Der "wohlfahrtsstaatliche 'Roll-back'-Prozeß" vollziebt sich in allen untersuchten Ländern. Damit ist die eingangs von den Herausgebern gestellte Frage nach der Konvergenz der sozialpolitischen Systeme insoweit beiaht. Die Entwicklung führt gleichwohl nicht zu einer Aushebelung des "woblfahrtsstaatlichen Regulierungsgefüges" und nur partiell zu einer Angleichung der nationalen sozialen Sicherungssysteme - so resumiert H.-J. Bieling die Länderanalysen in seinem abschließenden Beitrag (351ff.). Die "Trägbeit" der tradierten Regimestrukturen verhindert dies ebenso

wie der noch vorbandene soziale und politische Widerstand (353). Dennoch stebt in allen Ländern die Transformation der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme auf der Tagesordnung. Die Regimetypen unterscheiden sich im wesentlichen nur noch hinsichtlich des Tempos dieses Prozesses (vgl. 367ff.).

Alternativen zu dieser Entwicklung sind kaum in Sicht. In den Länderstudien spielen soziale Akteure eine zum Teil große Rolle bei der Darstellung des historischen Entwicklungsprozesses, also etwa bei der Durchsetzung bestimmter arbeitspolitischer sozial- und Arrangements. Bei der Diskussion der künftigen Perspektiven kommen sie entweder gar nicht vor oder ihnen wird keine strukturbildende Rolle mehr zugetraut. So reduzieren sich die "Alternativen" entweder auf die Spielarten der berrschenden politischen Klassen (z.B. Länderbericht Großbritannien), auf die Programme der institutionalisierten Sozialpartner (Österreich) oder sie bleiben in va-Andeutungen stecken (Frankreich). Auch H.-J. Bieling bleibt in seinem Ausblick allzu unbestimmt, wenn er für die Erosion des Woblfahrtsstaats hauptursächlich die "Arbeits-gesellschaft" verantwortlich macht, und zwar nicht die kapitalistische Arbeitsgesellschaft mit den ihr innewohnenden Widersprüchen und Unvereinbarkeiten, sondern ein - ich möchte sagen: formationsunspezifisches -"produktivistisches, wachstumsfixiertes, ökologieblindes und patriborniertes Arbeitsverarchal

ständnis" (371). Sein Plädoyer für "alternative Sinnstiftungen und sozialintegrative Regulierungsansätze. die sich dem Mytbos der industriell-patriarchalen Erwerbsarbeit nicht fügen", beschränkt sich auf diesen und auf einen weiteren Satz, in dem vom "Umbau und der neuartigen Verzahnung von Arheitsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat" als wesentlichen "Anknüpfungspunkte(n) für die Thematisierung eines alternativen Gesellschaftsmodells" (371) die Rede ist. Daran wird zu arbeiten sein. Die theoretischen Überlegungen und die empirischen Analysen des vorliegenden Bandes bieten dazu eine hervorragende Grundlage.

Peter Strutynski

Die Kehrseite der "modernen" Türkei

Kahraman Gündüzkanat: Die Rolle des Bildungswesens beim Demokratisierungsprozeß in der Türkei unter besonderer Berücksichtigung der Dimli- (Kırmanc-, Zaza-) Ethnizität, LIT Verlag, Münster 1997 (Soziale Ungleichheit und Benachteiligung; 6), 238 Seiten, 48,80 DM.

Wenn beute in den hiesigen Medien von der Türkei die Rede ist, so geht es fast durchweg um den Konflikt zwischen dem aufbegehrenden Islamismus und den Verteidigern der auf Kemal Atatürk zurückgehenden "modernen", laizistischen, demokratischen, westlich orientierten Turkei.

Für Demokraten ist die Parteilicbkeit klar; ein Korrespondent der

Frankfurter Rundschau nannte unlängst die Gründung der türkischen Republik durch Atatürk "eine der größten friedlichen Visionen dieses Jahrbunderts" (Gerd Höbler, "Europa und die Türken". FR vom 29.3. 1997, S. 3), die es zu verteidigen gelte. Der konstitutionell unfriedliche Charakter dieses kemalistischen Staates war in den letzten Jahren der westlichen Öffentlichkeit anhand der Kurdenproblematik durchaus bekannt geworden, aber dieses Thema scheint in hiesigen Redaktionsstuben im Moment vom Tisch. Daß der ethnische Konflikt in Ostanatolien jedoch mehr als bloß eine Kurdenfrage darstellt, da dort weitere eigenständige Bevölkerungsgruppen leben, deren Existenz die türkische Staatsdoktrin nicht anerkennt und die, wenn sie sich nicht bedingungslos assimilieren, entsprechend behandelt werden, ist weitgebend unbekannt.

Kahraman Gündüzkanat ist Angeböriger der Dimli- oder Zaza-Ethnizität, die im ostanatolischen Dersim-Gebiet ansässig ist; zu ihr gebören schätzungsweise fünf Millionen Menschen. Gündüzkanat, der seit 1981 in Deutschland lebt, bat nun eine außerordentlich gehaltvolle und informative Studie über die Situation der Dimli/Zaza vorgelegt. Das Buch ist als Dissertation im Fach Erziehungswissenschaften entstanden; für die Buchbandelsausgabe wäre die Ersetzung des akademisch-sperrigen Titels durch einen etwas eingängigeren sicher von Vorteil gewesen. Das Buch beschäftigt sich vor allem mit der Funktion des Bildungswesens

als Träger des türkischen Nationalismus und erörtert die Möglichkeit emanzipativer pädagogischer Reformkonzepte; gleichwohl ist es aber mehr als ein Fachbuch für Erziehungswissenschaftler. Es giht einen umfassenden Überblick über die Geschichte des Dersim-Landes. die traditionelle Sozialstruktur und Lebensweise, Sprache und Religion seiner Bewohner, ihren Widerstand gegen die türkische Herrschaft und die Zerstörung der traditionellen Strukturen durch die von der Türkei betriebene "Modernisierung" des als "unzivilisiert" und "kulturlos" geltenden Dersim-Gehiets.

Bei den Dimli handelt es sich um die Sprecherinnen und Sprecher des Dimilki- oder Zazaki-Idioms, einer dem Kurdischen verwandten, iedoch eigenständigen westiramschindogermanischen Sprache, die in der heutigen Türkei nicht in der Öffentlichkeit gesprochen werden darf. Das Dimilki ist rein mündlich überliefert: die Dimli waren überwiegend Analphaheten, nur wenige Gelehrte beherrschten die arabische Sprache und Schrift. Bemühungen um die Entwicklung einer Dimilki-Schriftsprache und die Aufzeichnung der Dimli-Traditionen erfolgen erst seit etwa zwanzig Jahren durch im Exil lehende Dimli; die Verschriftlichung soll die "herrschaftsferne", nämlich niemals in ihrer Geschichte staatstragend gewesene Dimilki-Sprache vor dem Aussterhen hewahren.

Knapp zwei Drittel der Dimli sind auch in religiöser Hinsicht in der islamisch geprägten Türkei Angehörige einer Minderheit: sie bekennen sich zum Alevismus, der Ele-

mente des Islams, des Christentume und alter Naturreligionen unter einer ausgesprochen humanistischen Akzentsetzung vereint. Im Alevis. mus steht im Grunde nicht Gott sondern der Mensch im Mittel. punkt; im religiösen Kult werden Symbole für die Würde des Menschen verehrt. Eine schriftlose Kultur hat hier eine erstaunliche Antizipation der Feuerbachschen Religionskritik geleistet. Aleviten gibt es in der Region auch unter Türken und Kurden; jedoch sind die Dimli die einzige ethnische Gruppe, die mehrheitlich den Alevismus praktiziert, während eine Minderheit sich im Laufe der Jahrhunderte dem sunnitischen Islam angeschlossen hat. Einem Islamisierungsdruck sind die Aleviten auch in der angehlich laizistischen türkischen Republik ausgesetzt, in der der Alevismus vom Staat nicht anerkannt wird: in den Schulen werden alevitische Kinder zum Besuch des sunnitisch-islamischen Religionsunterrichts gezwungen. Der seit ieher "aufgeklärten" Haltimg der Aleviten entspricht eine weitgehend egalitäre, hierarchiefreie, basisdemokratische Lebensform, heruhend auf dem Gemeineigentum an Grund und Boden.

Zweifellos hängt es mit diesen Traditionen zusammen, daß Aleviten und Dimli heute in weiten Teilen den aktiven Kern der nicht-staatstragenden türkischen Linken bilden; einige Organisationen werden durchweg von Dimli dominiert. Allerdings handelt es sich hier vorwiegend um orthodox-kommunistische Gruppierungen stalinistischmaoistischer Prägung, etwa die na-

hezu ausschließlich aus Dimli beetchende, in letzter Zeit mehrfach gespaltene TKP/ML, deren Verständnis von Internationalismus für Minderheitenproblematiken die in Dersim gegebene keinen Raum läßt; die orthodoxen Marxisten-Leninisten aus Dersim verstehen sich als türkische revolutionäre Internationalisten und lehnen ein Streben nach Autonomie für die Dimli als "Nationalismus" ab. Auch die meisten Dimli-Intellektuellen. zu deren prominentesten etwa der sozialkritische Filmemacher Yilmaz Güney gehörte, haben sich weitgehend der türkischen Kultur assimiliert und bedienen sich ausschließlich der türkischen Sprache. Ansätze zur politischen Formierung einer undogmatischen Linken, die für eine Autonomie des Dersim-Gebiets eintritt, sind erst in jüngster Zeit zu heohachten. Unlängst wurde eine Sozialistische Partei Dersims gegründet.

Die Türken waren im Mittelalter aus Zentralasien auf die anatolische Halbinsel eingewandert und hatten dort das Osmanische Reich errichtet, das im Laufe der Jahrhunderte durch Eroberungen eine Ausdehnung erlangte, die ungefähr dem alten byzantinischen Reich entsprach. Den unterworfenen Völkern wurden relativ weitgehende Autonomierechte gewährt: Priorität hatte das Eintreiben von Steuern. wohingegen die Sprache, Kultur und Religion der beherrschten Völker einigermaßen helanglos waren. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts schrumpfte das Osmanische Reich infolge der Unahhängigkeitsbewegungen diverser

Völker mehr und mehr zusammen; auch in Dersim gab es Dimli-Aufstände, die jedoch niedergeschlagen wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Türkei von den europäischen Siegermächten ihr heutiges Staatsgebiet zugebilligt; auf diesem Territorium leben neben Türken Kurden, Dimli, Lazen, Armenier. Tscherkessen und andere Volksgruppen. Die Gründung der türkischen Republik durch Atatürk war nun gleichbedeutend mit der Aufgabe, diesen Restbestand des Osmanischen Reiches in einen modernen Nationalstaat umzuwandeln. Während die Sultansherrschaft auf Verhältnissen bloß äußerer Unterwerfung beruht hatte, bedarf die moderne demokratische Republik der Fiktion eines souveränen Volkes, aus dessen freiem Willen sie hervorgegangen sein soll. Im Falle der Türkei war und ist das zur Konstruktion eines Staatsvolkes erforderliche Ausmaß an Gewalt besonders augenfällig. Gemäß der kemalistischen Doktrin sind alle türkischen Staatsangehörigen per definitionem Türken. Eine Besonderheit von Kurden und Dimli wurde lange Zeit nur in der Bezeichnung "Bergtürken" zum Ausdruck gebracht, bei denen es sich um einen ziemlich unzivilisierten Menschenschlag handeln sollte. Ein verdecktes Eingeständnis der Existenz anderer Volksgruppen konnten die Ideologen im Umkreis Atatürks wohl nicht immer ganz vermeiden; die daraus gezogene Konsequenz lautete stets: Assimilation oder hrutale Unterdrückung. Gündüzkanat zeigt die Ambivalenzen der in diesen Kreisen vertretenen Auffassungen auf: Einerseits wurde die türkische Nation nicht über die Abstammung, sondern über "Kultur" und "Zivilisation" definiert: andererseits waren zugleich bei den Ideologen der türkischen Staatsgründung kraß völkisch-rassistische Einstellungen virulent. Es wurde versucht zu zeigen, daß die Türken indogermanischer und die "Bergtürken" türkischer Abstammung seien. Im übrigen sind es in der Türkei heute vor allem Angehörige der Unterschichten, die hinter vorgehaltener Hand recht genau über die verschiedenen ethnischen Gruppen umd ihre Siedlungsgebiete Bescheid wissen, deren Existenz hingegen gerade von gebildeteren Türken zumeist bestritten wird. Als staatliche, auf Staatsdoktrinen gebaute, verwandelt Bildung sich in ihr Gegenteil.

Was Gündüzkanat dieser Unterdrückung entgegenhält, ist kein "Befreiungsnationalismus", wie ihn die militanten kurdischen Organisationen vertreten. Ein solcher kommt einfach schon deshalb nicht in Frage, weil der von der Türkei ausgehende Assimilationsdruck die Unterschiede zwischen Dimli, Kurden und Türken fließend gemacht hat, ohne doch die Substanz der Dimli-Traditionen ganz zerstören zu können: auch sind die Siedlungsgebiete der Dimli eng mit kurdischen verzahnt. Umgangssprachlich wird beispielsweise für die Dersimer Aleviten die Bezeichnung "Kizıloac" verwendet, die sich auf Dimli, Kurden und Türken gleichermaßen bezieht. Die kurdischen Organisationen wiederum bestreiten ihrerseits die Eigenständigkeit

der Dimli, indem sie diese als Untergruppe der Kurden und die Dimilki-Sprache als kurdischen Dialekt bezeichnen, obgleich kurdische und Dimilki-Sprecher einander nicht oder kaum verstehen. Tat. sächlich sind Kurden und Dimli von Historikern. Ethnologen Sprachwissenschaftlern oft vermengt worden; einige große Rebellionen, die in der Geschichtsschreibung meist als "Kurdenaufstände" bezeichnet werden, waren in Wirk. lichkeit Erhebungen der Dimli-Viele Dimli bezeichnen sich nach außen als den Kurden zugehörig. wehren sich aber zugleich gegen kurdische Vereinnahmungsversuche. Aus der multiplen Konstellation ethnisch-sprachlicher und religiöser Gruppen in der Dersim-Region, der Koexistenz von Türken. Kurden und Dimli, unter denen sich ieweils islamische und alevitische Gruppen befinden, leitet Gündüzkanat ein vor allem an der "Befreiungspädagogik" des Brasilianers Paulo Freire wie an der bereits in den vierziger Jahren von dem türkischen Reformpädagogen Tongue formulierten Konzeption der "Dorfinstitute" orientiertes Programm "interkultureller Erziehung" ab, das auf einen reflektierten Umgang mit traditionalen "Identitäten" zielt. Dazu gehört: bilinguale Erziehung in Dimilki- und türkischer Sprache, Information über alevitische und islamische Traditionen.

Gündüzkanat zeigt, daß der türkische Staat zur Zerstörung von Dimli-Traditionen komplementär einerseits türkisch-nationalistische Indoktrination, andererseits die Berieselung mit amerikanischer Po-

pulärkultur einsetzt. Stellenweise könnte hier der Verdacht aufkommen, die Darstellung des Autors impliziere eine antiwestliche Kulturkritik. Diese ist der Substanz nach nicht intendiert. Es wäre allerdings von Interesse, die Wirkungsweise "türkisch-islamischer" und "westlich-amerikanischer" ideologischer Effekte genauer zu beleuchten; sicher verhalten sich beide zueinander nicht widerspruchsfrei und könnten in ihrer Konfrontation Reflexionspotentiale freisetzen.

Gündüzkanat weiß natürlich, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Aussichten auf eine Umsetzung seiner Reformkonzepte gleich null sind. Entwicklungen wie der israelisch-palästinensische Friedensprozeß bestärken ihn gleichwohl in der Hoffnung, daß Vergleichbares eines Tages in der Türkei auf die Tagesordnung gelangen könnte. Einstweilen ist sein Buch zunächst als Beitrag zur Förderung eines Verständigungsprozesses unter den im Exil lebenden Dimli und zur Information der europäischen Öffentlichkeit gedacht. In diesem Sinne ist ihm weite Verbreitung zu wünschen.

Henning Böke



Nr. 4/96 AUSGEHUNGERT; KONTROLLIERT; PRIVATISIERT

Universitäten im Osten

Analysen aus Rußland, Slowakei, Polen, Serbien. Ungara, BiH und der Ex-DDR. Dossier: Neofaschismus in Ostdeutschland.

Nr. 1/97 ENDLICH FREI - UNO ARBEITSLOS?

Jugend Im Osten

Analysen aus Rußland, Slowakei, Polen, Kroatien, Bulgarien. *Dossier*: Multikulturelles Litauen.

Nr. 2/97 (ÜBER)LEBEN IN DER

MARKTWIRTSCHAFT
Die triste Begieitmusik zur
Transformation

Analysen aus Rußland, Slowakei, Polen, Tschechien, Rumänien. Dossier: Parteien und Nation in der Slowakei.

Nr. 3/97

NATIONALE MINOER-HEITEN IN OSTEUROPA

Analysen aus Rußland, Poten, Stowakei, Rumänien, Moldawien, Kroatien. Dossier: Ethnische Säuberungen in der Krajina.

Nr. 4/97

EU-OSTERWEITERUNG

(erscheint Ende Dezember 1997)

Bestellungen, Probeexemplar, Inhaltsverzeichnisse: Ost-West-Gegeninformationen c/o Dezentrale f. Alternativen. Prokopig. 2/1. A-8010 Graz, Österreich. Fax: 0043/316/810594 Preis: 65 50- (inkl. Porto/Heft) Umfans: 48-56 Seiten

Weder Glut noch Asche

Probleme einer Geschichtsschreibung der Autonomen oder: Neue Bücher über die Autonomen

Im der ersten Hälfte des Jahres 1997 erschienen drei Bücher, die alle "die Autonnmen" zum Inhalt haben. Da sie aus der schwer zugänglichen "grauen" Literatur von Autonomen herausragen, dürften sie das Bild der Autonomen als politisch-kultureller Bewegung in der interessierten Öffentlichkeit und in der Forschung zu den neuen sozialen Bewegungen micht unwesentlich beeinflussen. Schon aus diesem Grund und dem weit wichtigeren der politischen Auseinandersetzung mit dieser Bewegung ist eine kritische Beschäftigung mit diesen Büchern angezeigt.

In unterschiedlicher Weise behandeln die Veröffentlichungen die Autonomen als - und hier fangen die Probleme auch schon an, als was eigentlich? Als wichtigsten Bestandteil außerparlamentarischer Politik der 80er Jahre? Als eine an ihr Ende gekommene soziale Bewegung? Als linksradikalen politischen Widerstand, dessen Ende

schon oft konstatiert wurde (das erste Mal 1981/82), der aber, dank seines kulturellen "Unterbaus" das Ende der neuen sozialen Bewegun. gen überleben wird bzw. überlebte? Bei dem erstgenannten Titel bandelt es sich um die Dokumen. tation des Autonomie-Kongresses der 1995 in Berlin stattfand.2 Bei diesem bundesweiten Treffen der radikalen undogmatischen Linken sollte es vorrangig um das "Innenleben" der autonomen Bewegung gehen. Die von der Kongreßvorbereitungsgruppe berausgegebene Dokumentation bat keinen Komplettbeitsanspruch. versammelt aber das Protokoll der Auftaktveranstaltung und die wichtigsten Papiere des Kongresses und seiner Vorbereitung, Hervorzuheben sind die Beiträge zur Diskussion um die Vorstellungen von Militanz und Organisierung, die sehr scharfe Kongreß-Kritik einiger Hamburger Feministinnen und der Beitrag zum Verbältnis von Spaß und Politik, die alle die Debatten der radikalen Linken auf den Punkt bringen. Kritik gab es beim Kongreß von "Ost-" an "West"autonomen, von jungen an Altautonomen, von Frauen an Männern, nicht zuletzt wurde das Fehlen von nichtdeutschen Menschen bemängelt. Die Vielfältigkeit der mittlerweile recht ausdifferenzierten (um nicht zu sagen: atomisierten) autonomen Bewegungen wird in der Dokumentation zwar genannt, aber nicht in der vielleicht gebotenen Schärfe. Eine Dokumen-

tation der Presseresonanz und der in der autonomen Bewegung selber schließt den Band ab.

pie Kongreßvorbereitungsgruppe enthält sich einer direkten politischen Bewertung des Kongresses und seines Nachlaufes. Sie simuliert sich stattdessen als ideellen Gesamt-Autonomen Kreuzberger Prägung; als Teil der, so könnte man es nennen, autonomen Autonomen. die nach links (gegen die Antinationalen, gegen die Theoriefraktion allgemem) und rechts (gegen die traditionalistische Antifaschistische Organisierung) Kritik austeilt, ohne das eigene Politikverständnis zu reflektieren oder Vorschläge zu machen.

Thomas Schultz und Almut Gross legen in ihrem aus einer üherarbeiteten und aktualisierten politikwissenschaftlichen Diplomarheit entstandenen Buch einen Ahriß der Geschichte der autonomen Bewegung, der Entwicklung ihrer Theorie und Praxis und einen kleineren Abschnitt zur autonomen Frauenund Lesbenbewegung vor. Eingeleitet wird der Text, bei einer akademischen Arbeit wohl unvermeidlich, mit einem theoretischen Teil, der die neuen sozialen Bewegungen regulationstheoretisch aus der Krise des fordistischen 'Modells Dentschland' ableitet. Dann werden die Autonomen organisationsund ideengeschichtlich und der operaistische Ansatz von Zeitschriften wie Autonomie (Nene Folge) and wildcat kritisch diskutiert. Hervorhebenswert an dem Band ist, daß große Teile autonomer Theorie abgedeckt und in ihrer historischen Herausbildung unter-

sucht werden. Das suhjektivistische Politikverständnis von Autonomen wird deutlich, ferner werden, wenn auch nicht lückenlos oder fehlerfrei, empirische Daten zu bestimmten Ereignissen, wie etwa großen Demonstrationen oder Kongressen, geliefert. Die beiden AutorInnen analysieren auch konstitutive Merkmale autonomer Politik (Identität, Militanz) und ihre Erweiterungen (Böndnispolitik, Patriarchatskritik, Triple oppression) und ihre Amhivalenzen, etwa in Bezug auf Organisation. Interessant ist, daß die AutorInnen zur IIhistration ihrer Darstellung der Autonomen Zitate einstreuen, die aus Texten aus heutigen Tagen stammen könnten. Sie sind aber aus den frühen 80er Jahren und beweisen, daß die heute geäußerten Kritiken und Selbstanalysen die autonome Bewegung schon immer begleitet haben.

"Glut und Asche" ist die dritte Veröffentlichung des unter Pseudonym schreibenden Berliner Autonomen Geronimo, Geronimo verfaßte 1990 das mittlerweile in vierter Auflage verbreitete Buch "Fener und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen". In dem neuen Band erzählt er vier Ereignisse linksradikaler Politik der heginnenden 90er Jahre nach: Die Kampagne gegen Berlin als Olympiastandort (Berlin - NOlympic City!), den Tod eines faschistischen Funktionärs und die nachfolgende Repressionswelle, die Diskussion um den Spitzel, der den folgenreichen GSG 9-Einsatz in Bad Kleinen 1993 ermöglichte und schließlich den schon erwähnten Autono-

autonomie-kongreß. Standpunkte, Provokationen, Thesen, Unrast-Verlag, Münster 1997; Almut Gross, Thomas Schultze: Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Konkret Literatur-Verlag, Hamburg 1997; Geronimo: Glut und Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Unrast Verlag, Münster 1997.

Siehe auch meinen Kongreß-Bericht in Z 23 (Dezember 1995), S. 167-169, sowie weiterführend Z 24 (März 1996), S. 100-105.

mie-Kongreß 1995. Der Autor geht dabei sehr detailliert vor. untersucht das Geschehen und seine Bearbeitung in autonomer Politik. Geronimo geht es um eine Verteidigung "des Politischen", um Streit im, wie er es neunt, "heißen" Sinne des Wortes, und nicht um platte "Benimmregeln". Diese entstanden aus dem durch die Frauenbewegung angestoßenen Grundsatz "Das Private ist politisch", der patriarchale Strukturen kritisieren sollte. Heute führt er aber dazu, "Politik" mit richtigem "Verhalten" zu verwechseln. Eine "gesellschaftstheoretische Bankrotterklärung ersten Ranges" sei es, so Geronimo, weun es von Seiten Autonomer nicht einmal mehr prohlematisiert werde, daß autonome Politik heute in der Verteidigung des status quo bestehe und kein "Platz für gesellschaftliche Gegenentwürfe" (S. 27) mehr bestünde.

Gross/Schultze haben ein institutionen- und ideengeschichtliches Konzept, das die Autonomen hauptsächlich aus der Krise fordistischer Vergesellschaftung ahleitet und so das Gewicht von "Strukturen" zu stark macht. Geronimo demgegenüber giht zu, daß seine Gewichtungen in erster Linie seine eigenen, und damit nicht objektiv sind. Sein Anliegen ist in bezug auf "die Autonomen" die Verteidigung eines "Politischen", und un Hinblick auf die gesellschaftliche Totalität die Aufhebung einer "Krise des Politischen", das schon fast an die Forderungen zivilgesellschaftlich gewendeter Ex-Linker erinnert. Er setzt unter Bezug auf einen Politikbegriff, der dem Willen zum Handeln die Möglichkeit der Freiheit zuschreibt, auf "Selbstaufklärung", Spontaneität und die Bewahrung des "Eigensinns", die anzustreben oder zu schützen seien, Gross/Schultze dagegen haben keine Perspektive anzubieten, die üher Anforderungen an ein "Überleben" des "autonomen Wider-standes" (S. 216) hinausgehen.

Alle drei Bücher sind streckenweise

schon veraltet, eine Positionierung der AutorInnen zu den auch aus einer Kritik an autonomer Theorie und Praxis entstandenen Strömungen der Kulturlinken oder der Antinationalen erfolgt nicht. Geronimo scheint zur ohen schon angeführten "autonomen Mitte" zu gehören, während Thomas Schultze Redakteur der antinationalen Zeitschrift 17° C ist. Ein bißeben sind die Texte Geschichtsschreihung der Sieger. Die Verstummten, die Resignierten, die aus der Szene Verschwundenen, die durch Ihre Zeit hei den Autonomen an Seele und Körper Verwundeten und Verletzten kommen nicht vor? Sie müßten. wenn mensch "die Autonomen" wieder an ihrem selbstgesetzten Anspruch der Abschwächung der Trennung von Öffentlichkeit und Privatbeit mißt, erwähnt werden. Die Texte haben mit dem in den Sozial- und Geschichtswissenschaften immer noch nicht geklärten (und vielleicht auch nicht klärbaren) widersprüchlichen Verhältnis von "Struktur" und "Handlung" zu kämpfen. Dies ist nicht weiter verwunderlich. Daß dieses Dilemma von den AutorInnen aber überhaupt nicht reflektiert wird. verwundert schon: Die unterschiedlichen Sprechpositionen mit unterschiedlichen Absichten, Motivationen und Methoden werden nicht ausreichend reflektiert. Während sich Geronimo über seine Alltagsexistenz in vielleicht berechtigtes Schweigen hüllt, erfährt mensch über Gross/Schultze, daß sie heute linker Buchhändler bzw. Sozialpädagogin in einem Frauenprojekt sind. Sie haben damit den typischen Lebensverlauf der erfolgreichen Reste radikaler Oppositionsbewegungen hinter sich, der in einer Institutionalisierung in den Sektoren mündet, die durch die eigene Polit-Aktivität teilweise erst geschaffen werden. Diese Biographie ist von der der 68er oder der Grünen nicht verschieden und sollte Anlaß zur kritischen Betrachtung sein.

Weitere Beiträge zur Situation und den Perspektiven linksradikaler Politik am Ende dieses Jahrhunderts sind nötig. Vielleicht finden Sie den Weg "zwischendurch". Den Weg zwischen dem Reduzieren von Geschichte auf Ereignisse und Strukturen, einer Sichtweise, aus der dann auch keine Konfliktualität mehr entstehen kann, und der gesetzten Annahme, wie bei Geronimo, daß aus der Asche autonomer Politik doch wieder ein Phönix entsteigt, der die Glut weiterträgt (S. 22), einer Sichtweise, die doch stark an das Pfeifen im Keller erinnert. Die Autonomen sind weder 'Asche' noch 'Feuer und Flamme' und auch die Metapher der 'Glut' verdeckt, daß die Autonomen Produkt der Gesellschaft sind, wie auch die Gesellschaft Produkt der Autonomen ist. Wer an einer kritischen Auseinandersetzung mit autonomer Politik interessiert ist, und diese ist trotz aller Kritik immer noch nötig und interessant, dem/der sei die vergleichende und kritische Lektüre aller drei Titel empfohlen. So können die Defizite der Veröffentlichungen teilweise aufgefangen werden.

Bernd Hüttner

Schwertfisch:

Zeitgeist mit Gräten

Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie

ेंद्रप्रस्ते त्या त्याता स्त्रात्य त्याता स्वत्याता स्त्रात्य त्याता स्वत्याता

Das Schwertfisch-Buch - Beiträge und Dokumente aus dem Arbeitsschwerpunkt 'Ökologie und Herrschaftskrltik' des BUKO (Schwertfisch) zu einem anderen Politikverständnis, Entwicklungsma(n)nie und Patriarchat, gesellschaftliches Naturverhältnis, Politisierung der Subsistenz, Abwicklung des Nordens, Baumkänguruhs, Kritik von Nachhaltigkeit,

von Claudia Bernhard, Helga Eblinghaus, Bernhard Fedler, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Ulia Peters, Christoph Spehr, Armin Stickler, Heinz-Jürgen Stolz

232 S., 24 DM

Verlag

YetiPress, J.-Liebig-Str. 25, 28357 Bremen - Rabatte für WeiterverkäuferInnen -

Landwirtschaft Ost kontra Treuhandmodell

Hans Luft, Landwirtschaft Ost kontra Treuhandmodell, Dietz-Verlag, Berlin 1997, 124 Seiten.

Was ist ein "Roter Baron"? Jemand, der den "700.000 ostdeutschen Klein- und Mittelbauern, die im der DDR 1960 nach dem Vorbild der sowjetrussischen Kolchosen im radikalster Weise zwangskollektiviert wurden ... eine gerechte Vermögensauseinandersetzung verweigert" wie der "Deutsche Landbund" formuliert?¹

Oder sind diese "roten Barone" jene Männer und wenigen Frauen. die Hans Luft so beschreiht (S. 106): Menschen, die "durch ihre jahrelange praktische Erfahrung bei der Leitung von Großbetrieben einen bedeutenden Wettbewerbsvorteil (haben), der sie auch in die Lage versetzte, den Prozeß der Umstrukturierung konzeptionell zu führen und die Fähigkeit zu entwikkeln, sich den neuen betriebswirtschaftlichen Anforderungen zu stellen. Viele dieser Leiter mit LPG-Erfahrung haben hohes Engagement und oft auch persönliche Opferbereitschaft gezeigt, um Gemeinschaftsbetriebe und möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten"?

Der Landhund organisiert schätzungsweise zwei bis drei Prozent der ostdeutschen Landwirte und

vertritt hauptsächlich die Interessen der im Zuge der Bodenreform 1945/49 enteigneten Gutsbesitzer und ihrer Erben. Gegenwärtig wird zu einer neuen Attacke geblasen hei der die "roten Barone" lediglich als Watschenmänner dienen: "Nach Darstellung des Landbundes ist weit mehr als die Hälfte der nach 1990 gegründeten 3.600 LPG-Nachfolgeunternehmen unter Mißachtung der dafür geschaffenen gesetzlichen Vorschriften entstanden Diese Unternehmen hesäßen deshalh zu Unrecht das Milliardenvermögen der ehemaligen Genossenschaften. Sollte der Bundesgerichtshof die Ansichten des Deutschen Landbundes in den anhängenden Verfahren bestätigen. könnte sich, wie der Landbund meint, für mehr als 2.000 dieser LPG-Nachfolgeunternehmen Existenzfrage stellen."2

Diesem neuen Angriff sind viele vorausgegangen, die auch teilweise Erfolg hatten. Die knappe und informative Darstellung der politischen Diffamierung, rechtlichen und teilweise wirtschaftlichen Diskriminierung der ungeliebten LPG-Nachfolgegesellschaften zieht sich durch das ganze Buch.

Daß 1995 rund 64% der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) der früheren DDR weiterhin gemeinschaftlich bewirtschaftet wurden - darunter Genossenschaften und GmbH's mit 56% der LN (S. 10) - paßt nicht in das agrarpolitische

Leitbild von CDU/CSU und FDP sowie Teilen der Grünen, die die "Großlandwirtschaft" bekritteln. In den neuen Bundesländern bewirtschafteten 1995 Betriebe mit einer Fläche über 100 ba (= 25,7% aller Betriebe) 93,5% der Gesamtfläche. Die entsprechende westdeutsche Relation betrug: 2,3% der Betriebe, 13,9% der Fläche (S. 127).

Im Unterschied zur "Zwangsprivatisierung" des Verarbeitenden Gewerbes und des Handels durch die Treuhand3 bbeb der größte Teil der ehemaligen LPG-Mitglieder Eigentümer des Sachkapitals und des Bodens, der in der DDR, anders als in den SU-Kolchosen, kein Staatseigentum war. Die "ostdeutschen Bauern" - wir würden die Bäuerinnen hinzufügen - hatten "die Vorteile gemeinsamer Agrarproduktion vor allem in sozialer Hinsicht konkret erfahren" (S. 13). Geregelte Arbeitszeiten, Urlaub, Kinderbetreuung, keine Probleme mit der Hofübergabe waren und sind Errungenschaften, von denen die meisten westdeutschen Landwirte nur träumen können.

Daß die "Gemeinschaftlichkeit" aber auch mit Problemen und Widersprüchen behaftet ist, geht aus verschiedenen Untersuchungen des "Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin (isda)" bervor, die der Autor bei seinen umfangreichen

Die Probleme des Transformationsprozesses der ostdeutschen Landwirtschaft werden nicht nur in rechtlichen und sozialen Zusammenhängen, sondern auch in ihren ökonomischen und ökologischen Dimensionen bearbeitet. Luft breitet dabei umfangreiches Zahlenmaterial aus. Er versteht es zudem, seine Thesen mit vielen Beispielen zu untermauern, was auch dem Lesevergnügen zugute kommt.

Das Projekt "Heubörse", über das die Vermarktung des Heus von thüringer Bergwiesen organisiert wird, ist auch auf andere Regionen in Ost und West übertragbar. Das gilt auch für die Forderung, daß die "Vergütung der Leistungen für die Landschaftspflege sowie die Schadensansprüche ... langfristig zuverlässig und einklagbar gesichert werden (müssen)" (S. 89).

Luft thematisiert im Kapitel 7
"Konfrontation von Ökologie und
Ökonomie wenig hilfreich" auch
den Widerspruch zwischen der
Stillegung landwirtschaftlicher Flächen (Ost 13%, West 6%) und der
Vernichtung von Nahrungsmitteln
durch die EU-Behörden sowie dem
wachsenden Hunger in weiten Teilen der Welt. Wie dieser Widersprucb gelöst werden kann, muß
weiter diskutiert werden. Export
von Nahrungsmitteln in die Hungerländer ist bekanntlich proble-

Versatzstück aus einer viertelseitigen Anzeige des "Deutschen Landbundes e.V.", der anläßlich des Bundesparteitages der CDU in Leipzig am 12,10,97 zu einer "Großdemonstration" - "Kommen Sie alle! Der Rechtsstaat braucht Sie!" aufrief (FAZ v. 4,10,97).

[&]quot;Verband: LPG nicht rechtmäßig umgewandelt. Neue Vorwürfe des Deutschen Landbundes gegen die Nachfolgeunternehmen" (FAZ v. 26.9.97).

Recherchen leider nicht berücksichtigt hat.⁴

³ Vgi. Hans Luft, Nach der Zwangsprivatisierung. Gedanken zur Eigentumsproblematik ein halbes Jahrzehnt nach dem DDR-Anschluß, in: Z 23 (September 1995), S. 122-131.

Vgl. zum Beispiel: Kurt Krambach, Soziale Potentiale für den landwirtschaftlichen Gemeinschaftsbetrieb - Beschäftigte in LPG-Nachfolge-Betrieben 1993/1994, isda - Studie Nr. 19, Berlin 1995.

247

matisch, weil er die Absatzmöglichkeiten der Landwirtschaft in diesen Ländern beeinträcbtigt.

Wesentlicher Teil der Transformation war der drastische Personalabbau. Von den 976.000 Beschäftigten im Jahr 1989 arbeiteten 1995 lediglich noch 228.000 in der Land- und Forstwirtschaft (S. 97). "Die juristischen Personen (vor allem die Nachfolge-Genossenschaften und -GmbH's, d. Verf.) sind mit ihren Tochterunternehmen nach wie vor Hauptarbeitgeber, mitunter sogar die einzigen Arbeitgeber in den ieweiligen Dörfern. Sie beschäftigten 1995 pro Betrieb im Durchschnitt 46 Personen, und zwar ausschließlich Lohnarbeitskräfte. Zum Vergleich sind in den Einzelunternebmen (Wieder- und Neueinrichter, Verf.) einschließlich des Betriebsinhabers im Durchschnitt zwei Arbeitskräfte, vorwiegend Familienmitglieder, tätig und bei den Personengesellschaften fünf Arbeitskräfte, davon in der Regel zwei Familienmitglieder" (S. 99).

Die Ursacben für den Beschäftigtenrückgang sind Auslagerung bisberiger Funktionen und eine verringerte Intensitätsstufe der Produktion.

Erstens: Ausgliederung aller nichtproduktionsnotwendigen Tätigkeitsbereiche; die ebemaligen LPG's nahmen - vor allem im sozialen Bereich - viele Gemeindefunktionen wahr. Deshalb ist auch ein Produktivitätsvergleich OST -WEST für 1990, den Luft vornimmt (S. 9), einer, bei dem Tafeläpfel und Pferdeäpfel verglichen werden. Die Produktivität der Landwirtschaft betrug in diesem Jahr angeblich erst 36 Prozent des Westniveaus.

Zweitens: Drastischer Rückgang der arbeitsintensiven Tierproduktion, der bei den gemeinschaftlichen Betriebsformen allerdings noch am geringsten war. Wegen des Preisverfalls und der EG-Marktpolitik ergeben sich daraus Probleme im Hinblick auf die Ertragssituation dieser Betriebe (S. 81). Luft ist aber zuzustimmen, wenn er in der Aufstockung der Bestände eine wichtige Möglichkeit siebt, wieder zu mehr Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft zu gelangen.

Drittens: Der Anbau vergleichsweise arbeitsintensiver Kulturen wie Kartoffeln, Gemüse und Obst bat sich deutlich verringert.

Letzteres - aber auch der Rückgang der Tierproduktion - bat unter anderem damit zu tun, daß große Teile der ostdeutschen Ernährungsindustrie und der Handel einschließlich des größten Teils der Konsumgenossenschaften - an westdeutsches Kapital übereignet wurden. "Jene nahmen zwar die neuen Absatzgebiete an, aber bestellten den Mehrbedarf größtenteils nicht bei ostdeutschen Produzenten, sondern bei ihren bisherigen Lieferanten aus den alten Ländern" (S. 112). Der Anteil ostdeutscher Produkte am westdeutschen Sortiment schwankt nach Angaben des zuständigen Bundesministeriums zwischen zwei bis fünf Prozent. erreicht im Centrum-Warenhaus am Alexanderplatz immerhin schon wieder 50 Prozent (S. 113).

Die Rückgewinnung von verlorenen Marktanteilen ist ebenso risikoreich wie der Versuch, mit neuen "Produktlinien" (z.B. Hanf, Flachs) die Ertragssituation zu verbessern. Dem Grundsatz "erst vermarkten dann produzieren" (S. 76) ist angesichts der Tatsache, daß für die "nach der Wende aufgenommenen Kredite ... jetzt der Kapitaldienst fällig (wird) (S. 118) zuzustimmen.

Die Vorschläge Lufts zur Verbesserung der Situation - "Direktvermarktung", Einsatz für die Regionalisierung von Produktion und Absatz - nicht zuletzt aus ökologischen Gründen und denen des Tierschutzes, Stärkung der Handlungsmacht von Einkaufs-, Produkund Verkaufsgenossentionsschaften, "Vertragslandwirtschaft", alles in allem borizontale und vertikale Kooperationsketten, schließlich der Knüpfung strategischer Allianzen" (S. 119), gilt freilich für die Landwirtschaft in Ost und West gleichermaßen.

Für Ostdeutschland müßte dazukommen: Soziale "Rückrüstung" der Dörfer auf das soziale Niveau vor der "Wende": Wiederherstellung von Einkaufsmöglichkeiten und Postdienstleistungen durch "Nachbarscbaftsläden" und Gaststätten, "Telecenters", "Verteidigung" von Grundschulen, die die Kinder fußläufig erreichen können usw.

Zusammen: Wer sich über die Probleme der ostdeutschen (und gesamtdeutschen) Landwirtschaft informieren will, sollte das Bnch lesen.

Eberhard Dähne

Klimapolitik

Sascha Müller-Kraenner/Christiane Knospe, Klimapolitik. Handlungsstrategien zum Schutz der Erdatmosphäre, Birkhäuser-Verlag, Basel 1996, 248 Seiten, 39,80 DM.

Reinhard Loske, Klimapolitik. Im Spannungsfeld von Kurzzeitinteressen und Langzeiterfordernissen, Metropolis-Verlag, Marburg 1997, 348 Seiten.

Der Band von Müller-Kraenner und Knospe bietet einen Einstieg in die Klimaproblematik. Er erläutert in einer Einleitung die naturwissenschaftliche Seite des Problems, die erwarteten Auswirkungen auf den globalen Wasserhaushalt und die natürlichen Ökosysteme. In drei Hauptteilen werden dann klimapolitische Handlungsstrategien auf drei Ehenen - der nationalstaatlichen (Deutschland), der regionalen (Europäische Union) und der internationalen vorgestellt. Den Abschluß bildet ein kurzes Nachwort "Klimapolitik als Bildungsauftrag".

Die AutorInnen machen deutlich, daß die BRD ihr international vielbeachtetes, weil relativ ehrgeiziges, Ziel einer Reduktion der jährlichen CO.-Emissionen (Stand 1990) um 25 % bis zum Jahr 2005 nicht erreichen wird. Dies liegt vor allem daran, daß die von der Bundesregierung selbst als notwendig erkannten, dazu erfoderlichen Maßnahmen nicht ergriffen werden. Weder gibt es eine Energiesteuer, die in der Lage wäre, den ausufernden motorisierten Individualverkehr einzudämmen, noch werden auch nur die nach heutigen Standards bereits ökonomisch sinnvollen Wärmedämmungstechniken im Rahmen einer Wärmenutzungsverordnung zum baulichen Standard erhoben. In der Stromerzeugung wird weiterhin von steigendem Bedarf ausgegangen, antatt im Rahmen einer integrierten Ressourcenplanung ökonomisch sinnvolle Sparmaßnahmen vor den Ausbau neuer Kapazitäten zu stellen. Der Ausbau erneuerbarer Energien bleibt ebenfalls weit hinter dem selbst ökonomisch Sinnvollen zurück.

Das vollständige Scheitern der europäischen Klimapolitik seit dem Erdgipfel von Rio 1992 kontrastieren die AutorInnen mit dem vorhandenen Reduktionspotential. Eine konsequente Umsetzung des bereits 1992 zusammengestellten Maßnahmekatalogs des Ministerrates wäre in der Lage, das damals angepeilte Ziel einer Stabilisierung der CO₂-Emissionen auf dem Stand von 1990 zu erreichen, wie am Beispiel Dänemarks gezeigt wird. Für Osteuropa, dessen CO3-Emissionen nach 1989/90 auf einen Tiefststand gesunken sind, stellt sich die Frage, ob beim Wiederaufbau die Fehler des westlichen Modells vermieden werden können. Die Hilfsprogramme der EU sowie die Kreditrichtlinien der Weltbank tragen dem nicht ausreichend Rechnung.

Gegen Versuche, die Schwellenländer Ostasiens, allen voran China, zu den neuen Sündenböcken der Klimapolitk zu machen, führen die AutorInnen die realen Verhältnisse an: einer Pro-Kopf-Emission von 20 Tonnen CO₂ pro Jabr in den

USA steben 3 Tonnen in der VR China gegenüber. Auch die in den westlichen Industriestaaten erst in den 80er Jahren - also einer sehr späten Phase ibrer Industrialisierung - zumindest teilweise erfolgte Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch ist in China bereits erreicht. Dies vermindert nicht die ökologische Gefahr, die von dem gegenwärtigen Entwicklungstyp der ostasiatischen Länder ausgeht. Es unterstreicht nur noch einmal, daß die Staaten kapitalistischen der Zentren Hauptverursacher des Problems sind and dort die entscheidenden Reduktionsschritte erfolgen müs-

Müller-Kraenner und Knospe gelingt es, einen verständlichen Überblick über die aktuellen Debatten in der Klimapolitik berzustellen. Wer sich darüber informieren möchte, was bisher "gelaufen" ist und wer Informationen über vorliegende Alternativstrategien sucht, wird in dem Band fündig werden. Wer allerdings verstehen möchte, warum trotz überzeugender Alternativen zum berrschenden Kurs die Klimapolitik nicht vorankommt, wird nicht viel erfahren. So gesehen ein wenig politisches Buch.

Sehr viel weiter führt da die Arbeit von Reinhard Loske. Loske stellt die Frage, ob die "Klimalücke", verstanden als die Differenz zwischen notwendiger Emissionsreduktion und aktueller Entwicklung, geschlossen werden könne und was dazu geschehen müsse. Neben einer penibel recherchierten und verständlich geschriebenen Darstellung des naturwissenschaftlichen

Wissens über den Treibbausesselkt macht sich Loske an einen Beitrag zur "polit-ökonomischen Theoriebildung der noch jungen Disziplin Klimapolitik" im Rabmen eines "interdisziplinären Forschungsansatzes" (19). Abschließend wendet er seine in sechs Kapiteln entwikkelte Theorie der Klimapolitik auf die "Klimapolitik der Staaten" an und gibt einen Überbick über Geschichte und mögliche Zukunst der Klimarahmenkonvention von 1992.

Als grundsätzliche Strategien in der Klimapolitik unterscheidet der Autor eine präventive (Begrenzung und Absorption von Emissionen) und eine reaktive (Anpassung und Nachbesserung) Politik. Unter Anwendung spielteoretischer Überlegungen und der Unterscheidung von Verursacher- (z.B. die kapitalistischen Metropolen), Betroffenen-(z.B. Staaten, denen Überflutungen drohen) und Helferinteressen (z.B. Umweltschutzindustrie) kommt Loske zu dem Schluß, daß "unter den Aspekten der Risikobegrenzung eine präventive Strategie angemessen ist". (28) Ans einer Analyse der institutionellen Bedingungen von Klimapolitik schlußfolgert Loske, daß diese "Großgruppen gegenüber dezentralen Akteuren, Kurzzeitinteressen gegenüber Zukunftsinteressen, etablierte Akteure genüber neuen Akteuren und Beharrungskräfte gegenüber Innovationen" (108) begünstigen. Desbalb sollten die Partizipationsmöglichkeiten von Betroffenen und Nicht-Regierungsorganisationen im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen. Technikfolgenabschätzungen etc. verbessert werden.

Ebenso seien langfristige (nicht an die Legislaturperioden gebundene) Interessen in Form eines Umweltrates oder der Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz zu stärken. Skeptisch ist Loske dabei gegenüber einer vor allem oder auschließlich an neuen Verfahrensrechten orientierten Reform der politischen Institutionen, wie sie vor allem von Befürwortern einer 'aufgeklärten, reflexiven Moderne' vertreten" (110) werden. Indem sie die tatsächliche Aufspaltung der Gesellschaft in "Informationseliten" und von Iuformationen und Mitwirkungsmöglichkeiten Abgeschnittene übersähen, trügen solche Modelle die Gefahr einer "Expertokratie" in sich, wie sie sich an Entwicklungen in den USA abzeichne.

Das technische Potential zur Begrenzung siebt Loske bei aller Unsicherbeit gegeben. Dies allerdings nur, wenn erstens sowohl Maßnahmen zur Effizienzsteigerung des Energieverbrauchs (in den Industriestaaten 40 bis 50 % des heutigen Verbauchs) und zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen ergriffen werden. Zweite Bedingung wäre ein absoluter Rückgang des Energieverbrauchs weltweit. Weiteres Wachstum würde sonst die erreichten Effizienzsteigerungen auffressen und die Umstellung auf erneuerbare Energien zur Marginalie machen. Im Kapitel "Zur Ökonomie des Treibbauseffektes" unterziebt Loske die (neoklassische) Umweltökonomie einer kritischen Prüfung. Er zeigt, daß diese wegen "der Diskontierung von Zukunftsoptionen, der Ignoranz gegenüber Großrisiken

und der Annahme, Naturkapital sei weitgehend durch menschengemachtes Kapital ersetzbar" (217) zur Unterbewertung von Zukunftsschäden und zur Überbewertung der Kosten des Klimaschutzes neige. Dagegen könne sie bei der Auswahl der Mittel zur Erreichung politischer Ziele wichtige Hinweise geben. Mehr noch als im Institutionenkapitel wird in diesem Kapitel die Begrenzheit des Loske'schen Ansatzes deutlich. So berechtigt seine Kritik der Neoklassik ist (und so berechtigt im Übrigen auch sein Anliegen ist, der Neoklassik Gerechtigkeit widerfahren zu lassen). so imgenügend bleibt sie für eine "polit-ökonomische Theoriebildung". Die Neoklassik ist für eine polit-ökonomische Analyse ja auch deshalb unzureichend, weil in ihren modellplatonischen Idealwelten ein so zentraler Begriff wie "Macht" keinen Platz hat.

In einem grundsätzlich begrüßenswerten, m.E. aber mißlungenen Versuch, die Dimension der gesellschaftlichen Wahrnehmung des Klimaproblems als eine wesentlichen Seite des Phänomens zu erfassen, unterscheidet Loske eine pessimistische, eine optimistische und eine "ambivalente Perspektive", die die "Beachtung der Naturgrenzen" (32) für erforderlich hält, gleichzeitig aber auf Wandel und "Einsichtsund Selbstbegrenzungsfähigkeit des Menschen setzt" (32). Die Unterscheidung bleibt deskriptiv, weshalb theoretisch wenig gewonnen ist. Ganz abgesehen davon, daß die gesellschaftliche Wahrnehmung des Klimaproblems noch von einer ganzen Reihe anderer Faktoren -

wissenschaftlichen Weltbildern, Interessengruppen, Medien etc. abhängig ist.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß Loskes Arbeit wichtige Ansätze liefert, eine befriedigenden Theorie der Klimapolitik aber noch nicht leistet. Dies liegt wesentlich an seiner eigentümlichen Auffassung von polit-ökonomischer Analyse. Seine Institutionenkritik bleibt einem herkömmlichen politikwissenschaftlichem Institutionenbegriff verhaftet, der wenig Anschlüsse an gesamtgesellschaftliche Entwicklungen erlaubt. Auch der Markt wäre schließlich eine die Klimapolitik nicht unerheblich beeinflußende Institution, die zu untersuchen wäre. Seine Kritik der Neoklassik ist verdienstvoll, aber unzureichend. Und indem Loske auf jegliche Analyse der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus verzichtet (Stich-wort Globalisierung). bleibt auch seine Betrachtung der aktuellen klimapolitischen Auseinanderset-zungen blutleer und deskriptiv. Aber: Bei allen Einwänden bleibt es das bisher nützlichste Buch, das zum Thema vorliegt.

Jörg Cezanne

Das Großkapital, die Nazis und ein herrlich profitabler Zweiter Weltkrieg

Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Band III: 1943-1945, Akademie Verlag, Berlin 1996, XX & 803 S., 148,- DM.

27 Jahre nach dem ersten, elf Jahre nach dem zweiten ist er erschienen: der lang erwartete abschließende dritte Band der Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft von Dietrich Eichholtz. Als Ergebnis dieses veritahlen "Lebenswerks" - so nennt es der Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski¹ - ist em "Handhuch" entstanden, unverzichtbar für ieden, der der innigen Kooperation zwischen Großkapital und faschistischem Regime von Beweisstück zu Beweisstück nachspüren möchte, um die Geschichte des Dritten Reichs und seiner Hauptakteure zu rekonstruieren.

Den ersten Band zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs und zu den frühen Kriegsjahren hatte Dietrich Eichholtz als Solist erarbeitet. Beim zweiten Band, in dem er die von verblendeter Siegeszuversicht lodernden mittleren Kriegsjahre analysierte, hatte er Joachim Lehmann für das Kapitel Landwirtschaft zu Rate gezogen. Um die ob der sich zusammendrängenden Ereignisse und angesichts des unaufhaltsamen Absturzes des Dritten Reichs von Widersprüchen, Improvisation und Chaos geprägten

Kriegsjahre 1943-45 in allen entscheidenden Aspekten der sorgsamsten Analyse zu erschließen. hat sich Eichholtz für den dritten Band der Mitwirkung von vier ausgewiesenen Fachgenossen versichert. Hagen Fleischer stellt uns den Besatzungsalltag auf Kreta vor Augen. Manfred Oertel hat die Kriegsfinanzierung, Berthold Puchert den deutschen Außenhandel während des Kriegs untersucht. Karl Heinz Roth hat die wirtschaftlichen Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen erforscht.

Es hängt fraglos mit den zu analysierenden Prozessen, der erweiterten Zugänglichkeit deutscher und alliierter Archive in Ost wie West und mit einer wachsenden Zahl sorgfältiger Einzelstudien zusammen, daß sich der Umfang der Arbeit von Band zu Band vermehrt hat, von 400 auf 700 und nun auf über 800 Seiten.

"Das wesentliche Anliegen des Werkes," schreibt Dietrich Eichholtz im Vorwort, "bleibt unverändert die Untersuchung der materiellen Grundlagen für die deutsche Kriegführung und darüber hinaus der Gesamtheit jener ökonomischen Kräfte und Interessen, die dem imperialistischen Drang des Regimes nach Reaktion und Gewalt, nach Ausbeutung, Expansion, Eroberung und Krieg zugrunde lagen. Hiermit soll ein Beitrag zur Definition der zum Kriege treibenden und am Krieg interessierten Kräfte und ihrer verbrecherischen Methoden geleistet werden." (XII) Diese sich selbst gestellte Aufgabe

Kuczynski, Thomas: Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, in: junge welt, 21-01-1997, S. 12.

haben Eichholtz und seine Mitautoren glänzend erfüllt.

Gleichsam nebenbei löst Eichboltz eine zweite Aufgabe, die mit der ersten aufs Innigste verschränkt ist: Er beweist die Kontinuität der Herrschaft des Kapitals durch Drittes Reich und Zweiten Weltkrieg hindurch bis in die Gegenwart. Dies zu erkennen verlangt der Leserin, dem Leser freilich eine sehr wache Lektüre ab und setzt Kenntnisse der damaligen personellen Bestückung der Chefetagen der kriegführenden Konzerne voraus.

Seit 1933 hatten Finanzkapital und Industrie in alle für ökonomische Belange zuständigen Stäbe der Ministerien bis hinauf in Albert Speers Super-Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion ihre Spezialisten entsandt, die das Profitinteresse ihres Unternehmens und ihrer Branche fest im Blick behielten. Die Nazis haben die Forderungen, die der Kölner Bankier Kurt von Schröder namens des Großkapitals Hitler am 4. Januar 1933 als Bedingungen für die Machtübergabe gestellt batte, penibel erfüllt. Deren "wesentlicber Punkt [war], daß die Wirtschaft sich selber lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme".2

Als einige Nazibonzen auf dem Kulminationspunkt des Kriegs Anstalten machten, diese Verpflichtung abzuwerfen, war es Superminister Speer, wie Eichholtz darlegt, der Hitler mit Nachdruck "darauf aufmerksam [machte], daß Rüstungsfortschritt und Tempo dank der Effizienz der industriellen 'Selbstverantwortung' erzielt worden seien". (30) In seiner letzten Rede vor "größerem Publikum", vor 150 leitenden 'Männern der Wirtschaft,3, am 26. Juni 1944 bestätigte Hitler noch einmal die "Anerkennung und Stärkung der Selbstverantwortung der Industrie" und gelobte den Herren Kapitalisten: "Wenn dieser Krieg mit unserem Sieg entschieden ist, dann wird die Privatinitiative der deutschen Wirtschaft ihre größte Epoche erleben!" (47)

Sofern das Kapital es nicht vorgezogen hat, seine akkumulativen Heldentaten im Dritten Reich überbaupt mit Stillschweigen zu übergehen und sie dem kollektiven Vergessen anzubefehlen, hat es willfährige in- und ausländische Historiographen zu finden gewußt, die es als hilfloses Opfer des Naziregimes oder ärgstenfalls als widerwilligen Kollaborateur dargestellt haben. Mit derlei Geschiebtsklitterungen räumt Eichholtz radikal auf. Aus den altbekannten wie aus den neu erschlossenen Dokumenten, auf denen seine Analyse basiert, wie aus seiner gesamten Darstellung zeichnet sich die historische Wahrheit ab.

Mit den Stimmen von Millionen sozial entwurzelter, zielbewußt indoktrinierter Volksgenossen hat das Kapital die Nazis als politische Ordnungsinstanz zur radikalen Durchsetzung seiner Interessen an die Macht gehievt. Es hat die Naziführung ziemlich genau auf einen, seinen Profitinteressen dienlich erscheinenden Kurs zu lenken verstanden, der durch den Krieg seine Erfüllung finden sollte und gefunden bat. Seine während des Dritten Reichs konsolidierte und ausgebaute Machtposition sollte nach Plänen, die ab 1943 unter der Schirmberrschaft Reichsministers Speer und seines Chefplaners Hans Kehrl im intimen Cercle der Ministerial- und Konzernherren entworfen wurden, in eine permanent expansive europäische Nachkriegswirtschaftsordnung münden. (522) In Anlehnung an diese Planspiele ist es dem Kapital nach Kriegsende gelungen, mit ergebener Unterstützung von zu Demokraten gewendeten Nazis und Mitläufern wie Ludwig Erhard, Karl Blessing, Alfred Müller-Armack oder dem Finanzwiesel Hermann Josef Abs und unter solidarischem Beistand des verbündeten US-Kapitals und des Marshall-Plans, seine Machtbasis in verblüffend kurzer Zeit zu rekonsolidieren und seine heutigen Weltmarktpositionen zu erobern.

Wie außergewöhnlich lukrativ das Kriegsgeschäft für das Kapital allgemein und für das Großkapital insbesondere trotz der die Rüstungsbetriebe und das Verkehrsnetz treffenden Bombardements

der Jahre 1944-45 war, rückt uns Eichholtz vor Augen: "der Stand des Bruttoanlagevermögens bei Kriegsende lag um fast 21 Prozent über dem Stand von 1936 [...]. Der Umfang der Investitionen [hat] die Bomben- und anderen Kriegsschäden bei weitem aufgewogen. Deutschland stand am Ende des Krieges tatsäcblich mit einem stärkeren industriellen Potential da als bei Kriegsbeginn. [...] Die untersuchten Fakten der deutschen Kriegskonjunktur drückten [...] der Nachkriegsgeschichte ihren Stempel auf. Sie entkleiden das westdeutsche 'Wirtschaftswunder' der 'freien Marktwirtschaft' allen mirakelhaften Scheins." (677)

Selbstverständlich unterläßt es Eichholtz nicht, klarzustellen, wer denn tatsächlich den Wert- und Machtzuwachs des Kapitals produziert hat: "Der angehäufte Reichtum an industriellem Sachvermögen, das Krieg und Bombardements überstanden batte und nun als unschätzbares Fundament des wirtschaftlichen Aufstiegs Bundesrepublik diente, war teuer bezahlt worden, bezahlt von den Verlierern eigentlichen des Krieges. Deutsche Arbeiter, Aus-Kriegsgefangene länder. Konzentrationslagerhäftlinge hatten jene Werte geschaffen, unter einem Regime der Ausbeutung und Rechtlosigkeit, grausamer Leiden und zehntausendfachen Hungers und Todes: die Bevölkerung besetzter Gebiete batte sie mit ihrer Verelendung mitbezahlt. Ja. die deutsche Bevölkerung zahlte auch nach dem Mai 1945 noch dafür, als sie Monate und Jahre schweren

Eidesstattliche Erklärung des Freiherrn Kurt von Schroeder. Köln, vom 21. Juli 1947, abgedruckt in: Czichon, Eberhard: Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln [1967], S. 78; vgl. auch Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Band I: 1939-1941, Berlin 1969, S. 7, 52; Helms, Hans G: Wo die wirkliche Machtüber-

gabe stattfand, in: Neues Deutschland v. 23./24.8.97, S. 15.

Erklärung von Schroeder, 1 c, S. 78.

Mangels durchlebte und schließlich durch die Währungsreform neun Zehntel ihrer Geldersparnisse verlor, während das industrielle Sachvermögen zum vollen oder böberen Wert in die DM-Eröffnungsbilanzen eingesetzt wurde." (679)

Schlußfolgerungen Eichholtz' möchten Laien noch nachhaltiger überzeugen, hätte er seine Beweisführung extensiver auf konkrete Fallstudien einzelner Betriebe und Konzerne gestützt und die generellen Tendenzen mehr aus den spezifischen Interessen umd Aktivitäten der Firmen entfaltet. Noch heute erinnern sich viele Bodenseeanwobner (oder haben es von ihren Altvorderen vernommen), daß Friedrichsbafen 1944-45 in Grund und Boden zerbombt wurde. Doch fast alle baben verdrängt, daß Bomben auf Friedrichshafen fielen, weil bei Domier Jagd- und Kampfflugzeuge, bei Maybach Panzermotoren, in der Zahnradfabrik Friedrichshafen Getriebe und Lenkungen, in den Hallen des Zeppelin-Konzerns Radargeräte gebaut und V2-Teile zusammenmontiert und in den Hügeln binter der Stadt sämtliche Panzertypen getestet wurden.4 Bei Eichholtz tauchen diese bedeutenden Rüstungsbetriebe nur ein- oder zweimal als nichtssagende Namen auf.

Es scheint mir auch ein Versäumnis, daß die zur Vorbereitung und Durchführung des imperialistischen Nazikriegs ungemein wichtigen,

wenn nicht unersetzlichen ausländischen Konzerne bloß kursorisch erwähnt werden, obzwar der Satz: "die deutsche Feindvermögensverwaltung [hatte] die ihrem Zugriff ausgesetzten Unternehmensniederlassungen des westlichen Auslands mit Samthandschuhen angefaßt." (529) zwangsläufig die Frage aufwirft: weshalb? Der Laie weiß nicht, was dem Verfasser bekannt, was er aber nicht darstellt: jegliche Kalkulationen für die Logistik der Kriegswirtschaft und der Truppen, alle ballistischen Berechnungen. von denen die Trefferquoten der Artillerie, Torpedos, Bomben und V-Waffen abhingen, wurden von elektro-mechanischen Rechenmaschinen der deutschen Tochter des US-Konzerns IBM ausgeführt. Synthetischer Gummi und Treibstoff konnten nur dank Patentaustauschs zwischen IG Farben und den US-Konzernen DuPont und Standard Oil of New Jersey produziert werden; Lizenzgebühren wurden - wie unter rechtschaffenen Kaufleuten Usus - auch während des Kriegs über die Schweiz transferiert oder im Nazireich in neue, hochmoderne Rüstungsstätten reinvestiert. Diese Beispiele zeigen an: transnationale Konzerne haben am Krieg auf beiden Seiten der Front aktiv teilgenommen und profitiert.

Eine mehr im Konkreten ansetzende Analyse hätte es dem Laien wohl erleichtert, Dietrich Eichholtz und seinen Mitautoren in ihrer Untersuchung der überans vielfältigen Verflechtungen und Interaktionen zwischen Finanzkapital, Indnstrie, Behörden, Wehrmacht und SS zu folgen. Diese kritischen Annotationen schmälern freilich um keinen Deut die exemplarische Bedeutung des Handhuchs, dem ich wünsche, es möge recht hald als erschwingliche Taschenbuchausgabe iedem zugänglich werden; denn es gehört in die Hände aller, die unsere gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse aus ihrer historischen Entfaltung begreifen wollen. Ferner wäre zu wünschen, daß couragierte Wirtschaftshistoriker dem Eichholtz'schen Kompendium ein Pendant zur Seite stellten, in dem sie die kriminelle Geschichte des deutschen Finanzkapitals im Komplott mit den Nazis mit der gleichen Verve und Gründlichkeit analysierten und ans Licht höben.

Hans G Helms

Zur 'Neuordnung Europas' nach faschistischer Rezeptur

Werner Roehr/Brigitte Berlekamp (Hg): "Neuordnung Europas". Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996, Edition Organon, Berlin 1996.

Über weite Strecken liest sich diese Vortragskollektion wie ein nützlicher Ergänzungsband zu Dietrich Eichholtz' Standardwerk Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, ohzwar die Referate "sehr unter-

schiedlichen Gegenständen der Faschismusforschung gewidmet" sind. (9) Das darf nicht verwundern: drei der siebzehn Autoren aus Ost und West haben am dritten Band der Kriegswirtschaft mitgewirkt: Eichholtz selhst, Berthold Puchert und Karl Heinz Roth. Vor allem aber deckt sich die Aufgabenstellung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung weitgehend mit Eichholtz' Generalthema. Vier der sieben Themenkomplexe enthalten Kurzfassungen von Ahschnitten der Kriegswirtschaft, diese vertiefende Fallstudien resp. weiterführende Spezialuntersuchungen.

Ein Beispiel ist Kurt Pätzolds systematische Aufklärung der bislang von revisionistischen Mythen üherdeckten Zusammenhänge zwischen Judenmord und Kriegsaufwand, weil "Fachleute für die Geschichte des Eisenhahnwesens, die in der Bundesrepublik mit umfangreichen Abhandlungen über den Einsatz der Deutschen Reichsbahn während des zweiten Weltkriegs hervorgetreten sind, über die längste Zeit das Thema der Deportationszüge mit den jüdischen Opfern ganz ausgespart und stattdessen das Hohelied der Pflichterfüllung der 'Männer mit den silhernen Spiegeln' niedergeschrieben" haben. (300) Auf der Basis allgemein zugänglicher Akten weist Pätzold nach - was sich jeder Aufklärungswillige bei kühlem Nachdenken über die Kapazitäten an Rollmaterial und Streckennetz der Reichsbahn und der Bahnen der hesetzten Gebiete eigentlich selher klarmachen könnte -, daß die von rechten

Vgl. Helms, Hans G: Zeppelins Erben. Ansichten von der Rüstungsmetropole Friedrichshafen am Bodensec, HF-Ms des Deutschlandfunks, Köln, 27.1.97.

Vgl. Helms, Hans G: Von der Lochkarte in den Cyberspace, in: Z, vorliegendes Heft, S, 149-161.

Vgl. Helms, Hans G: Ford und die Nazis, in: Projektgruppe "Messelager" im Verein El-De-Haus e.V. (Hrsg.): Zwangsarbeit bei Ford, Köln 1996, S. 111-116.

Geschichtsfälschern ausbaldowerte zynische "These vom siegschädigenden Aufwand, der für den Judenmord betrieben wurde, [...] in das Reich der Legende" gehört. (305)

Eine Fallstudie zu einem zentralen suiet der Kriegswirtschaft, Band III. stellt Edith Raims Untersuchung der Organisation Todt bei der "Vernichtung durch Arbeit" in den KZ-Außenlagern Kaufering und Mühldorf dar. Die Kooperation zwischen OT und SS verstärkte sich ab 1944, als Generalluftzeugmeister Erhard Milch und Rüstungsminister Albert Speer den von Eichholtz in extenso analysierten "Jägerstah" gründeten, um die Luftwaffe mit hypermodernen Jagd- und Kampfmaschinen zu versorgen, die Verkehrsnetz und Rüstungsbetriebe gegen die permanenten alliierten Bombardements absichern sollten

Um die Serienanfertigung dieser "Hochleistungs-" oder "Führerflugzeuge" vor destruktiver alliierter Einwirkung zu hewahren, erbot sich OT-Chef Xaver Dorsch, "sechs betongeschützte (und damit angeblich bombensichere), halbunterirdische Bunker" zu bauen. (221) Ohne Zwangseinsatz von KZ-Häftlingen war Dorsch nicht imstande. die Banvorhaben ausführen zu lassen. "Die KZ-Häftlinge wurden von der OT bei der SS angemietet und den [beteiligten Bauunternehmen] zur Verfügung gestellt". (223) Von den Baufirmen beanstandetes "Häftlingsmaterial" ließ die OT von der SS "selektieren", so sie "die Selektion" nicht selbst vornahm. (227) "Schon kurz nach Kriegsende" konnte sich OT-Chef Dorsch an

diese Vorgänge "kaum mehr erinnern." (229) Jedwede "Bestrafung der OT-Täter" unterblieb, zumal die US-Amerikaner "großes Interesse an der technischen Qualität der Bauten" bezeigten. (230)

Einen von der Kriegswirtschaft kaum ahlösbaren, aber historisch über sie hinausreichenden, grundsätzlichen Aspekt des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise behandelt Karl Heinz Roth in seiner Analyse der Unfreien Arbeit im deutschen Herrschaftsbereich 1930-1945, die als Thesenpapier und nicht bereits als umfassende Untersuchung angelegt ist. Doch selbst die in dieser Kurzform präsentierten statistischen Daten lassen den enormen Anstieg der Werktätigen in zwangshaften Arbeitsverhältnissen - vom Arheitsdienst bis zu 'freiwilligen' oder zwangsrekrutierten Fremdarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen - auf nahezu 44 % aller Werktätigen im Jahr 1945 erkennen und untermauern Roths - unnötig verklausuliertes - Fazit: "Aufgrund ihrer synthetischen Struktur waren die dem Rekonstruktions- und Expansionsmodell des NS-Imperialismus unterworfenen unfreien Arbeitsverhältnisse ein metropolitanes Beispiel für die seit der zweiten industriellen Revolution weltweit vorangetriebenen Tendenzen zur Durchsetzung unfreier Arbeit. Sie stehen micht außerhalb der Sozialund Wirtschaftsgeschichte des modernen Kapitalismus, sondern stellen vielmehr einen Extremfall von exemplarischer Bedeutung dar." (217)

In seiner vergleichenden Studie Die ökonomische Kriegsbereitschaft Deutschlands und Polens 1939, die sich auf Band 3 der Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 19457 stützt, (139) untersucht Berthold Pnchert einige strategisch relevante technologische Entwicklungsprozesse der 20er Jahre, um offenzulegen, unter welchen Voraussetzungen der rapide Aufbau der modernen Rüstungsindustrien im Dritten Reich stattgefunden hat. Eine erforderliche ausführliche und detaillierte Analyse des sujets müßte freilich schon vor dem Ersten Weltkrieg ansetzen. Das verdeutlicht z.B. Pucherts prinzipiell korrekter Befund: "die Forschung und Entwicklung für den Flugzeugbau [richtete sich] in den zwanziger Jahren in Deutschland auf die Anwendung von Leichtmetallen. Es gelang damals Junkers, Ganzmetallflugzeuge zu bauen." (141) Tatsächlich begann diese Entwicklung mit dem Grafen Zeppelin, der 1914 seine bis dahin exklusiv den Luftschiffen gewidmete Energie abrupt und radikal auf Großhomber aus Ganzmetall umorientierte ond Claude Dornier beauftragte, sie aus den im Luftschiffbau verwendeten Aluminiumlegierungen zu koustruieren. Die ersten Exemplare der Dornier'schen Riesenflugzeuge absolvierten ihre Test-

flüge kurz vor Kriegsende. Unmit-

telbar danach trieb Dornier die

Entwicklung des Ganzmetallflug-

zeughaus in Italien, Spamen und in der Schweiz voran, bis das Naziregime ihm die Produktion in Deutschland ermöglichte.

Es ist Puchert zuzustimmen, wenn er konstatiert: In den 20er Jahren "entstand ein reichhaltiges Reservoir an Fachleuten, die die höherentwickelte Technik und Technologie zu nutzen und zu meistern verstanden, vordergründig für die Erzeugung ziviler Güter, die sich auf dem Weltmarkt absetzen ließen, [...] zugleich disponibel für Zwecke der militärischen Rüstung und für die Bedienung moderner Militärtechnik." (139) Außerdem weist Puchert auf einen wichtigen Aspekt hin, der bislang "zu wenig Beachtung gefunden hat: In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre traf die deutsche Industrie mit staatlicher Förderung entscheidende Maßnahmen zur Festlegung und Einführung einheitlicher Industrienormen." (144) Bis in die Anfangsphase des Kriegs verhinderte die Konkurrenz der Rüstungsunternehmen, daß die Wirkung der Normen voll durchschlug. Erst ah 1943 - siehe Speers "Jägerstah" oder Panzerprogramm - trugen Normen wesentlich zur Kriegsverlängerung bei. "Ohne die Fortschritte der Industrienormung [wäre die in der] Speer-Ära rigoros vorgenommene Typenbereinigung und Standardisierung der deutschen Rüstungs-

Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR: Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Band 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945, Berlin 1988.

Vgl. Helms, Hans G.: Zeppelins Erben. Ansichten von der Rüstungsmetropole Friedrichshafen am Bodensee, HF-Ms des Deutschlandfunks, Köln 1997; Wachtel, Joachim: Claude Dornier. Ein Leben für die Luftfahrt, [Friedrichshafen/Planegg 1988].

produktion ein aussichtsloses Unterfangen gewesen. So aber gelang es, 1944 den Höhepunkt der deutschen Rüstungsproduktion zu erreichen." (144) - Wenn das unterkapitalisierte Polen, das im Verlauf der dort his 1939 andauernden Weltwirtschaftskrise sogar "eine huchstähliche Demotorisierung" erfuhr, (153) dem durchrationalisierten Wirtschafts- und Militärgiganten Nazi-Deutschland trotzdem auf wahrhaft erstaunliche Weise Widerstand zu leisten vermochte, dann grenzt das an ein Wunder.

Erklärungen für das polnische Wunder findet man bei Werner Röhr, der den Versuch unternimmt, systematisch zu klären, ob und unter welchen Umständen es sich hei der Kollaboration mit den deutschen Okkupanten um Landesverrat oder Patriotismus gehandelt habe: in Polen kam es zu keiner nennenswerten Kollaboration. (93) Wiewohl Röhrs Überhlick mit unerklärten, die Lektüre beschwerenden Abkürzungen gespickt ist, wird begreiflich, daß Nazi-Okkupanten und Kollahorateure verschiedenster couleur in besetzten Ländern mit beträchtlich divergenten Industrialisierungsgraden, sozialen und politischen Verhältnissen unterschiedliche und nicht selten gegensätzliche Interessen verfolgten, auch dort, wo die Kollaborateure dem Faschismus anhingen. Generell gilt - wie Röhr am Beispiel Vichy-Frankreichs ausführt -, daß "die Okkupanten überhaupt nicht ohne die Inansprochnahme funktionierender Strukturen des hesetzten Landes" auskamen, (91) insbesondere nicht ohne Kollahoration staatlicher und

kommunaler Behörden, der Polizei und der Wirtschaft.

Nachdem er eine Vielzahl heterogener kollaborierender Gruppen hat Revue passieren lassen, gelangt Röhr zu dem Urteil: "Entscheidend für die historische Rolle waren nicht die Motive, sondern die objektiven Wirkungen der Kollaboration. [Die letzteren] waren vielfältig und widersprüchlich, für die Okkupanten, für die Kollaborateure, für die Widerstandskämpfer und für die gesamte Bevölkerung." (113) Aber es steht außer Frage, "daß iegliche Formen der Kollaboration der Besatzungsmacht zum Ausgleich fehlender ökonomischer, polizeilicher oder anderer Kräfte verholfen und ihr in hohem Maße die Kriegführung und personell wie materiell-technisch die Durchsetzung der Okkupationsziele erst ermöglicht hahen." (113)

Wieviel an Recherchen, Analysen und Aufklärung engagierten Historikern und der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung noch zu tun hleibt, lassen Martin Molls und Klaus Scheels Forschungsberichte erkennen die den Band beschließen. Moll umreißt eine immense Forschungslücke: Hitlers schriftliche zivile Anordnungen 1939-1945 sind großenteils weder gesammelt publiziert noch historisch analysiert worden. Klaus Scheel berichtet von den deutschen Beuteakten, die - sekretiert in diversen russischen Archiven - noch im Dornröschenschlaf dämmern, davon die meisten im ehemaligen Sonderarchiv Moskau, jetzt Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Samm-

lungen. "Rund 45 Jahre lang gebörte das Sonderarchiv [...] zu den streng gehüteten Geheimnissen. Es gab kein Türschild an seinem Eingang, es gab selbst in Spezialpublikationen keinerlei Hinweise auf sein Besteben - und es stand unter Bewachung." (422) Scheel vermittelt eine Übersicht der dortigen Bestände. Darunter hefinden sich so bedeutsame Konvolute wie: Fond 1458: Reichswirtschaftsministerium, 52 Findbücher, 13.355 Akteneinheiten, oder Fond 1457: IG Farben AG, 57 Findbücher. 6.270 Akteneinheiten. (426)

Hans G Helms

Franz Mehring (1846-1919), schreibender Revolutionär

Wolfgang Beutin/Wilfried Hoppe (Hrsg.), FRANZ MEHRING (1846-1919), Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/ Wien 1997, 160 S., 54,- DM.

Vor 100 Jahren erschien erstmals Mehrings "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", eines der erfolgreichsten historiographischen Werke in deutscher Sprache; bis 1922 editierte man sie in zwölf Auflagen! Sowohl der Forschungsgegenstand - die Arbeiterbewegung - als auch die angewandte Methode der Geschichtsschreibung - der historische Materialismus - erregten größtes Interesse, trotz des 1500-Seiten-Umfangs. Die Epigonen dieser geschichtswirksamen Bewegung würdigten diesen Anlaß ebensowenig wie den 150. Geburtstag dieses historisch, philosophiscb und kulturwissenschaftlich versierten Publizisten und Revolutionärs am 27.2.1996. Um so mehr verdient die Initiative Wolfgang Beutins, Literaturwissenschaftler und Dozent an den Universitäten Hamburg und Lüneburg, zudem vielfacher Buchautor, größte Beachtung: eine höchst qualifizierte Tagung über Franz Mehring anläßlich seines 150. Geburtstages und die Publikation der Vorträge dieser wissenschaftlichen Veranstaltung.

Die heutige Sozialdemokratie erinnert sich kaum noch an einen ihrer Großen im Kaiserreich, der entschieden gegen Kapitalismus, gegen "Burgfrieden" und Kriegskredite focht sowie - mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - zu den Gründern des Spartacus und der KPD gehörte.

Auch der andere große Flügel der Arbeiterbewegung hatte seine Schwierigkeiten mit Franz Mehring: Unlöslich verknüpfte dieser Demokratie und Sozialismus; zudem war er bürgerlicher Ahstammung. Rosa Luxemburg jedoch: "Wir baben der deutschen Bourgeoisie doch das Letzte und Beste weggenommen, was sie noch an Geist, Talent und Charakter hatte: Franz Mehring". Allerdings batte die DDR Wesentliches an literaturwissenschaftlicher Forschung üher Mehrnng nachzuweisen; dort erschienen auch seine Gesammelten Schriften.

Das Leitmotiv "Die Kunst dem Volke!" wählt Jost Hermand, Universität Madison/USA, um "Mehrings Umgang mit dem Kulturellen Erbe" zu referieren. Wie die mei-

sten seiner Zeitgenossen in der Arbeiterhewegung erkannte Mehring diese nicht nur als politisch-revolutionär, sondern auch als kultur-revolutionär. Dies gründete auf einer auf einem "aufgeklärten Mündigkeitskonzept heruhenden Demokratievorstellung" im prinzipiellen Gegensatz zur derzeitigen "westlich-demokratischen, auf Unterhaltung reduzierten pseudo-pluralistischen Standpunktlosigkeit der industriellen Mediengesellschaft". Hermand begnügt sich nicht damit. Mehrings bildungspolitisches Konzept vorzustellen, er fragt auch nach der Anwendharkeit seiner Erkenntnisse auf die fundamentalen Veränderungen in unserer Zeit. Mehring sei der erste bedeutende sozialdemokratische Theoretiker, der "die Grunderkenntnisse von Marx und Engels auf weite Bereiche der historischen, philosophischen und kulturellen Tradition" anwendete. Die notwendige "Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus" führte den avantgardistischen Literaturkritiker Mehring dahin, die Werke der Klassiker, z.B. Lessing, Schiller, Goethe u.a. kritisch auf ihren "progressiven Elan, ihren utopischen Mehrwert" nnd auf ihre "ideologische Brauchharkeit" zu üherprüfen. Die "rehellische Widersetzlichkeit" Lessings und Schillers gelte es zu hewahren, gegen das angepaßte Bürgertum zu kehren so wie heute, so Hermand, gegen die "Standardisierung und Nivellierung der imperialistisch-globalisierten Marktwirtschaft". Neben fundierten Polemiken gegen Sentunentales, Nationales und Ästhetizistisches oder den

Hohenzollernkult u.a. bei Nietzsche, Freytag, Wildenbruch lobte Mehring "das gesellschaftskritisch Vorwärtsweisende" hei bürgerlichen Realisten. Mehring geißelte bevorzugte Minderheiten, die dem Proletariat bisher "jeden Zugang zu den höheren Kulturwerten versperrten, um es desto rücksichtsloser ausheuten zu können". - Der kritische Leser wird fragen, wieso Hermand nehen ökologiebewußten, friedensbetonten und feministi-Veränderungspotentialen auch auf sozialdemokratische setzt (wohei unhestritten ist, daß es solche auch noch in der SPD giht).

Thomas Höhle, Halle, Nestor der internationalen Mehring-Forschung, heleuchtet "Demokratie, Sozialdemokratie, demokratischer Sozialismus", womit er zugleich den geistig-politischen Entwicklungsweg Mehrings offenlegt. Als radikaler Demokrat mit einem kurzen Rückfall in konservatives Denken erkannte Mehring später die Notwendigkeit von Parlament und au-Berparlamentarischen Aktionen, von politischen Massenstreiks und Revolution. Wie Marx sah er in der Diktatur des Proletariats eine Übergangsphase. Leidenschaftlich bekämpste Mehring ieden Opportunismus und Revisionismus in der Vorkriegs-Sozialdemokratie, aber auch Dogmatismus. Er stritt für innerparteiliche Demokratie. "Die entscheidenden Säulen der politischen Konzeption Mehrings waren also Demokratie und Sozialismus". so Höhle.

Mit einem kritischen Rückblick auf die Zeit, in der die ebenso voluminöse als auch excellent geschriebene Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verfaßt wurde, beginnt Wolfgang Beutin eine Analyse dieser Historiographie mit vergleichenden Beispielen zur Gegenwart. Die früheren (noch gegnerischen) Schriften Mehrings über die Sozialdemokratie stellt Beutin in den lebensgeschichtlichen Zusammenhang des Mehringschen Schaffens. Dessen Kritik an Marx und Engels, die "das Tempo der re-Arbeiterbewegung volutionären überschätzt" hätten, kehrt Beutin mit den Erfahrungen von 1989/90 auch gegen Mehring, der die "politische Abdankung der Bourgeoisie" am Jahrhundertbeginn prognostizierte. Von Rosa Luxemburg übernommen, die einen Abschnitt der Mehringschen Historiographie schrieh ("Das Hauptwerk des wissenschaftlichen Kommunismus"), schreibt Beutin über Mehrings Opus, daß er dieses nicht als "unfehlbare(n) Weisheitsborn für die Zukunft" gewertet sehen wollte: Beutin nennt jedoch einige Gründe, die Mehrings Werk neben den historischen Fakten auch heute noch aussagekräftig sein lassen, z.B. Legenden-Zerstörung, erforderliche Selbstkritik, Partei ergreifen.

"Mehrings philosophische Schriften" untersucht Thomas Metscher, Uni Bremen: Mehring war, wie auch andere marxistische Theoretiker feststellten, "kein systematischer Denker". Hauptform seiner philosophischen Äußerungen ist der Essay. "Jedenfalls haben die Essays an stilistischer Kraft, pointierter Polemik und Prägnanz des gedanklichen Ansdrucks wenig Vergleichbares im theoretischen

Schrifttum des deutschen Marxismus", so Metscher. Mehrings kritische Arbeiten über die Philosophien des Altertums, über Kant, Hegel, Feuerbach bis zur "Umstülpung und Aufhebung der Philosophie als Gedankenform" hestechen durch Detail-Kenntnis und gedankliche Tiefe. Metscher schreibt Mehrings Texten über Nietzsche und Schopenhauer höchste Aktualität zu angesichts der postmodernen Restauration. Mit Georg Lukács, Josef Schleifstein u.a. hält Metscher Mehrings Position für falsch, den Marxismus als dialektischen Materialismus nur als eine Methode, nicht als eine Weltanschauung zu verstehen.

"Schiller und Heine in den Büchern von Franz Mehring" ist das Thema, das Friedrich Müller, Kiel, präsentiert. In "Schiller. Ein Lebenshild für Deutsche Arbeiter" versuchte der Literaturhistoriker Mehring des Klassikers Anklage gegen Tyrannen, dessen kämpferisches Leben und Leiden als vorhildlich darzustellen, ohwohl er Schillers Idealismus nnd sein Zurückschrecken vor der bürgerlichen Revolution von 1789 kritisiert. - "Als großen Vorkämpfer einer großen Sache" würdigte Mehring den Dichter und Spötter Heinrich Heine.

William Boehart, Schwarzenbek, zeigt unter dem Titel "Lessing-Legenden" die literaturwissenschaftliche Leistung Mehrings, den Lessing-Kult der deutschen Bourgeoisie zu zerstören: Zu Unrecht sei Lessing als Legitimator des Bismarck-Reiches in Anspruch genommen und damit verfremdet worden. Mehring versuchte, den

Verfasser des "Nathan" für den proletarischen Kampf zu nutzen. Boehart kritisiert jedoch, daß Mehring mit der Lessing-Legende "eine überzogene Darstellung aus marxistischer Sicht" gehoten hätte. -"Biographisch-genealogische Ermittlungen zu Franz Mehring" stellt Waldemar Schupp, Potsdam, vor.

Im Anhang des Büchleins setzt sich Wolfgang Beutin mit "Krieg und Frieden im Werk Franz Mehrings" auseinander. Er zeigt dessen Bemühungen auf, hei gründlicher und wiederholter Analyse von Kriegen im 18. und 19. Jahrhundert über Wesen und Arten von militärischer Gewaltanwendung Klarheit zu gewinnen sowie sein damaliges Scheitern mit dem Postulat: "Der großindustriellen Weltpolitik muß eine proletarische Weltpolitik entgegengesetzt werden." Den Klassencharakter von Kriegen durchaus erkennend hatte Mehring Probleme mit dem Erkennen der historischen Notwendigkeit und dem (moralischen) Anerkennen von Kriegen. Auch der 1. Weltkrieg und die Lage in der Arbeiterbewegung machten es Mehring schwer - im Unterschied zu Karl Liehknecht -. eine durchgehend klare Linie einzuhalten, weil er die spezifische Gefährlichkeit des deutschen "Griffs nach der Weltmacht" nicht ausreichend durchschaute. Beutin kritisiert Mehrings negative Haltung zur bürgerlichen Friedensbewegung, der er als Erhe der Aufklärung die Verbreitung von Illusionen vorwarf. Auch "das Verhältnis des Proletariats zu Krieg und Frieden" hätte Mehring nicht richtig hewertet. Bei allen richtigen

Grunderkenntnissen wäre das Proletariat - wie von anderen Marxisten auch - objektiv und suhjektiv überfordert worden.

Aus Zeitgründen wurde dieser wertvolle Beitrag nicht im Symposium vorgetragen. Bedauerlich ist auch, daß eine Analyse von Mehrings Werk "Karl Marx. Die Geschichte seines Lehens" nicht erfolgen konnte, ohwohl in diesem Buch biographische, historische und theoretische Thematik gekonnt verflochten dargeboten wird.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte dieses wissenschaftliche Symposium. Ihr Sprecher, Thomas Meyer, reduzierte Mehrings Bedeutung allerdings auf dessen anhaltendes Wirken in dem Sinne, "daß in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Prühzeit Kultur und Kunst einen hohen Rang einnahmen". Zweifellos ist es viel mehr, was die Arbeiterbewegung Franz Mehring verdankt.

Lorenz Knorr

Name/Vorname

ageszeitung junge Welt

a, ich teste die

Straße/Nummer

2/Ort/Telefon

OIch habe 15 Mark (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt. Okh ermächtige Sie, dle Testabo-Gebühr von meinem Konto Kündige ich das Test. Abo nicht, beziehe ich ein reguläres Abo zu monatich

O 45 DM (Normal) O 30 DM (Sozial)

O 59 DM (Soll)

Kontownmen/Geldinsutut/BLZ

finen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres rt sich monatikch, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablai kann diese Bestellung innerhalb von sleben Tagen bei Verlag 8. Mai, Am Treptower Park 28—30, 12435

Coupon bitte einsenden an: Yerlag 8. Mai, Am Treptower Park 18 -- 30, i 1435 Berlin, Fax 030/53 33 43 43

AutorInnen und ÜbersetzerInnen

Hans-Jürgen Bieling - Marburg, Doktorand der Politikwissenschaft Paui Boccara - Paris, Frankreich, Hochschullehrer, Ökonom

Dr. Henning Boke - Frankfurt/M., Philosopb

Anneliese Braun - Neuenhagen h. Berlin, Wirtschaftswissenschaftlerin

Bruno Carchedi - Mailand, Italien, Ingenieur, Chefredakteur der Zeitschrift Rivista per l'alternativa sociale e politica

Jörg Cezanne - Oxted/Surrey, Großbritannien, Soziologe, Doktorand

Christel DaiBosco - Orvieto, Italien, Übersetzerin

Dr. Eberhard Dähne - Frankfurt/M., Dipl. Landwirt, Sozialwissenschaftler

Dr. Ulrich Dolata - Bremen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler

Monika Domke - Köln, Lehrerin

Dr. Dietmar Düe - Kassel, Sozialwissenschaftler

Nora Fuhrmann - Marburg, Studentin der Politikwissenschaft

Ligia Giovanella - Rio de Janeiro/Frankfurt/M., Sozialmedizinerin

Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Hans G Helms - Köln, Wirtschafts- und Sozialhistoriker

Peter Hiedl - Essen, Dipl. Soziologe

Hajo Holst - Marhurg, Student der Sozialwissenschaften

Bernd Hüttner - Bremen, Dipl.-Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Jörg Huffschmid - Bremen, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer, Z-Beiratsmitglied

Prof. Dr. Hermann Klenner - Berlin, Rechtswissenschaftler

Sven Klöer - Marbnrg, Politikwissenschaftler, Diplomand

Lorenz Knorr - Frankfurt/M., Publizist

Kai Michelsen - Frankfurt/M., Dipl. Politologe, Medizinsoziologe, Z-Redakteur

Prof. Dr. John P. Neeisen - Tübingen/Belleray, Hochschullehrer, Politik-wissenschaftler

Raoul Pont - Porto Alegre, Brasilien, Bürgermeister

Dr. Kai Schmidt-Soltau - Buea, Kamerun/Münster, Philosoph

Dr. Reinhard Schweicher - Frankfurt/M., Philosoph, Z-Redakteur

Prof. Dr. Helmut Steiner - Berlin, Sozialwissenschaftler

Jocben Steinhilber - Marburg, Doktorand der Politikwissenschaften

Dr. Peter Strutynski - Kassel, Sozialwissenschaftler, Mitherausgeber der "Markistischen Blätter"

Dr. Harald Werner - Bremen, Mitarheiter der Bundestagsgruppe der PDS, Z-Beiratsmitglied

Hans Wunderlich - Ehningen

Pierre Zoia - Paris, Journalist

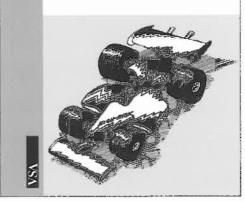
Turbo-Kapitalismus

Elmar Altvater/Frigga Haug/Oskar Negt u.a. **Turbo-Kapitalismus** Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert Hrsg. von Eberhard Fehrmann 220 Seiten; DM 32,80 ISBN 3-87975-701-1

Elmar Altvater/Frigga Haug/ Oskar Negt u.a.

Turbo-Kapitalismus

Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert



Globalisierung, Massenarbeitslosigkeit. Dienstleistungsgesellschaft und Frauenarbeit sind aktuelle Themen, mit denen sich die Autorinnen und Autoren dieses Buches befassen. Michael Krätke (Universität Amsterdam), Elmar Altvater (Freie Universität Berlin) und Marlies Hummel (ifo-Institut München) analysieren die Bedeutung des Standorts Deutschland und was es mit der Globalisierung auf sich hat

Wolfgang Klauder (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg); Herbert Oberbeck (Universität Braunschweig) und Monika Goldmann (Landesinstitut Sozialforschungsstelle, Dortmund) bestreiten, daß die Arbeitsgesellschaft am Ende ist und diskutieren neue Pfade, die große Teile ausgegrenzter Gesellschaftsschichten wieder in sie hineinführen.

Frigga Haug (Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg) und Oskar Negt (Universität Hannover) plädieren für eine Gesellschaftsreform bzw. einen neuen Geschlechtervertrag als Alternativen zur Deutschland AG.

Weitere VSA-Neuerscheinung:

Philip Wotschack Zeit und Klasse Soziale Ungleichheit im Licht moder ier Zeitstrukturen 160 Seiten: DM 29.80 ISBN 3-87975-702-X Wotschack zeigt auf, wie mit der Integration von Zeitbudgetforschung und Klassenanalyse die grundlegenden Mechanismen der Freisetzung, Verteilung und Strukturierung der gesellschaftlichen Zeit erfaßt

werden können.

Neu bei VSA

Im Buchhandel oder direkt bei:VSA-Verlag St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg